FRANKREICHS WIDERSTAND GEGEN DEN ZWEITEN WELTKRIEG

Veröffentlichungen
des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte

BAND III

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes
herausgegeben von Dr. habil. Herbert Grabert

Prof. Dr. David L. Hoggan

FRANKREICHS WIDERSTAND GEGEN DEN ZWEITEN WELTKRIEG

Die französische Außenpolitik von 1934 bis 1939

1963

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG

Vom Verfasser autorisierte Erstausgabe, nach dem Manuskript aus dem Englischen übersetzt vom Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte in Tübingen. Abbildungen vom Bild-Archiv des Süddeutschen Verlags, München, Ullstein-Bilderdienst, Berlin-Tempelhof und der Agence Diffusion Presse, Paris.

Satz und Druck: Christian Gulde, Tübingen
Bindearbeiten: Großbuchbinderei Lachenmaier, Reutlingen
Klischees: Graphische Kunstanstalt Künstle, Tübingen

© Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen
Printed in Germany
Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages sind Vervielfältigungen dieses Buches oder von Buchteilen auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) nicht gestattet.

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Die große Geschichtsdarstellung des amerikanischen Historikers David L. Hoggan „Der erzwungene Krieg" hat unverkennbar eine Wende in der Geschichtsforschung der Gegenwart herbeigeführt. Seit 1945 ist kein wissenschaftliches Werk im europäischen Raum erschienen, dessen Ergebnisse so lebhaft begrüßt und andrerseits so leidenschaftlich, ja hemmungslos bekämpft worden sind wie diese streng wissenschaftliche Quellenarbeit über die Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkriegs. In 16jähriger Forscherarbeit konnte dieser junge amerikanische Historiker alle für die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs in Frage kommenden Quellen in den Originaltexten erschließen, weil er wie kaum einer seiner Fachkollegen außer dem Englischen das Französische, Polnische, Russische, Italienische und Deutsche beherrscht und schon allein mit dieser sprachlichen Ausrüstung zu einem der besten Kenner auf dem Gebiete der europäischen Diplomatiegeschichte zu werden vermochte.

Nicht zuletzt diese inneren und äußeren Voraussetzungen sind es, die es weithin erklären, warum eine derartige Gipfelleistung innerhalb der jüngsten Geschichtswissenschaft zu einer neuen und außenpolitisch überaus bedeutsamen Sicht der Kriegsschuldfrage geführt hat. Ihr ist es auch zu danken, daß das von einer einseitigen Kriegsschuldbelastung schwer getroffene deutsche Volk von einem Druck befreit werden konnte, unter dem sein Leben und Denken mehr und mehr zu der Zwangsvorstellung verkümmerte, das für alle Zeit sühnepflichtige Sündervolk der Weltgeschichte zu sein und sich von dieser angeblichen Schuldlast nie mehr befreien zu können. Hatte doch nicht nur das über seinen Sieg hinaus deutschfeindlich gebliebene Ausland mit Hilfe einer im Krieg selbst aufgebotenen Zersetzungspropaganda die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg zur Grundlage seiner Nachkriegsstrategie gemacht. Auch die nach 1945 in Deutschland maßgebenden Kreise haben auf dieser Grundlage einer angeblichen deutschen Alleinschuld in absoluter Übereinstimmung mit den ehemaligen Feindmächten ihre Nachkriegspolitik aufgebaut und damit die Selbstbefreiung der Deutschen von diesem so großen Schaden anrichtenden Schulddruck verhindert. Diese totale Übereinstimmung zwischen dem Sieger und einer aus der Niederlage hervorgegangenen Führungsgruppe innerhalb des besiegten deutschen Volkes, das man nach beispiellosen Tapferkeits- und Treueleistungen mit der vollen Gesamtschuld an einem sechsjährigen Kriege belud und dem man dieses Schuldbewußt-

sein bis zum heutigen Tage aufzwingt, wird künftigen Historikern als das ungeheuerlichste Phänomen der Nachkriegsgeschichte erscheinen.

Anstatt daß nun wenigstens die deutsche Geschichtswissenschaft in souveräner Unabhängigkeit die Kriegsursachenforschung als vordringliche Aufgabe anerkannt und in Angriff genommen hätte, wagte sie aus Gründen der beruflich gebotenen Vorsicht nicht, der Kriegsschuldpropaganda mit unangreifbaren wissenschaftlichen Forschungsergebnissen entgegenzutreten. Einem jungen amerikanischen Forscher blieb es darum vorbehalten, das deutsche Volk von den Kriegsschuldfesseln der fremden wie der eigenen Propaganda zu befreien, sodaß sich heute endlich wieder die historische Wahrheit gegen die politische Lüge aller Lager durchzusetzen beginnt.

Kein Wunder, daß man nun auch diesen jungen amerikanischen Forscher um der historischen Wahrheit willen, für die er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit einsetzt, verfolgt, nachdem man es versäumt hat, sein großes Geschichtswerk totzuschweigen, wie es mit dem Buch der Frau des in Nürnberg getöteten letzten deutschen Reichsaußenministers von Ribbentrop, „Verschwörung gegen den Frieden", einer Sammlung nüchterner, wertungsfreier Quellenstudien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, geschehen ist, ebenso mit dem Buch des Engländers Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" zur Zeit noch geschieht. Man hat freilich damit die Verbreitung des Hogganschen Werkes nach einem unumstößlichen Gesetz aller Propaganda wider Willen in einem ungewöhnlichen Ausmaß gefördert. Daß nun aber gerade politische Propagandisten im Gewande von Geschichtsgelehrten einem klassischen Quellenforscher und -kenner wie Hoggan namentlich in letzter Zeit Unwissenschaftlichkeit, ja Fälschungen vorwerfen zu dürfen glauben, kann nur als typischer Fall von Projektion verstanden werden, d. h. die Kriegsschuldpropagandisten sagen ihrem gefürchteten Gegner das nach, als was sie in ihrer unbegreiflichen Kurzsichtigkeit und Quellenblindheit selbst gelten müssen.

Wer dem Amerikaner Hoggan eine deutschfreundliche Tendenz nachweisen zu können glaubt, muß diese falsche These aufgeben, sobald er das hiermit erstmals veröffentlichte Fortsetzungswerk dieses Historikers der europäischen Diplomatiegeschichte einer Prüfung unterzieht. Dieser zweite Hoggan-Band zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs über die französische Außenpolitik von 1934—39 schöpft aus der gleichen umfassenden Quellenkenntnis wie der erste. In ihm sind die deutsch-französischen Beziehungen dieser Jahre eingehend behandelt und erbringen den Beweis dafür, wie sehr es Frankreich wie

Deutschland um die Erhaltung des Friedens in Europa ging und wie notwendig eine deutsch-französische Freundschaft bis zum heutigen Tage und für alle Zukunft ist.

Auch dieses Frankreich-Werk schildert mit der Hoggan eigenen Einfühlungs- und Darstellungsgabe Politiker und Entwicklungen und stellt die Hauptpersönlichkeiten der französischen Dritten Republik mit derselben Sachlichkeit und Treffsicherheit dar wie die deutschen Politiker jener Zeit. In beiden Fällen gelingt Hoggan aus den Quellen der Nachweis, daß sowohl Frankreich wie Deutschland den Krieg, den außer England, Amerika und Rußland niemand wünschte, mit allen Mitteln zu vermeiden suchten, daß aber Halifax schließlich nicht nur Hitler, sondern auch Bonnet in diesen unnötigen Krieg hineinzuzwingen vermochte.

Über diese Geschichte des englischen Kriegswillens auf dem Boden der europäischen Diplomatie der Jahre 1934—39 gegen die staatliche Neuordung eines vom Versailler Diktat befreiten Europa schreibt Hoggan, daß er mit diesem seinem Frankreich-Buch die 1942 in Washington erschienene Studie zur französischen Außenpolitik von Elisabeth Cameron (Prologue to Appeasement: A Study in French Foreign Policy) weiter- und zu Ende führen wollte. Er verdankt dieser Forscherin, wie er schreibt, „wertvolle Aufzeichnungen über die französischen Tageszeitungen und auch die vorbereitenden Skizzen zu ihrer Arbeit." Hoggan versäumt es nicht, mit wohltuender Ehrlichkeit seiner Achtung und Bewunderung für Frankreich Ausdruck zu geben. Schließlich bringt er auch andern amerikanischen Gelehrten, ohne sie ausdrücklich beim Namen zu nennen, seinen Dank für die Förderung seines Frankreich-Buches zum Ausdruck und erklärt: „Ich darf hoffen, daß diese Ergebnisse meiner Untersuchung und Darstellung bei Lehrern sowohl wie bei Forschern weiteres Interesse an diesem Gegenstand wachrufen werden."

Tübingen, November 1963 *Dr. habil. Herbert Grabert*

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Herausgebers 5
Einleitung 9

1. KAPITEL: Das Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Frankreich 15
2. KAPITEL: Der größte Korruptionsskandal Europas . . . 33
3. KAPITEL: Die Regierung Doumergue und die französische Note vom 17. April 1934 47
4. KAPITEL: Aussichten eines französisch-italienischen Bündnisses 59
5. KAPITEL: Barthous Ermordung und der Sturz der Regierung Doumergue 77
6. KAPITEL: Laval tritt auf 91
7. KAPITEL: Der Hoare-Laval-Plan 111
8. KAPITEL: Der Sturz Lavals 129
9. KAPITEL: Das Rheinland-Fiasko 146
10. KAPITEL: Der Triumph der Volksfront 165
11. KAPITEL: Blums Niederlage in Spanien 183
12. KAPITEL: Blums Sturz 201
13. KAPITEL: Delbos und die Politik des Treibenlassens . . . 224
14. KAPITEL: Das Auftauchen Bonnets 242
15. KAPITEL: Bonnets Vorbereitungen für den Fall einer deutsch-tschechischen Krise 265
16. KAPITEL: Französische Hoffnungen und Besorgnisse während der deutsch-tschechischen Krise . . . 283
17. KAPITEL: Die Münchner Konferenz Bonnets größter Triumph 303
18. KAPITEL: Bonnets Diplomatie findet Anklang 334
19. KAPITEL: Der deutsch-französische Freundschaftspakt . . 351
20. KAPITEL: Bonnet und die Kehrtwendung in der britischen Politik 380
21. KAPITEL: Bonnets Versagen und das Ende des Friedens im Jahre 1939 400

Rückblick 438
Abbildungen und Lebensübersichten 449
Anmerkungen, Literaturverzeichnis, Personenverzeichnis . . 473

EINLEITUNG

Die französische Dritte Republik ging 1940 unter. Ihr voller Glanz während des Vierteljahrhunderts von 1908 bis 1934 spiegelt sich in der Dichtung Jules Romains wieder. Es ist ein Frankreich, in dem der herrschende republikanische Gedanke zur Tradition und durch und durch konservativ geworden war. Eugen Weber hat diese Tatsache in seiner ausgezeichneten neuen Arbeit über die Action Française, eine kleinere royalistische Bewegung in Frankreich, mit dem Satz zum Ausdruck gebracht:

„Nach der Jahrhundertwende wurde die Dritte Republik von konservativen Kräften und von einer konservativen Geisteshaltung beherrscht, die alle oppositionellen Bewegungen entweder erstickte oder zur Anpassung zwang"[1].

Das ist ein tiefgründiges Urteil, sicherlich aufsehenerregend für jene, die Frankreich im Zeichen eines stereotypen politischen Radikalismus, wie er in den Revolutionen von 1789, 1830, 1848 und 1870 Gestalt gewann, zu sehen pflegen. Aber das französische Regime stabilisierte sich in den Jahren nach der Pariser Kommune von 1871 zusehends. Alle entscheidenden Gesetze, die bis 1940 in Geltung waren, stammten aus der Zeit bis 1875, und der verfassunggebende Prozeß vollzog sich reibungslos trotz gelegentlicher explosiver Ereignisse wie der Boulanger-Bewegung, dem Panama-Skandal, der Dreyfus-Affäre und den diktatorischen Maßnahmen Poincarés und Clemenceaus im Ersten Weltkrieg. Das Gleichgewicht der verfassungbildenden Kräfte blieb in allen Fällen ohne jede Einschränkung erhalten.

Die Volksfrontbewegung der dreißiger Jahre, die an den französischen Stalinisten eine feste Stütze hatte, war eine Herausforderung der traditionell-konservativen Kräfte und ein Angriff auf die politische Struktur des Landes. Weber schätzt das Gewicht dieses Angriffs außergewöhnlich gering ein:

„Sommer und Herbst des Jahres 1936 brachten die kurze Blüte der Volksfront und ihre Auflösung"[2].

Das mag auf den ersten Blick eine recht extreme Feststellung sein, zumal wenn man sich vor Augen hält, daß die Volksfrontbewegung bereits 1934 als ernsthafte Bedrohung der konservativen Kräfte in Erscheinung trat und sogar noch im Jahre 1938 eine letzte Anstrengung unternahm, in Frankreich zu bleibendem Einfluß zu gelangen. Aber Webers Feststellung enthält eine grundlegende Wahrheit, die man nicht übersehen sollte: Bis Mai 1936 übernahm die Volksfront keinerlei ministerielle Verantwortlichkeit. Und bis zum September desselben Jahres war es scharfsinnigen Beobachtern der zeitgenössischen Szenerie klar, daß sie außerstande war, Frankreich wirksam zu regieren.

Über die Action Française, sein eigentliches Thema, kommt Weber zu folgender Feststellung:

„Ihre Geschichte ist voll von Widersprüchen: großenteils verantwortlich für die moralische Aufrüstung Frankreichs vor 1914, scheinen ihre Kampagnen nicht minder dazu beigetragen zu haben, daß Frankreich vor dem Zweiten Weltkrieg moralisch ungerüstet blieb"[3].

An der Richtigkeit dieser Darstellung kann man schwerlich zweifeln, vorausgesetzt, man versteht unter moralischer Aufrüstung den Eifer einer Nation, in den Krieg zu ziehen, und unter moralischer Abrüstung das Gegenteil. Der Hauptgegner Frankreichs in beiden Weltkriegen war Deutschland. Der Widerspruch liegt in der Bereitschaft der französischen Royalisten, 1914 ein kaiserliches Deutschland in einen Kampf auf Leben und Tod zu verwickeln, und in ihrem Widerstreben eine Generation später, das autoritäre Hitler-Regime anzugreifen, das mit der Zeit aus der deutschen Niederlage und Revolution von 1918 entstanden war. Aber dieses Paradoxon kennzeichnet nicht nur die Haltung der kleinen royalistischen Gruppe, es beherrscht die gesamte französische Szene. Trotz des anfänglichen Widerstandes der Zweiten Internationale war der Krieg in Frankreich 1914 populär. Der Krieg von 1939 hingegen war, wie diese Untersuchung zeigen wird, bei der großen Mehrheit der Franzosen ausgesprochen unpopulär.

Man mag einwenden, dieser Widerspruch sei nicht besonders gravierend, das französische Volk habe natürlich 1939 eine weit klarere Vorstellung von den mit moderner Kriegführung verbundenen Opfern gehabt als 1914, am Ende eines Jahrhunderts begrenzter Kriege. Aber die britische Regierung brachte es fertig, entsprechende öffentliche Unterstützung für einen neuen Angriff auf Deutschland zu finden. Es gelang den britischen Staatsmännern, die meisten ihrer Landsleute davon zu überzeugen, daß ein neuer Krieg gegen Deutschland notwendig sei. In Frankreich ließ sich ein ähnliches Ergebnis nicht erzielen.

Die Verschiedenheit der französischen und der britischen Haltung in der Festlandpolitik ging sehr tief. Die meisterhafte britische Führung obsiegte schließlich über die widerstrebende französische Führung, und das war zweifellos die entscheidende unter den vielfältigen Entwicklungen, die den Zweiten Weltkrieg verursachten. Aber diese politische Entscheidung auf höchster Ebene konnte an der grundsätzlichen Einstellung des französischen Volkes wenig ändern. Die Franzosen und Engländer hatten sich bis 1939 weit auseinandergelebt. Die relative Einheitlichkeit der Ziele und Absichten, die ihre Zusammenarbeit während des Ersten Weltkrieges kennzeichnete, war nicht wiederherzustellen.

Der erste leitende Gedanke bei der vorliegenden Untersuchung war der, darzulegen, warum die maßgebenden Kräfte in Frankreich vor 1939 eine Zusammenarbeit mit Deutschland vorzogen und zu einer passiven Politik in europäischen Angelegenheiten neigten. Doch beabsichtigt diese Untersuchung nicht, wie üblich, diese herrschende französische Haltung zu kritisieren oder gar zu verurteilen, und zwar tut sie das aus folgenden Gründen nicht:

1. Das französische Übergewicht auf dem europäischen Kontinent war schon vor 1939 verlorengegangen; das Ergebnis dieser anhaltenden Entwicklung mußte logischerweise eine französische Politik der Nichteinmischung in Mitteleuropa sein.

2. Frankreich war 1939 gerade in guter Verfassung aus einer durch die Weltwirtschafts-Depression und die Volksfront verursachten schweren Krise hervorgegangen; seine Aussichten waren günstig und es bedurfte nur einer Zeit der Ruhe, um seine neue Position zu festigen.

Albert Carr hat in seiner kürzlich erschienenen Untersuchung der Ursachen des Krieges von 1812 einige Anmerkungen gemacht, die in diesem Zusammenhang der Betrachtung wert sind:

„Die Entstehung des Krieges von 1812 ist ein Beispiel für die augenfällige, jedoch vielfach geleugnete Tatsache, daß eine Nation die andere nur darum mit verhängnisvoll provozierenden Schlagworten als Präliminarien des Krieges herausfordert, weil ihre Staatsmänner sich für die Verwendung solcher Schlagworte entschieden haben"[4].

Das traf auch bei den britischen Staatsmännern im Jahre 1939 für ihren Angriff auf Deutschland zu. Die folgende Untersuchung wird den Beweis dafür erbringen, daß der Krieg gegen Deutschland im Jahre 1939 für Groß-Britannien wie für Frankreich in keiner Hinsicht unvermeidlich war, oder wie es Carr ausdrückt:

„Die ‚Ursachen', denen Historiker Kriege gerne zuschreiben —

territoriale Wünsche, Wirtschaftskonkurrenz, religiöse Gegnerschaft und dergleichen — sind nicht die wahren Ursachen. Sie stellen vielmehr lediglich Motive von Konflikten dar, die in Friedens- ebenso wie in Kriegszeiten vorhanden sind. Wo fähige Staatsmänner auf beiden Seiten sich dem Frieden verpflichtet fühlen, sind solche Streitigkeiten ohne Krieg zu schlichten"[5].

Hitler hatte im Jahre 1939 einen verwickelten Streitfall mit Polen. Doch waren die meisten französischen Staatsmänner der Auffassung, daß es ihm darauf ankäme, einer Kraftprobe mit Groß-Britannien und Frankreich aus dem Wege zu gehen. Das wurde besonders deutlich nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im August 1939. Ohne den britischen Druck hätten die französischen Politiker, gestützt auf die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes, den Frieden gewählt. Carr bemerkt dazu:

„War Rußland oder Japan 1905 im Recht? Im Endergebnis sieht der moralische Standpunkt des Siegers meist nur deshalb besser aus, weil er ihn in ein besseres Licht rücken kann.

Hätten Deutschland und Japan den Zweiten Weltkrieg gewonnen, so wären die Völker der besiegten Alliierten alsbald einer Gehirnwäsche unterzogen und ihnen die entsprechenden Schuldgefühle ihrer ‚Aggressionen' wegen aufgezwungen worden. Hatten denn nicht auch die Vereinigten Staaten und England tatsächlich versucht, das deutsche und das japanische Volk in einem Ausnahmezustand niederzuhalten?

Man vergißt oft, daß Hitler keineswegs nur eine deutsche Erscheinung, sondern ebenso ein Produkt der gesamten westlichen Welt in einer Zeit der Verzweiflung war"[6].

Mit anderen Worten, der Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg beweist durchaus nicht, daß Frankreichs Widerstand, in diesen Krieg als Verbündeter Groß-Britanniens einzutreten, ein Fehler war. In der Tat stimmen die meisten Fachleute darin überein, daß der Zweite Weltkrieg weit mehr und viel schwerer lösbare neue Probleme zur Folge hatte, als daß er auch nur einige der früheren einer wirklichen Lösung zugeführt hätte. Unter diesen Umständen wird der Nachweis kaum zu erbringen sein, daß Frankreichs Wunsch, es auf friedlichem Wege zu versuchen, ein Fehler war. Der Krieg brachte dem Land unermeßliche Leiden und die Dritte Republik, ein verfassungsmäßig und politisch bewährtes System, ging mit ihm verloren.

Dieses politische System Frankreichs wurde, wie jedes andere auch, bei Lebzeiten scharfer Kritik unterzogen. Man hat sogar behauptet, die strategisch-militärische Niederlage Frankreichs im Jahre 1940 be-

weise, daß das Land durch und durch morsch gewesen sei. Doch ist diese These im Lichte solcher Darstellungen wie Oberst Goutard's The Battle of France, 1940, schwerlich aufrechtzuerhalten. Goutard liefert reiches Beweismaterial dafür, daß geheimbündlerische Faktoren in der militärischen Planung in erster Linie für die französische Niederlage verantwortlich gewesen sind[7].

Die nachstehende Untersuchung geht den Wechselbeziehungen zwischen Innen- und Außenpolitik Frankreichs im letzten halben Jahrzehnt vor Ausbruch des europäischen Krieges von 1939 nach. Der Behauptung, daß die Dritte Republik vom Standpunkt der französischen Interessen aus mehr Tugenden als Fehler besaß, kommt in diesem Zusammenhang auch eine moralische Bedeutung zu. Zweifellos lag der Diffamierung der Dritten Republik im Anschluß an die französische Niederlage des Jahres 1940 der verständliche Wunsch zugrunde, die ernsten Folgen der anglo-französischen außenpolitischen Entscheidungen von 1939 zu verharmlosen. Für diese Art, das Problem zu behandeln, gibt es heute keine Rechtfertigung mehr. Die Zeit ist nun gekommen, die letzten Jahre der Dritten Republik objektiv zu sehen, um Klarheit darüber zu erhalten, wieviel Frankreich verlor. Diese Anteilnahme am Schicksal Frankreichs war der zweite leitende Gesichtspunkt bei der Vorbereitung dieser Arbeit. Vielleicht ist die Hoffnung berechtigt, daß im Laufe der Zeit bei Forschungsarbeiten über alle Probleme dieser Jahre eine ähnliche Objektivität zur Regel werden wird.

Erstes Kapitel

DAS ÜBERGREIFEN DER WELTWIRTSCHAFTS-KRISE AUF FRANKREICH

Als der radikalsozialistische Ministerpräsident Edouard Daladier am Mittwoch, dem 7. Februar 1934 nachmittags, zurücktrat, sah sich Frankreich zwei schwerwiegenden politischen Problemen gegenüber. Bei dem einen Problem ging es um die Frage seiner innenpolitischen Struktur, ob das bestehende Regime in der Lage wäre, ohne fundamentale Änderungen der drohenden Weltwirtschaftsdepression Herr zu werden, oder ob die sprichwörtliche Ungebundenheit und die angebliche Anarchie des französischen Parlamentarismus durch ein autoritäres System marxistischer oder konservativer Prägung abgelöst werden müßte[1].

Bei dem andern Problem handelte es sich um die französische Hegemonie auf dem europäischen Kontinent. Im Jahre 1934 war Frankreich noch die stärkste Macht Kontinentaleuropas[2], bis Deutschland sich unter der Führung Adolf Hitlers erhob, sichtlich bestrebt, seine frühere beherrschende Stellung im zwar engeren, aber dafür entscheidenden zentraleuropäischen Raum wiederherzustellen. Würde Frankreich unter diesen Umständen die Einschüchterung Adolf Hitlers gelingen und ihn zum Aufgeben seines Zieles veranlassen können, oder würde es im Falle der Erfolglosigkeit solches Bemühens Gewalt anwenden müssen? Würde Frankreich Deutschlands Wiedererstarken hinnehmen und sich mit einer bescheideneren Rolle in Europa begnügen oder würde es sich zwischen diesen beiden Möglichkeiten verlieren und einem zweiten, ebenso unnötigen wie selbstmörderischen Krieg zutreiben, nachdem Deutschland seine frühere Stellung in Europa zurückgewonnen hatte[3]?

Es wird notwendig sein, sich zunächst die Eigenart der französischen Politik und des französischen Übergewichts in Europa zur Zeit des

7. Februar 1934 zu vergegenwärtigen. Frankreich war die stolzeste unter den stolzen Nationen. Es betrachtete sich selbstbewußt als den tonangebenden Repräsentanten einer erdumspannenden Kulturwelt. Die wenigen Einzelgänger, von denen diese Auffassung nicht geteilt wurde, blieben Ausnahmen, die die Regel bestätigten[4].

Frankreich hatte sich als Monarchie viele Jahrhunderte vor der großen französischen Revolution von 1789 nationaler Einheit und einer prominenten Rolle in Europa erfreut. 1875 entwickelte es, nachdem es mannigfache republikanische, bonapartistische, orleanssche und bourbonische Regierungen in rascher Folge erlebt hatte, das konstitutionelle System der Dritten Republik, das 1934 noch wirksam war. Es war nahezu sechzig Jahre lang ohne wesentliche Änderungen intakt geblieben[5].

Im Laufe dieser sechzig Jahre war das imponierende deutsche Kaiserreich der Hohenzollern zusammengebrochen und zuerst von der Weimarer Republik, dann vom Hitler-Regime abgelöst worden. Das Habsburger Kaiserreich, der alte Rivale des monarchistischen Frankreich, war zerfallen und die Monarchie der Romanows in Rußland, einst ein zuverlässiger Verbündeter Frankreichs, hatte ein unglückliches Ende genommen. Das Ottomanen-Reich, ebenfalls ein alter Verbündeter Frankreichs in jenen Tagen, da die Türken im Herzen Zentraleuropas Anlaß zu Besorgnissen gaben, bestand nicht mehr, und die Monarchien in Portugal und Spanien waren einem Sturz zum Opfer gefallen[6].

In dieser Zeit hatte Frankreich an Ruhm und Ausdehnung zugenommen. Das französische, bereits 1875 umfangreiche Kolonialreich hatte sich um so ausgedehnte Gebiete wie Tunis und Tonkin, Marokko und Madagaskar, Syrien und Senegal vergrößert. Diese großen überseeischen Gebietserweiterungen unter der Ägide der Dritten Republik vervollständigte der Wiedererwerb Elsaß-Lothringens, das Frankreich bereits früher Deutschland genommen und dann im Jahre 1871 an Bismarck verloren hatte[7].

1934 besaß Frankreich eine Bevölkerung von 42 Millionen Menschen, von denen jeder zwanzigste Franzose in Paris lebte. Es gab andere Hauptstädte wie Lyon, Marseille und Bordeaux sowie viele kleinere See- und Industriestädte, doch war das stärkste Element der französischen Bevölkerung immer noch das Bauerntum. 1934 lebte in Frankreich noch, anders als in Groß-Britannien, den Vereinigten Staaten und Deutschland, über die Hälfte des Volkes auf dem Lande. Der französische Bauer war bekannt durch seine Sparsamkeit, seinen

Scharfsinn und einen überlieferungsgebundenen Lebensstil, den man als Ausdruck des ewigen Frankreich ansah[8].

Die französischen Industriearbeiter anerkannten Frankreich stolz als das Pionier- und Heimatland des modernen Sozialismus, und der französische Mittelstand erblickte in seinen kaufmännischen und beruflichen Erfolgen den Schlüssel zur Größe Frankreichs durch die Jahrhunderte hin. Der französische Adel schaute zwar oft sehnsüchtig auf die Vergangenheit mit ihren alten monarchischen Einrichtungen zurück und sah besorgt das Ansehen der katholischen Kirche schwinden, bewahrte sich aber seinen Stolz auf die nationale Größe und die Errungenschaften des ganzen Landes[9].

Ein starkes Traditionsbewußtsein hatte Frankreich zu einer in hohem Maße geeinten, zentralisierten und homogenen Nation gemacht, trotz Klassenhaß und den in jeder modernen, ständisch gegliederten Gesellschaft unvermeidlichen Eifersüchteleien. Dazu kam die lebhafte marxistische Propaganda, so daß viele Franzosen die russisch-kommunistische Revolution von 1917 nur als die logische Folge ihrer eigenen großen Revolution von 1789 ansahen. Doch änderten solche Vorstellungen nichts an der herrschenden Auffassung, daß Frankreich der Mittelpunkt des Universums und der Schlüssel zum menschlichen Fortschritt sei[10].

So kam es weithin zu der Ansicht, Nationen wie Groß-Britannien und die Vereinigten Staaten hätten sich die moderne Form ihres politischen Systems überwiegend unter französischem Einfluß geschaffen. Montesquieu wurde als der geistige Vater der amerikanischen Verfassung angesehen und französische Hilfe hatte ursprünglich entscheidend zur Sicherung der amerikanischen Unabhängigkeit beigetragen. Auch wurde die große französische Revolution von 1789 als der entscheidende Anstoß zur Wandlung der exklusiven Oligarchie des alten britischen Staatswesens betrachtet. Sie habe bei der langen und stufenweisen Entwicklung zu einer volkstümlicheren Regierungsform in London als Katalysator gewirkt[11].

Der geistige Vater des politischen Systems der Dritten Republik Frankreichs war nicht Montesquieu, sondern Jean Jaques Rousseau, wenn auch der große Weise aus Genf praktisch von der Zweikammer-Legislative, die aus den Grundgesetzen von 1875 entstand, kaum gebilligt worden wäre. Dieses System verwarf die Gewaltenteilung, die eine unabhängige Exekutive und Gerichtsbarkeit zur Folge hatte, und trat für den Vorrang der Gesetzgebung in einem Einheitsstaat als dem vollkommensten Ausdruck des Willens der Allgemeinheit ein. Rous-

seau war der Meinung, daß es bestenfalls schwierig, oft aber unmöglich sei, diesem Willen der Allgemeinheit oder der herrschenden Meinung eines Gemeinwesens durch eine gewählte Versammlung Ausdruck zu geben[12].

Das französische System von 1875 sah einen Senat mit außergewöhnlichen Machtbefugnissen vor, der indirekt durch Wahlkörperschaften aus den Stadträten, Bezirksräten und verschiedenen örtlichen Bezirksbeamten zu wählen war, und zwar nach einem System, dessen Schwergewicht in den rein ländlichen Gebieten lag. Der ursprüngliche Plan einer besonderen Ernennung von 75 der dreihundert Senatoren wurde später aufgegeben. Die Amtszeit der Senatoren sollte, wie ursprünglich auch in der amerikanischen Konvention von Philadelphia im Jahre 1787 vorgeschlagen, dann aber abgelehnt, neun Jahre betragen und die Wahl eines Drittels der Körperschaft alle drei Jahre stattfinden[13].

Dieser sorgsam geplante Puffer gegen die Einwirkung des Willens der Allgemeinheit war noch undemokratischer als das amerikanische System mit seiner jeweils sechsjährigen Senatoren-Amtszeit. Die Vereinigten Staaten nahmen 1913 schließlich ein System der Senatorenwahl durch das Volk an Stelle des alten indirekten Wahlsystems an, während in Frankreich die Form der Senatorenwahl die gleiche blieb. Die Marxisten — sowohl die Sozialisten als auch die Kommunisten — befürworteten in Frankreich die Abschaffung des Senats, aber mit Ausnahme der Sozialisten während der Notstandszeit des Ersten Weltkriegs war bis 1936 keine dieser beiden Gruppen bereit, an Regierungskoalitionen teilzunehmen, und die Marxisten waren zu keiner Zeit stark genug, um ernstlich an eine Änderung der bestehenden Verfassung denken zu können, obgleich das in Frankreich, anders als in den Vereinigten Staaten, im Übereinkommen mit einem Mehrheitsbeschluß der beiden gesetzgebenden Häuser leicht hätte erreicht werden können. Die Vertretung der marxistischen Parteien in der Kammer war für diesen Zweck stets zu klein, und im Senat war ihre Vertretung, wie zu erwarten, so schwach, daß man sie in einem größeren Taxi hätte befördern können[14].

Die starke Position, die der französische Senat im Jahre 1934 innehatte, muß man zu begreifen verstehen. Anders als in Belgien, Holland, Schweden oder Rumänien, war es in Frankreich ein Ding der Unmöglichkeit, die obere Kammer aufzulösen. Kein Appell an den Willen der Allgemeinheit konnte die Kontinuität dieser Körperschaft und ihrer unerschütterlichen Traditionen, über die sich Edouard Her-

riot in geradezu vernichtender Weise lustig machte, gefährden. Nicht nur der Senat selbst war in dieser Hinsicht unverletzlich, die Grundgesetze von 1875 sahen sogar vor, daß seine Zustimmung zur Auflösung der Deputiertenkammer notwendig sei; infolgedessen hatte es seit 1877 keine Auflösung des Unterhauses gegeben[15].

Über die Hälfte der Senatoren waren 1934 Juristen und ebensoviele zugleich ehemalige Abgeordnete der Deputiertenkammer. Sie hatten es vorgezogen, sich von ihren lokalen Bezirksbehörden in die erhabene Ruhe und Zurückgezogenheit des Senats wählen zu lassen, anstatt in der lärmenden Deputiertenkammer zu verbleiben. Dieser gleiche Senat verfügte jederzeit über weitestgehende Machtbefugnis gegenüber der Regierung, die ihrerseits als Exekutiv-Kabinett keinerlei Möglichkeit zur Auflösung des Senats hatte. So war der Senat in der Lage, jedes Regierungsprogramm unwirksam zu machen, indem er beispielsweise sich weigerte, dem jeweiligen Haushaltsplan zuzustimmen. Er konnte noch weitergehen und die Regierung zur Abdankung zwingen, wenn er ihr nicht gestattete, die Vertrauensfrage zu stellen[16].

Unter diesen Umständen konnte keine einzige Wahl zur Deputiertenkammer die endgültige Politik der französischen Regierung bestimmen. Im Hintergrund stand der Senat, jederzeit bereit, seine enorme Macht auszuüben. Er stellte einen gewaltigen Machtfaktor des traditionellen Konservativismus in der Dritten Republik dar, was seine Position unangreifbar machte.

Trotz der Rousseau-Fassade und der allgemeinen Ehrerbietigkeit ihm gegenüber war mithin der politische Aufbau Frankreichs, wie auch Amerikas, weit weniger demokratisch als der des zeitgenössischen England oder der früheren Weimarer Republik in Deutschland. Aber anders als in Amerika war der Hemmschuh der Demokratie in Frankreich ausschließlich der Senat, während Exekutive und Gerichtsbarkeit keinen Teil daran hatten[17].

Das französische System war keine Parlament-Kabinett-Regierung im englischen Sinne, weil das Kabinett praktisch die gesetzgebenden Körperschaften nicht auflösen und die Streitfragen nicht unmittelbar dem Volk vorlegen konnte. Ein Konflikt zwischen dem Kabinett und der gesetzgebenden Körperschaft bedeutete in Frankreich in jedem Falle, daß das Kabinett und nicht die Legislatur zurückzutreten hatte. Das hatte die zahlreichen Regierungswechsel zur Folge, aber eine Körperschaft wie der Senat garantierte Frankreich in harmonischer Zusammenarbeit mit ausgezeichneten, ständig im Amt verbleibenden Staatsdienern die ungestörte Kontinuität seines politischen Systems[18].

Die alle vier Jahre fälligen Wahlen zur Deputiertenkammer förderten den Pluralismus der politischen Gruppenbildung, obgleich ein Versuch mit einem begrenzten System einer alle acht Jahre erfolgenden Wahl von proportionalen Vertretungen, einer systematischen Förderung des Parteienpluralismus, 1927 aufgegeben worden war. Frankreich wurde für die Kammerwahlen in 618 Einzelkandidaten-Wahlkreise geteilt. Es waren zwei Wahlgänge vorgeschrieben, außer in den seltenen Fällen, da ein Kandidat schon bei der ersten Wahl eine absolute Mehrheit erzielen konnte[19].

Im Unterschied zu den meisten andern europäischen Ländern mit einem Wahlsystem dieser Art genügte in Frankreich, um im zweiten Wahlgang erfolgreich zu sein, eine einfache Stimmenmehrheit. Das hatte praktisch weit erregendere geheime Verhandlungen wegen Unterstützung beim zweiten Wahlgang zur Folge, als wenn eine absolute Mehrheit und als deren Basis eine breitere Koalition notwendig gewesen wäre[20].

Ein kennzeichnendes, praktisches Beispiel dafür ist der Pariser Wahlsieg des kommunistischen Kandidaten Jacques Duclos über den alten Sozialistenführer Léon Blum im Jahre 1928. Der erste Wahlgang ergab in diesem Wahlkreis mehr sozialistische als kommunistische Stimmen, aber Duclos brachte es mit Leichtigkeit fertig, den zweiten Wahlgang mit Hilfe weniger konservativer Stimmen zu gewinnen. Die Wahl-Parole der konservativen Duclos-Wähler schien zu sein: Lieber Stalin als Blum! In Wirklichkeit war jedoch die Gelegenheit, dem selbstbewußten Sozialistenführer eine Schlappe beizubringen, zu günstig, um sie ungenutzt vorbeigehen zu lassen[21].

Dieses Ergebnis konnte Blum freilich nicht daran hindern, im folgenden Jahr auf dem Wege über eine Ersatzwahl im Wahlkreis Narbonne in die Kammer zurückzukehren. Auch wäre es im Rahmen des französischen Wahlsystems möglich gewesen, daß einer der 1928 gewählten Sozialisten zugunsten Blums zurückgetreten wäre, wenn dieser Interesse daran gehabt hätte. Das französische Wahlsystem hatte offensichtlich zum Ziel, Rücksicht auf die bedeutenderen Parteiführer zu nehmen, die derartigen Pannen ausgesetzt waren, wenn solche Affären sich auch in der Praxis natürlich weniger automatisch und mechanisch abspielten als bei einer proportionalen Vertretung[22].

In der Regel waren die politischen Parteien Frankreichs sehr lockere Zusammenschlüsse unabhängiger Politiker, obgleich die Parteidisziplin bei den Marxisten (Sozialisten, Neo-Sozialisten und Kommunisten), besonders bei den Kommunisten, ziemlich streng war. Doch hat

offensichtlich gerade Stalins strenge Disziplin innerhalb des kommunistischen Lagers und französischer Atmosphäre eine fast ununterbrochene Abwanderung aus den Reihen der Kommunisten in die der Sozialisten und der unabhängigen Gruppen zur Folge gehabt. Aus diesem Grunde wurde die kommunistische Partei von den französischen Politikern gern mit einem Sieb verglichen: sie war ewig dabei, neuen Nachwuchs anzuwerben und alte Anhänger zu verlieren[23].

Die Radikal-Sozialisten, diese grundsätzlich anti-marxistische, traditionelle Regierungspartei der Dritten Republik, boten ein kennzeichnenderes Beispiel der politisch aktiven Gruppen Frankreichs. Die Partei hielt zwar jährlich Kongresse ab, auf denen politische Richtlinien beschlossen wurden, aber die einzelnen Radikal-Sozialisten nahmen sich die Freiheit, diese Richtlinien in der Praxis je nach Gutdünken zu bejahen oder abzulehnen.

Die Verhältnisse in der sogenannten Radikalen Partei[24] waren 1934 besonders anarchisch, da sich zwei ehemalige südfranzösische Geschichtslehrer, Edouard Herriot und Edouard Daladier, um die Führung stritten. Von Daladier, dem jüngeren von beiden, ging der Angriff auf die beherrschende Stellung, die Herriot viele Jahre lang innegehabt hatte, aus. Doch stimmten beide Männer in dem einen wesentlichen Punkt überein, daß an dem bestehenden politischen System Frankreichs keine grundlegenden Änderungen vorgenommen werden sollten. Sie waren auch darin einer Meinung, daß die Radikalen von Natur aus zur Führung Frankreichs berufen seien. Sie bezeichneten sich als Linkspartei nur, weil das Tradition war. In Wirklichkeit bildeten sie im eigentlichen Sinne des Wortes das Zentrum des politischen Systems in Frankreich[25].

Alle diese Umstände bedeuteten natürlich, daß die französische Politik 1934 praktisch endgültig nach rechts tendierte, trotz des nominellen Sieges der sogenannten traditionellen Linken im Jahre 1932. Die Kammer, in der das marxistische Kontingent zwanzigmal stärker war als im Senat, spiegelte diese Situation wider. Es gab dort 159 radikale Abgeordnete. Auf der Linken saßen 185 Deputierte, davon 10 Kommunisten unter Maurice Thorez, 97 Sozialisten unter Léon Blum und 45 Neo-Sozialisten unter Marcel Déat und Adrien Marquet. Auf der Rechten, die von den sogenannten linken Zentrums-Republikanern bis zu den bourbonischen Monarchisten reichte, saßen nicht weniger als 271 Deputierte[26].

Die Kammer-Zusammensetzung von 1934 bedeutete also für die Linke eine seltsame Art von „Sieg". Sie neigte in Wirklichkeit stark

der Rechten zu, und jeder Radikale war sich dieser Tatsache durchaus bewußt. Natürlich hatten die Radikalen nichts dagegen, allein mit Hilfe anderer Gruppen in der Kammer zu regieren. Ebenso frei konnten sie eine Beteiligung an Regierungskoalitionen in beiden Richtungen in Erwägung ziehen. Aber am 7. Februar 1934 war gerade eine ungewöhnliche Situation entstanden. Die Radikalen hatten in ihrer Gesamtheit vorübergehend im Lande das Vertrauen verloren[27].

Ein kurzer Teilüberblick über die Entwicklung wird dazu beitragen, die wesentlichen innenpolitischen Probleme zu veranschaulichen, denen sich Frankreich zu diesem Zeitpunkt gegenübersah, und insbesondere die Situation der Radikalen zu erklären. Die Verhältnisse im Innern waren von der Stabilisierung des Franc im Jahre 1926 bis zum Sturz der Regierung Herriot im Dezember 1932 sicherlich so gefestigt wie zu irgendeinem Zeitraum vor 1914[28]. Es gab Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft, wenige und nur sporadische soziale Sicherheitsmaßnahmen, aber es gab weniger Streiks und Störungen in der Industrie als vor dem Ersten Weltkrieg. Die Wirtschaft war gesund und die Regierung verfügte ständig über einen Haushaltsüberschuß. André Tardieu und andere entwickelten ehrgeizige Pläne, diesen anscheinend dauernden Überschuß wirkungsvoll zur Stärkung der Volkswirtschaft zu nutzen[29].

Die Radikalen unterstützten Raymond Poincarés Regierung der nationalen Einheit von ihrem Beginn im Juli 1926 an bis zum Parteikongreß der Radikalen in Angers im Oktober 1928. Zu diesem Zeitpunkt brachen sie mit Poincarés Politik finanzieller Zugeständnisse an die katholischen Klosterorden, aber der alte Kämpe aus Lothringen war in der Lage, seine Regierung ausschließlich mit Hilfe der französischen Rechten bis zu seinem Rücktritt im Juli 1929 am Ruder zu halten[30].

Schließlich übergab Poincaré die Regierung an Aristide Briand, den Vater der französischen Versöhnungspolitik mit Deutschland, nach dem Ersten Weltkrieg, der Welt auch unter der Bezeichnung „appeasement" bekannt. Zänkische Kritiker der Rechten setzten einige wenige Monate später den Sturz Briands aufgrund seiner Bereitwilligkeit durch, 1930 die militärische Räumung des deutschen Rheinlandes zu vollenden, etwa fünf Jahre vor dem im rachsüchtigen Versailler Vertrag festgesetzten Termin[31].

Präsident Gaston Doumergue wandte sich daraufhin an Camille Chautemps, einen Führer der Radikalen, der sowohl Herriot als auch Daladier nahestand, doch konnte dessen ausschließlich aus Radikalen zusammengesetztes Kabinett in der Kammer nicht genügend Unter-

stützung finden. Das hatte seinen Grund darin, daß André Tardieu, nach Poincaré der bekannteste Politiker der Rechten, bereits seine eigene Schattenmehrheit gebildet hatte und nur auf einen Ruf Doumergues wartete. Er bekam seine Chance am 1. November 1929 und versuchte, seine Mehrheit noch zu verstärken, indem er den Radikalen acht Ministerposten anbot. Zwar lehnten sie ab, doch erzielte er sein erstes Vertrauensvotum in der Kammer mit 327 zu 256 Stimmen. Ihm kam die anhaltende Wirtschaftsblüte Frankreichs zugute in einer Zeit, da Großbritannien, Italien, Deutschland und die Vereinigten Staaten schmerzlich unter der großen Depression von 1929 zu leiden begannen. Frankreich schien mit seiner ausbalancierten Handelsbilanz vorerst gegen diese Depression immun zu sein[32].

Tardieu setzte mit Erfolg das berühmte Projekt der Maginot-Befestigungslinie in Ost-Frankreich durch. Es hatte eindeutig eine defensive Politik gegenüber Mittel-Europa zur Voraussetzung, und darin lag eine gewisse Ironie, weil Tardieu gleichzeitig einer der eifrigsten Vorkämpfer einer Politik der ständigen Intervention zugunsten der östlichen Bündnisse war, die Frankreich mit kleineren Mächten wie Polen und der Tschechoslowakei geschlossen hatte[33].

Tardieu besaß große Gewandtheit und besondere Begabung für parlamentarische Strategie, zeigte aber in der Ausübung der Macht eine autoritäre Haltung und einen streitlustigen, dogmatischen Charakter. Das erste Mal wurde seine Regierung aus unbedeutendem politischem Anlaß gestürzt, als er im Februar 1930 in der Kammer fehlte und mit Fieber das Bett hütete. Doch gelang es den Radikalen auch diesmal nicht, eine Mehrheit für sich zu gewinnen, und nach ein paar Tagen war Tardieu wieder an der Macht, bis ihm ein Finanzskandal im November 1930, die Oustric-Affäre, seine Mehrheit nahm und er am 4. Dezember 1930 im Senat gestürzt wurde[34].

Senator Henri de Jouvenel hielt zur Rechtfertigung dieser Senatsaktion eine glänzende Rede. Er führte aus, daß Tardieus scharfe persönliche Angriffe auf die Gegner seiner besonderen Politik die Differenzen im politischen Leben Frankreichs zu verschärfen drohten und damit die bisherige konziliante Atmosphäre durch scharfe Animositäten verdrängt werden würde[35].

Später, nachdem die Wirtschaftsdepression sich schließlich auch Frankreichs bemächtigt hatte, war Tardieu davon überzeugt, sein eigener Sturz, der Sturz eines angeblich starken Mannes, der eine Wirtschaftskrise hätte abwenden können, sei der klare Beweis dafür, daß das bestehende politische System für Frankreich ungeeignet sei. So

wurde er zum einsamen Rufer nach einer Verfassungsreform. Er forderte, die Regierung müsse das Recht haben, die Kammer auch ohne Senatszustimmung aufzulösen, und kämpfte gegen das Vorrecht der Kammerdeputierten, Finanzgesetze zu erlassen, weil es der Schlüssel zu unnötiger Verschwendung sei. Er begünstigte die Fernhaltung der Staatsdiener von der Parteipolitik und trat für das weibliche Stimmrecht ein[36].

Das Recht zur Auflösung der Kammer würde einen erheblichen Schritt auf die britische Verfassung zu bedeutet haben, aber alles in allem waren Tardieus Forderungen eher gemäßigt als übertrieben zu nennen, und es war unter diesen Umständen geradezu lächerlich, wenn der Sozialistenführer Léon Blum Tardieu einen „Faschisten" schalt. Das war in jener Zeit die typische, schon weltüblich gewordene, marxistische Verleumdungsmethode. Nach 1933 steigerte sie sich bei Blum derartig ins Extrem, daß er so ziemlich hinter jedem Gebüsch französische Faschisten vermutete. Doch in der ruhigen Zeit von 1926 bis 1932 sah man in Léon Blum und seinen Nachfolgern eher akademische als passionierte Sozialisten. Ihre Hauptgegner waren die kommunistischen Rivalen mehr noch als die Politiker der Rechten[37].

Nach dem Sturz Tardieus mißlang es Theodore Steeg, einem Unabhängigen, eine solide Mehrheit hinter sich zu bringen. Sein Nachfolger war Pierre Laval, der von Tardieu erhebliche Unterstützung erhielt. Die Regierung Laval wurde im Januar 1931 gebildet und am 13. Februar 1932 vom Senat über einer Streitfrage zur Verfassungsreform wieder gestürzt. Georges Mandel, ein ehemaliger enger Mitarbeiter des „Tigers" Clemenceau, der Frankreich im Ersten Weltkrieg zum Siege führte, hatte Laval davon überzeugt, daß die Rückkehr von der Proportionalvertretung zur Wahlkreis-Einzelkandidatur bei den Kammerwahlen durch die Einzelwahl ergänzt werden müsse, wie sie in England herrsche. Eine einfache Wählermehrheit beim ersten Wahlgang würde die ganze Prozedur vereinfachen und viele Mißstände beseitigen[38].

Mandel hatte als Präsident des Kammerausschusses für das Wahlrecht im Unterhaus weitgehende Unterstützung für seinen Plan gefunden. Laval war vom Senat abhängig und hoffte, die Annahme dort erreichen zu können. Aber der Senat zeigte sich wieder einmal allen Änderungen abhold und Laval wurde gestürzt. Die Wahlen von 1932 standen vor der Tür, und Tardieu erklärte sich zur Bildung eines Übergangskabinetts bereit. Laval hatte bei andern politischen Maßnahmen erhebliche Fähigkeiten bewiesen, und politische Beobachter

erwarteten zuversichtlich, daß er später wieder zur Macht gelangen würde, wahrscheinlich sogar für eine sehr viel längere Periode. Diese Erwartungen waren durchaus gerechtfertigt; denn er tauchte bald als der maßgebende Gegner der Volksfrontbewegung wieder auf, die nach dem 7. Februar 1934 Gestalt anzunehmen begann. Es ist unerläßlich, mit den Gedanken und Vorstellungen Lavals vertraut zu sein, wenn man die ruhige Zeit in Frankreich nach 1926 und ebenso die darauffolgenden stürmischeren Jahre verstehen will[39].

Laval, der, bäuerlicher Abstammung, 1883 in der Auvergne geboren worden war, hatte sich in jungen Jahren als kämpferischer Sozialist betätigt. Aber sein Sozialismus beruhte, im Unterschied zu dem von Blum, mehr auf der national-französischen Tradition eines Auguste Blanqui und Charles Fourier als auf Karl Marx[40].

Laval wollte dem französischen Arbeiter helfen und nicht minder dazu beitragen, den Frieden in der Welt zu erhalten. Er sah voraus, daß der Marxismus die Saat blutiger Auseinandersetzungen aufgehen lassen würde, anstatt wahre internationale Solidarität zu pflegen[41].

Als junger Mann fühlte sich Laval von allen wirklich radikal Denkenden angezogen, ohne Rücksicht darauf, ob er mit ihnen übereinstimmte oder nicht, und unterhielt vor 1914 in Paris ausgedehnte Verbindungen zu anarchistischen Gruppen. 1898 war er zum Studium nach Paris gekommen und hatte gewissenhaft seinen Militärdienst für Frankreich abgeleistet, bevor er seinen juristischen Doktorgrad erhielt. Nichtsdestoweniger stand er beim französischen militärischen Nachrichtendienst auf der geheimen B-Liste derjenigen, die im Fall einer Mobilmachung sorgfältig zu überwachen waren. Sein älterer Bruder war schon vor ihm sozialistischer Abgeordneter in der Kammer, und im Mai 1914 verdiente er sich dann seine eigenen Sporen und wurde, ebenfalls als Sozialist, von einem Pariser Bezirk in die Kammer gewählt[42].

Lavals glänzende Begabung wurde bald erkannt und die Humanité Jean Jaurès', damals die führende sozialistische Zeitung, hieß ihn als den Benjamin der Sozialisten im Parlament willkommen. Laval beeilte sich im Gegensatz zu Blum nicht, einer kompromißlosen Politik des totalen Sieges über Deutschland im Ersten Weltkrieg bedingungslos zuzustimmen. Er trat bis Ende 1917 für einen Kompromißfrieden in der Überzeugung ein, daß der Preis für einen vollständigen militärischen Sieg sich von selbst verbiete. Die Kammer versagte ihm 1917 den Paß zum Besuch einer „Friedenskonferenz" von Parlamentariern der kriegführenden Staaten in Stockholm. Doch in der Stunde der

höchsten Gefahr, als im November 1917 das Ministerium Ribot fiel, befürwortete Laval die Ernennung Clemenceaus als des tatkräftigsten französischen Führers. Seine Einstellung spiegelte sich klar in einer Bemerkung, die er vor dem Kriege gemacht hatte. Aufgefordert, zwischen der roten Fahne und der Trikolore zu wählen, gab er zur Antwort, er wähle beide[43].

Bereits 1917 begann Laval, die Vorzüge politischer Unabhängigkeit gegenüber dem Joch der Sozialistischen Partei in Erwägung zu ziehen, doch brach er erst mit den Sozialisten anläßlich der schicksalhaften Konferenz im Dezember 1920, die als die sogenannte Zweite Schlacht von Tours bekannt wurde. Er kämpfte für die Einheit der Partei und ihre Unabhängigkeit vom russischen Kommunismus. Schließlich führte Marcel Cachin die Mehrheit der Delegierten in die kommunistische Dritte Internationale, während die Minderheit sich für die Führung Léon Blums und für die alte Zweite Internationale entschied[44].

Laval weigerte sich, eine der beiden in Tours entstandenen Gruppen als legitimen Erben Jean Jaurès' anzuerkennen. Er selbst wurde ein Unabhängiger. 1923 wurde er zum Bürgermeister der radikalen Pariser Vorstadt Aubervilliers gewählt und sollte diese Stellung über zwanzig Jahre lang behalten. Bei den Nationalwahlen des Jahres 1924 kehrte er als „unabhängiger Sozialist" in die Kammer zurück. Zu diesem Zeitpunkt stand er noch deutlich am linken Flügel der Radikalen und war noch weit davon entfernt, der anerkannte Führer der Rechten zu werden[45].

Aber Laval wurde wohlhabend, seine beträchtlichen Einkünfte als Rechtsanwalt verdreifachten sich in den Jahren von 1919 bis 1927. In diesem Jahre wurde er im Alter von 41 Jahren in den Senat gewählt. Er kaufte sich eine teure Pariser Villa und ein Gut auf dem Lande. 1927 erwarb er auch eine führende Provinz-Zeitung, den Moniteur du Puy-de-Dome in Clermont-Ferrand, 1931 beteiligte er sich maßgebend am Radio Lyon sowie an der Zeitung Lyon républicain. Noch im gleichen Jahre erwarb er das prächtige Chateau de Chateldon in seinem Heimatbezirk. Das waren zwar schlaue Transaktionen, doch wurden sie vollkommen korrekt durchgeführt, wie eine spätere Untersuchung ergab. Laval war ein wohlhabender Mann, als er 1931 zum ersten Mal Premier von Frankreich wurde[46].

Wie entwickelte sich nun Lavals politisches Denken während dieser erheblichen Verbesserung seiner persönlichen Verhältnisse? In welchem Sinne war der unabhängige Sozialist von 1924 im Jahre 1931 noch Sozialist? War er es überhaupt noch? Seine drei wesentlichen

Gönner und Freunde während dieser Jahre waren — in der Reihenfolge ihres Auftretens — Joseph Caillaux, Aristide Briand und André Tardieu. Diese drei Männer waren gleich Laval politisch unabhängig, doch standen sie auch entweder in der Mitte oder auf der Rechten[47]. Briand war, wie Laval, ehemaliger Sozialist, dessen Laufbahn sich von der Linken her entwickelt hatte. Caillaux führte eine Zeit lang die Radikalen und hatte in der parlamentarischen Schlacht vor dem Ersten Weltkrieg eng mit den Sozialisten unter Jaurès zusammengearbeitet. Er war im Bereich der Mitte groß geworden. Tardieu, der immer rechts gestanden hatte, übte zweifellos den größten Einfluß auf Lavals innenpolitische Pläne aus, während Caillaux und Briand seine außenpolitischen Vorstellungen von Frankreichs Zukunft entscheidend bestimmt hatten[48].

Offensichtlich war Laval, der einen klugen Einblick in alles behielt, was auf der Linken geschah, nichtsdestoweniger ganz umgeschwenkt und hatte 1931 feste Position auf der Rechten bezogen. Er mußte damit wohl oder übel von nun an ein beliebtes Angriffsziel für die marxistische Kritik in Frankreich bleiben. Doch war Laval optimistisch und glaubte nicht, daß die Marxisten den Schlüssel zu Frankreichs Zukunft in den Händen hielten. Trotz des Rückschlags, den er im Februar 1932 durch den Senat erlitt, war er voller Zuversicht, daß er nach einer erneuten Aufforderung, das Amt des Premiers zu übernehmen, erfolgreich mit den gesetzgebenden Kammern Frankreichs zusammenarbeiten und sein Programm verwirklichen könne. Laval verband Humanität mit kraftvollstem Patriotismus. In seinen Reden vor dem Senat sprach er von Frankreich nicht als von „diesem Land" im Stile Ribots oder „dem Land", wie Briand es tat, für Laval war es stets „mein Vaterland"[49].

Präsident Paul Doumer, der Briand im Kampf um die Präsidentschaft 1931 besiegt hatte, wurde von einem weißrussischen Geisteskranken namens Gorgulow am Vorabend der Maiwahlen zur Deputiertenkammer 1932 ermordet. Die gesetzgebenden Kammern wählten Albert Lebrun von der Rechten zu seinem Nachfolger. Lebrun, der zur Zeit seiner Wahl Senatspräsident war, hatte vorher im Kabinett Caillaux und unter Clemenceau ein Ministeramt innegehabt. Wie Doumer war er ohne Zweifel eine zweitrangige Gestalt der französischen Politik. Eine Art von französischem Franklin Pierce, war er zwar sehr vornehm, aber auch sehr weich und daher für die traditionsgemäß untergeordnete Rolle des Präsidentenamtes besser geeignet als so starke Persönlichkeiten wie Poincaré oder Briand. Lebrun wurde

1932 beinahe einmütig von den nichtmarxistischen Deputierten und Senatoren gewählt[50].

Mit der Zeit stellte sich heraus, daß Lebrun besonders gut mit Edouard Herriot harmonierte, der am 4. Juni 1932 Tardieu als Premier folgte. Anders als bei Caillaux, der damals von Herriot ebenfalls außerordentlich begeistert war, wurde Lebruns Bewunderung für den Bürgermeister von Lyon niemals getrübt[51].

Herriot hatte 1932 den Gipfel einer ungewöhnlich erfolgreichen Laufbahn erklommen. Geboren 1872 in Troyes als Sohn eines einfachen Berufssoldaten, war er nach Sekundärschule und Universitätsstudium in Paris, Militärdienst, Reisen in Deutschland und einer Lehrtätigkeit in Nantes im Alter von 24 Jahren als Professor für alte Sprachen an eine Hochschule in Lyon berufen worden. Er besuchte die Stadt zum ersten Mal, als er kam, um die Berufung anzunehmen. Das war 1896. Im Jahre 1905, mit dreiunddreißig Jahren, war er bereits Bürgermeister von Lyon und blieb es bis 1940[52].

Die Sozialisten waren in Lyon, als Herriot dort in die Politik eintrat, verhältnismäßig stark. Herriot machte sich zuerst einen Namen, als er den Marxismus und seine philosophischen Grundlagen mit ungekünstelter Heftigkeit angriff und darauf bestand, daß die Doktrin des Klassenkampfes für Frankreich keine Gültigkeit besitze[53].

Herriot erhielt die Doktorwürde der Sorbonne und schuf sich einen Ruf in der Geschichtsforschung. Er setzte seinen Feldzug gegen den Marxismus vom nationalen Standpunkt aus fort und seine Rede in Besançon am 24. Februar 1908 erregte infolge seiner sprachgewaltigen Anklagen gegen den internationalen Sozialismus weithin Aufsehen. Nachdem er Bürgermeister geworden war, unternahm er längere Reisen durch Italien, Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei. Er schloß sich den Radikalen an und verfaßte deren gesamtes Parteiprogramm anläßlich ihrer Konvention im Jahre 1911. Eifrig unterstützte er die Finanzreform-Pläne Caillaux' und gelangte 1912 in den französischen Senat. 1913 und 1914 stand er hinter den Bemühungen Caillaux', die französische Politik Deutschland gegenüber zu mäßigen, in der Hoffnung, damit den Ersten Weltkrieg abwenden zu können[54].

1924 wurde Herriot zum ersten Mal französischer Premierminister, nachdem er die Opposition der Radikalen gegen die Außenpolitik Raymond Poincarés geführt hatte. Er tat die ersten versöhnlichen Schritte einer Verständigung mit Gustav Stresemann in Deutschland. Diese Schritte schufen die Grundlage für Briands Aussöhnungspolitik und die Locarno-Verträge des Jahres 1925. Später wurde sein Kabinett

durch den Senat einer Finanzangelegenheit wegen gestürzt und Herriot zum Präsidenten der Deputierten-Kammer gewählt. Während der Regierungen, die dem Rücktritt Poincarés und dem Sturz Briands folgten, stand er Tardieu kritisch, Laval dagegen freundlich gegenüber. 1932 trat Herriot immer noch in der Außenpolitik für Aussöhnung mit Deutschland und innenpolitisch für den Widerstand gegen den Marxismus ein. 1924 hatte er praktisch Léon Blum gegenüber noch einige Gesten des Entgegenkommens gemacht, die dieser aber zurückwies. 1932 wiederholte Herriot solche Gesten nicht mehr. In seiner neuen Regierung saßen Daladier, Chautemps und alle wichtigen Führer der Radikalen. Es war das letzte Mal, daß Herriot und Daladier im gleichen Kabinett zusammenarbeiteten[55].

Während des Herriot-Ministeriums 1932 begannen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich rasch zu verschlechtern. Auch tauchten schwierige außenpolitische Streitfragen auf wie das Moratorium der deutschen Reparationszahlungen, die französischen Finanzverpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten und die fehlende Bereitschaft, Deutschland auf der Genfer Abrüstungskonferenz endlich Gleichberechtigung zuzugestehen. Herriot selbst begann, die Möglichkeit einer Wiederannäherung an die Sowjet-Union in Betracht zu ziehen, ergriff die Initiative und unterzeichnete am 29. November 1932 mit dem sowjetischen Botschafter Dugalewski einen Nichtangriffspakt. Diesem Schritt widersetzte sich Tardieu auf das entschiedenste. Anders als Herriot hielt er es für undurchführbar, gleichzeitig den Marxismus im eigenen Land zu bekämpfen und in internationalen Angelegenheiten mit der Sowjet-Union zusammenzuarbeiten[56].

Die französischen Wirtschaftsprobleme waren vierfacher Art:

1. Das ständige Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion hatte den Getreidepreisen den Boden entzogen. Das schuf Unzufriedenheit bei der Landbevölkerung und setzte die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Genossenschaften herab. 2. Das Sinken der Kaufkraft und der Rückgang des Handels nach der britischen Pfund-Abwertung von 1931 verminderten die französische Industrie-Produktion und verdoppelten im Verlauf des Jahres 1932 die Arbeitslosigkeit. 3. Der plötzliche Rückgang der Regierungseinkünfte zehrte die Reserven des Staatsschatzes auf und veranlaßte Herriot, sich auf eine Politik des Haushaltsausgleichs festzulegen, die nicht durchführbar war. 4. Die fallenden Preise leiteten eine gefährliche Deflations-Spirale ein, und das zu einer Zeit, da der Widerstand der Bevölkerung gegenüber einer weiteren Abwertung des Franc viel zu stark war, um ihn überwinden

zu können. Diese Situation schränkte das wirtschaftliche Leben noch weiter ein, da sie auf die Gewährung von Anleihen und Krediten abschreckend wirkte (praktisch hatte die Deflation ein enormes Anwachsen der damaligen Zinssätze zur Folge). Die Regierung Herriot mußte bald erkennen, daß sie in der Kammer über keine genügend wirksame Mehrheit verfügte, um dieser Probleme Herr zu werden[57].

Léon Blum führte den Angriff auf die Regierung von der Linken, André Tardieu und Paul Reynaud, ein eifriger Verfechter der inflationistischen Wirtschafts-Theorien John Maynard Keynes', griffen Herriot heftig von der Rechten her an. Herriot führte daraufhin am 12. Dezember 1932 bewußt den Sturz seines eigenen Kabinetts herbei, indem er sich dafür erklärte, die Schuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten wiederaufzunehmen[58].

Die Zeit der Beständigkeit war damit für Frankreich vorbei und eine Periode der Wirren hatte begonnen, wenn auch die volle Bedeutung dieses Wandels weithin erst mehr als ein Jahr später, am 7. Februar 1934, bei dem verhängnisvollen Rücktritt Daladiers erkannt wurde. Lebrun beauftragte Joseph Paul-Boncour mit der Regierungsbildung, der, bevor er sich nach dem Ersten Weltkrieg den Radikalen anschloß, Sozialist gewesen war. Ein neues Kabinett der Radikalen wurde gebildet, aber innerhalb eines Monats in der Kammer wieder zu Fall gebracht. Daraufhin nahm Edouard Daladier den Auftrag Lebruns zur Regierungsbildung an[59]. Er war ein Held des Ersten Weltkriegs, ehemaliger Geschichtslehrer aus dem Bezirk Marseilles und hatte mit Erfolg Herriot als Führer der Radikalen angegriffen.

Daladier und Georges Bonnet, sein Finanzminister, beauftragten einen Fachmann, Henry Germain-Martin, einen führenden Pariser Professor der Wirtschaftspolitik, mit dem Entwurf eines geeigneten Planes für die Finanzpolitik der Regierung. Germain-Martin vertrat die Auffassung, daß die französische Wirtschaftskrise durchaus vorübergehender Natur sei und durch das Nachlassen des Touristen-Verkehrs und die Rückkehr beträchtlichen britischen und amerikanischen Kapitals aus Frankreich in seine Herkunftsländer verursacht würde. Er empfahl eine Kürzung der Regierungsausgaben und Schutzmaßnahmen für den Franc. Germain-Martin führte aus, eine weitere Entwertung des Franc würde das Vertrauen zerstören und die Flucht französischen Kapitals ins Ausland zur Folge haben. Genau das geschah, als die Abwertung 1936 beschlossen wurde, wie Germain-Martin später in seinem Buch „Le Problème de la Dévaluation en 1934" (Paris 1948) feststellte. Der heftige polemische Kampf zwischen Germain-

Martin und Paul Reynaud um diese Abwertung des Franc spitzte sich erst 1934 zu und gipfelte in einer nachhaltigen Niederlage für den letzteren. Frankreich war inzwischen in eine hochgradige Wirtschaftskrise eingetreten, gerade zu dem Zeitpunkt, da Deutschland sich aus einer solchen erhob. Diese Krise sollte in Frankreich fünf Jahre andauern, während sie in den Vereinigten Staaten zwölf Jahre anhielt[60].

Die Situation nach dem Rücktritt Herriots war seltsam. Paul-Boncour war Außenminister in seinem eigenen Kabinett gewesen. Nach dessen Sturz verblieb er auf diesem Posten. Daladier, Kriegsminister unter Paul-Boncour, behielt dieses Amt ebenfalls bei, als er Premierminister wurde, und hielt an Paul-Boncour als Außenminister fest. Die Regierung Daladier wurde im Oktober 1933 gestürzt und Albert Sarraut bildete eine neue aus Radikal-Sozialisten. Sarraut war unter Paul-Boncour und unter Daladier Kolonialminister. Er blieb in diesem Amt als Premierminister und behielt auch Paul-Boncour und Daladier in ihren früheren Ministerien. Das Kabinett Sarraut kam nach wenigen Wochen über einer Streitfrage der Finanzpolitik zu Fall, und Camille Chautemps bildete ein neues. Der neue Premier, in den drei vorausgegangenen Regierungen Innenminister, blieb in diesem Amt. Er behielt auch Paul-Boncour, Daladier und Sarraut in ihren vorherigen Ämtern. Der Planer der Finanzpolitik dieser vier verschiedenen Kabinette war natürlich Professor Germain-Martin[61].

Eine derartige Situation war nicht absolut neu. In der Zeit vom Dezember 1925 bis Juli 1926 hatten unter Briand vier verschiedene Finanzminister in vier verschiedenen Regierungen amtiert. Aber die Jahre der Stabilität, die man Ende 1933 zuversichtlich erwartete, sollten nicht kommen, wie sie 1926 gekommen waren. Kritiker in der französischen Presse waren der Meinung, die Radikalen hätten einen endgültigen Schlußstrich unter ihre Finanzpolitik ziehen sollen. Das hätte erfordert, daß sie alle von ihren Posten zurückgetreten wären und sich so lange geweigert hätten, in ihr Amt zurückzukehren, bis sie eine zuverlässige Mehrheit erhalten hätten[62].

Diesen Ratschlag zu befolgen, war in zweifacher Hinsicht schwer. Einmal bestand ja die Finanzpolitik nur in einem Programm der Einschränkungen, bestenfalls des status quo. Die Krise trat ein, als einzelne Maßregeln für eine Herabsetzung der Regierungsausgaben abgelehnt wurden. Diese Fragen waren aber kaum von so dramatischer Bedeutung, daß ihretwegen ein entschiedenes Festhalten an Grundsätzen gerechtfertigt gewesen wäre. Die zweite Schwierigkeit bestand darin, daß ein solches entschiedenes Festhalten eine Auflösung der

Kammer und einen Appell an die Wählerschaft zur Voraussetzung gehabt hätte. Doch wußte jeder, oder hätte es wissen müssen, daß der Senat zu einem solchen Vorgehen niemals seine Zustimmung gegeben hätte. Gegen Clemenceau war in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg der Vorwurf erhoben worden, er habe einen negativen Einfluß auf die französische Politik ausgeübt, da er den Sturz zahlreicher Kabinette herbeigeführt habe. Er verteidigte sich damit, daß die Kabinette, die er stürzte, immer die gleichen gewesen wären. Die vier Kabinette der Radikalen, die auf den Sturz Herriots folgten, waren eindeutig immer die gleichen, und Daladier war ihr führender Kopf.

Die Weltwirtschaftskrise hielt also ihren Einzug in Frankreich zu einer Zeit, als die Radikalen fest im Sattel saßen. Aber ein Vorfall, der garnichts damit zu tun hatte, sollte die Position der Radikalen, zumindest für den Augenblick, erschüttern und zu dem berühmten Kampf um die Macht zwischen Pierre Laval und Léon Blum führen[63].

Zweites Kapitel

DER GRÖSSTE KORRUPTIONS-SKANDAL EUROPAS

Unerwartete und dramatische Ereignisse verwandelten die wirtschaftlichen Probleme, denen sich die Führer der Radikalen gegenübersahen, in eine schwere politische Krise. Es handelte sich um die Entlarvung und den Tod Alexander Serge Staviskys, eines bis dahin höchst erfolgreichen Kriminellen von unersättlicher Gier. Die Entlarvung Staviskys und seiner politischen Verbindungen brachte die Radikalen zeitweilig in Verruf und hinderte sie an der Fortsetzung ihrer Karussel-Strategie der Umgruppierung des gleichen Kabinetts, die sie sonst unbegrenzt hätten beibehalten können, zumindest solange, bis in der Kammer ein neuer Ausgleich erzielt worden wäre. Zu den Rückwirkungen der Stavisky-Affäre gehörten auch die ernstesten Pöbel-Unruhen, die die Dritte Republik erlebt hat. Darüber hinaus benutzten die Marxisten diesen Mob-Aufstand dazu, das Gerücht zu verbreiten, es bestünde eine faschistische Verschwörung zum Sturz der Dritten Republik[1].

Die Behauptung von einer faschistischen Verschwörung gegen die Republik war absurd, fand aber damals weithin Glauben und diente den Zwecken der Marxisten, die als die Retter Frankreichs dastehen wollten. Das war im Falle Léon Blums besonders deutlich. Dieser führende Sozialist hatte entschieden, daß es nunmehr an der Zeit sei, die politische Strategie von Grund auf zu ändern. Er hoffte, es werde möglich sein, den Kampf zwischen den französischen Sozialisten und den französischen Kommunisten, der seit dem Kongreß von Tours im Jahre 1920 unablässig andauerte, zu beenden. Wenigstens einen zeitweiligen Burgfrieden wollte er erreichen, um Sozialisten und Kommunisten zu einer festen marxistischen Front zusammenzuschließen. Er hielt die Zeit für gekommen, mit kommunistischer Hilfe eine von den

Marxisten beherrschte Koalition führen zu können. Von diesen Überlegungen ließ er sich bei seinen Maßnahmen während der gesamten Krise im Zusammenhang mit der Stavisky-Affäre leiten[2].

Stavisky war im Jahre 1900 mit seinen jüdischen Eltern — der Vater war Zahnarzt — von Rußland nach Frankreich gekommen. Als junger Mann hoffte er, sich als Volkssänger durchsetzen zu können, hatte aber später unerwartete Schwierigkeiten mit seiner Stimme und wurde, nachdem er wiederholt auf der Bühne verlacht worden war, im Jahre 1909 kriminell. 1914 wurde seine kriminelle Betätigung durch den Militärdienst für kurze Zeit unterbrochen. Aber bereits nach einer Dienstzeit von drei Monaten brachte er es als Lastwagenfahrer in der französischen Armee fertig, seine Entlassung zu erreichen.

Nachdem er sein erstes Glück mit betrügerischen Theatergründungsplänen gemacht und es mit so berühmten Coups wie der Räuberei des Passagierdampfers „Valdivia" im Jahre 1923 noch gesteigert hatte, dehnte er seine Tätigkeit auf Investierungs-Bankgeschäfte aus, durch Errichtung seiner Öffentlichen Arbeitsbanken, und auf allgemeine Firmengündungen, mit besonderer Vorliebe für den Juwelenhandel in seiner Alex-Unternehmen-Kompanie. Schließlich rief er ein gigantisches internationales Projekt ins Leben, das auf der Ausgabe von Wertpapieren für die Forderungen ungarischer Landbesitzer auf ihr in Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei konfisziertes Eigentum basierte.

In Budapest war Stavisky eine vertraute Erscheinung. Er traf dort stets in seinem Privatflugzeug ein. Nach seiner riesigen „Sergé Alexandre-Party" in Stresa am 10. September 1932 war er überall eine Berühmtheit in der internationalen Gesellschaft. Einen großen Unterweltsieg hatte er errungen, als er im Jahre 1931 die Kontrolle über die Kasinos von Biarritz und Saint Jean de Luz in die Hände bekam. In seinen Anfängen war es Stavisky gelegentlich einer Haft gelungen, einen gefälschten Scheck aus den Polizeiakten an sich zu bringen und damit seinen Fall aus der Welt zu schaffen. In der Zeit von 1926 bis 1927 hatte er eine kurze Gefängnisstrafe zu verbüßen. Zur Zeit seiner endgültigen Entlarvung bewohnte er das fünfte Stockwerk des berühmten Claridge-Hotels an den Champs Elysés in Paris. Er hielt sich in der Tat für unangreifbar, bis seine Untergebenen im Dezember 1933 seine betrügerischen Manipulationen mit Bayonne-Obligationen zunichte machten. Am 23. Dezember 1933 verschwand Stavisky aus Paris, nachdem er vom Quai d'Orsay einen falschen Paß auf den erfundenen Namen Niemencenny erhalten hatte[3].

Die Entlarvung Staviskys durch de la Baume von der Handelsabteilung des Quai d'Orsay am 20. Dezember 1933 verursachte unter den Führern der Radikalen allgemeine Bestürzung[4]. Staviskys Unterschlagungen auf Kosten des Städtischen Kreditsystems von Orléans und Bayonne hatten ihm allein im Falle Bayonnne über 300 Millionen Francs eingebracht[5]. Es wäre schon ernst genug gewesen, hätte keine direkte Verbindung zwischen diesen Geschehnissen und der politischen Führung bestanden. Aber Generalstaatsanwalt Georges Pressard, der Schwager des Premierministers Chautemps, hatte nichts gegen Stavisky unternommen. Im Gegenteil, er war sogar ein persönlicher Freund Staviskys und hatte ihm seit 1927 zahlreiche nützliche Dienste trotz der Tatsache erwiesen, daß dieser russisch-jüdische Emigrant und Betrüger ein Vorstrafenregister besaß und eine Gefängnisstrafe abgesessen hatte[6].

Louis Ducloux, der Direktor der Kriminalabteilung der Sûreté Nationale, war daraufhin 1932 zu dem Schluß gekommen, daß er einfach nicht stark genug sei, um gegen Stavisky vorzugehen. Die überraschende Strafanzeige im Jahr 1933 war ausschließlich auf einige Versehen von Untergebenen Staviskys in Bayonne zurückzuführen[7].

Der Arbeitsminister Albert Dalimier war ebenfalls ein guter Freund Staviskys und hatte Empfehlungsbriefe für ihn geschrieben. Joseph Paul-Boncour, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, war ein glühender Verehrer Arlette Simons, der Frau Staviskys. Seine gesellschaftlichen Verbindungen zu Stavisky und seiner Frau boten argwöhnischer Kritik ein unvermeidliches Ziel. Bürgermeister Garat von Bayonne, der als Komplice unverzüglich verhaftet wurde, war Radikaler und Mitglied der Deputiertenkammer. Maurice Parquet, der eine Schlüsselposition im Finanzministerium innehatte, war ebenfalls ein Komplice Staviskys ebenso wie Albert Dubarry, der Herausgeber der radikalen Zeitung Volonté. Viele andere Radikale hatten zumindest Staviskys Bekanntschaft gemacht, so daß schließlich die gesamte Führung der Radikalen erbarmungslos der Kritik und Anprangerung ausgeliefert war[8].

Die Verhaftung Staviskys und ein Prozeß gegen ihn wären zum Ventil für die Unzufriedenen geworden und hätten überdies zur Klärung der Situation beigetragen. Aber Stavisky war entkommen und am 8. Januar 1934 wurde öffentlich bekanntgegeben, daß er in der Nähe seiner Villa bei Chamonix, in den französischen Alpen, mit einer Kugel im Kopf tot aufgefunden worden sei. Damit wurde die Regierung einem Sturm der Kritik, sowohl von der Linken wie von der

Rechten, ausgesetzt. André Botta bestand in dem führenden Sozialistenblatt Populaire darauf, daß die Polizei mit vollem Bedacht von einer Verhaftung Staviskys in Paris Abstand genommen habe. André Tardieu stimmte Botta in der Liberté zu und prahlte damit, daß seine Regierung die Betrüger Oustric und Hanau wenigstens lebendig dingfest gemacht habe. Diese Vorwürfe, die Behörden hätten es an der nötigen Sorgfaltspflicht fehlen lassen, als sie es versäumten, Stavisky zu verhaften, machten die These glaubwürdig, letzterer sei von der Polizei bewußt umgebracht worden, um ihn zum Schweigen zu bringen, obwohl weder Botta noch Tardieu diesen Vorwurf öffentlich zu erheben wagten[9].

Die royalistische, 1905 von Charles Maurras ins Leben gerufene Action Française veranstaltete am 9. Januar 1934 ihre erste Demonstration gegen Chautemps. Sie führte zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und einer ersten Gewaltanwendung. Die Camelots du Roi dieser Organisation hatten in ganz Frankreich 60 000 Mitglieder, einschließlich ihrer 8 300 Anhänger in Paris. Ihre Demonstration veranlaßte die Regierung, einen eiligen Überschlag über die vielen anderen organisierten Gruppen zu machen, von denen eine Beteiligung an ähnlichen Demonstrationen zu erwarten war[10].

Die Radikalen waren auch über die Reaktion der in Frankreich straff organisierten Veteranen des Ersten Weltkriegs beunruhigt. Ihre fünf Haupt-Organisationen (Union Fédérale, Union Nationale des Combattants, Association Nationale des Officiers Combattants, Association des Membres de la Légion d'Honneur, Croix de Feu) verfügten über eine Mitgliederzahl von insgesamt mehr als zwei Millionen Mann. Vier dieser Gruppen sollten eine führende Rolle bei den Demonstrationen gegen die Regierung spielen.

Zu besonderer Sorge gaben die Feuerkreuzler mit ihren 50 000 Mitgliedern, von denen 18 000 in Paris lebten, Anlaß. Diese im Jahre 1927 gegründete Vereinigung stand seit 1930 unter der Führung des Obersten François de la Rocque. Im Unterschied zu den Camelots du Roi der Action Française, nach deren Muster sie organisiert waren, lehnte sie die Monarchie ab. Ebenso verwarf sie den Marxismus in jeder Form und übte auch an der Laxheit des bestehenden parlamentarischen Regimes Kritik. Gleichzeitig bestritt diese Gruppe jedes Sympathisieren mit Faschismus oder Diktatur. André Tardieu hielt sie für eine konservative Kraft, die revolutionäre Gewalt in jeder Form ablehne. Es fehlte ihr schlechterdings an jedem klaren Programm, wenn man von dem Willen zur Verjüngung Frankreichs um jeden Preis absieht. Doch

besaßen diese Feuerkreuzler Kampfgeist und so war die Annahme, daß sie sich an Protest-Demonstrationen im Zusammenhang mit der Stavisky-Affäre beteiligen würden, nur allzu berechtigt[11].

Zu weiteren Organisationen, die sorgfältiger Überwachung bedurften, gehörten Jean Renauds Solidarité Française, die von dem reichen korsischen Parfum-Fabrikanten François Coty finanziert wurde, und die Jeunesses Patriotes, die von dem unabhängigen Kammer-Deputierten und Leiter des Pariser Stadtrates, Pierre Taittinger, geführt wurde. Die erste dieser beiden Gruppen, die große Ähnlichkeit untereinander hatten, war 1933 gegründet worden, die andere 1924. Jene verfügte über 180 000 Anhänger, davon 80 000 in der Hauptstadt, diese besaß eine Stärke von 90 000 Mann, von denen nur 6 400 in Paris lebten. Beide Gruppen stellten bruderschaftliche Gemeinschaften junger Menschen dar, die das Ziel hatten, Gemeinschaftssinn und Einsatzfreudigkeit für Frankreich zu erwecken. Keine von beiden Gruppen war in irgendeinem Sinn eine paramilitärische Organisation, wie etwa die Elite-Brigaden der französischen Kommunistischen Partei, die Red Falcon[12].

Die Red Falcon, die übrigens ebenfalls gegen die Regierung demonstrierten, zählten allein in Paris 30 000 Mitglieder. Sie waren im Barrikadenkampf geübt und verfügten über große Waffenlager, wenn sie auch 1934 davon keinen größeren Gebrauch machten. Ferner gab es die Front Paysan von Georges Dorgeres, die vor allem in West-Frankreich zahlreich vertreten war. Es war ein Bauernverband, der große Protestversammlungen in Paris abzuhalten pflegte. Außerdem gab es die Fédération des Contribuables, geführt von Jean Lemaigre-Dubreuil, mit einer Mitgliederzahl von 700 000. Sie setzte sich aus unzufriedenen kleinbürgerlichen Elementen ganz Frankreichs zusammen, die Steuersenkung und Finanzreform forderten. Bei einigen dieser Organisationen stand zu erwarten, daß sie an den durch die Stavisky-Affäre verursachten Protest-Demonstrationen teilnehmen würden[13].

Die einzigen faschistischen Gruppen in Frankreich waren zu dieser Zeit lediglich zwei winzig kleine Organisationen, die beide unter der Bezeichnung Francisme bekannt waren. Die größere von ihnen wurde von Marcel Bucard geführt und hatte in ganz Frankreich insgesamt 1 500 Mitglieder, davon etwa 300 in Paris. Die Mitgliederzahl der kleineren Gruppe lag unter 500. Dieses „faschistische Komplott" von weniger als 2 000 Mitgliedern im gesamtfranzösischen Gebiet war wohl kaum in der Lage, unter Ausnutzung der Stavisky-Affäre die Dritte Republik zu stürzen[14].

Die bedeutendste Rolle in der Agitation gegen die Dritte Republik spielte in der Deputiertenkammer ein Abgeordneter aus der Gironde, Philippe Henriot, der seine Kampagne am 18. Januar 1934 begann. Er hatte weder Sympathien für die royalistischen Gegner des Regimes noch Verbindung zu ihnen. Die Stavisky-Affäre war in jeder Hinsicht ein Wendepunkt in Henriots Laufbahn, die mit seiner Ermordung durch französische Widerstandsterroristen am 28. Juni 1944 endete. Im Jahre 1934 war Henriot das Idol des bürgerlichen Paris, und die extreme Stellung, die er später in der französischen Politik einnahm, war in erster Linie eine Folge der militärischen Niederlage Frankreichs im Jahre 1940. Doch kann kein Zweifel daran bestehen, daß seine leidenschaftliche Ablehnung der Radikalen und ihres Verhaltens zur Zeit der Stavisky-Affäre entscheidenden Einfluß auf die spätere Entwicklung seiner politischen Ideen hatte.

Fünf Tage lang behandelte Henriot die Einzelheiten der Stavisky-Affäre in der Deputiertenkammer. Als er sich am 23. Januar 1934 wieder zum Wort erhob, war die Kammer im Aufruhr. Seine ersten Bemerkungen wurden ständig unterbrochen und der Präsident der Kammer, Fernand Bouisson, mahnte zu weniger Leidenschaftlichkeit. Jean Zay, einer der führenden Radikalen, rief, es sei Henriot, dem man sagen solle, er möge mit weniger Leidenschaftlichkeit sprechen[15].

Henriot ignorierte Zay's Bemerkung und stellte fest, Chautemps habe sich beim Senat beklagt, daß er das Opfer „verleumderischer Angriffe geworden sei". Er forderte den Premier heraus, in seinen, Henriots, Reden ein Wort zu finden, das nicht der Wahrheit entspräche. Er glaube, es würde besser sein, an diesem Punkt die Debatte auf die Kammer zu beschränken, die, anders als der Senat, durch allgemeine Wahlen gewählt sei. In der Kammer könne wahrheitsgemäß gesagt werden: „Wir alle sind vom Volke gewählt. Aber das Parlament macht dem Volk etwas vor, während das Volk den Wunsch hat, die Wahrheit zu erfahren." Henriot wurde von der Linken mit dem Vorwurf unterbrochen, er suche das parlamentarische System in Frankreich zu unterminieren. Chautemps hatte denselben Vorwurf im Senat erhoben. Henriot wurde nicht müde, die Zwischenrufe der Linken zu parieren: „Lassen Sie mich sine ira sagen, daß Sie vor mir ermüdet sein werden." Hatte er doch nicht die Absicht, den Kampf aufzugeben, bevor nicht sein letzter Schuß abgefeuert war[16].

Henriot fand es nur natürlich, daß Chautemps sich Zeit gelassen hatte, an den Beutezügen Staviskys Anstoß zu nehmen, und erinnerte daran, daß der Premier 1932 der Verteidiger des Betrügers General

Bardi de Fourtou gewesen sei. Bei einem Mann, der bei vollem Bewußtsein einen notorischen Verbrecher vor Gericht verteidigt habe, könne man nicht sicher sein, daß er sein Amt dazu benutzen werde, Betrug wirksam zu bekämpfen. Henriot betonte die Bedeutung der Dalimier-Briefe vom 25. Juni und 23. September 1932 für die Verbreitung der Bayonne-Obligationen. Herriot warf ein, in den Jahren der Wirtschaftsblüte, bevor die Depression über Frankreich gekommen sei, 1929, 1930 und 1931, habe die gleiche Situation geherrscht. Diese Bemerkung wurde augenblicklich von einem Helfer Henriots pariert. Henri Franklin-Bouillon rief von der Rechten: „Wir wollen auch über 1929 die Wahrheit erfahren, ebenso wie über 1930, 1931, 1932, 1933 und 1934!" Henriot beendete seine Rede und eine Resolution, die Jean Ybarnegaray einbrachte und die eine spezielle Untersuchungskommission für die Zusammenhänge der Stavisky-Affäre forderte, erhielt allgemeine Zustimmung. Chautemps erwiderte mit einer schwachen Rede, in der er nörgelnd seine früheren Bemerkungen im Senat über den angeblich unbefriedigenden Verlauf der Debatten in der Kammer verteidigte. Er weigerte sich, eine spezielle Untersuchungskommission zu genehmigen. Es war jedermann klar, daß seine Regierung verurteilt war und daß der Premier bald zurücktreten werde[17].

Der Rücktritt der Regierung folgte am 27. Januar 1934. Damit waren die Radikalen ausgeschaltet. Präsident Lebrun mußte feststellen, daß von der Rechten niemand, nicht einmal Gaston Doumergue, an den er zuerst herantrat, bereit war, ein neues Kabinett zu bilden. Lebrun beschloß, sich an Edouard Daladier zu wenden, in der Hoffnung, daß eine breite Koalition mit der Rechten unter Führung der Radikalen zustandekommen würde. Das Resultat von Daladiers Bemühungen war jedoch dürftig. Nur zwei Männer der Rechten, François Pietri und Jean Fabry, erklärten sich zögernd bereit, in das Kabinett Daladier einzutreten, und ihr Verhalten wurde von André Tardieu und Paul Reynaud laut verurteilt. Pietri hatte seine Stellung auf der Rechten schon früher kompromittiert, als er Herriots Plan zur Wiederaufnahme der Schuldenabzahlung an Amerika unterstützte, und Fabry spielte eine weniger bedeutende Rolle[18].

Dalimier war schon vorher mit Schimpf und Schande aus dem Kabinett Chautemps ausgeschieden, und Daladier beeilte sich, gegen Georges Pressard vorzugehen. Er stimmte einer parlamentarischen Untersuchungskommission für die Stavisky-Affäre zu, richtete es aber so ein, daß nicht weniger als 31 von ihren 44 Mitgliedern Radikale oder

deren Freunde waren. Auch ernannte er den unabhängigen Ex-Sozialisten Eugene Frot zum Innenminister, dessen Amt von so entscheidender Bedeutung ist[19].

Frot stellte sich sofort auf den Standpunkt, Paris sei nicht mehr sicher, da man wegen der Unzuverlässigkeit des Polizeichefs Jean Chiappe befürchten müsse, daß er eine regimefeindliche Bewegung fördere. Diese grotesken Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage. Chiappe, der rechts stand, hatte bereits 1932 erwartet, durch Herriot aus seinem Amt entfernt zu werden. Trotzdem hatte er weiterhin seine Arbeit in hervorragender Weise geleistet, so daß er seine Position im Jahre 1934 während der Regierung der Radikalen für gesichert hielt[20].

Umso überraschter war Chiappe, als Daladier ihm telefonisch mitteilte, er würde von Paris auf den höchsten Verwaltungsposten in Marokko versetzt. Durch diese bevorstehende Beförderung fühlte er sich keineswegs geschmeichelt. Vielmehr hatte er das Empfinden, daß sie von Daladier nur angeboten wurde, um die Rechte zu beruhigen. So war er über den offensichtlichen Mangel an Vertrauen, wie er mit einer Versetzung in diesem kritischen Augenblick zum Ausdruck gebracht wurde, empört. Chiappe weigerte sich kategorisch, nach Marokko zu gehen, und bestand auf einer Überprüfung des Entlassungsbeschlusses. Unter keinen Umständen wollte er freiwillig sein Amt aufgeben[21].

Daladier ließ sich jedoch nicht umstimmen, sondern gab am 4. Februar Chiappes Amtsentfernung zusammen mit der Entlassung verschiedener anderer Beamten aus ihren Pariser Stellungen, einschließlich der Sûreté Générale und der Comédie Français, bekannt. In boshafter Weise wurde angedeutet, die Entlassung des Direktors dieses berühmten Theaters sei lediglich der Neuinszenierung des Shakespeareschen Coriolan wegen erfolgt, da man in ihr offene Aufreizung zum Aufruhr erblicke[22].

Die Nachricht von diesen Neuigkeiten genügte, um eine Explosion auszulösen. Daladiers verspätete Zusage, eine parlamentarische Untersuchung der Stavisky-Affäre einzuleiten, konnte die öffentliche Meinung nicht mehr beschwichtigen. Die Absetzung Chiappes, der ebenfalls zufällig die Bekanntschaft Staviskys gemacht hatte, wurde als ein ebenso gezielter wie provozierender Versuch hingestellt, die Schuld an dem Finanz-Skandal von den Radikalen auf die Rechte abzuwälzen. Sowohl Pietri wie auch Fabry schieden aus dem Daladier-Kabinett aus und ihre Ämter wurden vorübergehend von Marchan-

deau und Paul-Boncour übernommen. Am Abend des 5. Februar 1934 demonstrierte das Croix de Feu zum ersten Mal gegen die Regierung[34].

Der nächste Tag, an dem Daladier der Kammer seine neue Regierung vorstellte, war kritisch. Charles Maurras rief zu einer Versammlung der unzufriedenen Pariser Bürger auf der Place de la Concorde am 6. Februar abends auf. Die Deputiertenkammer versammelte sich zu einer stürmischen Sitzung im Palais Luxemburg um 3 Uhr nachmittags und etwa eine Stunde später begann sich die Place de la Concorde am anderen Seineufer mit Demonstranten zu füllen. Bald zeigte sich, daß zahllose einzelne Pariser sich mit den organisierten Gruppen vereinigten. Ein erster ernsthafter Zusammenstoß mit der Polizei ereignete sich um 1/2 7 Uhr und etwa eine Stunde danach unternahm die Menge einen stärkeren Versuch, über die Seine zu setzen und vor der Deputiertenkammer zu demonstrieren. Die Polizei konnte mit Erfolg in dem entstehenden Gemenge die Zugänge blockieren, wenn auch unter schweren Verlusten. Sechzehn Personen wurden getötet und mehr als dreihundert Schwerverletzte mußten in die Hospitäler gebracht werden. Insgesamt gab es nicht weniger als 1461 Verletzte, also ebenso viele Ausfälle wie bei einem größeren militärischen Treffen. Darquier de Pellepoix, der Herausgeber der Zeitung Jour, wurde von der Polizei auf der Place de la Concorde verwundet. Er wurde später Präsident der „Vereinigung der Opfer des 6. Februar"[24].

Die Polizei hatte nicht den Eindruck, gegen organisierte Gruppen gekämpft zu haben, sondern eher gegen die breite Masse von Paris. Das war für die Moral der Polizei besonders hart. Ein Polizist sagte zu einem Reporter: „Wir fürchten keine bewaffneten Kommunisten, Faschisten oder Royalisten, aber wenn das Volk selbst in Massen auf die Straße geht, mein Gott!" Herriot berief sich später darauf, er sei beim Verlassen der Kammer durch Kommunisten vor einem Versuch gut gekleideter Bürger, ihn in die Seine zu werfen, bewahrt worden[25].

Am Morgen des 7. Februar 1934 war Daladier über die aus seinen erfolglosen Maßnahmen entstandene Situation bestürzt und erzürnt. Dieser Bäckerssohn, am 18. Juni 1884 in Carpentras in der Provence geboren, war ein durchaus konzilianter Politiker, doch waren seine jüngsten Bemühungen, sowohl die Rechte wie die Linke zu beschwichtigen, offensichtlich fehlgeschlagen, ja mehr als das: dieser Fehlschlag hatte ihn bei seinem Wettstreit mit Edouard Herriot um die Führung der Radikalen ins Hintertreffen geraten lassen[26].

Daladier hatte als junger Mann mit einem Stipendium die Hochschule in Lyon besucht, wo Herriot sein Lehrer und Vorbild wurde.

Er teilte Herriots Leidenschaft für die Radikalen und seine Abneigung gegen den Marxismus. Auch vermochte Herriot Daladiers Begeisterung für Italien zu wecken. Nachdem er an der Sorbonne 1909 die Examina in neuerer Geschichte und Geographie als Bester bestanden hatte, war Daladier ein Jahr lang an der Hochschule in Nîmes lehrtätig, ging dann ins Ausland und studierte ein weiteres Jahr in Rom das Risorgimento des italienischen Nationalismus im 19. Jahrhundert. Später kehrte er zu einer Lehrtätigkeit in Grenoble zurück. 1912 folgte er Herriots Spuren auf eine gemäßigtere Weise und kämpfte mit Erfolg darum, Bürgermeister von Carpentras zu werden[27].

1913 brachte seine Furcht vor der militärischen Stärke Deutschlands Daladier in einen Gegensatz zu Herriot und veranlaßte ihn, das Gesetz der extremen französischen Nationalisten für die dreijährige Dienstzeit zu unterstützen. Daladier hatte seinen Militärdienst im Frieden abgeleistet und ging 1914 als Feldwebel in den Krieg. Später wurde er Leutnant, in zahlreichen Armeebefehlen wegen Tapferkeit vor dem Feinde genannt und mit dem Orden der Ehrenlegion ausgezeichnet. 1919 gelangte er als Radikaler in die Deputiertenkammer und 1924 wurde er Kolonialminister in der Regierung Herriot. Nachdem die Radikalen 1927 in die Opposition gegangen waren, geriet er in einen offenen Streit mit Herriot um die Führung der Parteiorganisation. Trotz ihrer gemeinsamen Abneigung gegen den Marxismus übte Daladier Kritik an Herriot, weil er keine versöhnlichere Haltung gegenüber Blum und den Sozialisten einnähme. Daladier war der Meinung, bessere Beziehungen zu den Sozialisten würden die Position der Radikalen beim Verhandeln mit den Rechtsparteien stärken[28].

Der Sturz der Regierung Herriot im Dezember 1932 war ein Triumph für Daladier. Aber am Morgen des 7. Februar 1934 rief Präsident Lebrun wieder seinem Freund Herriot zu: „Sie triumphieren!" Die Tatsache, daß alle Parteien der Rechten auf dem Höhepunkt der Stavisky-Krise es ablehnten, mit Daladier zusammenzuarbeiten, überzeugte den Präsidenten Frankreichs davon, daß nur Herriot die Radikalen erfolgreich führen könne[29].

Daladier war sowohl über die Rechte wie über Herriot erzürnt und wollte nicht zugeben, daß er den Kampf um die Führung der Radikalen verloren habe, obwohl er allzu eilfertig mit Herriot und Lebrun darin übereinstimmte, daß seine Regierung zurücktreten müsse, um weiteres Blutvergießen in Frankreich zu vermeiden[30].

Camille Chautemps übte an der Stavisky-Affäre die heftigste Kritik. Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und Freimaurer von Tours, gab er

mit seinen ehrlichen blauen Augen, seiner Freundlichkeit und Konzilianz seine frühere Rolle als Vermittler zwischen Herriot und Daladier auf. Er war durch die Ereignisse der Stavisky-Affäre nicht eingeschüchtert, sondern hatte gelassen einen stürmischen persönlichen Skandal überstanden, als er seine hochgeistige Frau und drei Kinder verließ, um seine Geliebte, eine ganz unbedeutende Person, zu heiraten. Nunmehr empfand er eine wachsende Gemeinsamkeit mit Daladier. Chautemps war durchaus bereit, eine vorübergehende Trennung der Radikalen in zwei rivalisierende, von Herriot und Daladier geführte Blocks ins Auge zu fassen, wobei er selbst fest auf Daladiers Seite stand[31].

Léon Blum neigte persönlich mehr zu Herriot als zu Daladier, den er als schwerfällig und unzuverlässig empfand[32]. Daladier wiederum hegte eine beträchtliche persönliche Animosität gegen Blum wie gegen die Sozialisten überhaupt und war neuerdings insbesondere darüber gekränkt, daß es Blum war, der die Initiative zum Sturz seiner früheren Regierung im Oktober 1933 ergriffen hatte. Desgleichen war er der überaus heftigen Rede wegen verärgert, die Blum am Abend des 6. Februar 1934 in der Kammer gehalten hatte. Der Sozialistenführer hatte mit Worten, die an den Ersten Weltkrieg erinnerten, ausgerufen: „Die faschistische Reaktion wird nicht durchkommen!" Auf Daladier, den Veteranen von Verdun, wirkten solche Worte unter den herrschenden Umständen theatralisch und unangebracht[33].

Umso ärgerlicher war Daladier, als Blum am nächsten Morgen zu ihm sagte, er solle auf seinem Posten bleiben, koste es, was es wolle, und weiter für Frankreich kämpfen. Daladier antwortete kühl, er habe nicht die Absicht, einen Kurs zu verfolgen, der weitere Opfer an französischem Blut erfordern würde. Blum wandte ein, wenn Daladier zurückträte, werde eine Regierung der Rechten gebildet werden, aber der Premier gab nicht zu, daß eine solche Möglichkeit die Dritte Republik gefährden würde. So konnte es über die jüngsten Ereignisse und ihre Folgen zwischen Blum und Daladier keine Übereinstimmung geben[34].

Daladier dachte an die Zukunft. Er gab zu verstehen, daß er erst zu einem späteren Zeitpunkt an einer Koalition mit den Sozialisten interessiert sei. Blum antwortete, wie Daladier erwartete, in dem Sinne, daß die Sozialisten eine Koalition mit bürgerlichen Politikern nur zu ihren eigenen Bedingungen in Betracht ziehen würden. Das hieß, daß Blum darauf bestehen würde, die Führung in einer solchen Koalition zu übernehmen. Daladier wies diesen Gedanken nicht zurück. Mit

dem ihm eigenen Scharfsinn rechnete er sich aus, daß die Marxisten in Frankreich eine Minderheit darstellten und daß er gegebenenfalls eine Koalition mit den Sozialisten zu seinem eigenen Vorteil nutzen könne. Blum beendete die Unterhaltung mit der Ankündigung, daß er beabsichtige, sozialistische Demonstrationen zu organisieren, wenn Daladier zurückträte und eine Regierung der Rechten gebildet würde. Diese Aussicht auf ein mögliches weiteres Blutvergießen schreckte Daladier nicht ab. Er wußte, daß er dafür nicht verantwortlich sein und daß sein Rücktritt zur Vermeidung weiterer Blutopfer unausweichlich sein eigenes Ansehen steigern würde. Die Daladier-Regierung trat am frühen Nachmittag des 7. Februar zurück. Am gleichen Abend fanden weitere Demonstrationen statt, aber sie waren gemäßigter Art[35].

Die positive Einstellung Daladiers zu einer möglichen Koalition verstärkte Blums Neigung, sich den Kommunisten wieder zu nähern. Die Gelegenheit, die sich bei den Demonstrationen und Gewalttätigkeiten gegen die Regierung ergab, war zu günstig, als daß man sie hätte ungenutzt lassen können. Die beiden Jahre bis zur nächsten nationalen Wahl für die Deputiertenkammer ließen Zeit genug, um eine neue Strategie zu entwickeln. Die gegenwärtige Verteilung der Sitze in der Kammer würde keine von den Sozialisten beherrschte Koalition ermöglichen, aber es gab gute Gründe für die Annahme, daß die Wirtschaftdepression, die nun auch Frankreich erreicht hatte, mindestens mehrere Jahre unvermindert anhalten und daher bei den nächsten Wahlen einen starken Ruck nach links ergeben würde. Blum hatte schon seit langem die Aufhebung des Senats befürwortet und wußte, daß die Senatoren dem Plan, den er im Kopfe hatte, erheblichen Widerstand entgegensetzen würden. Aber er hoffte, ein Meinungsklima schaffen zu können, das den Senat einschüchtern würde[36].

Blum wähnte sich unmittelbar vor dem Höhepunkt seiner Laufbahn und nahm an, daß sich alle Kräfte insgesamt zu seinen Gunsten auswirken würden. Der Sozialistenführer war 1872 als Sohn eines reichen Bandweberei-Besitzers in Paris geboren worden. Die Familie, deren Vorfahren deutsch-jüdischen Ursprungs waren, hatte trotz mehrerer Generationen des Wohlstands die radikale Tradition aller ihrer Mitglieder beibehalten. Blums Großmutter erzählte ihm allen Ernstes, daß sie Napoleon III. zu Beginn seiner kaiserlichen Laufbahn ermordet haben würde, hätte sie sich nicht für das Aufwachsen ihrer Kinder verantwortlich gefühlt[37].

Blum begann nach einigen früheren akademischen Mißerfolgen, seine ausgeprägte literarische Begabung zu entfalten und verfaßte

mehrere Streitschriften über Stendhal und Goethe. Sein Buch über Goethe verdient besondere Erwähnung wegen seiner politischen Schlußfolgerungen. Blums Goethe war im Unterschied zum Weisen von Weimar offensichtlich ein Jude. Diesem Blumschen Goethe wurde unterstellt, 1898 erklärt zu haben, die Juden würden sich am französischen Klassenkampf nicht nur aufgrund negativer Erfahrungen, wie des Falles Dreyfus, führend beteiligen, sondern „ihrem Instinkt und dem natürlichen Gesetz ihrer Rasse entsprechend". Blums Goethe sprach den Juden das volle Verdienst dafür zu, den modernen marxistischen Internationalismus ins Leben gerufen zu haben, und versicherte seinen jüdischen Genossen, daß sie in Frankreich, einem Land an der Schwelle des großen Bürgerkrieges der Zukunft, nichts zu fürchten hätten. Auch sagte er voraus, daß die jüdischen Großkapitalisten Frankreichs sich der marxistischen Revolution nicht widersetzen würden[38].

In seiner Jugend wurde Blum als ein „Dandy" mit weichlichen Bewegungen und einer Vorliebe für Mädchenrollen geschildert. Sein angeborener Radikalismus kam in seinem ersten Kontakt mit Jean Jaurès und in seiner Bekehrung zum Marxismus im Jahre 1896 zum Ausdruck. Während seiner Beamtenlaufbahn bis 1919 betätigte er sich intensiv in der Sozialistischen Partei. Vom Militärdienst wurde er wegen Kurzsichtigkeit befreit. Sein polemischstes Buch „Du mariage" erschien 1907 in Paris. Es war ein beredter Aufruf zugunsten eines freien Liebeslebens achtbarer Mädchen, bei denen es Blum in den meisten Fällen für das Beste hielt, sich schon um das fünfzehnte Lebensjahr den Liebesfreuden hinzugeben. Blum glaubte, Frauen würden ein glücklicheres Leben führen, wenn sie reiche Erfahrungen besäßen und nicht vor ihrem dreißigsten Lebensjahr heirateten. Er empörte sich über die doppelte Moral, die jungen Männern Freiheiten gestattete, aber sie den Mädchen verweigerte. Beider Erlebnisse würden — nach Blum — erfreulicher sein, wenn weniger junge Frauen durch eine sogenannte falsche Tugend gehemmt wären. Es war ein dreistes Buch, wie es keiner der anderen führenden Politiker Frankreichs aufzuweisen hatte. Blum erfreute sich innerhalb der sozialistischen Hierarchie als enger Vertrauter Jaurès' eines hohen Ranges, als seine Abhandlung über die Ehe erschien[39].

Jaurès' Ermordung am 31. Juli 1914 gab Blum freie Hand für eine eigene Stellungnahme gegenüber dem Ersten Weltkrieg. Er trat für unbeschränkte Förderung des Krieges ein, widersetzte sich der Minderheit kriegsgegnerischer Sozialisten in Frankreich mit allen ihm zur

Verfügung stehenden Mitteln und unterstützte leidenschaftlich die Regierung Clemenceau im Jahre 1917. Nach dem Ende des Krieges übte er an Clemenceaus Tätigkeit während der Friedenskonferenz Kritik. Blum befürwortete eine großzügige Politik Frankreichs gegenüber den Deutschen während der ganzen Zeit der Weimarer Republik und begünstigte auch eine Unterstützung des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Als jedoch Hitler 1933 Reichskanzler wurde, gab Blum sein Eintreten für einen Revisionismus gegenüber Deutschland plötzlich auf. Seine Feindseligkeit Italien gegenüber war, seit Mussolini dort 1922 zur Macht gekommen war, kompromißlos und unerbittlich. Er bezeichnete Mussolini fortgesetzt als den „Mörder Matteottis", obgleich er keinen Beweis dafür hatte, daß Mussolini tatsächlich für den Tod des italienischen Sozialistenführers 1926 verantwortlich war. Später wurde im Verlauf einer Untersuchung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sogar nachgewiesen, daß Mussolini an der Affäre gänzlich schuldlos war. Doch war Blum ein eifriger Bewunderer Lenins, trotz der 50 000 Opfer der Tscheka-Säuberungsaktion 1918[40].

Beim Sozialisten-Kongreß in Tours 1920 vertrat Blum den Standpunkt, daß er die Sowjetunion bewundere und nur die Anwendung ihrer besonderen Methoden in Frankreich ablehne. Mit anderen Worten, Blum enthielt sich taktvoll eines Urteils über die terroristischen Ereignisse in mehr als drei Jahren bolschewistischer Herrschaft, weigerte sich aber, sich kommunistischer Disziplin und Führung unterzuordnen. Stattdessen kämpfte er mit Erfolg darum, die unabhängige Stellung des französischen Sozialismus unter seiner eigenen Führung zu erhalten. Aber der ständige Kampf mit den französischen Kommunisten kostete die Sozialisten vor 1934 viel Substanz und Energie. Sie erlitten einen schweren Schlag, als einige ihrer vielversprechendsten jungen Männer unter Führung von Renaudel, Déat und Marquet 1933 in der Deputiertenkammer eine getrennte neo-sozialistische Fraktion bildeten. Die Streitfrage, die den Bruch herbeiführte, war Blums Widerstand gegen eine untergeordnete Stellung in einer Koalition mit bürgerlichen Politikern. Der Vorfall hatte entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung von Blums neuer politischer Strategie der folgenden Jahre. Wenn eine Koalition mit bürgerlichen Politikern verlangt werden sollte, würde Blum zustimmen, aber nur zu seinen eigenen Bedingungen. Es war sein Ehrgeiz, Premierminister von Frankreich zu werden, und, wenn möglich, mit kommunistischer Hilfe.

Die Stavisky-Affäre und die Niederlage der Radikalen waren der Hebel, den er ansetzte, um seinen Feldzug einzuleiten[41].

Drittes Kapitel

DIE REGIERUNG DOUMERGUE UND DIE FRANZÖSISCHE NOTE VOM 17. APRIL 1934

Das Ergebnis der politischen Pläne sowohl Daladiers als auch Blums hing weitgehend davon ab, ob und in welcher Weise die Rechte von der Gelegenheit Gebrauch machen würde, mit Hilfe Herriots und seiner Gruppe der Radikalen wiederum an die Macht zu kommen. Am 7. Februar 1934 lud Präsident Lebrun Gaston Doumergue erneut ein, von Toulouse nach Paris zurückzukehren und eine Regierung zu bilden. Doumergue hatte sich 1931 auf sein Gut bei Toulouse zurückgezogen, anstatt sich erneut um die Präsidentschaft zu bewerben. Es war damals seine Absicht, bei der Präsidentenwahl zugunsten seines Freundes Aristide Briand beiseitezustehen, aber dieser Plan wurde gegenstandslos, als die Wahlversammlung Paul Doumer ihre Stimmen gab[1].

Doumergue war ein alter Jurist und Politiker der Rechten. Er wurde 1863 bei Nîmes in Südfrankreich geboren und tat Dienst bei der französischen Kolonialverwaltung in Indochina und Algier, bevor er 1893 Mitglied der Deputiertenkammer wurde. Vor seiner Wahl in den Senat im Jahre 1910 hatte er fünf verschiedene Ministerämter inne. Vom Dezember 1913 bis Mai 1914 war er Premierminister und gehörte auch zu den Führern der parlamentarischen Front, die unter Führung von Jaurès und Caillaux die jüngsten herausfordernden Maßnahmen des französischen Militarismus gegen die Angriffe der Opposition zu verteidigen suchte[2].

Während des Ersten Weltkrieges war Doumergue sowohl Kabinettsminister als auch Sonderbotschafter im Ausland. Seine Erfahrungen während seiner Rußlandmission 1917/18 hinterließen bei ihm eine bleibende Abneigung gegen den Kommunismus. Nach dem Ersten Weltkrieg unterstützte Doumergue die Politik Poincarés und

Tardieus, wie er auch seinerseits deren volles Vertrauen hatte. Er war allerdings nur ein Politiker zweiten Ranges und es schien gleich zu Beginn seiner neuen Ministerpräsidentschaft naheliegend, daß in Wirklichkeit André Tardieu der führende Kopf der sogenannten Regierung Doumergue sein würde[3].

Es war jedoch nur eine Frage der Logik, in den kritischen Tagen des Februar 1934 Doumergue an die Spitze der Regierung zu stellen. Er hatte sich nahezu zehn Jahre lang der aktiven französischen Politik ferngehalten und war daher weniger Angriffen ausgesetzt als irgendein anderer der für die Rechte annehmbaren führenden Politiker. So lehnte Doumergue auch die erste telefonische Einladung Präsident Lebruns, nach Paris zu kommen, ab, nahm aber ein zweites Angebot an und traf am 8. Februar 1934 in der französischen Hauptstadt ein. Am folgenden Tage forderte Léon Blum die Sozialisten auf, für Montag, den 12. Februar, gemeinsam mit den Kommunisten einen Generalstreik vorzubereiten[4].

In der Zwischenzeit lag Edouard Herriot wenigstens vorübergehend vor Daladier im Rennen. Er berief einen Sonderkongreß der Radikalen ein. Joseph Caillaux wurde aufgefordert, das Präsidium über den Kongreß zu übernehmen, während Herriot selbst mit Doumergue und Tardieu verhandelte. Bei diesen Verhandlungen hatte Herriot einen persönlichen Erfolg zu verzeichnen, der seiner ungewöhnlichen Eitelkeit außerordentlich schmeichelte. Doumergue und Tardieu gaben ihre Einwilligung, im Rahmen des französisch-amerikanischen Schuldabkommens den Vereinigten Staaten eine Zahlung von vier Millionen Dollar zu leisten und damit die Zeit der vollständigen Zahlungsverweigerung, der sich Herriot widersetzt hatte, zu beenden[5].

Herriot erklärte sich bereit, in der neuen Regierung das Amt des Handelsministers zu übernehmen. Er forderte die Radikalen auf, Doumergue ihre volle, keinen Einschränkungen unterworfene Unterstützung zu gewähren, und gab Doumergue den persönlichen Rat, einen gemäßigten, seinen radikalen Kollegen zusagenden Kurs zu steuern. Auch gab er zu, daß die Partei im strengen Sinne des Wortes keine Einheit mehr sei[6].

Die Uneinigkeit der Radikalen trat im Verlauf des Parteikongresses in Erscheinung. Die Mehrheit der Teilnehmer stand hinter Herriot und akzeptierte Doumergue als den „Verteidiger der Republik". Gleichzeitig nahm jedoch Camille Chautemps eine Einladung Léon Jouhaux', des Leiters der führenden französischen Gewerkschaftsorganisation C.G.T. (Confédération Générale du Travail) an, den Vorsitz eines Ko-

alitions-Komitees aus Radikalen, Sozialisten und Kommunisten „zur Verteidigung der französischen Freiheiten" zu übernehmen. Offensichtlich war dieser Schritt Chautemps', der mit Billigung Daladiers und einer beträchtlichen Anzahl jüngerer Delegierter geschah, unvereinbar mit einer Anerkennung Doumergues als eines Verteidigers der Republik[7].

Die eng begrenzte Zielsetzung der Demonstranten von der Rechten im Februar 1934 trat deutlich zutage, als die Unruhen aus dieser Richtung bald nach der Bildung der Regierung Doumergue und dessen Versicherung, es würde eine gründliche und unparteiische Untersuchung der Stavisky-Affäre stattfinden, aufhörten. Er bildete nicht einmal das offensichtlich voreingenommene, von Daladier zusammengestellte Untersuchungskomitee mit seiner Mehrheit von Radikalen und Anhängern der Radikalen um. Doumergue brauchte gar keine weitgehenden Zusagen zu machen, irgendwelche Änderungen in Frankreich vorzunehmen, um sich diese eindrucksvolle Hilfe von seiten der Rechten zu sichern. Das Problem war ein anderes geworden. Die neue Regierung sah sich nunmehr kommenden Gewalttätigkeiten und Sabotageakten von seiten der Linken gegenüber[8].

Doumergue bewies seinen engsten Mitarbeitern alsbald, daß er nicht unbedingt vom Rate Tardieus abhängig sei. Als das neue Kabinett am Abend des 9. Februar 1934 zum ersten Mal zusammentrat, schlug Tardieu vor, die Regierung solle den bevorstehenden Generalstreik verbieten. Doumergue wandte ruhig ein, daß ein solcher Schritt wahrscheinlich mehr Gewalttätigkeit und schwere Verluste zur Folge haben werde als die Angriffe der Polizei auf die Demonstranten der Rechten am 6. Februar. Er nahm durchaus zutreffend an, daß es klüger sei, den Eintagsstreik zu ignorieren und auf eine gute Entwicklung der Dinge zu hoffen. Auf jeden Fall war der Streik eine Reaktion auf Ereignisse, die sich zugetragen hatten, bevor die neue Regierung ans Ruder kam. Tardieu war enttäuscht, sah jedoch davon ab, zu protestieren. Er war weit mehr daran interessiert, sein eigenes Programm einer Verfassungsreform in die Wege zu leiten, um Ansehen und Autorität des Premierministers im Umgang mit den gesetzgebenden Kammern zu stärken. Seine Bemerkung gegenüber Laval am Ende der ersten Kabinettssitzung verriet teils Zynismus teils Ungeduld: „Jetzt haben wir alles, nur keine Regierung"[9].

Tardieu und Herriot waren zwar beide stellvertretende Premiers im Kabinett Doumergue, aber Herriot war es offensichtlich nur dem Namen nach. Er schlug vor, die Regierung solle in einer zündenden Er-

klärung ihre Entschlossenheit bekunden, das Parlament gegen Gewaltanwendung durch den Mob zu schützen. Doch wurde dieser Vorschlag mit der deutlich darin enthaltenen Verurteilung der Anti-Stavisky-Demonstranten von der überwältigenden Mehrheit der Kabinettskollegen Herriots abgelehnt. Die Debatte über diese Frage zeigte, daß die Regierung eindeutig einer Politik der Rechten huldigte[10].

Tardieu vermittelte diesen Eindruck von der Überlegenheit der Rechten einer wesentlich weiteren Hörerschaft, als er vor dem Sonder-Untersuchungskomitee der Kammer aussagte. Er bemerkte ruhig, daß Chautemps sich in der Behandlung der Stavisky-Affäre fraglos einer sträflichen Nachlässigkeit schuldig gemacht habe. Er glaubte, daß unter den herrschenden Umständen die öffentlichen Demonstrationen gegen Chautemps und Daladier sowohl verständlich wie vertretbar seien. Auch blieb er dabei, daß die Absetzung Chiappes durch Daladier eine leichtfertige, unnütze Provokation der Pariser Bevölkerung durch die Regierung mit einer durchaus natürlichen Reaktion gewesen sei[11].

Andererseits aber wollte die Regierung die Chiappe-Affäre nicht zur Herausforderung der Linken benutzen. Der ehemalige Pariser Polizeichef war von der Regierung Doumergue preisgegeben worden und vegetierte auf einem bedeutungslosen städtischen Posten. Edouard Renard, der Präfekt des Gouvernements Seine, zu dem Paris gehört, war wegen Chiappes Behandlung durch Daladier zurückgetreten. Er betrachtete die Weigerung Doumergues, Chiappe in seine frühere Position wieder einzusetzen, als feige Kapitulation. Der Premier war anderer Meinung. Er glaubte, daß eine lange Regierungsperiode der Rechten am besten durch Maßnahmen von äußerster Klugheit eingeleitet werden könne[12].

So erwartete die Regierung Doumergue am 9. Februar 1934 zuversichtlich den Angriff der Linken. Abends gerieten kommunistische Demonstranten in einen Kampf mit der Pariser Polizei, in dem acht Menschen getötet und beiderseits über dreihundert verwundet wurden. Die Verluste der Polizei waren tatsächlich schwerer als die der Demonstranten. Dieser ernste Vorfall hatte eine Stärkung der Regierung zur Folge. Sie reagierte darauf mit einer Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen in ganz Frankreich, um weiteren kommunistischen oder sozialistischen Demonstrationen und Gewalttätigkeiten während des allenthalben angekündigten Generalstreiks vorzubeugen. Es war schwer, vorauszusagen, ob bei der geplanten „großen proletarischen Machtdemonstration" zwischen den Sozialisten und den Kommunisten Zusammenarbeit oder eifersüchtiger Wettstreit überwiegen würde[13].

Der Zweck des Generalstreiks war natürlich, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Rechte nicht in der Lage sei, Frankreich zu regieren, solange sie von den arbeitenden Klassen herausgefordert werde. Doch waren sich die Kommunisten und Sozialisten noch in keiner Weise im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse einig. Populaire war die führende sozialistische Zeitung. Sie wurde von Blum herausgegeben und hatte eine Durchschnittsauflage von etwa 50 000 Exemplaren. Sie pries Blum in übertriebenen Wendungen wegen seines Eintretens für die Regierung Daladier am 6. Februar. Gabriel Peri, der Herausgeber der kommunistischen Humanité, die mehr als die doppelte Auflage des Populaire hatte, verurteilte die Sozialisten in bissiger Weise dieser Einstellung wegen und beschimpfte auch die ehemalige Regierung Daladier als eine Clique von Mördern, die mutwillig das Blut des französischen Volkes vergossen hätten. In dieser Hinsicht näherte sich der kommunistische Standpunkt dem der Action Française mehr als dem der Sozialisten[14].

Jacques Doriot wurde aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich persönlich mit den Sozialisten und mit den radikalen Dissidenten unter Daladier und Chautemps solidarisch erklärt hatte, bevor das praktisch die offizielle kommunistische Linie wurde. Diese strenge disziplinarische Maßnahme ihres Zentral-Komitees kam den Kommunisten teuer zu stehen, denn Doriot wurde bald zum gefürchtetsten Kritiker des Kommunismus in Frankreich. Tatsächlich wurde die offizielle, endgültige Schwenkung in der kommunistischen Strategie von ständiger Opposition gegenüber den Sozialisten zur momentanen Zusammenarbeit mit ihnen in einer neuen Volksfront erst am 31. Mai 1934 in der Humanité bekanntgegeben. Es fand eine Probe-Demonstration der Volksfront in der Praxis statt, bevor dies der festgelegte kommunistische Parteikurs wurde[15].

Die Geste Léon Jouhaux' im Sinne einer Demonstration der sogenannten Volksfront-Solidarität an dem einzigen Streiktag, dem 12. Februar, wurde von den Kommunisten schließlich anerkannt und am Ende hatte Blum die Genugtuung, Stalins Mitarbeit an seinem Programm zu gewinnen. Das war mehr als eine angemessene Entschädigung für seinen Verdruß, sehen zu müssen, wie Adrien Marquet im Namen der Neo-Sozialisten, die im vorangegangenen Jahr mit Blum gebrochen hatten, in der Regierung Doumergue Arbeitsminister wurde. Diese Neo-Sozialisten hatten die neue sozialistische Partei Frankreichs gegründet. Blum schalt sie mit einem gewissen Recht Opportunisten, die Marx untreu geworden seien, um auf den Spuren

Pierre Lavals zu wandeln. Unnötig zu sagen, daß sie den Generalstreik vom 12. Februar 1934 ablehnten[16].

Der ungestörte Generalstreik war recht eindrucksvoll, aber als Demonstration, die zeigen sollte, daß die Marxisten die Regierung lähmen könnten, wirkte er nicht überzeugend. In den Industrie-Betrieben in und um Paris, wie den Automobilfabriken von Renault und Citroën, war die Beteiligung ungleichmäßig und viele Arbeiter zogen es offensichtlich vor, die Arbeit nicht niederzulegen. Die Eisenbahnen waren vollständig lahmgelegt, aber die Regierung hatte Pläne, sie auf Notstandsgrundlage wieder in Gang zu bringen, falls die Krise sich hinzöge. Die Polizei benahm sich erstaunlich klug und beschränkte sich auf ein Minimum an Gewaltanwendung[17].

Mittelpunkt des Generalstreiks war eine Massenversammlung von 150 000 Arbeitern und Zuschauern auf der Place de la Nation in Paris am 12. Februar nachmittags. Zum ersten Mal seit der sogenannten zweiten Schlacht von Tours 1920 erschienen auf einer französischen Rednertribüne Kommunisten und Sozialisten gemeinsam und drangen in die Arbeiter, sie sollten die Freiheiten Frankreichs gegen die angebliche faschistische Gefahr verteidigen. Die Regierung Doumergue wurde als das willige Werkzeug der reaktionären Kräfte verurteilt, aber es wurde nicht zu ihrem Sturz mit revolutionärer Gewalt aufgefordert. Die Losung war eher eine Generalprobe für die Zukunft als eine Aktion mit Gegenwartszielen[18].

Die versöhnliche Haltung der Regierung gegenüber der Demonstration dämpfte sichtlich den Eifer der Streikenden. Selbst Tardieu konnte bei Tagesende erkennen, daß die Entscheidung Doumergues, den Streik zu dulden, klug gewesen sei, und daß der offizielle Widerstand, den der Premier abgelehnt hatte, ein entscheidender Fehler gewesen wäre. Der Streik selbst wirkte tatsächlich wie ein Sicherheitsventil und, als er vorüber war, starb die Erregung schnell ab. Die Aufmerksamkeit wandte sich bald wieder der Untersuchung der Stavisky-Affäre zu. Es gab riesige Schlagzeilen in der Presse, als am 21. Februar einer der Hauptzeugen ermordet wurde. Die Entstehung der Volksfront rückte in den Hintergrund[19].

Im März 1934 war die innenpolitische Szene in Frankreich äußerlich ruhig. Die Regierung Doumergue verfolgte eine vorsichtige und maßvolle Politik und der Premier erklärte Tardieu, es würde unklug sein, die Frage der Verfassungsreform vor dem nächsten Herbst aufzuwerfen. Die ruhige Atmosphäre in der Deputiertenkammer stand in wohltuendem Gegensatz zu den turbulenten Szenen der vergangenen

Monate. Inzwischen war das Land in die Weltwirtschaftskrise hineingezogen worden, so daß es in der Industrie bereits 1 300 000 Arbeitslose gab. Doch schien damit zumindest der Tiefpunkt erreicht und man hoffte auf seiten der Rechten, daß mit der Rückkehr politischer Stabilität auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern würden. Das Finanzministerium hatte der konservative und befähigte Professor Germain-Martin fest in der Hand[20].

Die auswärtigen Angelegenheiten hatte man Louis Barthou anvertraut. Dieser einundsiebzigjährige Veteran der französischen Politik war bereits vierzig Jahre zuvor zum ersten Mal Mitglied einer Regierung geworden, und zwar gleichzeitig mit seinem Freund Raymond Poincaré, dessen Politik er stets unterstützt hatte. Poincaré war 1934 ein schwerkranker Mann, während Barthou sich bester Gesundheit erfreute und offensichtlich weniger dogmatisch war als zur Zeit seiner engen Zusammenarbeit mit Poincaré. Sowohl Tardieu wie Laval, der Kolonialminister im Kabinett Doumergue, standen Barthou in der Führung der Außenpolitik mit Rat und Tat zur Seite, stimmten jedoch in der kritischen Frage der Beziehungen zu Deutschland keineswegs überein. Laval trat trotz Hitler für eine Fortsetzung der Verständigungspolitik Briands ein, während Tardieu eine harte Einschüchterungspolitik gegenüber den Deutschen in der Hoffnung auf den schließlichen Sturz Hitlers befürwortete. Barthou, von den Argumenten beider offensichtlich stark beeindruckt, schwankte wiederholt, während der ersten neun Wochen der Regierung Doumergue in seinen Entschlüssen. Bald schien er Tardieu zuzustimmen, im nächsten Augenblick befand er sich in deutlicher Übereinstimmung mit Laval[21].

Das Grundproblem war einfach. Sowohl Tardieu wie Laval befürworteten im Interesse der europäischen Stabilität eine Stärkung des französischen Bündnissystems. Beide hofften, die Entmilitarisierung des deutschen Rheinlandes und den territorialen status quo auf dem europäischen Kontinent völlig unverändert erhalten zu können. Dagegen neigte Laval dazu, Deutschland jede vertretbare Konzession innerhalb der Grenzen seiner Politik zuzugestehen. Er war bereit, Deutschlands Gleichberechtigung in der Rüstung anzuerkennen, und entrüstet über die Pläne Joseph Paul-Boncours, Barthous Vorgänger am Quai d'Orsay, die zugesicherte Volksabstimmung im Saargebiet hinauszuschieben, obwohl sie durch feierliche Vertragsabsprache für den Januar 1935 vorgesehen war. Laval wünschte Hitler zu verstehen zu geben, daß der Versailler Vertrag, abgesehen von seinen territorialen Bestimmungen, für Frankreich keinerlei Bedeutung mehr habe.

Deutschland sollte sich in einem neuen Europa frei und gleichberechtigt fühlen. Tardieu dagegen war daran interessiert, Hitler einzuschüchtern und zum Rücktritt zu zwingen, gerade so wie im Jahre 1931 Reichskanzler Brüning der österreichischen Zollunionsfrage wegen zum Rücktritt gezwungen worden war. Nach dem Willen Tardieus sollte Deutschland zu fühlen bekommen, daß es den Folgen seiner Niederlage von 1918 nie und nimmer entrinnen könne und stets von der Gnade Frankreichs abhängig sein werde[22].

Auch im Hinblick auf England gab es Differenzen zwischen Tardieu und Laval. Tardieu hatte sich seit vielen Jahren mit England überworfen. Er nahm es Großbritannien übel, daß es sich auf der Friedenskonferenz im Jahre 1919 die Hauptfrüchte des Sieges gesichert hatte, bevor es Frankreich zur Mäßigung drängte. Mit Bedauern stellte er fest, daß Frankreich keine unabhängige Politik mehr betreibe und seit der Bildung einer Regierung Herriot im Jahre 1924 in eine Abhängigkeit von Großbritannien geraten sei, die Poincarés unbeirrbarer Unabhängigkeitssinn verworfen hätte. Tardieu war der Auffassung, daß das Auftreten Hitlers sowohl eine Politik der Härte gegenüber Deutschland als auch eine entschlossene, von jeder britischen Bevormundung freie Wahrung der Unabhängigkeit auf dem Kontinent rechtfertige[23].

Laval beklagte Tardieus Haltung England gegenüber und blieb fest bei der Auffassung, daß eine enge Zusammenarbeit mit Großbritannien den Eckstein der französischen Politik bilden müsse. Natürlich wünschte er Frankreich nicht zum britischen Satelliten herabgewürdigt zu sehen, sondern hielt damals noch eine englisch-französische Zusammenarbeit auf der Basis völliger Gleichberechtigung für möglich[24].

Barthou befand sich angesichts dieser entscheidenden Probleme augenscheinlich in quälenden Zweifeln, als im Februar 1934 die schwerwiegenden Verhandlungen über die große Genfer Abrüstungskonferenz, die zwei Jahre zuvor zum ersten Mal zusammengetreten war, wiederaufgenommen wurden. Die Deutschen waren auf der Konferenz nicht mehr vertreten. Sie hatten diese im Oktober 1933 schließlich verlassen, nachdem man ihren jüngsten Forderungen nach Gleichberechtigung jede Anerkennung versagt hatte. Tardieu blieb dabei, daß die zu einer Farce gewordene Abrüstungskonferenz durch einen kühnen und unabhängigen Vorstoß von seiten der französischen Politik zur Auflösung gezwungen werden sollte. Laval trat für eine Fortsetzung der Genfer Verhandlungen ein, da er wußte, daß die Deutschen sowohl zur Abrüstungskonferenz wie zum Völkerbund zurückkehren würden, wenn man auf ihre Minimalforderungen hin ihnen einige Zugeständ-

nisse machen würde. Doumergue selbst schaltete sich energisch zugunsten von Tardieus Standpunkt ein. Schließlich entschied sich auch Barthou für Tardieu und fand sich damit zu seinem alten Standpunkt zurück. Er überließ Tardieu den Entwurf der verhängnisvollen französischen Note vom 17. April 1934. Diese Note an die Londoner Adresse brachte den Engländern gegenüber klipp und klar zum Ausdruck, daß Frankreich nicht länger auf sie angewiesen sei. Sie warnte damit aber auch indirekt die Deutschen, daß die Franzosen zu Strafmaßnahmen entschlossen seien, falls aus Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund oder aus dem Scheitern der Abrüstungskonferenz sich irgendwelche Vertragsverletzungen ergeben würden[25]. Ein Entgegenkommen gegenüber Deutschland wurde abgelehnt, weil „jedes weitere Zugeständnis zu neuen Forderungen führt". London und Berlin wurden davon unterrichtet, daß „Frankreich für seine Sicherheit hinfort mit eigenen Mitteln sorgen wird".

Tardieus Note war eine schroffe Antwort auf konziliante Gesten der letzten Zeit von seiten Großbritanniens wie Deutschlands. Hitler hatte einen bemerkenswerten Schritt im Sinne einer europäischen Verständigung unternommen, als er am 26. Januar 1934 mit Polen, einem osteuropäischen Verbündeten Frankreichs, einen Nichtangriffspakt abschloß. Polen war der Erzfeind der deutschen Weimarer Republik gewesen. Die Fragen um Danzig und den umstrittenen polnischen Korridor wurden durch den neuen Pakt nicht berührt, aber es zeigte sich bald, daß die Deutschen unter Hitlers Führung mehr daran interessiert waren, zur Übereinstimmung mit Polen zu gelangen, als Streitfragen zu erörtern[26].

Der Quai d'Orsay war über den deutsch-polnischen Pakt trotz seines versöhnlichen Charakters aus verschiedenen Gründen ungehalten. Die Polen hatten sich ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Frankreich entzogen, als sie mit Deutschland zu einer Einigung gekommen waren, ohne vorher das französische Außenministerium konsultiert zu haben. Das französisch-polnische Bündnis von 1921 enthielt indessen die Bestimmung, daß vor jeder neuen internationalen Vereinbarung eine Konsultation zwischen den beiden Bündnispartnern obligatorisch sei. Der französische Botschafter in Deutschland, André François-Poncet, pflegte an monatlichen Zusammenkünften der diplomatischen Vertreter Polens und der kleinen Entente in Horchers Restaurant in Berlin teilzunehmen. Das letzte dieser Treffen, an dem der polnische Botschafter Józef Lipski teilnahm, hatte am 25. Januar 1934 stattgefunden. Lipski folgte den Instruktionen des polnischen Außenministers Józef

Beck, als er es vermied, den bedeutungsvollen Vertrag mit Deutschland, der am nächsten Tag in Berlin unterzeichnet werden sollte, zu erwähnen. So wurde er nie wieder eingeladen, die monatlichen Zusammenkünfte Frankreichs und seiner Verbündeten bei Horcher zu besuchen[27].

Doch war die unentschuldbare Illoyalität Polens gegenüber Frankreich nicht der einzige Grund, weshalb die Franzosen über Hitlers konzilianten Pakt mit Polen ungehalten waren. Man fürchtete am Quai d'Orsay, daß Polens Bereitschaft zu diesem Pakt mit Deutschland ein erster erfolgreicher Schritt Hitlers zur Unterminierung des gesamten französischen Bündnissystems in Europa sein könnte[28].

Am 29. Januar 1934 hatten britische Noten an die führenden Mächte Europas vorgeschlagen, erneut dem Problem einer Sicherung der Rüstungsgleichheit näherzutreten. Das wurde die Grundlage für darauffolgende umfangreiche Verhandlungen, die dann durch die Note Tardieus torpediert wurden. Der deutschen Grundauffassung entsprach es im Oktober 1933, daß Deutschland auf die in den Pariser Verträgen von 1919 zugesicherte allgemeine Abrüstung oder im Falle ihres Scheiterns auf die Alternativlösung einer Rüstungsgleichheit nicht mehr länger als weitere fünf Jahre zu warten gewillt sei. Die britischen Noten schlugen eine zehnjährige Übergangsperiode bis zum vollständigen europäischen Ausgleich vor, in der Erwartung, daß die imperialen Mächte zusätzliche Streitkräfte für ihre Kolonien zurückbehalten könnten. Die deutsche Antwort fiel auch keineswegs ungünstig aus, da der britische Plan während der ersten fünf Jahre einen durchaus konkreten, beträchtlichen Schritt zum Rüstungsgleichstand in Europa vorsah. Sowohl die italienische wie die deutsche Regierung bestätigten, daß der britische Plan eine angemessene Grundlage für die Lösung des Rüstungsproblems böte. So hing alles von Frankreich ab. Chautemps oder Daladier hätten wahrscheinlich den britischen Plan akzeptiert. Die Regierung Doumergue dagegen versuchte zunächst Zeit zu gewinnen, indem sie die Antwort auf die englischen Vorschläge wochenlang hinauszögerte[29].

Am 14. Februar 1934 präsentierten die Franzosen den Deutschen ein negatives Aide-mémoire, doch geschah das in Erwiderung einer früheren deutschen Note und die französische Demarche enthielt keinen Hinweis auf den britischen Plan vom 29. Januar. Anthony Eden, der Chef der britischen Delegation beim Völkerbund, wurde von Premierminister MacDonald auf eine beschleunigte Reise durch die großen Hauptstädte des Kontinents gesandt. In Paris erreichte

Eden nichts und in Berlin vertraute er am 23. Februar amerikanischen Diplomaten an, das reale Hindernis, das einer Sicherung der deutschen Rückkehr in den Völkerbund entgegenstehe, sei eher Frankreich als Hitler. Er machte keinen Hehl aus der Tatsache, daß er angesichts der französischen Haltung verärgert sei[30].

Am 24. Februar 1934 traf Eden in Rom ein und teilte dem italienischen Chefdelegierten beim Völkerbund, Baron Pompei Aloisi, mit, daß er über die vernünftige Haltung, die er in Berlin angetroffen habe, sehr befriedigt sei. Die neuen Gespräche hatten Hitler reichlich Gelegenheit gegeben, zu erklären, daß er niemals auf einem sofortigen Ausgleich bestanden habe, sondern bereit sei, fünf lange Jahre zu warten, um für Deutschland ein gewisses Maß an militärischer Sicherheit zu erlangen, ja daß er sogar zehn Jahre auf einen vollständigen militärischen Ausgleich mit Frankreich auf dem Kontinent zu warten bereit sei. Deutschland habe Genf verlassen, weil Frankreich unter keinen Umständen einem schließlichen Ausgleich zuzustimmen bereit gewesen sei, trotzdem werde Deutschland, so erklärte Hitler, seine Entscheidung rückgängig machen, falls Frankreich seine Meinung ändere. Unter solchen Umständen war die britische Note vom 29. Januar 1934 ein vergeblicher Versuch zur Quadratur des Zirkels[31].

Hitler war bereit, die Entmilitarisierung sämtlicher deutschen Hilfsorganisationen, wie der SA (Sturmabteilungen) und der SS (Schutzstaffeln) zu garantieren. Er verhehlte seine Hoffnung nicht, daß Frankreich die militärische Wiederbesetzung des deutschen Rheinlandes durch deutsche Truppen im Austausch gegen einen zehnjährigen Nichtangriffspakt zulassen werde, betonte aber, daß er es mit der französischen Zustimmung zu diesem Vorschlag nicht eilig habe[32].

Sowohl Laval wie die Engländer fanden, daß Hitler eine vernünftige Politik treibe. Barthou, der nunmehr völlig unter dem Einfluß Tardieus stand, entschied sich anders. Die Italiener waren zweifellos im Recht, wenn sie die französische Note vom 17. April 1934 zwar als stilistisch brillant, jedoch als strategisch ungeschickt beurteilten. Diese Note war die verspätete und negative französische Antwort auf den britischen Plan vom 29. Januar, der von Italien und Deutschland akzeptiert worden war. Nachdem er der Abrüstungskonferenz so den Gnadenstoß gegeben hatte, bereitete Barthou eine „tour d'horizon" durch die Hauptstädte der französischen Bündnispartner in Ost-Europa vor. Hätte er diese Reise früher unternommen, würde er wahrscheinlich dem Rat Tardieus oder den Anregungen Doumergues nicht gefolgt sein. Denn alsbald erkannte er an seinen eigenen Erlebnissen in Ost-

Europa, daß das bestehende französische Bündnissystem von zweifelhaftem Wert war. Der einzige wahrhaft brauchbare Verbündete, den Frankreich auf dem europäischen Kontinent gewinnen zu können hoffen durfte, war damals Italien. Ein Bündnis mit Italien war der logische „nächste Schritt", nachdem Frankreich das kollektive europäische Sicherheitssystem im April 1934 torpediert hatte[33].

Viertes Kapitel

AUSSICHTEN EINES FRANZÖSISCH-ITALIENISCHEN BÜNDNISSES

In einer entscheidenden Frage herrschte im Jahre 1934 zwischen Barthou, Doumergue, Laval und Tardieu volle Einmütigkeit. Sie alle hielten eine französisch-italienisches Bündnis für notwendig. Sie alle wollten einen Anschluß Österreichs an Deutschland verhindern. Seit 1933 hatte sich zwischen diesen beiden Ländern ein erbitterter Wirtschaftskrieg entwickelt. Hitler boykottierte Österreich wirtschaftlich wegen der Verfolgungen der österreichischen Nationalsozialisten. Im Februar 1934 brach zwischen den Christlich-Sozialen und den Marxisten Österreichs ein Bürgerkrieg aus. Zwar wurden die Sozialdemokraten vernichtet, doch hatte sich bei dieser Gelegenheit die mangelnde Festigkeit des österreichischen Regimes unter seinem winzigen Diktator Engelbert Dollfuß herausgestellt. Sowohl Rumpf-Österreich wie auch Rumpf-Ungarn, die beide 1918 von den Siegermächten aus der alten Doppel-Monarchie herausgeschnitten worden waren, gehörten anerkanntermaßen zur italienischen Einflußsphäre; andrerseits war es unverkennbar, daß Adolf Hitler schon viele Jahre vor dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland um die Gunst Mussolinis geworben hatte. Bestand doch zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus eine weitgehende ideologische Verwandtschaft, woraus sich die nicht zu übersehende Möglichkeit einer von Hitler ernsthaft angestrebten politischen Wiederannäherung ergab[1].

Weder Frankreich noch Italien waren im Jahre 1934 mit andern Großmächten verbündet. Die Weigerung der Vereinigten Staaten, 1919 und 1920 den von Wilson zugesicherten Dreierpakt mit Großbritannien und Frankreich einzugehen, hatte Großbritanniens Rückkehr in seine alte „splendid isolation" zur Folge. Der Sieg der bolsche-

wistischen Revolution im Jahre 1917 hatte das französisch-russische Bündnis beendet. Nunmehr, im Jahre 1934, waren Laval, Tardieu, Doumergue und Barthou gemeinsam bereit, ein Bündnis mit der Sowjetunion abzuschließen, wenn auch keiner von ihnen die geradezu ekstatische Begeisterung Herriots für einen solchen Pakt teilte. Es bestand ein deutliches Mißverhältnis zwischen einer Wiederannäherung an die Sowjetunion und dem bestehenden französischen Bündnissystem[2].

Die vier Mitglieder des französischen Bündnissystems in Osteuropa waren Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Das Bündnis mit den Polen hatten die Franzosen 1921 geschlossen, das mit den Tschechen 1925. Die Rumänen und Jugoslawen waren mit den Tschechen verbündet und so auch über die kleine Entente mit Frankreich. Außerdem bestand das polnisch-rumänische Bündnis von 1921, das ausschließlich gegen die Sowjetunion gerichtet war. Polen und Rumänien waren Mitglieder des cordon sanitaire, der seit Jahren bestand, um eine Expansion des Kommunismus nach Westen zu verhindern. Sie waren, wie Jugoslawien, erbitterte Gegner des Kommunismus und aller seiner Folgeerscheinungen und fürchteten die militärische Macht der Sowjetunion. Nur die Tschechen unter Präsident Masaryk und seinem insgeheim bestimmten Nachfolger, Außenminister Eduard Benesch, standen dem System Stalins freundlich gegenüber[3].

Natürlich könnte man einwenden, daß ein französisch-italienisches Bündnis bei Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien auf Widerstand stoßen würde. Italien hatte keineswegs, wie ihm 1915 im Londoner Geheimvertrag zugesichert worden war, den größten Teil Dalmatiens erhalten und zwischen Italien und Jugoslawien war es zu einem erbitterten Streit um Fiume gekommen. Die Unterstützung, die Italien dabei von Österreich und Ungarn erhalten hatte, mußte automatisch in Prag und Bukarest eine Gegnerschaft gegen ein französisch-italienisches Bündnis auslösen. Von den vier osteuropäischen Bündnispartnern würden nur die Polen einen solchen Pakt gelassen hinnehmen[4].

Zwischen den beiden Partnerschaftsverhältnissen gab es einen recht vitalen Unterschied. Italiens Zugang nach Deutschland führte über Österreich und nicht über das Gebiet eines der vier französischen Bündnispartner. Aus Rußland gab es nur einen einzigen brauchbaren Zugang nach Deutschland, und zwar den durch Polen. Die Polen würden jedoch trotz ihres Bündnisses mit Frankreich den Russen niemals ohne weiteres gestatten, durch ihr Land zu marschieren, um Deutsch-

land niederzuzwingen. Nur die erdrückende militärische Macht der Sowjetunion, die 1934 die größte Armee und die größte Luftwaffe der Welt besaß, veranlaßte die französischen Staatsmänner, ein Bündnis als eine Art negativer, vorbeugender Maßnahme ins Auge zu fassen. Es war von Anfang an klar, daß das Bündnis mit Italien eine weit dringlichere und praktischere Angelegenheit darstellte. Und es bestand durchaus Grund zu der Annahme, daß ein französisch-italienisches Bündnis mehr wert wäre als alle andern französischen Engagements zusammen. Ohne jede Frage waren 1934 die Beziehungen zu Italien das entscheidende Merkmal der französischen Außenpolitik überhaupt und speziell des französischen Bündnisprogramms[5].

Die Voraussetzungen für den Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich und Italien waren im Jahre 1934 günstig. Die gemeinsame Aktion Frankreichs und Italiens gegen eine deutsch-österreichische Zollunion im Jahre 1931 hatte den in der Auseinandersetzung um die Mißhandlung italienischer Siedler in Tunis durch die Franzosen seit 1928 entstandenen Reibungen entgegengewirkt. Mussolini war bereit, zuzugeben, daß Italien in den zwanziger Jahren infolge des militärischen Übergewichts Frankreichs innerhalb Europas, aber auch infolge der französisch-deutschen Entente in der Ära Stresemann-Briand und schließlich der ungleichen Verteilung kolonialer Beute wegen auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 gereizt gewesen sei. Dennoch gab es ein Beispiel früherer französisch-italienischer Zusammenarbeit, nachdem Mussolini zur Macht gekommen war. Die Italiener hatten sich 1923 hinter die französische Ruhrbesetzung gestellt als Gegenleistung für die französische Duldung italienischer Strafmaßnahmen gegen die Griechen auf Korfu. Mussolini persönlich war frankophil und versicherte häufig, daß drei französische Denker, Sorel, Péguy und Lagardelle, entscheidenden Einfluß auf sein eigenes Denken ausgeübt hätten. Der Duce hatte sich zwar standhaft dem italienisch-türkischen Krieg 1911—12 widersetzt, jedoch 1914 Krieg an der Seite Frankreichs befürwortet[6].

Der Pariser Temps wies am 28. März 1932 seine Leser darauf hin, daß die Franzosen in den letzten Monaten von Mussolini nur freundliche Äußerungen zu hören bekommen hätten. Es folgte im Temps, Matin und in andern führenden Pariser Blättern eine Kampagne, die Mussolini bekannt machen sollte. Er selbst erklärte in einer seiner Ansprachen im September 1932, daß er eine definitive Verständigung mit Frankreich begrüßen würde. Wenige Wochen später, am 17. Oktober 1932, legte er in seiner großen Turiner Rede in glänzender Form ein kühnes Pro-

jekt zur friedlichen Regelung der europäischen Streitigkeiten dar. Diese sei durch die Schaffung eines beherrschenden europäischen Einvernehmens zwischen Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland zu erreichen. Der Vorschlag kam äußerst gelegen. Der Völkerbund war durch sein Unvermögen, während der mandschurischen Krise konstruktive Schritte zu unternehmen, teilweise in Mißkredit geraten. Die Weltwirtschaftskrise hatte in ganz Europa eine Lockerung der politischen Stabilität zur Folge. Die Schaffung eines Übereinkommens der vier führenden europäischen Mächte (die Sowjetunion wurde von Mussolini als eine eurasische Macht mit unannehmbarer Ideologie abgelehnt) hätte die Stabilität und das Vertrauen zu den europäischen Verhältnissen wiederherstellen können. Die damalige französische Regierung vertrat die Auffassung, daß auf die zahlreichen Vorschläge Mussolinis hin eine passende Antwort erteilt werden solle. Premierminister Paul-Boncour wußte, daß Botschafter Maurice de Beaumarchais, der greise französische Karriere-Diplomat, der seit 1928 die Botschaft in Rom leitete, sich zurückzuziehen beabsichtige, und beschloß daher im Dezember 1932, Senator Henri de Jouvenel nach Rom zu senden. Das würde Mussolini schmeicheln und sicherlich demonstrieren, daß Frankreich den Wunsch des Duce, zu einer Verständigung zu gelangen, teile. Paul-Boncour trat auch weiterhin für die Entsendung Jouvenels ein, nachdem er 1933 unter Premierminister Daladier Außenminister geworden war[7].

Jouvenel war eine der schillerndsten Persönlichkeiten im öffentlichen Leben Frankreichs. In seiner Jugend wurde er konservativer Syndikalist, entschlossener Gegner des Marxismus und des Klassengedankens. Auch in den späteren Jahren seines Lebens hielt er daran fest, daß die moderne Industriegesellschaft politischer Institutionen bedürfe, die unmittelbar auf dem organisierten Wirtschaftsleben des Gemeinwesens aufgebaut wären. Das bedeutete praktisch, daß die Organisation der Staatsgewalt in Frankreich sich auf Gewerkschaften, Handelsgenossenschaften und Berufsgruppen stützen solle. Doch war Jouvenel in seinem Syndikalismus konservativ, weil er der Auffassung war, neue politische Einrichtungen könnten im Rahmen der alten politischen Traditionen geschaffen werden und existieren. Bisweilen befürwortete er sogar die Beibehaltung der Regierungsorgane unter Hinzufügung neuer. Sein Glaube an den Staat und an den Syndikalismus führte zu vielen Berührungspunkten mit Mussolini[8].

Jouvenel und sein engster Freund, der prominente radikale Politiker Anatole de Monzie, traten für innen- und außenpolitische Verständi-

gung ein. Jouvenel sprach und schrieb einen glänzenden Stil und hatte eine äußerst erfolgreiche Karriere als Journalist hinter sich. Er war vor dem Ersten Weltkrieg Herausgeber des Matin. De Monzie war der erste, der Jouvenel zuredete, Politiker zu werden. 1921 wurde er Mitglied des Senats. Für kurze Zeit schloß er sich den Radikalen an, kehrte aber bald zu seinem alten Standpunkt eines stolzen Unabhängigen zurück. Im Ersten Weltkrieg war Jouvenel die meiste Zeit an der Front, erklärte sich aber während eines Urlaubs im Januar 1917 bereit, für Präsident Poincaré eine geheime Mission in Rom zu erfüllen. Er ging aus dem Krieg unverletzt als Leutnant hervor und brachte ein starkes Interesse an Veteranen-Organisationen mit. So organisierte er persönlich die Presse-Kampagne, die schließlich zur Beisetzung des unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen führte. Jouvenel besaß auch eine geniale Gabe, widerstrebende Meinungen unter der großen Schar seiner persönlichen Freunde und Bekannten auszugleichen. Überhaupt war er einer der populärsten Männer Frankreichs, obgleich er von den Marxisten bei jeder möglichen Gelegenheit schlecht gemacht wurde[9].

Im August 1922 wurde Jouvenel von Poincaré, der inzwischen Premierminister geworden war, zum französischen Delegierten beim Völkerbund ernannt. Auch gab er seine Zustimmung, in Poincarés Kabinett Erziehungsminister zu werden. Obwohl er persönlich wegen seiner Klarheit und Beredsamkeit von Poincaré vergöttert wurde, war er dennoch nicht in der Lage, auf die wichtigeren politischen Entscheidungen des rachsüchtigen Kriegstreibers aus Lothringen Einfluß zu nehmen. Das erkannte man damals nicht, und so sagte Edouard Herriot 1932 voraus, Jouvenel würde der maßgebende Führer der Rechten werden. Aber das war schon wegen der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Jouvenel nicht möglich und im Jahre 1927 trat er von seinem Posten beim Völkerbund mit einem Gefühl des Widerwillens und dem Bewußtsein der Nutzlosigkeit seiner Bemühungen zurück. Er konnte sich nicht länger verhehlen, daß der Völkerbund nur ein pompöser Apparat war, unfähig, irgend etwas Konstruktives für den Weltfrieden zustandezubringen. Jouvenel hat später erklärt, nur eine Liga mit eigenen Hoheitsrechten würde eine wirklich lohnende Hilfe sein[10].

1925 war Jouvenel in einer Spezialmission als französischer Hochkommissar nach Syrien entsandt worden. Auch diese Mission mußte fehlschlagen, da Frankreich nicht bereit war, den Arabern die gewünschte Unabhängigkeit zuzugestehen. Damit hatte Jouvenel sein

Kontingent an vergeblichen Missionen erfüllt. Während dieser Zeit schrieb er einige bedeutende und verdientermaßen weitverbreitete Bücher, darunter die glänzende Biographie „Mirabeau" (Paris 1929) und in „La Paix française" (Paris 1932) seinen beredten Aufruf zu einer neuen französischen Politik der Großmut und Klugheit, die in Europa zu echtem Ausgleich und zur Solidarität führen würde. 1927 gründete er eine Monatsschrift, die sich speziell an die Veteranen richtete, die Revue des Vivants, und forderte darin wiederholt eine dauerhafte Aussöhnung mit Deutschland und eine französische Außenpolitik, die echte deutsch-französische Verständigung ermöglichen würde. Für enge Beziehungen zu Italien trat er seit Mussolinis Machtübernahme ein[11].

Jouvenel war demgemäß der ideale Gesandte für Rom. Eine bessere Wahl hätte man gar nicht treffen können. Er wußte seiner Mission eine dramatische Note zu geben, indem er den Posten nur für sechs Monate annahm. Obwohl Zweck und Bedeutung seiner Mission jede Unklarheit ausschlossen, wurde seine Zusage im Oeuvre von Geneviève Tabouis, einer leidenschaftlichen, zweifellos exzentrischen und prominenten Journalistin, unerwartet und heftig angegriffen. Zwar mutmaßte man es damals nur, doch ließ sich Madame Tabouis — ebenso wie ihre Zeitgenossin in den Vereinigten Staaten Dorothy Thompson — sicherlich schon von der kommenden Entwicklung tragen. Fanatisch trat sie für ein Bündnis mit dem Kommunismus ein sowie für einen Vernichtungskrieg gegen Italien und Deutschland. Ferner agitierte sie pausenlos gegen den Plan eines französisch-italienischen Bündnisses, wie er von Tardieu, Doumergue, Barthou und Laval befürwortet wurde. Nicht einmal Blum hätte sich stärker engagieren können. Schließlich hatte sie dank ihrer Fähigkeit das Glück, im Verlauf des weltgeschichtlichen Geschehens eine bedeutende Rolle zu spielen[12].

Die Einleitung des französisch-italienischen Bündnisses begann mit einer Situation ohnegleichen. Diese ersten persönlichen Angriffe der Madame Tabouis auf Jouvenel erschienen in der bürgerlichen, nicht in der marxistischen Presse. Daraufhin nahm Jouvenels erste Frau, Madame Claire Boas de Jouvenel, von der er sich 1906 hatte scheiden lassen, nahezu den gleichen Standpunkt ein wie Madame Tabouis. Tatsächlich waren Madame Tabouis und Madame Claire Boas de Jouvenel, eine stattliche und in der Pariser Gesellschaft sehr angesehene Jüdin, durch enge Freundschaft miteinander verbunden. Madame de Jouvenel war bereits 1917 leidenschaftliche „Tschechoslowakin" mit einem bedeutenden weithin bekannten Einfluß auf Benesch. Später

hatte ihre Liaison mit Philippe Berthelot, dem Generalsekretär und damit höchsten ständigen Beamten am Quai d'Orsay, einen starken Einfluß auf die französische Außenpolitik und verschaffte ihr auch einen großen Teil der Informationen für ihre Journalisten-Freunde und für prominente ausländische Besucher, die sie in Paris in einem speziell von ihr gegründeten Gesellschaftsklub, La Bienvenue Française, willkommenhieß. Schließlich trat Berthelot im Juni 1933 von seinem Posten zurück. Sein Nachfolger wurde Alexis Léger. Um diese Zeit lieh Madame Claire Boas de Jouvenel dem geplanten Kreuzzug der Madame Tabouis gegen Deutschland wie gegen Italien ihre volle Unterstützung, lieferte reichlich mündliche Munition dazu und zollte den bösartigen persönlichen Angriffen auf ihren früheren Gatten lauten Beifall[13].

Geneviève Tabouis war die Tochter reicher und frommer Eltern, die der sektiererischen Dritten Republik sehr kritisch gegenüberstanden. Sie war in einem Konvent aufgewachsen und bewerkstelligte es später, ein Programm von Universitätsstudien in London und Berlin abzuwickeln. Ihre Onkel, Paul und Jules Cambon, waren die berühmten französischen Botschafter dort vor dem Ersten Weltkrieg. 1907 besuchte sie Jules Cambon in Berlin und genoß das elegante und glänzende Gesellschaftsleben der Hohenzollern-Hauptstadt. Sie entdeckte, daß Berlin einer jungen Frau von Vermögen, die sich zuvor über zu viel Abgeschlossenheit hatte beklagen müssen, ein wunderbares Leben bot. In den Monaten vor dem Ersten Weltkrieg sympathisierte sie mit den Bemühungen Joseph Caillaux', Frankreich vor Chauvinismus zu bewahren und zu einer vernünftigen Politik der Mäßigung gegenüber Deutschland zurückzukehren. Rückblickend scheint es eine einzige Ironie, daß sie damals über die gemeinen Methoden der Intrigue und Verleumdung, deren sich Caillaux' Gegner bedienten, um ihn zum Schweigen zu bringen, bitter empört war. Aber das war natürlich der Fall, bevor sie unter den Einfluß von Madame Claire Boas de Jouvenel geriet[14].

1932 tauchte Geneviève Tabouis aus dem Privatleben auf, um in den folgenden Jahren die berühmteste diplomatische Pressekorrespondentin Frankreichs zu werden. Aristide Briand, der Vater der französischen Verständigungspolitik gegenüber Deutschland, starb 1932. Madame Tabouis, die ihre Ansichten seit 1914 radikal geändert hatte, schockierte jedermann durch die Behauptung, Briand habe kurz vor seinem Tode geäußert, die europäische Einheit würde wahrscheinlich am besten eines Tages durch die deutsche Armee hergestellt werden.

Das war ein offensichtlicher Versuch, Briand und damit natürlich auch seinen Schüler Laval, der ihm am 16. Januar 1932 am Quai d'Orsay nachgefolgt war, in Mißkredit zu bringen[15].

Das ganze Jahr 1932 hindurch war Madame Tabouis voller Bitterkeit und Groll. Sie beschwerte sich, daß ihr geliebter Völkerbund, der den bleibenden Einfluß Frankreichs hätte garantieren sollen, durch die Kavaliersart, mit der ihn Großbritannien bei den Verhandlungen mit Japan über die Invasion in der Mandschurei ausgeschaltet habe, lächerlich gemacht worden sei. Sie teilte Blums Haß auf Italien und versäumte nicht, während des Jahres 1932 sorgfältig im Temps, im Matin, im Journal und in der Liberté die Kampagne zugunsten einer französisch-italienischen Verständigung zu verfolgen. Sie kannte Joseph Paul-Boncour und tat, was sie konnte, um ihn nach der Ernennung Jouvenels gegen Italien einzunehmen. André Tardieu machte kein Geheimnis aus seiner grenzenlosen Verachtung ihrer Intrigen, aber Pierre Laval, der toleranter war, nahm sie als das, was sie war, als leidenschaftliche Kreuzzüglerin für Ideen, die den seinen diametral entgegengesetzt waren. Er ließ es sich besonders angelegen sein, ihr mit Freundlichkeit zu begegnen und sie als einen mutigen, wenn auch erbarmungslosen Gegner anzuerkennen. Gleichzeitig unterschätzte er sie nie und war immer auf der Hut vor ihr[16].

Das Schicksal wollte es, daß es Madame Tabouis gelang, enge Beziehungen zu Edouard Herriot herzustellen. Seinen Hauptrivalen unter den Radikalen, Edouard Daladier, konnte sie dabei nicht gebrauchen, sondern tat ihn verächtlich als einen Provinzpolitiker ab, als einen „Jung-Türken" (jemand mit alten Ideen, der sich für originell hält) und als einen Mann, der aus seiner eigenen Loyalität gegenüber seinen Freunden eine einzigartige Tugend zu machen sucht. Sie begleitete Herriot 1933 auf einer Reise in der Sowjetunion und teilte seine Bewunderung für die offensichtliche militärische Macht der Kommunisten. Sie wußte, daß zwischen Herriot und ihr viele Meinungsverschiedenheiten bestanden, denn seine Einstellung zu Deutschland und Italien war damals noch unbestimmt, aber sie war überglücklich, als er schließlich eines Tages bemerkte, eine fortgesetzte Politik einseitiger Zugeständnisse an Deutschland dürfte wohl zu einer neuen Katastrophe in Europa führen. Dieser negative Gedanke schien ihr zumindest ein Schritt auf dem richtigen Wege zu sein. Sie fürchtete, daß der Erfolg von Jouvenels Mission und eine französisch-italienische Verständigung unvermeidlich zu der von Laval gewünschten Wiederannäherung Frankreichs an Deutschland führen würde. Das hätte das

Ende aller ihrer Hoffnungen auf einen Kreuzzug zur Vernichtung des Faschismus und des Nationalsozialismus bedeuten müssen. Andrerseits konnte das Scheitern eines Übereinkommens mit Italien die notwendigen Voraussetzungen zu einem solchen Kreuzzug schaffen. Madame Tabouis beklagte die Tatsache, daß Herriot auf dem Kongreß der Radikalen in Toulouse im November 1932 sich eindeutig für eine französische Zusammenarbeit mit Mussolini ausgesprochen hatte. Er hatte Henri Bérenger, dem Präsidenten des Außenpolitischen Ausschusses im Senat, zugestimmt, daß eine Verständigung mit Italien für Frankreichs Sicherheit wesentlich sei[17].

Nach seiner Ankunft in Rom studierte Jouvenel sorgfältig die französische und italienische Presse. In den italienischen Blättern gab es unverkennbare Beispiele einer feindseligen Stimmung. Doch zeigte sich bald, daß der Hauptteil dieser Kritik lediglich Wiedervergeltung darstellte. Denn das Hauptproblem war die französische Presse. Sie brachte ihre üblichen wilden Gerüchte darüber, daß eine neue Dreier-Allianz zwischen Deutschland, Ungarn und Italien im Entstehen sei, wobei Österreich von Deutschland absorbiert werden würde. Es gab die gewohnten Anschuldigungen, eine Verständigung mit Italien bedeute Verrat an der kleinen Entente. Jouvenel tat, was er konnte, um diesen Behauptungen zu begegnen. Er verwandte gern das Bonmot König Alexanders von Jugoslawien: „Ich würde lieber italienische Makkaroni in Triest sehen als deutsche Wurst." Er erkannte, daß eine Verbesserung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen viel dazu beitragen würde, die Kritiker seiner eigenen Diplomatie zu entwaffnen[18].

In Rom herrschte stillschweigendes Einverständnis darüber, daß eine gewisse Eingewöhnungszeit notwendig sei, bevor Jouvenel seine persönlichen Verhandlungen mit Mussolini aufnehmen könne. Der französische Botschafter opferte den größten Teil seines eigenen Vermögens und verpflichtete sich darüber hinaus weitgehend seiner wohlhabenden dritten Frau gegenüber, um im Palazzo Farnese den verschwenderischen Gastgeber zu spielen. Er stellte unter sehr günstigen Voraussetzungen persönliche Kontakte zu einer möglichst großen Anzahl einflußreicher Italiener her und wurde dabei von Hubert Lagardelle, einem prominenten französischen Syndikalisten, der von Mussolini persönlich hochgeschätzt und in Italien äußerst populär war, unterstützt. Lagardelle hatte sich auf Anraten Anatole de Monzies Jouvenels Mission nach Rom angeschlossen. Das Hauptanliegen der beiden Männer während dieses frühen Stadiums ihrer Mission war, wie

die französische Presse an die Kandare zu nehmen sei. Sie dachten dabei nicht an die Humanité oder den Populaire. Denn sie wußten, daß die Italiener bei den marxistischen Blättern lediglich der Quelle Beachtung schenken würden. Die bürgerliche Presse unter dem Einfluß der Madame Tabouis war das eigentliche Problem. Außenminister Paul-Boncour versprach zu helfen, konnte aber Madame Tabouis und ihre Freunde infolge seiner eigenen Beziehungen zu ihnen nicht zurückhalten. So überraschte es niemanden, daß die italienischen Staatsmänner der Einstellung Paul-Boncours zu einem Bündnis mit Italien skeptisch gegenüberstanden[19].

Jouvenel und Lagardelle hatten reichlich Gelegenheit, die Hindernisse, die einer französisch-italienischen Verständigung im Wege standen, zu diskutieren. Die ständigen Beamten am Quai d'Orsay standen unter dem starken Einfluß des Generalsekretärs Philippe Berthelot, der erst im Juni 1933 zugunsten des gemäßigteren Alexis Léger zurücktrat. Das Dauerthema dieser ständigen Beamten war die Heiligkeit der kleinen Entente. Die beiden Franzosen in Rom stimmten ihnen darin zu, daß „diese kaum beschützten Staaten Schutz nötig hätten". Rumänien war in tiefste Armut gesunken und sowohl Jugoslawien wie die Tschechoslowakei waren Zwittergebilde. Sie stellten eher ein Mosaik von Völkern als gefestigte Staatswesen dar. Kurios genug, daß ihr Bedarf an französischer Hilfe ihnen gestatten sollte, Frankreichs Politik zu diktieren. Von dem Augenblick an, da Madame Tabouis den Alarm ausgelöst hatte, gaben besonders die Tschechen verschwenderische Summen aus, um in der französischen Presse anti-italienische Artikel zu lancieren. Es war eine böse Situation, die Jouvenel mit ständigen vergeblichen Appellen an den Quai d'Orsay in Atem hielt[20].

Die persönlichen Gespräche zwischen Mussolini und Jouvenel wurden am 2. März 1933 eingeleitet. Dem französischen Botschafter gelang es von Anfang an mit großem Erfolg, Mussolinis Vertrauen zu gewinnen. Er sagte, daß nur Mussolini über das Schicksal seiner Mission entscheiden könne, und vertraute ihm an, daß seine früheren Missionen in Syrien und beim Völkerbund gescheitert seien, daß er aber niemals einen Auftrag von solcher Bedeutung erhalten hätte wie den, der ihn soeben nach Rom geführt habe. Ein Erfolg bei diesem seinem letzten Wagnis würde eine reiche Entschädigung für die vielen Enttäuschungen der Vergangenheit bedeuten. Er hoffe, nicht weniger zu erreichen als eine ständige Zusammenarbeit zwischen einem starken Frankreich und einem starken Italien, und wisse, daß dies der Schlüssel zum europäischen Frieden sei. Auch machte er keinen Versuch, seinen

Widerwillen gegen die Art und Weise zu verbergen, in der die kleine Entente die französische Außenpolitik zu beherrschen suchte[21].

Jouvenel und Mussolini waren sich in vielen Punkten einig. Der französische Gesandte stimmte mit dem Duce darin überein, daß der harte Versailler Vertrag ein Fehler gewesen sei. Europa war von Furcht erfaßt; es war die allgemeine Furcht vor Deutschland, aber auch die Furcht Deutschlands vor seiner eigenen Unsicherheit. Nahezu fünfzehn Jahre lang waren die Deutschen nicht in der Lage, sich gegen Übergriffe von irgendeiner Seite zu verteidigen, und die Folgen dieses Zustandes waren im Falle der Wegnahme des Memelgebiets durch das kleine Litauen erniedrigend und verhängnisvoll genug. Deutschland brauchte Sicherheit, aber seine Nachbarn fürchteten, daß dieses Streben zum Verlust ihrer eigenen Sicherheit führen müsse. Es mußte in dieser paradoxen Situation irgendeine staatsmännische Lösung geben.

Der Völkerbund war unfähig, den Frieden zu erhalten. Und es schien auch in Genf wenig Möglichkeit für Reformen zu geben, die ihn zu einem wirksamen Instrument hätten machen können. Jouvenel und Mussolini erinnerten sich, daß sie beide 1923 auf Zulassung Äthiopiens zum Völkerbund aufgrund ihres beiderseitigen Interesses an diesem Land gedrängt hätten. Die Tatsache, daß Äthiopien ein barbarisches Land mit zwei Millionen menschlicher Sklaven war, hatte man bequemer- und irrtümlicherweise übersehen. Es war weithin bekannt, daß Äthiopien nach fünf Jahren der Zusammenarbeit mit Italien seit 1928 eine den italienischen Interessen zunehmend feindliche Politik begann und daß Frankreich nicht in der Lage war, diese Situation zu ändern, selbst wenn es das wollte[22].

Es gab einige dringliche Fragen im Rahmen der französisch-italienischen Beziehungen, die früher oder später würden gelöst werden müssen. Da war die versprochene Revision der Grenzen zwischen Italienisch-Lybien und dem französischen Sudan. Es war auch ein neues Abkommen notwendig, um die Rechte der italienischen Siedler in Tunis zu schützen. Beide Männer wußten, daß das ein wirklich bedeutendes Problem war und daß es im französischen Protektorat Tunis viel mehr italienische Siedler als französische Kolonisten gab. Auch war da das Problem der französisch-italienischen Flottenrivalität, das nach dem Scheitern der Londoner Flottenkonferenz 1930 akut geworden war, und es gab Reibungen in den Finanz- und Handelsbeziehungen, die geregelt werden mußten[23].

Bis hierher waren die beiden Gesprächspartner nur über die Frage der Strategie verschiedener Ansicht. Jouvenel neigte dazu, diese un-

mittelbar französisch-italienischen Fragen sofort in Angriff zu nehmen mit dem Ziel, zu einem französisch-italienischen Bündnis zu kommen. Aber Mussolini erinnerte Jouvenel an seinen Vorschlag aus dem Jahre 1932, unter den vier europäischen Hauptmächten ein diplomatisches Einverständnis zu erzielen. Der Duce war der Meinung, daß es klug sei, zunächst mit diesem Projekt voranzukommen, bevor man sich dem Bündnisplan nähere, den er ebenfalls begünstigte. Ein Viermächtepakt würde viele Streitfragen klären und eine Atmosphäre des Vertrauens und der Beständigkeit schaffen. Wenn andrerseits Frankreich und Italien darangingen, ohne diese vorhergehende allgemeine Verständigung ein Bündnis auszuhandeln, würden sie damit eine Situation schaffen, die auf Großbritannien, Deutschland und andere europäische Staaten alarmierend wirken müsse[24].

Jouvenel leugnete nicht die Beweiskraft der Argumente Mussolinis, fürchtete aber, daß ein Viermächtepakt von Paris abgelehnt werden würde. Die Vorwürfe, die man zur Zeit der Locarno-Verträge 1925 erhoben habe, würden wiederholt werden, daß nämlich die kleine Entente preisgegeben würde. Mussolini fragte erstaunt, ob denn die gleichen Bedenken wegen der kleinen Entente nicht auch gegen ein französisch-italienisches Bündnis erhoben würden. Jouvenel erwiderte, das würden sie allerdings, aber das Bündnis wäre im Rahmen der französischen Interessen eine bedeutendere konkrete Errungenschaft und dieser Gesichtspunkt würde derartige Einwände wohl aufwiegen[25].

Mussolini erinnerte dann Jouvenel an die schweren Spannungen im Verhältnis Österreichs zu Deutschland. Hitler war im März 1933 erst wenige Wochen an der Macht, und es war noch zu früh, um vorauszusagen, ob er seine Politik mit Vorsicht und Zurückhaltung verfolgen würde oder nicht. Deutschland war noch schwach, aber ein Konflikt hätte das Chaos und eine kommunistische Revolution im Reich zur Folge haben können. Das würde eine neue Situation schaffen. Europa, noch im Bann der Weltwirtschaftskrise, könnte von marxistisch-revolutionären Krampfzuständen geschwächt werden. Der Viermächtepakt, den Mussolini im Sinn hatte, könnte genutzt werden, um die gefährlichsten Fragen vollzählig auf den Verhandlungstisch zu bringen, solange es noch Zeit wäre. Jouvenel und Mussolini stimmten darin überein, daß zur Wahrung des Friedens die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs gehöre. Sie kamen überein, daß das geplante französisch-italienische Bündnis Bestimmungen zur Garantie Österreichs enthalten solle. Aber Mussolini bestand darauf, daß der erste wichtige Schritt sein müsse, Deutschland auszusöhnen[26].

Jouvenel war von dem Weitblick und der bündigen Klarheit des Duce stark beeindruckt. Mussolini räumte ein, „sie lieben uns nicht in Wien" und, daß das Dollfuß-Regime in Österreich nicht populär sei. Aber er erinnerte auch daran, daß Hitlers Bewunderung für Italien eine wichtige Karte sei, die geschickt ausgespielt werden sollte. Das Schicksal der Deutschen in Südtirol, das Italien 1919 annektiert hatte, war in Deutschland Gegenstand grimmiger Agitation gewesen, aber Hitler hatte schon viele Jahre zuvor versichert, daß er sich wegen des italienischen Besitzes von Südtirol niemals beunruhigen würde. Das war an sich schon ein Beweis für den Wert, den Hitler auf freundliche Beziehungen zu Italien legte. Aber Hitler hatte bereits auf der allerersten Seite seines Buches „Mein Kampf" angekündigt, daß er beabsichtige, Österreich zu übernehmen, wenn er zur Macht käme, und Mussolini vertraute Jouvenel an, er könne es sich nicht leisten, daran zu glauben, daß der deutsche Reichskanzler sein Versprechen hinsichtlich Südtirols halten würde, wenn er einmal Wien bekommen habe[27].

Die Sicherheit, Südtirol zu behalten, war ein wesentlicher Grund dafür, daß Mussolini damals entschlossen war, Österreich gegen Hitler zu verteidigen. Es gab noch andere Gründe. Deutschland und Italien waren im Donautal wirtschaftliche Rivalen und die Erwerbung Österreichs würde Deutschland einen riesigen Vorteil einräumen. Der entscheidende Faktor aber war vor allem das italienische Prestige. Mussolini versicherte Jouvenel, ein italienischer Rückzug in Österreich würde einen gefährlichen Schlag gegen sein eigenes Regime bedeuten. Italien könne es sich nicht leisten, zurückzustehen[28].

Mussolini bemerkte mit Vergnügen, daß in Genf bereits phantastische Gerüchte über ein italienisch-deutsches Komplott umliefen. Es wurde viel über die langen Gespräche zwischen Mussolini und Hermann Göring bei der Volta-Konferenz im Oktober 1932 geredet. Mussolini schätzte Göring, schmiedete aber keine Pläne mit ihm. Der Duce äußerte auch, daß ein marxistisches Täuschungsmanöver im Ausland sowohl von den Liberalen wie von den Konservativen übernommen worden sei: Italien und Deutschland würden jetzt unter dem Begriff der „faschistischen Mächte" zusammengeworfen. Aber weder Mussolini noch Hitler hatten die Diktatur erfunden und der Duce schickte sich an, ausführlich über bedeutsame Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus zu dozieren. Er war auch der Meinung, daß die Vereinigten Staaten dabei seien, sich zur Diktatur zu entwickeln, und zwar angesichts der ausgedehnten Machtbefugnisse, die der amerikanische Kongreß offensichtlich bereit war, Präsident

Roosevelt zuzugestehen. Viele Amerikaner waren der gleichen Auffassung. Doch konnte höchstens ein Marxist aus diesem Grunde die Vereinigten Staaten als ein faschistisches System bezeichnen[29].

Auch Italien war mit den Ergebnissen der Friedenskonferenz von 1919 unzufrieden, doch bestand ein starker Gegensatz zwischen den Revisionswünschen Italiens als einer Siegernation und den Revisionswünschen Deutschlands als einer besiegten. In dieser Hinsicht stand Mussolini Frankreich näher als Hitler. Er hoffte aber trotz seiner Haltung in der österreichischen Frage, daß man hinsichtlich des polnischen Korridors etwas tun könne und daß er bei der Wiederherstellung einer Landverbindung zwischen dem abgetrennten Ostpreußen und dem übrigen Reich zwischen Deutschland und Polen vermitteln werde. Er war gegen ein Fortbestehen polnischer Herrschaft an der Ostseeküste und wünschte, daß die Polen sich, ebenso wie die Tschechen, mit Seehandelsprivilegien in diesem Gebiet zufrieden geben müßten.

Jouvenel bezweifelte, daß Polen die Revision, wie sie Mussolini vorschwebte, akzeptieren werde. Mussolini war davon überzeugt, wenn nur Großbritannien und Frankreich den Plan unterstützen würden. Er hatte die Frage erst kurz zuvor in Rom mit dem Grafen Jan Szembek, dem polnischen Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, besprochen. Der polnische Diplomat schien dem Gedanken nicht feindselig gegenüberzustehen, aber Mussolini wußte natürlich, daß es immer schwer war, in so wichtigen Fragen ein Übereinkommen zu erzielen. Er würde seine Rolle als Vermittler nur im Zusammenhang mit dem geplanten Viermächtepakt spielen können und nur bei Einmütigkeit der führenden Mächte[30].

Jouvenel erhob gegen Mussolinis Einstellung zu Polen keinerlei Einwände und versprach, Außenminister Paul-Boncour von der Bedeutung zu unterrichten, die Mussolini einer Regelung der Korridor-Frage beimaß. Mussolini regte an, daß die Franzosen einen Druck auf Polen ausüben sollten, während er selbst seinen Einfluß auf Hitler zugunsten einer maßvollen Lösung nutzen wolle. Er vertraute Jouvenel an, daß er mit Hitler häufiger per Telefon als über die diplomatischen Verbindungswege spräche und daß er jetzt etwas Konkretes schaffen wolle, das Hitler ermutigen werde, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Er erinnerte Jouvenel daran, daß „man Europa nicht ohne Deutschland machen kann". Die beiden Männer stimmten auch darin überein, daß das Moratorium der deutschen Reparationszahlungen zum Dauerzustand erklärt werden solle und daß es besser sei, das Schuldkonto durch einen freiwilligen Schritt

der früheren Siegermächte als durch eine einseitige Nichtanerkennung von seiten Deutschlands zu löschen[31].

Ferner gab Mussolini zu, daß er an einer Gebietsbereinigung zugunsten Ungarns interessiert sei, wenn er auch wußte, daß diese Frage nicht so dringlich war wie die Korridoraffäre. Jouvenel bemerkte, daß es schwerer sein werde, die ungarischen Forderungen zu erfüllen, da drei Nachbarnationen, die Rumänen, Tschechen und Jugoslawen, beteiligt seien statt einer wie im Falle Deutschlands und Polens. Mussolini erinnerte daran, daß Alexandre Millerand bereits auf der Botschafterkonferenz der Alliierten am 6. Mai 1920 erklärt habe, der Völkerbund solle schließlich die Revision des Vertrages von Trianon mit Ungarn in Betracht ziehen. Natürlich hatte man praktisch niemals vom Artikel 19 des Vertrages zugunsten einer Revision Gebrauch gemacht. Tatsächlich machte die Einmütigkeitsvorschrift in der Völkerbundsversammlung eine solche Lösung völlig utopisch. Mussolini betonte, daß sein Eintreten für eine endgültige Revision zugunsten Ungarns praktisch eine gegen Deutschland ausgespielte Karte bedeute. Es würde Frankreichs Politik der Kleinen Entente entgegenwirken, die dahin ziele, Ungarn in die Arme Deutschlands zu treiben. Mussolini sprach auch über Albanien und die italienisch-jugoslawischen Beziehungen. Er rechne mit dem französischen Einfluß[32].

Die Gespräche mit den britischen Staatsmännern in Rom am 18. und 19. März ermutigten Jouvenel sehr. Die Deutschen hatten bereits am 15. März 1933 ihre Zustimmung zum Plan des Viermächtepaktes mitgeteilt. Jouvenel beobachtete, daß sowohl Premierminister Ramsey MacDonald als auch Außenminister John Simon dem geplanten Viermächtepakt zuerst kühl gegenüberstanden, daß aber dann die vernünftigen Argumente Mussolinis ihre Einwände schnell zerstreuten. MacDonald versprach Jouvenel, er werde auf der Rückreise nach London in Paris haltmachen und den vorgeschlagenen Pakt mit Premierminister Daladier und Außenminister Paul-Boncour besprechen. Weder Mussolini noch Jouvenel erwähnten die Aussicht auf ein französisch-italienisches Bündnis. Dank der Überzeugungskraft Mussolinis waren sie übereingekommen, daß zuerst der Viermächtepakt auf dem Programm stehen solle. MacDonald fragte, ob er vor dem Parlament als Miturheber des Vertragsplanes auftreten könne, und der Duce gab seine Zustimmung. Am Abend des 19. März teilte Baron Aloisi Jouvenel mit, daß nun alles von Paris abhinge[33].

Mussolini sandte am 20. März 1933 von seinem Sommersitz in Rocca delle Cominate aus gleichlautende Noten nach Paris, London und Ber-

lin. Diese Noten führten unter dem Titel „Entwurf eines politischen Paktes für eine Entente und Zusammenarbeit unter den Westmächten" aus, daß in Europa als folgerichtige Krönung der Entwicklung seit den Locarno-Verträgen ein neues Einverständnis geschaffen werden müsse. Der Hauptteil des Vertragsentwurfs, den Mussolini praktisch selbst vorbereitet hatte, und zwar bereits am 4. März, kaum zwei Tage nach seinem Gespräch mit Jouvenel, sah unter den vorgeschlagenen Signatarmächten eine gegenseitige Konsultationspflicht vor und hielt ausdrücklich fest, daß dabei alle die Revision bestehender Verträge betreffenden Fragen eingeschlossen werden sollten. Er befürwortete sofortige Rüstungszugeständnisse an Deutschland, so daß die vier Mächte auf der Grundlage wirklicher Gleichberechtigung beraten könnten. Auf Rückfragen aus London und Paris hin sandte Mussolini am 26. März 1933 eine endgültige Fassung des geplanten Paktes an die vorgesehenen Mitunterzeichner. Dann warteten er und Jouvenel auf das Echo[34].

Paul-Boncour beeilte sich, den Inhalt der Note Mussolinis vom 20. März den Gesandten der Kleinen Entente und dem polnischen Botschafter bekanntzugeben. Berthelot hatte ihn davon überzeugt, daß er das tun müsse, obschon der vorgeschlagene Pakt noch nicht einmal ein Bündnis bedeutete. Praktisch wurde damit den kleinen Verbündeten Frankreichs das Recht auf ein Veto eingeräumt, und sie machten fleißig Gebrauch davon. Die lautesten Entrüstungsschreie kamen aus Warschau und Prag. Der polnische Außenminister Józef Beck beklagte sich, Mussolinis Entwurf sei eine Beleidigung, da er Polen nicht als eine der Großmächte anerkenne. Der tschechische Außenminister Eduard Benesch behauptete, der Pakt würde ein „Direktorium" der größeren Mächte über die kleineren schaffen. Diese Proteste wurden von einem großen Teil der französischen Presse mit Freuden aufgegriffen, und es wurde der übliche Ruf laut: „Verrat an der kleinen Entente!" Das war nicht überraschend. Jouvenel und Lagardelle reisten am 31. März 1933 nach Paris, um den Pakt mit den führenden französischen Politikern zu erörtern. Es gelang ihnen, Léon Blum zu überreden, sich dem Pakt nicht zu widersetzen. Das war eine „tour de force", ein sensationeller Erfolg, und trug entscheidend dazu bei, zu verhindern, daß das ganze Projekt unbesehen verworfen wurde, wie Jouvenel ursprünglich befürchtet hatte. Jouvenel entwickelte Blum gegenüber einen beispiellosen Grad von Beredsamkeit. Schließlich erklärte der Sozialistenführer, er wolle seinem Interesse an der Erhaltung des Friedens vor seiner ideologischen Überzeugung den Vorrang geben. Leider schwand

Blums vorübergehende Bekehrung zu einer realistischen Politik gegenüber Italien nach wenigen Wochen vollständig dahin[35].

Daladier und Paul-Boncour lobten am 7. April 1933 in der Deputiertenkammer höflich Mussolinis diplomatische Initiative und Daladier erhielt ein eindrucksvolles Vertrauensvotum. Inzwischen erwartete die Welt die französische Antwortnote. Sie wurde am 11. April 1933 übermittelt und war für Mussolini eine tiefe Enttäuschung. Zum ersten Mal vertraute er Jouvenel an, daß der Gang der Ereignisse Italien und Deutschland zusammentreiben könne. Er sagte voraus, daß sich die europäischen Mächte entweder zu zwei und zwei gruppieren würden (Großbritannien und Frankreich gegenüber Deutschland und Italien), oder daß sie zuviert sein würden und daß nur im letzteren Falle Aussicht auf eine echte Besserung der Weltlage und Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens bestünde[36].

Die französische Note vom 11. April 1933 entschied das Schicksal des Viermächtepaktes. Sie enthielt eine grundsätzliche Ablehnung des tragenden Gedankens von Mussolini, daß die Großmächte im Interesse des Friedens das Recht hätten, sich mit allen Problemen zu beschäftigen, denen sich Europa gegenübersähe. Die Franzosen vertraten den Standpunkt, daß die Tätigkeit der vier Mächte sich auf Fragen zu beschränken habe, die nur die Signatarstaaten selbst angingen. Auch bestanden sie darauf, daß Artikel 19 der Übereinkunft, der die Vertragsrevision vorsah, streng im Zusammenhang der Artikel 10 und 16 zu verstehen sei. Diese bestimmten, daß die Mitglieder des Völkerbundes die Unverletzlichkeit des Gebietes aller anderen Mitglieder zu achten und zu wahren hätten, und daß jedes Mitglied, das entgegen dem Übereinkommen zum Kriege schritte, sich automatisch mit allen Mitgliedern des Völkerbundes im Kriege befände. Unter diesen Umständen mußte das vorgeschlagene Einverständnis unter den Großmächten praktisch ohne Bedeutung bleiben. Die Sowjetpresse freute sich und lobte Edouard Herriot und andere, die Mussolinis Plan angegriffen hatten. Karl Radek schrieb in der Iswestija eine besondere Artikelreihe und führte aus, die Sowjetunion habe ihr früheres Eintreten für eine Revision der Friedensverträge aufgegeben und sei nunmehr bereit, in jedem Punkte der Verteidigung des status quo in Europa zuzustimmen[37].

Dennoch war Jouvenels Mission im Grunde erfolgreich und bereitete den Weg für ein mögliches französisch-italienisches Bündnis im Jahre 1934 oder 1935. Mussolini und sein Unterstaatssekretär für Auswärtiges, Fulvio Suvich, waren nun überzeugt, daß auf seiten vieler

führender französischer Politiker der echte Wunsch bestand, zu einer speziellen Verständigung mit Italien zu gelangen. Mussolini veröffentlichte am 13. April 1933 einen energischen Aufsatz, der die Anmaßung der kleinen Entente anprangerte, eine fünfte Großmacht darstellen zu wollen, aber er entschloß sich, die französische Note zugunsten eines formalen Vertrages ohne praktische Bedeutung zu akzeptieren. Die Verhandlungen konnten ihren Fortgang nehmen und Hitlers maßvolle Rede vor dem deutschen Reichstag am 17. Mai 1933 überzeugte Mussolini davon, daß Deutschland nicht vorhatte, in nächster Zukunft das europäische Gleichgewicht zu stören. Der Torso des Viermächtepakts wurde am 7. Juni in Rom formuliert und am 15. Juli 1933 in London formell unterzeichnet. Italien und Deutschland ratifizierten den neuen Vertrag zuerst, während Großbritannien und Frankreich mit einem ähnlichen Schritt nachfolgten[38].

Im Oktober 1933 verließ Deutschland den Völkerbund, und der Pakt, der auf der Voraussetzung der Völkerbundsmitgliedschaft der Signatarmächte beruhte, war nur noch toter Buchstabe. Es fiel nicht ins Gewicht. Ein Vertrag, der bewußt jede Behandlung der Fragen ausschloß, die Europa tatsächlich beunruhigten, konnte keinerlei praktische Bedeutung haben. Es wäre unmöglich gewesen, unter seinen Bedingungen die Frage des polnischen Korridors oder die Probleme Ungarns aufzuwerfen[39].

Das Fiasko des Viermächtepaktes tat der echten französisch-italienischen Wiederannäherung, die durch die sehr erfolgreiche Mission Henri de Jouvenels in Rom zustande gebracht worden war, keinen Abbruch. Die französischen Staatsmänner wußten beim Abfassen ihrer revolutionären Note vom 17. April 1934 (vgl. 3. Kap.), daß sie ein Bündnis mit Italien eigentlich auf Anfrage hin haben konnten. Ein französisch-italienisches Bündnis bot die bestmögliche Garantie für eine erfolgreiche zukünftige französische Außenpolitik. Es ist äußerst zweifelhaft, ob die französischen Staatsmänner Großbritannien im April 1934 herausgefordert hätten, wenn sie nicht hinsichtlich der zukünftigen französisch-italienischen Beziehungen zuversichtlich gewesen wären[40].

Fünftes Kapitel

BARTHOUS ERMORDUNG UND DER STURZ DER REGIERUNG DOUMERGUE

Die Verstümmelung des Viermächtepaktes Mussolinis durch Frankreich war für Deutschland kein Fehlschlag. Hitler war sogar erfreut über den Ausgang der ganzen Affäre. Der Plan war von ihm unterstützt worden, weil er Mussolini nicht verletzen wollte. Er hatte damals keineswegs die Absicht, die Frage des polnischen Korridors aufzuwerfen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen waren während der Weimarer Republik die denkbar schlechtesten. Hitler schätzte die Polen und wollte freundschaftliche Beziehungen und gegenseitiges Vertrauen herstellen, bevor Streitfragen erörtert würden. Mussolini selbst war überrascht und erfreut, als Hitlers maßvolle Politik im Abschluß des zehnjährigen Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Polen vom Januar 1934 gipfelte[1].

Die Polen ihrerseits hatten 1933 mehrfach angeboten, Frankreich bei einem Vormarsch gegen Deutschland zum Sturze Hitlers Beistand zu leisten. Doch wurden diese dreisten Angebote von Paul-Boncour höflich abgelehnt. Er hatte London auf dem Geschäftswege davon unterrichtet und der britische Außenminister Sir John Simon ließ ihn wissen, daß die Engländer über den Gedanken eines mutwilligen Vordringens nach Deutschland, das Europa in ein Chaos stürzen würde, entsetzt seien. Paul-Boncour hatte daraufhin den Polen erklärt, eine Aktion gegen Deutschland würde sich auf die englisch-französischen Beziehungen katastrophal auswirken. Frühere Erfahrungen hätten gezeigt, daß Frankreich sich eine solche Entwicklung nicht leisten könne. Die Antwort der Polen bestand in einer Wiederannäherung an Deutschland. Dieser Schritt wurde in Paris als definitive polnische Entscheidung für freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland verstanden[2].

Als Louis Barthou am 21. April 1934 nach Warschau abreiste, war er über die polnische Politik verärgert. Seine Stimmung besserte sich nicht, als der polnische Außenminister Beck es unterließ, ihn auf dem Bahnhof der polnischen Hauptstadt zu begrüßen. Es handelte sich dabei um einen kleinlichen Racheakt dafür, daß früher einmal der Barthou nicht bekanntgemachte Beck in Paris von Paul-Boncour übersehen worden war. Barthou, der sich etwas auf seinen schlechten persönlichen Ruf einbildete, liebte die gesellschaftlichen Festlichkeiten Warschaus und verbrachte im April 1934 eine sehr angenehme Zeit mit einigen Damen der polnischen Metropole. Dagegen waren seine Gespräche mit Marschall Pilsudski und Józef Beck geradezu entmutigend. Die polnischen Staatsmänner wußten den von ihm bei Auflösung der Abrüstungskonferenz vertretenen Standpunkt zu schätzen, verbargen aber ihr Unbehagen an der französischen Osteuropapolitik in keiner Weise[3].

Barthou erkundigte sich nach den Möglichkeiten einer Besserung der russisch-polnischen Beziehungen und mußte sich sagen lassen, daß eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen Polen und der Sowjetunion ein Ding der Unmöglichkeit sei. Die Polen waren nicht bereit, auch nur einen Schritt über ihren Nichtangriffspakt mit den Sowjets von 1932 hinauszugehen. Pilsudski versicherte Barthou, Polen werde das Vordringen sowjetischer Truppen nach Europa gegen Deutschland niemals gestatten, und Beck erklärte, Polen sei strikt gegen die Zulassung der Sowjetunion zum Völkerbund. Er wies warnend darauf hin, daß die Anwesenheit Rußlands im Völkerbund eine entscheidende Bedeutung für die Haltung Polens gegenüber Genf haben werde[4].

Die polnische Politik gegenüber der Tschechoslowakei war für Barthou nicht minder entmutigend. Pilsudski und Beck brachten ihre Verachtung für den tschechischen Staat unverhohlen zum Ausdruck. Sie erinnerten Barthou an den Raub des Teschener Gebietes durch die Tschechen während der polnischen Wahlen im Jahre 1919 sowie an die tschechische Unterstützung der Kommunisten während des russisch-polnischen Krieges in den Jahren 1920 und 1921. Ebenso beklagten sie sich über die Leiden der Slowaken unter tschechischer Herrschaft. Barthou gab die Zusicherung, die Teschen-Frage mit den tschechischen Staatsmännern zu besprechen, sobald er nach Prag komme, doch mußte er dann in der tschechischen Hauptstadt feststellen, daß Präsident Masaryk und Außenminister Benesch voller Verachtung auf die Polen herabsahen und einer Zusammenarbeit mit ihnen gleichgültig gegenüberstanden. Tatsächlich glaubten die tschechischen Staatsmänner,

trotz des neuen polnischen Paktes mit Deutschland fest daran, daß die Polen die ersten sein würden, die das ganze Gewicht der deutschen Revisionsforderungen zu fühlen bekämen[5].

Barthou verließ Prag in der Erkenntnis, daß es ihm nicht gelungen sei, die Beziehungen zwischen den Polen und den Tschechen zu verbessern. Andererseits begünstigten die Tschechen ein Bündnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion in hohem Maße und ließen durchblicken, daß ihnen selbst an einem Bündnis mit Moskau sehr viel gelegen sei. Die allgemeine Darstellung der europäischen Situation durch Benesch beeindruckte Barthou, wenn er ihr auch nicht zustimmte. Der tschechische Staatsmann wiederum überraschte Barthou damit, daß er die Aussicht auf ein französisch-italienisches Bündnis positiv beurteilte. Er hatte keine Einwände gegen eine Vorherrschaft Italiens in Österreich und Ungarn, vorausgesetzt natürlich, daß Italien die ungarischen Revisionswünsche nicht aktiv unterstütze[6].

Benesch war davon überzeugt, daß Hitler sich niemals entschließen würde, die Tschechoslowakei unter Druck zu setzen, solange Österreich seine Unabhängigkeit wahre. Er wußte, daß Mussolini in Österreich auf keinen Fall vor Hitler zurückweichen würde, sofern er die feste Zusicherung französischer Hilfe besäße. Auch hielt es Benesch für möglich, daß sich das Verhältnis zwischen Italien und Jugoslawien bessern ließe und alle Mitglieder der Kleinen Entente zur Billigung eines französisch-italienischen Bündnisses veranlaßt werden könnten. Der vor kurzem unternommene Versuch der Kleinen Entente, Bulgarien zur Beteiligung an einem status-quo-Pakt für den Balkan zu bewegen, war gescheitert. Immerhin hatte sich im Februar 1934 die Türkei zuletzt an einer Garantie der bestehenden Balkan-Grenzen beteiligt. Die Sowjetunion hatte inzwischen den Gedanken an Revisionen zugunsten eines europäischen status quo fallen lassen. Der Kommunismus in Bulgarien nahm ständig zu und so war es möglicherweise nur eine Frage der Zeit, daß Sofia sich in das Unvermeidliche fügen und der Kleinen Entente beitreten würde. Eine solche Entwicklung hätte wiederum zur Beruhigung Jugoslawiens und zur Besserung seines Verhältnisses zu Italien beigetragen. Ungarn würde isoliert bleiben und die italienische Sorge hinsichtlich der deutschen Absichten auf Österreich würde Mussolini vermutlich davon abhalten, die ungarischen Revisionswünsche aktiv zu unterstützen[7].

Benesch war überzeugt, daß Polen das einzig mögliche Ventil für die deutschen Revisionsforderungen sein werde. Entweder würden die Polen die deutschen Forderungen akzeptieren und Polen ein williger

Satellit Deutschlands werden, oder sie würden Widerstand leisten und dann käme es zu einer Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen. In beiden Fällen würden sich Frankreich und die Tschechoslowakei in einer starken Position befinden. Die Polen würden im Kriegsfalle bereit sein, ihre Hilfe um jeden Preis anzunehmen, und die sowjetrussischen Streitkräfte könnten in Ost-Europa gegen Deutschland zum Einsatz gebracht werden. Im Westen würden die Franzosen in der Lage sein, das demilitarisierte deutsche Rheinland zurückzuerobern. Die Engländer würden wahrscheinlich neutral bleiben, aber das Bündnis gegen Deutschland würde die drei Großmächte Frankreich, Italien und die Sowjetunion umfassen. Sollten im andern Fall die Polen und die Deutschen Verbündete werden, so brauche die Tschechoslowakei darüber nicht beunruhigt zu sein. Die Unterstützung durch die Sowjetunion, Frankreich und Italien würde sie gegen aggressive Schritte beider Partner schützen.

Beneschs Darstellung der europäischen Situation war optimistisch, aber Barthou blieb bei der Überzeugung, daß das französische Bündnissystem im Osten nur im Falle einer tschechisch-polnischen Aussöhnung richtig funktionieren könne. Beneschs Annahme, man könne sich auf die Sowjetunion als loyalen Verbündeten verlassen, kam Barthou absurd vor[8].

Bevor er seine osteuropäische „tour d'horizon" mit Besuchen in Bukarest und Belgrad fortsetzte, wartete Barthou nach seiner Rückreise von Prag beinahe zwei Monate. Er war am 29. April 1934 von Prag nach Paris zurückgekehrt. Obschon fest davon überzeugt, daß Beneschs Einstellung naiv sei, blieb Barthou der Gewohnheit Berthelots und Madame Claire Boas de Jouvenels treu, die Tschechen den Polen vorzuziehen. Reportern gegenüber war er mit seinen Kommentaren zur Warschaureise sehr zurückhaltend und beschränkte sich auf die allgemeine Bemerkung, das französisch-polnische Bündnis von 1921 sei neu gefestigt worden. Sein unmittelbares Ziel war, für den Mai 1934 Gespräche mit dem sowjetischen Außenkommissar Maxim Litwinow in Genf vorzubereiten. Er hoffte, mit Litwinow zu einer Art Übereinkommen über die Ratsamkeit eines Bündnisses zu kommen, bevor er seine Kampagne für die Zulassung der Sowjetunion zum Völkerbund eröffnete[9].

Barthou verließ sich darauf, daß Mussolini das französische Vorhaben zugunsten der Sowjetunion akzeptieren, dieses mithin kein Hindernis für den Abschluß eines Abkommens mit Italien im Laufe des Jahres 1934 bilden würde. Er benachrichtigte Charles de Cham-

brun, der 1933 Jouvenels Nachfolger als französischer Botschafter in Rom geworden war, daß er eine Einladung Mussolinis, im November 1934 nach Italien zu kommen, zu schätzen wissen werde, um alle anstehenden Fragen mit dem Duce besprechen zu können. Weniger zuversichtlich war Barthou hinsichtlich der britischen Stellungnahme zu seinem Bündnisplan mit Rußland, doch traf er Vorbereitungen, im Juli 1934 nach London zu reisen, um das Projekt mit den britischen Staatsmännern zu besprechen. Er war sich darüber im klaren, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich nach der schroffen französischen Note vom 17. April 1934 kühl bleiben würden, aber seine Hoffnungen in London beschränkten sich auch darauf, die britische Unterstützung für die Zulassung der Sowjetunion zum Völkerbund zu gewinnen. Es bestanden mancherlei Gründe für die Annahme, daß die bedeutende Rolle der Labourparty in der britischen Koalitionsregierung den Erfolg seiner Mission garantieren werde[10].

Barthou war zwar von Prag mit vielen Zweifeln zurückgekehrt, blieb jedoch bei seiner Pose einer echten Zuversicht, die ihn schon früher Lavals Argumenten zugunsten einer großzügigen und versöhnlichen Deutschlandpolitik unzugänglich gemacht hatte. Laval war entsetzt, feststellen zu müssen, daß sich Barthou in der Saarfrage die frühere Politik Paul-Boncours zu eigen gemacht hatte. Barthou war zu dem Ergebnis gekommen, daß das Saargebiet nicht zu Deutschland zurückkehren dürfe, trotz der Tatsache, daß eine feierliche Vertragsverpflichtung eine freie Volksabstimmung für dieses Gebiet im Januar 1935 vorsah. Am 9. Mai 1934 sprach Barthou vor der Deputiertenkammer und versicherte ihr, daß Frankreich nicht abrüsten und Deutschland nicht gestattet werden würde, aufzurüsten[11].

Anschließend reiste der französische Außenminister nach Genf und entwickelte mit Litwinow den Plan für ein sogenanntes Ost-Locarno. Es sollte ein Vertrag zwischen Frankreich, Deutschland, Polen, der Sowjetunion und den baltischen Staaten geschlossen werden, der die bestehenden Grenzen jenseits der Oder zu garantieren hätte. Und er sollte durch einen separaten gegenseitigen Beistandspakt zwischen Frankreich und Rußland ergänzt werden, in dessen Rahmen die Sowjetunion die Bestimmungen der Locarno-Verträge von 1925 zu verteidigen hätte. Das bedeutete die Verpflichtung der Sowjets, militärisch gegen Deutschland vorzugehen, falls Hitler den Befehl zur Wiederbesetzung des entmilitarisierten Rheinlandes gäbe. Es bedeutete ferner, daß Frankreich die Sowjetunion in jedem osteuropäischen Krieg im Zusammenhang mit einer deutschen Verletzung des status quo unter-

stützen würde. Barthou ignorierte die feierliche Erklärung der polnischen Staatsmänner, daß sie ihre Zusagen gegenüber Rußland nicht erweitern würden. Die Heuchelei in der Behauptung, dieses Ost-Locarno würde auch die deutsche Sicherheit erhöhen, war grenzenlos. Fälle, in denen die Sowjetunion zugunsten Deutschlands militärisch gegen Frankreich vorgehen, oder in denen Frankreich Deutschland gegen einen sowjetischen Angriff verteidigen würde, waren undenkbar. Barthou hatte auch nicht die Absicht, Großbritannien zur Teilnahme an diesem seinem Plan einzuladen[12].

Im Mai 1934 nahm die französische Außenpolitik unter Barthou einen wenig reizvollen Verlauf. Auch sah es so aus, als ob die positive Einstellung Italiens und Sowjetrußlands zu den neuen Bündnisplänen Frankreich in den uneingeschränkten Besitz seiner Vormachtstellung in Europa bringen würde. Die Lage Deutschlands erweckte demgegenüber einen völlig hoffnungslosen Eindruck. Barthou beabsichtigte, diese Lage eher dazu auszunutzen, die Deutschen zu demütigen, als sie auszusöhnen. Das bedeutete praktisch die Rückkehr zu einer unversöhnlichen Deutschlandpolitik, wie sie Poincaré zehn Jahre vorher verfolgt hatte, und zwar den Entschluß, Deutschland als den besiegten Paria des Ersten Weltkrieges zu behandeln, nicht als gleichberechtigten Partner[13].

Deutschland sollte entwaffnet bleiben, es sollte um die berechtigte Chance gebracht werden, das Saargebiet zurückzugewinnen, und es sollte aufgefordert werden, Vertragsverpflichtungen anzuerkennen, die Gustav Stresemann bereits zehn Jahre zuvor in Locarno zu akzeptieren sich voller Empörung geweigert hatte. Frankreich würde inzwischen darauf vorbereitet sein, an jeder Stelle Europas militärisch zugunsten des status quo einzugreifen. Im Juni 1934 sprach Barthou in einer jubelnd Beifall spendenden Sitzung des rumänischen Parlaments und sagte, wenn ein Angreifer auch nur einen Zentimeter rumänischen Gebietes berühren würde, sei Frankreich zum Einsatz bereit. Die Redensart verursachte in Budapest Protestdemonstrationen gegen Barthou, aber Ungarn konnte nichts unternehmen. Bukarest war mehr als tausend Meilen von Paris entfernt, trotzdem hatte Barthou versichert, ein mächtiges Frankreich werde im Notfalle zur Stelle sein[14].

Die diplomatische Situation entwickelte sich auch weiterhin zugunsten Frankreichs. Im März 1934 hatte Mussolini mit Österreich und Ungarn die Romprotokolle vereinbart. Italien übernahm es, seine Wirtschaftshilfe für die beiden Verbündeten zu steigern und es wurde

ein Programm für regelmäßige Konsultationen über Fragen von beiderseitigem Interesse aufgestellt. Benesch hatte Barthou im April 1934 mitgeteilt, daß er über diese Regelung erfreut sei[15].

Hitler hoffte, durch persönlichen Kontakt mit Mussolini Deutschlands Lage erleichtern zu können, und so fand am 15. Juni 1934 in Venedig eine Begegnung der beiden Diktatoren statt. Hitler erschien auf Empfehlung seiner Ratgeber in einem einfachen Straßenanzug, aber nur, um sich einem Mussolini in glänzender Uniform gegenüberzusehen. Die Gespräche in Venedig verliefen von Hitlers Standpunkt aus wenig befriedigend. Es bestand Grund zu der Annahme, daß er keinen guten Eindruck auf den Duce gemacht hatte, der sich bei seiner Begleitung beklagte, Hitler sei zu redselig. Dieser sprach über seine Bestrebungen in Österreich und Mussolini entgegnete, indem er klar den italienischen Standpunkt umriß. Hitler war über die Haltung des Duce bestürzt und versprach, einen mäßigenden Einfluß auf die österreichischen Nationalsozialisten auszuüben. Kurz nach diesem Besuch, am 30. Juni 1934, wurde Deutschland durch den erfolglosen Röhmputsch und seine Bereinigung erschüttert. Hitlers energische Maßnahmen festigten zwar seine Position im Lande, aber die Hinrichtungen und Gewalttaten in Deutschland schadeten seinem Ansehen im Ausland[16].

Kurz danach, am 20. Juli 1934, wurde in Österreich eine Gruppe von Nationalsozialisten wegen angeblicher Agitation gegen den Staat zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Die österreichischen Nationalsozialisten führten daraufhin ohne Wissen und Willen Hitlers eine nationale Revolution herbei. Der österreichische Diktator Dollfuß wurde am 25. Juli in Wien ermordet. Am gleichen Abend befahl Mussolini vier Divisionen des italienischen Heeres zum Brenner, um in Österreich einzugreifen, falls Starhemberg und die Führung der Christlich-Sozialen darum nachsuchen würden. Aber die Revolution scheiterte und die Ruhe war bald wiederhergestellt. Dr. Kurt Schuschnigg, der volles Vertrauen zu Mussolini hatte, nahm die Zügel des getöteten Diktators Dollfuß in die Hand. Hitler erklärte am 27. Juli 1934 mit Entschiedenheit, daß Deutschland an den Ereignissen in Österreich unbeteiligt gewesen sei, ja er sei sogar über die eigenmächtige Revolte entsetzt gewesen. Das stimmte zwar, aber Mussolini glaubte es ihm nicht[17].

Es folgten Verhandlungen zwischen Italien, Großbritannien und Frankreich. die in einer Erklärung der drei Mächte vom 27. September 1934 zum Schutz der österreichischen Unabhängigkeit gipfelten. Bar-

thou begrüßte diese Ereignisse in Österreich, da sie Hitler in Mißkredit brachten und in Frankreich ein französisch-italienisches Bündnis schmackhafter machten als je zuvor. Am 10. September 1934 lehnte Hitler Barthous Ost-Locarnopakt ab und Polen schloß sich am 27. September an. Doch das störte Barthou nicht. Denn die Engländer, die vorher die von Barthou vorgeschlagenen Verträge als eine unberechtigte Einkreisung Deutschlands verurteilt hatten, schlossen sich nun an Italien und Frankreich an, um Österreich gegen Hitler zu helfen. Am 6. Oktober 1934 hielt Mussolini eine kraftvolle Rede zugunsten Österreichs. Er erklärte, die Unabhängigkeit dieses Landes sei ein wesentliches und unveränderliches Merkmal der italienischen Außenpolitik. Barthou erhielt zur gleichen Zeit Nachricht vom französischen Botschafter in Rom, Chambrun, daß Mussolini während der kürzlichen Krise in Österreich eine endgültige Verständigung mit Frankreich empfindlich vermißt habe. So waren die Voraussetzungen für Barthous Besuch in Italien im folgenden Monat günstig. Er hatte vor, ein Abkommen mit Italien zu erzielen und dann unverzüglich Verhandlungen mit der Sowjetunion zwecks Abschluß eines Paktes zu beginnen. Barthou verließ sich darauf, daß die Engländer beide Abkommen und damit auch die vollendete Tatsache eines in der Tat starken französischen Bündnissystems in Europa akzeptieren würden[18].

Barthous Annäherungsbesuch in Italien war vor der Ankunft König Alexanders I. von Jugoslawien in Marseilles am 9. Oktober 1934 öffentlich bekanntgegeben worden. Alexander war nach einem Besuch beim bulgarischen König in Sofia auf dem jugoslawischen Zerstörer Dubrovnik nach Frankreich gereist. Es trifft zu, daß der jugoslawische Monarch vorhatte, in Frankreich seiner Sorge über die möglichen Folgen des geplanten französisch-italienischen Abkommens Ausdruck zu geben, aber er kannte Barthous Absichten in dieser Hinsicht schon seit dem Besuch des französischen Außenministers in Belgrad im vergangenen Juni. Barthou seinerseits hatte sich vorgenommen, zwischen Jugoslawien und Italien zu vermitteln in der Hoffnung, eine Besserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern herbeiführen zu können. Die Hauptkennzeichen der Situation waren bereits ausgiebig erörtert worden und Barthou erwartete von dem Besuch des jugoslawischen Herrschers keine ungewöhnlichen Schwierigkeiten oder Reibungen mehr. Die Italiener erwarteten als Ergebnis dieses Besuchs eine endgültige Entspannung ihrer Beziehungen zu Belgrad[19].

Es war sowohl der französischen Sûreté Générale als auch den örtlichen Polizeibehörden in Marseilles und Paris durchaus bekannt, daß

in den Jahren, seit Alexander am 16. August 1921 seinem Vater auf den Thron gefolgt war, zahlreiche Versuche unternommen wurden, ihn zu ermorden. Der erste Mordversuch wurde von einem Kommunisten unternommen und Jugoslawien weigerte sich noch, nachdem es Barthou im September 1934 gelungen war, den kommunistischen Koloss in den Völkerbund zu bringen, diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen. Außer den kommunistischen Verschwörern gab es noch militante Gruppen von mazedonischen, kroatischen und sogar serbischen Revolutionären, die keine Bedenken hatten, sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele des Mordes zu bedienen. Ein Blutbad unter den kroatischen Abgeordneten im jugoslawischen Parlament in Belgrad am 20. Juni 1928 hatte einen seitdem nicht mehr zu überwindenden Bruch der kroatischen Politiker mit der jugoslawischen Regierung zur Folge. König Alexander, der sich nicht einmal mit Vlatko Macek, dem gemäßigten Führer der kroatischen Bauernpartei, verständigen konnte, hatte die parlamentarische Regierung aufgelöst und am 6. Januar 1929 eine königliche Diktatur errichtet[20].

Diese Königsdiktatur bedeutete die Vorherrschaft Serbiens über ganz Jugoslawien. Doch wurde das streng autoritäre Regime auch von vielen serbischen Politikern gehaßt. Die Reorganisation der Verwaltung des Landes vom Oktober 1929 war in den Gebieten der Minderheiten höchst unpopulär und im Süden reagierte die internationale mazedonisch-revolutionäre Organisation darauf mit Terror. Der Premierminister, General Petar Zivkovic, erließ auf Geheiß Alexanders ein Gesetz zur Verteidigung des Königreichs. Dieses Gesetz gab der serbischen Polizei, die im ganzen Lande eingesetzt war, unbegrenzte Macht und hatte Ausschreitungen aller Art zur Folge. Kroatien brannte vor Empörung, als Vlatko Macek im April 1933 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Viele junge Kroaten flohen ins Ausland, um zur Ustascha-Freiheitsbewegung des Ante Pavelic, eines ehemaligen Offiziers, zu stoßen. Sowohl kroatische wie mazedonische Terroristen erwarteten Alexander in Marseilles, wo, wie sie richtig vermuteten, die französischen Sicherheitsmaßnahmen nicht weniger lässig gehandhabt wurden als die der Österreicher in Serajewo im Juni 1914[21].

So wurde am 9. Oktober 1934 in Marseilles eine Salve tödlicher Schüsse auf die Staatslimousine der Dritten Republik abgegeben. Der Feuerstoß tötete Alexander sofort, verwundete Barthou schwer und tötete außerdem einen französischen Admiral und einen jugoslawischen General. Der Attentäter war ein Mazedonier, der ebenfalls auf der

Stelle getötet wurde. Aber es gelang der Polizei, sowohl mazedonische wie kroatische Verschwörer festzunehmen, und bei der offiziellen Gerichtsverhandlung später in Aix-en-Provence wurde der Nachweis erbracht, daß beide Gruppen zusammengearbeitet hatten. Ein spezieller Untersuchungsausschuß des Völkerbunds kam 1935 zu dem Schluß, daß kein Beweis für die Beteiligung auswärtiger Regierungen vorläge, und die Gerichtsverhandlung in der Provence bestätigte diesen Befund. Die jugoslawische Presse beschuldigte unmittelbar nach dem Attentat in rücksichtsloser Weise Italien sowohl wie Ungarn, hinter dem Anschlag gestanden zu haben. In Wirklichkeit waren die Italiener, die ja gehofft hatten, aus einer Besserung ihres Verhältnisses zu Jugoslawien Nutzen ziehen zu können, entsetzt. Die Ungarn waren ebenso unschuldig. Madame Tabouis in Frankreich setzte ein Märchen in die Welt — wie gewöhnlich ohne den geringsten Wahrheitsgehalt — daß Deutschland für das Attentat verantwortlich sei. Die Kommunisten griffen dieses Märchen der Madame Tabouis eifrig auf und behielten es bis zum heutigen Tage bei[22].

Mangelnde Sorgfalt in der ärztlichen Behandlung Barthous führten den baldigen Tod des alten französischen Politikers herbei und Raymond Poincaré, dessen letzte Tage durch den Tod seines nächsten Freundes getrübt wurden, starb wenige Tage später. Léon Blum schrieb ernsthaft im Populaire einen Aufsatz darüber, warum Poincaré trotz seiner großen Gaben kein großer Mann gewesen sei. Ein Schrei der Empörung erhob sich in ganz Frankreich, als die Einzelheiten der unzureichenden polizeilichen Schutzmaßnahmen in Marseilles im vollen Umfange bekannt wurden. Der unmittelbar verantwortliche Mann war Innenminister Albert Sarraut, ein naher Freund Edouard Herriots. Sarraut war von einem Attentäter in Hanoi kurz nach dem Ersten Weltkrieg schwer verwundet worden und man hätte normalerweise erwarten dürfen, daß der ehemalige Premierminister und frühere Gouverneur von Indochina in Marseilles angemessene Sicherheitsvorkehrungen treffen ließ angesichts der weithin bekannten Gefahren, denen sich der jugoslawische Herrscher seit vielen Jahren ausgesetzt sah. Sarraut wußte, daß Alexander tatsächlich unter einem Damoklesschwert lebte, hatte aber garnichts getan, um in Marseilles für ausreichenden Schutz Sorge zu tragen. Die Sache war untergeordneten Stellen überlassen worden und diese unterließen es, geeignete Vorkehrungen zu treffen. Es handelte sich eindeutig um Fahrlässigkeit von seiten Sarrauts. Er hatte keine andere Wahl, als die ihm von Premierminister gebotene Gelegenheit zum Rücktritt zu ergreifen[23].

Der beschämende Unglücksfall in Marseilles ereignete sich zu einem für die Regierung Doumergue ungünstigen Zeitpunkt. Die deflationistischen Maßnahmen Germain-Martins hatten das Defizit im Staatshaushalt nicht ausgleichen können und man mußte die Anwendung drastischerer Mittel in Betracht ziehen. Tardieu hatte Doumergue überredet, die Frage der Verfassungsreform als Vorbereitung zu einem wirkungsvollen Finanzprogramm aufzuwerfen. Doumergue stimmte zu, gab aber zu verstehen, daß er zurückzutreten beabsichtige, wenn seine Vorschläge nicht akzeptiert würden: „Es ist nicht weiter von Paris nach Tournefeuille als von Tournefeuille nach Paris". Er meinte damit sein Gut bei Toulouse, von dem aus er zu Beginn des Jahres aus der Zurückgezogenheit aufgetaucht war, um Frankreich weiteres Blutvergießen zu ersparen[24].

Doumergue hatte die Frage der Verfassungsreform in einer Rundfunkansprache am 26. September 1934 angeschnitten. Er wiederholte nach dem Staatsbegräbnis Barthous am 13. Oktober seine Forderung und erklärte, daß gewichtige Fragen sowohl außen- wie innenpolitischer Natur eine stärkere und beständigere Form der Kabinettsregierung erforderlich machten. Er schlug eine Revision des Grundgesetzes von 1875 vor, die es ihm gestatten würde, nach dem ersten Jahrestag seines Kabinetts im Februar 1935 und im Falle eines Mißtrauensvotums gegen seine Regierung die Deputiertenkammer auch ohne Zustimmung des Senats aufzulösen. Der starke Einfluß der Regierung auf Rundfunk und Presse würde ihn in die Lage versetzen, sich im Fall eines Streits mit der Kammer unmittelbar an das Volk zu wenden. Die Abgeordneten würden es sich genau überlegen, bevor sie versuchen würden, die Regierung zu stürzen. Eine neue Periode größerer Beständigkeit der französischen Kabinette würde die unausweichliche Folge sein[25].

Doumergue machte dem Lande in seiner Rundfunkansprache klar, daß er sich alles wohl überlegt habe, und die Fortdauer seiner Regierung von der Annahme dieses Mindestprogramms abhängig mache. Er bestand darauf, daß er mehr Regierungsgewalt haben müsse, um den Fragen begegnen zu können, denen sich Frankreich gegenübersehe[26].

Herr der Situation war Herriot. Sein Freund, Jules Jeanneney, Präsident des Senats, hatte ihm mitgeteilt, daß es Joseph Caillaux gelungen sei, dem Reformprogramm genügend Rückhalt zu sichern, um seine Annahme durch die Mehrheit der Senatoren zu gewährleisten, wenn es zu einer verfassunggebenden Versammlung käme. La-

val unterrichtete Herriot davon, daß er versucht habe, Doumergue und Tardieu davon zu überzeugen, der Reformplan käme „zur Unzeit", daß er sich aber dann entschlossen habe, ihn im Interesse der Fortdauer der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen. Laval hatte diesen Standpunkt bereits vor der Ermordung Barthous eingenommen. Darauf hatte Tardieu Doumergue dafür gewonnen, Laval als Nachfolger Barthous zum Außenminister zu ernennen. Herriot wußte, daß die Parteien der Rechten und die Neosozialisten Doumergue stützten. Eine gründliche Überprüfung ergab, daß seine eigene Gruppe der Radikalen das Zünglein an der Waage war. Doch Herriot zögerte[27].

Der Partei-Kongreß in Clermont-Ferrand hatte Herriot im Mai 1934 deutlich genug gezeigt, daß er die beherrschende Position in seiner Partei an Daladier und Chautemps verloren hatte. Diese beiden zielten nach wie vor auf eine Volksfront-Regierung, während Herriot mit Doumergue zusammenarbeitete. Chautemps hatte für seine Rede am 12. Mai 1934, in der er seine Unschuld an der Stavisky-Affäre betonte, brausenden Beifall erhalten. Herriot war es gelungen, die Frage der Verfassungsreform aus dem Kongreß herauszuhalten. Damit hatte er es weitgehend vermieden, sich in irgendeiner Richtung zu binden. Er hatte, wie Laval, mit Doumergue und Tardieu privatim vieles gegen den Plan angeführt, aber nicht die gleiche Entscheidung getroffen wie Laval, der versprochen hatte, die Regierung auch weiterhin zu unterstützen. Herriot gab zu, daß Doumergue die Verhandlungen mit viel Verbindlichkeit und Takt führe. Und der Premierminister seinerseits stellte fest, daß nicht Barthou, sondern Herriot ihn für den Plan eines Bündnispaktes mit der Sowjetunion gewonnen habe[28].

Auch Tardieu bediente sich eines konzilianten Tons und trug jedes nur denkbare Argument vor, um Herriot zu gewinnen. Er führte aus, daß der Sturz Doumergues über die Frage der Verfassungsreform der Volksfrontregierung zugutekommen würde. Für Herriot war es zu spät, sich dieser Bewegung anzuschließen. Er stand gegen sie und hatte das viel zu sehr betont. Andrerseits konnte eine Niederlage der Volksfrontbewegung bei den Wahlen des Jahres 1936 Herriot möglicherweise in die Lage versetzen, die Führung der Radikalen wieder in die Hand zu bekommen. Tardieu sagte ihm freimütig, daß er sich mit Doumergue zurückziehen werde, wenn der Plan der Verfassungsreform scheitern sollte. Und Herriot versprach, der Angelegenheit sorgfältigste Beachtung zu schenken. Er sprach auch mit Präsident Lebrun darüber. Der Präsident äußerte seine Besorgnis, daß die von Tardieu vorgeschlagene Reform zur Errichtung eines bleibenden autori-

tären Regimes in Frankreich führen werde. Daraufhin entschloß sich Herriot, sie zu bekämpfen[29].

Am 24. Oktober 1934 sprach Herriot in Nantes und übte Kritik an dem Plan der Verfassungsreform. Er erklärte, daß Doumergue in gutem Glauben handle, beschwor aber schreckliche Erinnerungen an den Staatsstreich Napoleons III. im Jahre 1851 und an die Boulanger-Krise 1887 herauf. Er warnte davor, durch fundamentale Änderungen das Gleichgewicht der Republik zu gefährden. Die Radikalen unter den Mitgliedern der Regierung, Herriot, Berthod, Bertrand und Queuille, erklärten während der folgenden Wochen wiederholt, daß sie ihr weiteres Mitwirken von dem Verzicht auf das Reformprogramm abhängig machten. Doumergue, Laval, Tardieu und Marschall Henri Pétain, der das Verteidigungsministerium übernommen hatte, beschworen sie vergeblich, sich ihren Entschluß zu überlegen, bevor es zu spät sei. Herriot wurde wieder schwankend, beschloß aber endlich, am 4. November 1934, zurückzutreten. Pétain drängte Doumergue, ohne die Radikalen weiter zu regieren. Er gab zu bedenken, daß der Rücktritt der Regierung ein unverantwortliches Geschenk an Hitler bedeute. Er warnte vergeblich. Doumergue blieb dabei, er habe um der Verfassungsreform willen sein Prestige geopfert. Am Vormittag des 8. November fand eine letzte Kabinettssitzung statt. Unmittelbar danach trat Doumergue zurück. Léon Blum feierte am gleichen Tage in einem albernen Leitartikel im Populaire den Rücktritt Doumergues als einen ersten Sieg der Volksfront über den Faschismus in Frankreich[30].

Doumergue kehrte nach Toulouse zurück und Tardieu ging nach Menton an der französischen Riviera. Voraussagen, daß Tardieu, der Junggeselle geblieben war, nach seinem Rücktritt heiraten werde, gingen in Erfüllung. Er wählte eine ehemalige Lehrerin seines Alters. Von Menton aus begann er unausgesetzt die Radikalen anzugreifen, die sich geweigert hatten, seinen Plan für eine Verfassungsreform zu akzeptieren, und gab ihnen die Schuld an der Krise, die Frankreich angeblich zersetze[31].

Dabei traf ein großer Teil der Schuld für das Geschehene Tardieu selbst. Die Regierung Doumergue hätte durchaus bis zu den Wahlen 1936 im Amt bleiben können, wenn nicht Tardieu den Premierminister dazu überredet hätte, die Frage der Verfassungsreform aufzuwerfen. Es war ohnehin erstaunlich, daß Herriot so lange gezögert hatte, den Reformplan zu verdammen. Daß er nicht früher handelte, kann nur mit seiner Rivalität zu Daladier erklärt werden. Die Radikalen waren ihrer Bestimmung nach eine Regierungs- und status-quo-Partei. Sie

hatten sich seit 1875 entschlossen einer Verfassungsreform widersetzt. Nichts, was seit der Stavisky-Affäre geschehen war, wog schwer genug, um sie zu einer Meinungsänderung zu veranlassen. Caillaux natürlich, dem Namen nach ein Radikaler, stand hinter dem Reformplan, aber er war stets unabhängiger gewesen als irgendeiner seiner Fraktionskollegen. Die Aussichten, Herriot für die Reform zu gewinnen, waren von Anfang an sehr gering gewesen. Und Doumergue hatte im Parlament keine Mehrheit mehr hinter sich, nachdem Herriot und seine Gruppe ihn verlassen hatten. Pétain hoffte, der Premierminister würde die Reform fallen lassen, um eine neue Mehrheit für sich zu gewinnen. Daß Doumergue dieser Erwartung nicht entsprach, faßte Pétain so auf, jener habe seine persönliche Eitelkeit über das nationale Interesse obsiegen lassen[32].

Die Wirkung, die die vorgeschlagene Reform selbst gehabt haben würde, läßt sich schwer abschätzen. Es ist richtig, daß sie die Position des Premierministers in der Kammer gestärkt hätte, auch daß die Ausschreibung allgemeiner Wahlen wenigstens indirekt durch Einwirkung auf den Senat ihren Zweck erfüllt haben würde. Andrerseits ist ebenso möglich, daß das Zugeständnis größerer verfassungsmäßiger Gewalt an Doumergue eine Reaktion hervorgerufen hätte, die für das Zusammenwirken der beiden gesetzgebenden Kammern hemmend gewesen sein würde. Tardieu selbst würde mit der Durchführung des Anfangsprogramms kaum zufrieden gewesen sein. Die Beständigkeit, die er anstrebte und die unter Doumergue tatsächlich vorhanden war, wäre besser aufrechterhalten worden, hätte man das Reformprogramm auf unbestimmte Zeit vertagt. Es war, wie Laval sagte, „unzeitig". Der Sturz Doumergues war kein Sieg über den Faschismus, vielmehr ohne Zweifel ein Sieg des Kommunismus und damit eine beträchtliche Stärkung der Volksfront. Daladier fühlte sich ermutigt, seine Zusammenarbeit mit den Sozialisten und den Kommunisten fortzusetzen, um aus eigener Kraft an die Macht zu kommen. Die Kommunisten wiederum nutzten ihr Bündnis mit den Sozialisten und den radikalen Freidenkern mit Erfolg zur Steigerung ihrer eigenen Macht aus. Die Frage der Verfassungsreform selbst war mit dem Rücktritt Doumergues fallengelassen worden[33].

Sechstes Kapitel

LAVAL TRITT AUF

Nach dem Rücktritt Doumergues bildete Pierre-Etienne Flandin eine Übergangsregierung, die sich bis zum 31. Mai 1935 im Amte halten konnte. Flandin erhielt in der Kammer die gleiche Unterstützung wie die vorausgegangene Regierung zu Beginn ihrer Tätigkeit, war aber persönlich weit weniger populär als Doumergue und mußte daher alle strittigen Fragen vermeiden. Croix de Feu demonstrierte einige Tage lang für Doumergue, während Kommunisten und Sozialisten ostentativ seinen Sturz feierten. Dann trat wieder Ruhe ein. Der neue Premierminister, ein riesiger blonder Normanne im Alter von 46 Jahren, stand auf der Rechten, in der Fraktion des republikanischen Zentrums. Er war ein enger persönlicher Freund der Führer der britischen Konservativen, Stanley Baldwin und Neville Chamberlain. Darum sprach man in Pariser politischen Kreisen von ihm verächtlich als von dem „Mann der City". Flandin und Laval hatten bis dahin politisch nicht zusammengearbeitet, und man erwartete allgemein, daß Laval sich gezwungen sehen würde, den Quai d'Orsay zu verlassen. Stattdessen kamen die beiden Männer inmitten der Widerwärtigkeiten, die dem jüngsten Rücktritt Doumergues folgten, zu einer umfassenden Verständigung und es gelang ihnen, während der darauf folgenden Monate in enger Gemeinsamkeit zu wirken[1].

Flandin machte kein Geheimnis daraus, daß er Laval als seinen Nachfolger an der Regierungsspitze bevorzugen würde, wenn die Wirtschaftskrise unvermindert anhielte und außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich würden. Das Ausscheiden Doumergues und Tardieus und die zweideutige Stellung Herriots machten Laval zur zentralen Figur auf der politischen Bühne Frankreichs. Er verfolgte seine Politik mit Energie und seine Maßnahmen fanden in der Bevölkerung begeisterten Widerhall. Auch bei der französischen Elite war er

beliebt. Als erster führender Politiker seit Clemenceau erhielt er am 18. Dezember 1934 ein besonderes Dankesvotum des Senats für seine Rede über Frankreichs Politik gegenüber Jugoslawien nach der Ermordung König Alexanders in Marseilles[2].

Lavals erster bedeutender Schritt in der Außenpolitik war die Regelung der Saarfrage. Er wußte, daß Hitlers Sieg bei einer freien Abstimmung unvermeidlich war, und so schob er die sorgfältig ausgeklügelten Schikanen seiner Vorgänger, die diesem Ereignis hatten entgegenwirken sollen, beiseite. Die Nachricht von einem veränderten Klima am Quai d'Orsay breitete sich schnell aus und die sowjetische Tageszeitung Iswestija warnte bereits am 24. Oktober 1934, nur zwei Wochen, nachdem Laval Außenminister geworden war, vor der Gefahr einer Wiederannäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Laval stellte alsbald ein enges und zuverlässiges Verhältnis zu Alexis Léger, dem neuen Generalsekretär am Quai d'Orsay, her. Das Ausscheiden von Berthelot, mit dem er es in den Jahren 1931 und 1932 zu tun hatte, war kein Anlaß zur Betrübnis. Laval ließ einen Terminplan für persönliche Gespräche mit den wichtigsten auswärtigen Botschaftern in Paris ausarbeiten und versprach sowohl der Kammer wie dem Senat, daß er sich auch weiterhin der loyalen Erfüllung der Bündnispolitik Barthous widmen werde, was seiner festen Absicht entsprach. Er erkannte wie Barthou, daß das französisch-italienische Bündnis als unmittelbarer Zugang zur Situation den Vorrang vor dem Bündnis mit der Sowjetunion habe, strebte aber ebenso zielsicher einen Sowjetpakt als sekundäre Vorsichtsmaßnahme an, weil eine derartige Entwicklung Frankreichs Prestige heben würde[3].

Im Dezember 1934 schloß Laval mit Deutschland ein Wirtschaftsabkommen über das Saargebiet. Es sah für den Fall eines deutschen Abstimmungssieges den Erwerb französischen Eigentums im Saargebiet durch Deutschland innerhalb von zehn Jahren vor. Die vielen Aufforderungen von seiten der sogenannten Freiheitsfront deutscher Emigranten, Marxisten, ultramontaner Katholiken und Juden, die Abstimmung hinauszuschieben, ignorierte Laval. Er wirkte loyal bei der Aufstellung einer neutralen Besatzungstruppe aus englischen, italienischen, holländischen und schwedischen Einheiten mit. Die französische Terror- und Einschüchterungspolitik, wie sie an der Saar zur Zeit eines Victor Rault verfolgt worden war, gehörte nun der Vergangenheit an. Mehr als 98 % der Wahlberechtigten gingen am 13. Januar 1935 zu einer wirklich freien Abstimmung. Die Deutsche Front, geführt von Nationalsozialisten, konnte mehr als 90 % der

Stimmen gewinnen. Die formelle Übergabe des Gebietes an Deutschland fand am 1. März 1935 statt und Laval beglückwünschte die Deutschen aufrichtig zu ihrem Erfolg. Sie nahmen seine Glückwünsche auch als aufrichtig entgegen, da sie wußten, daß er seit 1919 eine Revision des Versailler Vertrages befürwortet hatte[4].

Laval hatte begonnen, die vier Phasen seines außenpolitischen Programms zu verwirklichen: 1. Modernisierung und Steigerung der Schlagkraft der französischen Streitkräfte, 2. endgültige Schaffung eines neuen Bündnissystems, 3. Beibehaltung der Entente mit Großbritannien und 4. Annäherung an Deutschland mit dem Ziel einer Verständigung auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse. Nach seinen ersten Maßnahmen, die das Saargebiet betrafen, wandte er sich der kritischen Italien-Frage zu. Laval wußte, daß der Viermächtepakt von 1933 nur noch ein bedeutungsloses Papier war und neigte einer zweiseitigen Annäherung zu. Im Dezember 1934 rief er Botschafter Chambrun wieder nach Paris, um die abschließenden Vorbereitungen für seinen eigenen Besuch bei Mussolini im Monat darauf zu besprechen. Lavals Absicht, nach Rom zu fahren, wurde der französischen und italienischen Öffentlichkeit erst am 2. Januar 1935 bekanntgegeben. Das war im Hinblick auf den Schaden, den Madame Tabouis und ihre Freunde zuvor mit ihrer journalistischen Tätigkeit angerichtet hatten, eine kluge Anordnung[5].

Die diplomatische Situation wurde außerdem durch die verhängnisvoll zunehmende Spannung zwischen Italien und Äthiopien belastet. Italien besaß in Ost-Afrika zwei unfruchtbare und getrennte Kolonien, Somaliland und Eritrea, und Äthiopien lag zwischen ihnen. Italiens Versuch, Äthiopien zu erobern, hatte 1896 mit der Katastrophe von Adua geendet und zum Sturz der Regierung Crispi geführt. Italiens Programm einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Äthiopien begann nach 1928 und besonders nach 1930, nachdem Haile Selassie I. Kaiser geworden war, zu scheitern. Am 5. Dezember 1934 ereignete sich ein schwerer Zwischenfall, als äthiopische Truppen ohne vorherige Warnung die Garnison Wal-Wal in Italienisch-Somaliland angriffen[6].

Mussolinis Plan einer allgemeinen Aussöhnung in Europa vom Jahre 1933 war mißverstanden und abgelehnt worden. Im Juli 1934 hatte er seine Bereitschaft bewiesen, als Schutzmacht des europäischen Vertragssystems aufzutreten, indem er eiligst Truppen zur Verteidigung Österreichs in Marsch setzte. Die Fortdauer unbeständiger Verhältnisse ließ die zukünftige Entwicklung in Europa ungewiß erscheinen. Musso-

lini war zu einem endgültigen Abkommen mit Frankreich bereit, aber Laval wußte, daß er wahrscheinlich auch zu einer endgültigen Begleichung der Rechnung mit Äthiopien neigen würde, solange dazu noch Zeit war und bevor sich in Europa bedeutsame neue Krisen abzeichneten. Die Kriegsgefahr in Afrika war nach dem Wal-Wal-Zwischenfall deutlich spürbar. Diese Situation mußte Laval sorgfältig in Erwägung ziehen, bevor er nach Rom fuhr. Er entschied sich dafür, Frankreich als an Äthiopien wirtschaftlich uninteressiert zu erklären, was gleichbedeutend damit war, Italien dort freie Hand zu lassen. Natürlich hoffte er, daß Mussolini sein Ziel ohne Krieg erreichen würde. Die Engländer wurden über Lavals Standpunkt unterrichtet und setzten im Dezember 1934 im britischen Außenministerium einen besonderen Ausschuß ein, um die möglichen Auswirkungen einer italienischen Eroberung Äthiopiens auf das britische Empire zu untersuchen[7].

Die Italiener stellten Addis-Abeba nach dem Wal-Wal-Zwischenfall harte Wiedergutmachungsforderungen. Sie verlangten, der Gouverneur der äthiopischen Nachbarprovinz Harrar solle nach Wal-Wal kommen, sich formell entschuldigen und die italienische Flagge grüßen, ferner sollte Italien eine Entschädigung gezahlt und die für den Überfall Verantwortlichen bestraft werden. Die italienischen Forderungen waren nicht weniger hart als die des Präsidenten Wilson an Mexiko nach dem sehr viel unbedeutenderen Vera Cruz-Zwischenfall im Jahre 1914. Wie die Mexikaner weigerten sich auch die Abessinier, nachzugeben. Aber anders als die Vereinigten Staaten 1914 schritt Italien 1934 nicht zu sofortigen militärischen Repressalien oder zur Invasion. Dennoch war die Lage offensichtlich äußerst ernst. Mexiko war vor dem Zwischenfall von 1914 in einem größeren Krieg von den Vereinigten Staaten geschlagen worden. Italien hatte in Abessinien vor 1934 nur Demütigungen erlitten. Das Prestige spielte offenbar eine große Rolle. Alle Diplomaten waren sich darüber im klaren, daß Kriegsgefahr bestand, als Haile Selassie am 15. Dezember 1934 die italienischen Forderungen ablehnte und an den Völkerbund appellierte. Gleichzeitig vergrößerte der Negus seinen Import an fremdem Kriegsmaterial[8].

Bevor Laval am 3. Januar 1935 nach Rom abreiste, ereigneten sich an der Grenze zwischen Äthiopien und den italienischen Kolonien weitere schwere Zwischenfälle. So nahm die Kriegsgefahr ständig zu. Laval wußte, daß die Marxisten in Frankreich eine Entwicklung zum Kriege zur Verurteilung seiner Italienpolitik ausnutzen würden. Die Lage war in dieser Hinsicht bereits ungünstig genug. Blum erklärte nach Lavals Abreise: „Zum ersten Mal ist ein französischer Minister Gast des

Mörders von Matteotti. Zum ersten Mal anerkennt ein Vertreter der französischen Republik den italienischen Tyrannen, indem er ihm die Ehre seines Besuchs erweist, als Staatsoberhaupt"[9].

Blums öffentliche Erklärung hätte an sich genügt, ihn für immer von der Führung einer französischen Regierung auszuschließen, doch war es immerhin eine Tatsache, daß er als Führer der Volksfrontbewegung im Jahre darauf zur Macht zu kommen hoffte. Laval war mit Recht davon überzeugt, daß der Sieg der Volksfront allein schon auf außenpolitischem Gebiet ein Unglück für Frankreich sein würde. Bis dahin mußten also Erfolg oder Scheitern seiner eigenen Diplomatie von erheblichem, vielleicht sogar entscheidendem Einfluß auf die Aussichten der Volksfront sein. Ein unerwünschter Krieg zwischen Abessinien und Italien hätte Lavals Lage sehr erschweren müssen. Natürlich konnte er das Mussolini klarmachen und seiner eigenen Hoffnung auf eine freundschaftliche Regelung Ausdruck geben. Doch hätte das als eine Art Druck verstanden werden können. Noch waren die beiden Länder nicht miteinander verbündet und es würde für Mussolini ein leichtes sein, Lavals Rat als eine unberechtigte Einmischung in die italienische Politik auszulegen. Italien vor dem Entschluß zum Kriege zu warnen, war also kaum die geeignete Art, Bündnisverhandlungen einzuleiten. Der klügere Weg würde sein, Vertrauen in die guten Absichten Mussolinis zum Ausdruck zu bringen und Frankreichs Desinteresse an Abessinien zu erklären[10].

Am 3. Januar 1935 trat Laval mit einem Stab ständiger Fachberater des Außenamtes unter Führung von Generalsekretär Léger die Romreise an. Die französische Delegation wurde am 4. Januar in Rom mit Pomp und Musik empfangen und die französische Botschaft im Palazzo Farnese war in dieser Nacht festlich beleuchtet. Am 5. Januar herrschte im Palazzo Venecia, wo Mussolini seinen französischen Gästen einen großen Empfang gab, eine märchenhafte Atmosphäre. Demgegenüber war das Essen, das Laval dem italienischen König gab, eine eintönige Angelegenheit[11].

Mussolini, der ein ausgezeichnetes Französisch sprach, war hoch erfreut, in Laval einem Mann zu begegnen, der seiner eigenen geistigen Beweglichkeit gewachsen war. Trotz ihrer völlig verschiedenen ideologischen Positionen hatten die beiden Staatsmänner viel Gemeinsames. Sie standen im gleichen Alter und hatten sich beide im Leben aus kleinen Anfängen emporgekämpft. Sie waren beide ehemalige Sozialisten und mit der marxistischen Gedankenwelt gründlich vertraut. Sie hatten umfangreiche journalistische Erfahrungen und Interessen. Auch

hatten sie den Stolz auf ihre provinzielle Herkunft gemeinsam, Mussolini auf die Romagna und Laval auf die Auvergne. Sie stammten beide aus Bauerngeschlechtern, aus Landschaften, die ihres ausgeprägten Stolzes und Lokalpatriotismus' wegen in ihren Ländern bekannt waren. Schließlich, aber nicht zuletzt war Laval ein aufrichtiger Bewunderer Italiens, während Mussolini wiederholt seiner Neigung für Frankreich Ausdruck gegeben hatte[12].

Anders als Jouvenel hatte Laval nicht den Ehrgeiz, weitgehende Veränderungen in dem derzeitigen politischen System Frankreichs durchzusetzen. Sowohl Laval als auch Mussolini waren mit der staatlichen Ordnung ihrer beiderseitigen Länder so, wie sie damals bestand, durchaus zufrieden. Keiner von beiden hatte auch nur die geringste Absicht, sich in das politische System des Nachbarn einzumischen oder gar verändernd einzugreifen. Ihre gegensätzliche ideologische Auffassung verband sie praktisch eher, als daß sie sie trennte. Laval verwies in gewinnender Weise im Gespräch mit Mussolini auf diesen Sachverhalt. Er brachte mit überzeugender Sympathie zum Ausdruck, daß ein faschistischer Staatsmann bei diplomatischen Verhandlungen mit dem Vertreter eines parlamentarischen Systems immer im Nachteil sei. Mussolini wollte wissen, warum Laval dieser Meinung sei. Laval erwiderte, Mussolini erfreue sich im eigenen Lande einer ungewöhnlich starken Stellung, es sei daher nur folgerichtig, daß man von ihm auch größere Zugeständnisse erwarte als von einem vielfachen Angriffen ausgesetzten parlamentarischen Staatsmann, wie er ihn vor sich habe. Mussolini gab zu, Laval habe die Verhältnisse richtig verstanden, erinnerte ihn jedoch daran, daß die Italiener in jüngster Zeit im Übermaß hätten Demütigungen hinnehmen müssen, weshalb das Prestige für Italien ein überaus bedeutsamer Faktor sei[13].

Indessen verhandelten Fulvio Suvich, der italienische Unterstaatssekretär für Auswärtiges, und Pompei Aloisi, der italienische Vertreter in Genf, mit Alexis Léger über die technischen Einzelheiten eines umfassenden Abkommens. Ihre Arbeit wurde mit einem einstündigen persönlichen Treffen zwischen Mussolini und Laval am 6. Januar im Palazzo Farnese abgeschlossen. Es war eine denkwürdige Begegnung. Sie brachte volle Übereinstimmung der Meinungen. Laval und Mussolini teilten auch den Wunsch, ein herzliches Verhältnis zu Deutschland herzustellen, und beide neigten zu Zugeständnissen, die den Deutschen wieder eine starke Stellung einräumen würden. Laval war sehr angetan davon, daß Mussolini nicht den geringsten Einwand gegen einen französisch-sowjetischen Beistandspakt erhob, ja er sagte durch-

aus zutreffend voraus, es werde sich zeigen, daß nur die kommunistischen Mitglieder der Deputiertenkammer es sich herausnehmen würden, gegen die Unterzeichnung des französisch-italienischen Abkommens zu stimmen. Ferner sagte Laval voraus, das Abkommen werde seinerseits dazu dienen, das Anwachsen der Volksfrontbewegung aufzuhalten und den Versuch Léon Blums, Premierminister von Frankreich zu werden, scheitern zu lassen.

Nach diesem Gedankenaustausch konnte sich Laval eine vorsichtige Bemerkung zugunsten einer friedlichen Regelung in Äthiopien nicht versagen. Es sei seine Hoffnung, der Duce werde in der Lage sein, dem Beispiel Marschall Lyautey's zu folgen (der Marschall hatte es vor dem Ersten Weltkrieg erreicht, ohne offene Kriegführung in Marokko eine französische Herrschaft aufzurichten). Mussolini erfaßte sofort die volle Bedeutung der Bemerkung Lavals, wußte aber auch, daß die Lage in Marokko im Jahre 1911 sich von der in Abessinien 1935 weitgehend unterschied. Die Abessinier waren im Gegensatz zu den Marokkanern furchtbare Gegner[14].

Am Nachmittag des 7. Januar wurden sodann vier Vertragsentwürfe unterzeichnet; drei davon betrafen Afrika und einer befaßte sich vorwiegend mit dem Rheinland und Österreich. Im Tunis-Abkommen hatte Mussolini seine Forderungen nach Sonderkonzessionen für die italienischen Siedler weitgehend eingeschränkt. Den wenigen französischen Zugeständnissen hinsichtlich Schulen und Steuern würde außerordentlich leicht nachzukommen sein. Laval gab seiner Würdigung dieses Abkommens mit einiger Bewegung Ausdruck und erklärte, Tunis habe für Italien dasselbe bedeutet wie Elsaß-Lothringen bis 1918 für Frankreich. Diese Verständigung verbot es ihm nun erst recht, Mussolini ausführlich wegen seiner Politik Äthiopien gegenüber zur Vorsicht zu mahnen[15].

Die beiden anderen Afrika-Abkommen betrafen Gebietsübertragungen und Anerkennung beiderseitiger Interessen. Frankreich willigte ein, 114 000 Quadratkilometer Wüstenland vom französischen Sudan an Italienisch-Lybien abzutreten. Das bedeutete für Frankreich eine außergewöhnlich billige Regelung der Gebietsrevision zugunsten Italiens, die 1919 in Paris versprochen worden war. Ferner erklärte es sich bereit, 800 Quadratkilometer von Französisch-Somaliland im Interesse einer rationelleren Grenze zwischen den beiden Kolonien am Roten Meer an Italienisch-Eritrea abzugeben. Schließlich waren die Franzosen bereit, 20 % der Aktien der Dschibuti-Addis-Abeba-Eisenbahn, die die abessinische Hauptstadt mit dem Hafen von Französisch-Somali

verband, Italien zu überlassen. Die Italiener erklärten sich bereit, beim Kauf dieses Aktienanteils die beherrschende Stellung Frankreichs im Besitz dieser strategisch wichtigsten Eisenbahn Ostafrikas zu respektieren. Dafür machten die Franzosen das Zugeständnis, in Äthiopien auf wirtschaftliche „Sonderinteressen" zu verzichten. Das hieß im üblichen Sprachgebrauch der Kolonialdiplomatie soviel wie freie Hand für Italien in Abessinien[16].

Das Abkommen, das die angeblich notwendige Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit festlegte, enthielt als Anlage ein geheimes Militärprotokoll, das der Anbahnung eines umfassenden Militärbündnisses zwischen beiden Ländern dienen sollte. Dieses Protokoll war von entscheidender Bedeutung und das Hauptkennzeichen des ganzen Abkommens. Es bezog sich ebenso auf das deutsche Rheinland wie auf Österreich. Laval beabsichtigte, die Entmilitarisierung des deutschen Rheinlandes für unbegrenzte Zeit aufrechtzuerhalten oder doch, wie er es einmal ausdrückte, bis Hitler wesentlich älter geworden sei. Mussolini gab, anders als die britischen Staatsmänner, seine feste Zusage, Frankreich in diesem Bestreben zu unterstützen[17].

Der Duce stimmte auch zu, daß Italien unverzüglich Luftwaffeneinheiten nach Frankreich verlegen würde, falls deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone einrückten. Diesem Plan lag Lavals und Mussolinis Absicht zugrunde, sofort gegen eine deutsche „Invasion" im Rheinland vorzugehen, ohne sich erst um eine Konsultation des Völkerbundes zu bemühen. Sie wußten beide, daß der Völkerbund noch niemals in einer ernsten Situation Brauchbares geleistet hatte, und Laval teilte die Auffassung Jouvenels, nach der die zahlreichen Pläne, den Völkerbund zu reformieren und zu fördern, auf absehbare Zeit undurchführbar seien. Für die beiden romanischen Großmächte war ein Plan für eine Sofortaktion von großem Wert. Das französisch-italienische Rheinlandabkommen kennzeichnete ohne Zweifel die bedeutendste diplomatische Entwicklung, die sich seit Hitlers Machtergreifung in Europa vollzogen hatte. Laval beabsichtigte, die Deutschen von dem Bestehen dieses französisch-italienischen Übereinkommens zu unterrichten, sobald Hitler aufgrund der Locarnoverträge von 1925 Einwände gegen den geplanten französisch-russischen Beistandspakt erheben würde[18].

Diese Frage bedarf einiger erklärender Worte. Die Locarnoverträge von 1925 legten die bestehenden Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland sowie zwischen Deutschland und Belgien fest. Stresemann hatte dort auch freiwillig Deutschlands Anerkennung der Ent-

militarisierung des Rheinlandes akzeptiert, wenn er auch später hoffte, Frankreich dafür gewinnen zu können, im Austausch gegen andere Zugeständnisse die Rückkehr deutscher Truppen in dieses Gebiet zu gestatten. Weiter hatte Stresemann die bestehenden Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei anerkannt, allerdings die freiwillige deutsche Anerkennung der Grenzen von 1919 zu den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands verweigert (das Versailler Diktat bedeutete eine Anerkennung unter Zwang). Ein förmliches Bündnis mit Rußland im Jahre 1935 und auch schon die formlose Bündnisabsprache mit Italien konnten als eine ungerechtfertigte Ausweitung jenes französischen Bündnissystems ausgelegt werden, das 1925 in den Verträgen von Locarno Anerkennung gefunden hatte. In der Tat konnten die Deutschen den durchaus berechtigten Einwand erheben, daß ein französisch-sowjetischer Pakt eine Zunahme ihrer eigenen Unsicherheit bedeute und die Aufhebung der Rheinland-Entmilitarisierung durch Deutschland demgegenüber nur eine ausgleichende Sicherheitsmaßnahme darstelle[19].

Die Franzosen konnten andrerseits geltend machen, daß die Verträge ihnen ja nicht ausdrücklich die Ausdehnung ihres Bündnissystems untersagten, und daß sie nur an Verteidigungsabkommen dächten, die sich mit ihren Abmachungen und Verpflichtungen im Rahmen des Völkerbundes vereinbaren ließen. Man konnte dieser oder jener Auffassung zuneigen: Sowohl die Franzosen als auch die Deutschen hatten gute Gründe ins Treffen zu führen. Allenfalls war vielleicht die deutsche Sache noch etwas besser fundiert, und ganz gewiß mußte sie dem Durchschnittslaien einleuchtender erscheinen. Die Franzosen wollten also die in Locarno entworfene diplomatische Ordnung Europas ändern. Diese Ordnung war es aber, die dem von Mussolini vorgeschlagenen Viermächtepakt zugrundelag: Wichtige Abkommen sollten von Deutschland und Frankreich abgeschlossen und durch Großbritannien und Italien garantiert werden. Für die Sowjetunion war in dieser Regelung kein Platz vorgesehen. Wenn also die Franzosen dieses System durch Einbeziehung der Sowjets änderten, sollte Deutschland dann nicht berechtigt sein, sie dies in anderer Weise entgelten zu lassen, falls es dazu in der Lage wäre[20]?

Laval war sich durchaus darüber im klaren, daß sich der deutsche Standpunkt recht gut vertreten ließ, aber er hatte Mussolini für seine eigene Auffassung gewonnen. Tatsächlich war denn auch der Grad der Übereinstimmung Lavals und Mussolinis verblüffend. Das wäre anders gewesen, wenn Laval sich zu den alten Auffassungen Barthous

bekannt hätte. Laval und Mussolini stimmten darin überein, daß die französische Stellungnahme bei der großen Abrüstungskonferenz von 1932—1934 der Rechtsgrundlage entbehre: Man konnte nicht von seiten Deutschlands eine dauernde Rüstungsbegrenzung erwarten, der keine einzige einschränkende Bestimmung für Frankreich gegenüberstand, soweit es jedenfalls die Landstreitkräfte anging. Demgemäß hielten es weder Laval noch Mussolini für ratsam, durch militärische Maßnahmen oder durch wirtschaftliche Sanktionen eine deutsche Abrüstung zu erzwingen. Für Barthou wäre es nicht möglich gewesen, die französische und die italienische Politik in dieser Frage auf einen Nenner zu bringen, und Mussolini hätte sich Barthous Bemühen, dem Saargebiet das Selbstbestimmungsrecht vorzuenthalten, heftig widersetzt. Zwischen Mussolini und Laval indessen bestand volle Übereinstimmung. Mussolini war mit dem Plan eines französischen Bündnisses mit Rußland ebenso einverstanden wie mit der Beibehaltung der Entmilitarisierung des Rheinlandes[21].

Mussolini erkannte, daß Laval genau wisse, was er wolle, und daß er sich über die Gefahren und Hindernisse durchaus im klaren sei, die ihm bei der Verwirklichung seiner Vorhaben drohen mochten. Laval machte auch kein Geheimnis aus der Tatsache, daß ihm viel an der Wiederherstellung der englisch-französischen Entente lag, die durch die herausfordernde Note Tardieus vom 17. April 1934 so gut wie zerstört war. Die Verantwortung für die wichtigen Entscheidungen der französischen Politik allerdings wollte er nicht London übertragen wissen. Ebenso wie Mussolini mißtraute auch Laval den Engländern. Dieses gesunde Mißtrauen angesichts einer berüchtigten britischen Vergangenheit, voll von Beispielen zynischer Doppelzüngigkeit in den internationalen Beziehungen gegenüber Freund und Feind, erfuhr binnen sechs Monaten eine Rechtfertigung, als die Engländer mit den Deutschen ein Flottenabkommen trafen, den Bestimmungen des Versailler Vertrages zum Hohn, und ohne Italien oder Frankreich vorher zu unterrichten. Laval wollte dem französisch-italienischen Vorhaben eine kräftige britische Unterstützung sichern. Auch hatte er vor, an diese Aufgabe mit großer Geduld heranzugehen. Er wollte sein Vorhaben allerdings nicht von einer britischen Billigung abhängig machen und setzte Mussolini auseinander, Italien und Frankreich sollten, wenn möglich, mit Großbritannien vorgehen, andernfalls eben ohne Großbritannien. Der Duce stimmte mit Laval auch hierin überein[22].

Die Haltung der beiden Staatsmänner in der Österreich-Frage war gleichermaßen fest. Die Franzosen sollten sofort Truppen nach Italien

entsenden, falls die Deutschen in Österreich eindrängen. Die französisch-italienischen Militärvereinbarungen vom Mai 1935, das Ergebnis von Stabsbesprechungen zwischen den Generalen Gamelin und Badoglio, sahen für diese Aufgabe zwei französische Heeresdivisionen vor. Die Italiener glaubten nicht, daß in naher Zukunft weitere französische Truppenkontingente zugesichert werden müßten. Trotzdem versicherte Laval den Italienern, er wäre jederzeit zu einer Erhöhung des französischen Beitrags bereit[23].

Am Nachmittag des 7. Januar besuchte Laval Papst Pius XI. und enthüllte ihm den Umfang seiner Vereinbarungen mit Mussolini. Das römische Kirchenoberhaupt zeigte sich hocherfreut und machte aus seiner Anerkennung für Mussolini wie auch für Laval keinen Hehl. Laval war der erste Außenminister der antiklerikalen Dritten Republik, der es gewagt hatte, den Vatikan aufzusuchen, und sein Besuch war ein außerordentlicher Erfolg. Mussolini verabschiedete sich von Laval am Nachmittag des 8. Januar 1935 auf dem Bahnhof in Rom, nachdem die beiden Staatsmänner am Vorabend noch einer hervorragenden Mignon-Aufführung der Römischen Oper beigewohnt hatten. Die ebenso eindrucksvolle wie erfolgreiche Mission in Italien war beendet, und Léon Blum, der sie von Anfang an schroff abgelehnt hatte, wagte es nicht, sich den Ergebnissen zu widersetzen. Die vier Verträge mit Italien wurden am 23. März 1935 in der Kammer mit einem Stimmenverhältnis von 555 zu 9 gebilligt. Laval hatte schon vorher, am 25. Januar, den Auswärtigen Ausschuß der Kammer in sämtliche Einzelheiten seiner Romreise in geschlossener Sitzung eingeweiht. Henri de Jouvenel pries Laval im Senat in einer ausgezeichneten Rede und die Senatoren nahmen die Verträge einmütig an[24].

Am 1. Februar 1935 abends trafen Flandin und Laval zu einer Erörterung ihrer Italienpolitik mit MacDonald, Baldwin und Simon in London ein. Die Besprechungen führten zu einem günstigen Ergebnis, und die britischen Politiker vereinbarten am 3. Februar mit ihnen gemeinsame Konsultationen über alle Maßnahmen, die für den Fall kritischer Situationen Deutschland gegenüber ergriffen werden sollten. Laval kehrte an den Quai d'Orsay zurück, um seinen Vertrag mit Rußland vorzubereiten. Am 22. Februar 1935 kamen der österreichische Diktator Kurt von Schuschnigg und sein Außenminister Berger-Waldenegg nach Paris. Léon Blum nahm im Populaire die Gelegenheit zu einem erbitterten Angriff auf Schuschnigg wahr. Er behauptete, Schuschnigg wäre als Justizminister der Dollfußregierung im Februar 1934 für das sogenannte Blutbad unter den österreichischen Marxisten

und die darauffolgende unerbittliche Verfolgung ihrer überlebenden Führer verantwortlich. Schuschnigg wurde gleich Mussolini von Blum bezichtigt, an seinen Händen klebe Marxistenblut. Blums leidenschaftlicher Ausbruch wurde jedoch weithin als unverzeihliche Beleidigung des zu Besuch weilenden Oberhauptes eines befreundeten Staates und als ein Betragen angesehen, das einem Bewerber um die französische Premierwürde besonders schlecht anstehe[25].

Zur Zeit des Lavalschen Rombesuchs stand den kleinen italienischen Kolonialstützpunkten ein starkes äthiopisches Heer gegenüber. Während des Februar 1935 strömten italienische Truppenverstärkungen nach Eritrea und in das Somaliland, und Tecle Hawariate, der äthiopische Delegierte in Genf, verlangte einen Schiedsspruch des Völkerbundes im Wal-Wal-Streit sowie die Einstellung dieser italienischen Truppenbewegung. Sie erinnerten lebhaft an den Aufmarsch der Briten in Südafrika, der dem Burenkrieg voraufgegangen war. Doch auch die Äthiopier erhielten Waffenlieferungen in großem Umfang, obgleich Flandin und Laval alles taten, um eine Verschiffung von Waffen aus Frankreich zu verhindern. Pompei Aloisi, der italienische Delegierte in Genf, stimmte einer Untersuchung des Streits durch eine Kommission grundsätzlich zu, doch gelang es ihm, jede Erörterung der strittigen Fragen im Völkerbundsrat, einschließlich der Verschiffung italienischer Waffen nach Ostafrika, zu vertagen, bis der neutrale Ausschuß seinen Bericht unterbreitet hatte. Die Arbeit des Ausschusses sollte sich darauf beschränken, dem Völkerbundsrat einen Bericht vorzulegen[26].

Der Ausschuß war bis Juni 1935 noch nicht einmal eingesetzt und sein Bericht lag erst im September vor. Als es dann endlich so weit war, daß der Bericht dem Völkerbundsrat zugeleitet werden konnte, erwies er sich als völlig nutzlos. Unter dem Einfluß von Nicholas Politis, dem griechischen Gesandten in Frankreich und Ausschußvorsitzenden, war man einer klaren Entscheidung ausgewichen. Der Bericht bestätigte die unbestreitbare Tatsache, daß Italien keinerlei Schuld in der Wal-Wal-Angelegenheit treffe, wich jedoch der logischen Schlußfolgerung aus, daß Äthiopien in Wirklichkeit der Schuldige sei. Dies wäre die unabdingbare Grundlage für eine unparteiische Lösung unter der Oberaufsicht des Völkerbundes gewesen. Laval hatte diese Schwierigkeiten vorausgesehen und im August 1935 die Initiative zu Dreimächtebesprechungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien in Paris gemäß den Bestimmungen eines 1906 für derartige Fälle abgeschlossenen Vertrages ergriffen. Laval hoffte, es werde den drei

Mächten möglich sein, zu einem auch für Haile Selassie annehmbaren Ausgleich zu kommen. Er befürchtete die möglichen Folgen einer Einmischung des Völkerbundes in den Streit beträchtlich[27].

Während die äthiopische Krise sich ihrem Höhepunkt näherte, spielten sich auf der europäischen Bühne bedeutsame Vorgänge ab. Die Engländer hatten Hitler am 4. März 1935 mit der Herausgabe eines amtlichen Weißbuchs, das die verstärkten britischen Rüstungsbemühungen zur Abwendung einer angeblich von seiten Deutschlands drohenden Gefahr rechtfertigen sollte, angegriffen. Zwar sah der britische Verteidigungsrat in Deutschland bereits seit 1933 in aller Stille den mutmaßlichen „endgültigen Feind". Trotzdem war es eine grobe Taktlosigkeit der Regierung MacDonald, ihre Voreingenommenheit gegenüber Deutschland gerade am Vorabend des Berlinbesuchs von Außenminister Simon und dem britischen Völkerbundsdelegierten Anthony Eden in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Dagegen legte Hitler Wert darauf, unbefriedigenden Besprechungen mit den britischen Politikern aus dem Wege zu gehen, und so antwortete er mit einer diplomatischen Erkältung. Am 9. März 1935 unterrichtete er die Engländer dann offiziell, daß er im Begriff sei, eine neue deutsche Luftwaffe ins Leben zu rufen, die keinerlei internationalen, vertraglichen Beschränkungen irgendwelcher Art unterworfen sei[28].

Zur gleichen Zeit arbeitete die Regierung Flandin an einem Gesetz zur Wiedereinführung des zweijährigen Wehrdienstes in Frankreich. Sie sollte an die Stelle der einjährigen, seit vielen Jahren bestehenden Dienstpflicht treten. Auf Anraten von Marschall Pétain wollte die Regierung im Verlaufe jener Zeitspanne der niedrigen Geburtenziffern während des Ersten Weltkriegs, die besonders stark ins Gewicht fielen, die Kopfstärke der ausgebildeten und aktiven Einheiten erhöhen. Ferner beabsichtigte die Regierung, die Panzer-, Geschütz- und Flugzeugproduktion zu steigern. Indessen wurden die radikalen Forderungen Paul Reynauds, eine vollmotorisierte Sondertruppe zu schaffen, verworfen. Reynauds Forderungen stützten sich vermutlich auf die Theorie, die Oberst Charles de Gaulle entliche Jahre zuvor in seinem überzeugenden Buch „Vers l'armée de métier" (Paris, 1934) entwickelt hatte. Doch konnte Reynaud auf umfangreiche Veröffentlichungen zu diesem Thema aus der Zeit vor 1933 hinweisen. Er hatte seine eigenen Gedanken lange vor dem Erscheinen von de Gaulles Buch formuliert[29].

Reynaud erfreute sich zu dieser Zeit noch eines engen Einvernehmens mit André Tardieu und galt der Regierung Flandin als Hecht

im Karpfenteich der Rechten. Tardieu sah in Reynaud seinen Wortführer in den Reihen der Republikanischen Mittelpartei. Beide Männer hatten unterschiedliche Auffassungen über die Finanzpolitik, aber Reynaud unterstützte Tardieus Plan einer Verfassungsreform, wünschte gleichzeitig eine Abwertung des Franc und verwies dabei auf die Abwertung des amerikanischen Dollars im Jahre 1933. Doch lehnten skeptische Kritiker demgegenüber mit Recht die These ab, Präsident Roosevelts Finanzpolitik sei bisher erfolgreich gewesen. Reynaud wandte sich dann mit der ihm eigenen Energie in dogmatischer Weise der Frage der französischen Kriegsstärke zu. Er kam zu dem Schluß, starke, leichtbewegliche Kampftruppen bildeten die notwendige Ergänzung zu dem von ihm besonders befürworteten gegenseitigen Beistandspakt mit der Sowjetunion. Er glaubte, die Sowjets würden sich zur Unterzeichnung bedeutsamer militärischer Vereinbarungen bereitfinden, falls sie die Sicherheit hätten, daß die Franzosen auch tatsächlich die militärische Initiative in Mitteleuropa zu ergreifen in der Lage wären. In der Deputiertenkammer herrschten auch weiterhin die Ansichten Pétains und Gamelins vor, daß eine starke Verteidigungsstellung am Anfang aller Überlegungen stehen müsse. Allerdings war sich auch Pétain der Bedeutung schneller Truppen durchaus bewußt und stützte Pläne zur Ausrüstung des französischen Heeres mit zahlreichen Panzern. Der Vorschlag einer schnellen Sondertruppe als Angriffsspitze wurde in der Kammerabstimmung zu Fall gebracht, das militärische Programm Flandins dagegen am 15. März 1935 mit 354 gegen 210 Stimmen gebilligt. Laval erhielt am gleichen Tag eine Einladung Stalins zu einem Besuch in Moskau[30].

Hitler antwortete auf die neuen militärischen Maßnahmen Frankreichs tags darauf mit der Bekanntgabe der Wiederherstellung der deutschen Wehrpflicht sowie mit der Enthüllung seiner Absicht, die deutsche Wehrmacht von 100 000 auf 360 000 Mann zu verstärken. Hitlers kühnes Vorgehen löste am deutschen Gedenktag, dem 17. März 1935, freudige Erregung im Reich, besonders unter den jungen Menschen, aus. Der deutsche Kanzler gewann das gewagte Spiel, als auf seine Kündigung des Artikels 8 des Versailler Vertrages hin Sanktionen ausblieben. Weder Laval noch Mussolini billigten die Hitlersche Aktion. Sie hätten ein allgemeines Abkommen über Zugeständnisse an Deutschland im Rahmen einer neuen, internationalen Konferenz vorgezogen. Hitlers Schritt, eine Herausforderung des französischen und italienischen Prestiges, erfolgte viel zu schnell nach Lavals Rombesuch. Trotzdem waren beide fest entschlossen, in dieser Frage keine

Gewalt anzuwenden, nachdem Deutschland lange genug der Doppelzüngigkeit, Heuchelei und Ungerechtigkeit zum Opfer gefallen war. Der polnische Marschall Pilsudski war von Hitlers erfolgreichem Schritt tief beeindruckt und schloß daraus, daß die Zeit vorbei sei, in der man Hitler durch Gewaltandrohung einschüchtern könne. Laval andrerseits war voller Zuversicht, daß das französisch-italienische Abkommen Hitler in den kritischen Fragen des Rheinlandes und Österreichs blockieren würde. Man muß sich allerdings daran erinnern, daß es seit langem die Absicht Lavals wie auch Mussolinis war, Deutschland volle Gleichberechtigung in der Rüstung zu gewähren[31].

Die Engländer sandten am 18. März 1935 eine Protestnote nach Berlin, ohne vorher Italien und Frankreich konsultiert zu haben. Laval kümmerte das in keiner Weise. Er hatte sich an derartige britische Methoden gewöhnt und beriet sich nun in aller Ruhe mit Mussolini. Die Regierungen Frankreichs und Italiens legten zunächst am 20. März in Genf und sodann am 21. März in Berlin Protest ein. Die Völkerbundsversammlung wurde ersucht, Hitlers einseitige Methode der Vertragsrevision zu verurteilen. Alle Nachbarstaaten Deutschlands mit Ausnahme Dänemarks kamen dieser Aufforderung am 17. April 1935 nach. Inzwischen traf am 22. März Fulvio Suvich zu Besprechungen mit Laval in Paris ein. Eden war in seiner Eigenschaft als britischer Wanderbotschafter für Simon unterwegs nach Berlin, Warschau und Moskau, unterbrach jedoch seine Reise in Paris, um am 23. März an den Besprechungen in der französischen Hauptstadt teilzunehmen. Auf Edens Ersuchen hin kabelte Simon nach Paris, England sei bereit, an einem Treffen der französischen und italienischen Staatsmänner teilzunehmen, das am 11. April 1935 in Stresa in Italien stattfinden sollte[32].

In Stresa war Mussolini der Gastgeber MacDonalds, Simons, Flandins und Lavals. Die französischen Politiker trafen allerdings zu Vorbesprechungen mit den Italienern schon einen Tag vor den Engländern ein. Die Zusammenkünfte nach Ankunft der Briten waren im wesentlichen symbolischer und zeremonieller Art. Das Ganze war nichts anderes als ein recht angenehmer Ausflug in die schöne Umgebung. Man war im voraus übereingekommen, von Sanktionen gegen Deutschland auf Hitlers jüngsten Schritt hin abzusehen. Es wurde ein wohlformuliertes Kommuniqué herausgegeben, des Inhalts, daß die drei Länder hinsichtlich der erforderlichen Methoden zur Erhaltung des Friedens in Europa volle Übereinstimmung erzielt hätten. Der ursprüngliche britische Entwurf hatte zwar vom Frieden in der Welt gesprochen,

doch bestand Mussolini darauf, die Fassung auf „Frieden in Europa" zu beschränken. Offensichtlich machten die Schwierigkeiten mit Äthiopien dem italienischen Staatsoberhaupt zu schaffen, aber die englischen Staatsmänner bemühten sich keineswegs darum, afrikanische Fragen anzuschneiden. Mussolini bekräftigte in Stresa abermals sein Einverständnis mit dem Plan eines französisch-sowjetischen gegenseitigen Beistandspaktes, doch weigerten sich die Engländer hartnäckig, ihm darin zu folgen. Es trat sogar offen zutage, daß die Engländer über die neue französisch-italienische Einmütigkeit keineswegs so glücklich waren, wie sie im Februar 1935 in London zu erkennen gegeben hatten. Ihre wirkliche Haltung ergab sich mit aller Deutlichkeit aus der Verdopplung des britischen Seegeschwaders in Gibraltar im März 1935[33].

Laval hatte schon am 27. November 1934 in Genf mit Maxim Litwinow eine vorläufige Vereinbarung erzielt. Er hatte öffentlich angekündigt, er werde nach seiner Rückkehr aus Rom Bündnisverhandlungen mit den Russen aufnehmen. Er nahm Stalins Einladung zu einem Besuch in Moskau an und auf seine Anregung hin hielt Edouard Herriot am 31. März 1935 eine Rede, in der er das Bündnis eifrig befürwortete. Laval hatte in Gesprächen in Genf und Paris vergeblich versucht, die Polen zu einer Billigung des Vertrages zu bewegen. Beck und Pilsudski beklagten nach wie vor die sowjetische Mitgliedschaft im Völkerbund als ein großes Unglück. Der Gedanke eines französisch-russischen Bündnisses wurde von ihnen als fluchwürdig abgetan. Laval zeigte sich darüber nicht beunruhigt. Er sagte Flandin, der Beistandspakt mit der Sowjetunion bedeute eine notwendige Sicherung gegen eine Wiederholung der deutsch-russischen Zusammenarbeit der Rapallo-Ära und nichts weiter. Die unzugängliche Haltung Polens machte das Aushandeln irgendeines genauen militärischen Protokolls mit der Sowjetunion zwecklos. Wie konnte man Vorkehrungen für die Beteiligung sowjetischer Truppen an Kampfhandlungen gegen Deutschland treffen, wenn Polen, Frankreichs Bundesgenosse, mitten im Anmarschweg der Russen nach Deutschland der Sowjetunion feindlich gegenüberstand?[34].

Zusammengehen mit Rußland bedeutete, wie die Entente mit Großbritannien, kluge Diplomatie; aber um die Front gegen Deutschland wirklich zu halten, besonders in Österreich, bedurfte es der Zusammenarbeit Italiens und Frankreichs. Laval machte sich über die Sowjetunion keine Illusionen. Flandin gegenüber äußerte er, es sei klar, daß die Russen den Pakt dazu benutzen wollten, Frankreich und Deutsch-

land in einen Krieg gegeneinander zu verwickeln. Laval aber war der Überzeugung, daß ein derartiger Krieg keine zwingende Notwendigkeit sei und sich die französische Regierung nie wieder zu einem Generalmobilmachungsbefehl gezwungen sehen sollte. Er sagte zu Flandin: „Die Sowjets wollen das Bündnis zum Zwecke eines Krieges. Ich will es, um ihn zu vermeiden[35]."

Am 2. Mai 1935 unterzeichneten Laval und Wladimir Potemkin, der sowjetische Botschafter in Frankreich, in Paris einen auf fünf Jahre befristeten Beistandspakt. Die Russen erklärten sich mit einem protokollarisch festgelegten Beistandsabkommen mit der Tschechoslowakei einverstanden des Inhalts, daß sie militärische Schritte zugunsten der Tschechen nur insoweit unternehmen würden, als die Franzosen dem zustimmten. Dieser Vertrag wurde am 16. Mai 1935 in Prag unterzeichnet. Der Pariser Vertrag sah vor, daß direkte Angriffe Deutschlands auf Frankreich oder auf die Sowjetunion, falls sie vom Völkerbund als solche bestätigt würden, eine gemeinsame militärische Aktion der beiden verbündeten Mächte zur Folge haben sollten[36].

Laval reiste am 9. Mai nach Moskau ab. Am 10. und 11. Mai hatte er in Warschau weitere Besprechungen mit Beck (Pilsudski war zu krank, um Laval empfangen zu können und so traf er am Morgen des 13. Mai in der sowjetischen Hauptstadt ein. Er stand drei Tage lang im Mittelpunkt feierlicher Empfänge, die alles in den Schatten stellten, was bisher die Kommissare für einen ausländischen Besucher getan hatten. Im Fliegerhorst Munina bei Moskau war der sowjetische Verteidigungskommissar Kliment Woroschilow der Gastgeber Lavals. Ein Flugzeugverband zog über die Köpfe dahin, und aus jeder Maschine löste sich am Fallschirm ein hübsches Mädchen mit einem Blumenstrauß und einer Trikolore für Lavals Tochter. Am 14. Mai traf Laval mit Stalin zusammen. Auch Litwinow und Molotow waren anwesend[37].

Gut aufgelegt begrüßte Stalin Laval, dessen äußere Erscheinung noch asiatischer wirkte als die des Sowjetdiktators. Als Meister der Diplomatie versicherten sie sich einander, im Grunde gar keine Diplomaten zu sein, sondern nur „Männer guten Willens", die freimütig das zu sagen pflegten, was sie dächten. In Wirklichkeit aber wußte Laval, daß Stalin die Volksfront zum Untergraben der Stellung Lavals in Frankreich nutzen und Frankreich in einen Krieg mit Deutschland verwickeln zu können hoffte, während Stalin wußte, daß die Zerstörung der Volksfrontkombination Lavals Ziel war[38].

Laval erinnerte Stalin daran, daß ihre beiden Länder nunmehr Verbündete seien, und erkundigte sich, ob man nun damit rechnen könne,

daß die französischen Kommunisten in Zukunft einem erweiterten französischen Militärhaushalt und stärkeren Verteidigungsanstrengungen ihre Zustimmung geben würden. Stalin entgegnete ruhig, das ließe sich ohne weiteres einrichten; letzten Endes wären die französischen Kommunisten jederzeit bereit, seinen Befehlen Folge zu leisten. In diesem Zusammenhang kam der Sowjetdiktator auf den kürzlichen Besuch Lavals im Vatikan zu sprechen und stellte dabei die sprichwörtlich gewordene Frage: „Wieviele Divisionen hat der Papst?" Er fügte hinzu, niemals würde er mit dem Papst, der ja erforderlichenfalls über keinerlei militärische Kräfte verfüge, einen zu beiderseitigen Beistandsleistungen verpflichtenden Pakt abschließen, dagegen könne ein befristeter Nichtangriffspakt erwogen werden[39].

Die Moskauer Feierlichkeiten gipfelten in einer prachtvollen Aufführung des Schwanensee-Balletts in der Bolschoi-Oper am Abend des 15. Mai. Stalin gab in einem abschließenden Kommuniqué bekannt, er verstünde und billige durchaus die Politik der nationalen Verteidigung, die Frankreich zur Erhaltung seiner Stärke nach Maßgabe seines Sicherheitsbedürfnisses durchführe. Laval spöttelte im engeren Kreis seines Gefolges, er und Stalin kämen deshalb so gut miteinander aus, weil sie beide Reformrevolutionäre seien. In seinen Augen war Rußland eine asiatische Despotie mit ihren eigenen Gesetzen, die nur noch wenig mit der einstigen Lehre von Marx gemeinsam hatten[40].

Bevor Laval nach Paris zurückkehrte, kam es überraschend zu einer unmittelbaren Fühlungnahme mit der deutschen Führung. In Moskau hatte Laval erfahren, daß Marschall Pilsudski an Krebs gestorben war, und wohnte der Trauerfeier in Warschau wie auch der Beisetzungsfeierlichkeit im Wawel-Palast in Krakau bei, wo Marschall Pétain als offizieller Vertreter Frankreichs zugegen war und Generalfeldmarschall Göring Deutschland vertrat. Bei dem Essen im Hotel de France am 18. Mai setzte Josef Beck die deutsche und die französische Delegation zusammen. Pétain war zurückhaltend, während sich Laval durchaus gewillt zeigte, die europäischen Probleme mit Göring zu erörtern, dessen höflichem Ersuchen um eine private Unterredung er sofort nachkam. Aus der Begleitung Lavals stellte sich Charles Rochat als Dolmetscher zur Verfügung[41].

Göring und Laval wurden sich sehr bald einig, daß eine deutsch-französische Wiederannäherung wünschenswert sei, und Laval vernahm erfreut Görings Versicherung, ein solches Einvernehmen entspräche Hitlers aufrichtigem Wunsch. Allerdings blieb noch die Frage offen, auf welcher Grundlage die Verständigung zustandekommen solle.

Dank Hitlers vernünftigem Verzicht auf deutsche Ansprüche in Elsaß-Lothringen war mit Hilfe einer Regelung der Saarfrage die Beilegung der letzten Grenzstreitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland gelungen. Dagegen widersetzte sich Göring Lavals diplomatischer Einkreisung Deutschlands, während Laval wiederum den deutschen Absichten im Rheinland und in Österreich widerstrebte. Jean Dobler, der französische Generalkonsul in Köln, hatte Laval vor seiner Abreise nach Moskau mitgeteilt, in deutschen Militärkreisen sei viel von einer Wiederbesetzung des Rheinlands als Gegenzug gegen die jüngsten diplomatischen Schachzüge Frankreichs die Rede. Laval war entschlossen, sich dieser Entwicklung zu widersetzen. Göring vermochte über das Rheinland nichts zu sagen, erklärte aber freimütig, Österreich sei ein deutsches Land, und Hitler werde Mussolini niemals freie Hand in Wien lassen[42].

Laval erwiderte, die Hauptaufgabe, der sich Europa gegenübersehe, sei die Herstellung eines neuen Gleichgewichts. Er hoffe, eine deutsch-französische Verständigung werde die dazu nötige Basis sein. Nach seiner Überzeugung müsse es jedoch zu einer endlosen Reihe von Verwicklungen führen, die wahrscheinlich in einem allgemeinen Krieg gipfeln würden, wenn man eine deutsche Herausforderung der italienischen Position in Österreich dulde. Göring bestritt dies und warnte Laval, es seien nur die Kommunisten, die Frankreich und Deutschland in einen neuen Krieg zu ziehen suchten. Er legte Laval nahe, seine Besuche in Rom, London, Moskau und Warschau zweckmäßigerweise durch einen weiteren Besuch bei Hitler in Berlin zu ergänzen. Laval wich in höflicher Form aus. Er glaubte, daß ein Besuch bei Hitler seine Stellung in Frankreich gefährden würde, ohne einen entsprechenden Gewinn zu bringen[43].

Laval ging darauf aus, auf die heikle Frage des entmilitarisierten Rheinlandes zurückzukommen. Die Gelegenheit, Göring eine Warnung zukommen zu lassen, schien zu günstig, als daß er sie ungenützt gelassen hätte. Er schickte seinen Bemerkungen gegenüber Göring eine Erinnerung daran voraus, daß Barthou ursprünglich einen Kollektivpakt vorgeschlagen hatte, der Deutschland und Polen ebenso wie auch die Sowjetunion einbeziehen sollte. Göring hielt dem entgegen, die Sowjets pflegten kollektive Sicherheitspakte eher als ein Mittel zur Förderung ihrer Kriegspläne als zur Sicherung des Friedens zu betrachten. Laval wollte gerade antworten, als plötzlich ein deutscher Offizier eintrat, der meldete, Görings Zug stände für die Rückreise nach Berlin bereit. Die Unterredung war beendet. Sie war für beide

Beteiligten etwas unbefriedigend. Laval war plötzlich klar geworden, daß eine Art diplomatischen Kartenaufdeckens der von ihm erstrebten Annäherung an Deutschland vorausgehen müsse. Er war jetzt fester als je zuvor davon überzeugt, daß für den Erfolg seiner Pläne eine Zusammenarbeit mit Italien absolut unerläßlich sei[44].

Zu eben jenem Zeitpunkt kam es zu finanziellen Schwierigkeiten, die schließlich zum Sturz der Regierung Flandin führten, und bald darauf erging an Laval die Aufforderung, die Pflichten des Außenministers mit denen des Premiers zu verbinden. Kein Franzose brachte je bessere Voraussetzungen für diese schwere Aufgabe mit als er[45].

Siebentes Kapitel

DER HOARE-LAVAL-PLAN

Der nunmehr noch populärer gewordene Außenminister Laval kehrte im Mai 1935 von seiner Rußland- und Polenreise nach Paris zurück. Gleichwohl ließ sich zu jener Zeit schon klar erkennen, daß die Regierung Flandin bald zurücktreten würde. Das Defizit im Staatshaushalt stieg ständig, und Flandin war überzeugt, daß die gesetzgebenden Kammern ihn schwerlich mit jenen zur Durchführung wirksamer, deflationärer Maßnahmen erforderlichen Sondervollmachten ausstatten würden. Die Wahlen in 858 der größeren Stadtgemeinden hatten im Mai 1935 die Gewichtsverteilung unter den politischen Parteien im wesentlichen unverändert gelassen, obgleich die Kommunisten hier und da einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, besonders in und um Paris. Flandin, der bei einem Autounfall verletzt worden war, trug bei den Kabinettssitzungen noch den Arm in der Binde und erörterte wiederholt mit seinen Mitarbeitern die mutmaßliche Zweckmäßigkeit eines Rücktritts. Hitler hielt am 21. Mai 1935 eine maßvolle Rede, welche die lebhafte Zustimmung des Führers der englischen Konservativen, Stanley Baldwin, fand. Laval setzte seinen Mitarbeitern im Kabinett auseinander, die Engländer lobten Hitler offenbar nur, weil sie über das diplomatische Vorgehen Frankreichs in Italien und der Sowjetunion bestürzt seien[1].

Am 30. Mai 1935 veranlaßte Flandin eine Kritik an der Finanzpolitik seines Kabinetts zum Rücktritt. Präsident Lebrun beauftragte Fernand Bouisson, den unabhängigen und früheren sozialistischen Präsidenten der Abgeordnetenkammer, mit der Regierungsbildung. Laval erklärte sich bereit, Außenminister zu bleiben, und Joseph Caillaux übernahm mit dem Finanzminister die Schlüsselstellung im Innern, allerdings unter der Bedingung, ihm Sondervollmachten zu geben. Georges Mandel, Caillaux' Verfolger im Kabinett Clemenceau im

Jahre 1917, erklärte sich zum Eintritt in das Kabinett bereit, sehr zur Freude der marxistischen Abgeordneten der Linken. Caillaux hielt am 4. Juni 1935 in der Kammer eine glänzende Rede zur Stützung eines deflationären Finanzprogramms, während die Rede Bouissons wenig überzeugend wirkte, so daß seine Regierung mit 264 gegen 262 Stimmen zu Fall gebracht wurde[2].

Lebrun untersuchte erfolglos verschiedene andere Alternativen, bevor er sich an Laval wandte. Herriot sagte Laval uneingeschränkte Unterstützung zu. Laval hatte eine eigene Finanzpolitik im Sinn. Caillaux billigte dies und gab Marcel Regnier, einem radikalen Senator von mäßigen Fähigkeiten, den Weg frei. Dem Ministerium Lavals wurden am 7. Juni 1935 mit 304 gegen 160 Stimmen Sondervollmachten zugebilligt. Laval gab seine Absicht bekannt, dem riesigen französischen Verwaltungswasserkopf von insgesamt 1 600 000 Beamten die Gehälter um durchweg 10 Prozent zu kürzen. Das war angesichts einer fast 30-prozentigen Preissenkung seit 1933 nicht unbillig, wenn auch eine unpopuläre Maßnahme. Die gesetzgebenden Kammern wollten nicht dafür stimmen, aber sie erteilten Laval Vollmacht, diese Maßnahme auf dem Verordnungsweg durchzusetzen[3].

Laval war entschlossen, einen Teil der durch die Gehaltskürzungen eingesparten Gelder für öffentliche Arbeiten und erhöhte Verteidigungsausgaben zu verwenden, was beides ohne Zweifel der Arbeitslosigkeit entgegenwirken würde. Seinen engsten Beratern gegenüber bemerkte er, er sei noch früh genug an die Macht gekommen, um die Volksfront zu schlagen. Herriot berichtete über zunehmende Reibungen zwischen Daladier und den Sozialisten. Er bezweifelte, daß die Volksfrontkombination ein weiteres Jahr überdauern würde. Laval hielt die Festkundgebungen der Volksfrontführung zum Jahrestag der Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1935 für den Schwanensang dieser Bewegung. Er war voller Zuversicht, sich als Premierminister Frankreichs wenigstens fünf Jahre lang an der Macht halten zu können, vorausgesetzt natürlich, daß seiner Außen- wie Innenpolitik der erwartete Erfolg beschieden sein würde[4].

Am 14. Juni 1935 erfuhr Laval, Großbritannien beabsichtige, mit Deutschland ein Flottenabkommen abzuschließen. Sir Samuel Hoare war Simon als britischer Außenminister gefolgt, und MacDonald war zugunsten Stanley Baldwins, des Führers der Konservativen, zurückgetreten. Joachim von Ribbentrop, innerhalb der nationalsozialistischen Partei Hitlers nächster außenpolitischer Ratgeber, war zum Aushandeln des Vertrages nach London entsandt worden. Ribbentrop

wiederholte in London Hitlers öffentliches Angebot vom 21. Mai, ein Abkommen zur Begrenzung der Flottenbauvorhaben zu treffen, demzufolge die Gesamttonnagezahlen der deutschen Kriegsschiffe jeder Art nur bis zu 35 Prozent der entsprechenden britischen Einheiten betragen sollten, mit Ausnahme der Unterseeboote, bei denen man Parität zulassen wollte. Das war ein Vorgang von weittragender Bedeutung und etwas völlig Neues in den Beziehungen der beiden Völker. Vor dem Ersten Weltkrieg waren Verhandlungen über ein englisch-deutsches Flottenabkommen stets gescheitert, und die Deutschen waren nach dem Versailler Diktat, das ihre Stärke zur See auf den Rang einer quantité négligeable hinabgedrückt hatte, an den verschiedenen Verträgen über eine Begrenzung der Seestreitkräfte nicht mehr beteiligt worden[5].

Die britische Bereitschaft zum Abschluß eines zweiseitigen Pakts, der im Widerspruch zum Versailler Vertrag eine Stärkung der deutschen Seemacht zuließ, führte zu bedeutsamen Weiterungen. Die Engländer machten sich damit genauso einer Verletzung des Versailler Vertrages schuldig wie Hitler, als er am 16. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland wiederherstellte. Die Stresafront hatte noch am 14. April 1935 verlautbart, nur eine Konferenz der Signatarmächte sei überhaupt für derartige Angelegenheiten zuständig. Doch nun traten die Engländer in Aktion, ohne Italien und Frankreich zu konsultieren. Sie informierten zwar beide Länder über ihre Pläne, lehnten es jedoch ab, diese zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Italien ließ Großbritannien am 15. Juni 1935 wissen, es könne das beabsichtigte britische Vorgehen nicht gutheißen. Laval schloß sich am 17. Juni 1935 mit einer ähnlichen Note an[6].

Die britische Regierung ignorierte alle Proteste mit der Unterzeichnung des Flottenabkommens am 18. Juni 1935. Hitler frohlockte. Zweifellos bestärkte ihn die britische Aktion in der Zuversicht, sein Programm einseitiger Vertragsrevision fortsetzen zu können. Laval nahm diesen Sachverhalt ergrimmt zur Kenntnis. Er sah sich in seiner Auffassung bestärkt, daß Frankreich und Italien in der Österreich- und in der Rheinlandfrage nicht mit britischer Unterstützung rechnen könnten. Ein ebenso verhängnisvoller Vorgang ereignete sich am 27. Juni 1935. Lord Cecil und andere Völkerbundsfreunde in England veröffentlichten die Ergebnisse einer sogenannten Friedensabstimmung, bei der man den Bürgern eingeredet hatte, die Erhaltung des Friedens in Europa sei gleichbedeutend mit der Unterstützung einer entschlossenen Kollektivsicherheitsplanung im Rahmen des Völker-

bunds. Das war zwar ein irreführender Unsinn, aber über elf Millionen Menschen hatten die Umfrage beantwortet und ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, einem zielbewußten Völkerbundsprogramm ihre Unterstützung zu geben. Die konservativen Politiker, die sich mit dem Gedanken trugen, eine allgemeine Wahl für den Herbst 1935 anzuberaumen, um für ihre neue Regierung eine Bestätigung zu erhalten, achteten sorgsam auf die Volksstimmung in Zusammenhang mit dem Völkerbund. Der Vorgang war umso verhängnisvoller, als keinerlei Hoffnung auf das Aushandeln einer Lösung im Streit zwischen Italien und Äthiopien bestand[7].

Maxim Litwinow führte am 31. Juli 1935 den Vorsitz im Völkerbund. Es wurde einem Antrag stattgegeben, der den Sonderausschuß für Schiedsangelegenheiten unter Politis anwies, seinen Bericht noch vor der nächsten Sitzung des Rates am 4. September fertigzustellen. Es bestand wenig Hoffnung, daß der Bericht von Nutzen sein würde, und kaum ein Zweifel, daß der ungelöste Streitfall dem Völkerbundsrat in den Schoß fallen würde, wobei die Folgen nicht abzusehen waren. Litwinow, der Frankreich und Italien zu entzweien trachtete, blickte erwartungsfroh in die Zukunft.

Dreimächteverhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien zeitigten in Paris in der Zeit vom 16. bis zum 19. August keine Ergebnisse von Bedeutung. Anthony Eden war im Juni 1935 nach Rom gereist, um Mussolini geringfügige Grenzberichtigungen im Somaliland anzubieten und einen Entschädigungsplan für Äthiopien zu besprechen, d. h. ihm einen Korridor durch Britisch-Somaliland zur See hin sowie den Hafen Zeila anzubieten. Mussolini war um Versöhnlichkeit dem eitlen und hochtrabenden Eden gegenüber bemüht. Trotzdem konnte er sich nicht enthalten, den Gegensatz zwischen der freundlichen Haltung Frankreichs und der britischen Kritik und Feindseligkeit der italienischen Politik gegenüber zu betonen. Er äußerte sich auch kritisch zum englisch-deutschen Flottenabkommen. Die Ergebnisse dieses Treffens zwischen Eden und Mussolini waren also höchst unbefriedigend[8].

Laval kam zu der Erkenntnis, daß die Pariser Besprechungen im August 1935 scheitern mußten, weil die Engländer Äthiopien unterstützten und ermutigten. Haile Selassie war keineswegs zu mehr als einer gewissen Konzessionsbereitschaft entschlossen. Rechnete er doch mit einer britischen Intervention gegen Italien, sobald die Verhandlungen fehlschlugen. Laval hoffte, die Rolle eines Vermittlers übernehmen zu können, ohne damit die besonderen Beziehungen Frank-

reichs zu Italien preisgeben zu müssen. Es stand für ihn fest, daß Italien vor dem britischen Druck nicht zurückweichen würde. Mussolini hatte in einer Rede in Cagliari auf Sardinien am 8. Juni 1935 die heuchlerische britische Kritik an der imperialen Politik Italiens verächtlich zurückgewiesen. Mit der Versicherung, daß Italien auch weiterhin gegenüber den Äthiopiern festbleiben werde, rief er aus: „Wir halten uns genauestens an das Beispiel jener, die es uns gaben![9]"

Mussolini wußte, daß der Druck einer fremden Macht die Engländer niemals von der Verfolgung ihrer eigenen imperialen Ziele abzubringen vermocht hätte. Zu Graf Chambrun sagte er am 13. August 1935, Italien werde keinesfalls ein Faschoda hinnehmen, wo sich im Jahre 1898 die Franzosen im Sudan auf britischen Druck hin zurückgezogen hatten. Haile Selassie gab wenige Tage danach einer angloamerikanischen Gesellschaft die Genehmigung zur Ausbeutung bedeutender Bodenschätze in jenem Wirtschaftsgebiet, das der Vertrag von 1906 Italien vorbehalten hatte. Aus dem Scheitern der Dreimächtebesprechung in Paris am 19. August 1935 zog Laval den Schluß, daß ein Krieg unvermeidlich sei. In den französischen Kabinettssitzungen machte er aus seiner Ansicht keinen Hehl[10].

Am 28. August 1935 griff Herriot Lavals Außenpolitik im Kabinett mit dem Bemerken an, die vordringlichste Überlegung müsse die sein, im äthiopischen Streit die gleiche Haltung einzunehmen wie Großbritannien. Laval war darin anderer Meinung. Sein Hauptanliegen war, einen Krieg zwischen England und Italien zu verhindern, ohne dabei die Zusammenarbeit Frankreichs mit Italien zu beeinträchtigen. Er führte aus, die britische Politik einer bewußten Feindseligkeit gegenüber Italien hebe sich als solche schon scharf von der Politik Frankreichs ab. Er wolle versuchen, die Engländer zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Frankreich zu bewegen, in Genf und auch andernorts. Falls aber dieser Versuch scheitern sollte, müßten eben die Wege Frankreichs und Großbritanniens in Freundschaft auseinanderführen. Laval gab zu, daß ein englisch-italienischer Krieg eine Katastrophe mit unvorhersehbaren Folgen sein würde. In einer derartigen Auseinandersetzung würde Frankreich Partei ergreifen müssen, und für diesen Fall sah Laval keine andere Möglichkeit, als Großbritannien gegen Italien zu unterstützen. Eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England war undenkbar. Das verfehlte den Eindruck auf Herriot nicht und so erklärte er sich mit Lavals Haltung einverstanden. Das Kabinett gab Laval einmütig volle Handlungsfreiheit für seine Besprechungen mit den streitenden Parteien in Genf[11].

Pompei Aloisi erschien zu dem Treffen des Völkerbundsrats in Genf am 4. September 1935 mit einem ausführlichen italienischen Memorandum, welches das Datum des vorhergehenden Tages trug. Dem Wortlaut des Memorandums ließ sich entnehmen, daß Mussolini zu der Ansicht gelangt war, Italien werde in naher Zukunft seine Rechnung mit Äthiopien begleichen müssen. Die Italiener nahmen den Standpunkt ein, daß England seinerzeit recht daran getan habe, sich der Aufnahme Äthiopiens in den Völkerbund im Jahre 1923 zu widersetzen, und es sei falsch von Frankreich und von Italien gewesen, sie zu begünstigen. Auch hätten die Engländer recht behalten mit ihrem Verdacht, daß Äthiopien seinen Völkerbundsverpflichtungen nicht nachkommen werde. Äthiopien sei eben doch ein barbarischer Staat, in dem ja auch die Sklaverei noch immer nicht abgeschafft sei. Italien, ein Zivilisationsland, sehe sich nunmehr in einen ernsten Streit mit Äthiopien verwickelt. Es könne vor dem Völkerbund eine Gleichrangigkeit Äthiopiens mit Italien nicht länger anerkennen[12].

Die letzten sieben Jahre hatten den raschen Verfall der italienisch-äthiopischen Beziehungen gesehen. Äthiopien hatte die Durchführung des Grenzabkommens von 1928 verhindert. Seinem Angriff auf Wal-Wal lag ein unhaltbarer und bisher auch noch nicht geäußerter Anspruch auf Somali-Gebiete zugrunde, die nie äthiopischer Herrschaft unterstanden hatten, sondern seit langen Jahren fest in der Hand Italiens gewesen waren. Äthiopien hatte es auch versäumt, seine Absprachen mit Italien über einen beiderseits nutzbaren Straßenbau zu respektieren. Ebenso hatte es versäumt, Italien Wirtschaftskonzessionen in jenem Raum zu gewähren, den es in dem Vertrag von 1906 hierfür vorgesehen hatte, und den Vertrag von 1925 einzuhalten. Schließlich hatte es seine Abmachungen mit Italien, England und Frankreich über Zollverordnungen und Waffenhandel verletzt. Die italienische Note enthielt überdies eine lange Liste von Greuel- und Gewalttaten verschiedener Art, die Äthiopien in der Zeit von 1906 bis 1935 verübt hatte[13].

Einen kleinen christlichen Staat Abessinien hatte es schon früher gegeben, doch wurde in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts unter Menelik seine Herrschaft auf riesige Kolonialgebiete ausgedehnt. Das führte zur Verbreitung der Sklaverei. Äthiopien war indessen unter der Bedingung in den Völkerbund aufgenommen worden, daß es die Sklaverei einschließlich des Sklavenhandels abzuschaffen hätte. Ras Tafari, der spätere Kaiser Haile Selassie I., war zu jener Zeit bereits Äthiopiens Regent (der ehemalige Kaiser Lej Yasu

wurde 1921 von Ras Tafari gefangengenommen und bis zu seinem Tode im Jahre 1935, meist stehend, in Ketten gehalten). Er gab das künftige Verbot des Sklavengeschäfts bekannt. Alle nach dem Jahre 1924 geborenen Kinder sollten für frei erklärt werden. In Wirklichkeit wurden jedoch immer noch Kinder versklavt, nachdem Ras Tafari sich 1930 selbst zum Kaiser ausgerufen hatte. Es gab über zwei Millionen Sklaven, fast ebenso viele wie in den Vereinigten Staaten zur Zeit der endgültigen Emanzipation im Jahre 1865. Der Kaiser selbst besaß eine riesige Zahl von Sklaven[14].

Auch die Strafgerichtsbarkeit war in Äthiopien barbarisch, und selbst für viele kleine Vergehen wurde über die Masse der Minderberechtigten die Todesstrafe verhängt. Unerlaubter Waffenverkauf an Dorfhäuptlinge unter Verletzung des Vertrages von 1930 führte in vielen Gebieten zu Anarchie- und Terrorherrschaft, aber auch weithin zu schlimmsten Überfällen sowie zahlreichen Grenzverletzungen. Italien war fest davon überzeugt, das Ansehen des Völkerbundes zu verteidigen, wenn es Gerechtigkeit gegenüber der äthiopischen Aggression forderte[15].

Die italienische Note war ein Dokument des Schreckens. Äthiopien war als Ankläger aufgetreten und hatte mit einem Appell an den Völkerbund die Initiative ergriffen, doch wußte es auf die meisten Punkte der italienischen Note keine Antwort. Damit war der Spieß umgedreht und richtete sich gegen den Ankläger. Inoffiziell erklärte Sir Samuel Hoare zu dieser Sachlage mit typischer Untertreibung: Es läßt sich nicht leugnen, daß Äthiopien ein schlechter Nachbar gewesen ist. Auch die Engländer hätten sich über vieles zu beklagen. Er hatte jedoch nicht den Mut, diese Ansichten offen zu äußern, nachdem der italienfeindliche britische Pressefeldzug einen Höhepunkt erreicht hatte, und die Äthiopier seit Monaten als die unschuldigen Opfer des angedrohten italienischen Angriffs dargestellt worden waren.[16]

Man überließ es Maxim Litwinow, dem Präsidenten des Völkerbundsrats, die Initiative zu ergreifen. Der sowjetische Außenkommissar hatte sich inzwischen eingehend mit der italienischen Note befaßt. Am 5. September antwortete Italien mit einer eindringlichen Mahnung und vertrat beharrlich die Auffassung, in den Völkerbundssatzungen finde sich nicht ein Wort, das dem Völkerbundsrat erlauben würde, gegen Mitgliedsstaaten aufgrund ihrer innenpolitischen Verhältnisse vorzugehen. Allerdings war das eine ungewöhnliche Interpretation. Gemäß Artikel 1 der Völkerbundssatzung hatte die

Vollversammlung das Recht, bei der Zulassung neuer Mitglieder bestimmte Forderungen und Bedingungen im Hinblick auf die innere Lage eines Staates zu stellen. Von diesem Recht hatte man Gebrauch gemacht, und Äthiopien hatte es versäumt, die von ihm übernommenen Mitgliedschaftsverpflichtungen zu erfüllen. Artikel 10 der Satzungen sah vor, daß die Mitglieder sich verpflichten, die territoriale Integrität aller andern Mitgliedstaaten zu achten und zu erhalten, und dem Völkerbundsrat wurde ausdrücklich das Entscheidungsrecht übertragen, ob im jeweiligen Einzelfall diese Bedingung erfüllt worden sei oder nicht. Der Völkerbundsrat wie auch der Politis-Ausschuß verhielten sich Italien gegenüber geradezu handgreiflich unfair. Der Rat stand unter dem Einfluß Litwinows, der eifrig darauf bedacht war, die kapitalistischen Staaten untereinander zugunsten der Weltrevolution zu verfehden[17].

Eduard Benesch wurde am 9. September 1935 für die neue Sitzungsperiode zum Präsidenten der Völkerbundsvollversammlung gewählt. Der Beginn der Aussprache über die äthiopische Frage war für den 11. September angesetzt. Hoare und Laval führten am 10. und 11. September lange Gespräche. Dabei vertraute der britische Außenminister Laval an, man werde binnen weniger Tage eine starke britische Flotte im Mittelmeer zusammenziehen. Die britische Admiralität hatte am 15. Januar 1935, kurz nach der französisch- italienischen Einigung in Rom, die Verdoppelung des britischen Geschwaders in Gibraltar befohlen, offensichtlich ein Akt des Mißtrauens und der Mißbilligung des französisch-italienischen Einverständnisses. Jetzt wollten die Engländer eine gigantische Flotte von 134 Einheiten (800 000 Tonnen) in das Mittelmeer entsenden, um Mussolinis italienische Flotte (300 000 Tonnen) einzuschüchtern. Winston Churchill, der ehedem seiner glühenden Bewunderung für Mussolini Ausdruck gegeben hatte, führte nun einen fieberhaften Feldzug, um die britische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß eine italienische Vorherrschaft in Äthiopien eine tödliche Gefahr für das britische Weltreich bedeuten würde. Er entwarf das phantastische Schreckensbild eines italienischen Geheimplans zur Umleitung des Nils, um die Engländer aus Ägypten zu vertreiben. Alte konservative Argumente hinsichtlich der Sicherheit des Weltreichs verbanden sich mit dem wahnwitzigen Unternehmen, „dem Völkerbund Zähne einzusetzen"[18].

Laval verhehlte Hoare nicht, daß er persönlich es für richtig hielt, Mussolini in Äthiopien freie Hand zu lassen. Er legte Hoare auch ans Herz, es dürfe unter keinen Umständen zu einem Krieg gegen Italien

kommen. Hoare bewunderte Lavals scharfen Witz, seinen wendigen Geist sowie seine vernünftigen Ansichten. Er hoffte, bei der Schlichtung der äthiopischen Zwistigkeiten auf befriedigender Grundlage mit ihm diplomatisch zusammenarbeiten zu können, und versicherte Laval, die meisten Berufsbeamten des britischen Außenamts hielten es für eine ausgesprochene Torheit, sich Italien auf lange Sicht zu entfremden und Mussolini in die Arme Hitlers zu treiben. Eine solche Entwicklung könnte sehr wohl das Schicksal Österreichs wie auch der Tschechoslowakei besiegeln und sogar zu einer deutschen Vorherrschaft auf dem europäischen Festland führen. Hoare warnte Laval jedoch, er könne vor den englischen Parlamentswahlen im November nur wenig tun. Die Toryführer hatten ihn angewiesen, in einer Rede intensiv für den Völkerbund einzutreten. Mussolini würde ihm dies zwar verübeln, aber im Innern würde es den Tories bei den kommenden Wahlen viele Stimmen der Völkerbundsanhänger einbringen (das Ergebnis der Cecil-Befragung zeigte, daß es deren nicht weniger als elf Millionen gab). Laval zeigte sich von der Stellungnahme Hoares befriedigt. Er regte an, die beiden Mächte sollten ihr Vorgehen aufeinander abstimmen, jedoch alle Maßnahmen vermeiden, die zu einem dauernden Bruch mit Italien führen könnten, solange sie nicht in der Lage seien, Schritte zu einer zufriedenstellenden Lösung zu unternehmen[19].

In seiner Rede vom 11. September trat Hoare mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß England auch weiterhin zum Völkerbund stehe, und fügte sogar hinzu, die britische Regierung sei entschlossen, im Völkerbund das feste und wirkungsvolle Werkzeug zur Ausführung jenes kollektiven Sicherungsprogramms zu erhalten, das Litwinow vorschwebte. Die Abgeordneten der Vollversammlung nahmen die Rede mit wahren Begeisterungsstürmen auf. Hoare hatte sich vorbehaltlos dem Völkerbund zur Verfügung gestellt. Laval war durch Herriots Begeisterung über Hoares Rede einigermaßen beunruhigt. Herriot war letzten Endes einer der ersten Fürsprecher einer französisch-italienischen Einigung, die nunmehr infolge der unvernünftigen Haltung des Völkerbundsrats unter Litwinows Leitung offensichtlich gefährdet war. Laval war versucht, Frankreichs Politik gegen die Hoares offiziell abzugrenzen, unterließ es dann aber. Die Folge hätte ein englisch-italienischer Krieg und damit die Zerstörung seiner gesamten Europapolitik sein können[20].

Laval war bekannt, daß ein Großteil der Pariser Presse und auch die meisten seiner Mitarbeiter im Kabinett der britischen Politik im Äthio-

pien-Streit ablehnend gegenüberstanden. Das war verständlich, da Laval selbst sich große Mühe gegeben hatte, die italienische Haltung zu erklären und zu rechtfertigen. Andererseits hatte er allerdings Graf Chambrun angewiesen, Mussolini davon zu unterrichten, daß Frankreich es sich nicht leisten könne, mit dem Völkerbund zu brechen[21].

Die britische Abordnung deutete die Rede Lavals vor der Vollversammlung am 13. September ganz richtig als eine französische Solidaritätserklärung für Großbritannien. Hoare hatte in seiner Rede festgestellt, der äthiopische Streit könnte zur Folge haben, daß ein Sitz im Völkerbundsrat leerstünde. Er hatte nicht erkennen lassen, ob er damit auf England oder auf Italien anspielte. Laval pries die britischen Verdienste um den Völkerbund, doch äußerte er die Hoffnung, Hoare hätte nicht an eine einseitige britische Politik anstelle der bisherigen englisch-französischen Zusammenarbeit in Genf gedacht, als er von dem möglicherweise leeren Ratssitz sprach. Laval räumte ein, er wünsche, daß Italiens rechtsmäßigen Bestrebungen Rechnung getragen werde, und er hoffe, die Engländer würden sich überzeugen lassen, diese Anschauung zu teilen. Er versuchte in seiner Rede mehrfach, einen Ausgleich zwischen Großbritannien und Italien herzustellen, doch hatte er offensichtlich einen Standpunkt bezogen, der dem Großbritanniens viel näher lag. Das spiegelte sich in dem fehlenden Beifall seitens der italienischen Abordnung[22].

Der Völkerbundsrat hatte am 5. September einen Fünferausschuß eingesetzt, dem Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Polens, Spaniens und der Türkei angehörten. Seine Aufgabe sollte sein, eine Lösung des äthiopischen Streits auf der Grundlage des Berichts des Politis-Ausschusses vorzuschlagen. Die Vertreter Polens und Frankreichs neigten dazu, erhebliche Zugeständnisse an Italien zu empfehlen, doch waren sie in der Minderheit. Der Bericht des Ausschusses, der am 18. September vorlag, schlug nur eine unparteiische Berichtigung des derzeitigen Grenzverlaufs zwischen Äthiopien und Somaliland unter Aufsicht des Völkerbundes vor. Die Engländer hatten inzwischen ihre Flotte in das Mittelmeer entsandt. Neville Chamberlain, der englische Schatzkanzler, hielt am 21. September eine Kriegsrede. Er erklärte, die britische Flotte im Mittelmeer dürfte in der Lage sein, das Ergebnis von Kampfhandlungen zwischen Äthiopien und Italien zu entscheiden, wenn sie auch den Ausbruch des Konfliktes nicht unterbinden könnte[23].

Mussolini antwortete am 22. September 1935 mit der Ablehnung der Vorschläge des Fünferausschusses. Hoare und Laval rechneten da-

mit, daß Mussolini nunmehr sofort den Einmarsch in Äthiopien befehlen würde, doch geschah mehrere Tage lang nichts dergleichen. Es standen jetzt 170 000 Mann italienischer Truppen in Ostafrika. Die Engländer rieten zur Mobilmachung der äthiopischen Reserve, und am 28. September 1935 gab Haile Selassie schließlich den Befehl zur Generalmobilmachung. Damit war ein sehr realer Vorwand zur Eröffnung der Kampfhandlungen gegeben, doch erweckten die feindselige Einstellung des Völkerbundes und die Anwesenheit der riesigen britischen Flotte im Mittelmeer Befürchtungen in den Kreisen des italienischen Königshauses und in ganz Italien[24].

Abermals zögerte Mussolini. Die jüngsten Vorgänge in der Völkerbundsversammlung und in Großbritannien ließen es als sehr zweifelhaft erscheinen, ob die Franzosen in der Lage sein würden, die Engländer zu einem Verzicht auf die Eröffnung von Kampfhandlungen zu bewegen. Mussolini sagte dem Grafen Chambrun in Rom, er habe kein Verlangen, die kleine italienische Flotte gegen die britische Seemacht zu erproben. Doch brachte ihn die britische Herausforderung im Verein mit dem Ausbleiben eines Angebots, mit dem man auch nur auf die geringsten italienischen Forderungen eingegangen wäre, schließlich, wie Laval vorausgesehen hatte, zu der Erklärung, er werde nicht zurückweichen. Mussolini hielt am 2. Oktober 1935 eine Rede, in der er ankündigte, Italien beabsichtige, am darauffolgenden Tag die Feindseligkeiten gegen Äthiopien zu eröffnen. Sein Rückblick auf die Entwicklung des Konfliktes mit Äthiopien enthielt scharfe Kritik an Großbritannien, während er mit Frankreich freundlich verfuhr. Der italienische Einmarsch begann am 3. Oktober 1935[25].

Der Völkerbundsrat veröffentlichte am 5. Oktober einen Bericht, der in oberflächlicher Weise auf die Rolle einging, die Äthiopien seit 1923 im Völkerbund gespielt hatte, und der das italienische Anliegen in Bausch und Bogen verwarf. Der Völkerbundsrat verkündete, Italien befinde sich unter Mißachtung seiner Verpflichtungen gemäß Artikel 12 der Völkerbundssatzungen, nach dem Völkerbundsmitglieder schwerwiegende Streitigkeiten dem Völkerbundsrat zum Schiedsspruch unterbreiten müßten, im Kriegszustand. Italien habe nach Artikel 10 eine Kriegshandlung gegen die andern Mitgliedsstaaten des Völkerbundes begangen. Der Völkerbundsrat empfahl der Vollversammlung den Beschluß, Italien wirtschaftliche Sanktionen aufzuerlegen[26].

Die Vollversammlung trat am 9. Oktober zusammen und stimmte für die Annahme des Ratsbeschlusses über die Sanktionen. Der italienische Feldzug in Ostafrika kam gegen die gut ausgebildeten äthiopi-

schen Kräfte nur langsam in Gang, und es sah so aus, als ob es ein langer Krieg werden würde. Die Auferlegung von Sanktionen war für Italien eine ernstzunehmende Gefahr. Dem Grafen Chambrun vertraute Mussolini an, Italien verfüge über mehr als ausreichende Mengen von Waffen und Munition, um mit Äthiopien fertig zu werden, und es habe auch ausreichende Vorräte an Aluminium und kriegswichtigen Metallen. Andrerseits sei die italienische Volkswirtschaft in hohem Maße vom Außenhandel abhängig, und eine Einfuhrsperre für Kohle, Eisen, Baumwolle und Öl würde eine schwierige Lage herbeiführen. In den Vereinigten Staaten hatte Präsident Roosevelt lediglich ein Verbot der Ausfuhr von Waffen in die beiden kriegführenden Länder verhängt, doch befürchtete Mussolini, Roosevelt könnte sich einverstanden erklären, dem italienischen Handel schwerwiegende Hindernisse in den Weg zu legen[27].

Deutschland war, wie die Vereinigten Staaten, nicht Mitglied des Völkerbundes, aber die Deutschen teilten Vasconcellos, dem Vorsitzenden der Sanktionenkonferenz der Vollversammlung, mit, sie würden eine Verstärkung der Ausfuhren nach Italien nicht zulassen. Hitler selbst wünschte eine Niederlage Mussolinis nicht herbei, aber seit den österreichischen Vorgängen vom Juli 1934 unternahm er nichts mehr, um der italienfeindlichen Politik des Außenministers Konstantin von Neurath Zügel anzulegen. Neurath trat dafür ein, Mussolini gegenüber angesichts seiner deutschfeindlichen Politik in Österreich gleiches mit gleichem zu vergelten, und hoffte auch auf eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund. Mussolini befürchtete eine ähnliche unfreundliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wo die Zeitungen in ihrer Mehrheit italienfeindlich gesinnt waren[28].

Laval verfolgte die Vorgänge in Genf mit großer Aufmerksamkeit. Er tat nichts, um dem Waffenausfuhrverbot des Völkerbundes an Italien oder dem Verbot der Gewährung von Anleihen und Krediten entgegenzuwirken. Er beabsichtigte vielmehr, die Ausfuhrsperre für die von Italien benötigten kriegswichtigen Güter zu unterbinden, und es gelang ihm auch in bewundernswerter Weise, in dieser Sache am 26. Oktober mit Hoare ein vorläufiges Einvernehmen zu erzielen. Hoare sicherte zu, die Engländer würden eine Entscheidung über die Ausfuhrsperre für Öl noch zurückstellen, bis ihre auf den 14. November anberaumten Parlamentswahlen stattgefunden hätten. Auch versicherte er, Großbritannien würde den Suezkanal nicht sperren. Laval zeigte sich erkenntlich, indem er französische Unterstützung versprach, falls England von Italien angegriffen würde. Der kanadische Vertre-

ter Dr. Riddell schlug am 2. November vor, man möge Öl, Stahl, Eisen und Kohle auf die Sperrliste setzen, deren Inkrafttreten für den 18. November anberaumt war. Hoare und Laval gaben bekannt, sie hätten weitere Verhandlungen mit Italien in Aussicht genommen, aber sie würden dabei keine bindenden Verpflichtungen eingehen, ohne den Völkerbundsrat zu unterrichten. Laval machte sodann mit Erfolg geltend, diese Verhandlungen würden eine gewisse Zeit beanspruchen, und es gelang ihm, die nächste Sitzung der Sanktionenkonferenz vom 29. November auf den 12. Dezember verlegen zu lassen[29].

Hoare reiste zu den Wahlen nach London, und Laval fuhr nach Paris zurück. Hoare willigte ein, seine Rückreise nach Genf anfangs Dezember in Paris zu unterbrechen, natürlich in Erwartung eines Wahlsieges der Tories. George Lansbury war von der Führung der Arbeiterpartei zurückgetreten, weil die Mehrheit seiner Parteifreunde ungeachtet ihres einstigen Kampfes gegen eine Verstärkung der britischen Rüstung jetzt im Namen des Völkerbunds britischerseits für eine Kriegspolitik gegenüber Italien eintrat. Die Reihen der Arbeiterpartei hatten sich in dieser Frage gespalten, aber die Tories verkündeten einmütig, sie wollten das Ansehen Großbritanniens wie auch des Völkerbundes in Fragen der Weltpolitik erhalten. Sie kehrten mit 387 Abgeordneten in das Unterhaus zurück, gegenüber 154 Labour-Abgeordneten und 61 Mitgliedern kleinerer Gruppen. Das verschaffte ihnen eine erdrückende Mehrheit, aber es vergrößerte in den kritischen Fragen auch die Spaltungsgefahr innerhalb der konservativen Partei[30].

Der italienische Botschafter Cerutti warnte am 22. November in Paris Laval, Mussolini würde es zwangsläufig als eine feindselige Handlung auffassen müssen, wenn Frankreich zu den Ölsanktionen stünde. Die Schritte, die Frankreich bisher in der Frage der Sanktionen getan hätte, betrachte Mussolini andrerseits nicht als Widerruf der französisch-italienischen Übereinkunft vom Januar 1935. Cerutti betonte, Mussolini verfolge in Äthiopien keineswegs unbegrenzte Ziele. Das Ausbleiben einer Kompromißlösung, zu deren Annahme sich Äthiopien gezwungen sehen würde, also eines Kompromisses mit englisch-französischer Unterstützung, lasse jedoch Italien keine andere Wahl als die der Eroberung des gesamten Landes. Laval teilte Cerutti mit, es sei vorgesehen, daß Hoare am 7. Dezember eigens zu dem Zweck nach Paris komme, um einen Vermittlungsplan auszuhandeln, der für Mussolini annehmbar sein und in Genf von Großbritannien und Frankreich unterstützt werden würde. Cerutti beeilte sich, Mussolini davon Kenntnis zu geben, der Laval sein Vertrauen ausdrücken ließ[31].

Laval und Alexis Léger arbeiteten den Entwurf eines Plans aus und ließen eine Abschrift dem Prinzen von Wales zugehen, der versprach, ihn König Georg V. zu empfehlen. Der Plan stützte sich in seinen Grundzügen auf die vorangegangenen Besprechungen zwischen Hoare und Laval in Genf. Er sah einen äthiopischen Korridor zur See nach Assab vor, einen Hafen im italienischen Eritrea, knapp nördlich von Djibuti. Die Äthiopier hatten häufig die Kontrolle über diesen Hafen verlangt, und es hatten nach dem Ersten Weltkrieg in dieser Sache umfangreiche italienisch-äthiopische Verhandlungen stattgefunden. Diese geringfügige Gebietsabtretung von Italien an Äthiopien sollte von der Auslieferung der nordostäthiopischen Tigerprovinz an Eritrea sowie von der Schaffung eines gesonderten Gebietsstreifens im Süden Äthiopiens begleitet sein, der etwa die Größe von Italienisch-Somaliland haben sollte. Laval empfahl, daß der Gebietsstreifen im Süden unter äthiopischer Oberhoheit bleiben, aber der italienischen Besiedlung und wirtschaftlichen Durchdringung offenstehen solle[32].

Die Planer zogen damit die Abtretung von 2 600 Quadratkilometern italienischen Kolonialgebiets an Äthiopien und demgegenüber von mehr als 155 000 Quadratkilometern äthiopischer Gebiete an Italien in Betracht. Der südliche Raum, der italienischem Einfluß zugänglich sein sollte, würde fast 415 000 Quadratkilometer umfassen. Die verbleibenden 582000 Quadratkilometer äthiopischen Gebiets, eine Fläche, größer als Frankreich, größer als Abessinien vor der Zeit Meneliks, die noch dazu alle Bezirke umfaßte, die seit altersher abessinisch waren, würde keinerlei italienischen Einflüssen unterworfen sein. König Georg V. und der Prinz von Wales empfahlen beide lebhaft die Annahme dieser Vorschläge, und Premierminister Baldwin teilte Hoare mit, er werde die Angelegenheit im persönlichen Gespräch mit Kabinettsmitgliedern erörtern. Baldwin bemerkte, daß als einziger Anthony Eden, der als Minister für Völkerbundsangelegenheiten einen Kabinettsrang bekommen hatte, dem Plan ablehnend gegenüberstand. Er versicherte Hoare, der Vermittlungsvorschlag fände ausreichende Unterstützung. Hoare wies Baldwin darauf hin, daß sich die vorgeschlagene Vereinbarung mit den in Genf mit Laval erörterten Entwürfen decke[33].

Sir Robert Vansittart, der ständige Unterstaatssekretär im britischen Außenamt, war Hoare nach Paris vorausgeeilt, wo er noch vor Hoares Eintreffen die technischen Fragen mit dem Quai d'Orsay absprechen wollte. Vansittart nahm unter den führenden Köpfen der britischen Außenpolitik eine einflußreiche Stellung ein, und die Ge-

dankengänge Hoares sagten ihm weit mehr zu als die Sir John Simons, Hoares Amtsvorgängers. Vansittart war von der französisch-italienischen Übereinkunft vom Januar 1935 sehr eingenommen und der Meinung, daß Anthony Eden gegenüber Italien in törichten Vorurteilen befangen sei. Vansittart war ein notorischer Deutschenhasser im Sinne der Überlieferung des britischen Auswärtigen Amtes aus den Tagen Sir Eyre Crowes. Die gemäßigte Einstellung gegenüber Deutschland, wie sie Laval und Mussolini vertraten, war ihm in jeder Weise zuwider. Er stimmte indessen mit Mussolini und Laval darin überein, daß ein österreichischer Marionettenstaat unter italienischem Einfluß das wichtigste Hauptbollwerk gegen die deutschen Revisionsbestrebungen wäre, die das derzeitige europäische Gleichgewicht zugunsten Deutschlands verändern würden[34].

Schon lange bevor Vansittart Baldwins Weisungen bekannt wurden, die in der Abessinienfrage auf eine Kompromißlösung abzielten, hatte er Hoare bedrängt, er möge in diesem Sinne verfahren. Er war hocherfreut, als Anthony Edens unbesonnener Kurs, der in den englisch-italienischen Beziehungen bis hart an eine Katastrophe geführt hatte, während des Sommers 1935 augenscheinlich aufgegeben wurde. So war Vansittart in Paris von einer Mitteilsamkeit, völlig unvereinbar mit jener Vorsicht, deren Lavals heikles diplomatisches Vorgehen bedurfte, um zum Erfolg zu führen[35].

Die Besprechungen zwischen den französischen und englischen Sachverständigen einerseits und zwischen Hoare und Laval andrerseits fanden am 7. und 8. Dezember in Lavals Dienstzimmer im Hotel Matignon und am Quai d'Orsay statt. Am 8. Dezember billigte Hoare den Plan in vollem Umfang und benachrichtigte unmittelbar darauf Baldwin vom Abschluß der Verhandlungen. Am Morgen des 9. Dezember 1935 teilten die Londoner Times mit, Hoare und Laval seien dabei, einen Plan zur Beendigung des italienisch-äthiopischen Krieges vorzulegen, doch sollten die Bedingungen des Planes noch geheim bleiben, bis man sich in Rom und Addis Abeba eingehend mit ihnen befaßt habe. Sobald die Billigung durch Italien und Äthiopien erfolge, werde ihr Inhalt in Genf der Öffentlichkeit übergeben werden. Laval hatte Hoare bei der Schlußbesprechung noch gesagt, er könne sich sofort mit Mussolini in Verbindung setzen, um dessen grundsätzliche Reaktion in Erfahrung zu bringen, und der französische Premier hatte dabei gutgelaunt auf einen Fernsprecher mit privatem Anschluß gedeutet. Er war voller Zuversicht, daß Mussolini annehmen werde, aber man war übereingekommen, den Plan zunächst zur endgültigen Billi-

gung nach London zu übermitteln und sodann nach Rom, Addis Abeba und Genf. Spätestens in den nächsten zwei bis drei Tagen wollte man an Mussolini herantreten[36].

Inzwischen war Madame Tabouis am Abend des 5. Dezember in einem Salon der Pariser Aristokratie mit Vansittart zusammengetroffen. Vansittart war Madame Tabouis schon früher in London begegnet. Sie war ihm als ausgesprochen deutschfeindlich bekannt. Er schmeichelte ihrer Eitelkeit, daß er sich ihr ruhig anvertrauen könne, da sie ja die Abneigung gegen die Deutschen, vor allem gegen Hitler, teilten. Beide wollten Deutschland erbarmungslos und für immer vernichtet sehen, koste es, was es wolle. Vansittart gab im engeren Kreise zu, daß er bei den Kommunisten beliebt sei, obwohl er sie seinerseits verachte. Wie hätte es anders sein können? Das Predigen eines Kreuzzuges gegen Deutschland mußte immer noch am ehesten zu der für die Ausbreitung des Kommunismus und für die Weltrevolution notwendigen gegenseitigen Vernichtung der kapitalistischen Staaten führen. Madame Tabouis bewunderte die Kommunisten nicht weniger als Madame Claire Boas de Jouvenel und die Aussicht auf deren künftige Weltherrschaft bereitete ihr im Unterschied zu Vansittart nicht das geringste Unbehagen. Vansittart kannte die Einstellung der Madame Tabouis Deutschland gegenüber, aber ihre Aufsätze in der französischen Presse hatte er nicht gelesen und wußte auch nichts von ihren früheren Bemühungen, Henri de Jouvenels Mission zur Aussöhnung mit Italien in Verruf zu bringen. Dieser erlag übrigens wenige Stunden nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Äthiopien und Italien im Alter von 59 Jahren einem Herzschlag. Sein Tod war ein schwerer Verlust für Laval, dessen Standpunkt er beharrlich vertreten hatte[37].

Vansittart teilte Madame Tabouis mit, er sei in Paris, um die Einzelheiten des Hoare-Laval-Planes auszuarbeiten, durch den man sich auf Kosten Äthiopiens mit Italien verständigen wolle. Sie ließ sich nichts von dem heftigen Zorn anmerken, den sie bei dieser Nachricht empfand. Sodann erläuterte er ihr sehr ausführlich die Bedeutung italienischer Hilfe gegen Deutschland und wähnte, seine Argumente hätten sie überzeugt. Auch gab er ihr in Umrissen einen genügend klaren Überblick über die Einzelheiten des Schlichtungsplans. Im Laufe des folgenden Tages versuchte Madame Tabouis daraufhin, weitere Auskünfte am Quai d'Orsay zu erhalten, stieß aber dort auf eine Mauer diskreten Schweigens. Lavals Geheimhaltungsorder wurde von Léger genau befolgt. Er war im Gegensatz zu Berthelot für die persönlichen Reize der Madame Claire Boas de Jouvenel und der Madame Tabouis

unempfänglich. Doch spielte das jetzt keine Rolle mehr. Madame Tabouis glaubte, von Vansittart genug erfahren zu haben, um den Plan zum Scheitern zu bringen und um womöglich Laval bloßzustellen, dessen Sturz sie sehnlich herbeiwünschte. Sie konnte ihm seine versöhnliche Einstellung zu Deutschland in der Saarfrage und seine Politik der Zusammenarbeit mit Italien nicht verzeihen[38].

Madame Tabouis vertraute sich André Geraud (Pertinax), dem Sonderberichterstatter des Daily Telegraph und Außenpolitiker des Echo de Paris an. Sie wußte, daß er lebhaft für den Kommunismus und vor allem für Litwinow schwärmte. Geraud war sowohl ihr Schüler als auch ihr Berater und stand ihr mit allerlei Einfällen zur Seite. Er versprach ihr, sich nach weiteren Auskünften in Paris umtun zu wollen, und riet ihr, zum gleichen Zweck eine eilige Reise nach London anzutreten, was sie auch tat. Zwar gelang es weder Madame Tabouis noch Geraud, weitere Auskünfte zu erhalten, doch waren sie entschlossen, sich dessen zu bedienen, was sie von Vansittart erfahren hatten. Am Abend des 9. Dezember 1935, dem Tag nach der letzten Beratung Hoares und Lavals und dem Tag, an dem die Londoner Times die zwingenden Gründe für eine Geheimhaltung dargelegt hatte, veröffentlichte Geraud Aufsätze mit den mutmaßlichen Einzelheiten des Plans im Londoner Daily Telegraph und im Echo de Paris, und Madame Tabouis veröffentlichte einen ähnlichen Aufsatz im Oeuvre[39].

Hoare war von Paris aus für einige Urlaubstage ins Engadin gefahren, wobei es ihm prompt gelang, sich auf der Eisenbahn von Zuoz gleich zweimal das Nasenbein zu brechen. Sein Zustand war ernst, als ihn aus London Meldungen von der Empörung erreichten, die dort die Veröffentlichung gewisser Einzelheiten seiner Vereinbarung mit Laval ausgelöst hatte. Die Tabouis-Version übertrieb die vorgesehenen Zugeständnisse an Italien beträchtlich. In Berlin war man am Abend des 9. Dezember bestürzt, als die Zeitungsartikel bekannt wurden, und sah es als eine Tatsache an, daß Großbritannien und Frankreich Mussolini würden zufriedenstellen können, und daß die von Laval errichtete gemeinsame französisch-italienische Front mit Erfolg gehalten werden könne. Aber schon innerhalb von zwei Tagen stand fest, daß der Plan infolge des in London angefachten Empörungssturmes scheitern würde. Zu ihm wäre es nicht gekommen, wenn Italien und Äthiopien den Plan angenommen und man ihn zuerst in Genf veröffentlicht hätte. Noch am 12. Dezember teilte Mussolini Laval mit, Italien werde den Plan nicht ungünstig aufnehmen, vorausgesetzt, daß die Engländer ihn anerkennen würden. Am 13. Dezember hatte sich Baldwin

dem Sturm jedoch schon gebeugt. Er benachrichtigte Hoare in der Schweiz, er solle nach London zurückkehren und dementieren[40].

Obgleich Baldwin Hoare zuvor versichert hatte, der Schlichtungsplan habe die volle Unterstützung des Kabinetts, abgesehen von den bedeutungslosen Einwänden Edens, bestand er jetzt darauf, daß Hoare die gesamte Verantwortung auf sich nehmen solle, um die konservative Regierung zu decken. Hoare willigte ein, wollte aber nicht dementieren. Er war aufrichtig davon überzeugt, daß der Plan die angemessene Lösung des italienisch-äthiopischen Streites gewesen wäre, wenn man ihn nicht durch vorzeitige Bekanntgabe zum Scheitern gebracht hätte. Hoare bestand auf seinen Rücktritt. Er kehrte nach London zurück und hielt am 19. Dezember im Unterhaus eine Rede, die seinen Rücktritt begründen sollte. Es war weithin eine Verteidigungsrede. Vansittart, der britischerseits zweifellos die Hauptschuld an den Vorfällen trug, hatte recht, als er behauptete, es würde einen besseren Eindruck hinterlassen haben, wenn Hoare seine Politik mit Festigkeit vertreten hätte. Mit andern Worten, Hoare hätte sich etwa folgendermaßen ausdrücken sollen: Dies war meine Politik, jenes waren ihre Beweggründe. Ich bin der Auffassung, daß sie völlig richtig und mit meinen Pflichten als Außenminister durchaus vereinbar war. Die Ernennung Edens zum Nachfolger Hoares schien darauf hinzudeuten, daß man im italienisch-äthiopischen Krieg britischerseits Italien nicht entgegenkommen würde[41].

Madame Tabouis war es gelungen, den Hoare-Laval-Plan zum Scheitern zu bringen. Sie hatte dabei zweifellos auch die Stellung Lavals geschwächt, dessen Sturz zu diesem entscheidenden Zeitpunkt nur ernste Schwierigkeiten für Frankreich nach sich ziehen konnte. Doch Frankreichs Ministerpräsident war eine Kämpfernatur und keineswegs zu einer Kapitulation bereit[42].

Achtes Kapitel

DER STURZ LAVALS

Das Scheitern des mit viel Sorgfalt vorbereiteten Appeasement-Plans war für Laval zweifellos ein schwerer Schlag, doch wäre es lächerlich, in der Durchkreuzung dieses Hoare-Laval-Plans die Ursache für den endgültigen Ruin seiner Politik zu sehen. Am 17. Dezember wandte sich Laval mit einer Rede an das französische Volk, in der er betonte, daß die Ereignisse die grundsätzliche Richtigkeit seiner Außenpolitik nicht widerlegt hätten. Laval hatte nicht alles auf eine Karte gesetzt. In Wirklichkeit hatte vom französischen Standpunkt aus der vereitelte Hoare-Laval-Plan die Lage sogar etwas verbessert. Der Aufruhr wegen des angeblichen Verrats an Äthiopien und der Sturm der Auslandskritik an Großbritannien und Frankreich lenkten die Aufmerksamkeit von der Frage der Ölsanktionen ab. Darüber hinaus stiftete die offensichtliche Bereitschaft des abgetretenen britischen Außenministers, Italien entgegenzukommen, in England Verwirrung und ließ weitere herausfordernde Schritte des britischen Löwen kaum erwarten.

Die Sitzung der Sanktionenkonferenz wurde vom 12. Dezember auf den 18. Dezember verlegt. An diesem Tag versagten dann England wie auch Frankreich neuen Maßnahmen der Konferenz ihre Unterstützung und man ließ ungeachtet der erbitterten Vorhaltungen von seiten Litwinows die Angelegenheit fallen. Eden übernahm am 22. Dezember 1935 die Verantwortung für die britische Politik im Äthiopienstreit, traf aber keine Vorkehrungen zur Ausweitung der Sanktionen. Zwei Wochen danach errang Italien eine Reihe bedeutender Erfolge. Damit war die Sache des Negus verloren. Bis zum Sommer 1936 stand ganz Äthiopien unter italienischer Kontrolle. Der Völkerbund stimmte am 4. Juli 1936 für den Abbruch der Sanktionen gegen Italien[1].

Nach dem Rücktritt Hoares setzte Laval auch ohne Appeasement-Plan viele seiner Ziele durch. Voraussetzung war dabei allerdings stets,

daß er sich das Vertrauen der gesetzgebenden Kammern erhalten konnte. Die Einstellung zum Hoare-Laval-Pakt war in Frankreich eine gänzlich andere als in England. Die Marxisten verdammten natürlich jedes bewiesene Entgegenkommen gegenüber Italien. Der Kreuzzug gegen den Faschismus war Bestandteil ihrer Lehre, mochten sie nun Kommunisten oder Sozialisten, Franzosen oder Engländer sein. Immerhin gab es in ganz Frankreich auch eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Italien, und Laval wußte, daß er noch immer das Vertrauen Mussolinis besaß. Als ein wirkliches Hindernis erwies sich indessen die Haltung der britischen Presse. In London schien man zu glauben, es sei Lavals Pflicht, Hoare in den Ruhestand zu folgen. Man schien dabei zu übersehen, daß Laval als französischer Ministerpräsident nicht nur die Außenpolitik, sondern auch den Kampf für die wirtschaftliche Genesung des Landes zu führen hatte[2].

Laval erinnerte sich, daß die britische Presse beim Sturz Caillaux' im Jahre 1912 wie bei dem Poincarés im Jahre 1924 mitgewirkt hatte. Zwölf Jahre waren seitdem vergangen. Nun war er offenbar an der Reihe. Andrerseits würde sich der Sturm in zwei bis drei Monaten wieder legen, wenn er sich so lange halten konnte. Er wußte, daß nur ein energischer Angriff seinerseits zum Erfolg führen könnte, und war entschlossen, zur Erhaltung seiner Regierung den Kampf seines Lebens zu führen. Gelang ihm das, so würde er noch Zeit genug haben, die Volksfront zu schlagen. Daher gab er bekannt, daß am 27. Dezember 1935 in der Abgeordnetenkammer eine allgemeine Aussprache über seine Politik stattfinden werde[3].

Laval eröffnete die Debatte mit einer ausführlichen, in der Darstellung der jüngsten Ereignisse sehr gewandten und im Ton allen seinen Widersachern gegenüber versöhnlichen Rede. Sie zeugte von dem ehrlichen Bestreben, der Kammer die Zusammenhänge wirklich verständlich zu machen, war aber von einer geradezu brutalen Offenheit. Laval teilte zunächst mit, die Kammer sei auf sein Ersuchen zu einer erschöpfenden Erörterung der französischen Außenpolitik zusammengetreten. Er erinnerte die Mitglieder des Hauses an die Ansprache, die er zehn Tage vorher gehalten hatte, um den französischen Versuch zu erläutern, gemeinsam mit Großbritannien Schritte zur Beendigung des äthiopischen Krieges zu unternehmen. Hoare wäre ja inzwischen zurückgetreten, und Baldwin habe seine Vermittlungsbemühungen aufgegeben. Wörtlich sagte Laval: „Die englische Regierung hat erklärt, — um ihre eigene Formulierung zu benutzen — daß die Pariser Vereinbarungen tot sind[4]."

In diesem Zusammenhang spitzte sich alles auf eine einzige Frage zu, der man nicht aus dem Wege gehen durfte. Hoare hatte im Unterhaus erklärt, seine Handlungsweise sei angemessen und rechtmäßig gewesen und seine Stellungnahme habe mit den britischen Völkerbundsverpflichtungen im Einklang gestanden. Baldwin hatte sich sodann von Hoare distanziert. Welchen Standpunkt bezog also der britische Premierminister? Er behauptete, die Pariser Absprachen ließen sich nicht mit den Völkerbundsverpflichtungen Großbritanniens und Frankreichs vereinbaren. Diese Frage galt es zu untersuchen. Entweder die Behauptung des britischen Premierministers stimmte oder sie stimmte nicht. Das war das einzige Problem der ganzen Debatte. Wenn Baldwin recht hatte, dann hatte Laval eine Politik befolgt, die den Interessen Frankreichs, und das bedeutete sicherlich einer getreulichen Unterstützung des Völkerbundes, zuwiderlief[5].

Laval war der Überzeugung, er könne beweisen, daß der britische Premierminister unrecht hätte, und daß die Initiative Hoares und seine eigene in völligem Einklang mit den französischen Verpflichtungen gegenüber Buchstaben und Geist der Völkerbundssatzung erfolgt sei. Es war deutlich zu erkennen, daß die Zielsetzung der Völkerbundssatzung einem weitverbreiteten Mißverständnis unterlag. Ihr Ziel war es, Kriege zu vermeiden, in Grenzen zu halten und aus lokalen Auseinandersetzungen keine Großbrände entstehen zu lassen. Die Stärke des Völkerbundsgedankens lag in seiner Universalität, in der aktiven Beteiligung aller Völker an einer Gemeinschaft zur Erhaltung des Friedens. Ideal und derzeitige Wirklichkeit klafften allerdings weit auseinander[6].

Italien verließ den Völkerbund, weil es als Angreifer gebrandmarkt worden war. Japan hatte dem Völkerbund aus dem gleichen Grunde den Rücken gekehrt. Deutschland war aufgrund besonderer Beschwerden ausgetreten. Die Vereinigten Staaten waren dem Völkerbund nie beigetreten, die Sowjetunion im vorangegangenen Jahr aufgenommen worden. Doch waren damals nur drei von sieben Großmächten Mitglieder, so daß man dem hohen Ziel der Universalität unter diesen Umständen nicht näherkommen konnte. Bedeutete dies also, daß Frankreich den Völkerbund verlassen wollte? Keineswegs. Aber es bedeutete, daß man sich in schweren Krisenlagen einer praktischen Kompromißpolitik zuwenden mußte[7].

Es gab zwei Möglichkeiten. Der Völkerbund konnte entweder in völlig kompromißloser Weise Stellung beziehen, was zu einem allgemeinen Krieg geführt hätte, oder man mußte einen Kompromiß an-

streben. Der Völkerbund hatte die Mitteilung erhalten, daß Hoare und Laval mit Italien zu verhandeln beabsichtigten. Was sollte mit dieser Verhandlung bezweckt werden? Ziel war das Zustandekommen eines Planes, den sowohl Italien wie Äthiopien annehmen würden, der den Krieg beenden und die Unabhängigkeit Äthiopiens gewährleisten, seine Mitgliedschaft im Völkerbund erhalten und die Rückkehr Italiens in den Völkerbund sicherstellen würde. In der Tat hätte sich die Annahme eines solchen Planes als Wendepunkt zur Erreichung eben jener Universalität erweisen können, deren es bedurfte, sollte der Völkerbund überall erfolgreich und wirksam sein. Der Kompromißplan forderte zwar Äthiopien Zugeständnisse ab, aber er setzte auch den italienischen Wünschen in diesem Land festumrissene Grenzen, deren Einhaltung anders niemals zu erreichen sein dürfte[8].

Der Plan war gescheitert, weil Baldwin ihm seine Unterstützung entzogen hatte, während Laval mit Nachdruck erklärte, er bedaure keineswegs, daß er den Versuch unternommen habe, einen Versuch, der begründete Aussicht hatte, zur Wiederherstellung des Friedens und zur Stärkung des Völkerbundes zu führen. Laval und Baldwin waren hinsichtlich der Vorzüge des gescheiterten Plans verschiedener Meinung. Laval war sogar bereit, auch weiterhin unbeirrt für eine Zusammenarbeit Englands und Frankreichs im Rahmen des Völkerbundes einzutreten. Es hatte auch früher schon Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Großbritannien gegeben. Das war also nichts Neues. Und gelegentliche Unstimmigkeiten konnten Laval keineswegs veranlassen, das größere Ziel einer dauerhaften und harmonischen Zusammenarbeit der beiden Mächte aus den Augen zu verlieren. Der äthiopische Krieg hatte die französisch-italienischen Beziehungen beträchtlichen Spannungen ausgesetzt. Doch war nichts vorgefallen, was Laval davon hätte überzeugen können, daß der Plan eines französisch-italienischen Zusammenwirkens im europäischen Rahmen aufgegeben werden müsse. Laval war entschlossen, sich weiterhin unermüdlich um die Erhaltung des europäischen Friedens zu bemühen, und zur Erreichung dieses Ziels war eine französisch-italienische Zusammenarbeit nicht weniger notwendig als vor dem äthiopischen Krieg[9].

Lavals glänzende Darlegung der Tatsachen hinsichtlich des Völkerbunds und der europäischen Politik wurde oft unterbrochen. Ein Beispiel wird genügen, um den Takt zu veranschaulichen, mit dem Laval solche Störungen meisterte. Er hatte die Redewendung gebraucht: „Im Interesse meines Landes" („aux interêts de mon Pays"). Das war, wie jedermann wußte, die ihm eigene Ausdrucksweise. Der Sozialist Louis

Lallemont aber rief dazwischen: „Sagen Sie ‚unseres' Landes!" Laval hielt inne, lächelte verbindlich und erwiderte dann: „Ich werde ‚unseres' Landes Ihnen zuliebe sagen!" Lavals Rede vom 27. Dezember war die Leistung eines hervorragenden Parlamentariers, der mit unverminderter Treue an seinem Vaterland und dessen politischer Ordnung hing[10].

Der Gegensatz zwischen Lavals außenpolitischen Vorstellungen und denen der Volksfront trat an diesem 27. Dezember in Léon Blums Ansprache vor der Kammer erneut zutage. Die Politik, die Blum im Äthiopienkonflikt befürwortete, war bereits mit nicht geringerer Deutlichkeit dargelegt worden als die von Laval praktizierte. Blum hatte seit Lavals Rombesuch nicht aufgehört, die französisch-italienische Zusammenarbeit zu schmähen. Seine Opposition gegen diese Politik erreichte mit dem Ausbruch des äthiopischen Krieges ein crescendo. Blum hatte im Populaire schon am 8. Oktober 1935 eine kompromißlos militante Stellung bezogen. Er bestand darauf, der italienische Einmarsch in Äthiopien müsse durchkreuzt werden, koste es, was es wolle, und gab zu verstehen, wirksame Sanktionen unter Litwinows Führung könnten den Sturz des Mussolini-Regimes herbeiführen. Das entsprach dem Wunsch der Marxisten in aller Welt. Er trat für eine völlige Einstellung des Handels mit Italien ein und hoffte, die Engländer würden den Suezkanal schließen. Blum erkannte, daß diese Maßnahmen wahrscheinlich zum Krieg mit Italien führen würden, aber er hielt einen Krieg zugunsten Äthiopiens für gerechtfertigt. Eine Minderheit der Sozialisten unter Führung Paul Faures lehnte Blums Standpunkt ab. Sie machten geltend, Blum habe die traditionelle sozialistische Ablehnung einer Lösung internationaler Streitfragen mit kriegerischen Mitteln aufgegeben. Doch wollten sie einen endgültigen Bruch mit der zu Blum haltenden Mehrheit der Sozialisten vermeiden und pflichteten daher der Politik Lavals nicht ausdrücklich bei[11].

Blum begann seine Rede am 27. Dezember mit der spöttischen Bemerkung, Laval habe auf Fragen zu antworten versucht, die er noch gar nicht gehört hätte. Das sei unter den obwaltenden Umständen ja auch verständlich, da Laval angeblich eine rein persönliche Politik verteidigt hätte, nicht aber die solide Politik einer Regierung. Blum bemerkte, Laval habe fast ständig in der ersten Person gesprochen, und das einzige Fürwort, das ihm liege, schiene das Wort ‚ich' zu sein. Dieser Ausfall führte zu einem Gegenstoß. Blum selbst benutzte viermal das Personalpronomen ‚ich' in seinem nächsten, unvollendeten Satz, als er anzudeuten begann, Laval habe seinem Kabinett nicht von den

kürzlich getroffenen Entscheidungen über die zukünftige Politik Kenntnis gegeben. Diese unzutreffende Bezichtigung wurde durch einen wütenden Zuruf von der Rechten unterbrochen: „Sie auch! Sie sagen auch ‚ich'!" Blum hielt inne und entgegnete geschickt: „Ich verspreche ‚wir' zu sagen, sobald ich Premier bin![12]"

Dann wandte er sich wieder seinem Angriff auf Laval zu, und seine Stimme steigerte sich zu einer pathetischen Anklage: „Wenn Ihre Politik zum Erfolg geführt hätte, wäre es Ihr Erfolg gewesen — Sie hätten Ruhm und Lob ganz gewiß mit niemandem zu teilen brauchen — jetzt aber müssen Sie den Vorwurf für Ihr Scheitern tragen. Dieses Scheitern war denn auch so vollständig, so brutal und so prompt, daß ich aus unserer Geschichte kaum ähnliche Beispiele anzuführen wüßte![13]"

Blum rief die Ereignisse der jüngst vergangenen Tage in Erinnerung. Er gab zu, daß Mussolini den Pariser Plan höchst wahrscheinlich angenommen hätte, wenn die Engländer nicht von Hoare abgerückt wären. Er gab auch zu, daß es Laval hätte gelingen können, in der Völkerbundsvollversammlung eine Mehrheit zugunsten des Planes zustandezubringen, bevor die ablehnende amtliche Haltung der Engländer bekannt wurde. Diese Haltung sei aber nun geklärt worden. Mussolini sei an dem Pariser Plan nicht mehr interessiert, und eine Mehrheit in Genf gebe es dafür auch nicht mehr. Ohne jede weitere logische Begründung behauptete Blum, dies sei gleichbedeutend mit dem Scheitern der gesamten, ehrgeizigen Außenpolitik Lavals während der letzten vierzehn Monate. Wie wir jedoch gesehen haben, hatte der Hoare-Laval-Pakt selbst bei seinem Scheitern Lavals Politik noch eindrucksvolle Vorteile gebracht[14].

Der französische Sozialistenführer machte sich die Sprachregelung der britischen Presse zueigen und behauptete, Hoares Abtreten sei eine mutige und vornehme Tat gewesen, an der Laval sich ein Beispiel hätte nehmen sollen. Blum räumte ein, die Toryführer Großbritanniens hätten Hoare zu seinem Vorgehen in Paris ermächtigt, und rief aus: „Sie können die Verantwortung nicht ablehnen wie Baldwin!" Die britischen Beobachter, die der Debatte folgten, hätten an dieser Stelle hellhörig werden und sich zu dem Eingeständnis gezwungen sehen müssen, daß ihre Ablehnung Lavals in Wirklichkeit eine Kampfstellung gegen Frankreich im Sinne des Mächtegleichgewichts war. Laval wich vom Standpunkt Großbritanniens nur in einer wichtigen Frage ab, aber Blum stand in grundsätzlichem Gegensatz zur konservativen Führung Englands und wünschte nichts sehnlicher, als daß die Labourparty sich das Äthiopien-Fiasko zunutzemachte, um neue,

allgemeine Wahlen oder aber eine Beteiligung an der Regierung zu fordern. Die britischen Tories hätten einsehen müssen, daß eine Regierung Laval eher in ihrem Interesse lag als eine der Volksfront, und sie hätten folglich von weiteren Bemühungen Abstand nehmen müssen, Laval das Wasser abzugraben. Es mußte ihnen klar sein, daß sie zu jenem Zeitpunkt nur noch zwischen Laval und der Volksfront zu wählen hatten. Sein Sturz am Vorabend der Nationalwahlen von 1936 würde unvermeidlich die französischen Rechtsparteien unglaubwürdig machen. Tardieu erkannte dies auch und drang in seine Freunde, Laval unter allen Umständen auch weiterhin zu unterstützen. Er ließ es nicht zu, daß seine eigenen Meinungsverschiedenheiten mit Laval, zum Beispiel hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik, der Volksfront in die Hände gespielt hätten[15].

Blum legte eine Pause ein und starrte Laval mit zusammengekniffenen Augen an: „Es wundert mich, daß Sie noch da sind!" René Faure, einer der jüngsten Abgeordneten der Kammer, sprang auf und rief mit lauter Stimme: „Glücklicherweise, im Interesse des Friedens!" Laval nahm diese Ergebenheitsbezeugung dankbar entgegen und quittierte sie mit breitem Lächeln.

Blum hingegen fühlte sich durch sie sichtlich beirrt. Er beklagte sich, Laval reite unermüdlich nur auf einem Thema herum: Entweder meine Politik oder Krieg. Der Gedanke daran bereitete Blum Unbehagen, der in den Tagen der Weimarer Republik ja selber gern das Wort Frieden im Mund geführt hatte, und so wiederholte er sich: „Auch heute noch scheinen Sie zu glauben, Ihre Anwesenheit sei die Vorbedingung für die Erhaltung des Friedens!" Laval nickte bestätigend und auf der Rechten wurde ein Chor von Stimmen laut: „Ja! Ja![16]"

Blum fühlte sich bedrängt. Statt die gewünschte Wirkung hervorzurufen, schienen seine Bemerkungen Lavals Stellung nur zu festigen. Es lag darin eine Art elementarer Gerechtigkeit, insonderheit bei einer so entscheidenden Debatte über die Außenpolitik wie dieser. Lavals innenpolitischer Weg vom Sozialismus bis hin zur Verteidigung der bestehenden Ordnung war lang und wechselvoll gewesen. Doch hatte sich in der Außenpolitik an seinem Eintreten für Frieden und Versöhnung nie etwas geändert, was man von Blum nicht sagen konnte. Blum spürte, daß diese Dinge unausgesprochen im Raum standen. Er versicherte, er könne sich namens der Sozialistischen Partei zugutehalten, daß er stets der Sache des Friedens gedient habe. Doch war sein Aufsatz zur Rechtfertigung eines Krieges Äthiopiens wegen im Populaire in der Ausgabe vom 8. Oktober noch nicht vergessen. Es

erhob sich ein Lärm in der Kammer, und mehrfach wurde ihm zugerufen: „Sie haben eine Kehrtwendung gemacht!" Blum, der sonst stets schlagfertig war, konnte das nicht bestreiten. Er war sichtlich außer Fassung. Zum erstenmal in seiner parlamentarischen Laufbahn verlangte Blum, daß man ihn seine Rede ohne weitere Unterbrechungen zu Ende führen lasse. Es war das Eingeständnis eines Mißerfolges. Das Schlimmste war für Laval vorüber. Trotz der ihm eigenen Tapferkeit hatte er zu Beginn der Aussprache noch ähnlich wie Radowitz am Vorabend der Demütigung Preußens auf dem Kongreß von Olmütz empfunden: Er werde seine Pflicht tun, aber die Niederlage sei eigentlich unvermeidbar. Jetzt erst sah er, daß der Sieg und ein neues Vertrauensvotum immer noch in Reichweite lagen. Sein lebhafter Geist bereitete schon eine zweite Kammerrede vor, noch weit aggressiver als die an jenem Nachmittag gehaltene[17].

Blum hatte inzwischen begonnen, seine kriegerische Einstellung gegenüber Italien mit Vorstellungen zu rechtfertigen, wie sie sonst bei Kommunisten üblich sind. Seine Beweisführung war die: Eine Diktatur habe die Angriffshandlung gegen Äthiopien begangen, und die Angriffshandlung wäre nicht erfolgt, hätte eine Diktatur ihre Hand hier nicht im Spiel gehabt. Die Zweite Internationale stünde für den Frieden, so rief er, und für den Aufbau des Sozialismus in allen Ländern, und dauernder Frieden werde herrschen, wenn man diese Ziele erreicht hätte. Das ähnelte erheblich dem sowjetrussischen Versprechen eines dauernden Friedens für die ganze Welt unter der Herrschaft des Kommunismus. Doch änderte es nichts an der Tatsache seiner eigenen Kriegsbereitschaft für Äthiopien im Jahre 1935. In der Tat ließ er den Krieg auch als einen Nothelfer der Sache des Sozialismus gelten, als er irrigerweise erklärte, die Kriege hätten sich in der Geschichte für die Diktaturen noch immer verhängnisvoll ausgewirkt. Interessant war auch, daß Blum zwar Italien und Deutschland beharrlich als Diktaturen bezeichnete, jedoch niemals der Sowjetunion dieses Etikett anheftete. Die sowjetische „Diktatur des Proletariats" war eben für Blum keine Diktatur. Sie war nur eine Form der Demokratie, die sich für seinen Geschmack ein wenig zu gewalttätig gab[18].

Es lohnt sich, dieser Rede Blums noch etwas weiter zu folgen, um in seine Haltung in Fragen der Außenpolitik weiteren Einblick zu gewinnen. Er brachte um 6.15 Uhr nachmittags einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung ein, setzte dreißig Minuten später zu einem neuen Angriff an, führte seine Zuhörer in das Jahr 1931 zurück und machte einige wenig überzeugende Bemerkungen über Lavals bisherige Lei-

stungen als Ministerpräsident. Blum, eifrig für Sanktionen eintretend, war der Meinung, man hätte solche auch gegen Japan im Falle der Mandschurei anwenden sollen. Trotz Blums vorangegangener Ermahnung unterbrach ihn Charles de Lasteyrie von der Rechten und fragte, ob dem Sozialistenführer bekannt sei, daß auch Hitler etwas mit den derzeitigen Sanktionsbestrebungen gegen Italien zu tun habe. Blum entgegnete, diese Unterbrechung gebe ihm das Stichwort zu einer zwanglosen Überleitung. Er versicherte kurzerhand, die Frage nach Frieden oder Krieg in Europa wie auch die der französischen Sicherheit sei in erster Linie ein französisch-deutsches Problem, nicht ein französisch-italienisches. Man legte dies allgemein als Eingeständnis dafür aus, daß Blum selbst alle Hoffnung aufgegeben habe, Äthiopien noch zu retten. Doch lag darin auch die Absicht, ein für allemal den Gedanken einer Mitwirkung Italiens bei der Niederhaltung Deutschlands unmöglich zu machen. Blum nahm den Standpunkt ein, es liege allein bei Frankreich, Deutschland im Zaum zu halten, wobei er allerdings nicht erläuterte, wie die Franzosen ohne italienische Mithilfe Österreichs Selbständigkeit erhalten könnten. Stattdessen sprach er die Gefühle seiner Zuhörer an: „Die wirkliche Gefahr heißt Hitler mit seinem deutschen Rassisten-Regime, das jeden Tag neue Schrecken zeugt!"

Blum verurteilte Lavals Versäumnis, Deutschlands Wiederbewaffnung durch einen gewaltsamen Eingriff vereitelt zu haben. Auch erklärte er mit üblen Drohworten, über Laval solle ohne jede Möglichkeit einer Berufung das Urteil gesprochen werden („une condamnation sans appel"). Er selbst appelliere nicht an den guten Willen oder die Höflichkeit der Kammer, sondern an ihren Selbsterhaltungstrieb. Er beschuldigte Laval, Frankreich verraten zu haben und beendete seine Rede mit der Bezichtigung, Laval zögere die Ratifizierung des französisch-russischen Bündnispaktes hinaus. Er betonte, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sei die letztgültige und wesentliche Vorbedingung der Sicherheit Frankreichs[19].

Dieser betonte Hinweis auf das Bündnis mit Rußland richtete sich vor allem an die Adresse Edouard Herriots, der mit seiner Gruppe der Radikalen das Schicksal der Regierung Laval in Händen hielt. Herriot hatte sich seit seinem zweiten Besuch in der Sowjetunion im Jahre 1933 nach Kräften für das Bündnis mit Rußland eingesetzt. Auch schon der französisch-russische Nichtangriffspakt von 1932 war als einleitender Schritt für die erforderliche Verbesserung der Beziehungen zu Moskau auf sein Betreiben hin unterzeichnet worden. Laval hatte man von

der Linken her heftig kritisiert, weil er den französisch-russischen Bündnispakt vom Mai 1935 den gesetzgebenden Kammern noch nicht zur Billigung vorgelegt habe. Dafür gab es einen sehr guten Grund. Hitler hatte seit Mai 1935 die Warnung ausgesprochen, falls das Moskauer Bündnis ratifiziert werde sollte, werde Deutschland Gegenmaßnahmen treffen, und Mussolini hatte Laval wissen lassen, daß es ihm nicht möglich sein werde, in voller Stärke an den Brenner zurückzukehren, ehe nicht die Äthiopien-Angelegenheit geregelt sei. Das französisch-italienische Übereinkommen blieb davon unberührt, aber Laval wußte, daß es höchst töricht sein würde, Deutschland des französisch-russischen Bündnisses wegen zu einer Kraftprobe herauszufordern, solange Italien andernorts gebunden sei. Die Marxisten und andere übereifrige Freunde des russischen Bündnisses riefen dagegen nach seinem sofortigen Inkrafttreten, ohne dabei den möglichen Folgen für die Lage Frankreichs Rechnung zu tragen[20].

In dieser Weise nahm auch Paul Reynaud in der Debatte des 27. Dezember 1935 Stellung. Reynaud war in der Kammer der Führer der republikanischen Mitte, die treu zur Regierung Laval stand. Auch Tardieu hatte Verbindungen zu dieser Gruppe. Nun aber brach Reynaud mit Laval, ohne sich mit Tardieu oder den Mitgliedern seiner Gruppe in der Kammer zu beraten. Tardieu schrieb Reynaud einen geharnischten Brief, der ihren gegenseitigen Beziehungen ein für allemal ein Ende setzte. Dieser Brief wurde am 31. Dezember 1935 in Le Temps veröffentlicht. Was die Rechte anbetraf, so blieb Reynauds Angriff die Aktion eines einzelnen, denn selbst die Kammermitglieder der republikanischen Mitte mißbilligten ihn. Er stellte sich jedoch für Laval als ein Gefahrenzeichen wegen der möglichen Rückwirkungen auf Herriot und dessen Gruppe dar[21].

Reynaud war der Auffassung, sein Vorhaben einer inflationistischen Wirtschaftsführung sei geeignet, Frankreich im Innern genesen zu lassen, seine strategischen Vorstellungen würden Frankreich zu einem Heer von größtmöglicher Schlagkraft verhelfen, und seine Gedanken zur Außenpolitik seien unwiderlegbar. Der kleine Mann aus den französischen Alpen, der ebenso wie einst Barthou gern mit seinem skandalösen Privatleben protzte, hatte schrankenloses Selbstvertrauen. So jedenfalls schien es, solange er nicht selbst Verantwortung zu tragen hatte. Später freilich sollte er sich als ein sehr furchtsamer Ministerpräsident erweisen. Der Eckpfeiler seines diplomatischen Gebäudes war die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. So hielt er selbst den verwässerten Viermächtepakt vom Juni 1933 für einen unnötigen

Affront gegenüber der Sowjetunion. Er glaubte ohne jeden Grund, Laval habe gegen seine Überzeugung gehandelt, als er im Mai 1935 den Pakt mit der Sowjetunion unterzeichnete, und er habe es nur getan, weil er der von Barthou eingegangenen Verpflichtung nicht ausweichen konnte. In Lavals Moskaureise erblickte er lediglich eine leere Geste, mit der sich dieser bei den radikalen Wählern von Aubervilliers anzubiedern versucht habe. Sehr zu unrecht glaubte er auch, Laval habe den russischen Pakt nur um seines persönlichen Vorteils willen unterzeichnet und es hätte ihm nie etwas daran gelegen, seine Ratifizierung zu sichern, obwohl Reynaud durchaus bekannt war, daß Laval sich die Mühe gemacht hatte, zuvor die Billigung Mussolinis für diesen Pakt einzuholen[22].

Lavals Scheitern in Großbritannien anläßlich der Äthiopienfrage gab Reynaud Gelegenheit, ein neues Thema anzuschneiden. Er konnte sich jetzt leicht darüber hinwegsetzen, daß Laval die englisch-französische Zusammenarbeit in der Tat am Herzen lag, und stattdessen sich selbst zum eigentlichen Verteidiger der Entente mit Großbritannien aufwerfen, ohne gleichzeitig von seiner Betonung des Sowjetbündnisses ablassen zu müssen. Die feindselige britische Reaktion auf den Hoare-Laval-Pakt bezeichnete Reynaud in seiner Rede als den angeblich „segensreichsten Vorgang in Europa" seit dem offenbar ebenfalls segensreichen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg im April 1917. Während seiner Darlegungen ließ er etliche Male durchblicken, Großbritannien könne, ohne sich zu übernehmen, ein amerikanisches Eingreifen in einen neuen europäischen Krieg sicherstellen.

Ausführlich malte Reynaud sodann die Machtstellung Großbritanniens in der Welt und dessen gewaltiges Prestige aus. Er betonte, Frankreich dürfe in wichtigen außenpolitischen Entscheidungen niemals eine andere Haltung einnehmen als Großbritannien, denn es könne sich nicht erlauben, die britische Hilfe zu verwirken. Dabei setzte er sich über die Tatsache hinweg, daß England dem französisch-russischen Bündnis ablehnend gegenüberstand. Er ließ in grellen Farben das Bild einer gewaltigen Koalition gegen Deutschland entstehen. Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten würden darin die Schlüsselstellungen einnehmen; für Italien würde es in ihr keinen Platz geben.

Reynaud legte weiterhin dar, man solle ein für allemal die Parole Litwinows beherzigen: „Gebietet dem Angreifer Einhalt!" Eine Niederlage Italiens, so behauptete er, werde die Deutschen davon abschrecken, den Status quo anzutasten. Viele Abgeordnete der Kammer

nahmen an, Reynauds Stellungnahme beruhe auf einer vertraulichen Unterrichtung, die er jüngst bei einer Englandreise erhalten habe. Reynaud versuchte diesen Eindruck zu bestärken, um die Vorstellung zu verbreiten, eine gleichzeitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und Großbritannien würde nicht die geringste Reibung mehr mit sich bringen. Er hatte auch nichts dagegen, daß ihn seine Kritiker jetzt als „Mann Englands" abstempelten, eine Kennzeichnung, die früher auf Flandin angewandt worden war. Er glaubte vielmehr, diese Kennzeichnung werde sich künftig als Trumpfkarte erweisen. Ebenso wie Blum trat Reynaud für eine rasche Ratifizierung des Bündnisses mit Rußland ein. Er hatte keine besonderen Vorschläge für den Fall, daß die Ratifizierung zu deutschen Gegenmaßnahmen führte. Es dürfte dabei kaum überraschen, daß Hitler über die Versuche Blums und Reynauds, sich von Mussolini abzusetzen, hocherfreut war und hoffte, es möge ihnen Erfolg beschieden sein[23].

Anatole de Monzie, der italienfreundliche Radikale, ergriff in beredter Weise für Laval Partei. Er verglich den französischen Ministerpräsidenten mit König Ludwig XI., der den Thron in einer Zeitspanne der Verwirrung und Schwäche bestiegen und dann eine Politik der Beharrlichkeit und Stärke geführt habe. Monzie betonte, Frankreichs Stellung in Europa sei seit dem Sturz Poincarés im Jahre 1924 trotz des Rückschlages in Äthiopien stärker als je. Er verteidigte Lavals Italienpolitik und erinnerte die Kammer daran, daß das französisch-italienische Abkommen über Österreich immer noch Gültigkeit besäße. Monzie erklärte, es würde eine Schande sein, wenn sich die französische Kammer vom Rücktritt Hoares in London in ihrer Loyalität gegenüber dem französischen Premier beirren ließe[24].

Laval antwortete seinen Gegnern in der Kammer am folgenden Tag mit einer Rede voll kämpferischer Beredsamkeit und Überzeugungskraft. Er wies die Andeutung Reynauds zurück, Großbritannien stehe Äthiopiens wegen vor einem Krieg gegen Italien, und es stehe dort ganz allein. Hoare hatte in seiner Unterhausrede am 19. Dezember das Gleiche durchblicken lassen. Laval überraschte seine Gegner mit der freimütigen Erklärung, er habe im Oktober 1935 alle Briten mit derartigen Besorgnissen beschwichtigt und für den Fall eines unprovozierten italienischen Angriffs auf die britische Mittelmeerflotte in völlig unzweideutiger Weise England die militärische Unterstützung Frankreichs zugesagt. Laval konnte diese Erklärung abgeben, ohne dabei seine Beziehungen zu Mussolini aufs Spiel zu setzen, der über sie genau informiert war. Laval bekannte, es überrasche ihn, daß seine

Gegner von ihm erwarteten, er werde die Engländer um ihre Mithilfe zur Beendigung des äthiopischen Krieges angehen, ohne dafür seinerseits etwas anzubieten. Nach dieser Eröffnung legte Laval eine kleine Pause ein. Mit einer Gebärde der Rechtfertigung strich er sich mit der Linken heftig sein schwarzes Haar zurück. Dann fragte er die Kammer mit ruhiger Stimme: „Wofür halten Sie mich eigentlich?" Seine Anhänger brachen in langanhaltenden Beifall aus. Seine Gegner blieben still[25].

Man hatte gegen Laval auch den Vorwurf erhoben, er habe schon zur Zeit seines aufsehenerregenden Rombesuchs im Januar 1935 der künftigen Eroberung Äthiopiens durch Italien seine Zustimmung gegeben. Er wies diese Bezichtigung als lächerlich von sich, da zu jener Zeit ein Krieg noch keineswegs unvermeidlich gewesen sei. Im übrigen hatte er am 22. Dezember 1935 einen Sonderbotschafter nach Rom geschickt, der Mussolini einen Brief überbrachte. Laval hatte darin noch einmal im einzelnen die Bedingungen seiner Zusicherung eines wirtschaftlichen Desinteresses Frankreichs an Äthiopien wiederholt, einer Zusicherung, die außer der ja herkömmlichen Bedeutung einer „freien Hand" nichts weiter besagte, und er hatte Mussolini gebeten festzulegen, wie er seinerseits die Dinge sehe. Er hatte den Überbringer in scherzhafter Weise gewarnt, das kürzliche Scheitern des Pariser Planes könnte Mussolini Anlaß geben, den französischen Sonderbotschafter ins Gefängnis zu werfen oder auch ihm den bekannten Tritt zu versetzen. Der Duce antwortete Laval indessen am Weihnachtstag mit einem Brief, er freue sich, bestätigen zu können, daß die vom französischen Ministerpräsidenten entworfene Darstellung der Lage zutreffe, und Laval wünschte nunmehr der Kammer davon Kenntnis zu geben[26].

Damit war die große Kammeraussprache beendet, und Laval gewann seine Vertrauensabstimmung mit einer kleinen, aber ausreichenden Mehrheit von zwanzig Stimmen. Herriot war klar, daß die Parlamentsdebatte in erster Linie ein Zweikampf zwischen Laval und Blum gewesen sei, in dem jener sich zweifellos als Sieger behauptet habe. Herriots parlamentarisches Anstandsgefühl machte es ihm unmöglich, Laval am 28. Dezember 1935 im Stich zu lassen. Er war an diesem Siegestag ehrlich gewillt, auch in Zukunft stets zu Laval zu halten und Regierungsmitglied zu bleiben.

Herriot hatte die politischen Ziele Lavals auf dem Parteitag der Radikalen im Oktober 1935 gegen die Angriffe Daladiers verteidigt, obwohl seine eigene Gefolgschaft zu jenem Zeitpunkt nur eine ein-

deutige Minderheit ausmachte. Er war am 2. Dezember nach England gereist, um die Ehrendoktorwürde der Universität Reading entgegenzunehmen, und Vansittart hatte in einem langen Privatgespräch bewegt auf ihn eingeredet, er möge ungeachtet des äthiopischen Krieges für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien eintreten. In der französischen Kabinettssitzung vom 10. Dezember 1935 hatte Herriot den Ausführungen Lavals über den Pariser Plan zur Beendigung des Äthiopienkrieges zugestimmt. Nunmehr, am 28. Dezember, war Herriot auch gegenüber den geschickten Sirenengesängen Blums standhaft geblieben und hatte Lavals Außenpolitik nach wie vor unterstützt. Auch war er von der Richtigkeit der Wirtschaftspolitik des Premiers überzeugt. 224 Einsparungserlasse Lavals hatten den Haushalt zum erstenmal seit 1935 ausgeglichen und Herriot war überzeugt, daß dieser Leistung eine neue Wirtschaftsblüte folgen werde[27].

Es wäre denn auch kaum zu dem Wahlsieg der Volksfront im Jahre 1936 gekommen, wenn die Regierung Laval nach der außenpolitischen Krise vom Dezember 1935 noch wenigstens sechs Monate hätte im Amt bleiben können. José Germain, der Präsident der Gesellschaft der Kriegsberichterstatter, hatte ein Programm durchgeführt, das zwanzig der führenden Hochschullehrer des Landes zur Verteidigung von Lavals Wirtschaftspolitik in ununterbrochener Vortragsreihe durch alle größeren Städte Frankreichs führte. Es war ein Feldzug, der sich ausdrücklich gegen das Volksfrontbündnis richtete, und seine Ergebnisse waren Mitte Januar 1936 bereits sehr ermutigend. Herriot hatte seinerseits alles getan, die Mitglieder seiner Stadtverwaltung in Lyon daran zu hindern, öffentlich für die Volksfront einzutreten. Jean Guille, der Generalsekretär des Nationalfonds für Landwirtschaftskredite, setzte sich in den ländlichen Gebieten Frankreichs für Laval ein und berichtete, die Stellung des Ministerpräsidenten sei auf dem Lande bereits sehr stark. Paul Creyssel, ein zuverlässiger Anhänger Lavals im Gebiet um Orléans, bezeichnete das Vertrauensvotum vom 28. Dezember 1935 als die Eröffnungskanonade zu einem erfolgreichen Wahlfeldzug gegen die Volksfront. Herriot wußte, daß Laval selbst im Januar 1936 voller Zuversicht mit einem eindrucksvollen Sieg über die Volksfront bei den kommenden Wahlen rechnete[28].

Man mag hier wohl fragen, wie sich für Herriot unter diesen Umständen überhaupt ein Problem ergeben konnte. Die beiden Hauptursachen dafür sind in seiner Eitelkeit und in dem ungewöhnlich starken Druck zu erblicken, der auf ihn ausgeübt wurde. Ein großangeleg-

tes Ränkespiel hatte im Januar 1936 in Frankreich zum Ziel, Herriot zu beeinflussen und zu einer Kehrtwendung zu bewegen, und der britische Botschafter Sir George Clerk wirkte dabei nach Kräften mit. Die britische Regierung hatte im Zuge ihres zielbewußten Bemühens, Frankreich vom Italien Mussolinis zu trennen, praktisch schon jeden ernstlichen Gedanken an Äthiopien aufgegeben und war sich darüber im klaren, daß der Sturz Lavals die unerläßliche Vorbedingung war, wenn dieses Ziel erreicht werden sollte. Sie hatte innerhalb und außerhalb Frankreichs viele Bundesgenossen. Herriot war auf das stärkste von einem anmaßenden Telegramm des Professors James Shotwell beeindruckt, eines einflußreichen amerikanischen Politologen und Geschichtswissenschaftlers in New York. Shotwell war breiten Kreisen Frankreichs aufgrund seiner einstigen persönlichen Freundschaft mit Briand und seines beherzten öffentlichen Eintretens in den Vereinigten Staaten für den Kellogg-Briand-Pakt von 1928 bekannt. Neuerdings war er als ein bekannter Propagandist für kollektive Sicherheit nach den Vorstellungen Litwinows hervorgetreten, die natürlich ausschließlich als ein Weg zur Ausrottung des „Faschismus" zu verstehen war. Shotwells Telegramm forderte den Führer der Radikalen im Namen von tausend amerikanischen Freunden Herriots, deren Unterschriften Shotwell gesammelt hatte, auf, er solle seine Loyalität gegenüber Laval aufgeben[29].

Es lag in Shotwells gänzlich unangebrachter Einmischung in die französische Innenpolitik eine Kühnheit, ja sogar Unverschämtheit, die einem die Sprache verschlagen mochte, doch die Eitelkeit Herriots, der als Vorkämpfer für die Zahlung der Staatsschulden an Amerika sich schon seit langem für den beliebtesten Franzosen in Amerika hielt, war angesprochen. So trug diese amerikanische Einmischung ohne Frage wesentlich dazu bei, daß Herriot Laval schließlich im Stich ließ, da sie ihn für jene intriganten Bemühungen verwundbar machte, denen er sich nunmehr in Frankreich selbst ausgesetzt sehen sollte. Die fadenscheinige Erklärung, die Herriot selber in seinen apologetischen Lebenserinnerungen gegeben hat, die Mehrheit der radikalen Kammerabgeordneten hätte sich geweigert, Lavals Politik zu stützen, ist lächerlich. Diese Sachlage war ja schon auf dem radikalen Parteitag im Oktober 1935 deutlich zu erkennen. Doch war die Unterstützung Lavals durch die Neosozialisten ein ausreichendes Gegengewicht gegen die Mehrheit der Radikalen, die sich unter Führung Daladiers auf die Seite der Volksfront schlug, und man hatte allen Grund zu der Annahme, daß Herriot seine Führungsposition in der radikalen Partei

wiedergewinnen würde, wenn dem Wahlfeldzug der Volksfront 1936 kein Erfolg beschieden wäre[30].

Herriot stand auch in Frankreich unter schwerem Druck. Theodore Steeg, der radikale ehemalige Premierminister, der bisher die Sache Herriots zu seiner eigenen gemacht hatte, riet ihm nun zum Bruch mit Laval. Emile Roche, der mit Herriot eng befreundete Herausgeber der République, gab ihm einen ähnlichen Rat. Auch Madame Tabouis, die den Hoare-Laval-Plan durch gewissenlose und vorzeitige Veröffentlichung dreist zunichtegemacht hatte und damit zu erhöhtem Ansehen gelangt war, fand Gelegenheit, Herriot zu beeinflussen. Dem persönlichen Einfluß jener bestrickenden Jüdin, Madame Claire Boas de Jouvenel, war seit den Tagen, da Edouard Benesch ihr Schutzbefohlener war, nie mehr Erfolg beschieden als jetzt. Ihre Schülerin, Madame Tabouis, holte nun aus, um der Regierung Laval den Gnadenstoß zu versetzen. Sie begann damit bei einem Festessen, das sie am 26. Dezember 1935 zu Ehren Herriots und des Mussolini äußerst feindlich gesinnten Maurice de Rothschild gab. Dieser erste Versuch blieb ohne Erfolg, doch Madame Tabouis setzte ihren Kampf mit tödlicher Zielstrebigkeit fort, wobei ihr André Geraud, ein ebenfalls kommunistenfreundlicher Journalist, nach Kräften zu Hilfe kam. Madame Tabouis und ihr Schüler appellierten an Herriots Eitelkeit und warnten ihn, er werde seinen guten Ruf in den Vereinigten Staaten noch verlieren, wenn er seine Beziehungen zu Laval aufrechterhalte. Auch behaupteten sie, angeblich aus London zu wissen, daß die britische Regierung einer weiteren engen Zusammenarbeit mit Frankreich abgeneigt sei, solange Laval Ministerpräsident bleibe[31].

Herriot gab später zu, daß André Gerauds Argumente ihn beeindruckt hätten. Er redete sich ein, er habe für Laval alles getan, was er tun konnte, aber Geraud habe eben doch recht mit seiner Behauptung, der Rücktritt des Ministerpräsidenten werde wegen der Ablehnung Lavals seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens Frankreich nur zum besten dienen. Ein letzter Versuch Georges Bonnets, Herriot zu überzeugen, es komme jetzt darauf an, Laval wenigstens noch bis nach den Wahlen von 1936 zu unterstützen, blieb erfolglos. Herriot trat am 22. Januar 1936 zurück, und diejenigen der Radikalen, die noch zu ihm hielten, folgten natürlich seinem Beispiel, indem sie entweder aus dem Kabinett ausschieden oder aber ihre Unterstützung in der Kammer zurückzogen[32].

So unterlag Laval dennoch in der letzten Phase der Auseinandersetzung, nachdem er, wie es schien, die Entscheidungsschlacht schon ge-

wonnen hatte. Herriots Entschluß kam dem Ministerpräsidenten Frankreichs völlig überraschend. Es war keinerlei Besprechung der beiden Männer vorangegangen. Laval hatte sich seit dem 20. Januar in Genf aufgehalten, um an der wichtigen Sitzung des Völkerbundsrats über die Frage einer Fortsetzung oder gar einer Erweiterung der Wirtschaftssanktionen gegen Italien teilzunehmen. Als Laval Herriots Verhalten bekannt wurde, sagte er in Genf jedem, der es hören wollte, er würde sofort nach seiner Rückkehr nach Paris zurücktreten. Eine einfache Rechnung bestätigte, was den meisten französischen Politikern bekannt war: Laval konnte vor den Neuwahlen nicht ohne die Unterstützung Herriots regieren.

So kehrte er am 23. Januar mit der klaren Einsicht nach Paris zurück, daß das Spiel verloren sei und daß sich hieran nichts mehr ändern lasse. Am 24. Januar 1936 suchte er den Präsidenten Lebrun auf, um ihm seinen Rücktritt anzubieten. Jean Fabry, der Kriegsminister im Kabinett Laval, gab eine bündige Darstellung der Lage, die durch Herriots Rücktritt herbeigeführt worden war: „Die Lage ist unhaltbar. Pierre Laval hat London und Moskau gegen sich; die Parlamentsmehrheit hält zu London, und die Minderheit zu Moskau." Wenngleich Fabry nicht von den amerikanischen Einflüssen sprach, die bei der Wandlung Herriots eine so bedeutsame Rolle gespielt hatten, bleibt seine Feststellung im Grunde doch zutreffend, denn die amerikanischen Interventionisten vom Schlage Shotwells standen entweder unter britischem oder unter kommunistischem Einfluß. Der Rücktritt Lavals war für das französische Ansehen in Europa ein schwerer Schlag[33].

Neuntes Kapitel

DAS RHEINLAND-FIASKO

Der Sturz des von Hoare mit in den Abgrund gerissenen Laval war ein Verhängnis. Doch sollte sich noch Schlimmeres ereignen. Präsident Lebrun nahm Lavals Rücktritt an und beauftragte Albert Sarraut, der sich infolge seiner Laxheit anläßlich des Marseiller Mordanschlages im Oktober 1934 jedes Vertrauen verscherzt hatte, mit der Regierungsbildung. Eine schlechtere Wahl hätte schwerlich getroffen werden können. Sarraut bildete ein Kabinett und Flandin war bereit, als Außenminister die Nachfolge Lavals anzutreten. Man stellte ihm sehr bald die Frage, was er tun würde, falls Eden Ölsanktionen gegen Italien fordere, doch lehnte er jede Festlegung ab. Eden wartete noch bis zum 2. März 1936 mit der fälligen Forderung. Zu jenem Zeitpunkt eilten die italienischen Heeresguppen bereits ihrem Endsieg in Äthiopien entgegen, und Flandin konnte darauf verweisen, daß es nunmehr zu spät sei, eine drastische Erweiterung der Sperrmaßnahmen mit Aussicht auf Erfolg vorzunehmen[1].

Léon Daudet brandmarkte das Kabinett Sarraut am 26. Januar 1936 in der Action Française mit vernichtender Schärfe als eine schwache, mit der Wahrnehmung der Geschäfte vor den Wahlen befaßte Haushüter-Regierung. Jedermann wußte, was damit gemeint war. Die neue Regierung war darauf bedacht, größeren Entscheidungen und Streitfragen auszuweichen, bis die Wähler am 26. April ihre Stimme abgegeben hätten. Die Regierung rechnete also nicht damit, die Wahlen überdauern zu können, und Sarraut wußte, daß seine Tätigkeit nichts als eine Verlegenheitslösung war. Demgemäß sollten in der Innenpolitik keinerlei entscheidende Maßnahmen getroffen werden, und man hoffte, auch in der Außenpolitik keine Überraschungen zu erleben[2].

Trotzdem stellten Blum, Reynaud, Herriot und Paul-Boncour Sarraut und Flandin unbekümmert die Frage, ob der Rücktritt Lavals nicht

zwangsläufig dazu führe, den russischen Bündnispakt den gesetzgebenden Kammern unverzüglich zur Billigung vorlegen zu müssen. Die neue Führung hätte darauf bestehen sollen, die Entscheidung bis nach den Wahlen aufzuschieben, aber sie wagte sich einem derartigen Druck nicht zu widersetzen. Auch wurde Laval nicht konsultiert. Stattdessen stimmten sie für die Vorlage des Vertragswerkes. Die Aussprache über die Ratifizierung begann am 11. Februar 1936. Philippe Henriot äußerte sich abfällig über einen Bündnisvertrag mit einer Macht, deren als Vertreter Frankreichs maskierte Agenten in der Abgeordnetenkammer säßen. Seine farbenreiche Beredsamkeit erregte wieder einmal Aufsehen, aber im ganzen war die Aussprache recht apathisch, als wollte man damit den dramatischen Sturz Lavals ausgleichen[3].

Hitler gewährte am 23. Februar Bertrand de Jouvenel eine Unterredung. Er wußte, daß die Kammer in wenigen Tagen über den Bündnispakt abstimmen würde, und hoffte, ihre Beratungen mittelbar beeinflussen zu können. Es war ihm keineswegs an einer Kraftprobe in der Bündnis- und in der Rheinlandfrage gelegen. Er unterstrich seine aufrichtige Sympathie für Frankreich, wies darauf hin, daß zwischen beiden Ländern keinerlei strittige Grenzfragen existierten, und gab zuversichtlich der Erwartung Ausdruck, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich in Zukunft zunehmend bessern würden[4].

Sowohl Bertrand de Jouvenel als auch Hitler hatten natürlich damit gerechnet, daß die Unterredung entsprechend der allgemeinen und üblichen Praxis am folgenden Tag unverzüglich im Matin veröffentlicht werden würde. Stattdessen bewogen Flandin und Sarraut die Herausgeber, die Veröffentlichung hinauszuschieben, bis die Kammer den Vertrag gebilligt hätte. Diese kleinliche, schikanöse Maßnahme war unehrenhaft gegenüber Hitler, unfair der Kammer gegenüber und in jeder Hinsicht äußerst herausfordernd. Wie jeder andere Politiker wünschte auch Hitler seine Bemerkungen im Zusammenhang mit jenen Ereignissen veröffentlicht zu sehen, zu denen er sich geäußert hatte[5].

Alle Kammerredner hatten, ob nun zutreffend oder entstellt, die Bedeutung der Haltung Hitlers Frankreich gegenüber zu eben jenem Zeitpunkt betont, als der Vertrag mit der Sowjetunion erörtert wurde. In der Tat hatten viele von ihnen vorausgesagt, Hitler werde eine Billigung der Verträge durch die Kammer mit der Aufhebung der Locarnoverträge beantworten, und Flandin fühlte sich bemüßigt, zu bemerken, solche Spekulationen seien „unzweckmäßig" und „Frankreich

abträglich". Über das Ergebnis der Aussprache konnten keine großen Zweifel mehr bestehen, nachdem die Regierung selber dem Vertrag gegenüber eine Haltung wohlgefälliger Selbstsicherheit an den Tag gelegt hatte. Schon Barthou und Laval, Herriot und Daladier, Tardieu und Reynaud waren für das Bündnis mit der Sowjetunion eingetreten. Keiner der Regierungssprecher war auch nur am Rande auf die Bedeutung einer italienischen Verpflichtung zur Unterstützung Frankreichs im Rheinland zu sprechen gekommen, so wenig wie auf die Notwendigkeit, zu warten, bis Mussolini wieder in voller Stärke am Brenner stände. Es war jedermann klar, daß Italien Frankreich für die Dauer der Sanktionen in keiner wichtigen Frage unterstützen würde. Der Vertrag wurde am 27. Februar mit 343 gegen 64 Stimmen bei vielen Stimmenthaltungen gebilligt. Das Hitler-Interview vom 23. Februar wurde erst tags darauf veröffentlicht[6].

Das deutsche Staatsoberhaupt machte aus seiner durchaus begründeten Entrüstung keinen Hehl, und François-Poncet drahtete ehrlich bestürzt eine neue Warnung aus Berlin, man möge sich auf mögliche deutsche Gegenmaßnahmen im Rheinland vorbereiten[7].

Hitler entschloß sich aus Vergeltungsgründen, am folgenden Wochenende gleichsam in feierlicher Form der Entmilitarisierung ein Ende zu bereiten und ein symbolisches Truppenkontingent ins Rheinland zu entsenden. Er fand für seinen Plan an Außenminister Konstantin von Neurath eine kräftige Stütze, obwohl seine obersten militärischen Berater verständlicherweise beunruhigt waren und ihren schlimmsten Befürchtungen Ausdruck gaben. Hitler räumte ein, daß eine französische Gegeninvasion ihn veranlassen würde, seine Truppen an den Rhein zurückzuziehen, und daß eine Wiederbesetzung des Rheinlandes durch französische Truppen ein ernster, wenn auch nicht tödlicher Rückschlag für Deutschland sein würde. Die Entscheidung sollte in der Mittagsstunde am Sonnabend, dem 7. März 1936, fallen[8].

Hitlers Entscheidung konnte den französischen Amtsstellen in keiner Weise überraschend kommen. Das Zweite Büro, der mit Recht so berühmte französische Geheimdienst, der sich schon im Ersten Weltkrieg als unübertrefflich erwiesen hatte, warnte während der Kammeraussprachen im Februar 1936 wiederholt das französische Außenamt, daß deutsche Gegenmaßnahmen im Rheinland in hohem Maße wahrscheinlich, wenn nicht gar mit Sicherheit zu erwarten seien, falls die Kammer den Rußlandpakt billige. Dem Büro lägen hierfür durchaus unanfechtbare Beweise vor, so auch Verträge zwischen dem deutschen Heer und Gemeinden in dem entmilitarisierten Gebiet. Das Büro

versuchte ohne Erfolg, den genauen Zeitpunkt für den geplanten Schritt Hitlers festzustellen. Die deutschen Soldaten selber erfuhren ihr Marschziel erst, als sie schon den Rhein überschritten[9].

Dem Büro war Hitlers Achtung vor Mussolini bekannt. Es hatte deshalb die italienische Zusammenarbeit mit Frankreich für eine wirksame Schranke gehalten, bis Laval plötzlich aus seiner Machtstellung entfernt wurde. Das Büro wies Flandin und die ständigen Beamten des Quai d'Orsay warnend noch etliche Wochen vorher auf Hitlers Schritt und darauf hin, daß eine bloße Machtkundgebung die Deutschen keineswegs zum Rückzug bewegen werde. Dem Büro war bekannt, daß Deutschland im Februar 1936 tatsächlich mehr Heeresdivisionen unter Waffen hielt als Frankreich und demgemäß eine französische Mobilmachung erforderlich sein würde, falls man mehr als nur einen papiernen Einspruch erwöge. Auch glaubte das Büro nicht, daß eine Mobilmachung und eine militärische Besetzung des Rheinlandes durch Frankreich die Krise lösen oder beenden würde. Es war vielmehr überzeugt, daß Hitler Widerstand leisten und daraus ein größerer Krieg mit unberechenbarem Ausgang entstehen würde[10].

Es war durchaus möglich, daß England einen Widerstand von seiten Deutschlands begrüßen würde. Auch hatte das Büro keine hohe Meinung von der militärischen Hilfe, die Frankreichs Ostbündnisse ihm zukommen lassen würden. So war das Gesamtbild, das die französischen Geheimdienstsachverständigen entwarfen, für eine bloße Zwischenregierung, die nur während eines Wahlfeldzuges amtierte, recht beängstigend. Hitler hatte recht mit seiner Annahme, die Regierung Sarraut würde nicht genug Verantwortungsfreudigkeit aufzubringen vermögen, um einer deutschen Herausforderung tatkräftig zu begegnen. Vor allem durfte man annehmen, daß das französische Zwischenkabinett wie gebannt nach London blicken würde, wo man damals in erster Linie ja nicht gegen Deutschland, sondern gegen Italien eingenommen war. Reynaud hatte die Notwendigkeit unterstrichen, alle Maßnahmen mit Großbritannien abzustimmen. Laval war in erster Linie wegen französischer Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien gestürzt worden. Man hatte guten Grund zu der Annahme, daß Sarraut sich jeder beliebigen britischen Entscheidung beugen würde. Die französische Schwäche durfte als zwangsläufige Folge des Sturzes von Laval gelten.[11]

Pierre-Etienne Flandin war seinerseits zu diesem Zeitpunkt allerdings der Auffassung, man sollte doch die Wiederbesetzung des Rheinlandes durch Deutschland nicht dulden. Die Gedankengänge Bar-

thous und Lavals hierüber waren ihm durchaus vertraut. Doch unterschied sich die Sachlage im März 1936 erheblich von derjenigen, der sich Laval möglicherweise gegenübergesehen hätte. Dieser hatte zu Louis Pages, seiner rechten Hand in der Verwaltung von Aubervilliers, noch mit überlegener Zuversicht sagen können: „Ich werde niemals meine Unterschrift unter einen Mobilmachungsaufruf setzen." Er war davon überzeugt, daß Hitler, solange Italien und Frankreich gemeinsame Sache machten, niemals eine Herausforderung in der Rheinlandfrage wagen würde. Hitlers Entschlossenheit, eine entscheidende Auseinandersetzung mit Mussolini um jeden Preis zu vermeiden, gab in der Tat Grund zu dieser Annahme. Doch Flandin und Sarraut hatten es unternommen, eine Rheinlandkrise heraufzubeschwören, ohne dabei Laval, den gestürzten Staatsmann, auch nur zu konsultieren, als es für jedermann ersichtlich war, daß Frankreich nicht mit italienischer Unterstützung rechnen konnte[12].

Es gab denn auch nur einen Mann im Kabinett Sarraut, der völlig unbeirrt blieb in seinem Verlangen, Frankreich solle sich unter allen Umständen einer deutschen Herausforderung im Rheinland widersetzen, und das war Georges Mandel, der Verkehrsminister. Dieser temperamentvolle Jude, der in Clemenceaus Kriegskabinett die Rolle eines Holstein gespielt hatte, war darauf bedacht, das militärische Eingreifen Frankreichs gegen den deutschen Nationalsozialismus sicherzustellen. Er hätte natürlich einen Eingriff Frankreichs unter den günstigsten Voraussetzungen vorgezogen, doch war er zur Intervention für den Fall ungünstiger Bedingungen nicht minder entschlossen. Krieg gegen Deutschland war für Mandel Selbstzweck. Die andern Kabinettsmitglieder ließen diese Art von Besessenheit vermissen und hegten auch keine derartigen Überzeugungen[13].

Flandin bekannte am 13. Februar 1951 vor dem Untersuchungssonderausschuß des französischen Parlaments, Blum und Reynaud hätten außerordentlich intensiv darauf gedrängt, den französisch-russischen Bündnispakt der Kammer zu unterbreiten. Er glaubte nicht, daß er als der Außenminister einer Zwischenregierung sich einem solchen Druck hätte entgegenstemmen können oder sollen. Laval hatte sich vor seinem Sturz im Januar 1936 einem ähnlichen Druck über sechs Monate lang unverdrossen widersetzt[14].

Flandin beklagte sich schon am 4. Juli 1947 vor dem Parlamentsausschuß, es bestehe ein erschreckender Gegensatz zwischen Frankreichs Stellung bei seinem Rücktritt als Ministerpräsident im Mai 1935 und jener, die er bei seinem Wiedereintritt in die Regierung als Außen-

minister im Januar 1936 vorfand. Er machte für diesen Unterschied nicht Laval verantwortlich, sondern setzte sich mit der Spannung der französisch-italienischen Beziehungen auseinander, die Edens Sanktionsfeldzug erzeugt hatte, führte an, daß Italien in Äthiopien gebunden und vom Brenner ferngehalten worden, Frankreich aber so gut wie gelähmt gewesen sei, weil die herannahenden Wahlen zu einer Zersplitterung der öffentlichen Meinung geführt hätten. Er unterließ es, auf die offensichtliche Tatsache einzugehen, daß diese Lähmungserscheinungen nicht so sehr durch die herannahenden Wahlen als vielmehr durch den Sturz der starken Regierung Laval verursacht worden waren[15].

Flandin erinnerte daran, daß er Ende Januar 1936 an der Beisetzung König Georges V. in London teilgenommen habe. Er hatte damals den britischen Außenminister Eden gefragt, was England unternehmen würde, falls Hitler auf die Ratifizierung des französisch-russischen Paktes durch die gesetzgebenden Kammern Frankreichs hin das deutsche Rheinland besetze. Eden hatte erklärt, er habe nicht die leiseste Vorstellung, was die Engländer tun würden, und darauf vorgeschlagen, Flandin möge Premierminister Baldwin fragen. Dieser hatte dann zugegeben, für einen solchen Fall habe man keine britische Gegenmaßnahme geplant, und darauf den Schwarzen Peter geschickt Flandin zugespielt. Er fragte nämlich, was Frankreich im Falle der erwarteten Vergeltungsmaßnahme Hitlers zu tun gedächte. Flandin gestand einigermaßen betroffen, die Franzosen hätten noch kein Programm für diesen Fall vorgesehen. Vieles würde vielmehr davon abhängen, die Politik Frankreichs mit der englischen Politik in Einklang zu bringen. Baldwin und Eden erteilten daraufhin Sir George Clerk, dem britischen Botschafter in Paris, prompt die Weisung, einer Erörterung von Einzelheiten dieses heiklen Themas mit den französischen Politikern aus dem Wege zu gehen[16].

Die Angelegenheit wurde in Frankreich den ganzen Februar hindurch des längeren und breiteren von den Kabinettsministern und den Militärbefehlshabern besprochen. General Louis Maurin, der nach Fabry Kriegsminister geworden war, besprach mit Flandin die Berichte und die Untersuchungsergebnisse des Zweiten Büros. Er gab zu, daß eine allgemeine Mobilmachung erforderlich sei, wolle man einem französischen Vorgehen im Rheinland Nachdruck verleihen, und erinnerte Flandin daran, schleunigst einen Offensivplan improvisieren zu lassen, da die derzeitigen Kriegspläne des französischen Heeres ausschließlich französische Gegenmaßnahmen gegen einen angenom-

menen deutschen Angriff zum Inhalt hatten. Das französische Kabinett beauftragte Flandin, Eden am 2. März in Genf mitzuteilen, die französische Regierung werde für den Fall einer deutschen Verletzung der Locarnoabmachungen ihre bewaffnete Macht dem Völkerbund zur Verfügung stellen. Das kam dem Eingeständnis einer Lähmung des französischen Heeres gleich. Flandin, der damals mit Eden über gewisse Einzelheiten der Frage der Sanktionen gegen Italien verschiedener Meinung war, vermochte den Engländern nicht die geringste Reaktion zu entlocken, obwohl nunmehr fünf Wochen verstrichen waren, seit er die Frage in London angeschnitten hatte. Er drängte Eden, nach seiner Rückkehr nach London am 4. März das britische Kabinett zu fragen und Frankreich umgehend von der britischen Haltung Kenntnis zu geben. Als Hitler dann am 7. März 1936 seine Aktion durchführte, war noch keinerlei Antwort eingetroffen[17].

General Maurice Gamelin, ein protégé des Marschalls Petain, wurde als Nachfolger General Maxime Weygands am 21. Januar 1935 General-Inspekteur des französischen Heeres. Er setzte dem französischen Parlamentsausschuß am 2. Dezember 1947 eingehend auseinander, er habe ursprünglich nicht auf eine allgemeine Mobilmachung alsVorbedingung einer französischen Vergeltung auf einen deutschen Vorstoß im Rheinland hin bestehen wollen, sondern nur nebenbei die Bemerkung fallen lassen, eine allgemeine Mobilmachung würde ratsam sein. Er erkannte, daß die Zwischenregierung der fatalistischen Auffassung war, nicht genug Autorität zu besitzen, um einen so drastischen Schritt wie eine allgemeine Mobilmachung zu unternehmen[18].

Albert Sarraut führte am 10. Februar 1948 vor dem Parlamentsausschuß Klage, General Gamelin habe der nachdrücklichen Feststellung General Maurins keineswegs eindeutig widersprochen, daß eine allgemeine Mobilmachung für ein tatkräftiges Vorgehen unerläßlich sei. Sarraut und Gamelin ließen sich tatsächlich in einen peinlichen Streit darüber ein, ob die zivile oder die militärische Führung in erster Linie für die Schwäche der französischen Position verantwortlich gewesen sei. In Wirklichkeit kann es keinen Zweifel geben. Das Kabinett hatte es als notwendig erachtet, über die Rheinlandpolitik zu einem Einvernehmen mit Großbritannien zu gelangen. Flandin war es am 27. Januar 1936 nicht gelungen, mit Baldwin und Eden eine Einigung zu erzielen. Es war unentschuldbar, daß Sarraut und Flandin am 11. Februar 1936 den französisch-russischen Bündnispakt der Kammer vorlegten, ohne zuvor ein Übereinkommen mit den britischen Staatsmännern erzielt zu haben, und dann den Militärbefehlshabern Frankreichs die Erforder-

nisse der Lage darzulegen. Hätten die französischen Militärs daraufhin auf einer allgemeinen Mobilmachung bestanden und die Regierung sich dahingehend entschieden, angesichts ihres begrenzten Auftrags die Verantwortung für einen solchen Schritt nicht übernehmen zu können, so wäre es immer noch möglich gewesen, alles bis zu den Wahlen zurückzustellen. Es war ein Zeichen unverzeihlicher Schwäche, daß man sich für die Ratifizierung entschied. Die Folgen waren katastrophal[19].

André François-Poncet, der 1931 aus der französischen Abgeordnetenkammer ausgeschieden war, um auf Lavals Weisung hin den Posten des Botschafters in Berlin zu übernehmen, äußerte sich am 2. März 1948 vor dem Parlamentsausschuß sehr abfällig über den Beschluß Sarrauts und Flandins, den russischen Bündnispakt im Februar 1936 der Kammer zur Ratifizierung vorzulegen. François-Poncet, dessen persönliches Verhältnis zu Hitler ausgezeichnet war, hatte Flandin gewarnt, das nationalsozialistische Regime sei in Deutschland fest verankert und werde auch durch das Eindringen französischer Truppen ins Rheinland nicht gefährdet. Er war der Überzeugung, daß ein französischer Eingriff zu einem größeren Krieg führen würde, und er sagte Flandin voraus, Polen und die Tschechoslowakei würden Frankreich nicht zu Hilfe kommen. Späterhin, nachdem das polnische Angebot bekanntgemacht worden war, Frankreich während der Krise zur Seite zu stehen, blieb François-Poncet dabei, die Polen hätten nur eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland heraufbeschwören wollen, würden aber selbst keine wirkliche Intervention gewagt haben, bevor nicht die kriegerische Auseinandersetzung bereits zugunsten Frankreichs entschieden gewesen sei. Da Frankreich untätig blieb, ließ sich der Wert dieser These nicht überprüfen. Becks Politik hatte allerdings etwas unbestreitbar Zwiespältiges an sich. Er erbot sich insgeheim, mit seinem Land an der Seite Frankreichs am Krieg teilzunehmen, übergab aber der Nachrichtenagentur Iskra andrerseits eine öffentliche Erklärung, in der er den Standpunkt Deutschlands verteidigte[20].

Joseph Paul-Boncour trat der Regierung Sarraut im Januar 1936 als Staatsminister bei. Auch er trug in erheblichem Maße Verantwortung für den Flandin erteilten Rat, den russischen Bündnispakt der Kammer zuzuleiten. Paul-Boncour vertrat in seinen 1946 veröffentlichten Erinnerungen die Meinung, es sei nur eine schwache Entschuldigung, wenn man den Engländern die Schuld an dem Rheinland-Fiasko gäbe. Das traf ohne Zweifel zu, denn das französische Kabinett hatte sich durch sein Vorgehen Hals über Kopf in die Krise gestürzt. Für die

französische Kammer bestand kein ausreichender Grund, im Januar 1936 den britischen Einflüsterungen zu folgen und Laval zu stürzen. Paul-Boncour allerdings unternahm am 9. März 1948 mit großem Eifer den Versuch, den französischen Parlamentsausschuß zu überzeugen, daß Laval für die Schwierigkeiten verantwortlich gewesen sei, denen sich Frankreich im März 1936 gegenübergesehen habe[21].

Paul-Boncour hielt sich für einen besseren Schüler Briands als Laval. Auch meinte er, eher eine Glaubens- als eine Vernunftleistung, die unheilvolle Friedensregelung von 1919 sei gerechter und angemessener gewesen als die europäische Ordnung von 1914. Er übte Kritik an Lavals Italienpolitik, obwohl er zugab, daß er selber als Ministerpräsident und als Außenminister im Jahre 1933 die Vorarbeiten für die Entente mit dem Italien Mussolinis in die Wege geleitet habe. Paul-Boncour beklagte sich, Laval habe die beiderseitige Übereinstimmung mit Italien zu stark betont, das Bündnis mit der Sowjetunion dagegen zu wenig. Seit dem Jahre 1933 für das Sowjetbündnis eintretend, fühlte er sich nach dem Sturz Lavals verpflichtet, auf dessen rasche Ratifizierung zu dringen. Das war eine gedankenlose, rein gefühlsmäßige Reaktion und führte zugegebenermaßen eine äußerst mißliche Lage herbei. Doch stellte Paul-Boncour die erstaunliche Behauptung auf, zu dieser Lage wäre es nicht gekommen, wenn Laval im Mai 1935 den Pakt gar nicht erst unterschrieben hätte, ohne zuvor zufriedenstellende Vereinbarungen mit Polen und Rumänien über die Beteiligung sowjetischer Truppen an Kampfhandlungen gegen Deutschland in Mitteleuropa erzielt zu haben. Paul-Boncour wandte weiterhin ein, solche Vereinbarungen wären 1934 oder 1935 auch durchaus erreichbar gewesen. Er erwähnte sein eigenes Freundschaftsverhältnis zu Josef Beck, einen angeblich wichtigen Faktor, dessen man sich mit Erfolg hätte bedienen können[22].

Das Argument Paul-Boncours ist aus zwei wichtigen Gründen gänzlich unhaltbar. Die Besuche Barthous in Polen im April 1934 und in Rumänien im Juni 1934 lieferten den eingehenden Beweis dafür, daß ein Durchmarschrecht sowjetischer Truppen durch Polen oder Rumänien als eine Frage der diplomatischen Praxis im Jahre 1934 überhaupt nicht in Betracht kam. Barthou hatte aus diesem Grunde bei den polnischen und rumänischen Politikern sondiert, und ihre Antworten waren stets unnachgiebig ablehnend ausgefallen. Paul-Boncour gab zu verstehen, daß zumindest die polnische Haltung wohl eine andere gewesen wäre, wenn die Franzosen ihre Beistandsverpflichtung von der Annahme russischer Waffenhilfe durch die Polen abhängig gemacht

hätten. Er ließ hierbei die Tatsache außeracht, daß die jüngst erfolgte polnische Annäherung an Deutschland Polen zu einer starken diplomatischen Stellung verholfen hatte. Ein solches französisches Ansinnen gegenüber Polen, wie es späterhin von Paul-Boncour vorgeschlagen wurde, wäre bei Pilsudski und Beck nur auf Hohn und Verachtung gestoßen. Hatten ja doch beide Barthou versichert, Polen werde niemals und unter gar keinen Umständen militärisch mit der Sowjetunion zusammenarbeiten[23].

Der zweite Einwand ist womöglich noch einleuchtender. Wenn nämlich schon die Unterzeichnung des Sowjetpaktes übereilt oder man dabei schlecht beraten war, warum schlug dann Paul-Boncour Flandin nicht vor, wenigstens vor der Ratifizierung des Vertragswerkes zweckentsprechende Abmachungen mit Polen und Rumänien zu treffen? Das hätte zu einer Verzögerung geführt, und Herriot und Reynaud hätten dann natürlich geargwöhnt, Paul-Boncour widersetze sich insgeheim dem Bündnis mit der Sowjetunion. Dasselbe hatten sie gegen Laval geltend gemacht. War indessen der Gesichtspunkt des jeweiligen Prestiges, das Paul-Boncour bei den andern Fürsprechern des Sowjetbündnisses genoß, nicht von untergeordneter Bedeutung gegenüber den folgenschweren Entscheidungen, um die es hier ging? Paul-Boncours Versuch, die Schuld auf Laval abzuwälzen, ließ sie nur umso deutlicher auf ihn selbst zurückfallen[24].

Man hatte die Ratifizierung des Sowjetbündnisses aus Gründen kleinlicher Eitelkeit und ohne jede ausreichende Vorbereitung überstürzt. Weiterungen hätten sich nur unter außergewöhnlichen Glücksumständen vermeiden lassen, wenn Hitler ein zaghafter Staatsmann vom Schlage Brünings gewesen wäre. Der deutsche Kanzler war jedoch entschlossen, sich die einmalige, durch die Fehler der derzeitigen französischen Politiker entstandene Gelegenheit nicht entgehen zu lassen, die nur ihr persönliches Ansehen steigern, aber nicht die erforderliche Verantwortung übernehmen wollten. Am 7. März 1936 um 10 Uhr vormittags wurde den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und Italiens eine deutsche Note überreicht, in der die Gültigkeit der Locarno-Verträge angefochten wurde. Hitler schlug sofortige Verhandlungen mit dem Ziel einer Neuordnung der kollektiven Sicherheit des Westens vor. Er werde der Schaffung einer neuen, entmilitarisierten Zone zustimmen, vorausgesetzt natürlich, daß sie auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung festgesetzt werde und sowohl deutsches wie belgisches und französisches Gebiet einschlösse. Er bot jedem seiner westlichen Nachbarländer die Unterzeichnung

eines fünfundzwanzigjährigen Nichtangriffspaktes an und war bereit, England und Italien als Garantiemächte neuer Verträge mit Belgien und Frankreich anzuerkennen, wie es bei den alten, in Locarno unterzeichneten der Fall war. Deutschland werde ähnliche Garantieverträge auch mit Holland und Litauen abschließen, vorausgesetzt, daß dieses einer Regelung der Memelfrage zustimmen werde. Ferner befürwortete Hitler den Abschluß eines Luftpaktes mit England und Frankreich, der der Rivalität auf dem Gebiet der Luftrüstung beiderseits befriedigende Grenzen setzen würde. Vor allem widersetzte sich Hitler nun nicht länger der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, nachdem einmal durch die militärische Wiederbesetzung des Rheinlands die volle Gleichberechtigung Deutschlands wiederhergestellt worden war. Die einleuchtende Voraussetzung alles dessen war natürlich eine Billigung des jüngsten deutschen Schrittes durch Großbritannien, Frankreich und Italien[25].

Hitler wandte sich am Mittag des 7. März in der Kroll-Oper an den Reichstag. Deutsche Truppen überquerten zu diesem Zeitpunkt auf mehr als zwanzig Brücken den Rhein. Hitler sprach, immer wieder von tosendem Beifall unterbrochen, neunzig Minuten lang. Der französisch-sowjetische und der tschechisch-sowjetische Pakt standen im Mittelpunkt seiner Rechtfertigung der Aufhebung der Locarnoverträge. Der französische Senat hatte das französisch-sowjetische Bündnis zwar noch nicht gebilligt, doch war vom Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen mit erdrückender Stimmenmehrheit die Billigung empfohlen worden. Offensichtlich war die endgültige Ratifizierung nur noch eine Frage von Tagen. Hitler glaubte, dieses Novum nicht ohne einen Quid-pro-quo-Zug seinerseits zur Wahrung der deutschen Sicherheit hinnehmen zu können.

Göring gab nach Hitlers Rede die Auflösung des Reichstages bekannt. Eine Neuwahl wurde auf den 29. März 1936 anberaumt. Sie sollte einem Volksentscheid über Hitlers Politik folgen, der für den voraufgehenden Tag vorgesehen war. Man hoffte, beide Ereignisse würden zu Siegesabstimmungen werden. Bis dahin ließe sich jedenfalls erkennen, welcher Art die französische Antwort auf das deutsche Vorgehen wäre[26].

Hitler setzte mit Erfolg auf die Karte, daß die Franzosen es bei einem Verbaleinspruch bewenden lassen würden. Am 7. März um 6.00 Uhr nachmittags standen 30 000 deutsche Soldaten im Rheinland. Keine der deutschen Heereseinheiten war auf etwaige Kampfhandlungen vorbereitet. Hitler ging darauf aus, mit diesem neuesten

Schritt seiner staatlichen Ordnung größtmögliche Beliebtheit zu sichern. Er hielt in den folgenden beiden Wochen nicht weniger als zehn großangelegte Wahlreden. Jede dieser Reden war frohlockender als die vorangegangene. Hitler feierte Deutschlands größten Triumph seit seiner Niederlage von 1918. Es war ein gefährliches Spiel, aber er hatte es gewonnen. Man durfte mit gutem Grund annehmen, daß die Franzosen in Zukunft nicht mehr geneigt sein würden, aktiv in Mitteleuropa zu intervenieren[27].

Sarraut berief kurz vor Mittag des 7. März eine Kabinettssitzung ein. Flandin berichtete, der britische Botschafter habe erst wenige Minuten zuvor darauf bestanden, Frankreich solle von einem einseitigen militärischen Vorgehen ohne Konsultierung Englands Abstand nehmen. Diese Nachricht gab den andern anwesenden Ministern Anlaß, Mandels kategorische Forderung nach unverzüglichem Handeln zu verwerfen. Man beschloß, eine Entscheidung noch zurückzustellen, bis das Kabinett am Abend wieder zusammengetreten sei[28].

In der Zwischenzeit erkannte Flandin, daß die englische Presse der Sache Deutschlands wohlgesinnt war, und daß die deutsche Note vom 7. März in England gut aufgenommen wurde. Morning Post, Daily Herald, Daily Mail, Daily Express, Observer, Star, Evening Standard und Times nahmen eine wohlwollende Haltung dem deutschen Schritt gegenüber ein. Die Times, die bekanntlich die amtliche Einstellung widerspiegelte, bezeichnete am 7. März Hitlers Vorgehen im Rheinland als den Beginn einer neuen und besseren Zeit in Europa. Philip Gibbs ging am folgenden Tag im Sunday Express sogar noch weiter. Der berühmte Sachverständige für mitteleuropäische Fragen erklärte, das französisch-sowjetische Bündnis von 1935 stelle eine Bedrohung Europas dar, und Hitlers Vorgehen im Rheinland habe der Menschheit neue Friedenshoffnung gegeben[29].

Die anfängliche Reaktion der französischen Presse war vorwiegend von Besorgnis und Verwirrung bestimmt. Es wurden erhebliche Bedenken laut, ein deutscher Einfall in Frankreich könne bevorstehen. Die meisten Zeitungen mißbilligten Hitlers Aktion, aber Jour und Ami du Peuple erhoben den Einwand, sein Gegenzug gegen die französisch-sowjetische Einkreisung sei gerechtfertigt. Der Populaire (Blum weilte nicht in Paris) betonte die Notwendigkeit einer friedlichen Regelung der Streitfrage, und der Canard enchainé, ebenfalls der Linken zugehörig, versuchte am 8. März 1936 mit einem belustigten Aufsatz unter der Überschrift „Deutschland ist in Deutschland eingedrungen!" den Vorgängen ihren Ernst zu nehmen[30].

Marcel Déat, der Luftfahrtminister, und François Pietri, der Marineminister, hatten beide an der Morgensitzung des 7. März nicht teilgenommen und setzten sich, als das Kabinett am Abend wieder zusammentrat, lebhaft für eine umsichtige Politik ein. General Maurin verlangte, man solle ohne allgemeine Mobilmachung keine Vergeltungsschritte unternehmen. Flandin hatte den Zeitungsberichterstattern am Nachmittag mitgeteilt, Frankreich beabsichtige, seine Verbündeten und den Völkerbund zu konsultieren. Sarraut wandte ein, es genüge, wenn Frankreich dem Völkerbund von seiner Politik „Kenntnis gebe", eine Konsultation sei nicht erforderlich, wenn es sich darum handele, einer „flagranten Verletzung" der Bestimmungen der Locarnoverträge entgegenzutreten. Flandin bemerkte mißgestimmt, es sei keineswegs sicher, daß die Engländer auch nur der Kennzeichnung des deutschen Schrittes als einer „flagranten Verletzung" zustimmen würden[31].

Der Premier gab sehr bald nach. Er war offensichtlich über die Haltung der Engländer beunruhigt. Paul-Boncour betonte die Notwendigkeit, die französische Politik mit der des Völkerbundes abzustimmen und ein gemeinsames Vorgehen mit England zu vereinbaren. Flandin half aus der Verlegenheit und gab zu verstehen, es könne wirklich für Frankreich erforderlich werden, selbständig zu handeln, doch sei das Ausmaß der deutschen Truppenverlegungen nicht groß, und somit werde später noch genug Zeit für ein entschiedenes Handeln bleiben. In der Tat mußte auch eine Frist von mehreren Wochen in dieser Hinsicht nicht als entscheidend aufgefaßt werden. Ein Bericht des französischen Botschafters Léon Noël in Warschau besagte, daß die Polen Frankreich Unterstützung für ein sofortiges militärisches Vorgehen gegen Deutschland anböten, aber Flandin war nicht geneigt, diese Möglichkeit sehr ernstzunehmen. Er bemerkte, daß der polnische Botschafter in Paris sich über die Absichten der polnischen Regierung noch nicht schlüssig und anscheinend nicht für ein polnisches Eingreifen zugunsten Frankreichs sei. Auch teilte er dem Kabinett mit, er habe Eden gebeten, keine öffentliche Erklärung über das Vorgehen Deutschlands abzugeben, bevor sich die britischen Staatsmänner mit den französischen beraten hätten. Er hoffe, Eden werde spätestens zum 10. März in Paris eintreffen. Das Kabinett vertagte sich am Abend des 7. März, ohne irgendwelche bestimmten Pläne angenommen zu haben. Am gleichen Abend richtete in London der deutsche Botschafter Leopold von Hoesch an König Eduard VIII. mit Erfolg die persönliche Bitte, er möge seinen Einfluß gegen etwa geplante Vergeltungsmaßnahmen für Hitlers Vorgehen im Rheinland geltend machen[32].

Die Regierung Sarraut entschloß sich am 8. März definitiv, von einer Aktion abzusehen, bis der Völkerbundsrat sein Urteil über Hitlers Schritt gefällt hätte. Man hoffte zuversichtlich, daß die Ratsversammlung spätestens am 12. März zusammentreten würde. Am Nachmittag des 8. März gelangten Berichte nach Paris, Hitler sei im Begriff, deutsche Verstärkungen in das Rheinland zu entsenden. Flandin hatte in der Zwischenzeit eine herausfordernde Rede geschrieben, die Sarraut noch am gleichen Abend verlesen sollte. Dieser Rede lag nicht so sehr die Absicht einer Einschüchterung Deutschlands zugrunde als vielmehr die, in Frankreich mehr Begeisterung für eine entschlossene Politik zu wekken. Man hoffte, in letzter Minute noch dem französischen Elan Auftrieb geben zu können, wie es dem Herzog de Gramont im Juli 1870 gelungen war. Sarraut verkündete in seiner Ansprache mit Bravour, er denke nicht daran, den Deutschen zu gestatten, die Mündungen ihrer Geschütze auf Straßburg zu richten. Seine Bemerkung bezog sich auf die Entsendung deutscher Einheiten nach Kehl am rechten Rheinufer. Auch dieses Gebiet war bis zum 7. März 1936 von Truppen frei. Straßburg, das die längste Zeit seiner Geschichte eine deutsche Stadt war, wurde symbolisch für die einst „verlorenen Provinzen" beschworen, die Frankreich im Jahre 1919 wiedergewonnen hatte. Obwohl Sarraut beiläufig einräumte, er habe sich dafür entschieden, Großbritannien und den Völkerbund zu konsultieren, wurde seine Rede in breiten Kreisen Frankreichs so ausgelegt, daß Deutschland wirksame Vergeltungsmaßnahmen drohten[33].

Am folgenden Tag versetzte Anthony Eden der Regierung Sarraut einen empfindlichen Schlag. Er ignorierte das Ersuchen Flandins vom 7. und 8. März, man möge die amtliche britische Stellungnahme noch zurückstellen, bis die vorläufige Beratung stattgefunden, oder, noch besser, bis der Völkerbundsrat sein Urteil gesprochen hätte. Eden erklärte am 9. März vor dem britischen Unterhaus, man habe glücklicherweise keinen Grund zu der Annahme, daß der deutsche Schritt im Rheinland eine gegen Großbritannien oder gegen Frankreich gerichtete, feindselige Aktion sei. Das stand im glatten Widerspruch zur Rede Sarrauts vom Abend zuvor und hätte für die französische Regierung ein hinlänglich deutlicher, letzter Hinweis sein müssen, daß mit einem britischen Beistand in Form eines aktiven Vorgehens gegen Deutschland auf gar keinen Fall gerechnet werden durfte[34].

Ein Treffen der Vertreter der übrigen Locarnostaaten fand am Nachmittag des 10. März in Paris statt. Der belgische Außenminister van Zeeland widersetzte sich mit Heftigkeit bewaffneten Maßnahmen

Frankreichs gegen Deutschland. Er versicherte Flandin, Belgien werde sich auf jeden Fall weigern, ein französisches Vorgehen zu unterstützen. Flandin sah sich genötigt, General Gamelin eiligst zu unterrichten, die französischen Generalstabspläne würden auf die Annahme abgestellt sein müssen, daß Belgien nicht wie beim Einfall in das Ruhrgebiet im Jahre 1923 teilnehmen werde. Das war für den Kampfgeist der französischen Politiker ein bitterer Schlag[35].

Eden wurde am 10. März von Lord Halifax nach Paris begleitet, der in politischen Kreisen Englands hohes Ansehen genoß. Halifax war entschlossen, darauf zu achten, daß der junge britische Außenminister nicht etwa den Einflüssen gallischer Zungenfertigkeit erläge. Diese Vorsicht erwies sich als unnötig. Die französischen Politiker waren bedrückt und niedergeschlagen. Sie standen bereits unter dem unbehaglichen Eindruck, einen nicht wiedergutzumachenden Fehler begangen zu haben. Sie grollten der Rede Edens wegen, die dieser tags zuvor gehalten hatte, doch fehlte ihren Beschwerden die konkrete und allgemeinverständliche Grundlage. England hatte Frankreich keine bindenden Zusagen gemacht. Es war an die Locarnobestimmungen gebunden, aber Eden erklärte geradezu im Sinne einer Bestätigung der schlimmsten Befürchtungen Flandins, er erblicke in dem Vorgehen Hitlers eine „geringfügige Verletzung", jedoch keine „flagrante Verletzung" der Verträge. Die Signatarmächte waren verpflichtet, gegen grobe Verletzungen einzuschreiten; bei geringfügigen sollte dagegen ein bloßer Einspruch genügen[36].

Eden und Halifax teilten Flandin mit, Großbritannien werde nicht mit kriegerischen Mitteln einschreiten, gleichgültig, welchen Spruch der Völkerbundsrat fällen werde. Sie sagten ihm ferner, sie würden ein militärisches Vorgehen Frankreichs entschieden mißbilligen. Cerutti, der italienische Vertreter, erklärte nur kurz, Italien habe zu dem deutschen Schritt noch nicht endgültig Stellung genommen. Man fand das angesichts seines Engagements in Äthiopien verständlich. Der tschechische Gesandte Stephan Osusky drängte die französische Regierung, gegen Deutschland einzuschreiten, machte aber keine Angaben über die mutmaßliche Haltung der tschechischen Regierung. Der polnische Außenminister Beck war zu einem geheimnisvollen Besuch nach England abgereist, dem Vernehmen nach, um die britische Haltung zugunsten einer Intervention zu beeinflussen. Die amtliche polnische Nachrichtenagentur Iskra hatte indessen am 9. März Becks Verständnis für eine deutsche Gegenmaßnahme gegen den französisch-sowjetischen Pakt zum Ausdruck gebracht. Die Iskra-Erklärung war

ein Kunstgriff Becks zur Tarnung seines Standpunktes für den Fall, daß die Intervention nicht zustande käme, doch trug auch sie dazu bei, die Franzosen zu überzeugen, daß sie allein stehen würden, wenn sie sich zu einer Interventionspolitik entschlössen[37].

Am 11. März unterbreitete General Gamelin tatsächlich dem General Maurin einen neuen Plan für ein isoliertes militärisches Vorgehen Frankreichs. Es hatte zahlreiche ähnliche Pläne gegen Deutschland gerichteter Vergeltungsmaßnahmen im Rheinland gegeben, seit die Franzosen im Jahre 1930 ihre Truppen aus diesem Gebiet zurückgezogen hatten. Maurin legte sodann diesen neuesten Plan am gleichen Tage dem Kabinett vor. Vier Tage waren seit der Maßnahme Hitlers vergangen. Die Besprechungen mit den Vertretern der Locarnomächte am Vortage hatten gezeigt, daß Frankreich wahrscheinlich keine aktive Hilfe gegen Deutschland erhalten würde, selbst dann nicht, wenn es wartete, bis der Völkerbundsrat Hitlers Vorgehen im Rheinland verurteilt habe. Zudem würde es sich auch noch mit der mißbilligenden britischen Haltung abfinden müssen. Jetzt erschien also der Gamelin-Plan auf der Tagesordnung mit der unwillkommenen Feststellung, es würde zum Schutz des französischen linken Flügels erforderlich sein, das neutrale Luxemburg zu besetzen. Der Plan verlangte eine allgemeine Mobilmachung, sah aber Maßnahmen nur auf dem linken Rheinufer vor[38].

Die Frage, ob man den Rheinübergang erzwingen solle, um gegen die Deutschen zu einer eindeutigen Entscheidung zu kommen, wurde nicht einmal erwogen. Den Politikern wurde versichert, sie würden sich dann in einen größeren Krieg verwickelt sehen ohne eine Vorstellung, wie man diesen gewinnen könne. Die deutsche Luftüberlegenheit zu jener Zeit wurde stillschweigend zugegeben. Flandin, Sarraut und Paul-Boncour schauderte bei dem Gedanken an die Rückwirkungen im Ausland, wenn sie diesen Krieg mit der unliebsamen Besetzung des neutralen Luxemburg einleiteten. Sie beschwor die Schatten der unheilvollen Politik Kaiser Napoleons III. in der Luxemburgfrage in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Emile Buré hatte denn auch bereits tags zuvor im Ordre festgestellt: „Genau wie 1866!" Er verglich die Wirkung von Hitlers Rheinland-Coup mit der Niederlage Österreichs gegen Preußen bei Königgrätz (Sadowa). Die unglückliche Luxemburgpolitik Louis Napoleons, die dazu beigetragen hatte, Großbritannien Frankreich zu entfremden, ergab sich aus Königgrätz[39].

Der Generalstabsplan vom 11. März wurde vom Kabinett wegen seines herausfordernden, nicht überzeugenden und unentschiedenen

Charakters verworfen. Maurin wies Gamelin an, einen neuen Plan auszuarbeiten, der dem Kabinett aber erst am 28. März 1936 vorgelegt wurde. Diesmal bezog Gamelin eine klarere Position. Er wiederholte seine Forderung einer allgemeinen Mobilmachung und verlangte zusätzlich eine größere Koalition. Kurz, Gamelin vertrat den Standpunkt, entscheidende und rasche Ergebnisse — ein langer Abnutzungskrieg war undenkbar — könnten im Westen nicht erzielt werden, wenn die Franzosen nicht zusätzliche Hilfe erhielten. Diese Hilfe, mit der aufgrund des französisch-italienischen Übereinkommens vom Januar 1935 zu rechnen sein sollte, war nicht mehr verfügbar. Während die Franzosen ihre erfolglosen Bitten in London vorbrachten, waren sie zu verärgert, um auch an Mussolini heranzutreten. Sie hatten ihm seit dem Sturz Lavals die kalte Schulter gezeigt und fürchteten, verspätete Bitten würden bei ihm auf Verachtung und Ablehnung stoßen. Im übrigen schloß die Bindung italienischer Kräfte in Äthiopien auch weiterhin ein wirksames italienisches Vorgehen aus. Der Duce seinerseits beobachtete die peinliche Lage Frankreichs und das kühle Abseitsstehen Großbritanniens mit schweigendem Erstaunen[40].

Der Spruch des Völkerbundsrats ließ bis zum 19. März auf sich warten. Er war in allgemein gehaltene Wendungen gehüllt und Sanktionen oder militärische Operationen gegen Deutschland wurden nicht empfohlen. Zu der Verzögerung des Urteilsspruches kam es, weil Eden und Halifax am 12. März darauf bestanden, einen deutschen Sonderdelegierten einzuladen, der vor der in London zusammentretenden Ratsversammlung den deutschen Standpunkt vertreten sollte. Hitler beschloß, Ribbentrop nach London zu senden. Noch vor der Ankunft Ribbentrops brach Maxim Litwinow in vernichtenden Redewendungen den Stab über Deutschland, doch hinterließen seine Worte bei den britischen Staatsmännern, für die sie in der Hauptsache bestimmt waren, keinen Eindruck. Baldwin nahm am 14. März mit Flandin an einem Essen teil. Er wiederholte seine Einwände gegen ein bewaffnetes Vorgehen Frankreichs im Rheinland und warnte Flandin, Großbritannien werde, was auch immer bei einer solchen Auseinandersetzung geschehe, Frankreich zuliebe keinerlei Risiko eingehen. Ribbentrop verteidigte in London nachdrücklich die deutsche Politik und wurde darin privatim von Eden bestärkt. Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion stimmten gegen Deutschland, aber Eden hatte dafür gesorgt, daß es zu einer milden Rüge kam. Chile und Ecuador, nahmen an der Abstimmung nicht teil. Ecuador war abwesend und Chile enthielt sich der Stimme[41].

Flandin war am 18. März, dem Tag vor der Ratsabstimmung, eilends nach Paris zurückgekehrt, um die französische Politik im Lichte der neuen Ereignisse zu erörtern. Er legte dem Kabinett nachdrücklich dar, ein einseitiges Vorgehen nach der Ratsabstimmung könne zu einer dauernden Entfremdung zwischen Großbritannien und Frankreich führen. Er glaube nicht, daß Frankreich sich dieses Risiko leisten könne. Er kehrte am 19. März nach London zurück. Die Streitfrage der französischen Politik war nach wie vor offen. Die Ratsversammlung stimmte dann am Donnerstag ab. Flandin hatte das vorangegangene Wochenende als Gast Neville Chamberlains in England verbracht. Der Schatzkanzler, der im folgenden Jahr Baldwin als Premierminister folgen sollte, betrachtete die Rheinlandkrise als gelöst. Er war der Überzeugung, Frankreich werde ohne Großbritannien nicht gegen Deutschland vorgehen und Flandin sagte nichts, was ihn eines besseren belehrt hätte[42].

Chamberlain überhäufte Flandin mit Argumenten, deren sich dieser gegenüber etwa widerstrebenden Kollegen daheim bedienen solle. Er klagte über die Reibungen, die Baldwin durch seine Distanzierung von Hoare herbeigeführt hätte. Es habe in den englisch-französischen Beziehungen seit 1918 viele schwierige Fragen gegeben. Nun sei es in der Rheinlandkrise zu Meinungsverschiedenheiten beider Mächte gekommen. Trotzdem war Chamberlain voller Zuversicht, daß eine Zeit beispielloser Eintracht in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Mächte folgen würde, falls die Franzosen nur noch in dieser einen Frage sich den britischen Standpunkt zueigenmachen wollten. Er ließ durchblicken, es werde in London eine französische Selbstbescheidung als durchaus im Einklang mit den französischen Interessen gewertet werden. Die britische Regierung werde ihren Widerstand gegen den französisch-sowjetischen Pakt aufgeben, es sei denn, er werde von der Sowjetunion mißbraucht, und sie würde geneigt sein, zusätzlich britische Verpflichtungen zur Festigung der Sicherheit Frankreichs in Betracht zu ziehen. Offensichtlich dachte Chamberlain in erster Linie an ein Militärabkommen und eine engere militärische Zusammenarbeit der beiden Mächte[43].

Flandin bediente sich der Argumente Chamberlains in der sechsstündigen französischen Kabinettssitzung in der Nacht vom 18. zum 19. März. Er wiederholte und verfeinerte sie in den weiteren Kabinettssitzungen, die der Abstimmung des Völkerbundsrats vom 19. März folgten. Seine Ministerkollegen hatten das unbehagliche Gefühl, daß er über Gebühr britischem Einfluß unterliege, doch blieb Mandel

mit seiner Forderung militärischer Maßnahmen Frankreichs auch weiterhin allein. Seine Kampagne wurde ein für allemal wirksam unterbunden, als Gamelins zweiter unzulänglicher Generalstabsplan am 28. März dem Kabinett unterbreitet wurde. Inzwischen waren seit Hitlers gewagtem Schritt vom 7. März 1936 drei Wochen vergangen[44].

Das französische Versäumnis, im März 1936 zu handeln, glich weitgehend der Entscheidung des Herzogs von Braunschweig im September 1792, das Schlachtfeld von Valmy zu räumen. Ein Zeitabschnitt von fast 18 Jahren war vorüber, als Frankreich wieder einmal aufhörte, die erste Militärmacht des europäischen Festlandes zu sein. Diese Entwicklung hatte sich mit einer gewissen Eigengesetzlichkeit aus einer klar erkennbaren Folge von Ereignissen ergeben: dem Sturz Lavals im Jahre 1936, den ungelenken Schritten der französischen Zwischenregierung in den Wochen darauf und Hitlers kühnem Vorgehen im Gegenstoß gegen eine herausfordernde und bedrohliche französische Politik. Der Versuch, Hitler nach dem 7. März anzugreifen, hätte für Frankreich zu weit größerem Unheil führen können, als es das Aufgeben der ehemaligen militärischen Vormachtstellung war. Der große Fehler lag schon darin, daß man Hitler den Vorwand lieferte, den er brauchte. Ohne diesen Vorwand hätte er nichts unternommen.

Zehntes Kapitel

DER TRIUMPH DER VOLKSFRONT

Den Franzosen stand im April 1936 mehr bevor als eine Parlamentsneuwahl. Sie sahen sich vor die Notwendigkeit einer Überprüfung ihrer gesamten Außenpolitik gestellt. Die französische Vorherrschaft war dahin, nur die neuen und alten Bündnisse blieben bestehen. Ferner harrte das Problem der französisch-italienischen Zusammenarbeit einer Lösung. Die Mißhelligkeiten jüngeren Datums schlossen ein erneutes Einvernehmen nicht aus. Aus dem Verlust der Vorherrschaft folgte keineswegs, daß ein Bündnis mit Italien für Frankreich von nun an keinen Wert mehr besitze. Auch das Problem der französisch-russischen Zusammenarbeit war ungelöst. Rußland lag im Gegensatz zu Italien weit entfernt im Osten Europas. Das Bündnis mit Italien konnte gegen eine Verletzung der französischen Grenzen unmittelbaren Schutz bieten. Dagegen entbehrte das Bündnis mit der Sowjetunion jeder unmittelbaren praktisch-militärischen Bedeutung.

Die französischen Bündnisse konnten im Jahre 1936 nur einem praktischen Zweck nach der Besetzung des Rheinlandes durch die Deutschen dienen: dem Schutz gegen Deutschland. Die frühere Politik des cordon sanitaire mit dem Ziel, die Sowjetunion in Schach zu halten, hatte man aufgegeben. Die Verwendung des Bündnissystems zur Aufrechterhaltung des französischen Übergewichts auf dem europäischen Kontinent gehörte der Vergangenheit an. Das französische Übergewicht war im März 1936 verlorengegangen. Das Kriterium für den Wert französischer Bündnisse konnte nur noch in dem Schutz Frankreichs selbst liegen.

Arthur James Balfour hatte 1917 mit ungemeiner Treffsicherheit vorausgesagt, die Fortdauer des unabhängigen, von den Deutschen im Jahre 1916 anerkannten polnischen Staates werde einer künftigen französisch-russischen Zusammenarbeit unüberwindliche Hindernisse

in den Weg legen. General Louis Maurin rief dem Kabinett Sarraut ins Gedächtnis, daß General Kazimierz Sosnkowski ihm schon im Jahre 1928 gesagt habe, Polen werde niemals Hilfe von der Sowjetunion annehmen oder zulassen, daß rote Heereseinheiten seinen Boden beträten. Das französisch-russische Bündnis von 1894 führte zu peinlich genauen militärischen Abmachungen, die eindeutig vorschrieben, welche Mannschaftszahlen Rußland im Kriegsfall gegen Deutschland ins Feld zu führen hatte. Die Franzosen befürchteten nämlich, die Russen würden sich ohne eine solche eindeutige Verpflichtung auf einen Rachekrieg gegen Österreich-Ungarn beschränken und Frankreich die Auseinandersetzung mit Deutschland überlassen[1].

Im Jahre 1936 gab es nicht einmal eine gemeinsame russisch-deutsche Grenze. Jeder der Staaten des cordon sanitaire blieb entschlossen, die Sowjetunion in Schach zu halten, obwohl Frankreich diese Politik aufgegeben hatte. In Europa umfaßte dieser cordon Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und die Türkei. Im übrigen war diese Ordnung 1918 in Brest-Litowsk von Deutschland geschaffen worden. Frankreich hatte sie dann bis 1934 als einen wesentlichen Teil der französischen Politik der Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent beibehalten. Im September 1934 hatte man die Sowjetunion auf Betreiben Barthous zum Völkerbund zugelassen. Der sowjetische Außenkommissar Maxim Litwinow, der Tschitscherin im Jahre 1928 abgelöst hatte, wurde geradezu im Handumdrehen zum maßgebenden europäischen Apostel der kollektiven Sicherheit. Rußland gab damit ostentativ seine eigenen revisionistischen Zielsetzungen auf und damit auch seine Unterstützung der revisionistischen Beschwerden der anderen im Ersten Weltkrieg besiegten europäischen Staaten. Der status quo sollte von einer möglichst großen Anzahl sogenannter friedliebender Staaten verteidigt werden. Das verpflichtete die Sowjets im Falle einer Bedrohung des status quo zur Intervention in verschiedenen Teilen Europas. Die französischen Diplomaten waren sich durchaus im klaren über die stillschweigenden Folgerungen, die sich aus den Bestrebungen Litwinows ergaben. Ihre Unterstützung seiner Vorhaben bedeutete die Preisgabe der Politik des cordon sanitaire. Von dieser französischen Entscheidung blieb jedoch die Politik derjenigen Staaten unberührt, die so viele Jahre lang tatsächlich den Wall gegen die Sowjetunion gebildet hatten[2].

Mindestbedingung für den Erfolg eines zweckmäßigen französisch-russischen Militärabkommens im Stile der im Jahre 1935 zwischen Frankreich und Italien in Rom erzielten Einigung wäre eine rücksichts-

lose französische Politik. Zu diesem Zweck hätten die Franzosen den Russen freie Hand bei der Behandlung ihrer europäischen Nachbarn zugestehen müssen. Auch wäre die Kündigung der französischen Bündnisverpflichtung gegenüber Polen und Rumänien notwendig gewesen. Marschall Tuchatschewski, der im Februar 1936 Paris zu einer Zeit besuchte, als die Kammer das französisch-sowjetische Bündnis erörterte, hatte den Wunsch geäußert, die praktischen Einzelheiten der Zusammenarbeit mit den französischen Militärs zu besprechen. Es wäre notwendig gewesen, Tuchatschewski, Litwinow und Stalin mit brutaler Offenheit dahingehend zu informieren, daß sich Frankreich außerstande sehe, irgendeins der Nachbarländer der Sowjetunion zu bewegen, die bewaffnete Hilfe der Roten Armee anzunehmen. Bei den Tschechen lag der Fall anders; doch hatten sie, wie die Deutschen, keine gemeinsame Grenze mit den Russen[3].

Die Sowjetunion hätte sich im Falle eines militärischen Eingreifens gegen Deutschland zugunsten Frankreichs mit Gewalt ihren Weg durch Polen bahnen müssen, wie es Deutschland 1914 in Belgien getan hatte. Es gab überhaupt keine andere Alternative. Die Franzosen hätten daraufhin diesem Unternehmen der Kommunisten ihre ungeteilte moralische Unterstützung geben, ja sogar ein Vorgehen der Roten gegen andere Nachbarländer gutheißen müssen, je nachdem, ob Stalin ein solches Vorgehen strategisch für zweckmäßig hielt oder nicht. Die Franzosen hätten Bukarest und Warschau davon in Kenntnis setzen müssen, daß niemand mehr mit der Sympathie und Hilfe Frankreichs rechnen dürfe, der sich nicht zur Zusammenarbeit mit den Sowjets bereitfände. Ihre Forderungen hätten sogar ultimativen Charakter haben müssen. Die Ablehnung wäre nicht zu vermeiden gewesen.

Nach diesen Vorkehrungen hätten die Franzosen dann beginnen können, genaue Einzelheiten darüber auszuhandeln, in welchem Umfang französische und russische Kräfte gegen Deutschland eingesetzt werden sollten, genau wie man das in dem Bündnis von 1894 getan hatte. Das also waren in der Situation von 1936 die harten Tatsachen. Der Wert des bestehenden Bündnispaktes von 1935 bestand, wie Laval klar erkannt hatte, in einer platonischen Zusage der Sowjets, Frankreich gegen einen deutschen Angriff Hilfe zu leisten, oder auch einzugreifen, falls es der Tschechoslowakei wegen zu einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland kommen sollte. Das war ein durchaus greifbarer Wert. Bedeutete es doch, daß die Sowjetunion mit Frankreich verbündet war, nicht aber mit den revisionistischen Mächten. Eine militärische Bedeutung hatte der Bündnispakt jedoch nicht[4].

Man besaß keinerlei Garantie dafür, daß die Sowjetunion loyal mit Frankreich zusammenwirken würde, selbst wenn die Franzosen einwilligten, rote Angriffe auf die Grenzländer hinzunehmen und zu fördern. Es war durchaus möglich, daß die Sowjetunion sich des Völkerbundes, des Inbegriffs der kollektiven Sicherheit, und des französisch-russischen Bündnisses zu dem Versuch bediente, Auseinandersetzungen der kapitalistischen Mächte untereinander zu schüren, um dann beiseitezustehen und jene Vorteile wahrzunehmen, die der Kommunismus unentwegt aus Elend und Zerstörung zog. In dieser Streitfrage gingen die Meinungen auseinander. Doch war demgegenüber völlig gewiß, daß sich nicht die geringste Aussicht auf ein erfolgreiches militärisches Zusammenwirken Frankreichs und der Sowjetunion ergeben würde, solange Frankreich nicht bereit war, ein für allemal die Umstände zu klären, unter denen die roten Truppenkräfte militärische Operationen gegen Deutschland durchführen würden.

Und das wollten die Franzosen im Jahre 1936 nicht. Barthou hatte im Juni 1934 vor dem rumänischen Parlament das feierliche Versprechen abgegeben, Frankreich werde jeden Quadratzentimeter rumänischer Erde gegen einen räuberischen Überfall verteidigen, von welcher Seite dieser auch erfolgen werde. Wenn Frankreich die Politik des cordon sanitaire aufgab, um dagegen Litwinows Zusicherung einzutauschen, die Sowjetunion wolle sich an den Bemühungen zur Erhaltung des europäischen status quo aktiv beteiligen, so war das eine ganz andere Sache. Wieder etwas anderes war es, daß Frankreich sich mit der Sowjetunion gegen eine Anzahl kleinerer europäischer Staaten verschwören sollte. Kein französischer Politiker oder Militär befürwortete im Jahre 1936 diese extreme Richtung. Und so blieb das Bündnis mit der Sowjetunion militärisch wertlos[5].

Es besteht ein auffallender Gegensatz zwischen den französischen Vereinbarungen mit der Sowjetunion und denen mit Italien. Man wird den militärischen Wert des Abkommens mit Italien in der Lage vom April 1936 ebensowenig überschätzen können, wie man den des Abkommens mit der Sowjetunion unterschätzen kann. Der Feldzug in Äthiopien näherte sich rasch seinem Abschluß. Italienische Truppen nahmen am 9. Mai 1936 Addis Abeba ein, und wenige Tage darauf brach im ganzen Land der äthiopische Widerstand zusammen. Der Völkerbund setzte am 4. Juli 1936 seinem Sanktionsprogramm gegen Italien ein Ende, trotz eines letzten leidenschaftlich vorgetragenen Appells des geflohenen äthiopischen Kaisers in Genf. Der Spanische Bürgerkrieg mit allen seinen verdrießlichen Problemen begann erst am

18. Juli 1936. Die Zeitspanne von April bis Juli 1936 hätte man vorteilhaft nutzen können, um das französisch-italienische Einvernehmen zu festigen und seine alte Kraft wiederherzustellen, die es seit dem Abtreten Lavals verloren hatte.

Frankreich und Italien konnten aufgrund ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ihre Truppen je nach Bedarf hin und her verlegen, um einander im Sinne der 1935 getroffenen Vorkehrungen Hilfe zu leisten. Der Sturz Lavals hatte im Rheinland die Entmilitarisierung beendet, die das Kennzeichen der französischen Überlegenheit in Europa gewesen war, doch blieb Mussolini weiterhin der unentbehrliche Wächter über den österreichischen Pufferstaat. Die Sicherheit der Tschechoslowakei hing eindeutiger denn je von der Beibehaltung des unabhängigen österreichischen Regimes ab.

Der Gegensatz zwischen der Wirtschaftsblüte in Deutschland, wo es Hitler im Jahre 1936 gelungen war, die Arbeitslosigkeit nahezu vollständig zu beseitigen, und den elenden Krisenverhältnissen im Sudetenland erregte die Deutschen in Böhmen tief. Von den 800 000 Erwerbslosen der Tschechoslowakei waren nicht weniger als 500 000 Sudetendeutsche. Der Sudetendeutschen Partei war es bei den Staatswahlen von 1935 gelungen, die meisten deutschen Stimmen auf sich zu vereinigen und unter Führung von Konrad Henlein zur größten politischen Partei der Tschechoslowakei zu werden. Es ließ sich leicht voraussehen, daß ein Sieg des Nationalsozialismus in Österreich den tschechoslowakischen Staat bis in seine Grundfesten erschüttern mußte. Waren doch die Sudetendeutschen viele Jahrhunderte hindurch zugleich Deutsch-Österreicher gewesen. Sie machten ein volles Drittel der Bevölkerung Böhmens und Mährens aus, und auch im östlichen Teil des Landes waren andere deutsche Volksgruppen zahlreicher vertreten als die Tschechen[6].

Auch die meisten Slowaken fanden sich mit der Herrschaft der Tschechen nicht ab, und die Minderheiten der Ungarn, Ruthenen und Polen hatten mannigfachen Anlaß zu Klagen. Eine Herausforderung der Tschechen von irgendeiner Seite würde zwangsläufig eine Reihe anderer Angriffe nach sich ziehen, aller Voraussicht nach sehr zum Vorteil Hitlers. Die künftige Entwicklung in Mitteleuropa hing eindeutig von Italien ab. Von Mussolini durfte man erwarten, daß er mit französischer Unterstützung fest hinter Österreich stehen würde. Eine anhaltende Entfremdung von Frankreich würde ihn jedoch möglicherweise veranlassen, seine Politik zugunsten einer Verständigung mit Deutschland zu ändern. Das würde für Hitler einen Sieg und für

Frankreich eine schwere diplomatische Niederlage bedeuten. Es würde die große Leistung der Diplomatie Lavals um ihre Wirkung bringen und ebenso die voraufgegangenen Bemühungen Jouvenels, Paul-Boncours und Barthous zunichtemachen[7].

Die Wahlsiege der Volksfront im April und Mai 1936 vereitelten tatsächlich ein Bündnis Frankreichs mit Italien. Flandin wußte, daß Chamberlain private Sympathien für den Hoare-Laval-Pakt und die Diplomatie, die ihn zustandegebracht hatte, hegte, aber Baldwins Rückzug und Abrücken von Hoare schlossen von vornherein ein britisches Bemühen um eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen zu Italien im Jahre 1936 aus. Blum blieb nach wie vor ein unversöhnlicher Gegner der Zusammenarbeit mit Italien. Man könnte vielleicht auf den Gedanken kommen, daß das Auftauchen eines marxistischen Ministerpräsidenten in Frankreich nun Mussolini veranlaßt hätte, selbst einer neuen italienischen Politik den Vorzug zu geben. Doch das war nicht der Fall. Mussolini bemühte sich mehrfach, zur Fortsetzung der französisch-italienischen Zusammenarbeit an Blum heranzutreten, aber seine einleitenden Schritte wurden summarisch zurückgewiesen.

Graf Chambrun zog sich bereits 1936 im Alter von sechzig Jahren von dem Posten des französischen Botschafters in Italien zurück. Der Sieg der Volksfront in seiner Heimat brachte ihn zu der Überzeugung, daß seine Mission ihren Wert eingebüßt hatte. Am 16. Oktober 1936 wurde er letztmals von Mussolini empfangen. Es kam zwischen beiden Männern zu einem freundschaftlichen persönlichen Meinungsaustausch. Beide gaben über die vielen verlorenen Gelegenheiten ihrem Bedauern Ausdruck. Chambrun kehrte heim. Er wurde nicht ersetzt. Frankreich ernannte fast zwei Jahre lang keinen neuen Botschafter in Rom. Inzwischen kam die Achse Italien-Deutschland zustande[8].

Pierre Laval versuchte im Frühjahr 1936 zweimal, Blum zur Wiederaufnahme der französisch-italienischen Zusammenarbeit zu bewegen. Doch blieb Blum dabei, er habe nicht die Absicht, an eine Politik anzuknüpfen, die schon einmal gescheitert sei. Laval war indessen bekannt, daß diese ablehnende Haltung lediglich in einer Voreingenommenheit dem Faschismus gegenüber ihren Grund hatte. Seinem Freund, René Chateau, einem unabhängigen Kammerabgeordneten, sagte Laval, er sei außerstande, Verständnis dafür aufzubringen, daß die Volksfront sich allein aus Gründen der Ideologie einer Zusammenarbeit mit Italien versage. Chambrun hatte Laval über Mussolinis Haltung informiert. Laval äußerte daraufhin Chateau gegenüber, Blum und seine Gruppe hätten durchaus die Möglichkeit zur Fortsetzung einer im In-

teresse Frankreichs liegenden Italienpolitik gehabt, hätten sie sich weniger von Leidenschaften beherrschen lassen. Vor vielen Jahren hatte einmal Leopold von Gerlach den jungen Bismarck gescholten, weil dieser sich mit dem Gedanken eines Bündnisses zwischen Preußen und Napoleon III. von Frankreich getragen habe. Bismarck erkannte jedoch, daß sein alter Freund Gerlach aus einer überlebten, legitimistisch-monarchistischen Neigung heraus an einem Vorurteil gegen den Bonapartismus festhielt, und erklärte Gerlach, Vorurteile und Leidenschaften wären in der Außenpolitik fehl am Platz[9].

Laval versuchte vergeblich, Blum das gleiche zu sagen. Der Sozialistenführer war aber nicht imstande, auch nur die Aufgabenstellung als solche zu begreifen. So mußte Laval ständig daran denken, wie anders sich Blums alter Lehrmeister Jean Jaurès verhalten haben würde. Das Fehlen einer kontinuierlichen französischen Außenpolitik in einer so kritischen Periode bedrückte Laval fortgesetzt. Wladimir Sokolowsky, ein im Landwirtschaftsministerium tätiger, naturalisierter Russe, war mit Laval eng befreundet. Er suchte den unterlegenen Staatsmann über die von seinen Nachfolgern begangenen Fehler mit dem Ausruf hinwegzutrösten: „Mein Gott, Herr Präsident, warum machen Sie sich denn solche Sorgen? Sie sind doch seit dem Januar 1936 nicht mehr im Amt . . . " Lavals schlichte Antwort lautete: „Es geht nicht um meine Verantwortlichkeit, sondern um meine Nation." Was Laval quälte, war nicht nur, daß seine Amtsnachfolger eine ins Verderben führende Politik trieben. Es war in weitaus größerem Maße die Erkenntnis, daß er die Stellung Frankreichs hätte halten können[10].

In den neuen Vereinbarungen, die Frankreich seit 1934 mit den beiden Großmächten Italien und Sowjetrußland getroffen hatte, war es versäumt worden, der Sicherheit Frankreichs in einem erforderlichen Ausmaß Rechnung zu tragen. Im April 1936 versprachen die Engländer, mit Frankreich enger zusammenarbeiten zu wollen, als sie das in den vergangenen zehn Jahren getan hatten. Doch mußte man vernünftigerweise damit rechnen, daß sie auf einer Zusammenarbeit bestehen würden, wie sie ihren eigenen Vorstellungen entsprach, und es ließ sich noch nicht erkennen, von welcher Art diese Vorstellungen sein würden. Es gab allerdings genügend Anzeichen dafür, daß sich Großbritannien nie mehr zur Entsendung eines starken Heeres auf das europäische Festland, wie im Ersten Weltkrieg, bereiterklären würde[11].

Die französischen Diplomaten hatten aus den Vereinigten Staaten seit 1934 immer wieder berichtet, Präsident Roosevelt habe eine af-

fektbetonte, äußerst feindselige Haltung dem Kanzler Hitler gegenüber eingenommen. Allerdings war von den Vereinigten Staaten im Jahre 1935 eine Neutralitätsgesetzgebung verabschiedet worden, die eine erneute Beteiligung der Amerikaner an europäischen Auseinandersetzungen verhindern sollte. Präsident Roosevelt selbst hatte im Juli 1936 in Chatauqua im Staate New York seine „Narrengold"-Rede gehalten und die Illusion angegriffen, man könne der ernsten Wirtschaftsdepression im Innern mit Hilfe einer Einmischung in fremde Angelegenheiten Herr werden. Die britische Kriegsmarine wiederum lief nicht auf Rädern und konnte somit Paris nicht verteidigen. Die Amerikaner hatten Frankreich im Jahre 1918 gerettet, aber jetzt gedachten sie zuhause zu bleiben[12].

So blieben noch Polen und die Kleine Entente. Die Kleine Entente stand und fiel mit der Erhaltung Österreichs, aber die Entschlossenheit Blums, sich von Italien zu trennen, bot keine Sicherheit, Österreich zu erhalten. Polen liebäugelte mit Deutschland und trieb gleichzeitig eine sowjetfeindliche und antitschechische Politik. Schließlich blieb noch Belgien, Frankreichs Verbündeter seit dem Ersten Weltkrieg und Frankreichs Partner bei der Ruhrbesetzung 1923. Das Auftreten der Volksfront in Frankreich kam den Belgiern sehr gelegen. König Leopold III. erreichte im Juli 1936, daß der belgische Bündnispakt mit Frankreich gekündigt wurde. Belgien kehrte zur überlieferten Neutralität zurück, die es von 1839 bis 1914 gewahrt hatte. Die Belgier versprachen natürlich, die Festungsanlagen an ihrer Ostgrenze instandzuhalten, für die Frankreich große Geldbeträge ausgeworfen hatte. Gleichwohl hatte die einstige enge Zusammenarbeit der beiden Mächte ihr Ende gefunden. Die Franzosen mußten nun eine Verlängerung ihrer Maginotlinie längs ihrer Grenze mit Belgien in Betracht ziehen. So hatte das Jahr 1936 Frankreich einige schwere Rückschläge gebracht, weitere kündigten sich an. Vor allem warf der Verlust Italiens eine Frage auf, die viele nachdenkliche Franzosen in wachsendem Maße beschäftigte. Sollte Frankreich sich hinter die Maginotlinie zurückziehen und seine Verpflichtungen in Mitteleuropa aufgeben, oder sollte es den europäischen status quo verteidigen? Dieses Problem wurde zum Schwerpunkt der Debatte über französische Außenpolitik. Es blieb einige Zeit lang eine akademische Frage. Der territoriale status quo in Europa im Sinne der Pariser Friedensverträge blieb noch unangefochten[13].

Die französischen Staatswahlen, deren Anfangsabstimmung im April und deren Endabstimmung im Mai stattfand, brachten der

Volksfront den erwarteten Sieg. Die gesetzgebenden Kammern hatten sich im April vertagt und ihr Zusammentreten war erst wieder für Juni 1936 vorgesehen. Die unglückselige Haushüterregierung war gezwungen, bis zu diesem Zeitpunkt im Amt zu bleiben, und Premier Sarraut beklagte sich darüber, daß die Verachtung, der sie nach allen Seiten hin ausgesetzt war, mit ihrer Würde unvereinbar sei. Es stand außer Zweifel, daß Präsident Lebrun Léon Blum auffordern würde, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Das war ausschließlich auf die Haltung der Radikalen Daladiers und den Verzicht der Gruppe Herriots auf weiteren Widerstand gegen die Volksfront zurückzuführen und nicht, wie allgemein angenommen wurde, darauf, daß die Linke unter Führung Blums einen wahrhaft großen Wahlsieg errungen hatte. Im Jahre 1932 waren die Sozialisten mit 142 Abgeordneten in der Kammer vertreten. Die Neosozialisten hatten sich 1933 von Blum losgesagt, und ihre Stärke hatte seit dieser Zeit geschwankt. 1936 errangen sie 26 Sitze und blieben in Opposition zu Blum. Den Sozialisten gelang es im Jahre 1936 unter Blum, durch vorteilhafte Absprachen und durch geschicktes Manövrieren bei der zweiten Abstimmung mit 146 Abgeordneten in die Kammer einzuziehen, aber ihre Gesamtstimmenzahl war tatsächlich beträchtlich geringer als 1932[14].

Die Kommunisten erzielten große Gewinne, ja es gelang ihnen, ihre Vertretung von nur 10 Sitzen im Jahre 1932 auf 72 zu verstärken. Dieses Ergebnis wurde, zumindest teilweise, durch geschicktes Feilschen innerhalb der Volksfront erzielt, doch hatte sich auch die Zahl der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen verdoppelt, sodaß diese jetzt mehr als 15 Prozent der gesamten Wählerschaft hinter sich hatten. Das war für Blum unvorteilhaft, denn es verschärfte die Beunruhigung der breiten Öffentlichkeit über den Kommunismus und gestattete den Kommunisten, nunmehr einen stärkeren Druck auf ihn auszuüben als bisher[15].

Der unabhängigen politischen Gruppe von Jacques Doriot, den die Kommunisten 1934 verstoßen hatten, gelang es, zehn Abgeordnete in die Kammer zu bringen. Doriot wetteiferte mit Adrien Marquet und den Neosozialisten in seiner feindseligen Einstellung gegenüber der Volksfront. Es waren noch elf weitere Sozialisten in die Kammer gewählt worden, und diese waren sowohl von Marquet wie auch von Blum unabhängig. Ihre Meinungen über die Volksfront waren unterschiedlich und Blum konnte höchstens bei sieben von ihnen mit bedingter Unterstützung rechnen. Das bedeutete, daß Blum einschließlich der 72 Kommunisten nur über eine Gesamtzahl von 225 Abgeord-

netensitzen der Linken verfügte. Die Kommunisten boten Blum bedingte Unterstützung in der Kammer an, verweigerten jedoch eine Beteiligung an seiner Regierung. Die Rechte war demgegenüber mit 237 Abgeordneten in der Kammer vertreten. Es hätte niemals eine Regierung Blum geben können, wenn nicht die meisten Radikalen bereitgewesen wären, sie zu unterstützen. Daladier hatte dieses Ergebnis vorausgesehen und wußte, daß Blum praktisch sein Gefangener war. Unglücklicherweise war Daladier zu dieser Zeit stark mit dem militärischen Verteidigungsprogramm beschäftigt und ließ daher Blum vorübergehend in der Außenpolitik freie Hand[16].

Die Linke hätte schwerlich solche Fortschritte erzielt, wäre die Regierung Laval an der Macht geblieben. Von Bedeutung ist ferner die Feststellung, daß Laval auch in der neuen Kammer eine Vertrauensabstimmung hätte gewinnen können, wäre er nicht von Herriot verlassen worden. Laval hätte sich auf wenigstens 235 Stimmen der Rechten stützen können. Die Hilfe Doriots und Marquets würde ihm weitere 36 Stimmen verschafft haben. Wenigstens 35 der 116 Radikalen, die 1936 gewählt wurden, wären der Führung Herriots gefolgt und neun der unabhängigen Sozialisten ebenfalls. Das hätte Laval eine Mehrheit von acht Stimmen verschafft. Es wäre zugegebenermaßen ein knapper Spielraum gewesen, aber es hatte in der Vergangenheit ähnliche Lagen gegeben und die Kammervertretung hätte für Laval eine unzweifelhaft günstigere Struktur gehabt, wenn seine Regierung vor den Wahlen an der Macht geblieben wäre[17].

Blum mußte selbstverständlich während des Wahlkampfes ein wirtschaftliches Reformprogramm vorlegen. Im stillen hatte er vor, den französischen Kapitalstrom auf dem internationalen Markt Überwachungsmaßnahmen zu unterwerfen, was die Radikalen jedoch nicht zuließen, sodaß er seinen Plan einer Kontrolle des Devisenmarktes fallenlassen mußte. Er stimmte mit Germain-Martin darin überein, daß eine Abwertung des Franken ein unkluger Schritt sein würde. Infolgedessen verurteilte er mit aller Kraft die Abwertung, ohne freilich zu ahnen, daß er im September 1936 selbst auf sie zurückgreifen würde. Das entsprach ganz der Art, wie Roosevelt während des amerikanischen Präsidentschaftskampfes im Jahre 1932 die Bundeshaushaltspolitik des Präsidenten Hoover verurteilte. Wie schon Roosevelt setzte Blum alsbald jene Politik fort, die er während seiner Anwartschaft auf das hohe Amt heftigst verdammt hatte. Ebenso leidenschaftlich trat Blum dafür ein, in Frankreich die Vierzigstundenwoche auf dem Verordnungswege einzuführen. Er wußte, daß auch

Laval die Vierzigstundenwoche befürwortete und daß der ehemalige Ministerpräsident sie selbst eingeführt hätte, wäre er an der Macht geblieben. Der Unterschied lag nur darin, daß Blum im Gegensatz zu Laval dafür eintrat, für vierzig Stunden den gleichen Lohn auszuzahlen, den die Arbeiter vorher für achtundvierzig Stunden erhalten hatten. Laval wußte, daß dieser Vorschlag mit dem Deflationsprogramm und Blums Opposition gegen eine Abwertung unvereinbar war. Das galt gleichermaßen von Blums Zusicherung, die Beamtengehälter wieder auf ihre frühere Höhe zu bringen. Diese von Blum eingelösten Zusagen machten jedoch eine Abwertung unvermeidbar. Die Abwertung des Franken um 30 Prozent im September 1936 hob die Aufbesserungen, die Blum zugunsten der Arbeiter und Beamten durchgesetzt hatte, gänzlich auf. Die meisten von ihnen erkannten schließlich, daß sie durch das Volksfrontprogramm geprellt worden waren[18].

Blum versprach, im Sinne der Gewerkschaften für kollektive Tarifverhandlungen und gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft einzutreten. Auch diese Versprechen hielt er, so daß die Mitgliedzahl der führenden C. G. T. unter dieser neuen Protektion durch die Regierung innerhalb eines Jahres von einer Million auf über fünf Millionen anstieg. Blums freundschaftliche Unterstützung der Gewerkschaften löste natürlich schwere Arbeitskämpfe zur Erzielung weiterer Errungenschaften aus, und zwar schon bevor die Abwertung die materiellen Vorteile wieder zunichtemachte, die Blum ihnen verschafft hatte, so daß die Volksfrontperiode durch Arbeitsunruhen und Aufruhr in bisher ungekannten Ausmaßen gekennzeichnet war[19].

Blum hoffte, mit Hilfe der Vierzigstundenwoche neue Arbeitsplätze schaffen und der Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können. Stattdessen war das Hauptergebnis nur ein Produktionsrückgang. Die Vierzigstundenwoche führte zu einem Produktionsausfall in bestimmten Facharbeitsgebieten, der von den Erwerbslosen nicht ausgeglichen werden konnte. Aber noch erheblich schwerer wog die Tatsache, daß im Zuge der unvermeidlichen Abwertung die Kaufkraft der Verbraucher gemindert wurde. Die Folge war, daß die Zahl der Arbeitslosen höher anstieg als je zuvor und die allgemeine wirtschaftliche Lage Frankreichs sich unter der Ägide der Volksfront rapide verschlechterte. Solange die Volksfront an der Macht blieb, trat nicht die geringste Besserung ein[20].

Das Schlagwort des Wahlkampfes von 1936 lautete „Brot! Frieden! Freiheit!" Die Freiheit war allerdings unter der Volksfront durch die vier Erlasse vom 18. Juni 1936 gefährdet, mit denen etliche jener Grup-

pen für ungesetzlich erklärt wurden, die an den Kundgebungen vom 6. Februar 1934 teilgenommen hatten, unter anderem das Croix de Feu, Francisme und die Camelots du Roi. Gegen die Red Falcons wurde nicht vorgegangen, obwohl sich diese am 6. Februar gleichfalls beteiligt hatten und obwohl nur sie die Gewalttätigkeiten bei den Kundgebungen vom 9. Februar 1934 begangen und die Verluste an Menschenleben verschuldet hatten. Der Frieden war von dem ideologischen Fanatismus der Volksfront und der zunehmend feindseligeren französischen Politik gegenüber Italien bedroht. Das veranlaßte Charles Maurras, mit uneingeschränkter Erbitterung auszurufen, Blum selber werde als erster sterben, falls zwischen den beiden romanischen Mächten ein Krieg ausbräche[21].

Es entbehrt nicht der Ironie, daß Jaurès am 31. Juli 1914 umgebracht wurde, weil er gegen den Krieg war, Blum hingegen, angeblich sein Schüler, seiner kriegerischen Haltung wegen mit dem Tode bedroht wurde. Im Juli 1936 begannen dann die spanischen Wirren. Es besteht kein Zweifel, daß die Volksfront noch weit aktiver in dieses Ringen eingegriffen hätte, als sie es tat, wäre es nicht den französischen Radikalen und den Engländern schließlich doch gelungen, Blum einzuschüchtern.

Brot gab es unter der Volksfront in Frankreich weniger als unter Laval. So ließen die Wahlkampfparolen im Laufe der Zeit ihre Hohlheit erkennen und unaufhaltsam nahm die Apathie selbst unter Blums Anhängern zu. Dieser Mangel an Begeisterung und revolutionärem Elan unter den Anhängern Blums wurde schließlich zur eigentlichen Ursache seines Sturzes[22].

Viel trug zur Erbitterung der Rechten die jüdische Herkunft Blums bei. Die moderne antijüdische Bewegung unter den französischen Intellektuellen, die mit Voltaire begann, hatte in neuerer Zeit von so hochangesehenen Geistern wie Georges Sorel, Maurice Barrès und Charles Maurras starke Impulse erhalten. Diese Männer hatten sich jedoch bewußt von dem rücksichtslosen Fanatismus eines Edouard Drumont distanziert, der darauf bestand, alle Juden kurzerhand aus Frankreich zu vertreiben. Gleichwohl teilten sie Drumonts Befürchtungen hinsichtlich des jüdischen Einflusses auf das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben Frankreichs. Xavier Vallat, ein verstümmelter Frontkämpfer, hochausgezeichneter Soldat des Ersten Weltkrieges und konservativer Intellektueller, dessen Haltung von der altüberlieferten Feindschaft der katholischen Kirche gegen die Juden bestimmt war, drückte in der Abgeordnetenkammer am 6. Juni 1936 öffentlich

sein Bedauern darüber aus, daß ein Jude am Steuerruder eines so altehrwürdigen Staatswesens wie Frankreich stünde. Blum, der in der Kammer zugegen war, wurde blaß vor Wut, doch er sagte nichts[23].

Die öffentliche und private Beschäftigung mit der jüdischen Herkunft Blums, die während seiner Herrschaft sehr zur Verschärfung der Gegensätze und zu wachsender Unbeständigkeit im Innern beitrug, konnte bei dem Vertreter einer kleinen, aber weithin gefürchteten Minderheit, der in einer Krisenzeit in Frankreich ein revolutionäres Programm einzuführen suchte, nicht ausbleiben. Später gab es noch andere jüdische Ministerpräsidenten in Frankreich, wie Pierre Mendès-France und Michel Debré, doch das war nach 1945 und unter ganz anderen Verhältnissen. Obwohl das Prestige der französischen Juden auch nach 1900 infolge des Ausgangs der Dreyfus-Affäre bereits etwas zugenommen haben mochte, war das doch im Vergleich mit der enormen Zunahme jüdischer Macht und Geltung in der ganzen Welt nach dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges so gut wie nichts[24].

Blum war der erste jüdische Premier Frankreichs, und diese Tatsache galt selbst vielen seiner glühendsten Anhänger als bedenklich und besorgniserregend. In den Augen vieler seiner Gegner war das so viel wie Ächtung. Blum wurde während des Wahlkampfes von 1936 heftig verprügelt. Sein Wagen wurde von einer Gruppe von Demonstranten zum Halten gezwungen, als diese den Trauerzug Jacques Bainvilles begleiteten, jenes hervorragenden royalistischen Historikers, dessen geistige Leistungen sich in ganz Frankreich hohen Ansehens erfreuten. Wohl waren in der Vergangenheit führende französische Politiker sogar ermordet worden, doch ganz gewöhnliche Prügel für einen Mann, der nach der Premierwürde strebte, stellten eine noch nicht dagewesene Demütigung dar. Blum lief wochenlang mit verbundenem Kopf herum und trug den Arm in der Schlinge. Seine Anhänger waren verständlicherweise dieses gröblichen Übergriffs wegen empört, während seine Gegner noch keineswegs beschwichtigt waren. In der Tat steigerte der Zwischenfall nur noch das allenthalben herrschende Gefühl der Unsicherheit[25].

Blum begann mit dem Versuch, ein möglichst starkes Volksfrontkabinett zustandezubringen, bereits am 10. Mai 1936, als der Nationalrat der Sozialistischen Partei im Hotel Moderne in Paris zusammentrat. Eine seiner ersten Bemühungen, Edouard Herriot zum Eintritt in das Kabinett und damit selbstverständlich zum Ablassen von seiner Opposition gegen das Volksfrontprogramm zu bewegen, blieb erfolglos. Blum erkannte scharfsinnig, daß er sich auf sein Bündnis mit

den Radikalen nicht verlassen konnte, solange eine verhältnismäßig große radikale Parteigruppe unter der Führung Herriots an ihrer Opposition festhielt. Blum erklärte Herriot vertraulich, er gebe ihm vor Daladier den Vorzug und schmeichelte dem Bürgermeister von Lyon in jeder Hinsicht. Allerdings hatte er keinen Erfolg damit. Denn Herriot erklärte Blum schließlich, seine Volksfrontgegnerschaft sei grundsätzlicher Natur, so daß er seine Einstellung niemals ändern werde. Das schloß die Wahl Herriots zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer nach dem Zusammentritt des französischen Parlaments am 3. Juni keineswegs aus. Ferner wurde Blum bei seinen Gesprächen mit Herriot gewahr, daß auch Präsident Lebrun der Volksfront weiterhin äußerst kritisch gegenüberstand, was seine Besorgnis steigerte[26].

Blum gab sich nun die größte Mühe, die Kommunisten zum Eintritt in seine Regierung zu bewegen. Er sprach Maurice Thorez, dem Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs, wegen seines im April 1936 erstmals veröffentlichten volksfrontfreundlichen Buches seine Anerkennung aus. Blum sagte zu Thorez, sein literarischer Stil sei der besten Prosa Jaurès' vergleichbar, und suchte zu beweisen, daß eine kommunistische Beteiligung an der Regierung sich vorteilhaft auf den Abschluß eines günstigen Militärabkommens mit der Sowjetunion auswirken würde. Wohl könne er auf Grund seiner eigenen Erfahrung verstehen, daß Thorez nichts daran gelegen sei, sich an einer französischen Regierung zu beteiligen, die er nicht selber leite, doch wolle er Marcel Cachin und Gabriel Pèri Kabinettsposten anbieten. Diese beiden Kommunistenführer waren mit Blum befreundet, und er war voller Zuversicht, daß ihre Beteiligung an der Regierung seine Stellung gegenüber Daladier und den Radikalen stärken würde. Doch hatte Blum mit allen derartigen Argumenten abermals keinen Erfolg. Thorez hatte von Stalin die Weisung erhalten, keine kommunistische Beteiligung an der Regierung Blum zuzulassen. Für Stalin war offenkundig, daß Blums Bemühungen um die Führung Frankreichs schließlich scheitern mußten, und er wünschte nicht, daß die Kommunisten in diesen Zusammenbruch mithineingezogen würden[27].

Blums Fehlschläge bei Herriot und Thorez veranlaßten ihn, die meisten Posten in seinem Kabinett der Gruppe Daladiers anzubieten. Er entsprach den Forderungen Daladiers und gab Marc Rucart das Justizministerium und Jean Zay das Erziehungsministerium. Camille Chautemps war bereit, der Regierung Blum als Staatsminister zu dienen. Sich selber behielt Daladier den Posten des Kriegsministers vor,

besessen von dem Gedanken, mit der französischen Panzer- und Geschützproduktion der deutschen überlegen zu bleiben[28].

Im Endergebnis wurden den Radikalen dreizehn der einundzwanzig Ministerposten zugestanden. Blum bewog außer Chautemps Paul Faure, der innerhalb der Sozialistischen Partei Blums Gegner in der Äthiopienfrage war, einer der beiden Staatsminister mit allgemeinen Befugnissen zu werden. Vier Schlüsselstellungen im Kabinett vergab er an unentwegt loyale und ergebene Gefolgsleute. Roger Salengro, der Bürgermeister von Lille, übernahm das Innenministerium, Georges Monnet wurde Landwirtschaftsminister, Charles Spicasse erhielt das Wirtschaftsministerium und dem jungen Vincent Auriol wurde das Finanzministerium zuerkannt. Der bei den Kommunisten besonders beliebte Salengro beging im November 1936 Selbstmord, nachdem der Gringoire einen erbarmungslosen Verleumdungsfeldzug gegen ihn geführt hatte. Er wurde wieder einmal der Feigheit vor dem Feind im Ersten Weltkrieg, im April 1915, bezichtigt, obgleich die Kriegsgerichtsverhandlungen im Jahre 1915 keinerlei Nachweise gegen ihn erbracht hatten. Der rachsüchtige Verfasser des Aufsatzes war Horace Carbuccia, der Schwiegersohn Chiappes. Salengros Tod machte viel böses Blut und trug schließlich auch zu handgreiflichen Tumulten zwischen kommunistischen Demonstranten und ihren Gegnern im Pariser Vorort Clichy bei, bei denen fünf Menschen getötet und dreihundert schwer verletzt wurden. So folgten dem gesetzlichen Verbot der „faschistischen Verbände" die schlimmsten gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Frankreich seit 1934 erlebt hatte[29].

Bei der Ernennung Yvon Delbos' zum Außenminister folgte Blum seiner eigenen Neigung. Delbos war ein Radikaler und hielt sich für einen maßgeblichen Kenner der Sowjetunion. Er war seit Beginn der Volksfrontbewegung im Jahre 1934 mit Blum freundschaftlich eng verbunden und griff Laval schonungslos wegen seines Versuchs, während des Äthiopienkrieges Italien entgegenzukommen, an. Er spendete den Reden Blums in der Kammer das ganze Jahr 1935 hindurch demonstrativen Beifall und hielt selbst viele Reden zugunsten Blums und der Volksfront. Delbos hatte nur wenige ausländische Freunde und Verbindungen, es sei denn in der Sowjetunion, und seine außenpolitischen Erfahrungen blieben auf Kammeraussprachen und gelegentliche Mitarbeit in parlamentarischen Ausschüssen, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten befaßten, beschränkt. Er war als Außenminister offensichtlich nur Marionette. Es gelang ihm niemals und er äußerte auch niemals etwas Bemerkenswertes. So ist es nicht über-

raschend, daß sein Name in den Berichten jener Zeit kaum erwähnt wird und daß seine Gedanken selten Anlaß zu Erörterungen waren. Seine Grundgedanken deckten sich mit denen Blums, der in Wirklichkeit sein eigener Außenminister war[30].

Als Delbos später unter Chautemps amtierte, paßte er sich nach Art eines Chamäleons einer gänzlich anderen Politik an. Seine anpassungsbereite Wandelbarkeit ließ sich im Jahre 1936 noch nicht voraussehen. Der Gegensatz zwischen Delbos und den markanten Persönlichkeiten seiner Amtsvorgänger Barthou, Laval und Flandin ist besonders auffallend. Auch von seinem Nachfolger Georges Bonnet unterscheidet er sich erheblich. Blums Entscheidung für Delbos fand später eine Parallele, als Präsident Roosevelt Edward Stettinius zum Außenminister machte. Stettinius war wie Delbos lediglich eine Marionette. Blum hätte den Quai d'Orsay übernehmen und im Unterschied zu Roosevelt die Außenpolitik seines Landes in eigener Person lenken können, wie Laval es getan hatte, aber er war entschlossen, dies nicht zu tun. Er erinnerte sich der Ermordung Walther Rathenaus im Jahre 1922, des jüdischen Außenministers Deutschlands. Blum war nicht abergläubisch, aber er fürchtete, es würde eine unkluge Herausforderung der Extremisten unter seinen Gegnern sein, wenn er das gleiche Amt in Frankreich übernähme. Und er wußte, daß er die gleichen praktischen Ergebnisse auch erzielen könnte, wenn er sich Delbos' bediente, weil dieser sich niemals gegen ihn stellen würde[31].

Der wohlhabende, neue jüdisch-sozialistische Ministerpräsident Frankreichs stellte am 6. Juni 1936 sein Kabinett der Abgeordnetenkammer vor und hielt eine ebenso geschliffene wie elegante Rede. Die Radikalen hatten seit 1932 414 000 Stimmen verloren, und Blum brüstete sich, daß die Sozialisten nicht nur die stärkste Gruppe seiner Regierungskoalition, sondern auch in der Kammer insgesamt die stärkste Partei seien. Blums Bemerkung, er werde im Namen Frankreichs eine Politik des Friedens verfolgen, wurde mit lautem Beifall begrüßt. Der neue Ministerpräsident ließ jedoch bald erkennen, daß er seine Meinung zu der Frage, welche Politik Frankreich während des Äthiopienkrieges gegenüber Italien hätte vertreten sollen, keineswegs geändert habe. Er war nach wie vor der Ansicht, man hätte ohne Rücksicht auf die Folgen völlig uneingeschränkte Sanktionsmaßnahmen durchführen sollen. Äthiopien war nun verloren, aber Frankreich hatte noch andere Verpflichtungen, und Blum wollte die Kammer wissen lassen, daß er vorhabe, diesen Verpflichtungen einschließlich des Sowjetbündnisses nachzukommen[32].

Blum vermied sorgfältig die für seine früheren Reden kennzeichnenden offenen Beschimpfungen Deutschlands, verstand es aber, einfließen zu lassen, man müsse in den Beziehungen zum Deutschen Reich jederzeit auf das schlimmste gefaßt sein. In besonders triumphierendem Ton machte Blum die aufsehenerregende Mitteilung, man habe Einzelheiten einer umfassenden Vereinbarung über Kollektivtarifverhandlungen besprochen. Es sei zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und denen des Kapitals vereinbart, entweder noch am gleichen Abend oder aber tags darauf in seinem Büro im Hotel Matignon einen Vertrag zu unterzeichnen. Diese Nachricht wurde von der gesamten Kammer mit wahrer Erleichterung aufgenommen. Zwar war man auf der Rechten nicht gerade begeistert von den umfangreichen Zugeständnissen an die Arbeiterorganisationen, die das vorgesehene Übereinkommen enthielt, aber zu der Zeit, da Blum seine Rede hielt, streikten 1,5 Millionen Arbeiter und dem größten Teil der Rechten ging es um eine wenigstens vorläufige Beilegung des Streites innerhalb der Industrie, selbst zu einem beträchtlichen Preis. Es bestand die trügerische Hoffnung, das neue Abkommen werde den Arbeitsfrieden bringen. In Wirklichkeit sollte es nichts als den Beginn einer neuen Phase des Konfliktes kennzeichnen[33].

In dem Vertrag, der unter der Leitung Blums am 7. Juni 1936 zustandekam, vertrat Pierre Duchemin die Arbeitgeber (Allgemeiner Produzenten-Verband) und Léon Jouhaux als Sprecher und Unterzeichnungsbevollmächtigter die Gewerkschaften. Es war Blum gelungen, den Arbeitgebern seinen Schiedsspruch aufzuzwingen, mit dem Ergebnis, daß die Verhandlungsrechte der Gewerkschaften und die Vierzigstundenwoche anerkannt wurden und daß in allen Zweigen der französischen Industrie Lohnerhöhungen akzeptiert wurden, die zwischen 7 und 15 Prozent schwankten. Diese Maßnahmen hätten auch tatsächlich zu einer raschen Wiederherstellung des Arbeitsfriedens führen können, wenn dem nicht die Taktik der Kommunisten und das Scheitern der Finanzpolitik Blums entgegengestanden hätten. Die Kommunisten hatten von Stalin die Weisung erhalten, sie sollten die Amtsdauer Blums zur Agitation in einem Ausmaß nutzen, wie man es noch nicht erlebt habe. Vielfach gelang es ihnen, die französischen Arbeiter in hoffnungslose Arbeitskämpfe und Sitzstreiks zur Durchsetzung unmöglicher Forderungen hineinzuziehen (so beispielsweise auf sofortige Verdoppelung der Löhne). Ihr Hauptziel war es, den Klassenkampf in ganz Frankreich zu schüren, nicht aber die loyale Unterstützung Blums[34].

Blum hatte am 6. Juni 1936 die Zusicherung gegeben, ein Weizenamt unter Georges Monnet schaffen zu wollen, um den Bauern unmittelbare Hilfe zuteilwerden zu lassen, indem man hohe Getreidepreise festsetzte und sie durch Überwachungsmaßnahmen auf dieser Höhe hielt. Damit wollte man auf die berechtigten Proteste des Landvolks gegen die drückenden Auswirkungen der ständigen Ernteüberschüsse hin Abhilfe schaffen, doch war das natürlich eine drastische inflationistische Maßnahme. Blum hatte am 6. Juni zugesichert, den Franc auf dem alten Umrechnungskurs zu halten. Blums Anhänger wurden oft gefragt, wie sie denn die Staatsausgaben erhöhen wollten, wenn sie sich gleichzeitig um einen Ausgleich des Staatshaushalts bemühten, oder wie sie den Franc auf seiner alten Höhe zu halten gedächten, wenn sie die Preise schneller nach oben trieben als die Einkommen (die Führer der Industrie machten kein Geheimnis aus ihrer Absicht, die Zugeständnisse im Matignon durch sofortige Preiserhöhungen, die das Nachgeben in der Lohnfrage mehr als aufwiegen sollten, auszugleichen). Die Antwort war immer die gleiche: „Wir können es, weil wir Sozialisten sind[35]!"

Das Regierungsprogramm, durchaus kein unfehlbarer Plan, erwies sich in Wirklichkeit als eine unverträgliche Mischung von Allheilmitteln und halben Maßnahmen nach Art des amerikanischen New Deal. In privaten Unterhaltungen über die Erfolgsaussichten äußerte sich Blum auch keineswegs nonchalant. Vielmehr vertraute er seinen Freunden an, in der Vergangenheit seien seine Erfolge weit eher seiner Opposition gegen die Unternehmen anderer als seinen eigenen Leistungen zu danken gewesen. Er hatte kein großes Vertrauen zu seinem eigenen Programm, wohl aber einen langgehegten Ehrgeiz befriedigt. Er war französischer Ministerpräsident geworden und hatte den glühenden Wunsch, auf diesem Gipfel zu bleiben[36].

Elftes Kapitel

BLUMS NIEDERLAGE IN SPANIEN

Als am 18. Juli 1936 der Spanische Bürgerkrieg ausbrach, wäre es verfrüht gewesen, das ganze Ausmaß der innenpolitischen Schwierigkeiten Blums auch nur versuchsweise abzuschätzen. Andrerseits wurden die Ereignisse, die zum Ausbruch des Konflikts in Spanien führten, ohne jede Frage durch den Sieg der Volksfront in Frankreich beeinflußt. Das Auftreten Blums ermutigte das im Februar 1936 an die Macht gelangte spanische Volksfrontregime zu Ausschreitungen. Die spanische Volksfrontbewegung sah in der französischen ihr Vorbild, und der Erfolg Blums ließ zuversichtlich auf ein Bündnis zwischen den Radikalen in Paris und Madrid hoffen. Der Ministerpräsident Don Manuel Azaña stand zunächst an der Spitze einer Koalitionsregierung aus Radikalrepublikanern, Sozialisten und Kommunisten. Statt wie bisher die Wahlen zu boykottieren, hatten die meisten Syndikalisten, Anarchosyndikalisten und Anarchisten im Februar 1936 ihre Stimme dieser Regierungskoalition gegeben. Gleichwohl war der Sieg der Volksfront in Spanien im Grunde das Ergebnis einer willkürlichen Einteilung der Wahlbezirke, wie sie in den Vereinigten Staaten die Partei des Gouverneurs Elbridge Gerry erstmalig im Jahre 1812 in Essex County im Staate Massachusetts zu seinem Vorteil praktiziert hatte. Mit Ausnahme eines Teils der baskischen Nationalisten lehnten die spanischen Parteien der Mitte eine Zusammenarbeit mit den Marxisten ab. Die spanische Rechte und Mitte verfügten im Februar 1936 über eine weit größere Stimmenzahl als die Volksfront, die in diesem entscheidenden Sinne tatsächlich die Regierung einer Minderheit bildete, wenn sie auch in den Cortes 265 Sitze errang gegenüber 217 Sitzen der Opposition[1].

Azaña und Largo Caballero, der bedeutendste spanische Sozialistenführer, bekannt unter dem Namen „der spanische Lenin", waren sich

dieser Sachlage auch durchaus bewußt. Sie waren sich darüber klar, daß ihre herausfordernde Politik wahrscheinlich zu einer Gegenrevolution führen würde, die sich auf breite Volksschichten stützen konnte. Immerhin rechneten sie mit dem befreundeten Frankreich, das ihnen bei einem Volksaufstand zu einer überwältigenden militärischen Überlegenheit verhelfen würde. Der herannahende Konflikt kündigte sich an, als Staatspräsident Niceto Alcala-Zamora durch eine Abstimmung der Cortes in höchst verfassungswidriger Weise abgesetzt wurde. Er hatte zwischen der Linken und der Rechten zu vermitteln versucht und wäre dabei möglicherweise erfolgreich gewesen, hätte der Sturz Lavals und der Aufstieg Blums im benachbarten Frankreich das nicht verhindert. Azaña folgte ihm dann rechtswidrigerweise als Staatspräsident und behielt dieses Amt bis zum Vorabend des Zusammenbruchs der loyalistischen Republik im Jahre 1939. Eine Reihe radikaler Ministerpräsidenten wechselten sich in rascher Folge ab. Den Anfang machte Santiago Quiroga, der seine konservativen Gegner unterschiedslos des Faschismus bezichtigte und vielsagend hinzufügte: „Hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Faschismus befindet sich unsere Regierung mit ihnen im Kriegszustand[2]."

Im Juni 1936 kam es überall in Spanien zu Gewalttätigkeiten. Mehr als 400 Kirchen wurden in Brand gesteckt. Viele brannten vollständig nieder, davon 170 bis auf die Grundmauern. Mönche und Nonnen wurden in großer Zahl ermordet. 69 städtische Klubhäuser und Geschäftsräume von zehn Zeitungen wurden vollkommen zerstört. Eine in sich uneinige militante Minderheit versuchte ihre fragwürdige Willkürherrschaft über die Mehrheit des spanischen Volkes aufzurichten. Gewalttätigkeit und Blindgläubigkeit auf beiden Seiten stellten schließlich alles in den Schatten, was man in dieser Hinsicht in Frankreich erlebt hatte. Das hinderte Blum allerdings nicht, die spanische Volksfront beharrlich seiner Zuneigung zu versichern, bevor er Ministerpräsident wurde und auch nachher. Doch sollte bald die Zeit kommen, da er aufgefordert wurde, seinen Worten Taten folgen zu lassen[3].

Blums Politik enger Verbindungen zur spanischen Volksfront mußte in Frankreich auf lebhaften Widerstand stoßen nicht nur von seiten der parlamentarischen Opposition, sondern auch innerhalb seiner eigenen Koalition. Nicht weniger als sechzig Prozent der gesamten ausländischen Kapitaleinlagen in Spanien waren französische Gelder. Die französischen Investierungen waren dort schon während des Ersten Weltkrieges besonders hoch und später noch weiter angestiegen. Neben den Überfällen auf die Kirchen, Zeitungen und Klubhäuser in

Spanien gab es innerhalb von kaum vier Monaten dreizehn Generalstreiks. Die Streikwelle war von Gewalttaten und Zerstörungen von Sachwerten größten Ausmaßes begleitet. Camille Chautemps, der Staatsminister im Kabinett Blum, vertrat als Anwalt französische Staatsbürger, die ihre Gelder in Spanien angelegt hatten. Diese Franzosen waren über die Ereignisse in Spanien entsetzt und sympathisierten alsbald mit der konservativen Erhebung. Sie ließen sich auch durch die trügerische Behauptung der Marxisten nicht irreführen, die Erhebung sei faschistischen Charakters oder doch Teil einer internationalen Verschwörung gegen Frankreich. Sie wußten, daß der gemäßigte und konservative Teil des spanischen Volkes in diesem Krieg um sein Leben kämpfte, und daß nur von dieser Seite ein Schutz der großen französischen Eigentumswerte in Spanien zu erwarten war. Chautemps vertrat diese Ansicht und wurde von Daladier unterstützt[4].

Am 13. Juli kam es zu dem Mord an dem bedeutendsten Führer der spanischen Konservativen, Calvo Sotelo. Er wurde von Polizeioffizieren in Uniform getötet. Kurz danach gab es in den Städten der Ostküste verzweifelte örtliche Volkserhebungen, doch der bewaffneten Macht der Volksfront gelang es, in einer Reihe erbitterter Kämpfe in so wichtigen Städten wie Valencia und Barcelona die Oberhand zu behalten. General Sanjurjo, der anerkannte Führer der volksfrontfeindlichen spanischen Offiziere, kam gleich zu Beginn der ersten Volkserhebungen bei einem Flugzeugunfall ums Leben. General Francisco Franco, der in erster Linie als Nachfolger Sanjurjos in Betracht kam, war schon vorher, im gleichen Jahr, auf die Kanarischen Inseln geschickt worden, was praktisch einer Verbannung gleichkam. Es gelang jedoch einem englischen Flieger, Hauptmann James Beeb, Franco am 17. Juli nach Spanisch-Marokko zu fliegen. Dort gab er das Zeichen zur Erhebung, die bald den größten Teil Spaniens erfassen sollte. Die Volksfront geriet in Bedrängnis und ging, wie erwartet, ihre Freunde um Hilfe an. Der engste Freund war Léon Blum in Paris. Jose Giral, bei Kriegsbeginn Ministerpräsident der spanischen Volksregierung, richtete am 20. Juli 1936 öffentlich einen dramatischen Appell an Frankreich, es möge Waffen und Heeresgüter uneingeschränkt zur Verfügung stellen. Noch am gleichen Tag erlaubten die örtlichen französischen Behörden erstmalig kommunistischen und sozialistischen Freiwilligen aus Frankreich das Überschreiten der spanischen Grenze zum Kampf gegen Franco. Die erste große Bewährungsprobe der französischen Außenpolitik Blums hatte begonnen. Frankreich war die erste Macht, die inoffiziell in den Spanischen Bürgerkrieg eingriff[5].

Am Dienstag, dem 21. Juli 1936, nachmittags, befaßten Blum und Delbos ihre Kabinettskollegen mit der spanischen Frage. Die sozialistischen Regierungsmitglieder traten mit Ausnahme Paul Faures für eine energische Politik zugunsten der spanischen Volksfront ein. Auf seiten der Radikalen fanden sie damit allerdings nur bei Jean Zay und Yvon Delbos Anklang. Die andern radikalen Minister schlossen sich Chautemps an, der eine behutsame Politik forderte. Man gab zu bedenken, daß eine nachdrückliche Einmischungspolitik zu einem Krieg mit Italien und möglicherweise auch mit Deutschland führen könnte und nahezu mit Sicherheit den Beziehungen zu den britischen Toryführern abträglich sein würde[6].

Blum äußerte die eitle Hoffnung, man werde Eden und Baldwin dafür gewinnen können, gemeinsam mit Frankreich der spanischen Volksfront zu Hilfe zu kommen. Er selber gedenke sich inzwischen nach Kräften eines Wirtschaftsabkommens zu bedienen, das Laval im Jahre 1935 mit der damaligen konservativen Regierung Spaniens abgeschlossen hatte. Dieser Vertrag enthielt eine Geheimklausel, die der spanischen Regierung erlaubte, im Bedarfsfall Waffen und Munition von Frankreich einzukaufen. Blum wollte also den Vertrag genau im umgekehrten Sinne anwenden, wie ihn seine Urheber gemeint hatten[7].

Blum gab zu, daß die britischen Tories möglicherweise auch die Sache Francos begünstigen würden, womit die Möglichkeit einer Entfremdung der Spanienfrage wegen gegeben wäre. Er wollte alles vermeiden, was zu einem solchen Bruch führen konnte, und gab zu verstehen, daß man den britischen Staatsmännern mit Feinfühligkeit und Takt begegnen müsse. Disraeli, wie Blum ein jüdischer Schriftsteller, war in der glorreichen viktorianischen Zeit Premierminister Großbritanniens gewesen, und zwar ein konservativer. Blum hoffte als wohlhabender Intellektueller, seine führende Stellung innerhalb des französischen Sozialismus würde die britischen Toryführer, mit denen er in Berührung käme, nicht hindern, sich nach einer Ära Disraeli zurückzusehnen. Jedenfalls war Blum jede Zeile bekannt, die Disraeli veröffentlicht hatte. Er war mit den englischen Verhältnissen so vertraut, daß er glaubte, mit den Tories erfolgreich verhandeln zu können[8].

Sir George Clerk hatte Delbos wissen lassen, daß die britischen Politiker einen Meinungsaustausch über Spanien begrüßen würden. Blum hatte keine Verzögerungstaktik angewandt; er war im Gegenteil lebhaft darauf eingegangen. Die Folge war eine Einladung Baldwins, Blum und Delbos sollten London Donnerstag, den 23. Juli, einen Besuch

abstatten. Sie waren bereit, die Sache der spanischen Volksfront zu verfechten, wollten aber gleichzeitig erklären, daß sie die französische Politik mit der Politik Englands zumindest grundsätzlich abzustimmen wünschten. Mittlerweile hoffte Blum, Azaña ausreichende militärische Hilfe zukommen lassen zu können, um den Ausgang des Krieges zu entscheiden. Er plante ein Abkommen, auf Grund dessen er der spanischen Volksfront französische Bombenflugzeuge verkaufen wollte. Er sicherte Chautemps zu, auch ein Abkommen zur Wahrung der französischen Eigentumsinteressen in Spanien aushandeln zu wollen. Das beruhigte Chautemps jedoch nicht. Er erinnerte sich der Tausende französischer Sparer, die wertlose russisch-zaristische Staatspapiere besaßen[9].

Das Ergebnis der Kabinettssitzung war nicht überzeugend. Chautemps sowie die meisten der radikalen Minister befriedigte die Haltung Blums in der Spanienfrage keineswegs. Die Situation in London versprach noch weniger. Baldwin und Eden brachten Blum und Delbos gegenüber schon bei der ersten längeren Sitzung in London am folgenden Tag, dem 24. Juli, ihre Abneigung gegen die Lieferung französischen Kriegsmaterials an Spanien zum Ausdruck. In seiner Entgegnung sprach Blum von Beweisen dafür, daß Deutschland und Italien Franco unterstützten. Vom deutschen Auswärtigen Amt war indessen Francos Bitte um Überlassung von zehn Transportflugzeugen am 22. Juli abgeschlagen worden. Dennoch hatte die marxistische Presse in Frankreich deutsche Hilfe für Franco als Tatsache hingestellt, bevor diese Hilfe überhaupt einsetzte, und Blum wiederholte lediglich diese Behauptungen. Die Entscheidung Hitlers, Franco trotz der Proteste des Auswärtigen Amtes Hilfe zu gewähren, fiel erst am 25. Juli im Bayreuther Festspielhaus, und die ersten deutschen Transportflugzeuge, die dann Francos Truppen über die Meerenge von Gibraltar trugen, trafen erst am 27. Juli in Spanisch-Marokko ein. Übrigens wußte auch Hitler über die tatsächliche Haltung Italiens nicht mehr als Blum, als er am 25. Juli seine Entscheidung traf. Wie aber das Londoner Treffen vom 24. Juli zeigte, war Blum gewöhnt, die äußerst unverantwortlichen Propagandathesen der marxistischen Presse Frankreichs als seriöse Wahrheiten wiederzugeben. Dem französischen Premierminister war nicht bekannt, daß zunächst einmal ein englischer Flugzeugführer Franco von den Kanarischen Inseln nach Marokko geflogen hatte. Er konnte indessen während seines Aufenthalts in London bald erkennen, daß die britischen Konservativen in der Tat einmütig der Sache Francos den Vorzug gaben[10].

Winston Churchill, der mit seinen Kollegen seit den Meinungsverschiedenheiten über Indien im Jahre 1931 in vielen Fragen uneins gewesen war, stellte sich fest hinter Baldwin. Er sagte dem französischen Botschafter Corbin, Uneinigkeit Frankreichs und Großbritanniens in der Spanienfrage könne zu einem unüberbrückbaren Bruch zwischen den beiden Mächten führen. Bei gesellschaftlichen Veranstaltungen weigerte sich Churchill sogar, Vertretern der spanischen Volksfront die Hand zu geben. Blums Hoffnung, die Tories könnten in der spanischen Frage untereinander uneins sein, wie sie es hinsichtlich des Hoare-Laval-Paktes gewesen waren, entbehrte jeder Grundlage. Blum mußte vielmehr feststellen, daß keinem andern als Sir Samuel Hoare der Ruf nachging, die anerkannte britische Autorität für die Spanienpolitik zu sein, und daß er unter den Toryführern nichts von seinem Ansehen eingebüßt hatte. Hoares gründliche Landeskenntnis und seine engen persönlichen Beziehungen zu vielen spanischen Aristokraten hatten ihm zu einem außergewöhnlich klaren Bild von der traditionell konservativen Natur der Franco-Erhebung verholfen und er zögerte nicht, seine Ansichten mit Erfolg seinen Parteifreunden vorzutragen[11].

Die Führer der spanischen Erhebung wollten ihr eigenes konservatives autoritäres Regime errichten, um dann natürlich, dem Beispiel Portugals folgend, enge Beziehungen zu Großbritannien zu pflegen. Der Sieg Francos würde den englischen Interessen viel eher gerecht werden als eine Volksfrontherrschaft, die nur allzu leicht unter Stalins Kontrolle geraten könnte. Baldwin selbst befürchtete auch, ein Triumph der Volksfront in Spanien werde das Anwachsen des französischen Kommunismus sehr beschleunigen[12].

Blum versuchte, die jüngsten Vorgänge in Spanien als eine weitverzweigte faschistische Verschwörung zur Unterdrückung Frankreichs hinzustellen. Die britischen Staatsmänner wußten jedoch, daß die spanische Falange durchaus nicht rein faschistisch war und gewiß nicht das beherrschende Element auf Francos Seite darstellte. Die Aussicht, daß Italien in Spanien intervenieren könnte, beunruhigte sie nicht allzu stark. Blum erkannte verwundert zum erstenmal, daß Eden eben jene Wiederannäherung an Italien erwog, derenthalben die britischen Führer Laval in den vergangenen Monaten verurteilt hatten. Diese britische Politik gipfelte wenige Monate danach zunächst in dem englisch-italienischen Abkommen vom 2. Januar 1937 zur Sicherung des status quo im Mittelmeergebiet. Die Tories wußten, daß Franco den Italienern kaum gestatten würde, für die Dauer in seinem Land Fuß zu fassen, wie die Engländer mit ihrem Militärstützpunkt auf spanischem

Boden in Gibraltar, und daß Mussolini sich im Fall seines Eingreifens in Spanien wahrscheinlich mit dieser Tatsache abfinden würde. Die Lasten und Opfer des Eingreifens würden dann ohne einen Nachteil für England den Italienern zufallen. Es wäre eine Art subtiler Vergeltung für Äthiopien. Die Tories könnten sich dabei ruhig den Anschein einer distanzierten Haltung geben, um die zornigen Proteste der britischen Liberalen und der britischen Arbeiterpartei abzuschwächen. Das spätere militärische Eingreifen Deutschlands in Spanien erreichte niemals ein Ausmaß, das die Toryführung hätte beunruhigen können[13].

Blum hätte sich zweifellos seinen britischen Torygegnern widersetzt, hätte er nicht der Gegnerschaft der Radikalen im eigenen Land Rechnung tragen müssen. Diese Gruppe machte in der Tat seine Volksfront zum Gespött, und er warf ihr erbittert vor, sie sei nicht „radikal" genug. In Wirklichkeit hatte Blums eigene Ungeduld, endlich einmal zur Macht zu kommen, ihn dahin gebracht, daß er vom sozialistischen Standpunkt aus nicht radikal genug gewesen war. Das ganze französische Volksfrontprogramm beruhte auf dem hoffnungslosen Trugschluß, es sei eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Radikalen möglich. Diese bedienten sich Blums für ihre eigenen Zwecke. Er war praktisch ihr Gefangener. Er hätte in der Kammer über wenigstens 80 weitere Sitze verfügen müssen, um sich ihrer Kontrolle zu entziehen, aber das Absinken der sozialistischen Stimmenzahl nach 1932 rückte dieses Ziel außer Reichweite. Nur die Franzosen, die sich zur marxistischen Glaubenslehre bekannten, und diese nicht einmal alle, vielleicht auch gelegentlich ein politischer Glücksritter wie Delbos, waren bereit, sich Blums Spanienpolitik anzuschließen. Die französischen Verhältnisse glichen in dieser Hinsicht weitgehend den deutschen nach 1919. Den vereinigten marxistischen Parteien war es gelungen, vierzig Prozent der Stimmen zu erhalten. Über diesen Stand aber kamen sie nicht hinaus. Solange Blum sich an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie hielt, konnte er in Frankreich keine marxistische Außen- oder Innenpolitik treiben. So blieb ihm nur die Möglichkeit des Nachgebens oder der Kapitulation. Er faßte daher in London einen wichtigen Beschluß. Um überhaupt erst einmal an die Macht zu kommen, hatte er ja schon zuvor in einem Maße Zugeständnisse gemacht, wie es Jaurès bestimmt nicht getan hätte. Er begann sich mit dem Gedanken einer Politik ständiger Rückzüge und Zwischenlösungen anzufreunden, deren Rechtfertigung nur in seiner alles beherrschenden Ambition lag, so lange wie möglich an der Macht zu bleiben[14].

Es steht außer Frage, daß der Spanische Bürgerkrieg einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, wenn Laval anstelle Blums im Juli 1936 Ministerpräsident gewesen wäre. Als der Spanische Bürgerkrieg ausbrach, bestand Laval sofort darauf, die französische Regierung solle ein Embargo für Waffenlieferungen an beide Seiten verhängen und die nötigen Maßnahmen ergreifen, um einer Beteiligung französischer Staatsbürger an den Feindseligkeiten entgegenzuwirken. Dieser Rat blieb unbeachtet. Bis zum 24. Juli 1936 erkannte Blum zwar, daß er bald gezwungen sein würde, der französischen Einmischung in Spanien bestimmte Grenzen zu setzen, doch förderte er vorerst noch möglichst umfangreiche Hilfslieferungen für die spanische Volksfront. Die Sozialisten demonstrierten nicht weniger als die Kommunisten für die militärische Hilfeleistung und verbreiteten in Sprechchören die Parole: „Flugzeuge für Spanien!" Blum arbeitete mit Pierre Cot, dem bedenkenlosen Luftfahrtminister, Hand in Hand, um ihnen eine Gefälligkeit zu erweisen. Vom 22. Juli 1936 an wurden Nieuport-Jäger und die neuesten französischen Potez-Bomber in großer Zahl nach Spanien überführt. Im ersten Kriegsjahr waren in Spanien über 600 französische Kampfflugzeuge eingesetzt, eine große Anzahl, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1936 mit Ausnahme der Sowjetunion keine der europäischen Großmächte über mehr als 3 000 fronttaugliche Militärflugzeuge verfügte[15].

Blum veranlaßte weiterhin, daß einige hundert Batterien schwerer Artillerie von Schneider-Creusot sowie gewaltige Mengen Handfeuerwaffen, Munition und Maschinengewehre nach Spanien geliefert wurden. Diese französische Hilfe während der ersten Monate war von entscheidender Bedeutung, da die sowjetische Intervention gerade erst anlief. In der Tat blieb der französische Anteil an Geschützlieferungen während des ganzen Krieges weit höher als derjenige der Sowjetunion. Man darf daher mit gutem Grund annehmen, daß Franco Madrid schon im Oktober 1936 hätte einnehmen können, wäre dem roten Spanien nicht von Frankreich geholfen worden, und daß der Krieg in Spanien noch im gleichen Jahr zu Ende gewesen wäre. Von gleicher Bedeutung war die Tatsache, daß während der ersten Kriegswochen buchstäblich Tausende marxistischer deutscher Flüchtlinge, die in Frankreich lebten, nach Spanien hinüberwechselten, unter ihnen Männer wie der bekannte Romanschriftsteller Ludwig Renn und erfahrene Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs. Zu diesen deutschen Marxisten stießen Tausende freiwilliger Franzosen, darunter auch viele Frontkämpfer, sowie einige hundert in Frankreich lebende italienische Marxisten[16].

Die Gesamtzahl der ausländischen Volksfront-Freiwilligen in den ersten drei Monaten der Auseinandersetzung wurde von neutralen Zeitungsberichterstattern in Spanien auf 20 000 bis 50 000 Mann geschätzt. Sie wurden rasch in den bekannten internationalen Brigaden organisiert, die in der westlichen Presse bei zahllosen Gelegenheiten irreführend als die Internationale Brigade, mithin als eine kleine Heldenschar, die Wundertaten an Tapferkeit vollbrachte, bezeichnet wurden. Gegen Ende des Jahres 1936 kämpften wahrscheinlich über 50 000 ausländische Freiwillige in der Volksfront, außerdem standen 2 000 sowjetrussische Techniker für Nachschub und Nachrichtenwesen zur Verfügung. Diese Ausländer, darunter viele narbenbedeckte Frontkämpfer, leisteten den spanischen Truppen unter Franco zähen Widerstand. Anders als seine Nachbarländer, einschließlich Portugals, erlebte Spanien 1936 seine erste große kriegerische Auseinandersetzung im zwanzigsten Jahrhundert. Die Kämpfe der wenigen spanischen Legionäre in den zwanziger Jahren im Riff waren im Vergleich zu dem großen Gemetzel des Ersten Weltkriegs, in dem Spanien betont neutral geblieben war, kaum mehr als eine Truppenübung[17].

Die ausländische Intervention in Spanien begann in bedeutendem Umfang zuerst mit der Lieferung riesiger Mengen französischen Kriegsmaterials und damit, daß Blum und sein sozialistischer Innenminister Roger Salengro dem Aufbruch Tausender französischer Freiwilliger ihren Segen gaben. Ausländer bildeten bald das Rückgrat der spanischen Volksfrontarmee und stellten auch die meisten gutausgebildeten Offiziere. Das erste Kontingent italienischer Freiwilliger für Franco in Stärke von 3 000 Mann landete im Dezember 1936 in Cadiz. Kleine deutsche Einheiten folgten, und einige unerschrockene irische Freiwillige gingen für Franco unter General Eion O'Duffy nach Spanien. Auch aus Portugal und einigen südamerikanischen Ländern kamen Freiwillige. Die Zahl der Italiener in Spanien stieg schließlich auf über 50 000 Mann an, und die Gesamtzahl der ausländischen Freiwilligen auf seiten Francos erreichte im Jahre 1937 ohne seine 15 000 dem stehenden spanischen Kolonialheer angehörenden Mauren einen Höchststand von 75 000 Mann. Es gab 1937 und 1938 wahrscheinlich mehr ausländische Freiwillige auf seiten der spanischen Volksfront, doch sind darüber niemals genaue Aufstellungen veröffentlicht worden. Vor allem aber war ihre Rolle im Jahre 1936 von besonderer Bedeutung, weil damals erst wenige Ausländer unter Franco kämpften[18].

Es muß festgestellt werden, daß Franco aus zwei wichtigen Gründen einen raschen und entscheidenden Erfolg hätte davontragen können,

wenn auf keiner Seite eine ausländische Intervention stattgefunden hätte: Erstens entschieden sich die meisten ausgebildeten spanischen Soldaten für Franco, und zweitens läßt das Stimmenverhältnis der Wahl vom Februar 1936 erkennen, daß Franco im ganzen Land mit weitgehender Unterstützung rechnen konnte. Die Einmischung von französischer Seite gleich zu Anfang trug mehr als alles andere zu der lang anhaltenden Erstarrung der Fronten bei. Infolgedessen war der Krieg im Januar 1938 noch immer unentschieden, als die Loyalisten (Volksfront) die Schlacht von Teruel gewannen. Zu dieser Zeit kam der bedeutendste Teil der ausländischen Hilfsleistungen für die Loyalisten aus der Sowjetunion. Doch Stalin stellte nach und nach diese Hilfe aus der Sowjetunion ein und ließ so die Volksfrontrepublik untergehen, die sonst wohl siegreich aus dem Kampf hervorgegangen wäre. Seine Entscheidung in dieser Sache ist der vorübergehenden Preisgabe der kommunistischen Revolution in China im Jahre 1926 vergleichbar. Strategische Überlegungen veranlaßten ihn, nach langem blutigem Kampf Franco den Sieg zufallen zu lassen. Wahrscheinlich ging er dabei von der Berechnung aus, daß diese Entwicklung am besten seinem Ziel, die kapitalistischen Länder des Westens in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln, dienen würde. Ein schwerer kommunistischer Rückschlag in Spanien könnte die Staatsmänner des Westens zu der Überzeugung kommen lassen, daß die Sowjetunion keine Gefahr darstelle und die einzige wirkliche Bedrohung der kapitalistischen Demokratien im Faschismus Deutschlands und Italiens zu erblicken sei. Die erforderliche Dokumentation zu Stalins Spanienpolitik fehlt noch und mit bloßen Spekulationen über sie ist nicht viel gewonnen. Gleichwohl bleibt es eine Tatsache, daß er letzten Endes die Sache der Loyalisten im Stich ließ. Blum hatte bereits vorher von einer uneingeschränkten Hilfeleistung für die Loyalisten Abstand genommen und sich damit Verachtung und Spott der kommunistischen Presse Frankreichs zugezogen; als aber kaum zwei Jahre danach Stalin die spanischen Loyalisten fallen ließ, überging sie das mit völligem Stillschweigen[19].

Am 26. Juli 1936 bezeichnete Hoare in einer Londoner Rede die in Spanien kämpfenden Parteien als zwei Rivalen, denen es im Grunde um die Macht in ihrem Lande ginge. Aus dieser Darstellung ergab sich indessen, daß die britische Regierung die Neigung verriet, gleich gute Beziehungen zu den Loyalisten wie zu den Aufständischen zu unterhalten. Blums Argument, die spanische Volksfront sei die einzige legitime Regierung Spaniens und erheische daher besondere Berück-

sichtigung, wurde abgelehnt. Der britische Botschafter Sir George Clerk teilte Delbos am 27. Juli 1936 in Paris mit, Seiner Majestät Regierung habe aufgrund der jüngsten Konferenzen mit den französischen Staatsmännern in London die derzeitige britische Politik gegenüber der Volksfront-Regierung in Frankreich endgültig festgelegt. Sollte Frankreich infolge des Verkaufs von Heeresgut an die loyalistische Regierung oder einer andersartigen Intervention in Spanien in eine Auseinandersetzung mit Deutschland geraten, so würde die britische Regierung sich ihrerseits Frankreich gegenüber an keine weiteren Verpflichtungen aus den Locarnoverträgen mehr gebunden fühlen[20].

Eden erwartete seinerseits, daß diese dramatische Bekundung des britischen Standpunktes zu einer Übereinstimmung zwischen London und Paris in der spanischen Frage beitragen und der starke Druck Blum den Anschluß an den britischen Standpunkt erleichtern würde. Falls Blum jedoch bei seiner Interventionspolitik zugunsten der loyalistischen Regierung in Spanien bliebe, würden die britischen Staatsmänner es als notwendig erachten, ihre von Clerk zur Frage möglicher Verwicklungen zwischen Frankreich und Deutschland Delbos anvertraute Auffassung in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Der britische Botschafter eröffnete weiterhin, Seiner Majestät Regierung erwarte binnen zwei Wochen eine eindeutige Bekanntgabe der französischen Haltung. Die britische Regierung erhoffe überdies Unterstützung der einzelnen europäischen Mächte zugunsten einer allgemeinen Nichteinmischungspolitik in Spanien. Außerdem würde es Eden begrüßen, wenn Blum sich zu einer Initiative in dieser Frage bereitfände[21].

Am 27. Juli 1936 wußte Blum, daß seine Londoner Mission fehlgeschlagen war und er sich entweder dem britischen Druck zu beugen oder zurückzutreten habe. Eine sozialistische Großkundgebung in Paris am 31. Juli 1936, dem Jahrestag der Ermordung Jaurès im Jahre 1914, hatte einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Die allgemeine Erregung wurde noch durch das französische Vorgehen tags zuvor in Nordafrika verstärkt, wo man einige italienische Flugzeuge zur Landung gezwungen hatte. Die Demonstranten hatten die Einstellung der britischen Toryregierung richtig erfaßt, als sie immer wieder riefen: „Nieder mit Baldwin! Nieder mit Mussolini!" Überall wurden spanische und französische Flaggen gehißt und Blums getreue sozialistische Kohorten führten farbenprächtige Plakate mit sich mit der marxistischen Parole: „Flugzeuge für Spanien!" Blum hoffte, er würde die britischen Tories

und die Radikalen in seinem eigenen Kabinett beschwichtigen können, ohne die französische Hilfe für die spanischen Loyalisten gänzlich einzustellen. Er erklärte Cot, das allermindeste wäre, im August 1936 noch möglichst viel Gerät offen nach Spanien zu liefern und dann insgeheim weiter zu liefern, falls man von offenen Lieferungen noch vor einem roten Sieg in Spanien Abstand nehmen müsse[22].

Blum wies Delbos am 3. August 1936 an, die Engländer zu informieren, daß französische Nichteinmischungsvorschläge in den nächsten Tagen vorgelegt werden würden. Er betonte, sein Ziel sei eine völlige Übereinstimmung der englisch-französischen Politik in der Spanienfrage. Seine Kabinettskollegen ließ Blum schließlich am 8. August 1936 wissen, daß zwischen Großbritannien und Frankreich in der spanischen Frage volle Einmütigkeit der Auffassungen bestünde. Chautemps gegenüber gab er jedoch offen zu, daß Frankreich weiteres Kriegsgerät nach Spanien gehen ließe, und behauptete, seine Entscheidung sei mit der Generallinie der französischen Politik vereinbar. Denn eine Einstellung der französischen Lieferungen noch vor einer internationalen Einigung würde die anderen Mächte nicht abhalten, in Spanien zu intervenieren; sie würde vielmehr nur die entgegengesetzte Wirkung haben. Frankreich wäre damit seines besonderen Vorteils beraubt, den ihm seine strategische Lage an der spanischen Grenze verschaffe. Es habe bereits bewiesen, daß es in Spanien wirksamer als jede andere Nation eingreifen könne. Die anderen Länder könnten sich also wohl gezwungen sehen, auf die französischen Nichteinmischungsvorschläge einzugehen, um so die Einstellung der französischen Lieferungen nach Spanien zu erreichen. Blum verteidigte seine Verzögerungstaktik einleuchtend und klar. Er setzte sich in der Kabinettssitzung vom 8. August damit durch, ohne daß einer der radikalen Minister zurücktrat[23].

Die Engländer erinnerten Blum wiederholt daran, eine beschleunigte Abstimmung der englisch-französischen Politik sei dringend erforderlich. Am 15. August 1936 erfolgte ein formeller Notenwechsel zwischen Großbritannien und Frankreich. Delbos gab Sir George Clerk bekannt, daß die französische Regierung bereit sei, die Lieferung von Kriegsmaterial nach Spanien unter der Voraussetzung einzustellen, daß auch die Regierungen Großbritanniens, Deutschlands, Italiens, der Sowjetunion und Portugals dazu bereit wären. Es war Blum keineswegs unangenehm, als die deutsche Regierung am 16. August 1936 festere Bedingungen sowie die Einbeziehung einer größeren Anzahl von Staaten in das Nichteinmischungsabkommen forderte. Bedeutete das doch einen willkommenen Aufschub. Man hatte allen Grund zu

der Annahme, daß etliche Wochen verstreichen würden, ehe Deutschland und Italien den Bedingungen für die allgemeine Teilnahme an einem Nichteinmischungsausschuß in London zustimmten. Ohne formales Abkommen über die Nichteinmischung aber konnte Blum ungehindert den spanischen Loyalisten weiterhin französische Hilfe zukommen lassen. Er war nicht überrascht, als Litwinow am 16. August den frommen Wunsch äußerte, die Sowjetunion möge sich bedingungslos an den Nichteinmischungsplan halten. Der sowjetische Außenkommisar wahrte geschickt seinen Ruf und trat unentwegt für ein Zusammenwirken mit den führenden Genfer Mächten in allen Fragen der kollektiven Sicherheit ein. Blum erwartete, daß die sowjetischen Hilfsmaßnahmen für die Loyalisten unter dem einen oder andern Vorwand fortdauern würden, ohne Rücksicht auf alle die internationalen Abmachungen, die in London getroffen werden mochten[24].

Die Vorbereitungsarbeiten für den Nichteinmischungsausschuß wurden indessen in der verhältnismäßig kurzen Spanne von drei Wochen abgeschlossen, und in London erwartete man, daß Blum sich veranlaßt sehen werde, der neuen Lage Rechnung zu tragen. Clerk unterrichtete Delbos am 5. September 1936, die britische Regierung erwarte, daß Frankreich die Lieferung von Kriegsgerät nach Spanien ohne weitere Verzögerung verbiete. Deutschland hatte am 24. August 1936 seine volle Mitarbeit an der Beendigung ausländischer Hilfe in Spanien zugesagt, und Italien hatte sich unverzüglich angeschlossen. Die Deutschen gaben noch am gleichen Tag die Verlängerung der Dienstzeit ihrer Wehrpflichtigen von einem Jahr auf zwei Jahre bekannt. Blum und Daladier beschlossen daraufhin die Bekanntgabe des Programms einer fünfzigprozentigen Steigerung der französischen Rüstungsproduktion. Am 26. August 1936, unmittelbar nach den jüngsten deutschen und französischen Militärmaßnahmen, besuchte Hjalmar Schacht, der deutsche Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister, Blum in Paris. Schacht stand seit seinen Besprechungen mit führenden Juden der New-Yorker City im Jahre 1933 in dem Ruf, in der Judenfrage besonders tolerant zu sein. In der Tat war Schachts durchaus nicht judenfeindliche Einstellung bekannt, ebenso, daß er tatkräftig jüdischen Angestellten seiner verschiedenen Abteilungen ihre Arbeitsplätze erhalten hatte. Blum und Schacht ließen sich auf eine ausführliche Erörterung der französisch-deutschen Handelsbeziehungen ein, und Schacht übermittelte Hitlers friedliche Absichten gegenüber Frankreich. Blum wurde von den Kommunisten heftig angegriffen, weil er einem Zusammentreffen mit Schacht stattgegeben habe. Doch hatte

sich der französische Ministerpräsident dieser neuen Gelegenheit bedient, um über die Behandlung der Juden in Deutschland Klage zu führen. Später erklärte er verächtlich, Schacht habe seinen Glauben an die Unfehlbarkeit Hitlers geäußert. Wer Schacht kannte, nahm diese Behauptung Blums mit größter Skepsis auf[25].

Blum beschloß sogleich, sich der britischen Forderung vom 5. September 1936 zu unterwerfen und die offenen und eingestandenen Lieferungen französischer Waffen und Kriegsgeräte an das loyalistische Spanien einzustellen. Die künftigen Lieferungen mußten heimlich erfolgen, und Blum erhob erst wieder Anfang des Jahres 1939 die Forderung nach einer offenen und öffentlichen Unterstützung der spanischen Loyalisten. Heimliche Lieferungen nach Spanien boten angesichts der langen Landgrenze und des leichten Zugangs, den die Franzosen zu den loyalistischen Mittelmeerhäfen hatten, keine sonderlichen Schwierigkeiten. Der Abbruch der offenen Hilfe führte jedoch zwangsläufig zu einer persönlichen Demütigung Blums. In einer großen Rede an die französische Nation mußte er zu den letzten Zügen auf dem diplomatischen Schachbrett Europas Stellung nehmen, was am Abend des 6. September 1936 im Luna-Park in Paris geschah. Er versicherte seinen Anhängern, er werde stets für den Sieg der spanischen Volksfront eintreten, gab aber auch zu, seine Hände seien nun gebunden und er werde nicht in der Lage sein, die offizielle französische Hilfe für die Schwesterbewegung fortzusetzen. Er machte weder die französischen Radikalen noch die britischen Tories speziell für seine demütigende Zwangslage verantwortlich. Statt dessen stellte er seine „Entscheidung" als eine noble und unabhängige Geste zugunsten des europäischen Friedens dar. Er schilderte die spanischen Aufständischen als rücksichtslose Abenteurer, die zur Erreichung ihrer Ziele nicht zögern würden, Frankreich in einen Krieg gegen Deutschland und Italien hineinzuziehen. Er sagte voraus, daß die Truppen der spanischen Erhebung sogar Frankreich selbst angreifen könnten, falls er die Intervention in Spanien zugunsten der Madrider Regierung fortsetze. Er stellte den französischen Vorschlag für das Nichteinmischungsabkommen als ein kühnes Unternehmen zur Erhaltung des europäischen Friedens hin und nährte sogar ungerechtfertigte Hoffnungen auf die Wirksamkeit des Abkommens. Der bedenkenlose Blum der Opposition, der 1935 noch wirksame Maßnahmen gegen Italien gefordert hatte, war plötzlich wie umgewandelt. Er hatte sich binnen zweier Monate seit Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges dazu bekehrt, wieder seine alten Auffassungen aus der Zeit vor dem

Auftreten Hitlers und vor dem Entstehen der französischen Volksfrontbewegung im Jahre 1934 zu vertreten, und versprach seinen Zuhörern feierlich: „Ich werde alles tun, um dieses Land aus einem Krieg herauszuhalten. Ich kann den Gedanken eines Präventivkrieges auch dann nicht anerkennen, wenn manche den Krieg schon für unvermeidlich halten. Krieg wird erst in dem Augenblick möglich, in dem man zugibt, daß er möglich ist[26]."

Hatte er dazu 1935 Laval angegriffen und die deutliche Absicht gezeigt, Ministerpräsident zu werden? Die Ironie seiner Lage war ebenso vollständig wie überwältigend. Das Scheitern seiner Politik, der innern wie der äußeren, veranlaßten ihn, lediglich um im Amt bleiben zu können, Friedensgedanken zu äußern, die ihm in den Tagen der nicht unerheblich jüdisch bestimmten Weimarer Republik in Deutschland teuer waren. Blum wußte sich, wie viele andere europäische Juden, dieser Republik tief verbunden. Sie galt ihm als eine Art zweiter geistiger Heimat. Waren doch alle seine Vorfahren deutsche Juden, und die deutschen Juden hatten in der Weimarer Republik eine so hervorragende Stellung eingenommen wie sonst nirgendwo in der Welt. So war Hugo Preuss, der eigentliche Schöpfer der Weimarer Verfassung, ein Jude. Diese winzige Minderheit der deutschen Juden kontrollierte die meisten großen Zeitungen und Verlagshäuser. Sie bildete die Prominenz im geistigen, im kulturellen sowie im Geschäftsleben und verfügte in Deutschland über weit mehr Reichtum und Einfluß als die Juden in Frankreich oder anderswo, vielleicht mit Ausnahme von Ungarn. Blum wußte das alles als wohlhabender Mann sehr zu würdigen. Ferner waren fast ein Drittel der marxistischen Volksvertreter im Reichstag und in den gesetzgebenden Körperschaften der deutschen Länder Juden. Blum hatte also allen Anlaß, eine französische Politik der Großzügigkeit, Duldsamkeit und friedlichen Verständigung gegenüber einem Deutschland dieser Art zu befürworten[27].

Das Erscheinen Hitlers änderte die Lage für Blum vollständig. Obwohl er der festen Überzeugung war, daß Frankreich im Jahre 1933 auf Pilsudskis Angebot, zusammen mit Polen Hitler zu vernichten, hätte eingehen müssen, hatte er damals eine derartige Politik nicht öffentlich befürwortet, in der Besorgnis, er könnte dadurch seine führende Stellung bei den französischen Sozialisten einbüßen, von denen im Jahre 1933 die meisten weit weniger als Blum für eine Kriegspolitik eintraten. Doch war er bei jeder Gelegenheit gegen Hitler und seine judenfeindliche Politik zu Felde gezogen und hatte sich in der Öffent-

lichkeit Schritt für Schritt in eine Position hineinmanövriert, die in totalem Widerspruch zu seiner seit 1919 verfochtenen Auffassung von einem Frieden um jeden Preis stand. Erst im Oktober 1935 trat er offen mit einer Politik hervor, die das Ziel hatte, entweder das faschistische Italien in Afrika zur Kapitulation zu zwingen oder aber einen europäischen Krieg zu entfesseln. Der über diesen Gesinnungswechsel entsetzte Paul Faure distanzierte sich unverzüglich, während Blum bei seiner neuen Haltung bis zur Luna-Park-Rede im folgenden Jahr blieb. Zwar hatte er seine in der Regel gehässigen Äußerungen über den Faschismus in einer Ansprache im Amerikanischen Klub von Paris am 15. Mai 1936 etwas abgeschwächt. Das war am Vorabend seines Amtsantritts als Premier nur natürlich. Sein neues Amt erheischte nun einmal mehr Würde als das des jüdischen Bürgermeisters der Stadt New York, Fiorello LaGuardia, der sich offenbar innerhalb und außerhalb seines Amtes nach Herzenslust in vulgärer Weise äußern durfte. Doch hatte Blum, bevor er Ministerpräsident wurde, keineswegs seine Entschlossenheit widerrufen, sich kräftig dem zu widersetzen, was er Aggression nannte. Diese Demütigung, eine wahrhafte Saulusreise nach Damaskus, blieb seiner Luna-Park-Rede vom 6. September 1936 vorbehalten. Blum trat im Grunde seines Herzens für eine unbegrenzte Hilfeleistung an die spanische Volksfront ein, die mindestens solange erfolgen sollte, bis die Vernichtung der Franco-Streitkräfte gesichert wäre. Er hätte eine solche Politik auch unbedingt verfolgt, hätte das für ihn im Bereich irdischer Möglichkeiten gelegen. Es war aber ein Ding der Unmöglichkeit, weil Eden und Chautemps Blum geradezu in einen Polizeigriff genommen hatten. Mit Eden allein wäre Blum vielleicht fertig geworden. Hätte er sich jedoch gegen Chautemps aufgelehnt, so wäre er ohne Zweifel gestürzt worden[28].

Hätte sich wenigstens in Blums Innenpolitik ein Hoffnungsschimmer oder eine Erfolgschance abgezeichnet, so wäre es ihm möglicherweise gelungen, seine feige und der eigenen Überzeugung hohnsprechende außenpolitische Kapitulation mit mehr Erfolg vernünftig zu begründen. Doch hing der Erfolg seines innenpolitischen Programms weitgehend von wirksamen Schritten gegen die Wirtschaftskrise in Frankreich sowie von der Verwirklichung seiner übrigen allgemeinen Zusicherungen ab. Im Luna-Park wußte Blum, daß seine Innenpolitik bereits merklich gescheitert war und er schon binnen weniger Wochen die Francabwertung würde fordern müssen. Auch wußte er, daß es einen Bruch seiner Wahlversprechungen bedeuten würde, Vollmachten zu verlangen, wie es Laval getan hatte, um die Kammer von der

Verantwortung für unliebsame Maßnahmen zu befreien. Blum hatte den Wählern wiederholt versprochen, daß er niemals Vollmachten fordern werde[29].

Blum konnte sich nicht damit in glaubwürdiger Weise aus der Affäre ziehen, daß er geltend machte, sich aus Erwägungen anderer Art über die Folgen seiner außenpolitischen Kehrtwendung hinweggesetzt zu haben. Das Scheitern wesentlicher Teile seines innenpolitischen Programms war bereits deutlich genug zu erkennen. Er hätte zurücktreten müssen, anstatt seine verwirrende und unaufrichtige Rede vom 6. September 1936 zu halten. Doch er war nun endlich Ministerpräsident geworden und konnte sich nicht mit dem Gedanken abfinden, sein Amt aus freien Stücken zur Verfügung zu stellen. Wenn es eine Entscheidung zwischen Amt und Grundsätzen galt, wählte Blum das Amt. Sein moralischer Bankrott als französischer Staatsmann erreichte damit den Gipfel. Was von der sogenannten Ära Blum übrig blieb, konnte kaum mehr als eine ebenso kostspielige wie eigennützige Farce sein[30].

Der Nichteinmischungsausschuß trat am 9. September 1936 in London zusammen. Es war eine Art ständiger Konferenz der Botschafter, wie sie in der gleichen Form sich auch während der Albanienkrise von 1913 bis 1914 in London betätigt hatte. Lloyd George griff sie in vernichtenden Worten als „Täuschung und Betrug" an, aber die britischen Toryführer waren einverstanden. Die relative Neutralisierung Frankreichs war für Franco soviel wie eine Reihe großer Siege auf dem Schlachtfeld. Die Tories versicherten ebenso sanft wie beharrlich ihr Eintreten für eine moralische Politik der Objektivität, der Unparteilichkeit und der Zurückhaltung. Sie amüsierten sich über die Tatsache, daß Dr. Lamas aus Argentinien als Präsident der Völkerbundsvollversammlung in Genf lebhaft und offen für Franco eintrat. Bei den Genfer Beratungen gab es zwar Momente großer Erregung, aber in der Spanienangelegenheit wurde nichts unternommen. Die Tories widersetzten sich um eben jener Unparteilichkeit willen jedem Schritt des Völkerbundes. Einen Gipfel der Heuchelei erreichte Eden in seiner Rede vor dem britischen Unterhaus am 18. Dezember 1936 mit den Worten:

„Ich würde gern die Regierung in Spanien sehen, die Spanien sich wünscht. Das allein ist der Leitgedanke unserer Unterstützung einer Politik der Nichteinmischung. Wir halten es für die Pflicht aller Nationen, sich aus diesem spanischen Streit herauszuhalten und das spanische Volk seinen so tragischen Zwist auf seine eigene Weise beile-

gen zu lassen. Sollte irgend jemand glauben, daß die Tatsache unseres Eintretens für die Nichteinmischung auf ein Gefühl der Zuneigung für die eine oder die andere Seite zurückzuführen sei, so irrt er sich[31]."

Eden hatte die Stirn, zu erklären, es sei die Pflicht aller Nationen, sich aus Spanien herauszuhalten. In der Praxis begrenzte er jedoch seine Anstrengungen auf das Ziel, nur die französische Einmischung zu unterbinden. Die Tories erkannten natürlich, daß der Abzug aller ausländischen Freiwilligen beider Parteien aus Spanien den Sieg Francos nur beschleunigen könnte, und so zögerten sie nicht, einen deutschen Vorschlag vom 7. Januar 1937 zu unterstützen, der eine kontrollierte Zurücknahme aller nichtspanischen Kriegsteilnehmer vorsah. Das war etwas gänzlich anderes als die Behandlung, die sie Frankreich hatten zuteilwerden lassen. Sie forderten ja auch Mussolini nicht auf, er solle von einer Einmischung in Spanien ohne irgendwelche Sicherungen Abstand nehmen, nur um andern ein gutes Beispiel zu geben. Blum hatte es sich gefallen lassen, daß die britischen Tories so mit ihm umsprangen, als wäre er der ferngelenkte Machthaber eines britischen Protektorats. Das erklärt auch seine irrige Annahme zur Zeit des Rücktritts von Hoare, Laval werde ebenso reagieren. Laval setzte sich für eine englisch-französische Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung ein. Blums Versäumnis, in dem Augenblick zurückzutreten, da die Opposition der Radikalen ihn an der Verwirklichung seiner eigenen Politik hinderte, führte zu einer verabscheuenswerten Abhängigkeit von den britischen Tories[32].

Zwölftes Kapitel

BLUMS STURZ

Im September 1936 machte Blum Frankreich von Großbritannien außenpolitisch abhängig. Aufmerksamen Beobachtern wurde die Gefährlichkeit dieser Situation schlagartig klar, obwohl sie in vollem Umfang erst durch die mutige Rede Pierre Etienne Flandins vor der Abgeordnetenkammer am 26. Februar 1936 bekannt wurde. Bis dahin befaßte sich mit den möglichen Folgen einer übertriebenen Abhängigkeit Frankreichs von Großbritannien unter andern Henri de Kerillis, dessen Buch „Français! Voici la Guerre!" (Paris, 1936) im Herbst des Jahres 1936 Aufsehen erregte. Kerillis war zur Zeit der Stavisky-Affäre einer der ganz wenigen Fürsprecher einer unverfälscht autoritären Staatsordnung für Frankreich und hegte große Bewunderung für Tardieu, den Einsiedler von Menton. Tardieu verfocht 1936 eine harte Politik mit dem Ziel, Deutschland in jeder Hinsicht Widerstand zu leisten und es in Schach zu halten. Tardieu und Kerillis stimmten in dieser Auffassung völlig überein, doch änderte Tardieu nach der Münchner Konferenz von 1938 im Unterschied zu Kerillis seine Haltung zugunsten einer Aussöhnung mit Deutschland. Die Einstellung Kerillis' zu Deutschland im Jahre 1936 war an und für sich nichts Neues, aber sein Buch war deshalb so überaus bedeutsam, weil es sich beherzt mit einigen der entscheidenden Probleme befaßte, denen sich Frankreich gegenübersah[1].

Kerillis war ein Pariser Kammerabgordneter der Rechten und wünschte nicht, daß Blum sich gegen Großbritannien auflehnte, indem er der spanischen Volksfront Hilfe zukommen ließ. Er befürchtete jedoch, die Stellung Frankreichs werde sich weiter verschlechtern, wenn Blum zuließe, daß die Engländer Frankreich die Politik gegenüber Deutschland ebenso diktierten wie bisher schon die Spanienpolitik. Ganz mit Recht machte Kerillis den Engländern zum Vorwurf, daß

sie nach dem Dezember 1935 die Stellung Lavals untergraben hätten. Das hatte zu einer Entfremdung zwischen Frankreich und Italien geführt. Kerillis war der festen Überzeugung, daß Blum zurückzutreten habe, wenn er weiterhin mit seinen ideologischen Vorurteilen einer neuen Annäherung an Italien den Weg verlegte. Auch griff er die Engländer heftig an, weil sie während der Rheinlandkrise im März 1936 für Deutschland und gegen Frankreich Partei ergriffen hatten[2].

Kerillis sah nicht den geringsten Grund, die Behauptung der britischen Tories, sie seien in der Rheinlandfrage neutral gewesen, ernstzunehmen. Auch schenkte er ihrer angeblichen Neutralität im spanischen Konflikt keinerlei Glauben. Sie standen im März 1936 ebenso eindeutig hinter Hitler wie im Juli 1936 hinter Franco. Es kam nur darauf an, aus diesen Prämissen die logischen Schlüsse zu ziehen. Nach der Rheinlandepisode hatten die Engländer die Zusage gegeben, Frankreich künftighin mehr Unterstützung zu gewähren als in der Vergangenheit (Kerillis war nicht bekannt, daß die Engländer gedroht hatten, auf die Spanienaffäre hin Frankreich jede Beistandsleistung zu versagen). Kerillis fürchtete jedoch dieses Beistandsangebot, weil es eine britische List sein konnte, um Frankreich zum Aufgeben seiner Bündnisverpflichtungen in Mittel- und Osteuropa zu bewegen[3].

Kerillis gab ohne weiteres eine Reihe gewichtiger Argumente zu, die für eine Aufkündigung dieser französischen Bündnisverpflichtungen im Osten auf Grund eigener Initiative sprächen. So würde eine französisch-deutsche Entente weitaus mehr den französischen Interessen dienen als die Bündnisse, die früher oder später mit einer dauerhaften französisch-deutschen Verständigung unvereinbar wären. Auch leugnete Kerillis nicht, daß der Gedanke eines französisch-deutschen Bündnisses in Frankreich immer populärer würde. Das traf besonders für die Rechte zu, in gewissem Umfang aber auch für die Linke. Schließlich räumte er ein, daß Hitler keinerlei Forderungen Frankreich gegenüber stelle. Der deutsche Kanzler habe im Gegenteil wiederholt nachdrücklich betont, daß Deutschland keinerlei Ziele im Westen verfolge und daß die französisch-deutsche Grenze von 1919 als endgültig anzusehen sei[4].

Kerillis, der Ostern 1916 den schändlichen französischen Luftangriff auf den Kinderumzug in Karlsruhe geflogen hatte, brachte es jedoch nicht über sich, den Zusicherungen Hitlers Glauben zu schenken. Er blieb lieber des Glaubens, daß dieser im stillen noch immer Frankreich grolle wie zur Zeit des französischen Einfalls in das Ruhrgebiet und

der Abfassung von „Mein Kampf". Auch erhob er den Einwand, eine deutsche Anerkennung der französischen Grenzen genüge nicht. Er konnte sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß Frankreich in Europa für immer von dem neuen Deutschland, das Hitler aufbaute, überschattet werden könnte. Er brachte es nicht über sich, auf die einstige französische Vormachtstellung auf dem Festland, die vom November 1918 bis zum März 1936 bestanden hatte, zu verzichten. Er gab aber zu, daß zur Zeit, da er dies schrieb, nur wenige Franzosen bereit gewesen wären, für deren Wiederherstellung ihr Blut zu vergießen[5].

Trat Kerillis demnach für einen neuen Krieg gegen Deutschland ein? Dieser Prophet von eigenen Gnaden, wie es vor ihm Léon Daudet gewesen war, weigerte sich, das zuzugeben. Er behauptete, das französische Übergewicht lasse sich immer noch durch einen Sieg in einer größeren diplomatischen Krise wiederherstellen. Zu einer solchen werde es kommen, wenn Hitler einen seiner östlichen Nachbarn mit Forderungen konfrontierte, die er dann unter dem Zwang einer festen französischen Politik zurücknehmen müßte. Das könne jedoch erst dann eintreten, wenn das französische Volk zur Unterstützung einer festen Politik, was sie auch kosten möge, hinreichend einig wäre. Von einer solchen Einigung waren die Franzosen im Jahre 1936 weit entfernt. Ein politischer Aufklärungsfeldzug tat not, und dieser konnte in einem Land wie Frankreich nur von privater Seite geführt werden. Mit diesem Ziel vor Augen gründete Kerillis später, im Jahre 1937, seine unabhängige Zeitung Epoque[6].

Kerillis ärgerte der Einwand, Polen und die Länder der Kleinen Entente seien schwach und korrupt, und sie verdienten es deshalb nicht, verteidigt zu werden. Er behauptete, Frankreich sei 1914 in den Krieg gezogen, um seine traditionelle Rolle in Europa wieder zu übernehmen, weniger um für die Russen oder die Serben zu kämpfen. Die Tatsache, daß die Serben offensichtlich schwach und die Russen angeblich korrupt gewesen seien, habe die französischen Staatsmänner nicht daran gehindert, ihnen jenen Beistand anzubieten, der dann zwangsläufig den deutschen Einmarsch in Frankreich zur Folge hatte. Kerillis wollte den Tschechen um eines angeblichen französischen Interesses willen gegen Deutschland helfen, nicht auf Grund irgendeiner sentimentalen oder wirklichkeitsfremden Idealisierung des tschechoslowakischen Zwischenstaates. Er war der Meinung, Frankreich solle das Gleiche auch für Polen tun, und hier gestattete sich Kerillis ein sentimentales, auf die Treue der Polen gestütztes Argument: „Es ist eine Tatsache, daß es (Polen) am 7. März 1936, bei der Be-

setzung des linken Rheinufers, die erste Macht war, die zu uns sagte: ‚Ich stehe auf Eurer Seite[7]!'"

Kerillis schien es so, als könne nur die Rückkehr zu einer aggressiven Außenpolitik dem geschichtlichen Erbe französischer Größe gerecht werden. Das bedeutete natürlich unter Umständen neuen Krieg, doch weigerte er sich, zuzugeben, daß die von ihm vertretene Politik einen Krieg unvermeidbar machen würde. Seinem Wunschbild entsprach eine französische Politik aus eigener Initiative und ohne jede britische Bevormundung. Den Briten bliebe dann die Entscheidung überlassen, ob sie ihre Interessen der unabänderlichen Politik Frankreichs anpassen wollten oder nicht.

Kerillis gab zu, daß der Reiz einer französisch-deutschen Entente, die sich von allen aus den französischen Abmachungen im Osten herrührenden Spannungen freihielt, ein Argument gegen die von ihm befürwortete Politik sei. Noch ein weiteres war die Bedrohung durch den Kommunismus. Er war zu aufrichtig, um zu leugnen, daß der von Stalin und Litwinow gewünschte französisch-deutsche Konflikt von der Sowjetunion erfolgreich ausgenutzt werden könnte. Kerillis hielt es für ein großes Mißgeschick, daß der Versuch der Alliierten nach 1918, die Sowjetunion zu vernichten, keinen Erfolg hatte. Die Kampfmoral der Alliierten war zu gering, und man hatte den „Ruhm" eines siegreichen Kreuzzuges gegen den Kommunismus zu jener Zeit nicht ausreichend gewürdigt. Kerillis erkannte, daß der Kommunismus eine unmittelbare Gefahr für Frankreich darstelle und daß die Kommunisten, welche die Volksfront unterstützten, in Wirklichkeit Frankreich zu unterminieren suchten. Darum war ein weiteres, schwerwiegendes Argument gegen seine politischen Ziele das, Frankreich solle, statt Deutschland einzukreisen und zu bekämpfen, sich mit Hitler verbünden, um einen Kreuzzug gegen den Kommunismus vorzubereiten. Kerillis beharrte jedoch auf seinem Standpunkt, Hitler sei nicht „der uneigennützige Mohammed eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus", (diese stereotype Vorstellung von einem uneigennützigen Mohammed kann nur ein Lächeln abnötigen), sondern lediglich ein deutscher Imperialist, der eine Vergrößerung Deutschlands anstrebt[8].

Frankreichs Position hing in dem Augenblick von der endgültigen Wahl zwischen zwei Möglichkeiten ab, da man von der Notwendigkeit, sich der britischen Vormundschaft entziehen zu müssen, überzeugt war. Entweder würde Frankreich seine Politik auf eine eindeutig gegen den Kommunismus gerichtete Entente mit Deutschland oder aber auf eine gegen Deutschland gerichtete Entente mit der Sowjet-

union richten müssen. Kerillis entschied sich für den zweiten Kurs trotz der Gefahr, Frankreich damit zum Werkzeug kommunistischer Interessen werden zu lassen. Sein Buch gewinnt jenen faszinierenden Aspekt durch die Vergegenwärtigung der für jede Seite sprechenden Gründe. So wurden denn auch viele seiner Leser zur Politik einer deutsch-französischen Entente bekehrt. Das Dilemma, dem sich Kerillis gegenübersah, hatte keinerlei Beziehung zu den Gedanken und Vorstellungen Blums, der nicht erkennen wollte, daß die Sowjetunion für Frankreich eine Gefahr darstelle[9].

In den Jahren 1936 oder 1937 sucht man vergeblich nach einer gültigen Antwort auf Kerillis' Thesen, und zwar von seiten der französischen Verfechter einer von ihm abgelehnten deutsch-französischen Entente. Das soll nicht heißen, daß in dieser Zeit in Frankreich keine positiv urteilenden Bücher über Hitler und den Nationalsozialismus erschienen wären. Alphonse de Chateaubriant legte mit „La Gerbe des Forces" (Paris, 1937) sogar eine recht beredte Darstellung der Leistungen Hitlers in Deutschland vor, ja trat in überzeugender Weise für eine Verständigung mit Hitler ein. Doch derartige Bücher versäumten es, sich mit Kerillis' fundamentaler Behauptung auseinanderzusetzen, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem Verfasser von „Mein Kampf" ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Die sachgerechte Antwort auf die Deutschlandfrage erschien erst Anfang 1939, als Jacques Benoist-Méchin seine „Eclaircissements sur Mein Kampf, la Doctrine d'Adolf Hitler" (Paris 1939) veröffentlichte. Dieses Buch war weitaus mehr als ein Kommentar zu den frühen Äußerungen Hitlers. Es erforschte die Zusammenhänge zwischen Hitlers früheren Ideen und seiner späteren Politik und interpretierte sie in enger Verbindung mit den aktuellen Problemen jener frühen Zeit. Benoist-Méchin war sich mit Kerillis über die Bedeutsamkeit von „Mein Kampf" durchaus einig und führte die schon wesentlich früher ergangene Aufforderung des Marschalls Lyautey an, das Buch solle von den Franzosen aufmerksam gelesen werden. Dieses Buch „Mein Kampf" mußte man allerdings mit Sachlichkeit und Objektivität studieren, sollte Licht auf die deutsch-französischen Beziehungen fallen. Wenn Hitler während seiner ganzen politischen Laufbahn für ein dauerhaftes Einvernehmen mit Großbritannien und Italien eingetreten war, so deutete das gleichzeitig darauf hin, daß er gegen den Westen keinerlei Angriffsabsichten hegte. Mit der deutschen Wiederbesetzung des Rheinlands gab es für Hitler keine Beschwerden gegen-

über Frankreich mehr. Im Gegensatz zu der feindseligen und heuchlerischen marxistischen Propaganda beabsichtigte das Deutschland Hitlers weder das Christentum noch die traditionellen deutschen Wertauffassungen auszurotten, um einem schrankenlosen, radikalen Nihilismus Raum zu geben. Auch wollte es — im Gegensatz zur Sowjetunion — nicht der übrigen Welt durch Krieg oder Umsturz seine Doktrin aufzwingen. Vielmehr war Deutschland unter Hitler ein zuverlässiges Bollwerk gegen den Kommunismus, und seine Interessen jenseits seiner eigenen Grenzen richteten sich auf fern von Frankreich oder dessen überseeischen Besitzungen liegende Gebiete[10].

Die Argumente Benoist-Méchins waren, als sie endlich erschienen, von besonderer Durchschlagskraft, weil im Jahre 1939 keine Rede mehr von einer Restaurierung der französischen Vorherrschaft, es sei denn durch Krieg, sein konnte. Otto Abetz, der mit Ribbentrop eng befreundet war, sah in dem Geschichtsforscher Benoist-Méchin einen Franzosen, der wie kein zweiter in der Lage war, den Argumenten Kerillis' und seiner Freunde entgegenzutreten. Abetz, der sich mit Leib und Seele der Sache der deutsch-französischen Freundschaft widmete, gehörte zu den Kindern, die 1916 bei dem von Kerillis' Geschwader auf Karlsruhe geflogenen Angriff verwundet worden waren. Er war tief beeindruckt davon, daß der brillante Historiker Benoist-Méchin seinerseits zu jenen Kindern gehörte, die im April 1918 von einer Granate der deutschen „Dicken Bertha" in einer Pariser Kirche verwundet wurden. Es war gewiß ein schöner Gedanke, daß hier zwei Männer, die in der letzten mörderischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland schuldlos geblutet hatten, sich nun zusammentaten, um in den entscheidenden Jahren, die der Machtübernahme Hitlers in Berlin folgten, für die französisch-deutsche Freundschaft zu wirken[11].

Der Gedanke einer französisch-deutschen Entente, die nun allerdings nicht mehr zu jenen so überaus vorteilhaften Bedingungen zu erreichen war, wie sie noch Laval ins Auge gefaßt hatte, brauchte Zeit, um im Denken der Franzosen Wurzeln zu schlagen. Es stellte sich hier das altbekannte menschliche Problem, eine Fülle von Ereignissen in kurzer Zeit zu meistern. Tatsache bleibt, daß es nach den französischen Kehrtwendungen von 1935 und 1936 eine deutlich in diese Richtung tendierende Entwicklung gab, gegen die Kerillis und seine Freunde innerhalb Frankreichs nichts auszurichten vermochten. Konnte doch Kerillis im Jahre 1938 nicht einmal den Abfall Tardieus von der Gruppe der Kriegstreiber verhindern. Das Problem des britischen Einflusses auf die französische Politik blieb bestehen, und in diesem Einfluß sah

Kerillis auch noch lange nach dem März 1936 den Hauptfeind, der die französischen Verpflichtungen in Mittel- und Osteuropa zu untergraben suchte[12].

Alexis Léger, der Generalsekretär des Quai d'Orsay, erklärte seinen Untergebenen eines Morgens im April 1936: „Wir haben Zentraleuropa verloren, und wir haben den Frieden verloren!" Léger meinte damit nicht, daß ein neuer deutsch-französischer Krieg unvermeidlich sei. Seine Ansicht war vielmehr die, daß man die Errungenschaften des siegreichen Friedens von 1919 eingebüßt habe, und er hielt deshalb alle Anstrengungen für nutzlos, gemäß Kerillis' Vorschlag mit Hilfe der früheren französischen Verpflichtungen jenseits des Rheins an ihnen festzuhalten. Léger, ein sehr viel maßvollerer Berufsbeamter als sein Vorgänger Berthelot, war weit davon entfernt, die französische Außenpolitik aufgrund persönlicher Überzeugungen und Beurteilungen maßgeblich zu beeinflussen. Vielmehr diente er in loyaler Weise einer Reihe von französischen Außenministern, ungeachtet ihrer politischen Herkunftsverschiedenheit. Es hätte ihm in der Tat heftig widerstrebt, die Verantwortung für die wichtigen Entscheidungen auf sich zu nehmen, die Frankreich so oder so unvermeidlich zu treffen hatte. Zwar erkannte er, daß in Europa eine neue Lage entstanden war, doch hegte er ihr gegenüber tiefe und quälende Zweifel[13].

Der französische Außenminister Yvon Delbos war dagegen zunächst sehr viel selbstgefälliger. Er teilte in der Frage des Spanischen Bürgerkrieges nicht die Leidenschaftlichkeit Blums und hielt den Pessimismus Légers im Hinblick auf die Lage in Mitteleuropa für übertrieben. Delbos war mit Frau Claire Boas de Jouvenel gut befreundet und wie sie von glühender Bewunderung für Eduard Benesch und sein tschechisches Staatswesen erfüllt. Die Tschechen stellten ein nützliches Bindeglied zwischen Frankreich und der Sowjetunion dar. Delbos' Politik in Mitteleuropa war überaus einfach. Die Franzosen sollten auch weiterhin den Tschechen unter allen Umständen volle Unterstützung gewähren. Das würde im Falle einer Krise das französische Prestige wiederherstellen und die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion erleichtern. Delbos glaubte fest an die angebliche Entschlossenheit Rußlands, der Tschechoslowakei Hilfe zu gewähren. Er hielt es für klug, die Lösung der Frage, wie die roten Truppen notfalls praktisch in die Tschechoslowakei gelangen könnten, ganz Moskau zu überlassen. Auch hatte Delbos die naive Vorstellung, Stalin werde schon eine Möglichkeit finden, ohne sich erst mit den Franzosen ins Einvernehmen zu setzen, und es würde dann für die Franzosen

leichter sein, etwaige faits accomplis ihrer sowjetischen Verbündeten gutzuheißen, wenn Paris sie nicht zu verantworten hätte. Im Unterschied zu Barthou verzichtete Delbos von vornherein auf allerlei nutzlose Bemühungen, die Polen zu einer freundschaftlichen Politik gegenüber der Sowjetunion zu bewegen. Ihm genügte es, auf eine Besserung der polnischen Beziehungen zu den Tschechen zu drängen[14].

Delbos wurde häufig durch die rastlose Tatkraft Léon Noëls beunruhigt, eines beliebten Pariser Bürgers, der vor Chiappe als Polizeichef tätig war. Noël, später französischer Gesandter in Prag, war von Laval 1935 zum französischen Botschafter in Warschau ernannt worden. Noch nicht lange in Warschau, kam er nach Pariser Polizeimethoden zu dem Schluß, der polnische Außenminister Józef Beck strebe heimlich ein polnisches Bündnis mit Deutschland und die Aufkündigung der polnischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich an. Der französische Botschafter war nicht in der Lage, auch nur den Schatten eines Beweises für seinen Verdacht beizubringen. Noël sah indessen einen Beweis bereits in der Tatsache, daß Beck keinerlei Wert darauf legte, seine persönliche Bewunderung für Hitler und dessen Leistungen in Deutschland zu verbergen. Becks Außenpolitik beruhte jedoch ausschließlich auf abstrakten Überlegungen, die mit seiner gefühlsmäßigen Einstellung gegenüber ausländischen Staatsmännern in keinem Zusammenhang standen[15].

Der polnische Außenminister hatte nicht die Absicht, ein Bündnis mit Hitler einzugehen. Man hätte erwarten dürfen, daß Becks Angebot, Frankreich im März 1936 in der Rheinlandfrage zur Seite zu stehen, Noël eines besseren belehrt hätte. Dieser nahm indessen den abseitigen Standpunkt ein, Becks Angebot sei nur ein Täuschungsmanöver zur Tarnung seiner eigentlichen Absichten. Noël bombardierte den Quai d'Orsay mit Aufforderungen, Frankreich solle eine List zur Ausschaltung Becks ersinnen. Delbos nahm sich die Mühe, durch Corbin in London bei dem ständigen Unterstaatssekretär im Britischen Außenamt, Vansittart, Erkundigungen einziehen zu lassen, ob es irgendeinen Grund für die Annahme gebe, daß Beck Polen in die Arme Hitlers zu treiben suche. Vansittart war mit Beck und dessen Ehefrau eng befreundet. Er gab zur Antwort, Beck sei wahrscheinlich der beste Freund, den Frankreich auf dem Festland besitze. Diese Nachricht vermochte Noël keineswegs zu befriedigen. So setzte er seine Kampagne fort[16].

Im August 1936 stattete Marschall Rydz-Smigly Frankreich einen Besuch ab. Er gehörte dem Triumvirat an, das Polen nach dem Tod

Pilsudskis regierte. Noël redete sich ein, Rydz-Smigly habe nichts dagegen, die Macht mit Präsident Moscicki zu teilen, hege aber einen Groll gegen Beck und würde es begrüßen, wenn sich eine Gelegenheit fände, ihn im Palais Brühl durch Oberst Adam Koc zu ersetzen. Der polnische Marschall beabsichtigte, während seines Besuchs dem polnischen Botschafter Lukasiewicz bei den Verhandlungen über eine französische Anleihe an Polen zur Seite zu stehen. Noël regte bei Delbos an, man solle die Entlassung Becks zur Vorbedingung für die Gewährung der Anleihe machen. Delbos ließ diesen Ratschlag völlig unbeachtet; er teilte Rydz-Smigly im Gegenteil ausdrücklich mit, er habe eine hohe Meinung von Beck. Polen erhielt in Rambouillet eine französische Anleihe in Höhe von 200 Millionen Franc, und Beck blieb Außenminister Polens[17].

Delbos wies allerdings daraufhin, es werde vermutlich ratsam sein, die polnisch-tschechischen Beziehungen zu verbessern, doch Rydz-Smigly verhielt sich ausweichend. Der tschechische Gesandte Slavik in Warschau hatte dafür Sorge getragen, daß Präsident Benesch und der tschechische Außenminister Krofta über die Bemühungen Noëls umfassend unterrichtet waren. Die tschechischen Politiker hätten Delbos, der ihrem Einfluß durchaus zugänglich war, leicht dazu bewegen können, Noël in seinem Kampf gegen Beck zu unterstützen. Der tschechische Präsident unterließ dies absichtlich, weil er hoffte, Noëls Verdächtigungen gegen Beck entsprächen den Tatsachen, und es würde schließlich zu ernsten Reibungen zwischen Frankreich und Polen kommen. Die traditionelle Rivalität mit Polen war in den Augen der tschechischen Politiker ein wesentlicher Faktor. Sie wußten, daß Noël Polen der Tschechoslowakei vorzog, und so lag ihnen nichts an einer Zunahme seines Einflusses[18].

Noël seinerseits war weit entfernt davon, die Tschechen um ihre Mithilfe zu ersuchen, um Delbos zu einem Vorgehen gegen Beck zu überreden. Er überschätzte seinen eigenen Einfluß. Nach der Rückkehr Rydz-Smiglys nach Warschau am 21. August gab Noël endlich seinen Kampf gegen Beck auf. Seine Schlußfolgerung, Delbos lege keinen großen Wert auf eine Zusammenarbeit Frankreichs mit Polen, war zutreffend. Der französische Außenminister war weit mehr an der Tschechoslowakei und der Sowjetunion interessiert[19].

Die Selbstgefälligkeit Delbos', der, ohne von der Demütigung Blums in der Spanienfrage beeindruckt zu sein, sich seiner Stellung als Außenminister Frankreichs ausgiebig erfreute, wurde wahrscheinlich zum erstenmal durch den Beginn der großen sowjetrussischen militärischen

Reinigung im Februar 1937 erschüttert. Die ungeheuren politischen Reinigungsprozesse — eine Art riesenhafter Fortsetzung der Kirow-Reinigung von 1934 — hatten schon vorher, im August 1936, begonnen, und bis zum Jahresende waren Hunderttausende von Russen verhaftet worden. Das war zweifellos eine schwere Krise, aber die Fähigkeit Stalins, eine Reinigung von solchen Außmaßen durchzuführen, deutete darauf hin, daß er über außergewöhnliche Autorität verfügte. Die Reinigung in der Roten Armee dagegen war etwas gänzlich anderes. Der zweite sowjetische Fünfjahresplan, der 1933 begonnen hatte, sah gewaltige Anstrengungen für den Ausbau der bewaffneten Macht Rußlands vor. Der Sowjetstaat besaß im Jahre 1935 ein stehendes Heer von 1 300 000 Mann und war in der ganzen Welt führend in der Herstellung von Panzern, Geschützen und Kriegsflugzeugen. Die Franzosen waren von diesen Anstrengungen stark beeindruckt[20].

Das Zweite Büro (der französische Geheimdienst) meldete Delbos im Jahre 1937, daß innerhalb weniger Monate dreizehn der insgesamt neunzehn Armeebefehlshaber der Sowjetunion erschossen oder festgesetzt worden seien. Auch Marschall Tuchatschewski, der führende Organisator der Roten Armee, war erschossen worden. Die Beseitigung dieser genialen militärischen Führungskraft hinterließ einen unauslöschlichen Eindruck; man hätte sie allenfalls mit einem unbegreiflichen französischen Beschluß vergleichen können, Marschall Pétain bereits im Jahre 1937 zu inhaftieren oder hinzurichten. Nicht weniger als 110 von den 195 Divisionskommandeuren der Roten Armee wurden verhaftet oder hingerichtet. Weitere 30 000 Heeresoffiziere niederen Ranges wurden ausgeschieden. Gleichzeitig fanden Reinigungen in der Kriegsmarine, in der Luftwaffe und selbst in der Geheimpolizei statt. Es schien Delbos, als ob die Sowjetunion militärisch Selbstmord beginge. Das Zweite Büro versicherte ihm, die Rote Armee werde sich viele Jahre nicht von diesen Schlägen erholen können. Während dieser Zeit, so meinte man, würde Rußland praktisch wehrlos sein. Nach Delbos' Wunsch hätten diese Reinigungen lieber in Deutschland statt in Rußland erfolgen sollen, aber die Sowjetunion war zu jener Zeit tatsächlich das einzige Land der Welt, in dem sich derartige Vorkommnisse abspielen konnten[21].

Blums Regierung stand kurz vor dem Sturz, als die Bedeutung dieser Vorgänge klar wurde. Blum hatte sich als Premier nach seiner demütigenden Rede vom 6. September 1936 noch im Amt gehalten. Weitere Demütigungen folgten. Am 28. September 1936 war es ihm gelungen, die Abgeordnetenkammer zur Billigung der Franc-Abwer-

tung zu bewegen. Das war nicht weiter schwierig, da die Währungsanspannung bis zu einem Punkt gediehen war, an dem die meisten seiner Volksfrontanhänger keine andere Möglichkeit mehr sahen. Blum mußte aber in der Debatte, die den Abwertungsvorschlag begleitete, verschiedentlich scharfe Kritik über sich ergehen lassen.

Georges Bonnet hielt am 28. September in der Kammer eine Rede, die praktisch seine Verbannung aus Frankreich an die französische Botschaft in Washington zur Folge hatte, wo er etwa acht Monate lang als französischer Botschafter ausgezeichnete Arbeit leistete. Als Blum dann gestürzt wurde, rief man Bonnet zurück, damit er dem Kabinett Chautemps beitrete. In seiner berühmten Kammeransprache vom September 1936 bemerkte Bonnet, er habe in den vergangenen vier Monaten bewußt auf ein Eingreifen in die Erörterungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage verzichtet. Jetzt aber könne er nicht mehr umhin, auf die eindeutige Wahltäuschung Blums hinzuweisen, der nunmehr, entgegen seinem Wahlversprechen, auf die Abwertung ausgehe. Bonnet stellte fest, daß sich Deutschland, Polen und Italien mit Erfolg der Abwertung ihrer Währungen widersetzten, und machte sich zum Sprecher einer beträchtlichen Gruppe von Radikalen, die der Abwertung ihre Zustimmung mit der Begründung versagten, daß sie eine Verletzung der Volksfrontvereinbarung darstelle!

Paul Reynaud, der beharrlichste unter den eifrigen Verfechtern der Abwertung, hielt eine Rede, die anhaltende Unzufriedenheit mit der Politik Blums veriet. Er rechnete nicht mit einem Erfolg des Blumschen Abwertungsprogramms, weil es zahlreiche übermäßig inflationäre Wirtschaftsmaßnahmen vorsah, die Reynaud für ungesund hielt. Bitter bemerkte Reynaud, die Nation sei bisher seinen eigenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen einer Abwertung in Verbindung mit einem energischen Programm der Vollbeschäftigung und Erzeugungssteigerung nicht gefolgt, „weil die Kräfte, die dem entgegenstanden, zu stark waren." Er betonte, daß man gut daran täte, in dem derzeitigen Vorschlag Blums eine entscheidende, schwere Niederlage der Volksfrontregierung zu sehen. Reynaud hielt den Rücktritt Blums für erforderlich, nachdem er sich nicht an seine Zusagen gehalten habe.

Léon Blums Ansprache zur Verteidigung seiner Stellung wurde trotz der verbindlichen Formen, deren sich der Premier bediente, alle paar Sekunden von unzufriedenen Abgeordneten unterbrochen. Blum gab vor der Kammer folgende Erklärung ab:

„Meine Herren, ich werde nur kurz sprechen, denn ich möchte die Kammer nicht ermüden."

Der Kammerpräsident, Edouard Herriot, empfahl ihm, solange zu sprechen, wie es ihm gefiele. Mit gespielter Bescheidenheit rief Blum aus:

„Aber in einer Erörterung wie dieser würde es mir als taktlos ausgelegt werden, wenn ich die Aufmerksamkeit des Hauses einige Zeit zu fesseln suchte!"

Herriot entgegnete:

„Im Gegenteil, das verlangt man von Ihnen!"

Der Ministerpräsident ließ sich dann herbei, eine Rede zu halten, die einige bemerkenswerte Argumente enthielt, darunter auch das Argument, er sei der französische Roosevelt. Folgerichtigkeit sei eine Tugend kleiner Geister, und Roosevelt habe in Amerika erklärt, er folge einem Programm von Improvisationen und versuche ohne Rücksicht auf Folgerichtigkeit eine Methode nach der andern. Offensichtlich glaubte Blum, was den Amerikanern recht, sei den Franzosen billig, und paßte sich völlig dem pragmatischen Vorgehen Roosevelts an.

Blum gab mit entwaffnender Offenheit zu, sein Regierungsprogramm habe bisher jede Logik vermissen lassen, und die von ihm zugesagte Sozialgesetzgebung sei von Anbeginn an mit einer anhaltenden Gegnerschaft zur Franc-Abwertung unvereinbar gewesen. Aber wer habe es denn so gewollt? Bestimmt nicht der Premier. Er habe zwar die in Aussicht genommene Sozialgesetzgebung vorgelegt, aber seine Vorlage wäre ein papierner Vorschlag geblieben, wenn ihm nicht eine Mehrheit in der Kammer ihre Stimme gegeben hätte. Demgemäß trage die Kammer und nicht der Premier an der Kehrtwendung Blums in der Abwertungspolitik die Schuld.

Es war Blum nichts an dem Gesichtspunkt gelegen, daß die derzeitige Kammermehrheit ja zumindest teilweise auch das Ergebnis seiner eigenen Wahlversprechungen von 1936 war, die eine ausreichende Zahl von Wählern dazu verführt hatten, ihm zum Wahlsieg zu verhelfen. Blum versuchte dann auch, die Schuld an seinen Schwierigkeiten auf den Spanischen Bürgerkrieg und auf Deutschland abzuwälzen. Beide hatten Frankreich Geld gekostet: Einmal infolge der französischen Hilfslieferungen für das rote Spanien und ferner im Zusammenhang mit den französischen Gegenmaßnahmen nach der Einführung der zweijährigen Wehrdienstpflicht in Deutschland. Nach Blum lag das Verschulden also bei der Kammer selbst, bei Franco und bei Hitler, doch wollte er auch die Verantwortlichkeit der französischen Gewerkschaftsführer nicht ganz bestreiten. Sie seien in der Ausnutzung seiner Sympathie zu weit gegangen. Die von ihnen unaufhörlich

geförderten Streiks und inneren Unruhen seien eine schwere wirtschaftliche Belastung für Frankreich.

Im Hintergrund lauerten auch noch die französischen Finanzgewaltigen. Blum bezichtigte sie, Frankreich mit ihrer Propaganda und ihren Finanzmanövern vorsätzlich schwerste wirtschaftliche Verluste zugefügt zu haben, und zwar im Rahmen eines verschwörerischen Versuches, die Volksfrontherrschaft zu beseitigen. Fast jeder außer dem Ministerpräsidenten selbst war schuld daran, daß dieser nicht in der Lage war, seine Wahlversprechen einzuhalten. Doch erlaubte es ihm ebendiese Lesart, die er der Kammer darbot, am Ende wieder in seiner alten Rolle als Oppositionsführer aufzutreten und nicht als der Verantwortliche für die Führung der Politik des Landes. Es überrascht nicht, daß Blums bemerkenswerte Rede von seinen Gegnern mit Spott und von den meisten seiner Anhänger mit nur wenig Begeisterung aufgenommen wurde[22].

Die Abwertung des Franc wurde am 1. Oktober 1936 zur Tatsache. Die Arbeiter sahen ihr Einkommen mit einem einzigen Schlag vernichtet. Es ging ihnen sogar noch schlechter als zu der Zeit, da Blum sein Amt antrat, und die allgemeine Arbeitslosigkeit nahm immer noch zu. Die Gewerkschaftsführer zögerten nicht, sogleich eine neue, wütende Streikwelle zu entfesseln.

Blum machte sich neue Ausstände in der Flugzeugindustrie zunutze, um ein Programm der Verstaatlichung durchzusetzen, das die französische Erzeugung von Militärflugzeugen qualitativ und quantitativ rasch absinken ließ. Edouard Daladier machte sich als Kriegsminister zögernd mit dem unliebsamen Gedanken vertraut, Militärflugzeuge in den Vereinigten Staaten einzukaufen, was eine zusätzliche Devisenausgabe erfordern und Frankreich stark belasten würde. Blum hatte Daladier seine volle Unterstützung für ein gewaltig erweitertes Rüstungsprogramm zugesichert, das vom französischen Kabinett am 5. September 1936 gebilligt wurde. Daladier hoffte, jedes Jahr wenigstens zwanzig Milliarden Francs für Heer und Luftwaffe ausgeben zu können. Blum und sein Finanzminister Vincent Auriol baten ihn jedoch bereits Ende Oktober 1936, eine Beschneidung des Rüstungsprogramms hinzunehmen[23].

Im November 1936, zur Zeit der unglückseligen Salengro-Affäre, gab Blum die katastrophalen Rückwirkungen der kürzlichen Abwertung auf die französische Handelsbilanz zu. Die Einfuhren stiegen, während die Ausfuhren bedenklich nachließen. Die französische Kapitalflucht ins Ausland hatte beunruhigende Ausmaße angenommen.

Daladier wie auch Chautemps fühlten sich mittlerweile von dem Volksfrontexperiment gründlich angewidert, wagten aber nicht, von sich aus mit Blum zu brechen. Sie wußten, daß die Rechte sie verschmähen und die Sozialisten nicht bereit sein würden, eine radikale Regierung zu unterstützen[24].

Obwohl man sich in einer Sackgasse befand, hielt sich die Regierung Blum immer noch bei zunehmender, allgemeiner Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit. Man kann sich wohl kaum einen größeren Gegensatz vorstellen als den zwischen den Feiern zum Gedenken an die Erstürmung der Bastille im Jahre 1937 und den entsprechenden Festlichkeiten des Jahres vorher. Am 14. Juli 1936 war die Volksfront noch kämpferisch, angriffslustig, siegesbewußt und voller Zuversicht gewesen. Am 14. Juli 1937 war sie entmutigt, schwunglos, passiv und apathisch. Vom Standpunkt der Rechten aus war es zweckmäßig, die Regierung Blum solange dahinsiechen zu lassen, wie sie sich eben halten mochte. Tatsächlich wurde mit der Fiktion, die Volksfront sei die beherrschende politische Kraft Frankreichs, erst im April 1938 endgültig aufgeräumt. Es waren fast zwei Jahre der Ernüchterung unter Blum verstrichen[25].

Leon Trotzki hatte in Whither France? (New York, 1936) geschrieben, er sei von einem fernen norwegischen Dorf aus Zeuge des Beginns der neuen Französischen Revolution gewesen. Trotzki hegte für Blum, den er als ein bloßes Werkzeug in den Händen der französischen Bankiers und Industriellen abtat, nur Verachtung. In dieser Hinsicht teilte er völlig die Einstellung Stalins zu dem französischen Sozialistenführer. Er hatte jedoch gehofft, das Volksfrontexperiment werde Kräfte des Radikalismus wecken, deren die französischen Konservativen dann nicht mehr Herr zu werden vermöchten. Darin irrte er. Die tölpelhafte Unzulänglichkeit des Blum'schen Versuchs ermöglichte es den Konservativen, ihre Kräfte zu sammeln und eine neue Initiative vorzubereiten. Zur gleichen Zeit setzte Jacques Doriot von seinem Stützpunkt, dem Pariser Vorort St. Denis, aus zu einem Angriff auf die französischen Kommunisten an, wie sie ihn noch nicht erlebt hatten. In der Kammer und in zahllosen öffentlichen Versammlungen stellte er die Heuchelei, die inneren Widersprüche und brutalen Methoden des Kommunismus mit jener vernichtenden Schlagfertigkeit bloß, die aus der langjährigen Erfahrung des Eingeweihten schöpfen konnte. Gerade zur rechten Zeit erschien auch Boris Souvarines Staline (Paris, 1936), eine großartige Lebensbeschreibung des sowjetischen Diktators, die der französischen Presse Stoff für Tausende gegen den

Kommunismus gerichteter Aufsätze lieferte. Die gigantischen Reinigungsaktionen in der Sowjetunion trugen das ihre dazu bei, die französischen Kommunisten in die Defensive zu drängen. Immer deutlicher ließ sich erkennen, daß der politische Radikalismus in Frankreich im Juni 1936 seinen Höhepunkt überschritten hatte, und daß sich das Land nach einem gemäßigten Kurs sehnte[26].

Blums Festhalten an seinem Amt setzte ihn weiteren Demütigungen aus. Sein Canossagang in der Außenpolitik (die Rede im Lunapark am 6. September 1936) entsprach der in aller Öffentlichkeit erfolgenden Preisgabe seiner innenpolitischen Ziele. Blum hatte vor seiner Rede in St. Nazaire am 24. Februar 1937 schon über einen Monat lang darauf angespielt. In dieser Rede versprach er, Frankreich künftighin konservativ zu regieren. Er gab zu, daß die französische Wirtschaftskrise schlimmer sei als je zuvor. Die Zeit für die „notwendige Pause" sei gekommen. Das war eine an die Konservativen gerichtete Zusicherung, er wolle von weiteren, radikalen Experimenten Abstand nehmen. Seine Rede wurde von der kommunistischen Presse mit Verachtung aufgenommen. Sie bezeichnete ihn als den bankrotten Führer einer feigen Kompromißpolitik. Am 16. März 1937 gab es kommunistische Unruhen in dem Pariser Vorort Clichy. Die ausgezeichnete Moral der Polizei ermöglichte es, mit den Red-Falcon-Einheiten kurzen Prozeß zu machen. Die Kommunisten reagierten darauf mit der Anprangerung Blums als des „blutigen Noske" von Frankreich und als eines Verräters an der Proletarierklasse. Sie teilten die Verachtung der Radikalen gegenüber Blums Führung[27].

Am 1. Mai 1937 sollte die große Pariser Weltausstellung eröffnet werden. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch lediglich die Pavillons von Deutschland, Italien, Sowjetrußland und Belgien fertiggestellt. Das lag daran, daß diese Länder ihre Bauvorhaben selbst ausgeführt und auch selbst die erforderlichen Arbeitskräfte gestellt hatten. Der sowjetische und der deutsche Ausstellungspavillon waren pompöse Bauten, die einander genau gegenüber lagen. Es lag eine tiefe sinnbildliche Bedeutung in den Anstrengungen der beiden rivalisierenden Diktaturen, die Freundschaft des französischen Volkes zu erringen. So waren diese Bauten die Symbole für jene Fragen, die Kerillis in die große Debatte über die französische Außenpolitik geworfen hatte. Das Versäumnis der französischen Regierung, ihr eigenes gewaltiges Bauvorhaben für die Ausstellung rechtzeitig fertigzustellen, wurde treffend als nationale Demütigung ausgelegt. Es hatte zahllose Streiks der französischen Bauarbeiter gegeben, die mit Erbitterung den Rück-

gang ihrer Lebenshaltung unter Blums Regierung verzeichneten. Blum war nicht imstande, etwas gegen die Streiks zu unternehmen. In der Opposition des französischen Parlaments hatte er eine eindrucksvolle Rolle gespielt. Als er jedoch an verantwortlicher Stelle stand, wurde er zu einer kümmerlichen Figur[28].

Ein Sturz der Wertpapierkurse an der französischen Börse brachte ihn Anfang Juni 1937 der Verzweiflung nahe. Er wußte, daß seine Regierung gestürzt werden würde, wenn er sich nichts anderes einfallen ließe als seine „notwendige Pause", die er einige Monate zuvor angekündigt hatte. Vincent Auriol bestand darauf, die Regierung müsse den Goldverkehr wieder überwachen und zu einer Politik allgemeiner Einschränkungen greifen, wie es Laval im Jahre 1935 versucht hatte. Dieses Vorhaben konnte jedoch nur dann wirksam durchgeführt werden, wenn es gelang, Vollmachten für eine Gesetzgebung auf dem Verordnungswege durchzusetzen. Blum hatte in der Vergangenheit Laval und andere öffentlich gerügt, weil sie sich um solche Vollmachten bemüht hätten. Es bedeutete eine weitere Kehrtwendung, wenn er jetzt selber darum ersuchte, aber Auriol überzeugte ihn, daß es tatsächlich keine andere Möglichkeit gebe[29].

Am 15. Juni 1937 hielt Blum vor der Abgeordnetenkammer eine der besten Reden während seiner politischen Laufbahn. Er versprach, die Erlaßvollmacht konservativ handhaben und die Regierung in Zukunft vor neuen Ausgaben bewahren zu wollen, die nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt wären. Er gab zu, um Vollmachten zu bitten, die er andern nie zugestanden habe, bekannte jedoch, die praktische Erfahrung im Amt des Ministerpräsidenten habe seine Denkweise geändert. Er sagte voraus, dem Sturz der Volksfront würde nur eine neue Periode unbeständiger Regierungen folgen, die Frankreich sich nicht leisten könne, und er bat, man solle ihm noch ein Jahr Zeit geben, damit er die wertvolle Erfahrung nutzbringend anwenden könne, die er sich angeblich erworben hätte. Die Radikalen und die Kommunisten unterstützten Blum widerstrebend. Doch erhielt er die Vollmachten, und es wurde ihm abermals mit Hilfe einer zufriedenstellenden Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Am Nachmittag des 15. Juni hatte es den Anschein, als ob sich die Regierung Blum trotz ihrer vielen Mängel unbegrenzte Zeit werde an der Macht halten können. Die Kammer war offenbar geneigt, Blum Fehler zu verzeihen, die sie einem andern Ministerpräsidenten niemals hätte durchgehen lassen. Die New York Times meldeten am 16. Juni 1937, Blum habe einen sensationellen Sieg errungen. Die Gewährung der Vollmachten, so

wurde behauptet, werde ihn in die Lage setzen, Frankreich nunmehr erfolgreicher zu regieren als bisher[30].

Doch es kam anders. Bei den Radikalen trat gerade ein Oppositionsführer hervor, dem nichts von den Hemmungen und der Unschlüssigkeit Chautemps' und Daladiers anhaftete. Es war Joseph Caillaux, der Vater einer Appeasementpolitik Frankreichs gegenüber Deutschland, die später von Aristide Briand populär gemacht wurde. Caillaux begann im Senat eine Kampagne gegen Blum.

Die Rolle Caillaux' im politischen Leben Frankreichs gewann im Juni 1937 von neuem an Bedeutung und sollte einige Jahre hindurch diese Bedeutung behalten, und zwar nicht nur auf Grund seines Entschlusses, sich der Volksfront entgegenzustellen. Er trat auch für eine deutsch-französische Entente und für ein Aufgeben der französischen Verpflichtungen in Mittel- und Osteuropa ein, die nach seiner Meinung Frankreich nur gefährdeten, ohne ihm irgendwelchen Gewinn zu bringen[31].

Caillaux wurde 1863 in der Normandie geboren. Sein Vater war ein hervorragender Ingenieur und einer der führenden politischen Köpfe Frankreichs in den Anfangsjahren der Dritten Republik. Die Ausschreitungen der Pariser Kommune im Jahre 1871 hatten Eugène Caillaux gegen die republikanische Regierung aufgebracht. Viele Jahre hindurch war er für den Plan einer Wiedereinsetzung des Hauses Orleans eingetreten. Sein Sohn war von Jugend auf ein ergebener Republikaner. Auch war er ehrgeizig, fleißig und begabt. Volkswirtschaftlichen Studien hingegeben, wollte er als Finanzsachverständiger und Finanzreformer die Verwaltungslaufbahn einschlagen. Ebenso besaß er künstlerische Neigungen und veröffentlichte noch während seiner Studienzeit an der Ecole des Sciences Politiques einige Romane.

Im Februar 1887 bestand Caillaux die letzte Verwaltungsprüfung, die er für seine Ernennung zum Finanzinspektor, einer gehobenen Amtsstellung, benötigte. Er sah von Anfang an eine besondere Aufgabe darin, die französischen Finanzen vor dem Zugriff vieler Staatsbeamten zu schützen. Frühzeitig entwickelte er auch eine Neigung für das politische Leben und entschloß sich wie einst sein Vater schließlich zu einer politischen Laufbahn. Er wurde Radikaler und errang seinen Sitz in der Abgeordnetenkammer im Jahre 1898 in dem seit jeher monarchistischen Wahlkreis Sarthe. Um diese Zeit starben sein Vater, seine Mutter und seine beiden Brüder. Caillaux, noch Junggeselle, stand ganz allein, als er Politiker wurde. Er hatte eine Million Francs geerbt, hielt sein Vermögen beisammen, tat jedoch nichts, um

es zu vermehren. Er war von absoluter Integrität und überzeugt, daß ein Mann im Dienste seines Landes nicht das Recht zur Anhäufung privater Reichtümer habe[32].

Caillaux wurde 1899 Finanzminister in der Regierung Waldeck-Rousseaus, den er sehr bewunderte. Er bemühte sich mit Erfolg, den Staatshaushalt zu vereinheitlichen und auszugleichen, und seine Erbschaftssteuer war die erste gestaffelte Steuer Frankreichs. Er trat 1902 zusammen mit den anderen Kabinettsmitgliedern zurück, übernahm jedoch in der Regierung Georges Clemenceaus im Jahre 1906 abermals das Amt des Finanzministers. Caillaux entwarf einen Plan für eine fortschreitende Einkommensteuer. Dieser wurde im Jahre 1909 von der Kammer gebilligt, scheiterte jedoch im Senat. Bei den kleinen Leuten Frankreichs einschließlich der Sozialisten stand Caillaux daraufhin in hohem Ansehen. 1911 wurde er Ministerpräsident und führte während der zweiten Marokkokrise die Verhandlungen mit überragendem Geschick. Später wurde er von seinem Außenminister Justin de Selves hintergangen und im Januar 1912 seine Regierung, die auch feindseligen britischen Machenschaften ausgesetzt war, gestürzt. De Selves hatte Caillaux zu Unrecht beschuldigt, er führe heimliche Verhandlungen mit den Deutschen[33].

Im Jahre 1913 war Caillaux über die kriegerische Haltung beunruhigt, die einige seiner vertrautesten ehemaligen Freunde wie Raymond Poincaré und Louis Barthou bekundeten. Er befürchtete, daß Frankreich in einen Krieg gestürzt werden würde, wenn man nicht die Kriegspartei aus ihrer Machtstellung verdrängte. Im Laufe des Jahres, nachdem Poincaré Staatspräsident und Barthou Premierminister geworden waren, setzte sich Caillaux mit Jean Jaurès, dem hervorragenden Sozialistenführer, ins Benehmen. Die beiden Männer brachten ein umfassendes Bündnis von Parteigruppen der Linken und der Mitte zustande und es gelang ihnen, das Kabinett Barthou im Dezember 1913 zu stürzen. Die Sozialisten wollten sich nicht mit den bürgerlichen Gruppen zusammen an einem Kabinett beteiligen, doch setzte Caillaux die Ernennung Gaston Doumergues zum Ministerpräsidenten durch, der zu jener Zeit der Koalition Jaurès-Caillaux freundschaftlich gegenüberstand. Caillaux selbst war zu einer dominierenden parlamentarischen Führerpersönlichkeit Frankreichs geworden[34].

Seine Stellung wurde zeitweise durch den Verleumdungsfeldzug Gaston Calmettes im Figaro geschwächt. Caillaux' Feinden war jedes Mittel recht, um seinen Einfluß zu mindern. Auf geschäftlichem und politischem Gebiet fanden sie nichts, was sich gegen ihn hätte ausspie-

len lassen. Der Schwester von Caillaux' erster Frau war es jedoch gelungen, sich Fotokopien von Briefen zwischen Caillaux und seiner zweiten Frau zu verschaffen, aus denen die Geburt einer außerehelichen Tochter hervorging. Calmettes Entschluß, von diesen Briefen Gebrauch zu machen, hatte seinen Tod zur Folge. Am 16. März 1914 wurde er von Frau Caillaux angeschossen und erlag seinen Verletzungen. Caillaux legte sofort sein Amt als Finanzminister der Regierung Doumergue nieder, und Doumergue selber wurde bald danach durch Viviani abgelöst. Caillaux kehrte zurück, als seine Frau am 28. Juli 1914 in der Gerichtsverhandlung freigesprochen wurde, aber da war es bereits zu spät. Poincaré und Viviani taten sich insgeheim mit den Engländern zusammen, die in dem serbischen Streit die Russen zur allgemeinen Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn und Deutschland drängten. Jaurès wurde am 31. Juli ermordet, und Frankreich ordnete am Morgen des 1. August 1914 die allgemeine Mobilmachung an, noch vor einem entsprechenden Schritt Deutschlands. Caillaux' Bemühungen, den Ersten Weltkrieg zu verhindern, waren gescheitert, aber es war ein großartiger Versuch gewesen. Viele Franzosen erinnerten sich seiner in den Tagen der Ernüchterung im Jahre 1937[35].

Die Leidenszeit Caillaux' begann nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Während des ganzen Krieges wahrte er vollständiges Schweigen, doch seine politischen Feinde trauten ihm nicht. Im Jahre 1917, als es nur wenig Hoffnung auf einen vollständigen Sieg Frankreichs gab, fühlte sich Poincaré sogar versucht, Caillaux zum Ministerpräsidenten zu ernennen und ihn auf einen Verhandlungsfrieden hinarbeiten zu lassen. Doch im November 1917 ernannte er stattdessen Clemenceau, und Caillaux wurde am 14. Januar 1918 in ein Gefängnis für Kriminelle eingeliefert. Erst am 23. Februar 1920 billigte man ihm eine gerichtliche Untersuchung zu. Dann wurde er ohne jeglichen Beweis für schuldig befunden, „mit dem Feind in Verbindung gestanden" zu haben. Das war nicht das gleiche wie Verrat, und man gestattete Caillaux, im April 1920 in sein Heim zurückzukehren, wenn er auch bis zum Erlaß einer Sonderamnestie im Jahre 1925 seiner politischen Rechte beraubt blieb. Caillaux schrieb während dieser Zeit zwei Bücher, in denen er mit den Härten des Versailler Vertrages abrechnete. Er dachte darüber ebenso wie Laval[36].

Im Jahre 1937 war Caillaux schon seit langem völlig rehabilitiert. Er war im Juli 1925 für die Sarthe in den Senat eingezogen, wurde 1926 Finanzminister im Kabinett Painlevé und im Jahre 1931 Vorsitzender des Senatsfinanzausschusses. In dieser Körperschaft sicherte er sich

seinen weiteren Aufstieg, und seine Rückkehr in das Amt des Premiers lag nach 1932 durchaus im Bereich des Möglichen. Er schlug im Jahre 1933 ein Angebot Daladiers aus, seinem Kabinett als Außenminister beizutreten, und lehnte im Jahre 1935 ab, unter Laval Finanzminister zu werden. Aufgrund seiner Enttäuschungen im Ersten Weltkrieg hatte er die Zweckmäßigkeit grundlegender Verfassungsänderungen für Frankreich erwogen, etwa im Sinne der späteren Vorschläge Tardieus, für die er sich 1934 einsetzte. Doch das Jahr 1936 sah ihn, wie Laval, als zielbewußten Fürsprecher der geltenden Verfassungsordnung[37].

Léon Blum war sich durchaus darüber im klaren, daß Caillaux die politischen Vorgänge außerordentlich stark zu beeinflussen vermochte, wenn es ihm darauf ankam. Er fürchtete Caillaux sehr. Das war auch der Anlaß eines Höflichkeitsbesuches, den Blum vor der Zusammenstellung seines ersten Kabinetts Caillaux im Juni 1936 abstattete, nicht etwa die alte Freundschaft, die beide Männer mit Jaurès verband. Blum schmeichelte Caillaux. Er pries seine schriftstellerischen Fähigkeiten, und Caillaux, der Blums Lebensbeschreibung Stendhals aufrichtig bewunderte, wartete mit ähnlichen Artigkeiten auf. Auch schenkte er Blum eine teure Ausgabe der gesammelten Werke Stendhals. Doch das waren rein persönliche Dinge, und Caillaux lehnte es ab, sich auf eine Zusammenarbeit mit der Volksfront festzulegen. Dafür gab er Blum aber den Rat, einige wirklich nützliche Reformen einzuführen und in der Außenpolitik die gleiche Richtung einzuschlagen wie vor ihm Laval. Insbesondere riet er Blum eine Annäherung an Italien an[38].

Caillaux hätte vielleicht am Ende Blum doch noch unterstützt, wenn dieser einige seiner Ratschläge beherzigt hätte. Blum ging jedoch politischen Erörterungen mit Caillaux von dem Augenblick an aus dem Wege, da er Ministerpräsident wurde. Caillaux war entsetzt über die nahezu völlige Zerrüttung des französischen Staatswesens unter der Führung Blums und bemerkte, daß Blum wenig Interesse an einem Programm sinnvoller Reformen zeige. Caillaux hatte die Notwendigkeit tiefgreifender Steuerreformen betont, aber Blum und Auriol taten auf diesem lebenswichtigen Gebiet nichts. Caillaux bemerkte weiterhin, daß Blum sich Italien gegenüber in den Jahren 1936 und 1937 wiederholt in brüsker Form abweisend verhielt.

Der ergraute radikale Staatsmann verbarg seine Meinungsverschiedenheiten mit Blum vor der Öffentlichkeit nicht. In einer Rede im Pariser Théâtre des Ambassadeurs am 29. Januar 1937 übte er an Blum und Delbos Kritik und forderte die französische Außenpolitik zu

neuen Wegen auf. Er erinnerte seine Zuhörer an seine eigene Vergangenheit auf diesem Gebiet und betonte, zweifellos mit Recht, es würde nicht schwierig sein, jetzt, im Jahre 1937, eine deutsch-französische Verständigung zu beiderseits vorteilhaften Bedingungen herbeizuführen. Caillaux' Rede wurde weithin als eine Warnung Blums verstanden. Sein heftiger Kampf gegen Blum im Senat im Juni 1937 konnte daher kaum noch als etwas völlig Überraschendes angesehen werden[39].

Tatsächlich hätte Caillaux auch gern Blum als Ministerpräsidenten abgelöst, aber er wußte, daß Präsident Lebrun, der im Jahre 1911 sein Kolonialminister gewesen war, ihn unter keinen Umständen ersuchen würde, ein Kabinett zu bilden. Lebrun stand unter dem Einfluß Herriots und Jeanneneys, des Senatspräsidenten. Jules Jeanneney neidete Caillaux seinen größeren Einfluß im Senat, außerdem war er, weitgehend gefühlsbetont, der Fürsprecher einer deutschfeindlichen französischen Politik. Benoist-Méchin bezeichnete Jeanneney verächtlich als den Sancho Pansa des ‚Don Quichotte' Herriot. Letzterer war besonders über das Freundschaftsverhältnis zwischen Caillaux und Daladier verärgert, und dies umso mehr, als seine eigenen Beziehungen zu Caillaux stets kühl gewesen waren. Das zeigte sich besonders sinnfällig, nachdem Herriot im Jahre 1936 Laval feige im Stich gelassen hatte. Herriot hatte sich mehr als einmal über Caillaux' scharfe Kritik an seinen naiven und utopischen außenpolitischen Vorstellungen geärgert[40].

Es war Caillaux nicht entgangen, daß Herriot zur Zeit der Weimarer Republik, in der er eine Art zweiten Frankreichs erblickt hatte, Deutschland gegenüber versöhnlich gestimmt war. In dem Augenblick jedoch, in dem Deutschland sich von den Schlägen des Ersten Weltkriegs und des Versailler Vertrages zu erholen begonnen, einige Selbstachtung und sein Unabhängigkeitsgefühl wiedergewonnen hatte, war Herriot feindselig geworden. Caillaux hatte sich auch darüber lustig gemacht, daß Herriot das Bündnis mit der Sowjetunion nachdrücklich betonte. Er hatte diese Meinungsverschiedenheiten nicht zum Gegenstand einer öffentlichen Auseinandersetzung gemacht, war aber in Privatgesprächen Herriot gegenüber stets offen, und der Bürgermeister von Lyon verübelte ihm das. Außerdem hatte Herriot zweifellos Lebrun wissen lassen, Caillaux halte ihn für den mittelmäßigsten Präsidenten, den Frankreich jemals besessen habe. In der Tat war Caillaux denn auch der Auffassung, der Mordanschlag auf Doumer und die Amtsnachfolge Lebruns sei für Frankreich ein Unglück gewesen. Wenn Caillaux das Amt des Ministerpräsidenten schon nicht selbst überneh-

men konnte, so hätte er für das Jahr 1937 eine Ablösung Blums durch Laval vorgezogen. Trotzdem war ihm klar, daß Lebrun und Herriot einer solchen Lösung womöglich noch feindseliger gegenüberstehen würden. Es blieb noch Daladier. Lebrun mochte ihn gleichfalls nicht, doch mußte er wohl oder übel jemanden ernennen, der in der Kammer über eine Mehrheit verfügen konnte. Caillaux beschloß, für die Ernennung Daladiers einzutreten. Er hatte nicht sogleich Erfolg[41].

Blum erfuhr recht bald von Caillaux' Kampagne gegen ihn im Senat. Vincent Auriol war bei Vorbesprechungen mit dem Finanzausschuß des Senats auf vernichtende Kritik gestoßen. Am 19. Juni 1937 begleitete Blum Auriol in den Senat. Auriol sollte in einer abschließenden Darstellung die Frage beantworten, wie die Regierung die Vollmachten zu handhaben gedächte. Caillaux gab die Absicht des Senats bekannt, Blum zu stürzen. Auch kennzeichnete er Blum als einen Salonproletarier, der „nicht die Erde Frankreichs an seinen Stiefeln" habe. Er stellte mit köstlicher Ironie die grundlegende Frage:

„Wenn die Regierung also in der Vergangenheit der Frage der Vollmachten ablehnend gegenübergestanden hat und nunmehr darum nachsucht, wer bürgt uns dafür, daß Herr Blum, der heute der parlamentarischen Regierungsform zuneigt, ihr auch morgen noch zuneigen wird?[42]"

Blum hatte sich lange Zeit zum Verteidiger der parlamentarischen Demokratie in Frankreich gegenüber den angeblichen faschistischen Verschwörern aufgeworfen. Doch hatte er nun schon in so vielen Fragen Kehrtwendungen vollzogen, daß sein Wort in keiner Sache mehr verläßlich war. Auriol wurde im Verlauf der Aussprache fast hysterisch, und Blum gewann viele neue Feinde, als er betonte, der Senat repräsentiere nicht wirklich das französische Volk. Das war offensichtlich eine Binsenwahrheit, aber es war taktlos von Blum, der schon häufig für die Abschaffung des Senats eingetreten war, ausgerechnet diesen Punkt zu betonen, während er doch vorgab, er suche die Unterstützung der Senatoren für seine Vorhaben zu gewinnen. In Wirklichkeit hatte er allerdings die Hoffnung schon aufgegeben, sobald ihm klar wurde, daß Caillaux steinhart und Schmeicheleien, Bitten wie Drohungen unzugänglich blieb. Caillaux schloß seine Bemerkungen mit der Voraussage, die Fortsetzung des Blumschen Programms würde auch das letzte Kapital aus Frankreich vertreiben. Der Senat wies Blum mit einer Mehrheit von über achtzig Stimmen ab.

Am 21. Juni 1937 reichte Blum Präsident Lebrun seinen Rücktritt ein. Wenn der Senat ihm im Jahre 1936 eine solche Schlappe beige-

bracht hätte, so hätte es blutige Tumulte in ganz Frankreich gegeben. Im Jahre 1937 führte der Rücktritt Blums zu keinerlei ernsten Unruhen. Erheiternderweise empfahlen einige sozialistische Journalisten Kundgebungen gegen den Senat, die an den Versuch eines Marsches zur Kammer anläßlich des Stavisky-Skandals erinnern sollten; doch fanden diese Anregungen keinen Widerhall. Die Volksfrontära war noch nicht vollends abgelaufen, aber ihr rascher Verfall war eine unbestreitbare Tatsache[43].

Dreizehntes Kapitel

DELBOS UND DIE POLITIK DES TREIBENLASSENS

Die erste Reaktion des Präsidenten Lebrun auf Caillaux' Sieg über Blum bestand darin, dem unterlegenen Expremier die Möglichkeit einer neuen Kabinettsbildung zu bieten. Die Kommunisten erklärten sich daraufhin bereit, einem Kabinett Blum beizutreten und die Macht mit ihm zu teilen. Sie hofften, auf diese Weise einen entscheidenden Schlag gegen den Senat führen zu können. Aber Daladier und Chautemps hatten sofort die Gelegenheit wahrgenommen, die sich ihnen mit Caillaux' Kampagne gegen Blum bot. Sie gaben bekannt, die Radikalen wollten Blum nicht länger unterstützen, und ohne ihre Hilfe konnte der ehemalige sozialistische Premierminister schwerlich ein neues Vertrauensvotum in der Kammer erzielen. Entsprechend Lebruns Wunsch sollte Herriot den Versuch einer neuen Regierungsbildung machen, doch der Bürgermeister von Lyon antwortete ausweichend, die Zeit sei dafür nicht reif, und riet Lebrun, sich an Chautemps statt an Daladier zu wenden. Chautemps, vor wenig mehr als drei Jahren in Ungnade gefallen und zurückgetreten, ging erfreut auf diesen Versuch ein[1].

Der verbindliche Politiker aus Tours fragte bei Blum an, ob die Sozialisten zur Unterstützung seines Kabinetts bereit wären, ohne freilich ihre Teilnahme zu erwarten. Blum hatte seit 1934 erklärt, nur als Premierminister einer Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien beitreten zu wollen. Jetzt aber berief er das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei ein und bat seine Gefolgschaft, die Teilnahme der Sozialisten am Kabinett Chautemps zu billigen. Marceau Pivert, einer der führenden sozialistischen Theoretiker Frankreichs, äußerte sich voller Verachtung gegenüber Blums jüngstem Versuch, seinen Standpunkt in einer so bedeutsamen Frage zu wechseln. Doch die Mehrheit der Sozialisten erklärte sich mit dem Plan einverstanden in

der Hoffnung, daß Chautemps letzten Endes doch scheitern würde und die Radikalen dann veranlaßt werden könnten, eine neue Koalition unter sozialistischer Führung zu unterstützen[2].

Blum erklärte sich bereit, unter Chautemps als Vizepräsident des Ministerrats zu wirken. Er wollte Auriol als Finanzminister beibehalten, aber Chautemps blieb bei seiner Ablehnung. Er wollte nicht ohne die Möglichkeit einer konservativen Finanzpolitik regieren und hatte sich entschlossen, Georges Bonnet das Finanzministerium zu übertragen, war aber damit einverstanden, Auriol dafür das Justizministerium zu überlassen. Daladier wünschte weiterhin das Verteidigungsministerium und Delbos durfte am Quai d'Orsay bleiben[3].

Bonnet, eine der stärksten Persönlichkeiten der Radikalen, hatte mit Blum während des Ersten Weltkrieges im Staatsrat zusammengearbeitet. Er war nach dem Sturz Poincarés im Jahre 1924 in mehreren Kabinetten Minister und 1933 Daladiers Finanzminister. Er hatte lange Jahre hindurch mit Joseph Caillaux enge Verbindung, betrachtete sich in Fragen der Finanzpolitik als einen Schüler Caillaux' und, wie Laval, in der Außenpolitik als Schüler Briands. Während seiner Tätigkeit im Außenpolitischen Ausschuß der Kammer hatte er alle Vorgänge in der französischen Außenpolitik seit Abschluß der Locarnoverträge im Jahre 1925 aufgezeichnet, 1935 den Hoare-Laval-Pakt unterstützt und Herriots Entschluß, Laval im Stich zu lassen, mißbilligt[4].

Bonnet war bei seinen Parlamentskollegen außerordentlich beliebt und als Kritiker überaus gefürchtet. Es glich geradezu einer Verbannung, als Blum ihn 1936 zum französischen Botschafter in den Vereinigten Staaten ernannte. Am bedeutungsvollsten im Rahmen seiner Mission in den Vereinigten Staaten dürfte Bonnets Bemühen gewesen sein, Präsident Roosevelt davon zu überzeugen, daß ein neuer, allgemeiner europäischer Krieg ein unüberbietbares Unglück sein würde. Während seiner Botschafterzeit unternahm Bonnet ausgedehnte Vortragsreisen in alle Teile der Vereinigten Staaten, kam aber stets auf sein Thema der Kriegsgefahr zurück, wenn er Roosevelt in Washington aufsuchte. Er hatte die Berichte seiner Vorgänger aufmerksam gelesen, und seine eigene Erfahrung bestätigte die Tatsache, daß sich hinter Roosevelts freundlichen Umgangsformen heftige Leidenschaften verbargen. Scharfsinnig spürte Bonnet die Gefahr, daß Roosevelt eine europäische Krise dazu benutzen könne, Großbritannien und Frankreich in einen neuen Krieg gegen Deutschland zu verwickeln[5].

Roosevelt erklärte Bonnet gegen Ende des Jahres 1936, er sei durch die Nachrichten über Streiks und weitverbreitete Unruhen in Frank-

reich sehr beunruhigt. Bonnet zeigte sich demgegenüber zuversichtlich, gab allerdings zu, daß Frankreich unter Blums Führung eine schwierige Phase erlebe. Doch würde es nach seiner festen Überzeugung sein Gleichgewicht bald wiederfinden. Präsident Roosevelt äußerte daraufhin sein Bedauern, zur Zeit nicht in der Lage zu sein, eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß die Vereinigten Staaten in jedem europäischen Krieg, ungeachtet seiner Ursachen, auf seiten Großbritanniens und Frankreichs stehen würden. Desgleichen erklärte er, daß die Vereinigten Staaten sich unter allen Umständen an jedem neuen, allgemeinen europäischen Konflikt zu beteiligen gedächten.

Bonnet wies Roosevelt warnend darauf hin, daß Frankreich niemals imstande sein würde, Deutschland Widerstand zu leisten, wie das 1914 der Fall gewesen sei. Er war davon überzeugt, daß die kampflose Preisgabe des französischen Übergewichts auf dem Kontinent die Haltung der meisten Franzosen entscheidend beeinflußt habe und bedauerte das Versäumnis Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, an der Seite Frankreichs für die Erhaltung des alten Systems Sorge getragen zu haben. Doch war es gegenstandslos, diese Frage eingehend zu erörtern, da sie seit dem März 1936 nur noch von rein akademischem Interesse war. Jetzt galt es, den Blick in die Zukunft zu richten. Nach Bonnets Überzeugung kam es in der Hauptsache auf die Erhaltung des Friedens an, und so gab er der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich zu einer dauerhaften Verständigung mit Deutschland werde gelangen können[6].

Bonnet bediente sich während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten der gleichen Argumente bei zahlreichen Gelegenheiten. Bei seinem letzten Gespräch mit Roosevelt brachte er in seinen Abschiedsworten im Juni 1937 nochmals zum Ausdruck, daß ein neuer europäischer Krieg ein Unglück sein würde. Bonnet trug seine Ansichten stets mit bemerkenswertem Taktgefühl und viel Charme vor, nicht ohne seine Wertschätzung des freundschaftlichen Verhältnisses Roosevelts zu Frankreich auf das höflichste zum Ausdruck zu bringen. Er schlug auch vor, nach seiner Rückkehr nach Frankreich mit dem amerikanischen Präsidenten im persönlichen Briefwechsel zu bleiben. Der Präsident gab seine Zustimmung und die Korrespondenz wurde mit Unterbrechungen bis 1942 fortgesetzt[7].

Bonnet entsprach der fernmündlichen Aufforderung Chautemps' zum Eintritt in sein neues Kabinett. An Bord der Queen Mary traf er am 28. Juni 1937 in Frankreich ein und noch am gleichen Tage mit seinen neuen Kabinettskollegen zusammen. Er forderte ein Programm

der Lösung des Franc vom Goldstandard zwecks Erhöhung der Währungsflexibilität, Erhöhung der Einkommenssteuer und Verminderung öffentlicher Ausgaben. Das Kabinett stellte sich der Kammer am 29. Juni 1937 vor und die kommunistischen Abgeordneten veranstalteten eine heftige Demonstration. Dabei wurde ein Abgeordneter der Rechten ernstlich verletzt und auch Präsident Herriot verwundet, als er versuchte, die Ordnung wiederherzustellen. Der Regierung gelang es trotzdem, ein Vertrauensvotum der Kammer zu erhalten. Der Senat gab seine Zustimmung, daß Chautemps gegen die Zusicherung, das internationale Arbitragesystem sowie die freie Beweglichkeit französischen Kapitals auf dem internationalen Markt nicht einzuschränken, Vollmachten für Verordnungen erhalten könne[8].

In den ersten paar Wochen besserten sich die Verhältnisse in Frankreich unter der neuen Regierung, aber Anfang September lösten die Gewerkschaftsführer eine neue Welle größerer Streiks aus. Am 12. September wurden eine Reihe von Sprengstoffanschlägen in Paris zu Sensationen. Der durch Bonnet vom Goldstandard gelöste Franc begann wiederum zu sinken, und es gab wiederholt Gerüchte, Chautemps trage sich mit Rücktrittsabsichten. Die Sozialisten gaben mit kommunistischer Unterstützung wieder die Parole von der Notwendigkeit einer Devisenkontrolle aus, und die Kritiker Chautemps' auf der Rechten verlangten die Abschaffung der Vierzigstundenwoche. Chautemps sträubte sich gegen beide Maßnahmen. Die französische Ausfuhr ging weiter zurück, und es gab keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit[9].

Die Außenpolitik Frankreichs blieb im wesentlichen unverändert. Chautemps betrachtete schicksalsergeben die Verschlechterung der italienisch-französischen Beziehungen. Das englisch-italienische Gentlemen's-Agreement vom Januar 1937 war auf das Mittelmeer beschränkt geblieben. Auch das Problem einer englisch-französischen Anerkennung der Eroberung Äthiopiens durch Mussolini blieb ungelöst. Chautemps zog es vor, in dieser Frage den Briten den Vortritt zu lassen. Die Kommunisten und Sozialisten hatten ihre Agitation für eine französische Intervention in Spanien zugunsten der Loyalisten wieder verstärkt, und Blum selber hoffte, es werde ein Zeitpunkt kommen, zu dem ein entscheidender Schritt gegen Franco möglich wäre. Zahlreiche Schiffe, die den Loyalisten sowohl Kriegsmaterial als auch zum Import zugelassene Güter zuführten, wurden im Sommer 1937 von U-Booten unbekannter Nationalität angegriffen und versenkt, und in London waren Klagen gegen italienisches Piratentum erhoben worden. Die Konferenz von Lyon im September 1937 ergab ein Abkommen mit

italienischer Beteiligung über internationale Patrouillenfahrten in den spanischen Hoheitsgewässern, aber die spanischen Wirren vergifteten weiterhin die Beziehungen zwischen den westlichen Mächten. Der Spanische Bürgerkrieg blieb die wesentliche Streitfrage auch unter den französischen Politikern. Chautemps war der Ansicht, daß unter diesen Umständen ein Versuch, Italien entgegenzukommen, hoffnungslos sein würde[10].

Im Fernen Osten war aus dem Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke am 7. Juli 1937 ein ernster Konflikt zwischen Japan und China entstanden. Die Bemühungen der japanischen Regierung, die Rückwirkungen des Zwischenfalls in Grenzen zu halten, waren erfolglos, weil Tschiang Kai-schek unter schwerem Druck der chinesischen Kommunisten stand, die einen größeren Krieg gegen Japan führen wollten. Chautemps entsandte daraufhin französische Militärverstärkungen nach Indochina. Dieser dritte Krieg nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Äthiopien und Spanien ließ das allgemeine Unsicherheitsgefühl stark anwachsen. Delbos fühlte sich durch eine Übereinkunft zwischen der Sowjetunion und den Tschechen im August 1937 ermutigt, tschechische Flugplätze der sowjetischen Luftwaffe im Falle einer Krise zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland zur Verfügung zu stellen, jedoch war es ihm unmöglich, eine Einigung mit Chautemps über die französische Politik in Mittel- und Osteuropa zu erzielen. Der französische Premier war offensichtlich unentschlossen, welcher Kurs in diesen Gebieten eingeschlagen werden sollte[11].

Henri de Kerillis hatte im Juni 1937 mit Erfolg seine unabhängige Zeitung Epoque ins Leben gerufen. Er drängte am 26. Juni 1937 auf engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion und hatte eine Beweisführung von erstaunlicher Spitzfindigkeit entwickelt, um diese Forderung mit der von ihm zugegebenen Tatsache in Einklang zu bringen, daß der Kommunismus eine sehr reale Gefahr innerhalb Frankreichs darstelle. Kerillis behauptete, eine starke gegen Deutschland gerichtete Politik würde den französischen Nationalismus wieder aufleben lassen, so daß der Geist des Nationalismus die beste Waffe gegen den heimischen Kommunismus wäre. Er rügte am 4. Juli 1937 das Anwachsen des Isolationismus in Frankreich und bemerkte spöttisch, es sei die Parole der französischen Kleinstädte und Dörfer, daß es nie wieder Krieg geben dürfe, es sei denn im Falle eines unmittelbaren Angriffs auf Frankreich[12].

Kerillis nannte den provinziellen französischen Konservatismus blind. Würde doch das Aufgeben französischer Bündnisverpflich-

tungen einen Krieg nur beschleunigen, und dann sei Frankreich zum Alleingang gezwungen. Kerillis versetzte die meisten seiner Anhänger auf der Rechten in Erstaunen, als er sich betont zugunsten der außenpolitischen Ideen Blums aussprach. Italien ließ er unerwähnt, weil er vorzeitig zu dem Schluß gekommen war, daß dieses endgültig an Deutschland verlorenginge. So pries er Blums Eintreten für eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion[13].

Blums Rede in Bordeaux am 2. Juli 1937, die vermutlich die Rücktrittsgründe des ehemaligen Premierministers darlegen sollte, wurde ebenfalls von Kerillis begrüßt. Die Tatsache, daß Blum in dieser Frage keine andere Wahl mehr blieb, wurde wohlweislich ignoriert. Kerillis nahm für Blum den Ruf eines selbstlosen französischen Patrioten in Anspruch, der klar erkannt habe, daß eine Fortdauer der sozialen Konflikte die Lösung zum Schaden Frankreichs erschweren würde. Blums Rücktritt wurde als Akt hochherziger Selbstaufopferung dargestellt. Offensichtlich war Kerillis nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß gekommen, daß Blum nach alledem doch der wirksamste Vorkämpfer für eine aggressive Politik gegenüber Deutschland sein würde[14].

Paul Reynaud, politisch nicht weniger rechtsstehend als Kerillis, gelangte zur gleichen Zeit zu demselben Schluß, desgleichen Winston Churchill in England. Churchill glaubte, Blum werde es im Unterschied zu Chautemps unter Umständen doch gelingen, die britischen Politiker zum Aufgeben ihrer Appeasement-Politik zu veranlassen. Kerillis und Reynaud waren infolge ähnlicher Ideen zu der Überzeugung gelangt, daß es Chautemps widerstrebe, eine feste französische Politik in Mitteleuropa zu unterstützen. Delbos, die Quelle vieler ihrer Informationen, hoffte noch immer, in einem zweiten Kabinett Blum Außenminister werden zu können[15].

Die neue Gruppierung der Diplomatie Europas wurde durch Mussolinis ausgedehnten Deutschlandbesuch vom 24. bis 29. September 1937 deutlich veranschaulicht. Der Duce war von dem neuen Wohlstand und dem Gedeihen Deutschlands wie auch von der Zuversicht, der Begeisterung und der zielbewußten Energie des deutschen Volkes außerordentlich beeindruckt. Am 27. September hielt er in Berlin eine ausgezeichnete Rede in deutscher Sprache. Ein plötzlicher Regenguß verstärkte noch die dramatische Kraft seiner Ausführungen, so daß er außerordentlichen Beifall erhielt. Mussolini gab seiner Begeisterung für das neue, nationalsozialistische Deutschland in klangvollen Wendungen Ausdruck und stellte die deutsch-italienische Annäherung als ein Element der Stabilität und Stärke in Europa dar. Seinen Worten

folgte die Tat. Am 6. November 1937 trat Italien im Chigipalast zu Rom dem deutsch-japanischen Antikominternpakt von 1936 in feierlicher Form bei. Am 19. November begann Mussolini mit dem Versuch, im fernöstlichen Krieg zwischen Japan und China zu vermitteln. Er sagte dem chinesischen Botschafter in Rom, eine Fortsetzung des Konflikts werde die Ausbreitung des Kommunismus begünstigen. Seiner eigenen Opposition gegen Litwinow und alles, was dieser repräsentierte, gab er dadurch Ausdruck, daß sich Italien am 11. Dezember 1937 aus dem Völkerbund zurückzog. Neville Chamberlain war durch diese Entwicklung beunruhigt und bereitete eine diplomatische Offensive vor mit dem Ziel, die Stresafront wiederherzustellen. Chautemps unternahm jedoch nichts[16].

Léon Jouhaux, der Chef des C. G. T. (Gewerkschaftsbund) besuchte Stalin mit dem Segen Blums im November 1937. Der Zweck seiner Reise war, die Aufmerksamkeit auf die angebliche Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu lenken. Der Jouhaux-Reise folgte am 19. November in der Kammer eine Debatte über die französische Außenpolitik. Gabriel Péri, führender kommunistischer Sachverständiger für Außenpolitik, forderte streitbar eine gemeinsame französisch-sowjetische Politik zugunsten der kollektiven Sicherheit. Er trat für ein gemeinsames Vorgehen zur Unterstützung der Loyalisten in Spanien und für eine umfassende Garantie sämtlicher Grenzen in Europa durch die beiden verbündeten Mächte ein. Den Engländern, die das vorgesehene Genfer Protokoll verworfen hatten, sollte die Entscheidung über eine Beteiligung freigestellt bleiben. Péri bestand darauf, daß die europäische Sicherheit verhältnismäßig leicht aufrechtzuerhalten gewesen wäre, wenn Frankreich nach dem Völkerbundsbeitritt der Sowjetunion im September 1934 aufrichtig mit Litwinow zusammengearbeitet hätte. Er führte aus, es sei für die beiden Mächte nicht zu spät, das allgemeine Vertrauen wiederherzustellen, wenn sie ein Programm gemeinsamen Vorgehens ankündigten[17].

Delbos war in seiner Antwort durch seine Verbindungen zu Chautemps festgelegt. Das sollte verhängnisvoll für seine opportunistische Karriere am Quai d'Orsay werden. Er kritisierte das Programm Péris nicht grundsätzlich, erhob jedoch den recht schwachen Einwand, ein umfassendes Programm kollektiver Sicherheit schlösse die Bereitschaft ein, in sämtlichen Himmelsrichtungen zu intervenieren, und diesen Kurs könne Frankreich wegen der Gefahr einer Vergeltung nicht einschlagen. Delbos deutete an, Frankreichs Handlungsfreiheit wäre ein-

geschränkt, weil es jetzt Feinde an drei verschiedenen Grenzen hätte (nämlich Franco, Mussolini und Hitler). Blum war durch die Rede Delbos' tief beunruhigt. Der französische Außenminister hatte dem außenpolitischen Programm Litwinows und der Sowjetunion gegenüber eine negative Haltung eingenommen. Delbos' Bemühen, Blum zu beruhigen, seine Bemerkungen seien durch die Lage in Spanien beeinflußt und sollten nicht auf Mitteleuropa angewandt werden, blieb erfolglos. Der Sozialistenführer beschloß, Delbos nicht am Quai d'Orsay zu belassen, wenn er selber das Amt des Premierministers wieder übernähme[18].

Die Kammerdebatte fand am gleichen Tage statt wie eine Unterhaltung zwischen Hitler und Lord Halifax in Berchtesgaden. Göring hatte Halifax zu einer Jagdausstellung nach Berlin eingeladen, und die englischen Staatsmänner hatten sich dazu entschlossen, bei dieser Gelegenheit Hitlers Standpunkt zu sondieren. Chamberlain hatte Baldwins Gewohnheit beibehalten, Edens Führung der britischen Außenpolitik durch Halifax überwachen zu lassen, und Ribbentrop berichtete aus London, es wäre durchaus möglich, daß Halifax Edens Nachfolger als britischer Außenminister würde. Man begrüßte in Berlin die Aussicht auf einen Meinungsaustausch, aber Hitler war über die Plumpheit, mit der Halifax mitteleuropäische Probleme behandelte, erstaunt. Halifax ergriff die Initiative und kam als erster auf die österreichische, die tschechische und die Danziger Frage zu sprechen. Er ging davon aus, daß Hitler Österreich und Danzig zu annektieren beabsichtigte und in der Tschechoslowakei zugunsten der unterdrückten Sudetendeutschen intervenieren wolle. Er fügte hinzu, Großbritannien werde grundsätzlich keinem dieser Schritte feindlich gegenüberstehen, aber die von Deutschland dabei angewandten Methoden würden von entscheidender Bedeutung für die Festlegung der endgültigen britischen Haltung sein. Hitler war bei diesen besonderen Themen äußerst zurückhaltend und wandte sich dagegen, daß Deutschland Danzig zu annektieren beabsichtige. Eine jüngst abgegebene deutsch-polnische Erklärung vom 5. November 1937 sah vor, daß die beiden Länder das Danziger Problem nicht als Kriegsgrund betrachten würden[19].

Man hat sich später um den Nachweis bemüht, vertrauliche Bemerkungen Hitlers am 5. November 1937 seinem Außenminister und seinen führenden militärischen Ratgebern gegenüber wiesen darauf hin, daß Hitler zur Zeit seiner Unterredung mit Halifax einen genauen Plan für deutsche Gebietsrevisionen hatte. In Wirklichkeit waren Hitlers Bemerkungen bei jenem Treffen am 5. November, wie sie in dem

fünf Tage später aufgezeichneten sogenannten Hoßbach-Memorandum niedergelegt sind, äußerst vage und bezogen sich eher auf hypothetische als auf wirkliche Situationen. Hitler hatte zu jener Zeit keinerlei Absicht, in naher Zukunft die österreichische, tschechische oder Danziger Frage aufzuwerfen[20].

Delbos sollte im Dezember 1937 eine große Rundreise durch Mittel- und Osteuropa nach dem Vorbild Barthous unternehmen, mit Besuchen in den Hauptstädten der Kleinen Entente und in Warschau. Chamberlain lud Delbos und Chautemps zu einem Besuch in London ein, bevor Delbos am 4. Dezember nach Warschau abreiste. Die englischen Staatsmänner sagten ihren französischen Gästen, daß die Mission Halifax' in Deutschland zufriedenstellend verlaufen und Hitler, insbesondere aber Göring beim Erörtern europäischer Probleme aufrichtig gewesen seien. Chamberlain hielt die mitteleuropäische Lage für äußerst unbeständig und eine Wiederannäherung an Italien für überaus bedeutsam. Die französischen Politiker vermochten aber nicht zu erkennen, was die Staatsmänner Englands planten und ob sie überhaupt etwas unternehmen würden, wenn in den Gebieten, mit denen man sich in Berchtesgaden und Berlin befaßt hatte, kritische Situationen entstünden. Man bat Delbos, den Engländern von vertraulichen Informationen, die er auf seiner Reise erhalten würde, Kenntnis zu geben[21].

Pierre-Etienne Flandin war mit der passiven Haltung Frankreichs im Vergleich zu den jüngsten britischen Schritten in Rom und Berlin unzufrieden. Er riet deshalb Delbos, einen Besuch bei den deutschen Staatsmännern in seine Europareise einzuplanen, aber der französische Außenminister wollte davon nichts hören. Der Zweck seiner Reise war, Polen und die Kleine Entente darin zu bestärken, sich auf Frankreich zu verlassen. Er wußte, daß zum Beispiel Präsident Benesch es sehr mißbilligen würde, wenn er sich auf persönliche Gespräche mit den führenden deutschen Politikern einließe. Flandin, der nach dem Rheinland-Fiasko wenig Hoffnung hatte, in die Regierung zurückzukehren, war über die Bereitschaft Delbos', sich von London über Hitlers Vorhaben unterrichten zu lassen, sehr verärgert.

Delbos wandte ein, der französische Botschafter François-Poncet stünde mit Hitler auf sehr gutem Fuße und sei in der Lage, dem Quai d'Orsay die erforderlichen Informationen zu verschaffen. Flandin war damit nicht zufrieden. Er wies darauf hin, daß einem Staatsmann, der zu Besuch weilt, offenere Einblicke in die grundsätzlichen Probleme gegeben würden als einem regulären Botschafter. Die Anwesenheit eines

der fähigsten Diplomaten Großbritanniens, Sir Nevile Hendersons, hatte auch in Berlin Halifax nicht davon abgebracht, die Gelegenheit zu Unterredungen mit den deutschen Staatsmännern wahrzunehmen. Delbos blieb jedoch hart und Flandin, der zu dieser Zeit eine Reise nach Dänemark plante, beschloß, die deutschen Politiker selbst aufzusuchen. Der lächerliche Standpunkt Delbos' spornte ihn dazu mehr oder weniger an. Er unterrichtete Delbos nicht sogleich von seinem Vorhaben, sondern nahm stattdessen Verbindung zu François-Poncet auf. Der französische Botschafter in Deutschland unterrichtete den Quai d'Orsay am 11. Dezember 1937, daß Flandin seine Rückreise von Kopenhagen in Berlin zu unterbrechen gedächte. Delbos war zu jener Zeit im fernen Rumänien. Flandin traf in Berlin am Morgen des 13. Dezember ein[22].

Die nichtamtliche Mission Flandins war ein Ereignis von größter Bedeutung. Der ehemalige Premierminister war offensichtlich daran interessiert, die Möglichkeiten für eine dauerhafte deutsch-französische Entente zu sondieren, und der französische Botschafter in Berlin half ihm dabei nach Kräften. Flandin kam zu dem Ergebnis, daß ein Treffen mit Hitler, während Delbos Osteuropa bereiste, zuviel sensationelles Aufsehen erregen würde, aber er hatte am 13. Dezember längere, getrennte Unterredungen mit Goebbels und von Neurath und am folgenden Tag mit Göring und Schacht. Sie alle versicherten Flandin, Deutschland wünsche Frieden und trete für eine Politik dauernder Zusammenarbeit mit Frankreich ein.

Goebbels räumte ein, Hitler beabsichtige nicht, sein Angebot vom 7. März 1936, in den Völkerbund zurückzukehren, zu wiederholen. Dies bereitete dem deutschen Minister für Volksaufklärung und Propaganda, der aus seiner grundsätzlichen Ablehnung des sogenannten Genfer Systems oder, wie er es nannte, des Genfer Turmbaus zu Babel, kein Geheimnis machte, offensichtlich Genugtuung. Er fügte hinzu, Hitler wünsche in den europäischen Angelegenheiten eng mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Polen zusammenzuarbeiten. Hitler begünstige auch eine Politik, die Sowjetunion von einer Beteiligung an der Europapolitik auszuschließen. Goebbels räumte weiter ein, Deutschland hoffe, Danzig zurückzugewinnen, aber es sei Hitlers Absicht, diese Frage durch zweiseitige Abmachungen mit Polen aus dem Weg zu räumen. Goebbels erwähnte Österreich nicht, aber er vertraute Flandin an, daß Hitler vorhätte, diplomatisch in Prag zu intervenieren, wenn sich ein günstiger Zeitpunkt ergäbe, um die Lage der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei zu verbessern[23].

Der deutsche Außenminister von Neurath legte am Nachmittag des 13. Dezember starken Nachdruck auf die österreichische Frage. Er bekannte, daß Hitler keinen bestimmten Plan habe, die Rechnung mit den österreichischen Partikularisten zu begleichen, man jedoch erwarten dürfe, Deutschland werde bei der ersten günstigen Gelegenheit gegen das Schuschnigg-Regime einschreiten. Von Neurath war voller Zuversicht, daß Schuschnigg den Triumph des Nationalsozialismus in Österreich kampflos hinnehmen werde, und glaubte nicht, daß die Tschechen riskieren würden, zugunsten des Wiener Regimes einzugreifen. Er war überzeugt, daß Deutschland weder mit Italien noch mit Jugoslawien Schwierigkeiten bekommen werde, und wiederholte, was Goebbels über Hitlers Absicht gesagt hatte, eine bessere Behandlung der Sudetendeutschen sicherzustellen, nicht ohne zu betonen, daß in dieser Angelegenheit nichts unternommen werden würde, ehe nicht die österreichische Frage geregelt sei[24].

Göring wiederholte Flandin gegenüber, was Goebbels am Morgen des 14. Dezember über den Völkerbund gesagt hatte. Er erwähnte Danzig nicht, teilte jedoch Flandin mit, Deutschland sähe die Zukunft Österreichs als eine rein deutsche Frage an. Göring wußte, daß Frankreich auch weiterhin seinem Bündnis mit Prag beträchtliche Bedeutung zumaß, glaubte aber nicht, daß ein diplomatisches Eingreifen Hitlers zugunsten der Sudetendeutschen eine Herausforderung legitimer französischer Interessen darstellen würde. Göring war fest davon überzeugt, der Frieden in Europa könne erhalten bleiben, und stellte fest, daß eine unmittelbare Einigung mit Deutschland der Sicherheit Frankreichs dienlicher sein würde als das System von Genf. Göring bedauerte, daß Frankreich verfehlt hätte, auf Hitlers Angebot vom März 1936 einzugehen, das eine endgültige Verständigung mit Frankreich anstelle der früheren Locarnoverträge vorsah. Er erkannte, daß das Fehlen einer solchen Verständigung gefährliche Elemente der Verwirrung und Unentschiedenheit in die Beziehungen beider Länder hineinbringe; und so meinte er zu Flandin, eine Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich würde die bestmögliche Garantie des europäischen Friedens sein. Seine Bemerkungen machten auf den ehemaligen französischen Premier großen Eindruck[25].

Am gleichen Nachmittag erörterte Flandin die Situation Deutschlands mit Hjalmar Schacht. Schacht gab zu, daß er insgeheim am 8. Dezember 1937 als deutscher Wirtschaftsminister zurückgetreten sei. Er umriß die Einzelheiten seiner Auseinandersetzung mit Göring wegen der Handhabung des zweiten deutschen Vierjahresplanes. Er äußerte

sich über Göring nicht abfällig, unterstrich aber, daß ihre grundlegende Meinungsverschiedenheit zur Wirtschaftspolitik seinen eigenen Abgang unvermeidlich gemacht habe. Flandin erkundigte sich, ob diese Meinungsverschiedenheit dem Gedeihen der deutschen Wirtschaft schade. Schacht verneinte und bestritt auch jede Absicht, sich völlig aus dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen. Zum Beispiel verbliebe er, zumindest zeitweilig, auf seinem Posten als Reichsbankpräsident[26].

Flandin besprach seine Erfahrungen mit François-Poncet, bevor er Berlin am Abend des 14. Dezember verließ. Die beiden französischen Sachverständigen stimmten darin überein, daß Hitler in der Befürwortung eines friedlichen Ausgleichs mit Frankreich unzweifelhaft aufrichtig sei. Sie teilten mit Kerillis nicht den Verdacht, Hitler hege geheime Absichten einer Rückeroberung Elsaß-Lothringens. Umso ehrlicher waren sie von den Bedenken Kerillis' betroffen, das neue Deutschland könne Frankreich vollständig überschatten und so die französische Stellung in Europa bis zur Bedeutungslosigkeit beeinträchtigen. Sie waren beide von einer solchen Möglichkeit, die das Hauptthema ihrer Unterhaltung bildete, beunruhigt. Die deutsche Auffassung schien vorauszusetzen, daß Frankreich mit seiner verhältnismäßig gleichbleibenden Bevölkerungszahl (die demographische Entwicklung Frankreichs hat allerdings seit 1937 einen starken Aufschwung genommen) damit zufrieden sein würde, sich der Entwicklung seiner Überseegebiete zu widmen und Deutschland mit seiner wachsenden Bevölkerung freie Hand in Mitteleuropa zu lassen. Dieser Vorgang würde zu einer außerordentlichen Steigerung der deutschen Macht führen. Die Frage, die François-Poncet an Flandin richtete, war die: Würde eine französische Hinnahme der deutschen These die Vorherrschaft Deutschlands in Europa herbeiführen und vielleicht sogar in der Welt[27]?

Die eingehende Erörterung der Weltlage durch die beiden Fachleute ließ sie diese Frage verneinen. Deutschland würde allerdings machtvoll sein, wenn sein Bemühen um die Herrschaft in Mitteleuropa toleriert würde, doch selbst in diesem Fall würde es nicht möglich sein, von einer deutschen Vorherrschaft in Europa oder gar in der Welt zu sprechen. Die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten waren Frankreich freundlich gesinnt. Die vereinte Stärke dieser Mächte würde ständig die Deutschlands übertreffen, und zwar ungeachtet aller Vorgänge und Entwicklungen in Mitteleuropa. Frankreich würde freie Hand haben, die Bindungen an diese andern Mächte aufrechtzuerhalten und zu pflegen, wenn es Reibungen mit Deutschland

vermiede. Dies würde weitaus vernünftiger sein, als den von Kerillis befürworteten neuen Kreuzzug gegen Deutschland zu inszenieren[28].

Flandin und François-Poncet kamen zu dem Entschluß, dem Quai d'Orsay einen Bericht in der Gewißheit zu unterbreiten, daß er eine ernsthafte Untersuchung der von ihnen erörterten Fragen zur Folge haben würde. Dieser von François-Poncet am folgenden Tag, dem 15. Dezember 1937, nach Paris gedrahtete Bericht begann mit der vorsichtigen Feststellung, der deutsche Wunsch nach Verständigung mit Frankreich müsse „nicht unbedingt unaufrichtig" sein. Dann folgte eine beredte Darlegung der Argumente, die für eine Tolerierung einer deutschen Vorherrschaft in Mitteleuropa sprachen. Damit war das Grundproblem, dem sich Frankreich gegenübersah, endlich zur Sprache gekommen. Eines Tages würde man sich entscheiden müssen. Bei der bisherigen Unentschlossenheit konnte es auf die Dauer nicht bleiben, und sowohl Flandin wie François-Poncet erkannten, daß eine dauernde Ausschaltung Léon Blums von der Führung Frankreichs die unerläßliche Vorbedingung für den Beginn einer neuen, realistischen Politik sei. Unter Chautemps und Daladier hingegen würde sich ihre neue Politik aller Voraussicht nach durchführen lassen[29].

Delbos war am 4. Dezember zu seiner tour d'horizon von Paris abgereist. Sein Denken kreiste, im Gegensatz zu dem Flandins, weiterhin um die angebliche Notwendigkeit einer aktiven, gegen Deutschland gerichteten Politik in Mitteleuropa. Er war von den Bemerkungen, die Chamberlain ihm gegenüber am 29. November 1937 in London gemacht hatte, stark beeindruckt. Der führende Sprecher der britischen Appeasementpolitik hatte seine wahre Einstellung aufgedeckt, als er feststellte, eine dauerhafte Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland sei äußerst unwahrscheinlich (und dies zu einer Zeit, als Hitlers Programm einer friedlichen Gebietsrevision in Europa noch nicht einmal begonnen hatte). Chamberlain hob die Beschleunigung des britischen Aufrüstungsprogramms hervor und sprach davon, die Franzosen sollten sich auf den schnellstmöglichen Aufbau ihrer Luftwaffe konzentrieren[30].

Delbos kam am 5. Dezember 1937 in Warschau an und ließ sich am folgenden Tag in ausführliche Unterredungen mit Beck, Rydz-Smigły und Moscicki ein. Rydz-Smigły und Moscicki gaben ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Zahlungen der Rambouillet-Anleihe an Polen nach der Entwertung des Franc nicht erhöht worden seien. Das Fehlen eines Ausgleichs bedeutete für Polen zwangsläufig den Verlust einiger hundert Millionen Francs an tatsächlich empfan-

genem Wert. Delbos war nicht in der Lage, irgendetwas Bestimmtes zu versprechen. Noël teilte ihm mit, die Polen verwendeten den größten Teil der Geldmittel zur Entwicklung ihres industriellen Dreiecks in Südpolen und weniger für den Ankauf jenes ausländischen Kriegsmaterials, für das die Anleihe ursprünglich bestimmt war[31].

Beck lehnte die Anregung Delbos ab, Polen möge den ersten Schritt zu einer Verbesserung der Beziehungen zur Tschechoslowakei tun. Er bestritt, daß die polnisch-tschechischen Beziehungen ein ernstes Problem darstellten, und wandte sich der Judenfrage zu. Die polnischen Staatsmänner wünschten die Mitarbeit Frankreichs bei der Errichtung einer Freistätte für die meisten polnischen Juden im fernen Madagaskar, das seit 1890 französische Kolonie war. Eine von Juden begleitete polnische Mission hatte Madagaskar 1937 unter der Führung von Michael Lepecki besucht, der ein enger Freund Pilsudskis war. Auch war Beck so geistreich, Polens Anspruch auf einen Anteil an den ehemaligen deutschen Kolonien zu betonen, da ein Teil jenes ehemaligen Deutschen Reiches, das die Kolonien erworben hatte, jetzt polnisches Gebiet wäre. Noël glaubte, Becks Bemerkungen so verstehen zu sollen, daß Polen im Grunde dem revisionistischen Lager angehörte, aber Delbos gab sich mit der versöhnlichen Feststellung zufrieden, die polnischen Kolonialbestrebungen erschienen ihm persönlich durchaus berechtigt. Er versprach auch, die Madagaskar-Frage mit Chautemps und seinen andern Kabinettskollegen zu besprechen. Noël drängte Delbos, einen festen Stand zum Problem einer möglichen polnisch-tschechischen Annäherung einzunehmen. Er führte an, die augenblickliche Feindseligkeit der polnischen Staatsmänner gegenüber der Tschechoslowakei schlösse ein Zusammenwirken der slawischen Nachbarstaaten im Falle einer europäischen Krise aus. Delbos lehnte es ab, die Frage nochmals anzuschneiden, und nahm auch davon Abstand, die widrigen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion zu erörtern. Noël sagte voraus, Beck würde sich nach dem Delbos-Besuch nach Deutschland begeben. Seine Vermutung war zutreffend. Becks zweiter Besuch bei Hitler erfolgte im Januar 1938. Die negative und pessimistische Einstellung Noëls zu Polen bedrückte Delbos. Er reiste von Warschau nach Bukarest im benachbarten Rumänien mit dem Empfinden, daß es ihm nicht gelungen sei, Beck zu beeindrucken, und daß das Klima der französisch-polnischen Beziehungen alles andere als befriedigend sei[32].

Die Besuche Delbos' in Rumänien und Jugoslawien verliefen, vom französischen Standpunkt gesehen, ebenfalls enttäuschend. Die bis da-

hin herrschende liberale Koalition unter Führung Gheorghe Tatarescus und Victor Antonescus war bei den Wahlen gestürzt worden, und die politische Szene Rumäniens war in Bewegung geraten. Die Liberalen sagten Delbos, sie würden binnen weniger Tage zurücktreten, und König Carol beabsichtige, Octavian Goga, den Führer der National-Christlichen Partei, zum Premierminister zu ernennen. Delbos war über diese Nachricht empört. Goga hatte betont, er würde, falls er zur Macht käme, der strengen judenfeindlichen Gesetzgebung wieder zur Geltung verhelfen, die während der im Ersten Weltkrieg erfolgten deutschen Besetzung der Wallachei, Rumäniens größter Provinz, auf deutschen Druck hin 1917 abgeschafft worden war. Es war bekannt, daß Goga Corneliu Codreanu, dem Führer der rumänischen Eisernen Garde, der seinerseits enge Beziehungen zu Deutschland und Italien befürwortete, freundlich gesinnt war. Delbos besprach die Lage mit Nicolae Titulescu, der im Jahre vorher nach langjährigen Bemühungen zugunsten einer möglichst engen Entente zwischen Rumänien und Frankreich zurückgetreten war (die meisten führenden französischen Politiker hatten von Titulescu wertvolle persönliche Geschenke erhalten). Titulescu vertraute Delbos an, der Glaube an die französische Unterstützung in Rumänien sei durch die passive Haltung Frankreichs bei der militärischen Wiederbesetzung des Rheinlands durch Deutschland im Jahre 1936 ernstlich erschüttert worden und die zukünftige Politik des Landes daher in Dunkel gehüllt. König Carol selbst erwäge die Möglichkeit eines engen Einvernehmens mit Deutschland[33].

Der Besuch in Jugoslawien brachte Delbos in peinliche Verlegenheit. Der Kroatenführer Vlatko Macek hatte im Oktober 1937 mit den serbischen Demokraten der Opposition eine Koalition gegen Premierminister Milan Stojadinovic gebildet. Dieses Ereignis gab den serbischen Demokraten starken Auftrieb. Das öffentliche Auftreten von Delbos und Stojadinovic war in Belgrad von Studententumulten und lautstarken Demonstrationen zugunsten Frankreichs und gegen den jugoslawischen Premierminister begleitet. Stojadinovic und Prinz Paul, der Regent Jugoslawiens, gaben zu, daß ihre Politik auf einem engen Einvernehmen mit Deutschland beruhe. Sie lobten die deutschen Bemühungen zugunsten des erfolgreichen italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages vom März 1937, der die Spannungen zwischen den beiden Adria-Nachbarn merklich vermindert hatte. Es war Delbos bei der Abreise gegenwärtig, daß für den Fall europäischer Krisen Österreichs oder der Tschechoslowakei wegen mit keiner Unterstützung durch Jugoslawien, Rumänien und Polen zu rechnen war[34].

Im Zuge während der Fahrt durch Ungarn bemerkte der französische Außenminister den ständigen Beamten des Außenministeriums gegenüber, die seiner Delegation angehörten: „Endlich kommen wir zu wirklichen Freunden!"

Delbos meinte damit den tschechischen Präsidenten Benesch, das Idol der Mme. Claire Boas de Jouvenel, den Premierminister Milan Hodza und den Außenminister Kamil Krofta. Seine Erwartungen hinsichtlich einer überschwenglichen Begrüßung durch seine Gastgeber in Prag bestätigte sich, aber die innenpolitische Situation der Tschechoslowakei war zweifellos unsicherer als die der andern Länder, die Delbos auf seiner Reise besucht hatte. Tatsächlich erhielt Delbos bereits am zweiten Tag seines Aufenthalts in Prag eine entsprechende Warnung, als er von Ernst Kundt, dem Führer der Gemeinde von 40 000 Deutschen, die in der tschechischen Hauptstadt lebten, aufgesucht wurde. Kundt teilte Delbos mit, das Verhältnis zwischen den Tschechen und Deutschen würde bald den Siedepunkt erreichen, wenn nicht etwas geschähe, und er sagte Unruhen für das nächste Jahr voraus, wenn die Franzosen nicht führend ihre tschechischen Verbündeten drängten, den Sudetendeutschen des Grenzgebiets angemessene Bedingungen einer politischen Autonomie und wirtschaftlicher Entwicklung zu gewähren. Kundt wies mit Bedacht darauf hin, daß eine versöhnliche französische Intervention zugunsten der Sudetendeutschen die militärische Verteidigungsstellung der Tschechen in dem Grenzbefestigungssystem, das einst mit französischer Hilfe errichtet worden war, nicht zu schwächen brauchte[35].

Delbos zog es vor, Kundts Appell zu ignorieren. Er wünschte nicht, daß irgendetwas seinen begeisterten Empfang in Prag störe und erklärte den tschechischen Staatsmännern kategorisch, Frankreich würde ihnen zur Seite stehen, falls sich Schwierigkeiten mit Deutschland ergäben. Er nahm einen Standpunkt gleich dem Barthous im Jahre 1934 zugunsten Rumäniens gegenüber Ungarn ein. Wie einst Barthou beschränkte er sich nicht auf private Zusicherungen, sondern gab in einer öffentlichen Rede in Prag am 16. Dezember 1937 folgende Erklärung ab:

„Wir sind durch so viele Bande vereint, wir empfinden so gleich, und unsere Staatsformen sind sich so ähnlich, daß ein Franzose sich in der Tschechoslowakei wie in Frankreich fühlt, und ein Tschechoslowake in Frankreich wie in der Tschechoslowakei."

Diese beredten Worte wurden mit lautem Beifall aufgenommen, und Delbos wiederholte seinen Vortrag zwei Tage danach öffentlich vor einer kleinen Versammlung von Tschechen in Eger, im Herzen des

Sudetenlandes, nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Es war der Schlußakt des letzten Besuchs eines französischen Staatsmannes in der Tschechoslowakei vor dem Zusammenbruch dieses Landes. Delbos hatte versäumt, Benesch anzuraten, er möge seine starre Politik der Verweigerung von Zugeständnissen an die starke deutsche Minderheit ändern. (Die deutsche Bevölkerung des Landes war halb so zahlreich wie die tschechische, und diese stellte selbst nur eine Minderheit in der Gesamtbevölkerung dieses Zwitterstaatswesens dar.)[36]

Delbos kehrte am 19. Dezember 1937 nach Paris zurück. Die wirtschaftliche und politische Lage innerhalb Frankreichs verschlechterte sich in den Tagen nach seiner Rückkehr schnell. Eine Welle neuer Streiks erfaßte das Land am 24. Dezember. Bonnet wandte sich am 26. Dezember in einer längeren öffentlichen Ansprache an die Nation. Er erwähnte den Fortschritt, den man unter seinem anfänglichen Finanzprogramm erzielt habe, und befürwortete eine gemeinsame, nationale Unterstützung des Kabinetts Chautemps. Doch nützten seine Bemühungen nichts. Der Gewerkschaftsbund für öffentliche Dienste rief am 28. Dezember den Streik für unbestimmte Zeit aus. Paris war Ende 1937, zur Zeit des Begräbnisses des Komponisten Ravel, ohne Gas, Elektrizität, Wasser und städtische Verkehrsmittel[37].

Chautemps wußte sehr wohl, daß der demütigende Streik der städtischen Dienste von den Sozialisten im allgemeinen (sie kontrollierten den Gewerkschaftsbund für die öffentlichen Dienste) und von Blum im besonderen angestiftet war. Abermals verlangten Blum und Auriol die gleiche nationale Devisenüberwachung, die der Senat im Juni 1937 verweigert hatte. Chautemps verneinte daraufhin ostentativ jede Notwendigkeit einer solchen Maßnahme. Auch machte er dem Gewerkschaftsbund für öffentliche Dienste weitreichende örtliche Zugeständnisse, und der Streik wurde am 3. Januar 1938 abgebrochen, weil die von Chautemps angebotenen Vorteile zu verlockend waren, um ihnen widerstehen zu können. Die Bemühungen der Regierung, einen größeren Streik in den Goodrich-Gummiwerken nahe Paris zu schlichten, schlugen jedoch am 5. Januar 1938 fehl, und Chautemps war verärgert. Die ordentliche Sitzung des französischen Parlaments wurde am 11. Januar 1938 in gespannter Atmosphäre und ohne Aussicht auf eine Beendigung des Streiks bei Goodrich eröffnet.

Die Debatte erreichte ihren Höhepunkt unerwartet um 3.00 Uhr früh, am Morgen des 15. Januar 1938. Die Volksfrontkombination, einschließlich der offiziellen Unterstützung der Regierung durch die

Kommunisten, bestand formell zu dieser Zeit noch. Chautemps hatte mit wachsendem Groll einer langen Rede des kommunistischen Abgeordneten Vincent Ramette zugehört, der die Regierung lächerlich machte. Dieser hatte ausführlich klargemacht, daß er für die gesamte kommunistische Fraktion der Kammer spräche (73 Abgeordnete). Der Premier entschloß sich, den Kommunisten zu antworten, daß er ihre Unterstützung nicht mehr wolle. Er erhob sich nach Ramettes Rede und gab die folgende bündige Erklärung ab:

„Herr Ramette verlangt seine Freiheit. Es ist sein Recht. Wenn er zu mir kommt, werde ich sie ihm geben.[38]"

Chautemps hatte für seine Regierung wenige Stunden vorher die Vertrauensfrage gestellt. Die Debatte, in der Ramette sprach, diente der Entgegnung auf diese Frage. Als Chautemps offen mit den Kommunisten brach, brachte er sich um ihre Unterstützung. Sein Schritt zog auch den Rücktritt der sozialistischen Kabinettsmitglieder nach sich, einschließlich Blums und Auriols. Das hatte auch in der Kammer den Verlust der sozialistischen sowohl als auch der kommunistischen Stimmen zur Folge und die Regierung war am Ende. Chautemps zögerte nicht, dieses Ergebnis zu bestätigen. Die Kabinettsminister gingen am 15. Januar 1938, morgens um 5.30 Uhr, geschlossen zu Präsident Lebrun, um den Rücktritt der Regierung bekanntzugeben. Der jüngsten Krise war es vorbehalten, binnen kurzer Zeit der mittelmäßigen Karriere des Yvon Delbos am Quai d'Orsay ein für allemal ein Ende zu setzen. Die widerspruchsvolle und zusammenhanglose Politik des Treibenlassens, der er seit dem Juni 1936 gefolgt war, hatte Frankreich keine Vorteile eingebracht. Im Gegenteil, seit dem Sturz Pierre Lavals im Januar 1936 war es mit dem Glück Frankreichs ständig abwärts gegangen[39].

Vierzehntes Kapitel

DAS AUFTAUCHEN BONNETS

Präsident Lebrun war über den Rücktritt Chautemps' sichtlich beunruhigt, da sein Abgang ein weiteres augenfälliges Beispiel für die politische Unbeständigkeit in der Volksfront-Ära lieferte. Lebrun beriet sich ausführlich mit Herriot und ersuchte dann plötzlich am 16. Januar 1938 Georges Bonnet, ein Kabinett zu bilden. Der erstaunte Bonnet bezweifelte zunächst, daß Lebruns Schritt mehr sei als nur eine freundliche Geste den Radikalen gegenüber mit dem Ziel, den Schein zu wahren. Jedermann hatte erwartet, daß Blum als der Führer der stärksten Partei zuerst aufgefordert werden würde, und es war kein Geheimnis, daß Blum die Tätigkeit des Kabinetts Chautemps von innen her behindert hatte, um das Amt des Premierministers wieder selbst übernehmen zu können. Nur sehr wenige politische Sachverständige glaubten an einen Erfolg der Blum'schen Pläne, obwohl die Kommunisten sich zur Beteiligung an einem von ihm geführten Kabinett bereiterklärt hatten. Aber Blums Entschlossenheit, wieder Premier zu werden, gab Bonnet nicht nur Anlaß zum Staunen darüber, daß Lebruns erste Wahl nicht auf Blum gefallen war, sie ließ auch in ihm den Verdacht aufkommen, daß Lebrun und Herriot insgeheim Blums Rückkehr zur Macht förderten. Es wäre für Bonnet leichter gewesen, mit Blum über eine Kabinettsbildung zu verhandeln, wenn diesem zuerst Gelegenheit zur Regierungsbildung geboten worden und er dabei gescheitert wäre[1].

Bonnet wurde sich über Blums hoffnungslose Unversöhnlichkeit klar. Dieser bestand dann auch darauf, daß sich die Sozialistische Partei an der Regierung nicht wieder beteiligen werde, es sei denn, er würde Premier. Daraufhin kam ein Verhandlungsbevollmächtigter der Sozialisten mit einem erstaunlichen Vorschlag zu Bonnet und setzte diesen davon in Kenntnis, daß die Sozialisten ihren Standpunkt unter

der Bedingung ändern würden, daß Bonnet vorher ein Übereinkommen mit den Kommunisten erzielen könne. Bonnet argwöhnte sofort, besonders nach den kürzlichen Kammerdebatten, der Preis würde das französische Eingreifen zugunsten der Loyalisten in Spanien sein, und lehnte entrüstet ab. Als weitere Alternative wurde ihm von seinen eigenen Parteifreunden nahegelegt, eine Regierung vorwiegend aus Radikalen zu bilden und dann an die Rechte zwecks Unterstützung zu appellieren[2].

Bonnet hatte lange nach der Ministerpräsidentschaft gestrebt und die sterbende Volksfrontkombination in allen Phasen gestützt. Nur über die Abwertung des Franc bestand eine Meinungsverschiedenheit mit Blum. Doch jetzt verweigerte Blum eine Zusammenarbeit auf dieser Grundlage. Die Anregung, Bonnet solle ein Kabinett bilden, das auf einer breiten Koalition der nicht-marxistischen Parteien basiere, war unter den gegebenen Umständen durchaus vernünftig. Dieser gleiche Plan wurde drei Monate später von Daladier übernommen. Es bestand natürlich die Gefahr, daß ein solcher Versuch im Januar 1938 mit einem völligen Fehlschlag enden und eine militante marxistische Opposition das gesamte Land in der Hoffnung auf Blums Rückkehr zur Macht lähmen würde. Es war im Hinblick auf mögliche Entwicklungen in Europa überaus kennzeichnend, daß Bonnet in letzter Minute zur Übernahme der nötigen Verantwortung nicht bereit war. Es ließ sein chronisches Unvermögen zutage treten, die eigene Stellung gegen außergewöhnlich starken politischen Druck standhaft zu behaupten. Und das war ein böses Vorzeichen für seine spätere Laufbahn als französischer Außenminister in der Regierung Daladier[3].

Bonnet besaß zwar durchaus die Fähigkeit, jede politische Lage zu meistern, der er sich gegenübersah, war aber im Grunde vorsichtig, ja sogar ängstlich, und besaß daher nicht die erforderliche Charakterstärke, ein Programm auch unter recht widrigen Umständen mit rücksichtsloser Entschlossenheit durchzusetzen. Er war in dieser Hinsicht ganz anders als Laval, und letztlich war Frankreich gezwungen, einen sehr hohen Preis für diese Charakterschwäche eines im übrigen glänzenden Staatsmannes zu zahlen.

Bonnet wandte sich an Präsident Lebrun und drängte ihn, Blum noch eine Chance zur Regierungsbildung zu geben. Doch wälzte er damit nur die Verantwortung ab. Er wünschte nicht, daß Blum bei einem solchen Bemühen Erfolg beschieden sei, und wirkte ihm selbst aktiv entgegen. Eine Einigung Blums mit den Radikalen schlug fehl, so daß sich Lebrun wieder an Camille Chautemps wenden mußte. Fraglos

mußte dieser den Weg zu gehen suchen, den Bonnet vermieden hatte und der späterhin von Daladier durchaus erfolgreich beschritten wurde. Doch war Chautemps durch die Stavisky-Affäre weit ernster kompromittiert worden als jeder andere Radikale und daher für die meisten Abgeordneten der Rechten als Premier unannehmbar. Als einzige Alternative blieb ihm, zu einem zeitweiligen Burgfrieden mit Blum und den Kommunisten zu gelangen. Weder die Sozialisten noch die Kommunisten waren zum Eintritt in ein Kabinett Chautemps bereit, doch sagten sie ihm ihre bedingte Unterstützung zu, falls er einem Kabinett aus Radikalen ohne Mitglieder der Rechten seine Zustimmung gab. Dies war eine höchst unbefriedigende Lösung. Die Reibungen zwischen den Radikalen und den Marxisten setzten sich unvermindert fort. Chautemps stand seinen eigenen Aussichten skeptisch gegenüber, aber Präsident Lebrun bat ihn, wenigstens den Versuch zu unternehmen. Die andern Führer der Radikalen stützten seine Bitte, und Chautemps stimmte schließlich der Regelung zu, wenn auch mit offensichtlichem Widerstreben. Die neue Regierung stellte sich der Kammer am 18. Januar 1938 vor, und es wurde ihr das Vertrauen ausgesprochen. Chautemps behielt Delbos als Außenminister und Bonnet als Finanzminister bei[4].

Die Wirren an der französischen Arbeitsfront ließen während der ersten Wochen nach Chautemps' erneutem Regierungsantritt etwas nach, aber die Schwäche der neuen Regierung wurde von der französischen Presse weithin erkannt und die Finanzkrise hielt unvermindert an. Der wichtigste Vorgang in der europäischen Diplomatie war zu jener Zeit die Anstrengung Chamberlains, zu einer umfassenden Verständigung mit Italien über die Beibehaltung des status quo in Österreich zu gelangen. Der italienische Außenminister Ciano hatte die Lage in Mitteleuropa mit dem österreichischen Kanzler Schuschnigg und dessen Außenminister Dr. Guido Schmidt bei einer Konferenz der Mächte des Rom-Protokolls in Budapest am 10. Januar 1938 besprochen. Die Österreicher zeigten sich an Italiens Politik interessiert und Ciano räumte ein, sein Land würde im Falle einer ernsthaften Krise nicht den Versuch machen, Österreich ohne die Hilfe der andern Großmächte zu verteidigen[5].

Lady Austen Chamberlain, die Witwe des Halbbruders des britischen Premierministers, hielt sich damals in Italien auf und führte im Januar 1938 mit Ciano mehrere gewichtige Gespräche über die europäische Lage. Der italienische Außenminister begleitete sie am 1. Februar 1938 bei einem Besuch bei Mussolini. Sie übergab dem Duce ei-

nen Brief Neville Chamberlains. Dieser Brief besagte, die britischen Tories hätten sich endlich zu dem Entschluß durchgerungen, die italienische Eroberung Äthiopiens anzuerkennen. Chamberlain schlug vor, Mussolini solle den italienischen Botschafter in London, Dino Grandi, ernsthafte Verhandlungen über eine englisch-italienische Entente aufnehmen lassen. Die Engländer hofften, zugunsten einer Verbesserung der französisch-italienischen Beziehungen vermitteln zu können, sobald ein vorteilhaftes Übereinkommen zwischen London und Rom erreicht worden sei. Mussolini nahm Chamberlains Brief günstig auf und sandte Grandi die erforderlichen Anweisungen zur Eröffnung ernstgemeinter Verhandlungen. Die Haltung Frankreichs in diesem Stadium der Entwicklung war völlig passiv[6].

Der Aufnahme britisch-italienischer Verhandlungen in London folgten bald neue Ereignisse in Deutschland und Österreich. Nachdem Schacht als deutscher Wirtschaftsminister Ende 1937 zurückgetreten war, wurden im Januar 1938 der Verteidigungsminister Werner von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch in Skandale verwickelt. Blombergs Eheschließung mit einer ehemaligen Berliner Prostituierten, Erna Grühn, führte zu seinem freiwilligen Rücktritt, nachdem die Vergangenheit seiner Frau unerwartet an das Licht der Öffentlichkeit geraten war. Fritsch wurde von Hitler entlassen ungeachtet der Tatsache, daß der Oberbefehlshaber des Heeres die Beteiligung an gleichgeschlechtlichen Handlungen abgestritten hatte, deren er bezichtigt worden war. Er wurde später, im März 1938, von einem besonderen Ehrengericht freigesprochen, aber nicht wieder in seine frühere Stellung berufen[7].

Hitler übernahm selbst Blombergs Stellung und ernannte General Walther von Brauchitsch zum Nachfolger Fritschs. Auch in den diplomatischen Vertretungen Deutschlands im Ausland nahm Hitler mehrere bedeutende Umbesetzungen vor und ersetzte Außenminister Konstantin von Neurath durch Joachim von Ribbentrop, den deutschen Botschafter in Großbritannien. Die Ernennung Ribbentrops führte in Frankreich zu ausgedehnten Spekulationen über eine mögliche Richtungsänderung in der deutschen Außenpolitik. Der neue deutsche Außenminister war, anders als Neurath, ein prominenter Nationalsozialist, und man wußte weithin um seine persönliche Verbundenheit mit Hitler. Die Annahme, daß er sich Hitler in der Führung der deutschen Außenpolitik weitgehend anpassen würde, war eine logische Folgerung. Am Quai d'Orsay war gleichwohl bekannt, daß Ribbentrop die Bemühungen seines Freundes Otto Abetz, eine dauerhafte deutsch-

französische Annäherung zu fördern, stark unterstützte. Die von Hitler vorgenommenen Änderungen wurden am 4. Februar 1938 in Berlin verkündet[8].

Franz von Papen war erstaunt, am 4. Februar fernmündlich zu erfahren, daß er von seinem Posten als deutscher Botschafter in Österreich abgelöst worden sei. Er war mit Recht stolz auf den Erfolg seiner Tätigkeit in Wien seit der Ernennung im Juli 1934, in jenen schwierigen Tagen, die dem erfolglosen Putsch der österreichischen Nationalsozialisten folgten. Hitler bestritt jeden Zusammenhang mit dem Putsch, was sich später als richtig erwies, doch glaubte man ihm in Wien damals nicht. Der französische Gesandte Albert Puaux war in Wien in der Zeit vor Papens Ankunft außerordentlich einflußreich gewesen, räumte aber Delbos gegenüber im Januar 1938 ein, daß der erfahrene deutsche Diplomat sich höchst erfolgreich das Wohlwollen und Vertrauen seiner österreichischen Gastgeber erworben habe. Papen machte, ohne Hitlers Ansichten darüber zu respektieren, kein Geheimnis aus seinem aufrichtigen Bedauern über die Zerstörung der alten Habsburger Monarchie. Das gefiel Schuschnigg, der ein ergebener österreichischer Monarchist war[9].

Papen hatte Hitler schon früher die Zweckmäßigkeit einer persönlichen Begegnung mit Schuschnigg nahegelegt, aber der österreichische Kanzler hatte sich nicht dazu bereitgefunden, und man ließ die Angelegenheit fallen. Am 4. Februar nun nahm Papen erneut Kontakt zu Schuschnigg auf und gewann seine Zustimmung zu einem Treffen mit Hitler. Die beiden Monarchisten mögen gehofft haben, die Unterredung würde Hitler veranlassen, Papen in Wien zu belassen. Papen reiste nach Deutschland ab und traf Hitler am 5. Februar in Berchtesgaden. Der deutsche Kanzler war über die Aussicht auf ein Treffen mit Schuschnigg erfreut und sandte Papen sogleich wieder auf seinen alten Wiener Posten. Papen kehrte am 7. Februar in die österreichische Hauptstadt zurück, und das Zusammentreffen Schuschniggs und Hitlers wurde für den 12. Februar 1938 festgelegt[10].

Schuschnigg traf in Berchtesgaden in Begleitung seines Außenministers Dr. Guido Schmidt und einiger Offiziere der österreichischen Armee ein. Diese waren eingeladen worden, nachdem Papen Schuschnigg vorsichtig zu verstehen gegeben hatte, daß einige deutsche Generale zur Zeit seines Besuchs in Berchtesgaden anwesend sein würden. Das Treffen wurde zu einem persönlichen Erfolg für Hitler. Schuschnigg erklärte sich bereit, Arthur Seyß-Inquart als Innenminister in sein Kabinett aufzunehmen. Seyß-Inquart war nicht Mitglied der

österreichischen Nationalsozialistischen Partei, aber es war bekannt, daß er mit der Bewegung sympathisierte. Auch erklärte sich Schuschnigg damit einverstanden, die Verfolgung der österreichischen Nationalsozialisten zu beenden, und versprach, in Österreich die Rundfunkübertragung der bevorstehenden größeren Rede Hitlers am 20. Februar zuzulassen. Hitler hatte seine bedeutendste jährliche Ansprache an das deutsche Volk, die er sonst am 30. Januar, dem Jahrestag seiner Ernennung zum Kanzler, zu halten pflegte, aufgeschoben. Dieser Aufschub war durch die Veränderungen im deutschen öffentlichen Leben bedingt, die er vorbereitete, als der Jahrestag herankam[11].

Hitler seinerseits versprach, in Deutschland die Übertragung einer Ansprache Schuschniggs am 24. Februar zuzulassen. Papen war über das Ergebnis des Treffens der beiden benachbarten Staatsoberhäupter erfreut. Er betrachtete die jüngste Entwicklung nur als eine Erweiterung des deutsch-österreichischen Freundschaftsvertrages von 1936, den er in Wien ausgehandelt hatte. Er rechnete nicht mit Schuschniggs Unbeständigkeit und mit der Möglichkeit, daß der österreichische Kanzler später die Zugeständnisse, die er Hitler gemacht hatte, bedauern und sich zu einem verzweifelten Schritt hinreißen lassen würde[12].

Dem Treffen in Berchtesgaden folgte eine dramatische Entwicklung in London. Die Engländer nahmen wie die Deutschen bedeutsame Veränderungen vor. Sir Robert Vansittart, der ständige Unterstaatssekretär im britischen Außenamt, war am 1. Januar 1938 in eine bisher unbekannte Stellung als diplomatischer Ratgeber Seiner Majestät Regierung befördert worden. Diese Veränderung führte in Paris, Rom und Berlin zu ausgedehnten Spekulationen. Wenig war zu jener Zeit über die Ansichten Sir Alexander Cadogans bekannt, der Vansittart als ständiger Unterstaatssekretär nachfolgte, wie auch über die Bedeutung der neuen Stellung, die ausdrücklich für Vansittart geschaffen worden war. Es wurde allgemein vermutet, die Entfernung Vansittarts von seinem alten Posten bedeute eine verstärkte Hinwendung der britischen Appeasementpolitik zu Deutschland wie zu Italien. Vansittart war ein notorischer Deutschenhasser. Diese Annahme schien sich zu bestätigen, als am 20. Februar 1938 unerwartet der Rücktritt Anthony Edens vom Amt des britischen Außenministers bekannt wurde. Lord Cranborne, Edens parlamentarischer Unterstaatssekretär, trat gleichfalls zurück[13].

In Wirklichkeit hatten diese beiden Ereignisse ganz verschiedene Ursachen. Eden selbst war weitgehend für die Versetzung Vansittarts

verantwortlich, dessen Einstellung gegenüber Mussolini er für zu freundschaftlich hielt. Eden verbrachte seinen Urlaub in Frankreich, nachdem er die Entfernung Vansittarts von seinem früheren Posten durchgesetzt hatte. Am 11. Januar 1938 wies eine von Präsident Roosevelt an London gerichtete Botschaft auf die Zweckmäßigkeit einer allgemeinen Konferenz über europäische Probleme hin, an der die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion teilnehmen sollten. Mussolini hatte bereits am 27. Mai 1937 angeregt, daß Roosevelt den einleitenden Schritt zu einer derartigen Konferenz (allerdings ohne die Sowjetunion) tun sollte, aber in der Zwischenzeit hatte der amerikanische Präsident am 5. Oktober 1937 seine Chicagoer Brückenrede gehalten, in der er praktisch Deutschland, Italien und Japan deutlich als sogenannte Aggressornationen brandmarkte[14].

Chamberlain erörterte in Edens Abwesenheit die Angelegenheit mit Lord Halifax und Sir Samuel Hoare. Sie kamen zu dem Schluß, daß Roosevelts Angebot inopportun sei, weil es sowohl in Deutschland wie auch in Italien übel vermerkt werden würde. So entschlossen sich die Toryführer zur Ablehnung des Rooseveltschen Vorschlages, andererseits zu einem Annäherungsvorschlag an Mussolini, dessen Ergebnis schließlich, am 1. Februar 1938, die Unterredung der Witwe Austen Chamberlains mit dem Duce war. Das Rooseveltsche Angebot vom 13. Januar wurde, ohne Eden zu konsultieren, abgelehnt. Der britische Außenminister war natürlich ebenso enttäuscht wie verärgert und begann, in der spanischen Frage über Gebühr Schwierigkeiten zu bereiten, in der Hoffnung, die Einigung mit Mussolini verzögern oder gar verhindern zu können. Chamberlain blieb Eden gegenüber eine Zeitlang geduldig, aber ein deutlicher Bruch zwischen den beiden Staatsmännern trat am 12. Februar während der Verhandlungen mit dem italienischen Botschafter Grandi zutage[15].

Dieser Bruch zwischen dem Premierminister und dem Außenminister führte zum Sturz Edens und zur Ernennung von Lord Halifax am 21. Februar 1938. Die Entwicklung, die zu Vansittarts Versetzung geführt hatte, war damit rückgängig gemacht, aber der allgemeine Eindruck (daß beide Ereignisse einen Sieg der Appeasementpolitik darstellten), war von größter Bedeutung für die Entwicklung der Dinge in Frankreich. Er schwächte die Stellung von Politikern wie Blum, die sich einem Entgegenkommen widersetzten und eine besonders hartnäckige Politik gegenüber Deutschland befürworteten[16].

Hitler brachte in seiner Rede vom 20. Februar 1938 seine persönliche Anteilnahme an dem Schicksal der zehn Millionen Deutschen

Österreichs und der Tschechoslowakei zum Ausdruck. Daß er nach Schuschniggs Besuch in Berchtesgaden die österreichische und die tschechische Frage in einem Atemzuge erwähnte, beunruhigte die Prager Politiker sehr. Am 22. Februar 1938 besprach der tschechische Außenminister Kamil Krofta die Lage mit dem französischen Gesandten Lacroix. Er führte aus, daß ein Sturz Schuschniggs durch die Nationalsozialisten um jeden Preis vermieden werden müsse, und gab zu, außerstande gewesen zu sein, festzustellen, welche Haltung Italien in einer österreichischen Krise einnehmen würde. Er hoffte darauf, daß die Tschechen mit Frankreich würden rechnen können. Krofta schlug vor, Prag könne die allgemeine Mobilmachung anordnen, wenn Paris, falls es zu einer Kraftprobe Österreichs käme, das Gleiche täte. Lacroix versprach, Delbos von dem Angebot zu unterrichten. Er rief Krofta in Erinnerung, daß noch in der gleichen Woche in der französischen Kammer die außenpolitische Debatte stattfinden würde. Delbos werde vielleicht die französische Haltung zu einer Österreich-Krise nach den Debatten klären können. Lacroix fügte hinzu, er habe bisher keine Anweisungen zur französischen Politik hinsichtlich Österreichs erhalten[17].

Henri de Kerillis veröffentlichte am 23. Februar 1938 in der Epoque einen Brief Flandins über die Außenpolitik zusammen mit seiner eigenen Antwort. Der ehemalige französische Premier erhob Einspruch gegen die auf Krieg zielende französische Politik, wie sie Kerillis befürwortete. Flandin hatte nach dem Ersten Weltkrieg einen Eid geschworen, alles zu tun, was in seinen Kräften stand, um den Frieden Europas zu retten, sobald er bedroht wäre. Er focht das Argument Kerillis' an, der Krieg könne vermieden werden, wenn man eine weltweite Koalition zustandebrächte, um den deutschen Hegemonie-Bestrebungen in Mitteleuropa den Weg zu verlegen. Flandin glaubte, daß die von Kerillis verteidigte Politik mit größter Wahrscheinlichkeit in den Krieg führe[18].

Kerillis gab stillschweigend zu, daß er über die deutschen Probleme in der gleichen Sprache reden wolle wie die Kommunisten, und bestand auf einer wirksamen Intervention gegen Hitler in Mitteleuropa, weil er es für zweckmäßig und klug halte. Er verglich seinen eigenen Standpunkt mit dem Edens und denjenigen Flandins mit dem Chamberlains. In einem solchen Vergleich lag damals ein gut Teil Wahrheit, wenn auch nicht zum Vorteil Kerillis'. Eden war abgewiesen und zum Rücktritt gezwungen worden. Eine Befürwortung seiner Gedankengänge war gleichbedeutend mit einer Kampfansage über den Kanal hinweg an Chamberlains Staatsführung. Flandins Ansehen nahm dank der

scheinbaren Übereinstimmung seiner Auffassungen mit denen des britischen Premierministers immer mehr zu. Die von Kerillis geforderte Interventionspolitik konnte dazu führen, daß Frankreich sich ohne jeden konkreten Beistand der andern Großmächte zu einem größeren Krieg verpflichtete[19].

Die überwiegend negative Reaktion auf die unzweideutige Haltung Kerillis' spiegelte sich in den französischen Kammerdebatten vom 25. und 26. Februar wider. Das wichtigste Rededuell wurde am 26. Februar zwischen Flandin und Paul Reynaud ausgetragen, der mit Kerillis völlig übereinstimmte. Reynaud sprach zuletzt und erhob schließlich den Vorwurf, Flandin befürworte eine Politik der nationalen Erniedrigung Frankreichs. Er wiederholte Kerillis Behauptung, Deutschland würde aufhören, seine seit 1919 mit Frankreich bestehende Grenze zu respektieren, wenn es ein Übergewicht in Mitteleuropa gewönne.

Reynaud behauptete, Frankreich sei auf dem Weg, als Großmacht abzudanken, und bezweifelte, daß es sich ohne Verbündete gegen einen militärischen Angriff Deutschlands zu verteidigen in der Lage sei. Er ließ seiner ungezügelten Vorstellungskraft freien Lauf und blieb dabei, die Deutschen würden nach Erreichen ihrer Ziele in Mitteleuropa sich gegen Frankreich wenden, die Rückgabe Elsaß-Lothringens und einen Anteil an den französischen Kolonien fordern. Er malte aus, jeder imaginären deutschen Forderung werde der Ausruf: „Seid gerecht!" vorausgehen. Er behauptete weiter, sie würden sogar einige der französischen Atlantikhäfen beanspruchen, „um tief Luft holen zu können". Frankreich würde durch diese unerträglichen Forderungen in den Krieg getrieben und zu einem aussichtslosen Widerstand „ohne Ehre und ohne Freunde" verdammt werden, in Wirklichkeit eine recht genaue Beschreibung der Behandlung Preußens durch Frankreich im Jahre 1806. Die von Reynaud befürwortete Alternative entsprach offensichtlich der Lehre vom sogenannten „notwendigen Präventivkrieg".

Flandin hatte diese Argumente, deren jedes bereits ausführlich von Kerillis veröffentlicht worden war, vorweggenommen, indem er die Appeasementpolitik verteidigte, die Möglichkeit einer echten Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland mit dem Hinweis darlegte, er wolle für sein Land weder Krieg noch Demütigung, und die Lehre vom Präventivkrieg verurteilte.

Der ehemalige französische Premier bemerkte, er wäre seit einigen Wochen, genauer seit dem Zeitpunkt seiner jüngsten Deutschlandreise, mit Kennzeichnungen wie „pro-Hitler" und „pro-faschistisch" bedacht

worden. Auch könne er sich daran erinnern, 1936, zur Zeit der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Bündnisses, als er Außenminister gewesen sei, als Sowjetagent beschimpft worden zu sein. Flandin fügte hinzu: „Die Verleumdung ist das Schicksal der Männer des öffentlichen Lebens. Ich habe mich schon lange daran gewöhnt."

Er tröste sich mit der Tatsache, stets im nationalen Interesse seines eigenen Landes gehandelt zu haben. Zumal in der Außenpolitik sähe man sich oft einer Reihe unliebsamer Tatsachen gegenüber. Flandin war durch seine engen persönlichen Kontakte über die damalige britische Führung besser informiert als jeder andere Franzose, einschließlich Lavals, Bonnets, Delbos' und Blums. Er traute den Engländern nicht und hatte den starken Verdacht, sie würden schließlich doch noch den Versuch machen, Frankreich in einen neuen europäischen Krieg zu verwickeln. Er hielte die Zeit für gekommen, die „Verbindungen Frankreichs zum britischen Empire" mit absoluter Offenheit zu behandeln. Frankreich wäre jetzt Großbritannien untertan. Deshalb gab Flandin folgende Befreiungsparole aus: „Wir sind ihre Kameraden, nicht ihre Untergebenen."

Chautemps unterbrach Flandin in bester Absicht und mit folgender Feststellung: „Gestatten Sie mir die Bemerkung, Herr Flandin, daß das heute noch gilt."

Flandin schob diese Bemerkung im Hinblick auf die Ereignisse seit dem Sturz Lavals im Januar 1936 beiseite. Er warnte die Kammer: „Im Denken der Engländer tritt der gefährliche Augenblick dann ein, wenn man zu gewissen Abmachungen nicht mehr stehen will, oder wenn sie auch nur annehmen, daß man es nicht mehr will."

Diese Feststellung nahm mit vollendeter Genauigkeit jene Situation vorweg, die das folgende Jahr erbrachte, als die britischen Staatsmänner der Hoffnung waren, Frankreich in einen weiteren sinnlosen europäischen Krieg treiben zu können, zu dem Polen und angebliche französische Verpflichtungen gegenüber Polen den Vorwand lieferten.

Blum unterbrach mit kaum verhülltem Spott: „Sagen Sie das im Namen von Herrn Laval?"

Darauf Flandin: „Nein, ich sage das zur Verteidigung Ihrer Freiheit, sich stets auf Ihr Recht zu berufen, anstatt sich nur der Meinung der Engländer zu beugen."

Flandin ging dann dazu über, die Hoare-Laval-Verhandlungen zu verteidigen und Baldwins feiges Abrücken von Hoare zu verurteilen. Ein Abgeordneter unterbrach ihn mit dem Einwand, die Engländer hätten während der Rheinlandkrise im März 1936 wegen der angeb-

lichen Schuld Frankreichs am äthiopischen Fiasko Frankreich Hilfe verweigert. Flandin bestritt das: „Nein, Herr Grumbach, es gab andere Gründe, mit denen die Engländer ihre Stellungnahme vom 7. März 1936 rechtfertigten."

Flandin legte offen dar, daß einer dieser Gründe die damals relativ ungenügende militärische Bereitschaft Englands und daher die Abneigung Baldwins und Chamberlains war, ein Kriegsrisiko einzugehen. Er machte deutlich, daß die Stellungnahme der britischen Staatsmänner im März 1936 durchaus keine definitive gewesen sei. In der britischen Politik müsse man sich ständig auf plötzliche Veränderungen gefaßt machen. Dann wandte sich Flandin der österreichischen Situation zu mit der kühnen Voraussage, der Vergleich zwischen Hitler und Schuschnigg in Berchtesgaden werde eher der Beginn einer neuen Krise als das Ende einer alten sein, und setzte hinzu: „Es wird neue Unruhen in Österreich und andernorts in Mitteleuropa geben."

Flandin verwies darauf, daß die laufenden Besprechungen zwischen Chamberlain und den italienischen Politikern das bestätigten. Er glaubte allerdings nicht, daß die britischen Staatsmänner Mussolini mit Erfolg überreden würden, in der Österreich-Frage einen festen Kurs gegen Hitler zu steuern. Er stellte und beantwortete die folgende Frage: „Könnten Frankreich und Großbritannien in Österreich ohne Italien intervenieren? Die Tatsachen beweisen das Gegenteil."

Flandin stimmte auch mit Laval darin überein, daß die italienische Freundschaft für Frankreich von entscheidender Bedeutung sei, und bemerkte: „Die Geschichte wird lehren, ob es klug von uns war oder nicht, die italienische Freundschaft der spanischen Affäre unterzuordnen." Flandin erwog, daß unter den gegebenen Umständen ein Ja zu einer dauerhaften Verständigung mit Deutschland die beste Garantie böte. Er rief der Kammer ins Gedächtnis, daß er in der Vergangenheit nicht immer eine Annäherung an die Deutschen empfohlen habe, erklärte sich aber bereit, „offen die Gründe darzulegen, warum ich es heute tue." Den französischen Politikern bliebe nichts anderes übrig, als sich wohl oder übel auf die Unterstützung einer stetigen Außenpolitik zu einigen. Er fragte die Kammer: „Hat es in der Außenpolitik jemals eine Einigkeit innerhalb der Volksfront gegeben?"

Nicht ein Abgeordneter der Kammer konnte bestreiten, daß es darauf nur eine negative Antwort gab.

Flandin betonte vor allem, daß Mut das unerläßliche Fundament einer erfolgreichen Außenpolitik sei, und sah eine breite Grundlage für ein mutiges französisches Eintreten zugunsten einer Verständigung

mit Deutschland nach wie vor gegeben. Er war überzeugt, daß Frankreich sich im Schutz seiner Maginotlinie und mit seinen außenpolitischen Freundschaften seiner augenblicklichen Sicherheit wegen nicht sonderlich zu beunruhigen brauche. Er lehnte es ab, sich zur Unvermeidbarkeit eines neuen allgemeinen europäischen Krieges zu bekennen. „Die Lehre vom Präventivkrieg anerkenne ich nicht." Die einzig akute Gefahr, daß Frankreich in einen allgemeinen Krieg hineingezogen werde, war nach Flandin in dem Gedanken der Entfesselung eines Präventivkrieges, höchst wahrscheinlich auf Drängen der Engländer, zu erblicken.

Flandin beklagte sich über jene, die für die derzeitige leichtfertige und von den Kommunisten befürwortete französische Außenpolitik einträten. Die Übernahme einer solchen Außenpolitik werde mit Sicherheit zum Krieg wie zur Demütigung Frankreichs führen. Seine Redekunst rief Zornesausbrüche und bissige Zurufe „Heil Flandin!" von seiten der Kommunisten sowie herzlichen Beifall von seiten der Rechten hervor. Marcel Boucher hielt gleichfalls eine kraftvolle Rede und verteidigte die Stellungnahme Flandins. Auch er erinnerte die Kammer nochmals an die Folgen der Treulosigkeit Herriots gegenüber Laval im Januar 1936 und damit an die Entfremdung zwischen Frankreich und Italien[20].

Die Reden von Premier Chautemps und Außenminister Delbos wurden mit recht spärlicher Begeisterung aufgenommen. Die beiden französischen Staatsmänner versuchten, einen mittleren Kurs zwischen Reynaud und Flandin zu steuern, so als ob diese beiden Gegner Scylla und Charybdis wären. Die einzige deutliche Schlußfolgerung aus ihren Reden war die, daß die Regierung Mitteleuropa gegenüber sich noch abwartend verhalten wolle. Delbos erklärte: „Es wäre tragisch, wenn Frankreich in die Zwangslage geriete, entweder die Staaten Mitteleuropas ihrem Schicksal zu überlassen, trotz unserer Übereinkommen, oder aber in einen Konflikt mit England zu kommen, weil wir entschlossen sind, unsern Verbündeten die Treue zu halten."

Seine Rede bestand in der Hauptsache aus Plattheiten wie, Frankreich müsse „seine materielle und moralische Stärke auf den höchsten Stand bringen" und es „dürfe auf seine Rechte als Großmacht nicht verzichten." Dazu kam noch die nichtssagende Bemerkung, „Frankreich liebt den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis."

Es war Delbos von Chautemps untersagt worden, den Österreichern oder Tschechen Mut zuzusprechen. Die französischen Gesandten in Wien und Prag, Puaux und Lacroix, warteten vergeblich auf Instruk-

tionen, die über die französische Position Klarheit brachten. Die Regierung trat am 10. März 1938 zurück, und Delbos nahm für immer Abschied vom Quai d'Orsay[21].

Der Zeitpunkt des Regierungsrücktritts war ungewöhnlich. Am 9. März 1938 hatte Paris die Nachricht erreicht, daß Schuschnigg in Innsbruck seinen Verzweiflungsplan einer hitlerfeindlichen Volksbefragung Österreichs angekündigt habe. Wie sich sofort erkennen ließ, stand eine erhebliche Krise bevor. Mussolini war von der am 24. Februar gehaltenen Rede Schuschniggs sehr angetan, da sie von der österreichischen Volksvertretung mit unverkennbarer Begeisterung aufgenommen worden war. Der Duce hielt die Stellung des österreichischen Kanzlers in der Annahme für stark, dieser werde sich auf der Grundlage seiner Vereinbarung mit Hitler vom 12. Februar unbegrenzt lange halten können. Er war daher betroffen, als er erfuhr, Schuschnigg plane eine provokatorische Volksbefragung als Vorspiel zur Entlassung Seyß-Inquarts und zur Nichtanerkennung seines Übereinkommens mit Hitler. Das war in den Augen des Duce ein Wahnsinn, und er sagte voraus, daß die Abstimmung wie eine Bombe in den Händen Schuschniggs explodieren werde[22].

Die Engländer rieten Schuschnigg zur Durchführung seines Planes. Sie bedienten sich dabei des geschmeidigen Arguments, daß eine kühne Politik Mussolini wieder an die Seite Schuschniggs zwingen, ihn in Großbritannien beliebt machen und ein Ausgleich für den kürzlichen Rücktritt Edens wie auch für die vernichtende Kritik Winston Churchills an der englischen Regierung sein würde. Es würde die Unterstützung jener umfassenden Entente durch die britische Öffentlichkeit verstärken, die Chamberlain und Halifax soeben mit Grandi aushandelten.

Der Volksentscheid zur Stärkung der Herrschaft Schuschniggs war für den 13. März 1938 vorgesehen. Jedermann in Österreich wußte, daß die Wahllokale in einer Art überwacht werden würden, die eine geheime Abstimmung ausschloß, und daß die Abstimmungsergebnisse von Schuschnigg in grober Weise frisiert werden konnten. Mit der Förderung eines solchen Planes bewiesen die britischen Staatsmänner weniger gesunden Menschenverstand als Mussolini. Delbos vermied jede Stellungnahme, solange Schuschnigg sein Spiel trieb und verlor[23].

Chautemps führte den Sturz seiner Regierung am 10. März bewußt herbei, indem er sich in der Kammer mit den Sozialisten über die Wirtschaftspolitik entzweite. Er hatte sich von ihnen völlig getrennt, als er die Vertrauensfrage stellte und durchfiel. Es war nicht seine Absicht, wie Albert Sarraut im März 1936 als Haupt einer schwachen Regie-

rung eine Niederlage zu erleiden, wenn eine größere Krise ihren Höhepunkt erreichte. Schuschnigg wurde am nächsten Morgen um 5.30 Uhr davon unterrichtet, daß Deutschland die deutsch-österreichische Grenze geschlossen habe. Er besaß keine festen Zusicherungen von seiten Italiens oder Großbritanniens. Auch wußte er, daß Frankreich ohne Regierung war. Wenige Stunden später empfing er durch Seyß-Inquart die deutschen Forderungen. Hitler wollte die geplante Abstimmung innerhalb einer Stunde widerrufen sehen. Nach Ablehnung dieser Forderung bestand Hitler auf Schuschniggs Rücktritt und Seyß-Inquarts Ernennung zum Kanzler. Präsident Miklas lehnte ab, doch am 11. März um 8.50 Uhr waren alle Minister außer Seyß-Inquart zurückgetreten[24].

Auf Vorschlag Görings wurde ein Seyß-Inquart-Telegramm, das deutsche Truppen anforderte, entworfen. Es traf um 9.54 Uhr abends in Berlin ein. Den deutschen Wehrmachtsbefehlshabern gingen die entsprechenden Befehle zu. Hitler erhielt um 10.25 Uhr abends eine feste Zusicherung Mussolinis, Italien würde in Österreich nicht intervenieren. Den deutschen Truppenverbänden, die in das Land einrückten, wurde am 12. März ein begeisterter Empfang zuteil. Hitler reiste im Triumph in seine frühere Heimatstadt Linz und von dort weiter nach Wien. Am 13. März 1938 war Österreich in das Deutsche Reich eingegliedert[25].

Léon Blum hatte am 10. März 1938 keine andere Wahl, als den Sozialisten die Anweisung zum Sturz der Regierung Chautemps zu geben, und Präsident Lebrun bat ihn tags darauf um die Bildung eines neuen Kabinetts. Blum, durch die Ereignisse in Österreich verwirrt und verdrossen, aber über die Gelegenheit zur Rückkehr an die Macht zunächst erfreut, überschätzte die Rückwirkungen der jüngsten österreichischen Vorgänge auf Frankreich beträchtlich. In dem Glauben, die Österreich-Affäre würde Wasser auf die Mühlen der von der Linken beherrschten sogenannten Regierung der nationalen Einheit sein, sagte er Vincent Auriol gegenüber voraus, Joseph Caillaux würde die Herausforderung einer solchen Kombination nicht wagen. Blum arrangierte am 12. März ein Treffen mit den Führern der Rechten. Er hielt eine lange, leidenschaftliche Rede zugunsten seines jüngsten Koalitionsprojekts. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hatte dieses Projekt gebilligt. Blum behauptete, sich auf der traditionellen Linie Poincarés zu bewegen. Zwar gab Blum zu, daß die Kommunisten, die er in die Koalition einzubeziehen vorschlug, nach den Weisungen eines ausländischen Diktators, Joseph Stalin, handelten, doch machte er genau wie Kerillis geltend, es bestünde zwischen Frankreich und dem

Kommunismus eine zeitweilige Interessengleichheit. Kerillis war von Blums Beredsamkeit tief beeindruckt. Nach der Rede umarmte er ihn und rief aus: „Sie sind ein echter Franzose!"

Paul Reynaud sekundierte in seiner Rede Blum und dessen Plan mit aller Kraft[26].

Diese Bemühungen führten jedoch zu keinem Erfolg. Reynauds eigene Kammerfraktion der Demokratischen Allianz wollte nichts mit einer Regierung der nationalen Einheit unter Blums Führung zu tun haben. Louis Marin, Jean Fabry und Pierre-Etienne Flandin hielten Reden gegen Blum. Blum hatte sich offensichtlich verrechnet, und Reynaud und Kerillis blieben trotz der Ereignisse in Österreich isoliert. Nicht mehr als sechs Abgeordnete der gesamten Rechten waren zur Unterstützung einer Regierung Blum bereit. Blum mußte wieder auf das Volksfrontbündnis vom Juni 1936 zurückgreifen, obwohl er wußte, daß man sich dabei nicht mehr auf die Loyalität der Radikalen verlassen durfte[27].

Dieses letzte Experiment Blums versprach ein weiteres stürmisches Fiasko zu werden. Daladier erklärte sich zwar bereit, in einer Regierung Blum das Kriegsministerium zu übernehmen, tat es jedoch ohne die geringste Begeisterung. Joseph Paul-Boncour war bereit, an die Stelle von Delbos zu treten, für den Blum am Quai d'Orsay keine Verwendung mehr hatte. Paul-Boncour sagte Blum die Unterstützung für eine französische Intervention zugunsten der Loyalisten in Spanien, desgleichen den Tschechen bei ihrer unvermeidlichen Auseinandersetzung mit Deutschland kompromißlos Hilfe zu. Ferner werde er sich einer französisch-italienischen Wiederannäherung widersetzen, ja, er legte sogar den ganzen Weg nach Canossa zurück und erklärte sein früheres Eintreten für Mussolinis Viermächtepakt-Vorhaben für einen Fehler. Zwischen Blum und Paul-Boncour bestand darin Übereinstimmung, daß es zu spät sei, in der Österreichfrage noch irgendetwas zu unternehmen[28].

Blum legte der Abgeordnetenkammer am 13. März 1938 ein anspruchsvolles Regierungsprogramm vor. Er forderte Vollmachten zugunsten einer Planwirtschaft, einen nationalen Kredit an die Industrie, eine Kapitalsteuer und Devisenüberwachung. Er gab bekannt, seine Außenpolitik beruhe unmittelbar auf Litwinows Idee einer umfassenden kollektiven Sicherheit, die ein französisches Eingreifen an jedem Punkt erfordern würde, an dem der status quo bedroht wäre. Die Radikalen nahmen Blums Programm mit deutlicher Skepsis auf, die Rechte lehnte es mit Entrüstung ab. Die Kommunisten und Sozialisten

dagegen begrüßten Blums Rede mit herausfordernden Schlagworten und donnerndem Beifall. Es wurde ihm mit knapper Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Die Gewerkschaften verstanden Blums Ernennung als Signal zur Fortsetzung ihrer Angriffe auf den französischen Kapitalismus. Eine Welle von Streiks war die Folge, und noch vor Ende des Monats war die französische Flugzeugindustrie völlig lahmgelegt[29].

Francisco Franco führte zu dieser Zeit eine kraftvolle Offensive in Katalonien, und am 14. März trafen der loyalistische Premierminister Juan Negrin und sein Außenminister Del Vayo in Paris ein, um Hilfe zu erbitten. Blum war begeistert und versprach, alles in seiner Macht Stehende zu tun. Bei einer Zusammenkunft des französischen Nationalen Verteidigungsrats am 15. März 1938 unterbreitete er die neuesten Forderungen Rotspaniens. Er legte den Militärbefehlshabern und den Marine-, Kriegs- und Luftfahrtministern dar, es sei an der Zeit, Burgos ein Ultimatum zu stellen. Frankreich solle mit dem Eingreifen von Truppenverbänden drohen, falls die italienischen Freiwilligen auf Francos Seite nicht zurückgezogen würden. Über die Internationalen Brigaden und die sowjetischen Fachleute und Techniker sprach er nicht[30].

General Maurice Gamelin erhob gegen Blums Vorhaben zahlreiche Einwände. Frankreich würde ohne britische Hilfeleistung sich möglicherweise einem Dreifrontenkrieg aussetzen. Und zwar werde die Intervention in Spanien wahrscheinlich Konflikte mit Italien und Deutschland zur Folge haben. Gamelin hatte Daladiers lebhafte Zustimmung. Blum stellte den Plan einer bewaffneten Intervention zeitweilig zurück, organisierte aber mit Paul-Boncour in den folgenden Wochen die Lieferung riesiger Mengen von Kriegsmaterial an die spanischen Loyalisten[31].

Paul-Boncour wies den französischen Botschafter in London, Corbin, am 16. März 1938 an, er solle Chamberlain und Halifax über die Absicht Frankreichs verständigen, die Zusicherung zu respektieren, die Delbos im Dezember 1937 den tschechischen Staatsmännern gegeben hätte. Frankreich sei entschlossen, die Tschechen unabhängig von der britischen Politik zu unterstützen, aber Paul-Boncour deutete an, er werde eine öffentliche Erklärung Chamberlains zugunsten der englisch-französischen Solidarität zu schätzen wissen. Der britische Premierminister antwortete mit einer Ansprache im Unterhaus am 20. März 1938, in der er die zwischen Großbritannien und Frankreich bestehenden Bindungen unterstrich, es aber vermied, sich für den Fall

eines deutsch-tschechischen Konflikts auf eine bestimmte Haltung festzulegen[32].

Paul-Boncour behauptete wenige Tage später, am 24. März, seinen Kabinettskollegen gegenüber, Chamberlain habe Frankreich insgeheim volle Unterstützung zugesagt, doch war das eine Übertreibung. Der britische Premierminister hatte lediglich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik der beiden Mächte betont. Paul-Boncour gab zu, er habe dem tschechischen Gesandten Stefan Osusky ein unzweideutiges Hilfsversprechen gegeben. Er hatte versprochen, Frankreich werde mit oder ohne britische Unterstützung den Tschechen zu Hilfe eilen[33].

Am 26. März 1938 traf Winston Churchill in Paris ein. Zwei Überlegungen hatten ihn zu diesem Besuch veranlaßt. Von Vansittart war ihm mitgeteilt worden, daß Chamberlain bisher einer Verpflichtung gegenüber den Tschechen oder den Franzosen zur Hilfeleistung für die Tschechen ausgewichen sei. Großbritannien sei nur verpflichtet, die französische Ostgrenze gegen einen direkten Angriff zu verteidigen. Chamberlain hatte zwar am 16. März Jan Masaryk erklärt, Großbritannien werde wahrscheinlich doch am Kriege teilnehmen, aber der tschechische Gesandte hatte den Eindruck gewonnen, der britische Premierminister ziehe für das Jahr 1938 keine Intervention in Europa mehr in Betracht. Andrerseits mußte eine deutsch-tschechische Krise fast mit Sicherheit noch vor Ende des Jahres ihren Höhepunkt erreichen[34].

Göring sagte dem tschechischen Gesandten Mastny am 12. März in Berlin, Deutschland plane kein Vorgehen gegen die Tschechoslowakei. Das war zur Zeit des Anschlusses zweifellos richtig, aber die Situation konnte sich ändern. Delbos hatte den Tschechen praktisch empfohlen, den Sudetendeutschen keinerlei Zugeständnisse zu machen. Aber die Nachricht vom Anschluß hatte bei den ehemaligen Deutsch-Österreichern des Sudetenlandes wie eine Bombe gewirkt. Sie würden sicherlich nach nahezu zwanzig Jahren der Unterdrückung umfangreiche Reformen fordern und Hitlers Rede vom 20. Februar war ein ausreichender Hinweis, daß Deutschland diesen Forderungen Nachdruck verleihen würde. Eine der Überlegungen, die Churchill zu seinem Parisbesuch veranlaßten, war die Tatsache, daß die britische Regierung sich kaum festlegen würde, solange sie nicht starkem Druck von Frankreich ausgesetzt wäre. Churchill riet den französischen Politikern zu einem Vorgehen, das Chamberlain zwingen würde, Farbe zu bekennen[35].

Die zweite Überlegung, die Churchills Reise zugrundelag, war sein Wissen um die Schwäche der Regierung Blum. Er sah nicht, wie Blum

die Engländer nötigen könnte, irgendetwas zu unternehmen, solange dieser nicht im eigenen Land eine starke Stellung einnähme. Churchill war mit allen außenpolitischen Vorstellungen Blums, auch hinsichtlich Spaniens, zu dem er seine eigene Einstellung vor kurzem geändert hatte, einverstanden und kannte Blums Befürchtung, die Radikalen und andere gemäßigte Gruppen würden ihn abermals mit Erfolg hindern, Frankreich in Spanien auf seiten der Loyalisten zu engagieren[36].

Churchills leitender Gesichstpunkt war jedoch Blums Deutschlandpolitik. Er folgerte scharfsinnig, falls Blum in Frankreich ausreichend Rückhalt erhielte, könne er Chamberlain zwingen, in Mitteleuropa zugunsten der Tschechen zu intervenieren. Churchill war über Blums Versuch vom 12. März 1938, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, in vollem Umfang unterrichtet. Er wußte auch, daß sich vor allem Flandin als Führer der Opposition gegen Blums Plan gewandt hatte. Churchill schloß daraus, ein Meinungswechsel Flandins werde die von Blum erstrebte breite Koalition ermöglichen. Blum würde in der Lage sein, Lebrun aufzusuchen und um die Erlaubnis zu bitten, ein neues Kabinett auf festerer Grundlage zu bilden. Sodann könnte Blum mit Erfolg eine aggressive Politik verfolgen und Chamberlain zwingen, sie zu unterstützen[37].

Churchill erörterte seinen Plan am 26. März mit Paul Reynaud. Er gab Reynaud gegenüber zu, daß er in Großbritannien die Premierwürde anstrebe, aber er fügte hinzu, seine augenblicklichen Ziele seien auf den Versuch beschränkt, Chamberlains Politik zu beeinflussen. Reynaud und Churchill besprachen die Argumente, mit denen Flandin am ehesten zu gewinnen sei. Letztlich ging es um die angebliche Unvermeidbarkeit eines Konfliktes mit Deutschland. Flandin hatte damit argumentiert, das Eingreifen in Mitteleuropa bedeute Krieg. Churchill hoffte ihn davon überzeugen zu können, daß Hitler bluffe, und daß es in Deutschland von sogenannten Verschwörern gegen Hitler wimmle. Er wollte damit beweisen, daß ein Einstehen für die Tschechen Hitler zum Rückzug zwingen oder seinen Sturz herbeiführen würde[38].

Churchill und Reynaud wußten beide, daß es in Deutschland viele kriegsgegnerische Gruppierungen gab, und sie waren sich darin einig, daß sich Hitler selbst nur äußerst widerstrebend in einen größeren Konflikt einlassen würde. Die Bildung einer starken Regierung in Frankreich mit voller Unterstützung durch die Engländer würde Hitler von einem Angriff auf die Tschechen abschrecken. Die Engländer und Franzosen könnten sich dann auf ihre Aufrüstung konzentrieren und Deutschland mit Erfolg in Schach halten[39].

Am 27. März 1938 tat Churchill sein Äußerstes, um Flandin für diese Ansichten zu gewinnen. Sein Bemühen schlug jedoch fehl. Flandin verwies darauf, daß Churchill seit 1932 nicht mehr in Deutschland gewesen sei, er selbst es jedoch in den letzten Monaten erst besucht habe. Er könne verstehen, warum Mussolini von dem, was er 1937 in Deutschland gesehen habe, beeindruckt gewesen sei. Die innere Haltung der Nation sei erstaunlich und Hitler verfüge über eine erdrükkende Mehrheit. Kein Zweifel, daß es auch zahlreiche Hitlergegner gebe, aber Flandin glaube nicht, daß sie es wagen würden, sich der öffentlichen Meinung in Deutschland entgegenzustellen, indem sie den deutschen Führer offen einzuschüchtern oder zu stürzen versuchten. Flandin bejahte, daß Hitler keinen Krieg mit Großbritannien und Frankreich wünsche, im Gegenteil, friedliche Zusammenarbeit mit beiden sei die Grundlage seiner Außenpolitik. Das ändere nichts an der Tatsache, daß Hitler von fanatischem Mut erfüllt sei, und Flandin glaube nicht, daß der deutsche Kanzler in irgendeiner mitteleuropäischen Krise zum Rückzug gezwungen werden könne[40].

Churchill wies darauf hin, daß Reynaud, der seine Ansichten teilte, ebenfalls 1937 in Deutschland gewesen sei. Flandin blieb jedoch unbeeindruckt. Er lehnte Reynaud als das Opfer seltsamer Vorurteile ab, die ihn daran hinderten, ein zuverlässiger Beobachter zu sein. Churchill blieb hartnäckig, aber schließlich sah er das Spiel als verloren an. Er ließ seine konziliante Form fallen, verließ den Konferenzraum in hellem Zorn nicht ohne das Gelöbnis, mit Flandin nie wieder etwas zu tun haben zu wollen[41].

Churchill verließ Paris am 28. März, ohne irgendwelche Ergebnisse erzielt zu haben. Die Kritik an Blums Außenpolitik nahm zu. Kerillis hatte sich am 26. März in der Epoque beklagt, daß sich der Eindruck verbreite, als sei Frankreich nicht in der Lage, seine außenpolitischen Verpflichtungen einzuhalten, und das traf zweifellos zu. Streiks und Unruhen in der Industrie dehnten sich innerhalb Frankreichs weiter aus, und am 6. April 1938 gab es in Paris keine Taxis und keinen Fernsprechdienst. Blums Vollmachtprogramm war vom Senat noch nicht gebilligt worden, obwohl er weiterhin in der Kammer über eine kleine Mehrheit verfügte. Die Sache vertrug keinen weiteren Aufschub. Der Populaire wies den Senat am 7. April warnend darauf hin, daß seine Weigerung, Blums Programm zu unterstützen, ernste Folgen zeitigen könne. Blum, der selbst Finanzminister seiner neuen Regierung war, wandte sich am 8. April 1938 wieder an den Senat, um Joseph Caillaux entgegenzutreten. Außerhalb der Luxembourg-Gärten hatten sich ei-

nige hundert sozialistische Fanatiker angesammelt, um für Blum zu demonstrieren und den Senat zu warnen. Die Anwesenheit etlicher Polizisten bot dem Senat angemessenen Schutz. Die Kommunisten waren auffälligerweise ferngeblieben[42].

Blum hielt eine lange Rede zur Verteidigung seines Finanzprogramms vom 13. März 1938. Er wies darauf hin, daß ein führender englischer Wirtschaftssachverständiger in der Londoner Times seinen Plan als das erste folgerichtig entwickelte Finanzprogramm Frankreichs seit den Zeiten Poincarés bezeichnet hätte. Auf Caillaux machte das keinen Eindruck, doch wartete er geduldig auf das Ende der Blumschen Rede. Dann erklärte er, der französische Senat pflichte dem hervorragenden Sachverständigen der Londoner Times nicht bei. Caillaux hatte vollen Erfolg, und die Regierung Blum wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 223 gegen 49 Stimmen gestürzt. Die Entscheidung wurde in ganz Frankreich mit Ruhe aufgenommen, obwohl eine Anzahl sozialistischer Journalisten sich für die Abschaffung des Senats aussprach. Blum war nun gezwungen, sich mit Laval auf dem Abstellgleis zu treffen. Er wußte, daß Lebrun ihn nie wieder mit der Kabinettsbildung beauftragen würde. Die Ära der Volksfront war vorüber[43].

Lebrun wandte sich an Daladier. Dem Vorsitzenden der Radikalen Partei gelang es am 10. April 1938, eine Regierung mit breitem Rückhalt in der Kammer zu bilden. Die Regierung setzte sich vorwiegend aus Radikalen zusammen, schloß aber auch mehrere Minister von der Rechten ein: so Paul Reynaud als Justizminister, Georges Mandel als Kolonialminister, Cesar Campinchi als Marineminister und Champetier de Ribes als Minister für Pensionen. Die Wahl dieser vier Minister der Rechten war unter dem Gesichtspunkt der großen Debatte über Frankreichs Außenpolitik äußerst aufschlußreich. Alle vier befürworteten eine zur Einhaltung der französischen Verpflichtungen in Mitteleuropa entschlossene Politik. Zwei weitere Minister der Rechten traten dem Kabinett im August 1938 bei, nachdem Daladier sich öffentlich gegen die Vierzigstundenwoche gewandt hatte. Es waren der Arbeitsminister Guy Pomaret und Anatole de Monzie, Minister für öffentliche Arbeiten. Sie widersetzten sich der Intervention in Mitteleuropa und traten für ein freundschaftliches Einvernehmen mit Deutschland und Italien ein. Das änderte jedoch nichts an der Tatsache, daß alle Minister der Rechten in Daladiers ursprünglichem Kabinett der zum Kriege entschlossenen Gruppe angehörten[44].

Die außenpolitischen Ansichten Reynauds waren in ganz Frankreich bekannt. Campetier de Ribes, ein Populardemokrat aus dem Senat,

war anerkannter Mitarbeiter Reynauds und Kerillis'. Mandel hatte sich der Übergabe der Saar an Deutschland widersetzt und Sanktionen gegen die Deutschen befürwortet, als Hitler die Wehrpflicht wiedereinführte. Doch hatte er Blums Innenpolitik bekämpft und Reynauds Einladung abgelehnt, eine breite Regierungskoalition unter Blums Führung bilden zu helfen. Campinchi, ein Korse, trat für eine französische Entente mit Italien, aber ebenso für eine starke Politik gegenüber Deutschland in Mitteleuropa ein. Daladiers Wahl der Minister von der Rechten verminderte zweifellos den Rückhalt, auf den er in diesem Teil der Kammer rechnen konnte, anstatt ihn zu stärken. Nicht weniger als hundert Abgeordnete der Rechten verweigerten am 10. April seiner Regierung ihre Stimme. Dennoch empfand man auf der Rechten viel Dankbarkeit für Daladiers Anteil an der Beendigung der Volksfrontära, zum mindesten vom innenpolitischen Gesichtspunkt aus, und viele Zeitungen der Rechten, wie Gringoire und Jour, behandelten ihn zum erstenmal positiv und schmeichelten ihm sogar[45].

Daladier behielt sich das Verteidigungsministerium vor. Er war stolz auf seinen Ruf als zuverlässiger Wächter der französischen Rüstungsanstrengungen während der Zeit der Volksfront. Er glaubte auch, es sei ihm gelungen, zu den französischen Militärbefehlshabern ebenso offene wie vertrauensvolle Beziehungen herzustellen. Sein treuer Freund Camille Chautemps übernahm den stellvertretenden Vorsitz des Ministerrats. Jean Zay, der radikale Erziehungsminister, war Jude wie Mandel. Sein Eintreten für das außenpolitische Programm Kerillis' und Reynauds war weithin bekannt. Hätte Daladier einen Mann dieser Richtung an den Quai d'Orsay entsandt, so wären Reynaud und Churchill damit sehr zufrieden gewesen. Doch überraschte sie Daladier mit der Ernennung Georges Bonnets zum Außenminister Frankreichs[46].

Paul Reynaud hatte Daladier gedrängt, Paul-Boncour beizubehalten. Daladier versprach, diese Möglichkeit mit Paul-Boncour zu erörtern, und Reynaud hielt die Angelegenheit damit für geregelt. Daladier traf alle seine anderen Vorkehrungen, bevor er diese entscheidendste Frage in Angriff nahm. Schließlich, am Morgen des 10. April, nahm er Verbindung zu Paul-Boncour auf. Dieser war sogleich über die aggressive Haltung erstaunt, die Daladier ihm gegenüber einnahm. Der neue Premier wollte wissen, warum Paul-Boncour in der Ermutigung der Tschechen so weit gegangen sei, eine unnachgiebige und herausfordernde Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen. Er frage sich, ob Paul-Boncour sich eigentlich darüber im klaren sei, daß ihn viele Franzosen

als Kriegstreiber brandmarken würden um dessentwillen, was er bereits in diesem Jahre 1938 während seiner kurzen Amtszeit als Außenminister getan habe. Paul-Boncour bestritt, ein Kriegstreiber zu sein, und wiederholte einige der Argumente Reynauds und Kerillis'. Daladier meinte, vielleicht habe die Tatsache, daß Blum Premierminister war, Paul-Boncour veranlaßt, so weit zu gehen, wie er es getan habe. Delbos zum Beispiel habe unter Chautemps eine andere Politik betrieben als unter Blum. Vielleicht sei Paul-Boncour bereit, sich ebenso anpassungsfähig zu verhalten[47].

Paul-Boncour blieb jedoch hart. Er erklärte Daladier, seine außenpolitischen Vorstellungen seien definitiv. Er sei keine bloße Windfahne wie Delbos, der seine politischen Vorstellungen von einem Premier zum nächsten ändere. Daladier dankte Paul-Boncour für seine freimütige Darlegung dieses wichtigen Problems und gab zu verstehen, daß die Unterredung damit beendet sei. Er versprach, Paul-Boncour innerhalb einer Stunde anzurufen, um ihn von seiner Entscheidung zu unterrichten. Paul-Boncour glaubte, Daladier habe ihn nur prüfen wollen, und er werde die Ernennung erhalten. Daladiers sonstige Wahl der Kabinettsmitglieder machte das wahrscheinlich[48].

Daladier rief Paul-Boncour wie versprochen an und offenbarte seinen eigenen Standpunkt mit betonter Freimütigkeit. Der neue Premier sagte: „Meiner Meinung nach kann Frankreich Ihre Politik nicht durchführen."

Diese Enthüllung Daladiers, der sich bis dahin nicht hatte durchschauen lassen, warf Paul-Boncour nahezu um. Nach einer Pause fügte der Premier hinzu: „Ich nehme Bonnet."

Paul-Boncour erholte sich von dem Schreck schnell genug, um ironisch bemerken zu können: „Für eine andere Politik könnten Sie keinen besseren Mann als Bonnet wählen." Er wußte, daß Bonnet sich der französischen Intervention in Spanien widersetzte und eine freundschaftliche Verständigung mit Deutschland und Italien befürwortete[49].

Bonnet selbst war inzwischen von seiner Ernennung unterrichtet worden. Sie kam ihm nicht völlig überraschend. Sein alter Freund Pierre Bassée, der politische Direktor der Nachrichtenagentur Havas, hatte ihm am Tag zuvor vertraulich mitgeteilt, Daladier zöge ihn für den Quai d'Orsay in Betracht und seine Ernennung sei praktisch schon so gut wie sicher. Bonnet war über seine Ernennung erfreut. Er war wegen der Verantwortung, die er nun zu übernehmen hatte, nicht sonderlich beunruhigt, sondern vertraute darauf, daß er sich die Unterstützung Daladiers und Chautemps für seine eigene Außenpolitik si-

chern könne. Er wußte, er würde in dem neuen Kabinett auf Gegner treffen, aber er erwartete ein annähernd ausgewogenes Kräfteverhältnis, in dem Daladiers Stimme den Ausschlag geben würde.

Bonnet war der festen Überzeugung, daß seine Ernennung zum Außenminister die Rettung des Friedens in Europa ermöglichen würde[50].

Fünfzehntes Kapitel

BONNETS VORBEREITUNGEN FÜR DEN FALL EINER DEUTSCH-TSCHECHISCHEN KRISE

Bonnet war von dem Dilemma nicht betroffen, das Delbos offensichtlich beunruhigt hatte, das heißt von dem Konflikt zwischen den französischen Verpflichtungen in Mitteleuropa einerseits und einer britischen Politik der freien Hand andrerseits, (die nur durch die direkte britische Verpflichtung Frankreich gegenüber vom Jahre 1936 begrenzt war). Bonnets Ansicht darüber war die Einfachheit selbst. Er hielt das Bündnis mit der Sowjetunion für die einzige wirkliche Bindung Frankreichs in Mittel- und Osteuropa. Er war sich der Reibungen zwischen den Polen und den Tschechen, sowie der zwischen Polen und Rumänien auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite sehr wohl bewußt. Ebenso war er sich darüber im klaren, daß die bestehenden Bündnisse Frankreichs einander widersprachen und sich sogar gegenseitig aufhoben. Scharfsinnig folgerte Bonnet, daß die britische Appeasementpolitik französischen Plänen keineswegs entgegenstand, sondern Frankreich bei einer Vereinfachung seiner eigenen europäischen Verpflichtungen von Nutzen sein konnte[1].

Bonnet bediente sich weiterhin nicht mehr des Völkerbundes, da er diesen als ein lebloses Instrument durchschaute. Er wollte nicht zulassen, daß angebliche Völkerbundsverpflichtungen Frankreich in unnötige Streitigkeiten verwickelten, und trat auch für eine Wiederannäherung an Italien ein. Der englisch-italienische Freundschaftspakt wurde am 10. April 1938, dem Tag der Ernennung Bonnets, in Rom von Ciano und Lord Perth unterzeichnet. Es war zu spät, in der österreichischen Angelegenheit noch irgendetwas zu unternehmen, aber es war nicht zu spät, zu Lavals Politik der Freundschaft mit Italien zurückzukehren. Am 12. April gab Bonnet dem französischen Geschäftsträger in Rom, Paul Blondel, die Anweisung, Mussolini davon zu unterrich-

ten, daß die neue französische Regierung eine Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen Beziehungen wünsche, wie sie der Rompakt vom Januar 1935 gekennzeichnet hatte[2].

Für Bonnets Politik waren fünf Punkte kennzeichnend:

1. Zusammenarbeit mit Großbritannien,
2. Beibehaltung des französisch-sowjetischen Bündnisses,
3. Wiederherstellung der Freundschaft mit Italien,
4. Aussöhnung mit Deutschland,
5. Loslösung von den kleinen Verbündeten Frankreichs (das heißt, Weigerung, den kleineren Ländern wie Polen und besonders der Tschechoslowakei fernerhin zu gestatten, daß sie Frankreich im Jahre 1938 und später seine Politik vorschrieben, wie sie es 1933 zur Zeit der Unterzeichnung des Viermächtepakts getan hatten.)[3]

Bonnets Pläne stellten im April 1938, als die Engländer ihre Politik des Entgegenkommens verfolgten, ein durchaus brauchbares und harmonisches Schema dar. Darüber hinaus gab es zwei wichtige persönliche Erwägungen, die das alles in Bonnets Augen rechtfertigten. Bonnet hatte 1934 über zwei Monate in der Sowjetunion zugebracht und war von der industriellen Macht und militärischen Bereitschaft der Kommunisten tief beeindruckt. Er war nicht der Meinung des französischen Zweiten Büros, die furchtbaren Reinigungsprozesse, die in ganz Rußland im Gange waren, würden die Roten als entscheidende Militärmacht ausschalten. Bonnet sah die Sowjetunion als eine asiatische Gewaltherrschaft an, in der es möglich war, Köpfe rollen und Blut fließen zu lassen, ohne damit die innere Stabilität des Regimes zu gefährden. Hatte doch die Reinigung der Roten Armee im Jahre 1937 das Aufrücken junger Offiziere mit neuen Ideen sogar gefördert. Bonnet glaubte auch nicht, daß eine deutsche Überlegenheit in Mitteleuropa je mit der Beherrschung ganz Europas durch Deutschland gleichbedeutend sein würde. In diesem entscheidenden Punkt stimmte er mit Flandin überein[4].

Die zweite Erwägung, in die Bonnet seinen Stolz setzte, war, daß ihm kein Mensch in Frankreich gerechterweise übermäßige Sympathien für die ideologischen Werte des Nationalsozialismus vorwerfen konnte. Er war ein beständiger Verfechter der geltenden Verfassungsordnung der Dritten Republik und hatte sich niemals auf die Reformpläne Jouvenels oder Tardieus eingelassen. Sein Besuch in der Sowjetunion, seine anschließenden Reden über Rußland und seine Aufsätze im Petit Parisien offenbarten, daß seine Einstellung nicht mit einem übertriebenen Vorurteil gegen die Kommunisten belastet war. Im Unterschied zu

Flandin konnte er nicht leicht das Opfer wilder und unverantwortlicher Anklagen werden, er hätte geheime Absprachen mit den deutschen Staatsmännern getroffen. Bonnet hatte Deutschland seit 1927 nicht mehr besucht und war nie mit einem der derzeitigen deutschen Politiker zusammengetroffen. Sowohl seine Übereinstimmung mit der politischen Ordnung seines eigenen Landes wie auch seine Objektivität gegenüber anderen Systemen stärkten in einem Zeitalter weltanschaulicher Kreuzzüge die Stellung Bonnets besonders[5].

Der neue Außenminister trat an die Probleme, denen er sich am Quai d'Orsay gegenübersah, mit Zuversicht und Gleichmut heran. Er war stolz auf die weiträumige Pracht und Eleganz seiner Umgebung und hatte allen Grund, eine lange Amtsdauer zu erwarten. Denn es war Daladier gelungen, die beständigste Regierung zu bilden, die Frankreich seit den Wahlen von 1932 erlebt hatte. Bonnets Liebe zur Diplomatie wog auf, daß ihm seinerzeit nicht gelungen war, was Daladier nunmehr erreicht hatte.

Bonnets außenpolitische Vorstellungen waren zwar bei seiner Ernennung Daladier und Paul-Boncour, aber weder der breiteren Öffentlichkeit noch auch nur der Mehrzahl der gut unterrichteten Journalisten bekannt. Geneviève Tabouis, die vor 1914 mit Georges Bonnet auf den Bällen der besten Pariser Gesellschaft getanzt hatte, als beide jung und voller Lebensfreude waren, war über die Ernennung ihres alten Freundes hocherfreut. Bonnet hatte die Nichte Camille Pelletons geheiratet, eines bekannten französischen Politikers und engen Freundes von Paul Cambon, dem Onkel von Madame Tabouis. Der Aufstieg Georges Bonnets wurde von Madame Tabouis mit großer Anteilnahme verfolgt. Sie wußte zum Beispiel, daß die Führer der Radikalen es für unzweckmäßig hielten, Bonnet bei irgendeiner Kabinettsbildung zu übergehen. Ihr war klar, daß Blum ihn 1936 praktisch nach Washington verbannt hatte, weil der sozialistische Premier Bonnets Kritik am Wirtschaftsprogramm der Volksfront fürchtete[6].

Madame Tabouis wußte auch, daß Bonnet 1934 mit einer hohen Meinung von der sowjetischen Militärmacht aus der Sowjetunion zurückgekehrt war und daß in dieser Hinsicht seine Ansichten ihren eigenen oder denen Edouard Herriots nicht unähnlich waren. Darüber hinaus wußte sie sehr wenig, und es gelang Bonnet lange Zeit, sie über seine tatsächlichen Absichten im Dunkeln zu lassen. Was sie zunächst nicht erkannte, war, daß Bonnet in allen praktischen Fragen die außenpolitischen Ideen Pierre Lavals teilte. Bonnet seinerseits war aber mit den Ideen der Madame Tabouis durchaus vertraut. Er wußte, wie

sie Laval mitgespielt hatte und daß sie eine Gefahr für die erfolgreiche Durchführung seiner eigenen Politik bedeutete. Dessenungeachtet war er ebenso wie Laval entschlossen, sie mit Ritterlichkeit und Takt zu behandeln, und ging in dieser Hinsicht erfolgreicher vor als Laval[7].

Madame Tabouis rief Bonnet am Abend des 11. April 1938 am Quai d'Orsay an. Sie beglückwünschte ihn herzlich zu seiner Ernennung. Bonnet gab sich ebenfalls herzlich. Er lud sie ein, ihn jederzeit anzurufen, und versprach, stets bereit zu sein, ihr die Gelegenheit zu einem Gespräch mit ihm zu verschaffen. Das war kennzeichnend für Bonnet, der seinen Gegnern innerlich ohne Bosheit und ohne Vorurteil gegenüberstand. Er war während des Jahres 1938 oft Ehrengast der Abendgesellschaften der Madame Tabouis, obwohl er wußte, daß sie 1935 mehr als irgendjemand sonst in Frankreich dazu beigetragen hatte, die Stellung ihres eigenen Landes zu untergraben[8].

Madame Tabouis bemerkte, daß unmittelbar nach dem Sturz Blums in den Blättern der Rechten ein tschechenfeindlicher Pressefeldzug begonnen worden war. Gringoire begann am 9. April mit der Schlagzeile „Kämpft nicht für die Tschechen!" Am folgenden Tag erschienen in Candide, Action Française und im Jour Aufsätze, die Kritik an der Tschechoslowakei und an den tschechischen Führern, besonders an Benesch, übten. Der Pressefeldzug erreichte am 12. April 1938 einen überraschend frühzeitigen Höhepunkt, als die Pariser Zeitung Temps, die der Regierung am nächsten stand, einen entwaffnend freimütigen und glänzend durchdachten Aufsatz von Professor Joseph Barthélemy, Frankreichs führendem Verfassungs- und Völkerrechtler, veröffentlichte. Barthélemy fragte: „Ist es notwendig, daß drei Millionen Franzosen, die gesamte Jugend unserer Hochschulen, unserer Schulen, unserer Landwirtschaft und unserer Fabriken, geopfert werden, damit drei Millionen Deutsche unter tschechischer Herrschaft bleiben?[9]"

Der Pariser Gelehrte rief die Franzosen auf, sich ihrer sentimentalen Bindungen an das alte, von Frankreich beherrschte System der kollektiven Sicherheit in Europa zu entledigen und den neuen, gegenwärtigen Realitäten Rechnung zu tragen. Jenes alte System war nach seiner Auffassung schon seit mehr als zwölf Jahren tot. Die Zeiten waren vorüber, da Frankreich sich in der Rolle des einzigen Beschützers der kleinen Länder gefallen durfte. Jedenfalls war es seit der Schaffung jenes kollektiven Sicherheitssystems, das 1925 in Locarno begründet worden war, den kleinen Ländern gegenüber zu dieser Rolle nicht mehr verpflichtet, sondern hatte sie bereits damals aufgegeben. Es traf zwar zu, daß die Locarno-Großmächte Großbritannien, Frankreich,

Deutschland und Italien sich nicht zu einer gegenseitigen Garantie der Grenzen solcher kleineren Länder wie Polens und der Tschechoslowakei zusammengeschlossen hatten. Sie hatten sich vielmehr auf die Vereinbarkeit der bestehenden französischen Bindungen gegenüber Polen und der Kleinen Entente mit den Zielen und Zwecken des Völkerbundes geeinigt. Von Großbritannien, Italien und Deutschland war die Unverletzlichkeit der französischen und belgischen Grenzen garantiert worden, ohne von Frankreich die Erläuterung seiner in Osteuropa bestehenden Bindungen zu verlangen. Überdies waren tschechische und polnische Repräsentanten zur Entgegennahme entsprechender Versicherungen seitens der Westmächte erschienen[10].

Zwei Fragen ergaben sich im Jahre 1938 aus dieser alten Locarno-Ordnung einer allgemeinen, kollektiven Sicherheit, die den vorherigen Zustand einer rein französischen Schirmherrschaft über die kleineren Staaten abgelöst hatte. Die erste Frage lautete: Bestand die Ordnung von Locarno noch? Barthélemy erbrachte den Nachweis, daß sie nicht mehr bestünde. Und zwar nicht nur deshalb, weil Hitler einseitig die Locarnoverträge am 7. März 1936 aufgekündigt hatte, sondern weil Großbritannien, Frankreich und Italien seine Aufkündigung akzeptiert hatten. Die Erklärung Edens, die militärische Wiederbesetzung des Rheinlandes durch Deutschland wäre nur eine geringfügige Überschreitung, keine „flagrante Verletzung" der Locarnoverträge, traf nicht den Kern der Sache. Es blieb die bedeutsame Tatsache bestehen, daß Großbritannien im Jahre 1936 Frankreich eine neue Garantie gegeben hatte, an der Deutschland und Italien nicht teilhatten. Die umfassenden deutschen Vorschläge für ein neues System der kollektiven Sicherheit vom März 1936 waren abgelehnt worden. Die Italiener unterbreiteten keinerlei Vorschläge. Die britische Sondergarantie enthielt keine Bestimmungen über die französischen Bündnisverpflichtungen in Osteuropa. Wie konnte man unter diesen Umständen behaupten, die alten Locarnoverträge wären noch wirksam? Hatte doch Frankreich die englische Garantie zu den vorgeschlagenen Bedingungen angenommen. Und keine der Großmächte machte den Versuch, die alten Verträge aufrechtzuerhalten[11].

Die zweite Frage ergab sich zwangsläufig aus der ersten. Mußte Frankreich einseitig seine Verpflichtungen gegenüber den kleineren Ländern einhalten, wenn diese inzwischen in das System von Locarno eingegliedert worden waren? Nach Barthélemy war es dazu nicht verpflichtet. Natürlich konnte man Polen und der Kleinen Entente nicht zum Vorwurf machen, daß sie im April 1938 annahmen, Frankreich

habe derartige unabdingbare Pflichten. Die französischen Staatsmänner hatten nie etwas Gegenteiliges gesagt. Aber Barthélemy hielt die Zeit für gekommen, in der es unumgänglich geworden war, den neuen Realitäten Rechnung zu tragen. Nach seiner Ansicht stand es den französischen Politikern frei, die alten Vereinbarungen zu lösen, indem sie Warschau, Prag, Belgrad und Bukarest mitteilten, man könne von Frankreich nicht mehr erwarten, daß es sich noch an die im Rahmen des inzwischen nichtig gewordenen alten Systems von Locarno getroffenen Abmachungen halte. Auch würde man Moskau davon unterrichten müssen, daß jene französischen Verpflichtungen gegenüber den Tschechen, auf denen das tschechisch-sowjetische Bündnis von 1935 beruhte, nicht mehr bestünden. Das tschechisch-sowjetische Bündnis war abgeschlossen und ratifiziert worden, bevor Hitler die Locarnoverträge aufkündigte. Die Russen würden zu entscheiden haben, ob sie ihr Bündnis mit den Tschechen auf anderer Grundlage beizubehalten wünschten. Das französisch-sowjetische Bündnis war demgegenüber von der Locarno-Ordnung unabhängig; es war erst nach der deutschen Wiederbesetzung des Rheinlandes ratifiziert worden[12].

Barthélemys Argumente waren geschichtlich unwiderlegbar. Er hatte den Nachweis erbracht, daß Frankreich tatsächlich, falls das seiner Absicht entsprach, für Flandins Politik der Einschränkung ohne Verletzung seiner Pflichten oder seiner Ehre freie Hand hatte. Es kann kaum überraschen, daß dieser Aufsatz von Professor Barthélemy nicht ausschließlich aus seiner eigenen Initiative geschrieben worden war. Er hatte die Frage mit Pierre Laval erörtert und die beiden Männer stimmten völlig überein. Die Aufrechterhaltung des Systems von Locarno war das Hauptziel der Italienpolitik Lavals gewesen, aber der ehemalige Premier wies nach, daß für Frankreich keine reale Verpflichtung mehr bestünde, in Mitteleuropa zu intervenieren, nachdem dieses System ohne sein Verschulden hinfällig geworden war[13].

Der Aufsatz des Professors Barthélemy entfesselte einen Sturm von Kontroversen und Bonnet wäre beinahe selbst zu ihrer Zielscheibe geworden, hätte er nicht äußerst wendig reagiert. Persönlich stimmte er mit Laval und Barthélemy überein und gab später auch öffentlich zu, daß mit dem Verfall des Systems von Locarno die rechtliche und moralische Basis einer Politik der Einschränkung für Frankreich gegeben sei. Schon im darauffolgenden Jahr erklärte er, die mangelnde Bereitschaft Polens, mit der Sowjetunion, ebenfalls einem Verbündeten Frankreichs, zusammenzuarbeiten, entbinde Frankreich von jeder besonderen Verpflichtung, Polen zu unterstützen. Natürlich gab es für

diese Auffassung auch genügend Präzedenzfälle in der traditionellen französischen Diplomatie (wie zum Beispiel die französische Weigerung im Jahre 1911, das zaristische Rußland gegen die Türkei zu unterstützen, es sei denn, die Russen einigten sich mit Großbritannien), doch war dieses spätere Argument, das den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung trug, weniger bedeutsam und gewichtig als der Tatbestand, den Barthélemy 1938 dargelegt hatte[14].

Bonnet vermied es allein aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit, sich öffentlich mit Barthélemys Auffassung zu identifizieren, obwohl er ihre Stichhaltigkeit anerkannte. Die Regierung Daladier war erst wenige Tage im Amt. Dem Kabinett gehörten mehrere Minister an, die sicherlich zurückgetreten wären, hätte sich Daladier hinter einen Versuch Bonnets gestellt, die unerwünschten Bündnisse mit den kleineren östlichen Ländern mit einem Federstrich zu beseitigen. Die daraus sich entwickelnde Krise hätte leicht den Sturz der Regierung herbeiführen können. Sehr viel wahrscheinlicher war es, daß Daladier, um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, Bonnet zum Rücktritt gezwungen hätte. Tatsächlich machte Bonnet Barthélemy den Zeitpunkt seiner Veröffentlichung nicht zum Vorwurf. Die erste ernste Krise, die Frankreichs Ostbündnisse betraf, die Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, zwang Frankreich zu einer Stellungnahme. Die Frage einer Aufkündigung oder Bestätigung der Bündnisse konnte nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Bonnet trat für die Aufkündigung ein, glaubte sie aber nicht kurzfristig herbeiführen zu können. Die einzige Alternative war die, in jedem Krisenfall die alten französischen Verpflichtungen zu bestätigen, aber eine Lösung auf dem Verhandlungswege anzustreben[15].

Der tschechoslowakische Gesandte Stefan Osusky kam am 13. April in höchster Erregung zu Bonnet, um gegen das Erscheinen von Barthélemys Aufsatz Protest zu erheben. Bonnet gab seinem Bedauern Ausdruck und versprach, das Erscheinen eines Leitartikels im Temps zu veranlassen, der das Weiterbestehen der französischen Verpflichtungen in Mitteleuropa bestätigen sollte. Dieser bestellte Leitartikel erschien schließlich am 16. April 1938. Unnötig zu betonen, daß er recht oberflächlich war. In ihm wurde bestritten, daß die französischen Verpflichtungen gegenüber den kleineren Ländern in das System von Locarno einbezogen worden seien, und ebenso, daß das Vertragssystem von Locarno selber tot sei. Laval, der dem Kabinett Painlevé angehörte, als Außenminister Briand die Locarnoverträge aushandelte, war empört. Er wußte, daß der Temps-Artikel aus lauter Lügen bestand,

doch konnte er nichts gegen ihn unternehmen. Zwischen Laval und Bonnet bestand weiterhin ein grundsätzliches Einvernehmen. Nur in ihrem taktischen Vorgehen unterschieden sie sich. Laval befürchtete, Bonnet würde trotz bester Absichten Frankreich wider Willen in einen zweiten Krieg stürzen[16].

Bonnets Dementi vom 16. April 1938 war das Signal zu einem heftigen Gegenangriff in der französischen Presse zugunsten der Tschechen. Kerillis eröffnete den Angriff in der Epoque am 17. April. Er wandte sich mit vernichtendem Spott gegen jene Franzosen, welche die Tschechen „verleumdeten", und die angeblich Hitler einlüden, sich das Sudetenland anzueignen. Kerillis erinnerte seine Leser daran, daß Böhmen-Mähren seit tausend Jahren eine geschichtliche Einheit gebildet hätten. In einem Konflikt zwischen Hitler und Prag würde es um mehr gehen als nur um ein paar Grenzgebiete. Hitler würde über die Zukunft des Gesamtgebietes entscheiden und, wie Kerillis beharrlich behauptete, mit seinem Eintreffen in Prag zum Herrn des gesamten europäischen Festlandes werden. Es war die alte Weisheit Friedrichs des Großen und Bismarcks: Der Herr über Böhmen ist auch der Herr über Europa. Kerillis stellte in den darauffolgenden Tagen mit Befriedigung fest, daß der Pressefeldzug zugunsten der Tschechen die Oberhand zu gewinnen schien[17].

Bonnet blieb unbeirrt. Er wußte, daß sein Generalsekretär am Quai d'Orsay, Alexis Léger, seine Skepsis gegenüber der Tschechoslowakei teilte. Dasselbe galt für Premier Daladier. Der hektische Pressefeldzug zugunsten der Tschechoslowakei, den der von Bonnet veranlaßte Leitartikel ausgelöst hatte, würde bald nachlassen. Am 20. April wurden Vorkehrungen für einen Londonbesuch Bonnets und Daladiers in der darauffolgenden Woche getroffen. Bonnet war voller Zuversicht, daß eine versöhnliche und auf Zusammenarbeit mit Großbritannien beruhende Politik eindrucksvoll genug sein würde, um der Regierung einen angemessenen Rückhalt zu geben. Er war davon überzeugt, daß die Zeit gegen die von Kerillis geführte Kriegstreibergruppe arbeite. Jeder Monat, der verstrich, werde es den Franzosen leichter machen, sich der neuen Situation ihres Landes in Europa anzupassen. Diese Entwicklung wurde durch zwei ausgezeichnete Bücher jüngsten Datums gefördert.

„Le Secret de la République" von Alfred Fabre-Luce wurde im April 1938 veröffentlicht. Es war keine umfassende Antwort an Kerillis. Denn hier wurde kein Versuch gemacht, Hitlers Absichten Frankreich gegenüber zu analysieren. Doch enthielt das Buch eine gewandte Be-

weisführung zugunsten von Flandins Politik der Einschränkung als dem einzigen Programm, das den Realitäten der französischen Lage Rechnung trug. Fabre-Luce, einer der bekanntesten politischen Schriftsteller des Landes, erinnerte seine Leser daran, daß Jules Cambon kurz nach dem Versailler Vertrag vorausgesagt hatte, Frankreich sei auf dem besten Wege, eine Macht zweiten Ranges zu werden. Sein Abstieg würde sich mit Sicherheit vollziehen, wenn es an seinen unerfüllbaren Ehrgeizplänen festhielte, und erst eine vernünftigere Politik würde es in die Lage versetzen, seinen Rang als Großmacht noch unbegrenzte Zeit zu behalten.

Der seit 1918 bestehende aggressive französische Sicherheitskomplex, in London und Berlin jahrelang als Imperialismus verschrieen, sei in Wirklichkeit Schwäche gewesen. Es hätte auch eine starke, an Don Quichote gemahnende Strömung für einen Kreuzzug gegen den Nationalsozialismus in den ersten Monaten des Hitlerregimes gegeben. Doch hätte Großbritannien Frankreich zu jener Zeit in Schach gehalten, und er, Fabre-Luce, sei den Engländern dafür, daß sie Frankreich im Jahre 1933 zurückgehalten hätten, persönlich dankbar. Nach dem Abschluß des französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im Jahre 1932 hätte man sich auch zahllosen Täuschungen hinsichtlich der Vorzüge einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hingegeben. Diese Hoffnungen wären bis zum Jahre 1937 infolge der ungeheuerlichen sowjetischen Reinigungen schon erheblich gedämpft worden. Das Sadowa-Argument (Schlagt sie, bevor sie gerüstet sind!) sei in den ersten Regierungsjahren Hitlers wiederholt gegen Deutschland geltend gemacht worden, habe aber 1937 bereits unaufhaltsam an Boden verloren.

Einer der schlimmsten Feinde einer konstruktiven Außenpolitik sei Dogmatismus. Fabre-Luce tadelte Herriot deswegen, weil er der Weimarer Republik mit Freuden Entgegenkommen gezeigt habe, nachdem er 1924 Premierminister geworden war, jetzt aber einem anders regierten Deutschland gegenüber kein Entgegenkommen dulden oder gutheißen wolle. Glücklicherweise seien 1938 weniger Franzosen bereit, Herriot zu folgen, als 1933. Als wirkliche Gefahr für die französische Unabhängigkeit könne im Jahre 1938 der offenkundige Verzicht auf eine eigene Außenpolitik zugunsten Großbritanniens während der Volksfrontära angesehen werden. Fabre-Luce zog den zwingenden Schluß, es wirke sich stets zum Schaden einer Macht aus, wenn sie die außenpolitische Initiative einer anderen überließe. Eine Zusammenarbeit mit Großbritannien sei zwar zu wünschen, aber eine Unterordnung

besonders gefährlich, weil die strategische Situation der beiden benachbarten Länder völlig verschieden sei.

Frankreich könne seine Unabhängigkeit nur wiedergewinnen, wenn es seine Politik des Treibenlassens aufgäbe und sich einer eigenen, folgerichtigen Außenpolitik zuwende. Dies wäre nicht dadurch zu erreichen, daß man die französische öffentliche Meinung anspräche, denn die Anteilnahme der Öffentlichkeit an den politischen Dingen sei gering. Die wachsende Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit stelle an sich schon eine Gefahr dar. Die Kriegspropagandisten seien in Frankreich einflußreich, und die Fürsprecher des Friedens diffamiere man als „Faschisten". Kühn rief Fabre-Luce die Franzosen auf, sich zu einer unabhängigen, strikten Verteidigungspolitik als der einzigen Rettung des Landes zu bekennen[18].

„Le Réveil de l'Europe" von Bertrand de Jouvenel war bereits einige Wochen vorher erschienen. Es bot eine ausgezeichnete theoretische Grundlage für die Argumentation Fabre-Luces und enthielt einen umfassenden farbigen Gesamtüberblick über die Weltereignisse seit dem Ersten Weltkrieg. Jouvenel erklärte, warum der Triumph der Gewaltherrschaft Lenins in Rußland im Jahre 1917 den Optimismus konventioneller europäischer Demokraten in den zwanziger Jahren nicht habe erschüttern können, und wie die amerikanische Wirtschaftskrise von 1929, durch eine offensichtlich falsche Verteilung der amerikanischen Einkommen verursacht, zu einer Reaktion gegen die politische Demokratie in Deutschland geführt habe. Er untersuchte die Folgen des Rückganges der Investierungen in England und der Einführung der Fließbandfertigung Henry Fords in den europäischen Fabriken. Er behandelte die neue Rolle der Gewerkschaftsorganisationen in Frankreich und die psychologischen Auswirkungen der beinahe allgemeinen Enttäuschung über den Völkerbund. Er behandelte mit Sympathie das Italien Mussolinis und die Wirren in Spanien, die er als einen neuen Religionskrieg verstand. In seiner gesamten Abhandlung betonte er, daß schnelle Veränderungen in Europa stets von Haß, Unduldsamkeit und Furcht begleitet wären. Am meisten fürchteten die Franzosen 1938 unzweifelhaft die Festigung der Macht Hitlers in Deutschland und das Gespenst einer Wiederholung der blutigen Kämpfe des Ersten Weltkrieges. Hierin habe Kerillis zweifellos recht.

Aber Jouvenels Buch glich einer einzigen langen Bitte um Geduld und Verständnis. Er wies darauf hin, daß Deutschland, Italien und Rußland, jedes auf seine eigene Art, große Umwälzungen durchmachten, ungleich allem, was Europa vorher gekannt hätte. Es sei den Fran-

zosen nicht möglich, diese Vorgänge nach ihren eigenen Maßstäben zu beurteilen; es würde für sie viel klüger sein, sich jeden Urteils zu enthalten und eine abwartende und versöhnliche Haltung gegenüber ihren Nachbarn einzunehmen. Jouvenel glaubte, Frankreich wäre in der einzigartigen Lage, Europa einen außerordentlichen Dienst leisten zu können, wenn es eine Politik der Zurückhaltung betreibe. Seine Rolle sei in dieser Hinsicht von der allergrößten Bedeutung. Wenn Frankreich Europa dazu verhelfen könne, das gegenwärtige Übergangsstadium zu überwinden, ohne daß ein neuer großer Brand entstünde, der in jedem Fall nur zu einem allgemeinen Zusammenbruch führen würde, dann dürfte es möglich sein, daß Europa einer neuen Zeit allgemeinen Wohlstands entgegenginge, die mit Hilfe der modernen Technik die friedlichen Jahre vor 1914 noch weit in den Schatten stellen würde.

Die tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland, Italien und Rußland würden Frankreich nicht gänzlich des vertrauten europäischen Umgangs berauben, den es gewohnt sei. Die Staatsform Großbritanniens und der kleineren Staaten in West- und Nordeuropa bliebe wie die Frankreichs im wesentlichen unverändert. Wichtig wäre es, daß die alten Ordnungssysteme den neuen mit Toleranz, Geduld und Verständnis begegneten. Diese Wiedergeburt der Duldsamkeit würde in Jouvenels Sicht ein neues, europäisches Erwachen bedeuten[19].

Die Bücher von Jouvenel und Fabre-Luce waren bedeutsame Beiträge zu den Bemühungen mancher Franzosen, ihr Denken in einem Krisenzeitalter neu zu orientieren. Ihr beherrschendes Thema war, daß ein neuer europäischer Krieg das größtmögliche Unglück für Europa sein würde, daß jedoch einer solchen Entwicklung durchaus vorgebeugt werden könnte, wenn Frankreich selbst eine vernünftige Politik betriebe. Denkende Franzosen mußten erkennen, wie dramatisch und bedeutsam die Rolle ihres Landes in Europa trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen der letzten Jahre blieb. Es galt den Fehler zu vermeiden, sich in einen neuen Krieg einzulassen. Das entsprach auch Bonnets eigener Meinung, und er war zuversichtlich, daß Frankreich in diesem Bestreben erfolgreich sein würde[20].

Die tschechische Frage war in ein kritisches Stadium eingetreten, als Bonnet, Daladier und Léger am 26. April 1938 nach London abreisten. Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, hatte zwei Tage vorher in seiner Rede in Karlsbad der tschechischen Regierung gegenüber eine im Grunde ultimative Erklärung abgegeben. Er las seinen Zuhörern Punkt für Punkt ein sudetendeutsches Autonomiepro-

gramm vor, das in enger Zusammenarbeit mit Eisenlohr, dem deutschen Gesandten in der Tschechoslowakei, sorgfältig vorbereitet worden war. Henlein, der in den letzten Monaten mehrfach London besucht hatte, glaubte zuversichtlich, daß seine Forderungen von einem großen Teil der englischen Presse und von vielen einflußreichen Engländern freundlich aufgenommen werden würden[21].

Das Karlsbader Programm ließ sich mit den Grundsätzen eines konstitutionell-demokratischen Föderalismus vereinbaren, wie ihn die tschechischen Staatsmänner 1919 in Paris als Grundlage ihres neuen Staates zugesichert hatten. Henlein forderte Selbstverwaltung für die überwiegend deutsch besiedelten Gebiete, die legale Anerkennung der organisierten sudetendeutschen Volksgruppe und ein Ende der Benachteiligung der deutschsprechenden Staatsbürger im ganzen Lande. Mehrere Führer der tschechischen Agrarpartei traten für sofortige Verhandlungen mit Henlein in der Hoffnung ein, eine Kompromißlösung erzielen zu können, aber Benesch, Krofta und Hodza widersetzten sich auch weiterhin jedem Zugeständnis an Henlein. Die Kommunalwahlen standen für den folgenden Monat im Sudetenland bevor, und man hatte guten Grund zu der Befürchtung, der übliche Wahlkampf würde von gefährlichen Zwischenfällen begleitet sein, welche die Krise einem Höhepunkt zutreiben könnten[22].

Die französischen Staatsmänner waren sich vor ihrer Abreise nach London einig. Benesch hatte wenige Wochen vorher den französischen Gesandten Lacroix in Prag daran erinnert, daß die Eingliederung des gesamten Sudetenlandes in die Tschechoslowakei im Jahre 1919 nicht seine Idee gewesen wäre. Er hätte sich beispielsweise dazu bereit erklärt, das Egerland an Deutschland abzutreten. Lacroix sandte natürlich einen Bericht über dieses Gespräch mit dem tschechischen Präsidenten nach Paris. Er betonte, daß die tschechischen Politiker sogar schon vor dem Rücktritt Blums und Paul-Boncours bezweifelt hätten, daß Frankreich die Tschechoslowakei militärisch unterstützen würde, trotz der besonderen Zusage von seiten des Außenministers in der Regierung Blum. Bonnet benutzte diese Nachricht, um Daladier zu beweisen, daß sogar die tschechischen Politiker in der Gebietsabtretung das einzige Mittel zur Vermeidung eines Krieges sahen[23].

Daladier hatte sich für eine Intervention zugunsten der Tschechen nie begeistern können und ließ sich daher von Bonnets Argumenten leicht beeinflussen. Die britischen Staatsmänner erfuhren bald, was Benesch zu Lacroix gesagt hatte, und waren gleichfalls stark beeindruckt. Halifax wiederholte seine Eröffnung Jan Masaryk, dem tsche-

chischen Gesandten in London, mit allen Einzelheiten. Masaryk wiederum berichtete Präsident Benesch, der Lacroix niemals verzieh. Der tschechische Präsident rief Lacroix am 4. Mai 1938 zu sich und warf ihm Vertrauensbruch vor. Er behauptete nun, das letzte, was er wünschen könne, sei, daß die britischen Staatsmänner den Eindruck gewännen, die Tschechen wollten Deutschland gegenüber kapitulieren. Lacroix war äußerst gereizt wegen dieses seiner Ansicht nach vollkommen ungerechten Verweises. Er hatte Sir Basil Newton, dem britischen Gesandten in Prag, nichts gesagt und sprach dem tschechischen Präsidenten ohne weiteres das Recht ab, ihn wegen seiner vertraulichen Berichte an den Quai d'Orsay zu kritisieren[24].

Benesch und Lacroix söhnten sich niemals wieder aus. Diese Situation kam Bonnet sehr gelegen. Er konnte sich hinfort darauf verlassen, daß der französische Gesandte in Prag eine Politik unterstütze, die allein von französischen Interessen bestimmt war. Ebenso zufrieden war Bonnet mit der Haltung des Botschafters André François-Poncet in Berlin. Dieser hatte schon seit dem Anschluß betont, man habe es bei der deutschen Interventionspolitik in der Tschechoslowakei nicht mit einem bloßen Bluff zu tun. Bonnet war davon überzeugt, daß die Worte François-Poncets, eines hervorragenden Vertreters der französischen Schwerindustrie und zugleich des beliebtesten ausländischen Diplomaten in Berlin, genügend Gewicht hatten, um Daladier und die meisten seiner anderen Kabinettskollegen zu beeindrucken. Bonnet hielt die Umgehung einer ernsten französischen Ministerkrise für möglich, wenn er die deutsch-tschechische Krise konziliant behandelte. Es wurde jetzt in der Tat immer deutlicher, daß Daladier klug daran getan hatte, die Hauptkriegstreiber unter den Führern der Rechten praktisch innerhalb seines Kabinetts gefangenzusetzen, wo sie einer Politik der Konzilianz weniger Schaden zufügen konnten als außerhalb der Regierung[25].

Die grundsätzliche Linie der gemeinsamen englisch-französischen Politik bei der Behandlung der tschechischen Frage wurde bereits im April 1938 in London festgelegt. Die einzige ernste, Frankreich betreffende Frage, welche die Engländer beunruhigte, wurde in der ersten Besprechung in Chamberlains Büro in der Downing Street am 27. April geklärt. Die Frage wurde von Halifax gestellt und von Daladier beantwortet. Dem englischen Außenminister war bekannt, daß Frankreich gewisse Verpflichtungen in Prag hatte, an denen Großbritannien nicht beteiligt war. Er wollte wissen, ob die Franzosen versucht sein würden, ohne britische Zustimmung und Hilfe zugunsten der Tschechen

zu intervenieren. Halifax wußte, daß Paul-Boncour den Tschechen ein unzweideutiges Hilfsversprechen ohne Rücksicht auf die Stellungnahme Londons angeboten hatte. Kurzum, er hätte gern gewußt, ob die neue französische Regierung einen ähnlichen Kurs beabsichtige[26].

Daladier erwiderte, seine Entscheidung, Paul-Boncour nicht am Quai d'Orsay zu behalten, stehe mit ebendieser von Halifax gestellten Frage in Zusammenhang. Er sei bereit, auf diese Frage unverzüglich seine Antwort zu geben, und zwar mit der kategorischen Erklärung, daß Frankreich unter keinen Umständen ohne britische Unterstützung zugunsten der Tschechen intervenieren werde. Diese Frage sei in Paris erörtert worden. Die französische Entscheidung sei endgültig und unterliege keiner Einschränkung irgendwelcher Art. Tatsächlich hatte Daladier mit Ungeduld auf eine passende Gelegenheit zu dieser Erklärung gewartet. Er würde nun, nach seiner Rückkehr nach Paris, Stefan Osusky, den führenden diplomatischen Repräsentanten Prags, davon unterrichten können, daß er in diesem Punkt zu einer endgültigen Verständigung mit der britischen Regierung gelangt sei.

Halifax kannte Daladier seit vielen Jahren und wußte, daß dessen Ruf rauher persönlicher Ehrlichkeit durchaus keine Legende war. Deshalb vermochte er Daladiers aufrichtigen Wunsch zu würdigen, die Tschechen wissen zu lassen, woran sie wären. Natürlich erwartete Daladier dieselbe Ehrlichkeit von anderen. So wünschte er, von den britischen Staatsmännern eine Bestätigung der von Baldwin und Eden 1936 übernommenen Verteidigungspflichten gegenüber Frankreich zu erhalten[27].

Die britischen Politiker waren über Daladiers Bereitschaft erfreut, die französische Politik in der Behandlung der Tschechenfrage englischer Führung unterzuordnen. Das war ein erheblicher Unterschied zu der Unversöhnlichkeit Blums nach der Bildung seines zweiten Kabinetts. Chamberlain war zur Erneuerung von Baldwins Versprechen einer Verteidigung Frankreichs durch Großbritannien bereit (die Engländer hatten Spaniens wegen mit der Rücknahme dieses Versprechens gedroht). So wiederholte er die Erklärung seines Vorgängers, daß Englands militärische Grenze am Rhein liege. Die Engländer würden also Frankreich zum Zwecke der Abwehr jedes direkten Angriffs, woher er auch kommen mochte, Beistand leisten. Seit dem März 1936 sei das der Eckpfeiler der britischen Außenpolitik in Europa[28].

Chamberlain und Halifax gaben ihren französischen Gästen am 28. April in der Downing Street sehr deutlich zu verstehen, daß sie einen Konflikt mit Deutschland aus Anlaß der Tschechenfrage zu ver-

meiden wünschten. Sie führten für ihre Haltung mehrere Gründe an und legten dar, daß ein Krieg, der die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in Mitteleuropa behindere, der öffentlichen Meinung Englands widerstrebe. Das sei die grundlegende Frage, um die es ginge. Die Sudetendeutschen begehrten das Selbstbestimmungsrecht und die tschechische Regierung appellierte an England und Frankreich, ihnen dieses Recht vorenthalten zu helfen.

Eine weitere wichtige Überlegung galt den britischen Rüstungsanstrengungen. Ein sehr umfangreiches Programm zum Ausbau der Royal Air Force war mit Erfolg angelaufen, konnte aber vor dem Frühjahr 1939 keine nennenswerten Ergebnisse zeitigen. Die englische Blockade Deutschlands war im Ersten Weltkrieg von vernichtender Wirkung gewesen, aber das hatte seinen Grund vor allem in der Tatsache, daß die Deutschen es versäumt hatten, sich auf einen langen Krieg vorzubereiten. Das Hauptziel des zweiten deutschen Vierjahresplanes von 1936 war die Sicherung der Selbstversorgung für den Fall eines ausgedehnten Konflikts. Es bestand Grund zu der Annahme, daß Deutschland in dieser Hinsicht beachtliche Fortschritte machte. Die britische Regierung hatte ihrerseits bereits 1936 die Entscheidung getroffen, in einem langen Krieg mit intensiven Bombenangriffen auf die deutsche Zivilbevölkerung gleiche oder sogar bessere Ergebnisse erzielen zu wollen, als man sie im Ersten Weltkrieg dank der Blockade aufzuweisen hatte. Aber die Vorbereitungen erforderten Zeit, und darum hielten es Chamberlain und Halifax für töricht, sich bereits 1938 in einen Krieg verwickeln zu lassen. Sie waren erfreut, daß die französischen Staatsmänner keinen Versuch planten, sie um der Tschechen willen in einen Krieg hineinzuziehen[29].

Gewisse Bemerkungen Chamberlains am 28. April erschienen Daladier beinahe wie eine Enthüllung. Der Tory-Premierminister befürwortete offensichtlich keinen Frieden um jeden Preis. Weit eher neigte er von Natur aus zum Krieg. Zu Daladier gewandt meinte er, es „bringt mein Blut zum Kochen", sehen zu müssen, wie Deutschland seine Herrschaft über Mitteleuropa ausdehne. Die traditionelle deutsche Vorherrschaft in diesem Gebiet war etwas, was Chamberlain nicht wiederhergestellt sehen wollte. Es war leicht zu erkennen, daß er in der Tat jeden Plan, Deutschland abermals zu vernichten, bejahte. So erklärte Chamberlain Daladier, es dürfte sich in Zukunft eine Gelegenheit bieten, unter günstigeren Bedingungen gegen Hitler zu kämpfen[30].

Halifax fragte Bonnet am 29. April, was er über Hitlers Absichten dächte. Bonnet sagte voraus, Hitler würde sehr schnell daran gehen,

die Tschechoslowakei vollständig von der europäischen Landkarte wegzuradieren. Die militärische Lage der Tschechen war von General Maurice Gamelin in Denkschriften vom 16. und 29. März und vom 6. April untersucht worden. Der französische Oberbefehlshaber hatte die sehr schlechte strategische Lage der Tschechen gegenüber der günstigen deutschen Ausgangsstellung betont. Böhmen-Mähren war im Grunde von Deutschland eingekreist. Der Anschluß Österreichs hatte die Städte Brünn und Prag schnellen, von Süden geführten deutschen Vorstößen ausgesetzt. Die mit Hilfe französischer Anleihen gebauten tschechischen Befestigungsanlagen schützten nur die alte Grenze gegen Deutschland und seien praktisch nutzlos geworden; sie könnten von den Deutschen leicht von hinten her aufgerollt werden. Die Tschechen hätten ihre alte Grenze mit Österreich nie befestigt, und es wäre undenkbar, daß Hitler ihnen genug Zeit lassen würde, dies nachzuholen. Gamelin war zu dem Schluß gelangt, daß keine fremde Intervention die vollständige Niederlage des tschechischen Heeres im Kriegsfalle verhindern könne[31].

Halifax wollte wissen, wie Großbritannien und Frankreich nach Bonnets Ansicht das Problem behandeln sollten. Bonnet nannte in seiner Erwiderung zwei Möglichkeiten. Großbritannien und Frankreich könnten eine gemeinsame Erklärung abgeben, daß sie zu den Tschechen stünden. Diese Geste der Festigkeit würde wahrscheinlich Litwinow veranlassen, die Sowjetunion mit den Westmächten zu vereinigen. Er würde nach seinem ununterbrochenen, vierjährigen Eintreten für die kollektive Sicherheit kaum in der Lage sein, anders zu handeln. Das Ziel einer englisch-französisch-sowjetischen Front zur Unterstützung der Tschechen würde aber nur Bluff bleiben können. Denn Bonnet hielt es nicht für möglich, daß die Russen zur Rettung der Tschechen ernsthafte militärische Maßnahmen erwägen würden. Stalin und Litwinow wüßten, daß Polen und Rumänien sich russischen Truppenbewegungen durch ihr Gebiet zur Beistandsleistung für die Tschechen nach wie vor widersetzten. Frankreich und Großbritannien hätten ihre Politik aufeinander abgestimmt und wären übereingekommen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um einen Krieg zur Unterstützung der Tschechen im Jahre 1938 zu vermeiden.

Bonnet glaubte nicht, daß ein Versuch, Hitler zu bluffen, Aussicht auf Erfolg hätte, und nahm Bezug auf die Berichte François-Poncets. Er erklärte sich aber zu einem solchen Bluffversuch bereit. Es würde nötigenfalls immer noch möglich sein, mit Hilfe der Haltung Polens oder irgendeines andern Faktors einen Rückzug zu rechtfertigen. Bon-

net merkte bald, daß Halifax zu ihm nicht genügend Vertrauen hatte, um diesem Manöver zustimmen zu können. Der englische Außenminister war im April 1938 offensichtlich besorgt, sein Land könnte in einen Krieg verwickelt werden. Außerdem hätte eine britische Zusage in dem von Bonnet vorgeschlagenen Sinne die wirkliche Initiative bei den großen Entscheidungen anstatt London Paris überlassen. Die britischen Staatsmänner zeigten sich jeder derartigen Entwicklung geradezu ängstlich abgeneigt[32].

Bonnet war überrascht. Ihm war durchaus klar, daß Chamberlain und Halifax den Gang der Ereignisse zu bestimmen suchten. Er wandte sich daher der zweiten Möglichkeit zu. Die Briten und Franzosen könnten die Deutschen warnen, ohne sich tatsächlich zur Verteidigung der Tschechen zu verpflichten, und sie könnten gleichzeitig die Tschechen zu einem Vergleich mit Deutschland drängen. Das hörte Halifax gern. Er sagte zu Bonnet, in diesem Sinne sollte man gemeinsame Politik betreiben. Die britischen und französischen Staatsmänner waren sich im Augenblick über das politische Vorgehen einig. Militärische Fragen standen auf einem andern Blatt. Chamberlain und Halifax waren mit der französischen Luftrüstung nicht zufrieden und Daladier beklagte sich, die Briten blieben bei den Vorbereitungen eines angemessenen Expeditionskorps', das im Falle eines Angriffs auf Frankreich auf das europäische Festland zu entsenden sei, weit hinter ihrem einstigen Programm von 1912 oder 1913 zurück. Der französische Premier befürwortete die Einführung der Militärdienstpflicht im Frieden in Großbritannien, aber Chamberlain zeigte sich über diesen Vorschlag schockiert. Er sagte Daladier, die öffentliche Meinung in England würde das nicht zulassen[33].

Bonnet und Daladier waren sich während ihres Rückfluges von Croydon zum Flughafen Bourget am 29. April einig, daß die britischen Tories offensichtlich entschlossen seien, wenn es unglückseligerweise zu einem neuen europäischen Krieg kommen sollte, nicht abermals eine große Heeresmacht nach Frankreich zu entsenden. Bonnet tröstete Daladier mit der Aussicht, daß ein dauerhaftes, friedliches Nebeneinander mit Deutschland erreicht werden könnte. Daladier gab zu, daß dies die beste Lösung sein würde.

Bonnet war mit den in London erzielten Ergebnissen zufrieden. Er war erleichtert, daß Chamberlain und Halifax die Initiative ergreifen und in der tschechischen Frage die Verantwortung auf sich nehmen wollten. Er bezweifelte, daß es Kerillis gelingen könnte, die öffentliche Meinung Frankreichs zu einer Beistandsleistung für die Tschechen

ohne britische Unterstützung zu überreden. Selbst Madame Tabouis, die in London war, um über den Empfang der französischen Delegation zu berichten, hob die Bedeutung der englisch-französischen Solidarität hervor. Die Friedensaussichten für 1938 waren weiterhin günstig. Es hatte mehr als einen bedenklichen britischen Hinweis auf eine später zu verfolgende, andersartige Politik gegeben, aber Bonnet war nicht geneigt, sie ernstzunehmen. Er vermutete, daß die britischen Politiker größtenteils nur Argumente wiederholten, die sie ihren Kritikern von der Kriegspartei (zum Beispiel Eden und Churchill) gegenüber zu verwenden pflegten. Trotzdem war Bonnet der festen Zuversicht, daß sich der Ausbruch eines europäischen, um der Benesch-Regierung willen entfesselten Krieges werde vermeiden lassen[34].

Sechzehntes Kapitel

FRANZÖSISCHE HOFFNUNGEN UND BESORGNISSE WÄHREND DER DEUTSCH-TSCHECHISCHEN KRISE

Bonnet erörterte seinen jüngsten Londoner Besuch am 3. Mai 1938 mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Paris, Wilson. Er teilte ihm mit, über die Haltung Chamberlains und Halifax' ebenso über die offensichtliche Bereitschaft der Engländer, geeignete Maßnahmen zu einer wirkungsvolleren militärischen Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte zu besprechen, „entzückt" gewesen zu sein. Bonnet erzählte Wilson, Chamberlain habe vorausgesagt, daß Hitler die Tschechoslowakei binnen vierundzwanzig Stunden vernichten könne. Die britischen Staatsmänner seien der Meinung, dem tschechischen Volk sollte dieses Schicksal erspart bleiben. Sie wollten Benesch raten, den Deutschen große Zugeständnisse zu machen. Bonnet bekannte, mit jeder Lösung in der Tschechoslowakei, welche die Engländer zufriedenstelle, werde auch er einverstanden sein. Er sähe in der tschechischen Frage nicht die geringste Möglichkeit einer ernsten Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris. Daladier sei mit der ausdrücklichen Absicht nach Paris zurückgekehrt, die Dinge mit dem tschechischen Gesandten zu besprechen, und habe Osusky dahin informiert, daß Frankreich es sich nicht leisten könne, unabhängig von Großbritannien zu handeln. Lacroix bestätigte diese Botschaft in Gesprächen mit Benesch und Krofta in Prag[1].

Die Reaktion der tschechischen Politiker erfolgte in der Form, daß sie Jan Masaryk in London drängten, bestimmte Nachrichten über den britischen Standpunkt einzuholen. Daladier hatte es abgelehnt, sich über den eigentlichen Inhalt der Londoner Gespräche zu äußern, und Masaryk erkannte, daß es nicht leicht sei, den britischen Politikern eine Auskunft zu entlocken. Halifax wich höflich aus, bis schließlich am 3. Mai 1938 Masaryk einen Bericht mit bestimmten Auskünften

nach Prag sandte, die für die Sache der Tschechen höchst unheilvoll waren. Halifax erklärte eindeutig, er beurteile die Erfolgsaussichten militärischer Kampfhandlungen gegen Deutschland in nächster Zukunft pessimistisch. Die stillschweigenden Folgerungen lagen auf der Hand, daß nämlich die Engländer eine Verhandlungslösung mit den Deutschen vorzogen[2].

Beneschs erster Schritt war der, Rußland die Ausübung eines Drucks auf Großbritannien und Frankreich nahezulegen. Der sowjetische Außenkommissar Litwinow schnitt die Frage am 8. Mai 1938 in Genf bei Bonnet an. Er deutete an, sowohl er als auch Stalin seien enttäuscht über das Versäumnis Großbritanniens und Frankreichs, nach Henleins Karlsbader Rede vom 24. April 1938 eine starke öffentliche Erklärung zugunsten der Tschechen abzugeben. Zudem sei die Sowjetunion bereit, ihre volle militärische Unterstützung einer französischen Intervention zugunsten der Tschechen zuzusagen. Bonnet fragte Litwinow, wie die Rote Armee in die Tschechoslowakei zu gelangen gedächte, um die deutschen Truppen angreifen zu können. Litwinow erklärte, er erwarte von Bonnet die notwendigen Vorkehrungen. Der sowjetische Außenkommissar gab zu, die Haltung Polens werde wahrscheinlich aussichtslos negativ sein, er glaubte aber, daß die Rumänen vereintem französischem und sowjetischem Druck erliegen würden. Bonnet vermochte ein Lächeln kaum zu unterdrücken. Litwinow hatte unabsichtlich die wahren sowjetischen Absichten im Jahre 1938 enthüllt. Ein sowjetischer Vorstoß über Bessarabien und die Moldauprovinz nach Ruthenien würde zwangsläufig ein militärisches Unternehmen verhältnismäßig bescheidenen Umfanges sein. Die Hauptlast des Kampfes würde von den Franzosen und den Tschechen getragen werden[3].

Bonnet antwortete, Nicolae Titulescu hätte sich während seiner langen Amtszeit als rumänischer Außenminister dem Durchzug roter Truppen durch rumänisches Gebiet aus prinzipiellen Gründen stets widersetzt. Diese Haltung sei zu einer Tradition in der Außenpolitik geworden. Bonnet versprach, beim rumänischen Außenminister Petrescu-Comnene, der ernannt worden war, nachdem König Carol im Februar 1938 seine königliche Diktatur errichtet hatte, zu sondieren[4].

Am 12. Mai erörterte Bonnet abermals mit Litwinow die Lage. Petrescu-Comnene, der ebenfalls in Genf war, hatte Bonnet mitgeteilt, daß Rumänien einem Marsch sowjetischer Truppen durch sein Gebiet auch weiterhin unverändert feindlich gegenüberstehe. Bonnet wies Litwinows Vorschlag zurück, man könne auf Bukarest stärkeren Druck ausüben. Er führte aus, daß nur Gewalt Rumänien nötigen könne,

seine Einstellung zu ändern, und er forderte Litwinow heraus, dieser möge ihm doch verständlich machen, wie eine derartige Politik sich mit der vielgerühmten Lehre von der kollektiven Sicherheit vereinbaren ließe. Litwinow nahm die spätere, heuchlerische sowjetische Lehre vom „mittelbaren Angriff" vorweg und erwiderte, zur Bekämpfung des Faschismus seien „außergewöhnliche Maßnahmen" gerechtfertigt, aber damit konnte er Bonnet nicht zu einer Änderung seines Standpunktes bewegen[5].

Die in Genf begonnenen französisch-sowjetischen Gespräche wurden vom sowjetischen Botschafter Wladimir Potemkin nach Bonnets Rückkehr in Paris fortgeführt, aber sie endeten stets in derselben säuerlichen Tonart. Es gab einfach keine Grundlage für eine praktische militärische Zusammenarbeit der beiden Mächte. Bonnet brachte seine Argumente in verbindlicher Weise vor. Er wußte, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion im Mai 1938 nicht sonderlich gut waren, aber er wünschte das französisch-sowjetische Bündnis zu erhalten.

Die Beendigung des Bündnisses mit den Russen würde fast mit Gewißheit Umwälzungen innerhalb Frankreichs hervorgerufen und dem Ansehen Frankreichs im Ausland geschadet haben. Ein dramatischer sowjetischer Schritt in dieser Richtung hätte sogar zu einer größeren Kabinettskrise führen und Bonnet zum Rücktritt zwingen können. Dieser hoffte ernsten Reibungen damit vorbeugen zu können, daß er in allen seinen Unterhaltungen mit sowjetischen Diplomaten und Zeitungsleuten immer wieder seine Achtung vor der Sowjetunion und insbesondere vor ihrer militärischen Tapferkeit betonte. Er wollte seinen Ruf als Freund der Sowjetunion erhalten, obwohl dieser Ruf fast ausschließlich auf seiner realistischen Beurteilung der militärischen Macht Moskaus beruhte[6]

Präsident Benesch war sich am 14. Mai über Bonnets fehlende Bereitschaft klar, die Initiative zu ergreifen und von Rumänien die Genehmigung zum Durchzug sowjetischer Truppen durch sein Gebiet zu erzwingen. Die Hoffnung auf ein französisch-sowjetisches Zusammenwirken auf militärischem Gebiet zur Unterstützung der Tschechen im Sinne des französisch-sowjetischen und des tschechisch-sowjetischen Bündnisses von 1935 war noch genau so gering, wie sie es stets gewesen war. Außenminister Krofta hatte in dieser düsteren Wartezeit ein eingehendes Memorandum entworfen, das den Erfolg des polnischen Außenministers Beck bestätigte, dem es gelungen war, die Unterstützung der polnischen Oppositionsparteien für eine Reihe von Forde-

rungen zugunsten der Teschener Polen zu gewinnen. Die kurzsichtige und rücksichtslose Politik Thomas Masaryks und Beneschs, die sich während der polnischen Nationalwahlen im Januar 1919 den größten Teil des Teschener Gebiets durch einen bewaffneten Einfall angeeignet hatten, trug bittere Früchte. Die Polen waren offensichtlich bereit, sich auf seiten Deutschlands gegen die Tschechoslowakei zu stellen[7].

Die Slowaken wurden wieder aufsässig und die Ungarn, sowohl innerhalb wie außerhalb des Landesgebiets, rechneten augenscheinlich mit der mißlichen Lage der Tschechoslowakei. Rumänien war nicht bereit, der Sowjetunion entgegenzukommen, um den Druck auf die Tschechen vermindern zu helfen. Frankreich hatte Prag davon unterrichtet, daß es die tschechische Sache nicht ohne britische Hilfe unterstützen werde, und Jan Masaryk war es nicht gelungen, eine britische Zusage für die Sache der Tschechen zu erhalten. Benesch erkannte am 14. Mai 1938, daß sein Land trotz seiner vielen förmlichen Bündnisse alleinstand[8].

Es war der nächste Schritt des tschechischen Präsidenten, sich an die Italiener zu wenden. Das war nach den jüngsten Ereignissen in Österreich ein aussichtsloses Unterfangen, aber in der verzweifelten Lage der Tschechoslowakei durfte nichts unversucht bleiben. Hitler hatte Italien am 9. Mai 1938 nach einem augenscheinlich erfolgreichen, sechstägigen Besuch wieder verlassen. Er hatte Deutschlands Entschluß bekräftigt, die Brennergrenze von 1919 zwischen Italien und dem Restbestand des alten Österreich, der nunmehr Deutschland wiedereingegliedert worden war, anzuerkennen. Es bestand jedoch immer noch eine geringe Möglichkeit, daß ein Mißklang unter der Oberfläche der scheinbaren italienisch-deutschen Einmütigkeit mit Erfolg ausgenutzt werden könnte[9].

Der Anschluß hatte Mussolinis Ansehen unzweifelhaft geschadet. Benesch wußte auch, daß König Victor Emanuel III. Hitler feindlich gesinnt war. Vielleicht würden die Italiener nach der formellen Unterzeichnung des englisch-italienischen Vertrages am 16. April 1938 zur Stärkung ihres eigenen Ansehens eine Einladung begrüßen, die Stresafront gegen Deutschland wieder ins Leben zu rufen. Benesch gab Frantisek Chvalkovsky, dem tschechischen Gesandten in Rom, Anweisung, mit umfassenden Vorschlägen an Ciano heranzutreten, wie man Hitler Einhalt gebieten könne[10].

Benesch beschloß, für den Fall eines Fehlschlages dieses Versuchs, eine akute Krise mit Deutschland heraufzubeschwören. Es würde ein gewagtes Spiel werden, aber Benesch hielt sich immer noch für den

großen Meister des rücksichtslosen Ränkespiels, der er Jahre zuvor im Ersten Weltkrieg gewesen war. Vielleicht würde er die Engländer und Franzosen dahin bringen können, eine bestimmte Verpflichtung zur Unterstützung der Tschechoslowakei einzugehen, bevor die Pressekampagne für eine Politik des Ausgleichs in England und den Dominions völlig das Feld beherrschte. Benesch war, wie Schuschnigg einige Monate vor ihm, ungeduldig. Begierig wartete er auf Nachricht aus Rom. Chvalkovsky suchte Ciano am 16. Mai 1938 auf, und sie sprachen sehr ausführlich über die europäische Lage. Ciano sagte Chvalkovsky mit aller gebotenen Deutlichkeit, Italien sei an der tschechischen Frage nicht unmittelbar interessiert. Er brauche deswegen Mussolini nicht erst zu Rate zu ziehen. Der Duce habe ihm bereits erklärt, Italien würde für die Tschechoslowakei keinen Finger rühren[11].

Benesch lud die höheren tschechischen Militärbefehlshaber am 20. Mai 1938, nachmittags, zu einer Sondersitzung des Kabinetts in den Prager Hradschin ein. Krofta stellte die ungünstige diplomatische Situation im Umriß dar und gab zu, daß die lebhaften diplomatischen Bemühungen der letzten neun Wochen keinerlei Ergebnisse gezeitigt hätten. Mit den gewohnten, herkömmlichen Methoden sei nichts weiter zu erreichen. Benesch griff sein Stichwort auf und erklärte die Zeit außergewöhnlicher Maßnahmen für gekommen. Er befürwortete eine Teilmobilmachung der tschechischen Armee und die Einberufung von wenigstens 70 v. H. der ausgebildeten Reserven, die durch das strenge tschechische Einberufungssystem in den vergangenen neunzehn Jahren entstanden waren. Benesch versicherte, die übrige Welt werde von dieser Kundgebung der Entschlossenheit der Tschechoslowakei, Hitler zu widerstehen, Kenntnis nehmen[12].

Die Gemeindewahlen im Sudetenland waren für Sonntag, den 22. Mai, vorgesehen. Benesch schlug vor, die tschechoslowakische Regierung solle vor der Welt die trügerische Anklage erheben, deutsche Truppen seien an der Grenze zusammengezogen in der Absicht, zur Zeit der Wahlen einzugreifen. Man werde der Öffentlichkeit sagen, die Teilmobilmachung habe den Zweck, einen deutschen Angriff zu verhindern. Benesch erklärte, in einem solchen Manöver läge keine unmittelbare Gefahr, da die Deutschen auf eine wirkliche Intervention offensichtlich nicht vorbereitet seien. Den tschechischen Militärbefehlshabern war bekannt, daß es an der böhmischen Grenze keine deutschen Truppenansammlungen gab. Benesch sagte treffend genug voraus, daß diese wahren Tatsachen den größten Teil der Welt nicht daran hindern würden, den tschechischen Anklagen Glauben zu schenken.

Ein Versäumnis Hitlers, auf den kühnen tschechischen Schritt hin zu handeln, könne als ein großer tschechischer Sieg über Deutschland ausgelegt werden. Der französische Außenminister Decazes hatte im Mai 1875 mit Erfolg zum gleichen Manöver seine Zuflucht genommen. Er hatte fälschlich behauptet, Bismarck bereite einen Angriff auf Frankreich vor, und errang einen großen moralischen Sieg, als sowohl Großbritannien wie auch Rußland in Berlin erklärten, sie würden einen solchen Schritt nicht dulden. Benesch war die bekannte Redensart geläufig, daß es gefährlich ist, großen Mächten kleine Streiche zu spielen, aber die Lage der Tschechoslowakei war verzweifelt, und seiner Meinung nach konnte nur ein kühnes und vollendet unehrliches Manöver sie verbessern. Benesch setzte die Billigung seines Vorhabens durch, und Krofta verfaßte an jenem gleichen Nachmittag den Entwurf einer Zirkularnote an die Vertretungen der ausländischen Mächte. Die Teilmobilmachung wurde für Sonnabend, den 21. Mai 1938, angekündigt[13].

Das dreiste Manöver Beneschs verursachte für eine Woche oder länger den erwarteten Alarm in der internationalen Presse, aber dieser vergängliche Ruhm konnte nicht lange die Tatsache verbergen, daß der gewagte Streich ein verhängnisvoller, Schuschniggs Abstimmungsplan vergleichbarer Fehler war. Bonnet wußte zunächst nicht, ob die tschechischen Anschuldigungen gegen Deutschland zutreffend waren oder nicht. Er wies François-Poncet in Berlin am 21. Mai an, das deutsche Auswärtige Amt warnend darauf hinzuweisen, daß Frankreich Verteidigungspflichten gegenüber der Tschechoslowakei habe, und daß ein unprovozierter deutscher Angriff unglückliche Folgen hervorrufen werde. Er wies auch den französischen Botschafter Charles Corbin in London an, Erkundigungen einzuziehen, was die Engländer tun würden, falls Hitler die Tschechen angriffe. Doch war dies eine Demarche, die ausschließlich der Unterrichtung diente. Er drängte Corbin nicht, die Engländer zum Kampf für die Tschechen aufzufordern. Der wichtigste Schritt, den Bonnet tat, war der, Julius Lukasiewicz, den polnischen Botschafter, zu sich zu rufen und ihm mitzuteilen, Frankreich erwarte, daß Polen mit ihm gemeinsam Deutschland vor einem Angriff auf die Tschechoslowakei warne. Lukasiewicz versprach, Beck zu unterrichten, dessen Reise über Berlin nach Stockholm zu einem Besuch des Königs von Schweden für den 23. Mai geplant war[14].

Es stellte sich bald heraus, daß Halifax Benesch nicht gestatten wollte, dem britischen Empire seine Außenpolitik vorzuschreiben. Der britische Botschafter Nevile Henderson erhielt am 21. Mai in Berlin Anweisung, den Deutschen mitzuteilen, ein plötzlicher Angriff auf die

Tschechen würde die Franzosen mit großer Bestimmtheit zu einer Intervention zwingen und „Seiner Majestät Regierung könnte nicht dafür bürgen, daß sie nicht, durch die Umstände gezwungen, gleichfalls hereingezogen werden würde". In der Wilhelmstraße erkannte man sogleich, daß die Erklärung des britischen Botschafters bei weitem noch keine feste Verpflichtung zur Hilfeleistung an die Tschechen darstellte. Henderson unternahm von sich aus einen zusätzlichen Schritt. Er sandte die britischen Militärattachés aus, um die deutsch-tschechische Grenze abzusuchen und festzustellen, ob Beneschs Beschuldigungen zuträfen oder nicht. Infolgedessen war am Sonntag, dem 22. Mai, sowohl in London wie in Paris bekannt, daß die ungeheuerlichen tschechischen Behauptungen nichts als eine Täuschung waren. Inzwischen hatte aber die tschechische Mobilmachungsorder ernste Folgen gezeitigt. Am ersten Mobilmachungstag wurden zwei Deutsche von tschechischen Truppen getötet und viele wurden verletzt. Das hinderte die Henlein-Partei am 22. Mai 1938 nicht daran, über 90 v. H. der deutschen Stimmen auf sich zu vereinen[15].

Das unnötige Blutvergießen, das der leichtsinnige Schachzug Beneschs verursacht hatte, löschte praktisch jede Hoffnung auf eine gütliche Einigung zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen aus. Am bedenklichsten für Benesch war der Eindruck, den seine unehrliche Politik auf Hitler machte. Der deutsche Kanzler beabsichtigte zur Zeit der tschechischen Teilmobilmachung keineswegs, den Tschechen einen Kampf aufzuzwingen. General Wilhelm Keitel hatte am 20. Mai 1938 Hitler routinemäßig einen Operationsplan zur endgültigen Genehmigung vorgelegt. Der vorherige Plan war nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland geändert worden, aber der neue, überarbeitete Plan wiederholte die alte Direktive des Inhalts, Deutschland beabsichtige nicht, die Tschechoslowakei anzugreifen. Wie andere Länder auch, hatte Deutschland Pläne für mögliche Kriege mit denjenigen Nachbarländern, auf deren Politik kein Verlaß war, jedoch deutete das Vorhandensein solcher Pläne in keiner Weise auf bestimmte Angriffsabsichten hin[16].

Diese Gewohnheit wurde von Hitler am 21. Mai 1938 unter dem Eindruck der Herausforderung Beneschs durchbrochen. Hitler änderte das politische Protokoll des militärischen Planes wie folgt: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in naher Zukunft durch eine militärische Aktion zu vernichten." Die britische Demarche vom 21. Mai hatte offenbart, daß die Engländer einer Verpflichtung den Tschechen gegenüber auswichen. Hitler erkannte sogleich, daß

eine Intervention der Franzosen ohne englische Unterstützung unwahrscheinlich war. Benesch hatte die Hand ganz unnötigerweise gesenkt und den deutschen Kanzler sehen lassen, daß sie keine Trümpfe enthielt. Hitlers richtige Analyse wurde in einer neuen militärischen Weisung vom 18. Juni 1938 niedergelegt, in der er erklärte, er würde nicht gegen die Tschechen vorgehen, wenn die Engländer und die Franzosen entgegen seinen Erwartungen durchblicken ließen, daß sie einzugreifen beabsichtigten. Hitler gründete seine Strategie auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Tschechoslowakei isoliert bleiben würde[17].

Bonnet hatte keine Zweifel hinsichtlich seiner eigenen Rolle in dieser Situation. Alle zukünftigen Bemühungen, die Tschechoslowakei zu beschirmen, würden auf den Bereich der Diplomatie beschränkt bleiben. Halifax teilte Charles Corbin am 22. Mai 1938 mit, Großbritannien werde in Europa nicht intervenieren, es sei denn, Frankreich selber fiele einer unprovozierten Angriffshandlung zum Opfer. Die Briten rieten den Tschechen am nächsten Tag, ihre Truppen zu demobilisieren. Nun sah Benesch, daß er das Spiel verloren hatte[18].

Bonnet war über die polnischen Politiker verärgert. Sie hatten prompt seinen Rat verworfen, sich mit Großbritannien und Frankreich zusammenzutun und Hitler vor einem Angriff auf die Tschechen zu warnen. Statt dessen überreichten sie in Prag am 22. Mai 1938 eine scharfe Protestnote gegen die tschechische Teilmobilisation. Die tschechischen militärischen Maßnahmen wurden als gegen Polen gerichtete, feindselige Handlungen hingestellt, und die Tschechen wurden gewarnt, es zur Ansammlung ihrer Truppen an der polnischen Grenze kommen zu lassen. Beck reiste am folgenden Tag nach Warschau ab, und der polnische Botschafter Lukasiewicz übermittelte Bonnet am 26. Mai eine Verbalnote mit der Erklärung, die polnische Regierung sehe keine Möglichkeit, sich dem kürzlich erfolgten französischen und britischen Protest in Berlin anzuschließen. Benesch hatte am 24. Mai die Polen mit leeren Gesten zu besänftigen versucht, jedoch ohne Erfolg.

Lukasiewicz vertraute Bonnet in einem Privatgespräch an, seine Regierung erwarte das Verschwinden des tschechoslowakischen Staates, und ein derartiger Vorgang würde für Polen durchaus kein Anlaß zum Bedauern sein. Noël berichtete Bonnet aus Warschau, der polnische Pressefeldzug gegen die Tschechen fiele seit dem 21. Mai nicht weniger heftig aus als die ähnlich geartete Aktion in Deutschland[19].

Bonnet hatte auch Schwierigkeiten mit den Türken, welche die tschechische Krise zu der Forderung auf Abtretung des Sandschaks (Bezirks)

von Alexandrette vom französisch-syrischen Mandatsgebiet an die Türkei benutzten. Sie drohten, Gewalt anzuwenden, und die Lage blieb bis zum Juli 1938 gespannt, als Bonnet Daladiers Zustimmung erhielt, Ankara zu unterrichten, die Franzosen seien bereit, die Forderungen wohlwollend zu prüfen, sobald die Ruhe in Europa wiederhergestellt worden sei[20].

Bonnet unternahm einen weiteren erfolglosen Versuch, die Beziehungen zwischen Prag und Warschau zu verbessern, nachdem Beck am 30. Mai aus Stockholm nach Warschau zurückgekehrt war. Beck hatte die Tschechen dem schwedischen Außenminister Rickard Sandler gegenüber mit vernichtenden Worten abgekanzelt, und in Warschau teilte der polnische Außenminister Noël mit, sein Land beabsichtige, für die polnische Minderheit entsprechende Zugeständnisse von Prag zu fordern, falls Benesch in der Sudetenfrage einer Kompromißlösung zustimme. Benesch hatte am 24. Mai einer solchen Regelung mit Polen grundsätzlich zugestimmt, aber Beck argwöhnte — oder war vielmehr davon überzeugt —, daß der tschechische Präsident unaufrichtig sei. Bonnet sah ein, daß eine diplomatische Unterstützung der Tschechoslowakei durch die Polen unmöglich zu erreichen sein würde, wenn die Tschechen sich nicht zu größeren Zugeständnissen an Polen bereit erklärten und sie dann auch verwirklichten[21].

Bonnet besprach die Lage am 9. Juni 1938 mit Stefan Osusky. Er rief Osusky ins Gedächtnis, daß die Tschechoslowakei für den Fall eines Konflikts mit Deutschland nicht mit der Hilfe der Sowjetunion rechnen könne und daß die Briten es abgelehnt hätten, sich auf eine Unterstützung Prags festzulegen. Frankreich würde natürlich nicht ohne britische Unterstützung handeln. Er riet Osusky, nach Prag zurückzukehren und eine Kompromißlösung mit Deutschland zu empfehlen. Auch befürwortete Bonnet sofortige tschechische Zugeständnisse an Polen. Osusky setzte sich am 10. Juni in ein Flugzeug nach Prag in der Absicht, sich mit Benesch zu beraten und ihn in dem von Bonnet angedeuteten Sinn zu unterrichten. Inzwischen bemühte sich Bonnet in Paris, eine schriftliche polnische Bürgschaft zu erhalten, daß Polen sich unter keinen Umständen an einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei beteiligen würde. Die Polen verhielten sich ausweichend, und Benesch sagte Osusky in Prag, es würde unmöglich sein, Polen echte Zugeständnisse zu gewähren, bevor nicht die Krise mit Deutschland beendet sei. Es war einfach ein Teufelskreis. Bonnet erkannte, daß die Polen ihre Haltung nicht ändern würden, wenn man ihnen keine territorialen Zugeständnisse im Gebiet von Teschen machte,

aber Benesch war nicht bereit, diesen Preis für eine polnische Unterstützung zu zahlen. Beck seinerseits hatte bemerkt, daß Bonnet keinerlei Pläne für ein militärisches Zusammenwirken der interessierten Parteien vorschlug. Zutreffend folgerte er, der französische Außenminister beabsichtige nicht, in der Behandlung der tschechischen Krise über eine diplomatische Intervention hinauszugehen. Für Bonnets Argument, Polen sei moralisch verpflichtet, sich mit Frankreich und der Tschechoslowakei solidarisch zu erklären, war Beck unzugänglich. Für Polen waren die Tschechen ein verhaßter Rivale in Mitteleuropa, und Beck brannte darauf, Zeuge ihrer Demütigung und Niederlage zu sein[22].

Bonnets Interesse an einer Verbesserung der polnisch-tschechischen Beziehungen war keineswegs nur ein Vorwand, wie späterhin von dem englischen Historiker L. Bernstein Namier behauptet wurde. Die Tatsache, daß Bonnet sich dem Ausbruch eines neuen, europäischen Krieges widersetzte, bedeutete nicht, daß er gegenüber wichtigen Fragen, die das Ansehen und die Würde seines eigenen Landes berührten, gleichgültig gewesen wäre. Das unaufhörliche Gezänk zwischen zwei der kleineren Verbündeten Frankreichs bot ein trübes, jämmerliches Schauspiel. Das Problem, mit dem Bonnet zu kämpfen hatte, unterschied sich nicht von jenem, dem sich Ludwig XIV. und seine Minister gegenübersahen, als sie Meinungsverschiedenheiten der alten Verbündeten Frankreichs in Osteuropa, wie Schwedens, Polens und des ottomanischen Reiches, beizulegen suchten. Frankreich war 1938 eine ausgesprochene europäische Großmacht und die Widersetzlichkeit Prags und Warschaus war durchaus eine echte Herausforderung des französischen Ansehens. Bonnet hielt es für töricht von Benesch, die Krise vom 21. Mai mit Deutschland heraufzubeschwören (ohne Frankreich auch nur von seinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen), und er hielt den tschechischen Präsidenten für unnötig hartnäckig und kurzsichtig, als er sich weigerte, Polen echte Zugeständnisse zu machen. Der Hauptzorn Bonnets richtete sich jedoch gegen die Polen. Ihn ärgerte ihre Anmaßung, die auf der arroganten und albernen Selbsttäuschung beruhte, Polen sei eine europäische Großmacht wie Frankreich. Daladier und Alexis Léger teilten seinen Ärger in vollem Umfange[23].

Bonnet war auch über die Einmischung des Justizministers Paul Reynaud in die Zuständigkeiten der französischen Diplomatie aufgebracht. In dieser Hinsicht unterschied sich seine Haltung nicht von der des amerikanischen Staatssekretärs Cordell Hull gegenüber dem Finanzsekretär Henry Morgenthau jr. Dieser hatte in Frankreich zugunsten

der Regierung seines jüdischen Stammesgenossen Léon Blum interveniert, ohne Hull zu Rate zu ziehen. Reynaud intervenierte nach der Krise vom 21. Mai in Großbritannien im Sinne der allen Zugeständnissen feindlichen Gedanken Churchills, und er tat dies, ohne Bonnet zu Rate zu ziehen.

Der Justizminister hielt am 22. Mai 1938 eine Rede auf dem Kongreß der Alliance Française in Leeds. Diese Rede enthielt eine herausfordernde Erklärung zugunsten eines bedingungslosen englisch-französischen Eintretens für die Tschechen und Reynaud blieb nach seiner Ansprache noch nahezu eine Woche in England, um den eigenmächtigen Versuch zu unternehmen, die englische und französische Außenpolitik in andere Bahnen zu lenken. Das war für ein Mitglied des Kabinetts Daladier ein unglaubliches Benehmen. Reynaud erörterte die tschechische Krise mit Lord Halifax. Er führte aus, Frankreich werde früher oder später gezwungen sein, bedingungslos dem Kampf für die Tschechen zuzustimmen und fügte hinzu: „Bündnistreue ist für uns eine Frage der Ehre![24]"

Churchill benutzte später diesen Ausspruch seines französischen Kriegstreiberfreundes zu dem Schluß, Frankreich habe 1938 seine Ehre verloren, als es für die Tschechen gegen Deutschland zu kämpfen unterließ. Reynaud und Churchill irrten beide. Die Politik, einem kleinen Verbündeten einen Blankoscheck zu erteilen, wie Paul-Boncour es getan hatte, würde eine Schande bedeutet haben, hätte Bonnet nicht rechtzeitig eingegriffen. Es war eindeutig die Pflicht Frankreichs, gerade als Großmacht die Tschechen zu einem vernünftigen Ausgleich mit Deutschland zu drängen und jegliche Gewährung einer französischen Hilfeleistung an Bedingungen zu knüpfen. Das französisch-tschechische Bündnis von 1925 war ein Verteidigungspakt im Rahmen der Locarnoverträge; es war kein Angriffsvertrag für einen Krieg. Frankreich hatte das Recht, gegen eine unnachgiebige tschechische Politik, die unausweichlich zum Krieg führen mußte, sein Veto einzulegen. Es hatte mit britischer Hilfe in diesem Bemühen schließlich auch Erfolg. Die Treue, die Reynaud forderte, hatte mehr mit veraltetem Chauvinismus und blinder Verantwortungslosigkeit zu tun als mit Ehrenhaftigkeit. Die Behauptung Churchills war widersinnig, da die Tschechen selbst schließlich übereinkamen, nicht zu kämpfen[25].

Stefan Osusky kehrte am 13. Juni 1938 aus Prag nach Paris zurück und berichtete Bonnet, Präsident Benesch zauderte und entschiede sich nicht. Er gäbe zu, die Tschechen hätten keine Aussicht, Deutschland erfolgreichen Widerstand zu leisten, und wünschte keine zweite

Schlacht am Weißen Berge zu erleben, jene vernichtende Niederlage der Hussiten und Calvinisten im Jahre 1620, bei der Tschechen und Deutsche auf beiden Seiten kämpften, der katholischen wie der protestantischen. In der Mythologie des Francis Palacky jedoch, zu der Benesch sich bekannte, wurde diese Niederlage der tschechischen Nation von den Deutschen bereitet.

Auch Polen gegenüber war Benesch unentschlossen. Der tschechische Gesandte Slavik hatte einige Tage zuvor aus Warschau berichtet, die polnische Feindseligkeit hielte unvermindert an. Osusky räumte ein, Benesch hoffe, irgendwelche Zugeständnisse an die Polen vermeiden zu können. Bedeutete die Bündnistreue, auf die sich Reynaud zugunsten des einen Bündnisses berief, daß Frankreich Gefahr laufen sollte, in einen Krieg mit einem andern seiner Verbündeten verwickelt zu werden? Die Lage war zu vielschichtig, als daß ihr die verbrauchten Schlagworte der zum Krieg treibenden Lehnsessel-Patrioten hätten gerecht werden können[26].

Die förmlichen Verhandlungen zwischen Konrad Henlein und dem tschechischen Premier Hodza wurden am 14. Juni 1938 in Prag eröffnet. Dieser Vorgang, der einen großen Teil der Spannung zu beseitigen schien, welche die Krise vom 21. Mai mit sich gebracht hatte, wurde von den meisten französischen Blättern mit Erleichterung begrüßt. Die vorherrschende Stimmung zugunsten einer Kompromißlösung war in ganz Frankreich unverkennbar. Der Intransigeant erklärte am 15. Juni 1938 kühn, die Unterhandlungen müßten fortgeführt werden, bis die Sudetendeutschen tatsächlich jene Autonomie erhielten, die Henlein in Karlsbad gefordert hatte.

Die meisten Zeitungen wahrten größere Zurückhaltung. Der Temps sagte am 16. Juni 1938 voraus, die Besprechungen zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen würden wahrscheinlich einige Monate andauern. Die erste akute Phase der deutsch-tschechischen Krise sei erfolgreich überwunden worden. Aber ein neues akutes Stadium der Krise würde unvermeidlich sein, wenn die tschechischen Politiker es unterließen, den Sudetendeutschen entgegenzukommen. Bonnet sah, daß die Verhandlungen zwischen den Tschechen und Henlein wahrscheinlich mit einem Fehlschlag enden würden, und er beauftragte Corbin in London, sich bei Halifax zu erkundigen, was die britischen Staatsmänner in diesem Fall zu tun vorschlügen[27].

Bonnet erfuhr durch Corbin, daß die Engländer an einem Plan arbeiteten, den sie bis zu dem Zeitpunkt fertigstellen wollten, an dem der neue englische König, Georg VI., und die Königin im Juli 1938 zu

ihrem ersten Staatsbesuch in Frankreich eintreffen würden. Bonnet gab sich damit zufrieden und war bald lebhaft von den Vorbereitungen für den eindrucksvollsten Empfang britischer Majestäten in Anspruch genommen, den Frankreich seit dem 16. Jahrhundert erlebt hatte. Er stand dabei ganz unter dem Eindruck der Prachtentfaltung und des Glanzes, die zwei Monate vorher, im Mai 1938, Hitlers Besuch in Italien gekennzeichnet hatten. Es war sein fester Wille, daß die Dritte Republik sich bei dem freundlichen Empfang des Oberhauptes eines Nachbarlandes von dem faschistischen Königreich Italien nicht beschämen lassen solle. Diese Form eines internationalen Wettstreits war bei weitem wünschenswerter als Krieg, und es freute Bonnet, daß Daladier ihm die alleinige Verantwortung für die Vorbereitung des königlichen Besuchs übertragen hatte[28].

Bonnet konnte am 6. Juli 1938, einige Wochen vor Ankunft des englischen Herrscherpaares in Paris, auch einen großen persönlichen Sieg verzeichnen. Das Oberste Appellationsgericht in Paris anerkannte die Weigerung der Bank von Frankreich, der spanischen Volksfront die Goldreserve von über dreißig Millionen Dollar auszuliefern, die von der Bank von Spanien zur Zeit des Sturzes der spanischen Monarchie im Jahre 1931 in Frankreich hinterlegt worden war. Das war die Krönung des zähen Bonnetschen Kampfes für eine Wiederannäherung an Italien, den er am 12. April 1938 mit seinen Anweisungen an Paul Blondel in Rom aufgenommen hatte.

Als sein erster Versuch im April 1938 fehlschlug, seine Kabinettskollegen zu einschneidenden Maßnahmen zu bewegen, die den Zustrom von Kriegsmaterial an die spanischen Loyalisten beenden sollten, war Bonnet bestürzt. Mussolini griff enttäuscht die französische Politik am 15. Mai 1938 in einer größeren Ansprache in Genua an. Bonnet versicherte sich der Hilfe Flandins, der am 11. Juni 1938 in der Deputiertenkammer eine scharfe Rede hielt und die französische Militärhilfe an die Rotspanier brandmarkte. Auch von Sir Eric Phipps, dem neuen englischen Botschafter in Frankreich, erhielt Bonnet kräftige Unterstützung. Die französische Grenze gegen die Loyalisten war schon am 13. Juni 1938 für militärische Hilfeleistungen wirksam gesperrt, doch wurde das von der Regierung nicht sofort öffentlich zugegeben[29].

Bonnet wies am 16. Juni 1938 in der Deputiertenkammer den Antrag der Kommunisten auf eine öffentliche Debatte über die Spanienpolitik ab. Zwei Tage darauf griff Blum Bonnet im Populaire an. Er bestand darauf, Frankreich solle sämtliches verfügbare Kriegsmaterial nach Spanien senden, bis die italienischen Freiwilligen von Francos

Seite zurückgezogen würden. Wie gewöhnlich fand er kein Wort der Kritik an den acht internationalen Brigaden und am Einsatz sowjetischer Techniker durch die Loyalisten. Diese bemühten sich inzwischen mit großem Nachdruck um die spanische Goldreserve in Frankreich, die Franco natürlich ebenfalls beanspruchte. Die Gewährung der loyalistischen Ansprüche hätte sich mit größter Gewißheit verhängnisvoll auf Bonnets Italienpolitik ausgewirkt, aber ein solches Ergebnis war ein für alle mal ausgeschlossen, als der Gerichtshof zu seinen Gunsten entschied.

Bonnet ließ am 6. Juli seinem Sieg in dem Rechtsstreit vor dem Pariser Gerichtshof die öffentliche Ankündigung folgen, Frankreich beabsichtige nicht, weitere Lieferungen von Kriegsmaterial an die Loyalisten zu dulden. Diese Nachricht wurde natürlich in Italien mit Freude begrüßt und Bonnet hoffte, mit Mussolini eine endgültige Verständigung erreichen zu können, wenn erst die deutsch-tschechische Krise erfolgreich überwunden sein würde. Die Kommunisten und Sozialisten hatten während der Feierlichkeiten am 14. Juli 1938, dem Gedenktag der Erstürmung der Bastille, wieder ihre alten Sprechchöre angestimmt: „Flugzeuge für Spanien!", aber es gab keine ernsten Zwischenfälle und es kam auch nicht zu größeren Gewalttätigkeiten. Die neue französische Politik echter Neutralität im Spanischen Bürgerkrieg blieb unverändert bis zur schließlichen Niederlage der Loyalisten acht Monate später, im März 1939[30].

Bonnet war in der besten Stimmung, als der Zug mit dem englischen Herrscherpaar am 19. Juli 1938, 4.50 nachmittags, in Paris in den Bahnhof Bois de Boulogne einlief. Seine einzige Enttäuschung war das Ausbleiben der kleinen Prinzessinnen. Präsident Lebrun stellte dem König und der Königin die Kabinettsmitglieder vor und auch Herriot und Jeanneney, die Präsidenten der Kammer und des Senats. Es folgte eine prächtige Parade auf den Champs d'Elysées, und riesige Menschenmengen begrüßten den königlichen Besuch mit offensichtlicher Begeisterung. Selbst die Humanité, das Hauptblatt der Kommunisten, behandelte den Besuch tolerant, und es gab keine unerfreulichen Zwischenfälle, nichts störte die Harmonie, die das häufige Erscheinen des englischen Königspaares in der Öffentlichkeit begleitete[31].

Spät abends begrüßten der König und die Königin ganz aus eigener Initiative vom Balkon ihres Appartements am Quai d'Orsay einen freundlichen Umzug. Die Feierlichkeiten fanden ihren Höhepunkt in einer gewaltigen Truppenparade in Versailles am 21. Juli 1938. Man sah riesige Mengen von Panzern, schmuck paradierende Infanterie und

farbenfrohe Kavallerieabteilungen, während am Himmel einige hundert Kriegsflugzeuge über die Köpfe hinwegzogen. Halifax, der das Königspaar nach Paris begleitete, hatte Bonnet am 20. Juli anvertraut, die britische Regierung beabsichtige, Lord Runciman mit einem Stab von Sachverständigen des britischen Außenamtes in die Tschechoslowakei zu entsenden. Bonnet konnte die Truppenschau ungestört genießen. Er war überzeugt, daß es keinen Krieg geben würde[32].

Die bevorstehende Mission Runcimans wurde in Paris am 26. Juli 1938 nach der Heimreise des englischen Königspaares öffentlich bekanntgemacht. Der Zeitpunkt war überaus glücklich gewählt. Der hohe britische Besuch hatte die englisch-französische Solidarität unterstrichen und Frankreich willkommene Gelegenheit gegeben, seine bewaffnete Macht in der größten Militärparade seit 1919 zur Schau zu stellen. Die britische Initiative zur Vermittlung in der Tschechoslowakei wurde vom größten Teil der französischen Presse als eine großzügige Geste gebilligt. Es wäre für Frankreich wegen seiner besonderen Bündnisverpflichtung gegenüber den Tschechen peinlich gewesen, diese Rolle selbst zu übernehmen. Ein Vermittlungsversuch Italiens hätte unter den französischen Marxisten einen Aufruhr erzeugt. Weitgehend wurde eingeräumt, daß die britische Intervention die angemessene Lösung sei.

Fast jeder gab zu, es werde keinen Krieg geben, solange Runciman in Böhmen sei. Der ehemalige Leiter der britischen Handelskammer wurde im Temps als ein furchtloser Mann von großer Redlichkeit bezeichnet. Er war einer jener englischen Alt-Staatsmänner, die Achtung genossen und denen das britische Empire jederzeit auch Aufträge mit unangenehmen Begleiterscheinungen zur Erledigung anvertrauen konnte, bei denen keinerlei Wahrscheinlichkeit bestand, daß sie zu einem persönlichen Triumph führen würden. Die Erfahrung zeigte, daß der „unparteiische Vermittler" damit rechnen mußte, am Ende von allen Seiten angeprangert zu werden.

Die Runciman-Mission wurde anfangs nur von wenigen Blättern der Kriegspartei angegriffen, so von Humanité, von Ce Soir und von Epoque. Doch die Ansicht der Action Française, Kerillis ähnele „einem hysterischen alten Weib", breitete sich in Paris aus. Selbst der Oeuvre, das Blatt, für das Madame Tabouis schrieb, gab am 27. Juli 1938 zu, eine Kompromißlösung des Sudetenproblems sei für Frankreich von höchstem Interesse[33]

Einen auffallend bitteren Ton in dem harmonischen Konzert der Rechten schlug Tardieu im Gringoire an, aber viele Franzosen waren

sich einig, das Urteil des ehemaligen Premiers habe unter der bitteren Enttäuschung gelitten, sich endgültig von der Macht ausgeschaltet zu sehen. Trotzdem ließ sich nicht einfach leugnen, daß er die Grundfragen mit außerordentlichem Realismus und mit großer Klarheit untersuchte. Im ganzen zeigten die Darlegungen Tardieus, daß er schließlich einen Standpunkt einnahm, der dem Bonnets sehr nahe kam, wenn das damals auch von der französischen Öffentlichkeit nicht allgemein erkannt wurde.

André Tardieu, der Einsiedler von Menton, war entsetzt über die augenscheinliche Selbstzufriedenheit der Franzosen im Juli und August 1938. Er hatte sehr wenig Vertrauen zur englischen Führung und war der Auffassung, Halifax hätte als Vizekönig von Indien nach 1926 völlig versagt, trotz des Umstandes, daß man bewußt einen Propagandafeldzug inszeniert hatte, der die Welt davon überzeugen sollte, daß es ihm gelungen sei, eine dauerhafte Befreiung jenes unglücklichen Landes herbeizuführen. Tardieu traute weder Halifax, Runciman, noch irgendeinem andern Engländer zu, die Probleme lösen zu können, denen sich Frankreich gegenübersah. Er merkte an, daß der Besuch Georgs VI. fünfunddreißig Jahre nach dem berühmten seinerzeitigen Besuch Eduards VII. stattgefunden habe, der seinerseits sechzig Monate nach der Demütigung Frankreichs durch die widerwärtige Faschoda-Affäre einer Umkehrung der englandfeindlichen Politik Frankreichs sehr zustattengekommen war. Die Engländer und Franzosen waren während der vergangenen fünfunddreißig Jahre Freunde gewesen oder zumindest wurde dies in weiten Kreisen geglaubt. Vor jenem Zeitpunkt waren sie gewöhnlich Feinde[34].

Tardieu erinnerte daran, daß die Geschichte der englisch-französischen Beziehungen in erster Linie eine Geschichte von Kriegen zwischen den beiden Ländern sei. Der berühmte hundertjährige Krieg hatte in Wirklichkeit fast zweihundertfünfzig Jahre gedauert. Von 1688 bis 1815, während einer Zeitspanne von einhundertsiebenundzwanzig Jahren, hatten die beiden Länder sechzig Jahre lang miteinander in Krieg gelegen. Das neunzehnte Jahrhundert hatte ernste Rivalitäten und Konflikte zwischen den beiden Mächten in Algerien, Syrien, Ägypten, Tunesien, der Südsee, Siam, Marokko, Madagaskar, Sansibar, im Kongo und im Sudan gesehen. Die Entente von 1904 war schließlich aus all dem hervorgegangen, aber Tardieu wußte, daß die Engländer und Franzosen einander immer noch nicht wirklich leiden mochten, ungeachtet des modernen Geschmackswechsels in solchen Dingen wie Abendkleidern und Rennpferden.

Vor allem betonte Tardieu, daß Großbritannien selbst nach 1918 mehr Zeit darauf verwandt habe, Frankreich Widerstand zu leisten, als ihm beizustehen. Er erinnerte daran, daß Lloyd George nach dem Ersten Weltkrieg Clemenceau lachend erklärt habe, Großbritannien werde sich nun wieder gegen Frankreich stellen müssen, aus alter Anhänglichkeit an seine noch ältere Politik des Gleichgewichts der Kräfte. Lloyd George wollte die Sache als Scherz aufgefaßt wissen, aber die nachfolgenden Ereignisse, von den Meinungsverschiedenheiten in Spa im Jahre 1920 bis zur britischen Aufkündigung des Hoare-Laval-Pakts im Jahre 1935, zeigten, daß unter seiner heiteren Maske tödlicher Ernst sich verbarg.

Tardieu blieb dabei, es sei Großbritannien im Jahre 1935 endlich gelungen, den verhängnisvollen Schlag zu führen, der das französische Übergewicht auf dem europäischen Festland unterhöhlt habe. Es sei lächerlich, anzunehmen, die britischen Toryführer könnten jetzt den Erfolg einer Strategie bedauern, deren Erbschaft sie von Lloyd George übernommen und die sie mit einmütiger Zielstrebigkeit über fünfzehn Jahre lang verfolgt hätten. Auch die Mission Runcimans sei nur ein weiteres Anzeichen dafür, daß Frankreich in der Außenpolitk die britische Führung begrüße. Wohin aber würde das alles letztlich führen? Weite Kreise hofften, eine französische Unterordnung unter die britische Führung bedeute Frieden. Tardieu befürchtete, die kritiklose Hinnahme der britischen Initiative würde darin gipfeln, daß Frankreich abermals in einen unheilvollen europäischen Krieg hineingezogen werde. Das einzig denkbare Gegenmittel für Frankreich in dieser Lage sei, eine eigenständige, unabhängige Politik zu entwickeln. Es würde für Frankreich ebenso demütigend wie widersinnig sein, für die britische Politik des Kräftegleichgewichts in den Krieg zu ziehen, nachdem die britischen Staatsmänner selbst Frankreich jener bevorzugten Vormachtstellung in Europa beraubt hätten, deren es sich einmal erfreut hatte. Die Untersuchung Tardieus gipfelte in dem sehr eindringlichen Notruf, der an die Warnung Flandins, eines anderen ehemaligen Premiers, vom 26. Februar 1938 erinnerte: „Hütet euch vor den Engländern!"

Tardieu bemerkte in Frankreich noch andere Illusionen außer der kindischen Annahme, die Engländer führten ihre Außenpolitik in erster Linie unter dem Gesichtspunkt französischer Interessen. Eine davon war, man könne sich darauf verlassen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Franzosen retten würden, wenn ihr Staatsschiff in Gefahr geriete, von den Umwälzungen in Europa überspült

zu werden. Die letzten Reden Cordell Hulls und Key Pittmans hinterließen den Eindruck, die Vereinigten Staaten könnten sich in „unsere Angelegenheiten" (d. h. europäische Angelegenheiten) einmischen. Tardieu bemerkte jedoch, daß die Geschichte sich selten wiederhole, und sagte voraus, die tatkräftige amerikanische Intervention, die Frankreich im Jahre 1917 „gerettet" habe, (d. h., ihm den längst aufgegebenen totalen Sieg anstelle eines dauerhaften Vergleichsfriedens geschenkt habe), werde sich keinesfalls wiederholen. Mit Verachtung stellte Tardieu fest, daß ein großer Teil der amerikanischen Presse Chamberlains objektive Haltung gegenüber Italien und Deutschland beklage und als eine Verletzung der Gefühle „amerikanischer Idealisten" (in Wirklichkeit vor allem Marxisten und englandfreundlicher Konservativer von der Ostküste) bezeichne. Er wisse, daß dies billiges Gerede sei, darauf berechnet, oberflächliche Geister zu verwirren. Das gleiche gelte für Roosevelts Anspielungen auf „die sich abzeichnende Front der drei Demokratien". Die Tatsache, daß Roosevelt eine weitere Milliarde Dollar für seine Marine aufbringen konnte, bedeute nicht, daß er in Europa intervenieren könne.

Tardieu bezeichnete die Amerikaner als „ein Volk von Emigranten, das sich von seinen Ursprüngen losgesagt hat." Die traditionelle amerikanische Einstellung gegenüber europäischen Konflikten sei in Wirklichkeit eine überlegene Ruhe. Ein paar Journalisten interventionistischer Färbung schlügen beträchtlichen Lärm, und ohne Zweifel teile auch Präsident Roosevelt deren Meinung. Das bedeute aber nicht, daß die Vereinigten Staaten abermals in Europa intervenieren würden. Die meisten Amerikaner hätten das große Abenteuer von 1917 in „unangenehmer Erinnerung". Das sei gewiß nicht überraschend. Tardieu stellte fest, daß die Vereinigten Staaten 1938 in den Tiefstand der Krise von 1932 zurückfielen, und daß die Amerikaner ihrer Beteiligung am Ersten Weltkrieg die Schuld daran gäben. Die Arbeitslosigkeit nehme in Amerika wieder zu, und — Tardieu vermerkte es mit Verachtung —, Roosevelt gebrauche die Pumpe nach der Art Léon Blums. Das gleiche unbefriedigende Verfahren führe jedoch überall zu den gleichen schlechten Ergebnissen.

Tardieu erklärte seinen Lesern, Amerikas Staatsschulden würden noch vor Ende des Jahres 1938 den astronomischen Stand von vierzig Milliarden Dollar überschreiten. Es wäre töricht von den Amerikanern, sich der Gefahr eines völligen Bankrotts auszusetzen, indem sie kostspielige Verpflichtungen in Europa auf sich nähmen. Tardieu sagte treffend voraus, Roosevelt werde die Kongreßwahlen im November

1938 verlieren. Er rief seinen Lesern auch ins Gedächtnis, daß eine weitere Präsidentenwahl im November 1940 bevorstand, und daß Roosevelt sich bald dem Ende seiner zweiten und letzten Amtszeit nähern würde. Er würde nicht mehr allzulange als der selbsternannte Führer eines imaginären Kreuzzuges zur Verfügung stehen.

Tardieu hielt es für durchaus wahrscheinlich, daß Roosevelts Nachfolger ein „Isolationist" aus der Republikanischen Partei sein würde, und rief seinen Lesern zu, unter diesen Umständen verrate die Erwartung einer amerikanischen Intervention in Europa eine Verwegenheit, die an Irrsinn grenze. Tardieu selbst fiel nach einem Schlaganfall im Juli 1939 in Umnachtung. Bis zu diesem Zeitpunkt verfolgte er weiterhin den Fortgang der Ereignisse ohne das geringste Vertrauen zu Daladier und Bonnet. Seine größte Sorge, es würde den Engländern gelingen, Frankreich in einen unnötigen Krieg hineinzuziehen, war sehr begründet. Bonnets Beurteilung der Weltlage war nicht weniger realistisch als die Tardieus. Die eigentliche Frage aber war die, ob er die Charakterstärke haben würde, sich einem unvernünftigen britischen Versuch zu widersetzen, Frankreich in einen unheilvollen Krieg zu verwickeln. Das Problem war im August 1938 noch nicht akut, aber die Vorahnungen Tardieus zeugten von einer bemerkenswerten Klarsicht[35].

Tardieus Befürchtungen wurden von Pierre Laval in vollem Umfang geteilt. Dieser erklärte seinem engen, persönlichen Freund Wladimir Sokolowsky (einem weißrussischen Beamten Frankreichs), England habe sich einer französisch-deutschen Verständigung stets widersetzt. Auf die britische Politik der Zugeständnisse sei kein Verlaß, da sie ausschließlich auf Erwägungen oberflächlicher und irregeleiteter Zweckmäßigkeit beruhe, nicht aber auf irgendwelchen Überzeugungen. Laval achtete Bonnets guten Willen, aber er hatte sehr wenig Vertrauen zu seiner Charakterstärke. Joseph Caillaux hegte die gleichen Zweifel gegenüber dem vorher rückhaltlos bewunderten Daladier. Die einzige wirkliche Sicherung Frankreichs hätte man im französischen Parlament suchen müssen. Laval war davon überzeugt, daß man dem Senat vertrauen dürfe, er werde sich der unnötigen Verwicklung Frankreichs in einen Krieg auf Verlangen Englands widersetzen[36].

Emanuel Berl, der jüdische Herausgeber der Marianne, teilte Lavals Ziel einer endgültigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die britischer Einmischung und Störung unzugänglich sein würde. Er war allerdings beunruhigt über Kritiker, die hartnäckig verlangten, er solle der eifernde Fürsprecher eines Purim (militärisches

Kreuzzugsunternehmen) gegen den deutschen Nationalsozialismus sein, nur weil er ein Jude war. Laval verstand ihn und sagte ihm: „Sie dürfen ganz sicher sein, daß Sie und die andern in Ihrer Lage allen Ihren Glaubensgenossen einen Dienst erweisen."

Es bedurfte nur geringer Vorstellungskraft, um einzusehen, daß ein europäischer Krieg in der Zeit einer allgemeinen Neuordnung, wie Bertrand de Jouvenel sie beschrieben hatte, die Probleme, denen sich die Juden gegenübersahen, gewiß eher vermehren als vermindern würde. Dabei spielte es keine Rolle, was für zeitweilige Triumphe ihrer Rache die Juden in dieser oder jener besonderen Situation auch davontragen mochten. Berls Haß auf die neuzeitliche europäische Kriegführung rührte von seinen persönlichen Erfahrungen in den Schützengräben von 1915 her; Lavals Haltung ergab sich, wie Berl es ausdrückte, aus der reinen Quelle seines abstrakten Denkens und Überlegens. Beide Männer widersetzten sich dem Anlaß zu unnötigen Leiden anderer. Das galt auch für Bonnet, aber Laval und Berl hegten aufrichtige Zweifel daran, daß er genug fanatische Entschlossenheit besäße, um mit Erfolg für den Frieden zu kämpfen[37].

Siebzehntes Kapitel

DIE MÜNCHNER KONFERENZ BONNETS GRÖSSTER TRIUMPH

Der August des Jahres 1938 verstrich ohne jedes Anzeichen einer kommenden Kompromißlösung zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen. Deutschland blieb ruhig, aber in Frankreich war sich jedermann dessen bewußt, daß deutsche Arbeiter Tag für Tag vierundzwanzig Stunden an den Befestigungen des neuen, Siegfried-Linie genannten Westwalls gegenüber der Maginotlinie beschäftigt waren. Dieses Befestigungswerk war bereits das Wahrzeichen einer unübersteigbaren Schranke, die eine erfolgreiche französische Intervention in Mitteleuropa ausschloß. Die Franzosen hielten allgemein ihre eigene Maginotlinie für unüberwindlich. Welche Chance würde je eine französische Armee haben, ähnliche, von den Deutschen errichtete Befestigungsanlagen zu durchbrechen? Welchen Sinn konnte es haben, zugunsten eines Verbündeten zu intervenieren, der von Frankreich durch dieses unübersteigbare Bollwerk getrennt war[1]?

Blum sagte am 17. August im Populaire voraus, Hitler würde sich auf die englische und französische Unterstützung der Mission Runcimans verlassen, um seine Ziele in der Tschechoslowakei zu erreichen. Er hoffte, Großbritannien und Frankreich würden Hitler diesen Gefallen nicht tun. Er behauptete auch, Hitler bluffe nur, aber man teilte seine Meinung kaum. Italien war Deutschland freundlich gesinnt und die Feindschaft Polens und Rumäniens gegenüber der Sowjetunion schloß das Eingreifen der Roten Armee auf seiten der Tschechen aus. Der Besuch des französischen Luftwaffenkommandeurs Vuillemin in Deutschland im August 1938 hatte eher den Anschein eines Aufklärungsunternehmens, das Deutschlands Luftherrschaft nur bestätigen konnte. Warum sollte Hitler eine Kraftprobe mit der Tschechoslowakei fürchten?

Vuillemin unterbreitete dem französischen Kabinett am 22. August 1938 einen ausführlichen Bericht. Er unterstrich die deutsche Luftüberlegenheit und Hitlers offenkundigen Wunsch, mit Frankreich in Freundschaft zu leben. Bonnet war ungemein erfeut über den Bericht, der bei den meisten seiner Kollegen einen starken Eindruck hinterließ[2].

Lord Runciman führte mit dem tschechischen Präsidenten Benesch am 27. August 1938 ein Gespräch im Hradschin. Er hatte seine Untersuchung der Verhältnisse in der Tschechoslowakei praktisch abgeschlossen und arbeitete nunmehr seinen Bericht aus. Einige Kritiker bemängelten, er habe den größten Teil seiner Zeit darauf verwandt, im Sudetenland mit den örtlich führenden Deutschen zu sprechen, statt sich die Tschechen anzuhören. Aber das war nur natürlich, da die Nöte der Sudetendeutschen, nicht die der Tschechen der Auseinandersetzung zugrundelagen. Runciman warf Benesch am 27. August vor, er habe bis zu diesem Zeitpunkt versäumt, den Sudetendeutschen greifbare Zugeständnisse anzubieten. Die drei Pläne, die Hodza den maßgebenden sudetendeutschen Führern Konrad Henlein und Karl Frank vorgelegt hatte, enthielten weit weniger als das Karlsbader Programm vom 24. April 1938. Runciman räumte Benesch gegenüber ein, den britischen Staatsmännern ginge es nicht um die Idee der Gerechtigkeit für die Sudetendeutschen an sich. Das Problem läge ganz anders. Großbritannien könnte erst 1939 kriegsbereit sein. Zur Zeit wäre es nicht bereit. Es sei deshalb wichtig, 1938 einen Krieg zu vermeiden. Runciman riet Benesch, den Karlsbader Forderungen zu entsprechen. Er drohte damit, die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland zu empfehlen, falls der tschechische Präsident sich weigere. Am gleichen Tag erklärte Sir John Simon in einer Rede in Lanark in Schottland, er glaube, eine Kompromißlösung zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen sei möglich[3].

Die Deutschen begannen am nächsten Tag, einen großen Teil ihres Heeres an den tschechischen Grenzen zu konzentrieren. Das britische Kabinett trat am 29. August zusammen und Lord Halifax wurde die Genehmigung erteilt, von Berlin die Zusicherung zu erwirken, daß Deutschland für die Dauer des Aufenthaltes von Runciman nicht gegen die Tschechen marschieren würde. Sir Nevile Henderson führte am 1. September die britische Demarche in Berlin durch, aber Ribbentrop lehnte es ab, ihm über die deutschen militärischen Maßnahmen beruhigende Auskünfte zu erteilen. So ging der Monat August vorüber, ohne daß etwas erreicht worden war. Die Eröffnung des Nürnberger Parteitages war für den 6. September zu erwarten und in Lon-

don befürchtete man, Hitler könnte eine Rede halten, welche die Krise einem Höhepunkt zutriebe[4].

Zu diesem Zeitpunkt nahm Bonnet im Interesse der französischen Moral und aus Prestigegründen zu einer theatralischen Geste seine Zuflucht. Seit Ankündigung der Mission Runcimans hatte die Initiative ausschließlich bei den Engländern und bei den Deutschen gelegen, und es war an der Zeit, einen Teil der Aufmerksamkeit auch auf die Rolle Frankreichs zu lenken. Bonnet und der amerikanische Botschafter Bullitt sollten am 4. September 1938 der Einweihungsfeier für das neue, an der Küste gelegene Denkmal von Point de Grave zu Ehren der amerikanischen Expeditionstruppen im Ersten Weltkrieg beiwohnen. Der französische Außenminister schlug einen Austausch von Ansprachen vor, der den Eindruck vermitteln sollte, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1938 wiederum an der Seite Frankreichs stünden. Er wisse, daß von einer definitiven amerikanischen Verpflichtung keine Rede sein könne, aber er werde eine Geste in mehrdeutigen Formulierungen zu würdigen wissen. Bonnet hatte Bullitt zur Zeit der öffentlichen Bekanntgabe der Runciman-Mission gesagt, man hätte allen Grund zu der Annahme, daß sie zu einer erfolgreichen Beilegung führen werde. Er wiederholte diese Anschauung Henry Morgenthau jr. gegenüber, der in Frankreich weilte, um Léon Blum aufzusuchen. Einige Wochen danach änderte er sein Urteil und prophezeite Bullitt, es werde im September zu einer ernsten Krise kommen. Bullitt überredete Präsident Roosevelt, die von Bonnet vorgeschlagene öffentliche Ansprache zu billigen. Der Vorteil für Bonnet lag offen zutage. Die Bullitt-Rede würde sein eigenes Ansehen bei seinen Kabinettskollegen erheblich steigern und andrerseits seine Chance vergrößern, der gefährlichen Lage Herr zu werden, die sich aus Runcimans weithin fruchtloser Mission ergab[5].

Bullitt kündigte in seiner Rede am 4. September an, die Vereinigten Staaten würden sich wohl an einem neuen europäischen Krieg beteiligen, falls auch Frankreich in ihn verwickelt würde. Bonnet antwortete mit einer Ansprache, die viel weiter ging, als Bullitt erwartet hatte. Er erklärte, es gebe eine Übereinstimmung der Anschauungen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung. Diese Ankündigung wurde in Frankreich als Sensation aufgenommen und das persönliche Ansehen Bonnets stieg weiter an. Es gab einen Sturm der Kritik in den Vereinigten Staaten und Präsident Roosevelt, der stets zu Rückzügen neigte, wenn er sich einem Druck ausgesetzt sah, rückte in seiner Pressekonferenz am 11. September 1938 von Bullitt ab. Doch

wurde dieses Abrücken Roosevelts am Vorabend der großen Rede Hitlers in Nürnberg von den Franzosen kaum beachtet. Bonnet hatte zu diesem Zeitpunkt die echten Vorteile schon geerntet. Was bedeutete schon der Verlust der Tschechoslowakei als Verbündeten, wenn Frankreich den Beistand der mächtigen Vereinigten Staaten gewann? Bonnet war sich darüber im klaren, daß er auf dem Höhepunkt der kommenden Krise jedes nur denkbare Argument benötigen werde. Seine Taktik änderte sich von einem Augenblick zum andern, aber sein Ziel, einem neuen, großen europäischen Krieg aus dem Wege zu gehen, blieb stets das gleiche[6].

Präsident Benesch nutzte bewußt den Präzedenzfall, den der Premier Nicholas Pasic von Serbien im Juli 1914 geschaffen hatte, und ermächtigte Krofta und Hodza, am 4. September 1938 den Führern der Sudetendeutschen den Plan Nummer vier vorzulegen. Die Serben waren bei ihrem berühmten Vorgehen 1914 dem österreichischen Verlangen nach Genugtuung für den Mord an dem österreichischen Thronfolgerpaar soweit nachgekommen, daß Kaiser Wilhelm II. ausrief, Österreich solle sich damit zufriedengeben. Es blieben jedoch mehrere wichtige Forderungen übrig, deren Erfüllung die Serben verweigerten. Benesch hoffte, die britischen und französischen Staatsmänner würden, wenn sie von Plan Nummer vier erführen, ausrufen, Hitler und Henlein sollten sich zufriedengeben. Vielleicht würden sie dann der Tschechoslowakei zu Hilfe eilen.

Plan Nummer vier bewilligte einige der Karlsbader Forderungen, ließ aber eine besonders wesentliche Frage, die der ideologischen Freiheit, unberücksichtigt. Diese Freiheit gewähren, hätte das offene Bekenntnis der Mehrheit der Sudetendeutschen zu den Grundsätzen des Nationalsozialismus bedeutet. Auch enthielt der Plan kein Entgegenkommen hinsichtlich der Schaffung eines getrennten, autonomen deutschen Gebietes, nämlich des Sudetenlandes selber. Stattdessen bestand Benesch darauf, das gewünschte autonome Gebiet in der Größe beträchtlich einzuengen und in verschiedene kleinere, gesonderte Bezirke aufzuteilen. Den Führern der Sudetendeutschen wäre möglicherweise von Hitler angeraten worden, die tschechischen Vorschläge anzunehmen, wenn sie früher angeboten worden wären, und zwar vor der berüchtigten tschechischen Mobilmachungskrise vom 21. Mai 1938. Doch erfuhr Runciman am 5. September 1938, daß der neueste tschechische Plan für den deutschen Kanzler unannehmbar sei[7].

Später verbreitete Benesch eine phantasievolle Lüge des Inhalts, er habe den Führern der Sudetendeutschen Ernst Kundt und Wilhelm

Sebekovsky, am 4. September einen Blankoscheck angeboten, noch bevor er den Plan Nummer vier genehmigte. In Wirklichkeit hatten die beiden Männer an diesem Tag noch nicht einmal bei Benesch vorgesprochen[8].

Die Reaktion Londons auf die deutsche Ablehnung des Planes Nummer vier fiel wesentlich anders aus, als Benesch sie erhoffte. Geoffrey Dawson, der Herausgeber der Londoner Times, schrieb am Abend des 6. September auf Bitten seines guten Freundes Lord Halifax einen Aufsatz von entscheidender Bedeutung. Er erschien in der Londoner Times am Morgen des 7. September 1938 und war der sensationellste Artikel, der in der europäischen Presse seit Barthélemys Angriff auf Frankreichs Ostbündnissystem im Temps am 12. April 1938 veröffentlicht worden war. Dieser Aufsatz befürwortete die völlige Abtretung des gesamten Sudetenlandes an Deutschland, noch bevor Hitler eine derartige Forderung auch nur formuliert hatte. Runciman hatte aus seiner Enttäuschung über die spitzfindige Taktik Beneschs keinen Hehl gemacht. Diesem war offensichtlich mehr daran gelegen, englische und französische Unterstützung zu erlangen, als zu einer Einigung mit den Sudetendeutschen zu kommen. Chamberlain und Halifax hatten darauf in der Weise reagiert, daß sie die Teilung der Tschechoslowakei förderten. Der tschechische Gesandte Slavik berichtete am gleichen Tage aus Warschau, die Polen wären von diesem Gedanken sehr angetan.

Bonnet wurde durch das unerwartete Ergebnis der Runciman-Mission völlig überrascht. Die Weigerung der Führer der Sudetendeutschen, Plan Nummer vier anzunehmen, wurde in London als das letzte Wort im Vermittlungsbemühen Runcimans angesehen, aber Bonnet sah keinen Grund zu einer solchen britischen Haltung. Er zog die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Tschechen und den Führern der Sudetendeutschen vor, um eine Kompromißlösung auf der Grundlage echter Autonomie zu erreichen, statt von vornherein eine Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland. Er wäre bereit gewesen, mit den Engländern auf die Tschechen einen Druck auszuüben, das ungekürzte Karlsbader Programm anzunehmen, aber London machte keinen Vorschlag dieser Art. Bonnet hatte früh am 7. September 1938 Charles Corbin angewiesen, Halifax zur gemeinsamen Abgabe einer starken englisch-französischen Erklärung zugunsten weiterer Unterhandlungen zu raten. Er setzte dieses Bemühen sogar noch nach dem Erscheinen des Aufsatzes in der Londoner Times fort, wurde aber von Halifax am 9. September daran erinnert, daß weder die britische Re-

gierung noch das englische Volk zu einem Krieg um der Tschechen willen bereit sei, falls Hitler in Wahrnehmung der sudetischen Ansprüche Schritte unternehme. Das war für Bonnet, der auch nicht für die Tschechen kämpfen wollte, nichts Neues. Aber die beharrliche Betonung, die von den britischen Politikern darauf gelegt wurde, eine Fortsetzung der Runciman-Mission würde wahrscheinlich zum Kriege führen, gab ihm Rätsel auf. Die Tätigkeit Runcimans war zugegebenermaßen fruchtlos geblieben. Bonnet glaubte immerhin, die Engländer und Franzosen sollten fortfahren, sie zu unterstützen, bis eine Regelung erreicht wäre oder Hitler selbst die Verantwortung für die Vereitelung weiterer Bemühungen übernähme. Das war ja die Auffassung, die der Mission in erster Linie zugrundegelegen hatte. Stattdessen hatten die Briten selbst nun den ersten Schritt zur Torpedierung ihres eigenen Vermittlungsbemühens getan[9].

Daladier hatte am 5. September 1938, vor Eröffnung des alljährlichen Nürnberger Parteitages, darauf bestanden, daß die französischen Reservisten und Fachleute einberufen würden. Die allgemeine Spannung in Frankreich nahm zu. Kerillis beharrte am 9. September in der Epoque auf seinem Standpunkt, Frankreich könnte es sich nicht leisten, Hitler den Erwerb des Sudetenlandes zu gestatten. Er befürwortete unbekümmert die einseitige Unterstützung der Tschechen in der Hoffnung, die Engländer würden so gegen ihren Willen gezwungen sein, Frankreich beizustehen[10].

In den folgenden Tagen wurde die Lage noch verworrener. Offensichtlich wurden die Verhandlungen zwischen den Tschechen und den Führern der Sudetendeutschen auf unabhängiger Grundlage fortgesetzt, obwohl Runciman nach London zurückgekehrt war. Göring und Goebbels hielten am 10. September in Nürnberg Reden, in denen sie an Benesch und an der tschechischen Regierung Kritik übten. Präsident Benesch hielt am gleichen Tag eine dreiste und herausfordernde Rede. Er gab zu, daß es ihm nicht gelungen sei, eine Übereinkunft mit den Führern der Sudetendeutschen zu erzielen, verkündete jedoch, er sei immer ein Optimist gewesen und nach den jüngsten Ereignissen habe sein Optimismus sogar noch erheblich zugenommen. Es lag auf der Hand, daß er immer noch mit britischer und französischer Unterstützung gegen Hitler rechnete. Chamberlain hielt am 11. September eine Ansprache, in der er einräumte, daß Großbritannien in einen Krieg zwischen den Deutschen und den Tschechen wahrscheinlich hineingezogen werden würde. Chamberlains Bemerkung war zwar keine feste Verpflichtung, den Tschechen Beistand zu leisten, kam aber einer sol-

chen wesentlich näher als irgendeine seiner früheren Äußerungen. Bonnet begann sich zu fragen, ob die Engländer letzten Endes vielleicht doch eine Umstellung ihrer Politik zugunsten des Krieges in Betracht zögen. Er wußte, daß Frankreich damit in eine äußerst gefährliche Lage geraten würde, in der es ihm fast unmöglich wäre, von sich aus etwas zur Erhaltung des Friedens zu unternehmen[11].

Hitler vermied in seiner Nürnberger Rede am 12. September 1938, Deutschland endgültig zur Intervention im Sudetenland zu verpflichten, flocht aber zahlreiche Drohungen und Beschwörungen ein, die Frankreich zur Nichteinmischung bewegen sollten, falls Deutschland sich zum Eingreifen entschlösse. Hitler erinnerte daran, daß Deutschland „in vielen Himmelsrichtungen" zufriedenstellende Grenzen hätte. Er wiederholte, er habe keinen Streit mit Frankreich und betrachte Deutschlands Grenze im Westen als befriedigend und endgültig. Es war Bonnet oder François-Poncet unmöglich, die unmittelbaren Absichten des deutschen Kanzlers zu erraten (in späteren Jahren stellte sich heraus, daß er sich zu dieser Zeit noch nicht schlüssig geworden war), aber die Dinge nahmen eine bedenkliche Wendung, als die Tschechen am Morgen des folgenden Tages im Sudetenland das Standrecht ausriefen. Das verursachte den endgültigen Abbruch der Verhandlungen mit den Führern der Sudetendeutschen, von denen viele verhaftet wurden. Konrad Henlein gelang es, nach Deutschland zu entkommen. Er gab an der Grenze bei Asch eine letzte Erklärung ab, in der es hieß, es sei für die sudetendeutsche Gemeinschaft unmöglich geworden, mit den Tschechen im gleichen Staat zusammenzuleben. Er begäbe sich nach Deutschland, um an der Aufstellung eines sudetendeutschen Freikorps mitzuwirken. Es war offensichtlich, daß Hitler an den Tschechen Vergeltung üben würde, indem er seiner Politik die Anregung Geoffrey Dawsons zugrundelegte, das Sudetenland Deutschland anzugliedern[12].

Daladier rief am Nachmittag des 13. September das französische Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen. Mandel sprach sich für eine sofortige allgemeine Mobilmachung aus, aber Daladier und Bonnet widersetzten sich mit Erfolg diesem Vorschlag. Bonnet berichtete, daß Litwinow dem französischen Geschäftsträger in Moskau, Payart, gesagt habe, die Sowjetunion würde nicht intervenieren, um den Tschechen zu helfen, wenn der Völkerbund Rumänien nicht dazu zwänge, den Durchmarsch russischer Truppen zu gestatten. Jeder derartige Schritt des Völkerbundes war aber offensichtlich undenkbar. Bonnet verlas mit bemerkenswerter Ausführlichkeit den Wortlaut kürzlich in

Moskau geführter Besprechungen, und am Ende fühlten sich die meisten seiner Kabinettskollegen von Litwinows Haltung hinreichend abgestoßen. Es war evident, daß die Sowjetunion nicht tatsächlich die Absicht hatte, den Tschechen zu helfen, sondern daß Litwinow Frankreich in einen Krieg gegen Deutschland hineinzumanövrieren suchte. Bonnet erinnerte seine Kollegen daran, daß weder Frankreich noch Großbritannien kriegsbereit seien und erhielt die Zustimmung des Kabinetts, weiterhin auf eine diplomatische Lösung der Krise hinzuwirken. Die Verärgerung über Litwinow spiegelte sich in dem Kabinettsbeschluß wider, alle öffentlichen Versammlungen über internationale Fragen zu untersagen. Daladier hatte kein Verlangen, das Geschrei kommunistischer Umzüge nach einem Krieg zur Unterstützung der Tschechoslowakei sich anzuhören[13].

Daladier hatte vor der Kabinettssitzung die jüngsten Vorgänge mit dem britischen Botschafter besprochen. Später, am Abend des 13. September, teilte der Premier der britischen Botschaft mit, er wünsche nochmals mit Sir Eric Phipps zu sprechen. Der britische Botschafter, der sich in der Komischen Oper entspannte, wurde eilig herbeigerufen. Daladier bedauerte abermals die Beendigung der Mission Runcimans und sagte Phipps, man solle einen neuen Schritt unternehmen, um zwischen den Tschechen und den Deutschen zu vermitteln. Er sei bereit, sich persönlich an einem neuen Vermittlungsversuch zu beteiligen. Denn Frankreich sei nicht weniger als Großbritannien entschlossen, einen unnötigen Krieg zu vermeiden[14].

Phipps berichtete Halifax. Die unverzügliche britische Antwort bereitete den französischen Staatsmännern am folgenden Nachmittag eine willkommene Überraschung. Der britische Premierminister hatte sich nämlich entschlossen, zu persönlichen Verhandlungen mit Hitler nach Deutschland zu fliegen. Bald darauf folgte die Nachricht, daß Hitler ihn in Berchtesgaden herzlich willkommen heißen werde. Die französische Presse schwenkte inzwischen rasch zum Standpunkt der Londoner Times hinüber und befürwortete die völlige Angliederung des Sudetenlandes an Deutschland. Stephan Lauzanne forderte am Morgen des 14. September in einem Aufsatz des Matin eine Volksabstimmung im Sudetenland. Der bekannte Kolumnist verglich Böhmen mit Irland und betonte, es sei ein Punkt erreicht, an dem zwei Völker mit unterschiedlichen Bestrebungen und Qualitäten nicht länger zusammenleben könnten. Das war ein herausfordernder Vergleich, denn Irland war zwar vor 1921, wie Böhmen im Jahre 1938, ein seit Jahrhunderten ungeteiltes Gebiet. Doch erfolgte die Teilung Irlands als Kom-

promißlösung zwischen dem katholischen und dem calvinistischen Teil. Tatsächlich glaubte Lauzanne, man habe mit dem Versuch im Jahre 1919, das Gesamtgebiet unter tschechische Herrschaft zu stellen, von vornherein einen Fehler begangen. Selbst Léon Blum befürwortete am 14. September im Populaire eine friedliche Lösung auf der Grundlage tschechischer Zugeständnisse an Deutschland.

Kerillis' Äußerungen an jenem Nachmittag waren fast zusammenhanglos. Er betonte in der Epoque, Frankreich habe in den vergangenen sechs Monaten ein diplomatisches Verdun erlebt und es sei nun der Zeitpunkt gekommen, da es sich als verhängnisvoll für das Land erweisen würde, auch nur einen Fingerbreit nachzugeben. Die Pariser erinnerten sich mit Verwunderung der entspannten Atmosphäre während der Ferienzeit im August und des erfreulichen Zwischenspiels des britischen Königsbesuches im Juli. Wenn das tatsächlich ein diplomatisches Verdun war, konnte es sie nur darin bestärken, der Diplomatie vor dem Kriege den Vorzug zu geben[15].

Die Nachricht von Chamberlains bevorstehendem Flug nach Deutschland wurde vom französischen Rundfunk am Abend des 14. August bekanntgegeben. Daladier gab der Presse eine kurze Erklärung, in der er in bescheidener Form für sich in Anspruch nahm, diese sensationelle Entwicklung in die Wege geleitet zu haben. Er sagte den Journalisten, nunmehr wäre es sein vordringlichstes außenpolitisches Ziel, ein freundschaftliches Einvernehmen mit Deutschland herzustellen[16].

Chamberlains Unternehmen wurde am 15. September 1938 von Paris-Midi als ein neues Hoffnungszeichen für Europa begrüßt. Wenn man die deutsch-tschechische Krise durch Verhandlungen zwischen den führenden Mächten lösen könne, brauche es gewiß keine europäischen Kriege mehr zu geben. Auch Léon Blum zollte Chamberlain im Populaire hohes Lob. Bonnet bemerkte mit Befriedigung, daß mit jedem Tag weitere französische Zeitungen für eine Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland eintraten, nachdem eine friedliche Regelung auf der Grundlage der Autonomie sich als nicht mehr durchführbar erwiesen hatte. Der französische Außenminister war seit Bekanntgabe der Runcimanmission optimistischer denn je. Es war für ihn ein erhebendes Gefühl, seinen Namen mit einem Appeasementprogramm verbunden zu wissen, das alles übertraf, was Briand je vorgeschwebt hatte[17].

Chamberlain hatte am Nachmittag des 15. September eine ausführliche, befriedigende Aussprache mit Hitler in Berchtesgaden. Der britische Premierminister deutete Großbritanniens und Frankreichs Be-

reitschaft an, die Übertragung des Sudetenlandes an Deutschland zu unterstützen. Der deutsche Kanzler war angenehm überrascht, aber er war auch verständlicherweise skeptisch. Die Zustimmung der Tschechen würde man einholen müssen. Chamberlain versprach, er wolle versuchen, diese notwendige Vorbedingung einer friedlichen Regelung zu schaffen. Die Begegnung fand einen freundlichen Ausklang (Hitler hatte seinem Wunsch Ausdruck gegeben, England zu besuchen, sobald die politische Atmosphäre günstiger wäre), und Chamberlain begab sich am folgenden Tag auf den Rückflug nach England. Bonnet und Daladier erwarteten eine sofortige Einladung nach London zur Beratung mit Chamberlain, aber der 16. September verging, ohne daß eine Einladung erfolgte. Corbin berichtete aus London, zwischen den britischen Ministern fänden intensive Besprechungen statt und die Lage sei infolge der seitens der polnischen und ungarischen Vertreter in London am 16. September eingeleiteten diplomatischen Schritte verwickelt (die Weigerung der Engländer, ihre Ansprüche ernstzunehmen, verursachte den größten Teil der Schwierigkeiten, denen Chamberlain sich in der folgenden Woche in Bad Godesberg gegenübersah). Die Ungarn baten die Engländer um Unterstützung ihrer Ansprüche gegen die Tschechen. Der polnische Botschafter hatte lediglich angedeutet, seine Regierung beabsichtige, ihre eigenen Forderungen in Prag vorzubringen. Besonders verärgert war Bonnet über die Polen, die sich nach wie vor weigerte, Frankreich eine schriftliche Zusicherung zu geben, daß sie die Tschechen nicht angreifen würden. Die englische Einladung traf erst am Sonnabendmorgen, dem 17. September, ein. Zu dieser Zeit hatte sich sogar der Petit Parisien, einer der hartnäckigsten Fürsprecher französischer Hilfe für die Tschechen, für eine Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland ausgesprochen. Die große Mehrheit der französischen Zeitungen stand jetzt fest hinter Bonnet[18].

Die französischen Staatsmänner trafen am Sonntag, dem 18. September nachmittags, in London ein. Daladier und Bonnet erklärten sich bereit, Chamberlain zu unterstützen, doch regte der französische Premier an, man solle den Tschechen eine Garantie ihrer neuen Grenze anbieten, sobald die deutschen Forderungen eine entsprechende Würdigung erfahren hätten. Bonnet teilte Chamberlain mit, daß Benesch insgeheim die Abtretung eines kleines Teiles des Sudetenlandes mit ungefähr 900 000 Einwohnern angeboten habe. Die französischen und britischen Politiker kamen übereinstimmend zu dem Schluß, daß dieses Opfer nicht genügen würde. Chamberlain kündigte an, er müsse sich mit seinem Kabinett beraten, bevor er die Beteiligung Großbritan-

niens an einer territorialen Garantie des tschechischen Staatsgebiets in Erwägung ziehen könne. Bonnet betonte, dieses Zugeständnis an die Tschechen sei wesentlich, wenn man sich ihres Mitwirkens versichern wolle. Die französischen Staatsmänner blieben im Hause Downing Street 10 einige Stunden sich selbst überlassen, während das britische Kabinett den Garantievorschlag erörterte. Bonnet bemerkte, daß man von Chamberlains düsterem Büroraum aus in einen schmalen Garten mit einigen verkümmerten Bäumen blickte. Chamberlain kam schließlich zurück und sagte seinen Gästen, die britische Garantiebeteiligung würde zu ihrer Befriedigung ausfallen, wenn erst einmal die neuen Grenzen des tschechischen Staates festgelegt sein würden. (Das britische Angebot war an Bedingungen geknüpft, und die britischen Staatsmänner hielten diese Bedingungen niemals für erfüllt.) Man einigte sich in mehrdeutigen Formulierungen, daß eine deutsche Beteiligung an jeder Art von Garantie erforderlich sein würde[19].

Im Mittelpunkt weiterer Erörterungen stand die genaue Größe des Gebiets, das an Deutschland abgetreten werden solle. Es kam zu einer weiteren Unterbrechung der Gespräche, bevor man sich auf eine englische Formel einigte, die die Abtretung aller jener Gebiete mit mehr als 50 v. H. deutscher Bevölkerung vorsah. Die letzten Verhandlungen zogen sich bis 1.00 Uhr am Morgen des 19. September hin. Dann erst war ein konkreter englisch-französischer Plan angenommen. Die französischen Staatsmänner kehrten am gleichen Morgen nach Paris zurück, und Daladier berief eine Sondersitzung des französischen Kabinetts ein. Nach seiner Rückkehr nach Paris beobachtete Bonnet, wie Blum, unbeständig wie immer, seinen Standpunkt abermals änderte. Der Sozialistenführer äußerte sich am 19. September im Populaire, der Krieg sei nun wahrscheinlich abgewendet worden, aber er empfände keine ungeteilte Freude darüber. Er bekannte, ihn „erfüllten gemischte Gefühle einer feigen Erleichterung und Scham". Bonnet selbst fühlte sich weder feige noch schämte er sich dessen, was geschah. Unerfreuliche Empfindungen dieser Art blieben ihm erspart, bis er sich im September 1939 nach dem Fehlschlag seiner Außenpolitik vom Quai d'Orsay zurückziehen durfte[20].

Die Harmonie der Montagsitzung des französischen Kabinetts vom 19. September 1938 wurde durch Reynaud, Mandel und Champetier de Ribes gestört, die eine Obstruktionstaktik anzuwenden suchten. Es war klar, daß diese drei Minister für eine unnachgiebige Politik eintraten, selbst wenn das Krieg bedeutete. Daladier und Bonnet waren darauf bedacht, die Einheit des Kabinetts zu wahren und den Rück-

tritt irgendeines ihrer Mitarbeiter zu vermeiden. Bonnet ging mit vollendeter Geschicklichkeit auf die Einwendungen und beleidigenden Bemerkungen über Frankreichs angebliche Entehrung und angebliche feige Übergabe ein. Er erinnerte das Kabinett an die Wichtigkeit der englisch-französischen Solidarität und bestritt ohne weiteres, daß es Frankreichs Absicht sei, die Tschechen mit Gewalt zur Unterwerfung zu zwingen. Bonnet schlug vor, Lacroix die Weisung zu geben, den Tschechen zur Annahme der englisch-französischen Versuchslösung zu raten, und nichts mehr. Die wirkliche Situation wurde am Abend des 19. September von der République umrissen: „Falls die Tschechen den Londoner Plan ablehnen, wird das ihr eigenes Problem sein. Uns ist kein Vertrag bekannt, der uns zur Intervention verpflichten würde[21]."

Die tschechischen Politiker waren zu diesem Zeitpunkt in Wirklichkeit eifrigst auf Übergabe bedacht. Benesch erklärte abermals, er wünsche keine zweite Schlacht am Weißen Berge. Keiner von ihnen glaubte, daß ihr Land bei einem Konflikt mit Deutschland auch nur die geringste Chance habe. Aber kapitulieren ist immer ein schwieriges Verfahren und Benesch hoffte, möglichst viel Schuld auf die Franzosen abwälzen zu können. Die tschechische Führung nahm während des ganzen 20. September eine zweideutige Haltung ein. Bonnet hatte um 1.30 Uhr morgens bei Lacroix in Prag angerufen und ihm Anweisung erteilt, wie er auf die Tschechen bezüglich des Zeitpunktes ihrer Entscheidung Druck ausüben solle. Vor allem wünschten die Franzosen, daß die Tschechen zu einer schnellen Entscheidung kämen, welcher Art diese auch sein mochte. Der französische Gesandte traf mit den tschechischen Politikern den ganzen Tag über von Zeit zu Zeit zusammen, doch war sein Druck in Wirklichkeit sehr sanft, was Bonnet auch beabsichtigt hatte[22].

Schließlich sagte Präsident Benesch Lacroix spät am Abend des 20. September, die Tschechen würden es ablehnen, einen Vergleich zu schließen, wenn sie nicht eine schriftliche Bestätigung erhielten, daß Frankreich im Falle eines deutsch-tschechischen Krieges nicht zu ihren Gunsten intervenieren würde. Die Nachricht von diesem sonderbaren Verlangen erreichte Bonnet am 20. September kurz vor Mitternacht. Er beriet sich zu dieser Zeit mit Premier Daladier, Generalsekretär Léger und Jules Henry, dem Leiter seines persönlichen Stabes am Quai d'Orsay. Den vier Männern war sofort klar, daß die Tschechen einen durchsichtigen Zug unternahmen, um die Verantwortung für ihre Kapitulation auf Frankreich abzuwälzen. Doch setzte sich Bonnets Auffassung durch, Frankreich könne das gleiche Spiel spielen. Der fran-

zösische Außenminister entwarf mit gewohnter Wendigkeit und Geistesgegenwart in aller Eile eine glänzend formulierte Note des Inhalts, daß die Engländer Frankreich im Falle eines im Interesse der Tschechen geführten Krieges kaum helfen würden und daß eine französische Intervention ohne britische Unterstützung kaum wirksam sein könne. Frankreich könne ohne eine gleichwertige Verpflichtung Englands nicht versprechen, zugunsten der Tschechen zu intervenieren. Die Erfahrung zeige jedoch, daß eine solche Zusage nicht zu erreichen sei[23].

Bonnet wälzte die Verantwortung für die tschechische Kapitulation in sehr geschickter Weise lieber auf London ab, als daß er sie wieder Benesch zugeschoben und damit möglicherweise zu einer absurden tschechischen Entscheidung Anlaß gegeben hätte, Deutschland ohne jede Aussicht auf einen tschechischen Sieg zu einem Krieg herauszufordern. Léger, Henry und Daladier gaben begeistert derselben Meinung Ausdruck, daß Bonnets Note hervorrragend in der Form, taktvoll gegenüber den Tschechen und vor allem eingedenk der Ehre Frankreichs sei. Sie beschlossen, vielleicht etwas zu überschwänglich, Präsident Lebrun zu Rate zu ziehen und seine persönliche Billigung zu erwirken (eine solche Billigung durch den Präsidenten war nach der Verfassung nicht erforderlich). Ihre Mission war leicht zu erfüllen, da der etwas aus der Fassung geratene französische Präsident der Note seine Zustimmung erteilte, ohne den Wunsch nach einer Rücksprache mit Herriot zu äußern. Der gesamte Vorgang (der Entwurf der Note, die Überlegungen am Quai d'Orsay und die Beratung mit Präsident Lebrun) hatte nur wenige Minuten in Anspruch genommen.So wurde Bonnets Note kurz nach Mitternacht nach Prag gedrahtet.

Lacroix und Newton, sein britischer Kollege, trafen mit den tschechischen Politikern am 21. September 1938 um 2.15 Uhr früh zusammen. Lacroix überreichte Bonnets Note, die von den Tschechen dankbar entgegengenommen wurde. Wenige Stunden danach gab die tschechische Regierung ihr Einverständnis mit dem englisch-französischen Plan vom 19. September bekannt. Die Kommunisten waren allerorts von dieser schnellen tschechischen Kapitulation bitter enttäuscht und der sowjetische Außenkommissar Litwinow hielt am 21. September 1938 nachmittags in Genf eine Rede. Er stellte die erstaunliche Behauptung auf, die Sowjetunion hätte eingewilligt, den Tschechen zu Hilfe zu kommen, ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der Engländer, falls Frankreich ein gleiches täte[24].

Bonnet war nicht wenig empört über diesen jüngsten Versuch des sowjetischen Diplomaten, eine friedliche Beilegung der Krise zu ver-

eiteln. Litwinows Ansprache war aber keineswegs der letzte sowjetische Schritt in dieser Richtung. Die Polen überreichten den Tschechen am 21. September eine Note, die gleiche Behandlung der polnischen Minderheit verlangte. Die Sowjetunion reagierte darauf am 23. September mit der Drohung, ihren Nichtangriffspakt von 1932 mit Polen zu kündigen, falls es die Tschechoslowakei angriffe. Es entging Bonnet nicht, daß dieses aggressive sowjetische Vorgehen während jener langen Monate auffälligerweise unterblieben war, bevor die Engländer und Franzosen die Tschechen zum Nachgeben gegenüber Deutschland überredet hatten. Die sowjetische Taktik konnte sich für Frankreich als gefährlich erweisen, falls Chamberlains zweites Treffen mit Hitler erfolglos blieb[25].

Die Gespräche zwischen Hitler und Chamberlain am 22., 23. und 24. September in Bad Godesberg am Rhein waren für Bonnet eine Enttäuschung. Der britische Premierminister war trotz Bonnets erfolgreichem Bemühen um tschechische Mitarbeit bei seinem zweiten Zusammentreffen mit dem deutschen Kanzler schlecht vorbereitet. So unglaublich dies späterhin Bonnet auch erschien, der britische Premierminister hatte versäumt, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Hitler die ungarischen und polnischen Forderungen gegen die Tschechen unterstützen könnte, und daß er für die vorgesehene Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland so etwas wie einen bestimmten Zeitplan erwarten könnte. Chamberlain war stolz auf die Tatsache, daß — weitgehend dank Bonnet — in der Woche seit seinem Treffen mit Hitler in Berchtesgaden ein englisch-französischer Plan aufgetaucht war, und daß man die Tschechen zu seiner Annahme überredet hatte. Dies bedeutete natürlich nicht, daß der britische Premierminister klug daran tat, alles weitere Nachdenken über die außerordentlich vielschichtige und unbefriedigende, in Versailles für den Bereich Böhmen und Karpathen geschaffene Situation zu unterlassen. Chamberlain hatte die Hoffnung gehegt, die Einzelheiten der Durchführung des englisch-französischen Planes in aller Ruhe überlegen zu können. Ebenso hatte er gehofft, daß Hitler die ungarischen und polnischen Ansprüche ignorieren werde, was natürlich angesichts der Tatsache, daß Hitler enge Beziehungen zu diesen beiden unmittelbaren Nachbarn Deutschlands unterhielt, unmöglich war. Dem insular denkenden Staatsmann entging auch, daß diese neuen ungarischen und polnischen Ansprüche Hitler verständlicherweise dazu verlockten, auf die Auflösung der Tschechoslowakei zu drängen. Chamberlain hatte zu keiner Zeit Verständnis für die Mentalität der Deutschen, Polen oder Ungarn und

war außerstande einzusehen, wie zuwider diesen alten traditionsreichen Kontinentalstaaten die Herrschaft des tschechischen Emporkömmlings sein mußte. Hatte doch das Königreich Böhmen seit seiner Einverleibung durch Karl den Großen im achten Jahrhundert bis zum Versailler Vertrag im Jahre 1919 in der einen oder anderen Form deutscher oder deutsch-österreichischer Oberhoheit unterstanden[26].

Hitler legte Chamberlain in Bad Godesberg eine Landkarte vor, der die gewiß letzte ehrliche Volkszählung in Böhmen-Mähren zugrundelag. Die alte habsburgische Erhabenheit über die Rivalität zwischen Tschechen und Deutschen fehlte den verfälschten Berichten der Benesch-Volkszähler nach dem Ersten Weltkrieg. Hitlers Landkarte zeigte die Gebiete mit mehr als 50 v. H. Deutschen. Der deutsche Kanzler wünschte, daß die Tschechen am 28. September anfingen, diese Gebiete in das Deutsche Reich zu überführen. Hitler wünschte auch ein Abkommen, das die gerechte Berücksichtigung der polnischen und ungarischen Forderungen garantiere. Er legte seine Ansichten mit bestimmter Höflichkeit dar und erklärte, die Forderungen der Polen und Ungarn hätten seit Berchtesgaden ein Novum erzeugt. Es ließ sich allerdings nicht bezweifeln, daß der hochbetagte britische Premierminister stark beunruhigt war[27].

Es widerstrebte Chamberlain, mit Hitler am nächsten Tag überhaupt zusammenzutreffen. Schließlich wurde nach einem Briefwechsel ein zweites Zusammentreffen am 23. September um 10.30 Uhr abends anberaumt. Hitler erklärte sich bereit, bis zum 1. Oktober auf den Anfang der Überführung des Sudetenlandes zu warten, blieb aber beharrlich bei dem zugunsten der Polen und der Ungarn eingenommenen Standpunkt. Hitler wollte keinen Krieg, aber er war sich bewußt, daß Deutschland zum erstenmal seit 1918 von einer Position der Stärke aus verhandelte. Chamberlains letztes Wort, bevor er Bad Godesberg am 24. September verließ, war, er wolle Hitlers Vorschläge dem britischen Kabinett unterbreiten, er könne sich aber kaum denken, daß die Antwort seiner Kabinettskollegen günstig ausfallen werde.

Premier Hodza war in Prag am 22. September zurückgetreten. Das neue Kabinett des Generals Jan Syrovy hatte am 23. September die allgemeine Mobilmachung befohlen, nachdem Paris und Prag die ersten Berichte über Reibungen zwischen Hitler und Chamberlain erhalten hatten. Syrovy hatte Bonnet und Daladier ersucht, diesen Schritt zu billigen, und die französischen Staatsmänner hatten zugestimmt. Bonnet sah keine Basis für eine Ablehnung, nachdem Hitler zu dem Schluß gekommen war, daß der englisch-französische Plan vom 19.

September durch die polnischen und ungarischen Ansprüche als überholt anzusehen sei. Es schien im Augenblick so, als ob Bonnets Bemühung, die tschechische Übergabe sicherzustellen, vergeblich gewesen wäre. Die Tschechen benahmen sich wiederum herausfordernd, so daß Premier Daladier am 24. September eine französische Teilmobilmachung bekanntgab. Bonnet befürchtete zwar, daß ein Krieg wahrscheinlich, glaubte aber nicht, daß er sicher wäre. So entschied er sich, einerseits aus eigener Initiative an Berlin heranzutreten, andrerseits seine Bemühungen um eine Verständigung zwischen den Tschechen und den Polen wiederaufzunehmen. Die Ungarn erwiesen sich im Unterschied zu den Polen beim Betonen ihrer Ansprüche als elastisch. Bonnet gab François-Poncet in Berlin die Weisung, den Deutschen mitzuteilen, daß Frankreich weiterhin auf eine friedliche Regelung hoffe. Ferner informierte er Noël in Warschau, Frankreich wäre bereit, zwischen seinen beiden Verbündeten in dem Bemühen um eine Einigung zwischen Benesch und Beck zu vermitteln. Bonnet war erfreut, daß Joseph Caillaux am 23. September aus seinem Landhaus bei Mamers nach Paris zurückkehrte, um sich für die Erhaltung des Friedens zu verwenden. Bonnet bedurfte jetzt, da man offensichtlich in den dritten und schlimmsten Abschnitt der deutsch-tschechischen Krise von 1938 eingetreten war, jeder verfügbaren Hilfe. Er überschlug die noch verbleibenden Möglichkeiten einer Einigung mit Deutschland[28].

Am Morgen des 24. September, nach Bekanntgabe der französischen Mobilmachung, ließ Bonnet Sir Eric Phipps zu sich rufen. Er sagte dem britischen Botschafter, der Augenschein der letzten Tage habe erwiesen, daß Frankreichs öffentliche Meinung in überwältigender Einmütigkeit keinen Krieg wünsche. Bonnet betrachte es als seine Pflicht, seine Bemühungen um eine friedliche Lösung beharrlich fortzusetzen. Deshalb bitte er Phipps, Halifax und Chamberlain davon zu unterrichten, daß in Frankreich die Stimmung gegen den Krieg vorherrschend sei. Phipps' eigene Eindrücke und Ansichten stimmten mit denen des französischen Außenministers überein, und so sandte er noch am gleichen Morgen eine ausführliche Depesche nach London. Sein Bericht hinterließ bei den britischen Staatsmännern tiefen Eindruck. Das französische Widerstreben, abermals gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, war einer der stärksten positiven Faktoren zugunsten des Friedens[29].

Marschall Rydz-Smigly empfing Léon Noël am Morgen des 24. September in Warschau. Er versicherte ihm, Polen habe kein Geheimabkommen mit Deutschland im Hinblick auf die Tschechoslowakei, und

die polnischen Territorialansprüche beschränkten sich auf das Gebiet von Teschen. (Rydz-Smigly sprach nicht von den polnischen Ansprüchen in der Slowakei). Der Marschall wies warnend darauf hin, daß die Tschechoslowakei von Polen angegriffen werden würde, wenn man Teschen nicht friedlich ausliefere, fügte allerdings die zweifelhafte Beruhigung hinzu, eine polnische Invasion würde so eng wie möglich auf jenes Gebiet begrenzt bleiben, das Polen von den Tschechen zu annektieren beabsichtige. Bonnets Antwort darauf war am Nachmittag des 24. September die Weisung an Lacroix in Prag, Präsident Benesch zu Zugeständnissen an Polen zu drängen. Benesch ging darauf ein, indem er einen Brief an Beck schrieb, der am 26. September in Warschau ausgeliefert wurde. Benesch „stimmte im Prinzip zu", Teschen an Polen abzutreten, wenn die Polen die Tschechoslowakei in einem Krieg gegen Deutschland unterstützen würden. Beck war mit diesem ausweichenden Angebot nicht zufrieden und bemerkte unwillig, eine „grundsätzliche Zustimmung" Beneschs sei nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben sei[30].

Bonnet schloß daraus, daß es keinen Sinn mehr habe, eine Einigung zwischen den Polen und den Tschechen herbeiführen zu wollen. Auf beiden Seiten war die Unversöhnlichkeit nicht mehr zu beseitigen. Er hatte Benesch und Beck gegenüber in den vergangenen vier Monaten jedes nur denkbare Argument angeführt. Trotzdem blieben die Polen von seiner Warnung unbeeindruckt, daß Hitler ihnen eines Tages Forderungen stellen würde. Die Tschechen wiederum sträubten sich zuzugeben, daß ein wirkliches Zugeständnis an Polen in der Teschener Angelegenheit nur ein geringer Preis für polnische Hilfe gegen Deutschland sein würde. Das Verhalten der Polen und Tschechen bestätigte Bonnets frühere Feststellung, daß das französische Bündnissystem in Mittel- und Osteuropa in sich widerspruchsvoll und hoffnungslos unwirksam sei. Das traf jetzt offensichtlich mehr zu als je zuvor, da binnen weniger Jahre nach der unglücklichen Niederlage Lavals und der Ausschaltung seiner außenpolitischen Zielsetzungen eine friedliche Gebietsrevision auf der diplomatischen Tagesordnung auftauchte[31].

Bonnets Führung der französischen Diplomatie vom 23. bis 27. September war meisterhaft. Es gelang ihm, seinen Kabinettskollegen die Unmöglichkeit vor Augen zu führen, sich polnischer oder sowjetischer Hilfe für die Tschechen zu versichern. Auch war er in der Lage, ihnen zu zeigen, daß die Engländer nicht über die Mobilmachung ihrer Flotte hinausgehen würden, und daß es für den Fall eines Konfliktes keine Operationspläne für ein britisches Expeditionskorps auf dem europäi-

schen Kontinent gebe. Die Engländer andrerseits waren gewarnt, daß Frankreich weder Pläne noch die Absicht habe, im Kriegsfalle eine militärische Offensive gegen Deutschland zu beginnen. Bonnet hatte das in seinem Gespräch mit Phipps am 24. September besonders unterstrichen. Die Tatsache, daß die öffentliche Meinung Frankreichs einem Krieg für die Tschechen widerstrebte, rundete das Bild ab.

Gerechterweise muß man hinzufügen, daß Bonnet nach dem endgültigen Abschluß der Gespräche in Bad Godesberg am 24. September — im Gegensatz zu Chamberlain — großes Verständnis für das Hauptproblem bewies, dem Hitler sich gegenübersah. Deutschland erfreute sich eines zeitweiligen militärischen Übergewichts, vergleichbar seiner Lage im Jahre 1905 zur Zeit der ersten Marokkokrise, als Rußland noch durch seinen unglücklichen Krieg mit Japan gebunden war. Der deutsche Kaiser und seine Minister scheuten damals davor zurück, Frankreich einen Kampf aufzuzwingen, sahen sich jedoch wenige Jahre später einer gewaltigen Koalition der Alliierten gegenüber. Die Krise von 1938 bewies, daß die Gefahr eines neuen europäischen Krieges durchaus eine Realität war. Hitler könnte sich versucht fühlen, die Dinge einem Krieg entgegentreiben zu lassen, solange das deutsche Übergewicht eine ebensolche Realität darstellte. Bonnet lag daran, dem entgegenzuwirken, indem er Hitler versicherte, ein dauerhafter Frieden liege in Europa im Bereich des Möglichen. Seine Weisungen an François-Poncet vom 23. bis zum 28. September, während des Höhepunktes der Krise, spiegelten dieses Anliegen wider. Er gestattete François-Poncet, Hitler mitzuteilen, Frankreich trete für die Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland nach dem 1. Oktober ein, vorausgesetzt natürlich, daß die Tschechen der Abmachung zustimmen würden. François-Poncet war auch zu der weiteren Erklärung ermächtigt, Bonnet glaube an die friedliche Regelung aller europäischen Streitfälle. Das war keine unaufrichtige Geste mit dem Ziel einer Irreführung Hitlers. Vielmehr gab sie die ernsthafte Auffassung des französischen Außenministers wieder[32].

Das französische Kabinett trat am Sonntag, dem 25. September nachmittags, zusammen. Der Ernst der Situation spiegelte sich am gleichen Tage in einer Feststellung, die von der République getroffen wurde: „Wir haben in dieser Zeitung unermüdlich den Frieden verteidigt. Es muß jedoch ein ehrenhafter und würdiger Frieden sein."

Die Hauptgefahr lag darin, daß sich die Engländer möglicherweise zum Krieg entschließen und damit die Tschechen zum Widerstand gegen Deutschland ermutigen würden. In diesem Fall wäre die Rettung

des Friedens praktisch unmöglich. Daladier unterrichtete das Kabinett, die Engländer hätten Bonnet und ihn selbst eingeladen, noch am gleichen Abend nach London zu fliegen. Reynaud drückte die Hoffnung aus, daß konkrete militärische Pläne erörtert würden und daß Daladier eine spezifische Verpflichtung der Engländer zu militärischer Hilfeleistung erhalte, wenn Frankreich zugunsten der Tschechen interveniere. Daladier erwiderte, er beabsichtige, dies zu erreichen, und habe vereinbart, daß General Maurice Gamelin am folgenden Tag nach London fliege. Die Kabinettssitzung verlief harmonisch, vornehmlich weil die Kriegspartei in der Hoffnung lebte, ein Krieg gegen Deutschland sei nun unvermeidlich geworden. Die Tschechen hatten mobilisiert und die Franzosen den größten Teil ihrer Reserven einberufen. Im Jahre 1914 war Mobilmachung noch gleichbedeutend mit Krieg[33].

Bonnet und Daladier trafen am Abend des 25. September wiederum in London ein, nachdem sie vom Flugplatz Bourget bei stürmischem Wetter abgeflogen waren. Sie begaben sich unverzüglich zu ihrer ersten Gesprächsrunde mit den britischen Politikern nach Downing Street 10. Bonnet war in Sorge, daß von diesen ein Krieg befürwortet werden würde. Er war erleichtert, gleich in den ersten Minuten des Gesprächs den Eindruck gewonnen zu haben, daß sie auch weiterhin für eine friedliche Beilegung des deutsch-tschechischen Streites eintraten. Daladier mußte in Einlösung seiner Reynaud gegebenen Zusage die Engländer um die Gewährung militärischen Beistands angehen. Chamberlain und Halifax fragten jedoch Daladier wiederholt, was er denn vorschlüge, um die Tschechen im Kriegsfall zu retten. Sie waren offensichtlich keineswegs ungehalten über seine Weigerung, zu versprechen, daß die französische Armee eine militärische Offensive gegen Deutschland eröffnen werde. Wenn aber die französische Armee nicht die Offensive gegen Deutschland übernahm, konnte gewiß nichts mehr unternommen werden, um den Tschechen wirksame Hilfe zukommen zu lassen. Bonnet wußte aus eigener Erfahrung, daß dies im britischen Kabinett ein starkes Argument zugunsten des Friedens sein würde. Daladier räumte jedoch ein, es wäre für die Franzosen praktisch unmöglich, neutral zu bleiben, falls es zwischen den Tschechen und den Deutschen tatsächlich zum Krieg käme. Er wünschte keine öffentliche, sondern eine persönliche Zusicherung, daß die Engländer Frankreich unterstützen würden, wenn es infolge des tschechisch-deutschen Streitfalles in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde[34].

Die Besprechungen wurden am folgenden Morgen abgeschlossen. Chamberlain versprach zuletzt privatim, die Engländer würden zur

Unterstützung Frankreichs in den Krieg ziehen, selbst wenn ein solcher Krieg sich an dem tschechisch-deutschen Streit entzünde. Er kündigte jedoch gleichfalls an, er habe Sir Horace Wilson, der in den vergangenen sieben Jahren einer seiner nächsten Berater gewesen war, nach Berlin gesandt, um Hitler persönlich warnend darauf hinzuweisen, daß Großbritannien intervenieren würde. Die Besprechungen zwischen Wilson und Hitler in Berlin begannen später im Laufe desselben Tages und wurden am 27. September fortgesetzt. Bei ihrem letzten Gespräch verzichtete Hitler auf die pedantische Ausdrucksweise von der „Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen". Der deutsche Kanzler erklärte grob, „was Sie meinen, ist, falls Frankreich sich entschließt, Deutschland anzugreifen, wird Großbritannien Deutschland angreifen". Er erklärte außerdem, er „nähme diese Mitteilung zur Kenntnis", aber Deutschland würde keinesfalls vor der Anmaßung des Dr. Benesch zurückweichen[35].

Ein ernster Vorfall ereignete sich am Abend des 26. September in London, nachdem Bonnet und Daladier nach Paris zurückgekehrt waren. Sir Robert Vansittart, dessen Deutschenhaß und Kriegshetze Kerillis ziemlich harmlos erscheinen ließen, gab der englischen Presse eine Erklärung ab, die von Reginald Leeper im Foreign Office entworfen war und besagte, ein militärischer Schritt Deutschlands gegen die Tschechen würde sofort eine englisch-französisch-sowjetische Kriegskoalition gegen Deutschland zur Folge haben. Bonnet war entsetzt über die Unbesonnenheit dieser Ankündigung. Die britische Verpflichtung gegenüber Frankreich vom 26. September war streng vertraulich, und Bonnet wußte genau, daß keine wirkliche Aussicht auf eine sowjetische Intervention gegen Deutschland bestand. Die Londoner Ankündigung konnte die Wirkung haben, daß eine Verhandlungslösung weniger wahrscheinlich würde. Bonnet konnte kaum noch glauben, daß Chamberlain und Halifax für dieses zynische Manöver verantwortlich seien, nachdem sie wenige Stunden zuvor ihr Eintreten für den Frieden betont hatten. Bonnet setzte sich sofort mit London in Verbindung und stellte zu seiner großen Erleichterung fest, daß die Erklärung Vansittarts eine ebenso rücksichtslose wie nichtautorisierte Provokation war. Er zögerte nicht, die französischen Journalisten von dieser Tatsache zu unterrichten, und eine Anzahl Pariser Zeitungen kennzeichnete die Londoner Mitteilung am 27. September als „Falschmeldung". Die Empörung Léon Daudets über dieses neueste Manöver des Kriegstreibers, der die Hauptverantwortung für das Scheitern des Hoare-Laval-Paktes trug, kannte keine Grenzen. Er beschwor die Franzosen am

27. September in einem Aufsatz der Action Française, sich zur Erhaltung des Friedens zusammenzufinden und gegen die Machenschaften zweier kleiner Abenteurercliquen in England und Frankreich zur Entfesselung eines Krieges anzukämpfen[36].

Der schlimmste Krisentag war für Bonnet unzweifelhaft der 27. September. Dies war der Tag, an dem er mit seinen Auswegen am Ende war und zum erstenmal seit dem Januar 1938 seine Nerven zu verlieren begann. Hitler hatte am Abend vorher im Berliner Sportpalast eine Rede gehalten. Der deutsche Kanzler betonte nachdrücklich, sein Land würde am 1. Oktober gegen die Tschechen marschieren, falls Prag nicht zu verstehen gäbe, daß es das Sudetenland auf friedlichem Wege an Deutschland übergeben wolle. Bonnet war persönlich davon überzeugt, daß Hitler keinen Krieg wolle. Dieser hatte in seiner Rede sogar erklärt, das Sudetenland wäre die letzte Gebietsforderung, die Deutschland in Europa zu stellen gedenke. Bonnet war sicher, daß Deutschland früher oder später eine Neuregelung in Danzig und im polnischen Korridor verlangen würde. Er hatte dies dem polnischen Botschafter Lukasiewicz bei zahlreichen Gelegenheiten vorausgesagt. Hitlers Versprechen stellte offensichtlich den Versuch dar, britische und französische Unterstützung für einen neuen diplomatischen Druck auf die Tschechen zu gewinnen. Hitler war indessen so weit gegangen, daß Bonnet nicht glaubte, der deutsche Führer würde zu einem Nachgeben in der Lage sein, wenn er sein Hauptziel nicht ohne Krieg erreichte[37].

Bonnet wußte im Augenblick überhaupt nicht, was tun. Er gab zwar François-Poncet am 27. September die Weisung, Hitler gegenüber nochmals zu betonen, Frankreich würde der Abtretung des Sudetenlandes nach dem 1. Oktober zustimmen, wenn dies auch die Tschechen täten, aber er versäumte es, irgendeinen neuen Druck auf Prag auszuüben. Zweifellos befürchtete er, ein einseitiger französischer Schritt könnte ihn einem tschechischen Ränkespiel gegen seine Stellung in Paris ausliefern. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Bonnet trotz aller seiner glänzenden bisherigen Bemühungen, Frankreich im Jahre 1938 gegen den Widerstand der Mehrheit seiner Bürger in einen Krieg hätte hineinstolpern lassen, hätten sich die britischen Politiker nicht durch Lord Perth in Rom Mussolinis Vermittlung gesichert. Bonnet wies den französischen Botschafter Corbin am frühen Morgen des 28. September an, einen britischen Appell an Mussolini zu empfehlen, doch war der britische Schritt schon ohne Bonnets Wissen unternommen. Er erfuhr erst davon, nachdem François-Poncet kurz vor Mittag am 28. September durch Hitler unterrichtet worden war[38].

Bonnet war hocherfreut, als er hörte, daß Mussolini sich auf Anregung der Engländer zur Vermittlung bereiterklärt hatte. Der Duce hatte einige Tage zuvor in einer Rede in Verona geäußert, Großbritannien und Frankreich würden töricht sein, wenn sie zur Verteidigung des tschechischen Staates kämpften, über den das Urteil bereits endgültig gesprochen sei. Außerdem werde eine diplomatische Beilegung der Krise verhältnismäßig leicht gelingen. Der französische Außenminister hatte keinen Versuch zur Ausnutzung der Veroneser Rede Mussolinis vom 26. September unternommen, um die italienische Vermittlung sicherzustellen, weil sonst die Mussolini feindlich gesinnten Mitglieder des französischen Kabinetts einen Proteststurm entfacht und damit leicht Bonnets eigene Stellung hätten untergraben können. Bonnet war trotz seiner unbestreitbaren persönlichen Eitelkeit nicht engherzig und fühlte sich durchaus nicht etwa verletzt durch das Versäumnis der britischen Politiker, Frankreich vor ihrem entscheidenden Schritt zu konsultieren. Er wußte, daß der Hoare-Laval-Pakt schlimme Erinnerungen an Indiskretionen im Zusammenhang mit den früheren englisch-französischen Beziehungen zu Italien zurückgelassen hatte. So räumte er ein, daß die Engländer zu einem Höchstmaß an Diskretion bereit gewesen seien. Chamberlain und Halifax ihrerseits wußten, daß Bonnet und Daladier eine diplomatische Regelung zu allen den Bedingungen begrüßten, zu deren Annahme man die Tschechen überreden könne. Überdies hatten die Engländer, nicht die Franzosen die Verhandlungen in Bad Godesberg abreißen lassen[39].

Hitler vertraute François-Poncet an, Bernardo Attolico, der italienische Botschafter, hätte am 28. September um 11.15 Uhr vormittags angekündigt, Mussolini schlüge mit voller britischer Zustimmung ein Treffen der Unterzeichner des Viermächtepakts vor, um den Streit zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen durch ein Abkommen beizulegen. Der französische Botschafter war der erste ausländische Diplomat, der von Hitler nach seiner Unterredung mit Attolico konsultiert wurde. Hitler teilte François-Poncet mit, er wünsche die Lage erst noch mit Ribbentrop zu erörtern, würde aber Mussolini noch am gleichen Nachmittag antworten. François-Poncet stand sich mit Hitler sehr gut und unterrichtete Bonnet, aus dem Verhalten des Kanzlers ginge klar hervor, daß er über Mussolinis Vorschlag außerordentlich erfreut wäre. Man könne es als so gut wie sicher betrachten, daß Hitler das italienische Anerbieten annehmen werde[40].

François-Poncets Voraussage war zutreffend. Hitler unterrichtete Mussolini am 28. September um 3.00 Uhr nachmittags, daß er sein

Angebot annähme und daß er beabsichtige, Mussolini, Chamberlain und Daladier zu einer Konferenz nach München einzuladen. Wenige Stunden später schlug er vor, mit Mussolini am nächsten Tag bereits in Kufstein, nahe der italienischen Grenze, zusammenzutreffen. Diese Verabredung würde die beiden Diktatoren in die Lage versetzen, gemeinsam nach München zu reisen und vor dem Zusammentreffen mit Chamberlain und Daladier die allgemeine europäische Lage zu besprechen.

Chamberlain gab Hitlers Einladung mitten in seiner Rede vor dem Unterhaus am Nachmittag des 28. September bekannt. Der britische Premierminister verkündete seine Absicht, das Angebot anzunehmen, und erhielt daraufhin eine gewaltige Ovation. Daladier wandte sich am Abend des 28. September, nachdem er Hitlers Einladung angenommen hatte, über den Rundfunk an das französische Volk. Er sprach mit Festigkeit und Klarheit und seine Bemerkungen gipfelten in der folgenden Erklärung: „Seit dem Beginn der Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen, hörte ich nicht einen Tag auf, mit meiner ganzen Kraft für die Sicherung des Friedens und für die lebenswichtigen Interessen Frankreichs mich einzusetzen. Ich werde dieses Bemühen morgen fortsetzen in dem Bewußtsein, daß ich mich in voller Übereinstimmung mit der gesamten Nation befinde[41]."

Newton und Lacroix unterrichteten Benesch am Abend des 28. September, unmittelbar nach Daladiers Rede, daß weder die Tschechen noch die Sudetendeutschen eingeladen werden würden, an der Beratung in München am folgenden Tag teilzunehmen. Benesch stehe es frei, Beobachter nach München zu entsenden, und der Schlichtungsplan würde ihnen, vorausgesetzt natürlich, die Verhandlungen verliefen erfolgreich, vorgelegt werden. Der tschechische Präsident erkundigte sich, ob die tschechischen Beobachter die Möglichkeit haben würden, den fertigen Plan mit den in München versammelten Staatsmännern zu erörtern. Lacroix entgegnete, er wäre über diesen Punkt nicht unterrichtet. Offensichtlich hatten jedoch die Unterzeichner des Viermächtepaktes die Entscheidungsgewalt für sich in Anspruch genommen, so daß es nicht mehr in der Macht der Kleinen Entente lag, Zwietracht zwischen ihnen zu säen[42].

Überall in Europa wurde gleichartig empfunden, daß nunmehr eine alte Epoche ihren Abschluß gefunden und ein neues Zeitalter begonnen habe. Die Münchner Konferenz verwirklichte den Traum Mussolinis von der Erhaltung des europäischen Friedens durch das Übergewicht einer Viermächte-Koalition. Diese Koalition existierte,

wenigstens für den Augenblick, um den Tschechen die Bedingungen ihrer Kapitulation zu diktieren. Die Sowjetunion war nicht eingeladen. Halifax, der die Einbeziehung der Kommunisten niemals als eine Streitfrage betrachtet hatte, erklärte dem sowjetischen Botschafter Ivan Maisky in London, den Achsenmächten würde die Anwesenheit der Sowjetunion in München unangenehm sein. Der sowjetische Außenkommissar Litwinow besuchte gerade Wladimir Potemkin in der russischen Botschaft in Paris, als Daladier seine Reise nach München bekanntgab. Bonnet drückte Litwinow sein höfliches Bedauern aus, daß man Frankreichs sowjetischen Verbündeten nicht nach München eingeladen habe, und er traf eine Reihe von Verabredungen, um die Ergebnisse des Beilegungsversuchs mit dem sowjetischen Außenkommissar zu besprechen. Bonnet hegte keine Zweifel, daß das Gespenst einer europäischen Einigkeit in München Stalin erschrecken würde[43].

So hatte man die deutsch-tschechische Krise im letzten Augenblick doch noch gemeistert, aber Bonnet war einer der ersten, die begriffen, daß Europa sich ein Spiel mit dem Krieg nicht mehr leisten konnte. Ein jeder würde verlieren, wenn dieses leichtsinnige Spiel eine unbegrenzte Fortsetzung finden würde. Es könnte leicht zu spät sein, wenn man die Dinge treiben lasse, bis wieder eine Krise eintrete. Die Außenminister waren nach München nicht einmal eingeladen worden. Das beunruhigte Bonnet, denn er hätte gern an den Beratungen teilgenommen. Er wußte, daß Daladier mit der Tschechenaffäre fertigwerden würde, aber es gab auch Fragen grundsätzlicherer Art, die er aufwerfen wollte.

Daladier hatte den Wunsch zum Ausdruck gebracht, Alexis Léger möge ihn nach München begleiten. Bevor die französische Abordnung nach Bayern abreiste, hatte Bonnet am Morgen des 29. September ein Gespräch mit Léger. Seine Bemerkungen bei dieser Gelegenheit waren von allergrößter Bedeutung. Er war davon überzeugt, Hitler werde früher oder später die Frage des polnischen Korridors aufwerfen, trotz seines in seiner Sportpalastrede am 26. September gegebenen Versprechens, er habe keine weiteren Gebietsforderungen. Der deutsche Kanzler würde stets darauf hinweisen können, daß die Frage Danzigs und des Korridors keinen Anlaß zu neuen Beschwerden gebe. Die deutsche Weigerung, sich mit dem Versailler status quo im Osten abzufinden, habe nach dem Versäumnis Frankreichs, sich zur Zeit der Locarnoverträge im Jahre 1925 einer deutschen Anerkennung der polnischen Grenze zu versichern, stets deutlich vor aller Augen gestanden. Jeder europäische Diplomat wußte sehr wohl, daß der deutsch-

polnische Nichtangriffspakt von 1934 die heikle Frage der deutsch-polnischen Grenze ausdrücklich zurückgestellt hatte. Hitler würde ohne weiteres erklären können, bei Danzig und dem Korridor handele es sich um alte deutsche Forderungen und nicht um neue, und Bonnet bezweifelte nicht im geringsten, daß er dies eines Tages tun werde. In der Tat hatte Bonnet die polnischen Diplomaten im Laufe des Jahres 1938 wieder und wieder auf diesen Punkt hingewiesen. Die Frage könnte allerdings zu einer schicksalhaften Krise führen, trotz der augenscheinlichen optimistischen Auffassung Hitlers, man könne alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen durch ein friedliches Aushandeln regeln. Bonnet wußte, daß die derzeitigen polnischen Staatsmänner hartnäckig, anmaßend und unberechenbar waren. Frankreich, als Verbündeter Polens, hatte dafür reichliche Bestätigung erhalten. Im übrigen hatten Dutzende fachkundiger europäischer Sprecher vorausgesagt, Danzig würde zur Ursache eines neuen Weltkriegs werden[44].

Bonnet gab Léger die Weisung, in München die Frage einer größeren Konferenz aufzuwerfen. Präsident Roosevelt hatte die streitenden europäischen Parteien am 26. September aufgerufen, den Frieden zu wahren, und der amerikanische Präsident hatte auch schon vorher im gleichen Jahr, im Januar 1938, Interesse bekundet, an einer Konferenz über europäische Fragen teilzunehmen. Der sowjetische Außenkommissar Litwinow war im Völkerbund zum führenden Apostel der kollektiven Sicherheit geworden. Der Völkerbund war so gut wie tot, und Bonnet kam der Gedanke, Litwinow dürfte es zu schätzen wissen, seine Theorien in einer lebendigeren Atmosphäre erörtern zu können. Der französische Außenminister sah keinen triftigen Grund dafür, warum Deutschland und Italien es ablehnen sollten, an einer größeren Konferenz teilzunehmen, an der auch amerikanische und sowjetische Vertreter teilnehmen würden. Die Anwesenheit Chamberlains und Daladiers bei der Münchner Konferenz dürfte einen ausreichenden Hinweis dafür bieten, daß die Deutschen und Italiener sich auf den guten Willen Englands und Frankreichs verlassen könnten. Bonnet setzte sich auch dafür ein, Vertreter Polens und der Balkanstaaten zu einer größeren Konferenz einzuladen. Die Polen mochten sich weigern, mit den Sowjetrussen an einem Tisch zu sitzen, aber sie würden jedenfalls nicht einwenden können, man habe sie nicht eingeladen. Zweck der größeren Konferenz würde sein, die Reibungspunkte in Europa zu erörtern. Das war genau, was Mussolini im Jahre 1933 mit seinem Viermächtepakt beabsichtigt hatte, und Bonnet glaubte, Musso-

linis Verfahren würde sogar noch wirksamer sein, wenn man es in einem größeren Rahmen anzuwenden suchte. Er war der Meinung, in Gegenwart der Vertreter anderer Staaten müßte sich eine stärkere Zentrifugalkraft bemerkbar machen, welche die vier Mächte einen würde. Die Tagesordnung der Konferenz würde natürlich durch Verhandlungen zwischen den interessierten Mächten festgelegt werden müssen.

Léger versprach, Bonnets allgemeinen Vorschlag mit Hitler, Chamberlain und Mussolini zu besprechen. Bonnet drängte ihn, auf feste Zusagen und ein bestimmtes Datum hinzuarbeiten. Er glaubte, es würde klug sein, die größere Konferenz innerhalb der nächsten drei bis vier Monate einzuberufen, bis zum Dezember 1938 oder zum Januar 1939, bevor neue Schwierigkeiten auftauchten und solange noch ein versönlicher Geist vorherrschte. Bonnet beschloß seine Bemerkungen, und Daladier und Léger bestiegen ihr Flugzeug und flogen wenige Minuten später nach Deutschland ab. Léger hatte dann in der desorganisierten, wirren Atmosphäre der eilends aufgezogenen Münchner Konferenz mit der Ausführung der Weisungen Bonnets keinerlei Erfolg[45].

Daladier und seine Delegation trafen mit den englischen, italienischen und deutschen Politikern am 29. September 1938 kurz vor Mittag im Münchner Diplomatenhaus zusammen. Der französische Premier wurde von den Deutschen herzlich begrüßt. Daladier gab eine längere Erklärung ab, in der er ausführte, Frankreich erwarte, daß Deutschland die Tschechen, seine Verbündeten, mit Würde und Rücksichtnahme behandle. Hitler erwiderte, dies stimme mit seinen eigenen Absichten überein, und er begrüße Daladiers Bemerkungen. Unmittelbar darauf begannen die komplizierten Verhandlungen über die Einzelheiten der geplanten Regelung und dauerten den ganzen Nachmittag und Abend an, unterbrochen nur durch eine sehr kurze Imbißpause. Jedermann konnte sehen, daß Hermann Göring, der zweite Mann im Reich und führende deutsche Staatsmann nach Hitler, seine besondere Aufmerksamkeit Daladier zuwandte in dem aufrichtigen und lebhaften Bemühen, jenes dauerhafte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern zu fördern, das beide Männer anstrebten. Die beiden Teilnehmer des Ersten Weltkriegs tauschten bei gelegentlichen Unterbrechungen der Hauptverhandlungen Kriegserlebnisse aus, während die Sachverständigen der verschiedenen Länder geschäftig Landkarten zu Rate zogen und die Einzelheiten ausarbeiteten. Göring legte mehrfach seinen Arm um Daladiers Schultern, um seine lebhafte Zustimmung zu den

Bemerkungen des französischen Premiers auszudrücken. Dem deutschen Marschall war die Freude anzumerken, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland im Jahre 1938 abgewendet worden war. Ihn freute auch Daladiers ehrliches Lob für den wirklich bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland innerhalb weniger, kurzer Jahre genommen hatte. Der französische Premier war tief bewegt über die Anerkennung, die der berühmte ehemalige deutsche Flieger der erstaunlichen Tapferkeit und Standhaftigkeit Frankreichs während der langen Schicksalsprobe des Ersten Weltkriegs zollte. Die offenkundige Verbundenheit zwischen Daladier und Göring bildete das augenfälligste und bedeutsamste menschliche Ereignis von München und trug für die Dauer der Konferenz hilfreich zur Schaffung einer allseitig befriedigenden Atmosphäre bei[46].

Präsident Benesch bestimmte Dr. Hubert Masaryk dazu, Vojtech Mastny, dem tschechischen Gesandten in Deutschland, auf der Münchener Konferenz zu assistieren. Die tschechischen Beobachter trafen am 29. September um 3.00 Uhr nachmittags in München ein und begaben sich zum Regina-Hotel, wo die britische Delegation wohnte. Die französische Delegation nahm die Entscheidung ihrer tschechischen Verbündeten zur Kenntnis, sich während der Konferenz den Engländern anzuschließen. Mitglieder der britischen Delegation besprachen sich während des Nachmittags und Abends von Zeit zu Zeit mit den Tschechen.

Erst am 30. September um 1.30 Uhr früh wurden die Tschechen verständigt, sie mögen sich ins Diplomatenhaus begeben, nachdem schließlich die letzten Einzelheiten des geschichtlichen Münchner Abkommens geregelt worden waren. Hitler und Mussolini hatten sich bereits vor ihrer Ankunft entfernt. Premierminister Chamberlain war sichtlich sehr ermüdet. Er zeigte kein Interesse, das Abkommen mit den Tschechen zu erörtern, und er gähnte wiederholt. Daladier dagegen schien nicht sonderlich strapaziert und wies Alexis Léger an, den Tschechen die Lage zu erläutern. Als die Tschechen fragten, wieviel Zeit man ihnen lassen würde, um ihre Antwort auf die Münchner Bedingungen vorzubereiten, sagte ihnen Léger in aller Offenheit, daß keinerlei Antwort von ihnen erwartet würde. Die Vereinbarungen von München, die soeben fertiggestellt worden wären, stellten die Früchte der Schiedsbemühungen der vier Mächte dar.

Die Tschechen hätten letzten Endes im voraus diesem Schiedsspruch zugestimmt. Es wäre in einem solchen Fall niemals üblich, die Ergebnisse der kritischen Überprüfung einer der am Streitfall interessierten

Parteien zu unterwerfen. Frankreich erwarte von den Tschechen die Annahme des Münchner Abkommens ohne weiteren Kommentar. Léger fügte hinzu, sie sollten noch am gleichen Tag einen Delegierten in die neue internationale Kommission senden, deren Zusammentreten künftig in Berlin vorgesehen und deren Aufgabe es sei, die Errichtung einer neuen deutsch-tschechischen Grenze zu überwachen[47].

Das Münchner Abkommen legte innerhalb des Sudetengebiets fünf Zonen fest, die vom 1. bis zum 10. Oktober schrittweise von deutschen Truppen besetzt werden sollten. Es sah ferner die Durchführung von Volksabstimmungen in mehreren zusätzlichen Bezirken vor, wo das angebliche Bestehen einer deutschen Mehrheit strittig war. Die Überwachung dieser Volksabstimmungen sollte neutralen Truppen unter dem Befehl der internationalen Kommission anvertraut werden. Chamberlain hatte bereits angekündigt, britische Truppen ständen für Aufgaben im Zusammenhang mit den Abstimmungen, wie seinerzeit an der Saar und in Oberschlesien, zur Verfügung. Die Franzosen nahmen aus naheliegenden Gründen davon Abstand, ein ähnliches Angebot zu machen. Das französisch-tschechische Bündnis war noch in Kraft, und die Anwesenheit französischer Truppen als sogenannter Neutraler hätte verständlicherweise die Tschechen verletzen müssen.

Léger sagte dem tschechischen Sprecher, es sei auch eine Vereinbarung über eine abschließende Garantie der neuen tschechischen Grenzen getroffen worden, aber man habe sie nicht in die Münchner Bedingungen aufgenommen. Zusätzlich zu den Ansprüchen der Deutschen müßten erst noch jene der Ungarn und der Polen geregelt werden. Léger versprach, Frankreich werde die Initiative ergreifen und die Garantiefrage Großbritannien gegenüber zur Sprache bringen, wenn erst einmal die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden seien. Mastny und Masaryk beklagten sich noch am gleichen Tag in einem Bericht nach Prag, Léger wäre kalt und rücksichtlos gewesen, als er sie davon unterrichtet habe, daß es gegen den Münchner Spruch keine Berufung geben könne. Den französischen Generalsekretär hatte offensichtlich der Dünkel der Tschechen gereizt, der schon in der Annahme lag, eine solche Berufung würde überhaupt geduldet werden. Tatsächlich war die Überlieferung in dieser Hinsicht folgerichtig und eindeutig. Es gab keine Präzedenzfälle, welche die tschechische Haltung gestützt hätten. So hatte zum Beispiel die englische Regierung keinen Versuch unternommen, den Schiedsspruch Kaiser Wilhelms I. von Deutschland in Frage zu stellen, als er 1872 mehrere umstrittene Inseln im Puget-Sund den Vereinigten Staaten zusprach[48].

Léger konnte keinen Erfolg seiner Bemühungen verbuchen, Zustimmung zum Gedanken einer größeren internationalen Konferenz zu finden. Mussolini stimmte zwar grundsätzlich zu, glaubte aber, der französische Vorschlag käme zur Unzeit. Er war besorgt, die in München erreichte Eintracht könne durch eine neue Konferenz wieder aufs Spiel gesetzt werden. Chamberlain bekundete übrigens kein Interesse an einem solchen Plan. Er gab Léger gegenüber am 29. September zu, er beabsichtige, Hitler am folgenden Tag zur Unterzeichnung eines zweiseitigen Freundschaftspaktes mit Großbritannien zu veranlassen. Dieser würde das englisch-französische Abkommen vom April 1936 und das englisch-italienische Abkommen vom April 1938 aufs beste ergänzen.

Léger sah keine Veranlassung, an Hitler heranzutreten, nachdem er sich Mussolinis Zweifel angehört und die ablehnende britische Antwort erhalten hatte. Er besprach die Lage mit dem französischen Botschafter François-Poncet. Dieser wies ihn darauf hin, daß ein Chamberlain-Hitler-Pakt den Engländern in zwei wichtigen Punkten einen Vorsprung vor Frankreich geben würde. Das französische Abkommen mit Italien von 1935 war durch Blum im folgenden Jahr aus der Welt geräumt worden, und die Franzosen hatten es versäumt, im März 1936 auf Hitlers Angebot eines neuen deutsch-französischen Abkommens einzugehen, das an die Stelle der erloschenen Locarnoverträge treten sollte. Léger und François-Poncet waren sich einig, daß eine derartige Lage geklärt werden müsse. Der französische Botschafter hatte während der Münchner Verhandlungen lange Zeit bei der italienischen Delegation zugebracht. Sein persönlicher Erfolg darin, Hitlers Vertrauen zu gewinnen, ließ sich nicht bestreiten, und so schlug er Léger vor, nunmehr, da die deutsch-französischen Beziehungen wiederum auf eine befriedigende Grundlage gestellt wären, möge man ihm eine ähnliche Aufgabe in Italien anvertrauen. Es sei für Frankreich an der Zeit, einen neuen Botschafter in Italien zu ernennen, einen Nachfolger Charles Chambruns, der von Blum abberufen worden war. Léger versprach, diesen Vorschlag Bonnet vorzutragen, und François-Poncet wurde wenige Tage später unterrichtet, daß seiner Bitte um Versetzung nach Italien entsprochen worden wäre[49].

Bonnet erhielt am frühen Morgen des 30. September 1938 von Léger die Nachricht, das Münchner Abkommen sei unterzeichnet worden und Premier Daladier habe sich während der Konferenz in ausgezeichneter Verfassung befunden. Daß es Léger in München nicht gelungen war, eine positive Antwort auf Bonnets Vorschlag einer allgemeinen

Konferenz zu erhalten, dämpfte etwas die Freude des französischen Außenministers am Zustandekommen eines Viermächteabkommens über den deutsch-tschechischen Streit.

Bonnet besprach die Lage am 30. September bei einem Frühstück mit Anatole de Monzie, dem Minister für öffentliche Arbeiten. Monzie zeigte sich über eine Bemerkung erstaunt, die Otto Abetz, ein enger Freund Ribbentrops und idealistischer Vorkämpfer einer deutsch-französischen Freundschaft, am gleichen Morgen gemacht hatte. Abetz hatte nämlich zuversichtlich erklärt, man habe einen entscheidenden Sieg davongetragen, und die feste Grundlage zukünftiger deutsch-französischer Zusammenarbeit sei damit bereits geschaffen. Monzie schloß daraus, Abetz sei unbeschadet seiner guten Absichten naiv. Der neuerliche Sieg des Friedens sei keineswegs entscheidend. Es gäbe immer noch eine starke Kriegspartei in Frankreich, abgesehen von den Kommunisten, und sie sei in Daladiers eigenem Kabinett durch Paul Reynaud, Georges Mandel, Jean Zay und Champetier de Ribes vertreten. Es sei auch mehr als zweifelhaft, ob Blum und die meisten Sozialisten eine Politik anhaltender Freundschaft mit Deutschland ohne weiteren Kampf hinnehmen würden, und die Kommunisten würden sicherlich ihr Geschrei nach einem Krieg in Spanien und in Mitteleuropa fortsetzen. Inzwischen aber könnten weitere Krisen eintreten und das derzeitige Gleichgewicht zugunsten des Friedens wieder einreißen[50].

Bonnet und Monzie befanden sich in voller Übereinstimmung. Der französische Außenminister wußte, daß die britische Haltung Deutschland gegenüber gefährlich zweideutig war. Jedesmal, wenn Bonnet England besuchte, bekam er zu hören, daß die Engländer sich emsig auf einen Krieg gegen Deutschland vorbereiteten. Das plötzliche Ausbleiben der gewohnten britischen Unterstützung konnte die Fürsprecher des Friedens in Frankreich in eine unsichere Lage versetzen. Bonnet hatte gehofft, diese Gefahr verringern zu können, indem er eine allgemeine Konferenz anbahnte, die sich mit den bestehenden europäischen Streitfällen befassen sollte. Doch hatte seine Initiative noch zu keinem Erfolg geführt. Praktisch mußte man die Entstehung neuer Krisen in dieser Zeit einer allgemeinen europäischen Neuordnung für unvermeidlich halten.

Monzie kündigte an, er sei entschlossen, eine ununterbrochene publizistische Kampagne zur Aufrechterhaltung des Friedens zu führen. Er erkannte, daß die Fürsprecher des Friedens bei der Verfolgung ihrer Ziele noch angriffsfreudiger als selbst die Kriegspartei sein müßten. Das erfolgreiche Schiedsverfahren in München gab ersteren einen zeit-

weiligen Vorsprung, den Monzie rastlos auszunutzen gedachte. Bonnet dankte Monzie für diese Zusicherung wirksamer Hilfe und erörterte dann mit ihm die Pläne, die er zur Feier von Daladiers triumphaler Rückkehr nach Paris im weiteren Verlauf des Tages entworfen hatte. Bonnet hatte persönlichen Anlaß zur Vorbereitung dieser Feierlichkeiten. Er sah in der erfolgreichen Münchner Konferenz den Triumph seiner eigenen Diplomatie[51].

Achtzehntes Kapitel

BONNETS DIPLOMATIE FINDET ANKLANG

Bevor der französische Premier München am 30. September 1938 verließ, erklärte er einem deutschen Nachrichtenkorrespondenten: „Es war mir eine große Freude, zu sehen, daß es in Deutschland keine Haßgefühle oder Feindseligkeit gegenüber Frankreich gibt.[1]"

Diese bedeutsame Feststellung Daladiers wurde von vielen französischen Blättern veröffentlicht. Sie widerlegte die alarmierende Behauptung Kerillis', die Deutschen bejahten leidenschaftlich einen Rachekrieg gegen Frankreich. Daladier sehnte den Tag herbei, an dem es in Frankreich keinen Haß auf Deutschland mehr geben würde. Seine freundschaftlichen Gespräche mit Göring bei der Münchner Konferenz betrachtete er auch weiterhin als Erlebnis von symbolischer Bedeutung. Zwischen Franzosen und Deutschen gab es bei beiderseitigem guten Willen keinerlei Verständnisschwierigkeiten. Dem ehemaligen Geschichtslehrer Daladier war bekannt, daß auf einer Tagung französischer und deutscher Historiker im Jahre 1937 über Interpretationsfragen der europäischen Geschichte der Neuzeit, wie sie in den Lehrbüchern beider Länder dargestellt werden sollte, im wesentlichen Einmütigkeit erzielt wurde. Vielleicht konnte jetzt endlich, nachdem einige der schlimmsten Ungerechtigkeiten der Pariser Verträge von 1919 gegen Deutschland beseitigt worden waren, jene von Briand erhoffte dauerhafte Verständigung mit Deutschland verwirklicht werden[2].

Auf der ganzen Strecke von seinem Münchner Hotel bis zum Flugplatz erlebte Daladier ununterbrochen eine Ovation nach der andern. Der französische Premier schritt auf dem Rollfeld in Begleitung des bayrischen Reichsstatthalters General Ritter von Epp die Front einer Ehrenkompanie ab, während eine prächtige deutsche Militärkapelle die französische Nationalhymne spielte. Die traditionellen bayrischen Freundschaftsbeziehungen zu den Franzosen kamen nach langjähriger

Pause zu voller Blüte. Daladier war tief bewegt. Er stand lange Zeit auf der Treppe seines Flugzeugs und winkte der jubelnden Menge zu. Es war ein schöner Augenblick voller Zukunftshoffnung[3].

Daladiers Flugzeug näherte sich dem Flugplatz Bourget am 30. September kurz nach drei Uhr nachmittags. Der französische Premier bemerkte, daß eine riesige Menge seiner Landsleute am Rande des Platzes zusammengeströmt war. Einen Augenblick lang überkam Daladier ein Gefühl der Furcht. Paris war während der Großen Französischen Revolution von 1789 — 1799 und zur Zeit der Pariser Kommune von 1871 der Schauplatz unerhörter Gewalttätigkeiten gewesen. Daladier erinnerte sich aus eigener Erfahrung der aufgebrachten Menschenmenge, die am 6. Februar 1934 „Nieder mit den Dieben!" gerufen hatte, als er schon einmal Premierminister war. Sollte dies womöglich einer der unberechenbaren gallischen Temperamentsausbrüche sein, und war die Menge dort unten vielleicht mit der ausgesprochenen Absicht zusammengeströmt, ihn niederzuschreien? Doch der Augenblick unbegründeter Furcht ging rasch vorüber, und als Daladier landete, warteten ihm die Bürger von Paris mit der größten Massenovation seit den Tagen Clemenceaus auf[4].

An jenem Freitag, dem 30. September 1938, war das Wetter besonders schön. Bonnet hatte über den Pariser Rundfunk um ein Uhr mittags Daladiers Weg vom Flugplatz zum Kriegsministerium genau bekanntgeben lassen. Er wußte, daß die Antwort der Pariser nicht auf sich warten lassen würde. Damit erwiderte Bonnet auf die Behauptung Kerillis' in der Epoque am gleichen Morgen, Frankreich habe soeben ein diplomatisches Sedan erlebt (Schauplatz der Niederlage und Gefangennahme Napoleons III. im Jahre 1870). Bonnet hatte sich in den Parisern nicht getäuscht. Mehr als 500 000 von ihnen waren zur Stelle, um ihren Premier zu begrüßen. Bonnet begleitete Daladier auf dem Rücksitz eines kleinen Wagens. Überall hallten ihnen die Rufe entgegen: „Vive Daladier!", „Vive la Paix!", „Vive la France!" Kein militärischer Sieg auf dem Schlachtfeld hätte größere Begeisterung auslösen können. War doch die Krise nun überwunden und die meisten Pariser waren sehr glücklich darüber. Paris-Soir kommentierte an jenem Abend, Frankreich sei „erhobenen Hauptes aus dieser Krise hervorgegangen, mit vertieften Freundschaften, von denen die englisch-französische Freundschaft endgültig besiegelt ist, während neue Freundschaften in Aussicht stehen". Die Herausgeber kündigten eine öffentliche Sammlung an, um Premierminister Chamberlain in Anerkennung seiner Verdienste um die Rettung des Friedens eine Villa in Frankreich

zu schenken. Die Spenden waren zunächst großzügig, doch wurde die anfängliche Begeisterung bald durch die wenige Tage danach in der britischen Presse und im britischen Parlament einsetzende Empörung über das Münchner Abkommen gedämpft. Als Chamberlain am 23. November 1938 wieder zu Besuch in Frankreich weilte, stand nicht genug Geld zum Ankauf der Villa zur Verfügung. Der britische Premierminister bestand damals darauf, man solle die gesammelten Gelder einem der französischen Kriegsveteranenverbände stiften[5].

Die meisten französischen Zeitungen brachten am 30. September ihre Sympathie für die Tschechen zum Ausdruck und würdigten die tschechische Bereitschaft, das Münchner Abkommen zu akzeptieren. Eine Ausnahme machte Je suis Partout. Diese Zeitung brachte einen Aufsatz von Pierre Gaxotte, dem langjährigen, prominenten Fürsprecher einer deutsch-französischen Verständigung. Gaxotte tat die Tschechoslowakei ab als ein „Staatswesen, schwach an Geist und niedrig von Gesinnung", das eine militärische Hilfestellung Frankreichs niemals verdient habe. Er lehnte den Plan einer späteren territorialen Garantie für die Tschechen ab und sagte voraus, die völlige Auflösung sei unvermeidlich[6].

Die triumphale Rückkehr Daladiers am 30. September hatte das Feierbedürfnis der begeisterten Pariser noch keineswegs befriedigt, und es wurden weitere Feierlichkeiten für den folgenden Tag vorbereitet. Daladier erschien unter donnerndem Beifall am Grabmal des unbekannten Soldaten. Der gesamte Verkehr stockte vom Triumphbogen und von der Place d'Etoile aus in allen Richtungen viele Straßenzüge weit. Kapellen spielten feurige Musik, und die Volksmenge sang die Nationalhymne. Es lag nichts Gekünsteltes in dieser Freude und Begeisterung. Daladier sah in ihr mit Recht einen Volksentscheid für den Frieden[7].

Bonnet frühstückte am 1. Oktober in Paris mit Maxim Litwinow, als die Festlichkeiten für das Münchner Abkommen ihren Höhepunkt erreichten. Der sowjetische Außenkommissar war bitter enttäuscht darüber, daß Bonnet über das, was in München geschehen war, nicht das geringste Bedauern zeigte. Litwinow versuchte, ihn durch die Voraussage zu alarmieren, daß England und Deutschland nun Front gegen Frankreich machen würden. Der französische Außenminister ließ sich jedoch nicht beirren. Gelassen erinnerte er Litwinow daran, daß die Hauptnachbarn Frankreichs zu Lande die Länder Hitlers, Mussolinis und Francos seien. Es sei ja schön und gut, aus dem fernen Moskau einen unnachgiebigen politischen Kreuzzug gegen den „Faschismus"

zu predigen, aber Frankreich habe vor, praktische Politik zu machen und mit seinen führenden Nachbarn in Frieden zu leben. Bonnet erwartete, daß Litwinow damit drohen würde, die Sowjetunion könne ihre Politik gegenüber Frankreich einer Revision unterziehen, aber nichts dergleichen geschah. Der sowjetische Außenkommissar fürchtete offensichtlich, derartige Drohungen könnten das Zustandekommen einer festen europäischen Front gegen die Sowjetunion nur fördern[8].

Am Nachmittag des 1. Oktober erhielt Bonnet aus Prag die Nachricht, daß die Tschechen sich endlich entschlossen hätten, das Teschener Gebiet an die Polen abzutreten. Die Polen hatten den Tschechen am 30. September ein vierundzwanzigstündiges Ultimatum gestellt. Sie waren offenbar nicht bereit, sich mit der Rolle der Ungarn zu begnügen und auf die Brocken zu warten, die von dem Münchner Tisch fallen würden. Die Engländer hatten in Warschau gegen das polnische Ultimatum protestiert, aber Bonnet schloß sich dieser Geste nicht an. Er hatte alles getan, was in seiner Macht stand, um einen Vergleich in der Teschener Frage anzubahnen, und hielt weitere Vorstellungen in Warschau für sinnlos. Er beschränkte sich darauf, Lacroix in Prag anzuweisen, den Tschechen zum Nachgeben zu raten. Der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, teilte Bonnet mit, daß Polen zweifellos weitere Forderungen an die Tschechen richten würde, bevor die Frage der neuen Grenze zwischen den beiden Ländern geregelt sei. Ferner vertraute er ihm an, die polnische Regierung befürworte weiterhin die endgültige Auflösung der Tschechoslowakei. Er äußerte sein Mißfallen an dem Plan einer internationalen Garantie für den tschechischen Staat. Bonnet beschränkte sich auf die Bemerkung, die in München getroffenen Entscheidungen unterlägen keinem Veto fernstehender Mächte[9].

Kerillis versuchte am 2. Oktober in der Epoque, aufgrund des deutsch-englischen Abkommens in Paris Unzufriedenheit mit den in München erzielten Ergebnissen zu verbreiten. Er behauptete, ein einflußreicher Brite habe ihm gesagt, England würde wahrscheinlich jeden weiteren Schritt Hitlers auf dem europäischen Festland ohne Protest hinnehmen. Hitlers besondere Vorliebe für die Engländer sei wohlbekannt, und die britische Regierung könne sich diese für eine exklusive Partnerschaft zunutzemachen. Derselbe ungenannte Engländer habe angeblich zu verstehen gegeben, es würde eine Reihe deutsch-englischer Vereinbarungen auf Kosten Frankreichs folgen. Einige Leser mutmaßten, der fragliche Engländer sei Churchill, aber die ihm zugeschriebenen Bemerkungen schienen zu zahm, um diese Hypothese

stützen zu können. Die Kommentare dieser wirklichen oder erdichteten englischen Persönlichkeit gaben aber Kerillis Anlaß, sich des Buches „Mein Kampf" mit Hitlers Fernziel einer Isolierung und Vernichtung Frankreichs zu erinnern. Der führende französische Kriegstreiber kam immer wieder auf dasselbe fadenscheinige Argument zurück[10].

Diametral entgegengesetzte Motive bewegten Pierre-Etienne Flandin dazu, am gleichen Tag im Journal eine Warnung an das französische Volk zu richten. Flandin hatte Hitler am 30. September 1938 ein Glückwunschtelegramm geschickt, und der deutsche Kanzler hatte in seiner Antwort am gleichen Tage lobende Worte für Flandin gefunden. Hitler erklärte, er habe die Bemühungen Flandins um die Sache des Friedens während des vergangenen Jahres mit großem Interesse verfolgt. Er wünsche dem ehemaligen französischen Premier bei dieser wichtigen Mission weiteren Erfolg. Diese Botschaft Hitlers ermutigte Flandin, seine Anstrengungen fortzusetzen. Er war nicht so pessimistisch wie Laval, der Sorge hatte, Daladier könne bei der nächsten europäischen Krise in einen Krieg hineinstolpern, aber er war auch, wie Bonnet und Monzie, weit davon entfernt, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben.

Flandin stellte fest, daß Daladier nach seiner Rückkehr aus München das französische Parlament für den 4. Oktober 1938 zu einer Sondersitzung einberufen habe. Flandin fragte sich, warum das Parlament nicht am 6. September, nach dem Fehlschlag der Tätigkeit Runcimans in der Tschechoslowakei, zu einer Sondersitzung einberufen worden sei. Er war der Auffassung, die französische Regierung hätte sich wahrscheinlich ohne Befragen des Parlaments in einen Krieg eingelassen, hätte Mussolini am 28. September zwischen den voraussichtlichen Gegnern nicht vermittelt. Das veranlaßte Flandin dazu, die verfassungsrechtliche Grundfrage aufzuwerfen. Er behauptete, die Regierung habe nicht das Recht, das Land ohne Befragung des Parlaments in einen Krieg zu stürzen. Sein Argument wurde von Pierre Laval als berechtigt anerkannt und die beiden ehemaligen Premiers begannen, ihre Sache mit großem Nachdruck zu verfechten[11].

Die damit aufgeworfene Frage war von allergrößter Bedeutung. Flandin und Laval waren sich in zwei entscheidenden Voraussetzungen einig:

1. Hitler würde Frankreich nicht angreifen.
2. Frankreichs Parlament würde um der Tschechen, der Polen oder irgendwelcher anderer kleiner mittel- oder osteuropäischer Länder willen nicht für einen Krieg gegen Hitler stimmen.

Die beiden ehemaligen Premiers kannten ihre Kollegen in der Kammer und im Senat gut genug, um im Hinblick auf den zweiten Punkt durchaus zuversichtlich sein zu können. Ihre Meinung über den ersten Punkt leitete sich vom gesunden Menschenverstand und von einfachen, grundlegenden Schlußfolgerungen aus den Zielen Hitlers her. Der Wunsch des deutschen Kanzlers, zu einer dauerhaften Verständigung mit Großbritannien zu kommen, war ebenso fundamental wie unbestreitbar. Selbst Kerillis gab das zu. Im Gegensatz zu Flandin und Laval scheute sich jedoch der führende französische Kriegstreiber, den nächsten Schritt zu tun und zuzugeben, daß Hitler einsehen müsse, daß ein willkürlicher deutscher Angriff auf Frankreich die ersehnte Verständigung mit Großbritannien unmöglich machen würde[12].

Das geltende französische Verfassungsgesetz vom 25. Februar 1875 bestimmte, die Kabinettsminister wären „in ihrer Gesamtheit der Kammer für die allgemeine Politik ihrer Regierung und als einzelne für ihre persönlichen Handlungen verantwortlich". Der englische Gelehrte John Eldred Howard suchte nach dem Zweiten Weltkrieg vergeblich zu beweisen, daß in Frankreich die tatsächliche außenpolitische Entscheidungsgewalt dem Präsidenten anvertraut sei, weil die ausländischen Botschafter ausdrücklich von ihm akkreditiert würden. Dieser Behauptung steht jedoch der ganze Geist der früheren französischen Verfassungsbestimmungen entgegen. Außerdem befindet sie sich speziell zu der oben angeführten grundsätzlichen Bestimmung im Widerspruch.

Die Rolle des französischen Präsidenten war ausschließlich protokollarischer Natur, mit Ausnahme seines unbestreibaren Rechtes, die Kandidaten zur Bildung eines neuen Kabinetts auszuwählen, sobald eine Regierung vom Parlament gestürzt worden war. Mit andern Worten, Exekutivgewalt stand dem französischen Präsidenten lediglich während einer Kabinettskrise zu. Howards sonderbare Beweisführung dafür, daß die Regierung sich für eine Kriegserklärung nicht der Zustimmung der gesetzgebenden Kammern zu versichern brauche, läßt sich nicht aufrechterhalten[13].

Der bedeutendste französische Verfechter der Theorie, die Regierung habe das Recht, ohne Billigung des Parlaments Krieg zu erklären, war Edouard Herriot. Der ehemalige radikale Premier behauptete, die Regierung müsse in jeder wichtigen Phase der Außenpolitik das Parlament zu Rate ziehen, außer bei einer Kriegserklärung. Er stellte fest, daß die englische Verfassung das Recht der Kriegserklärung ausdrücklich der Krone vorbehielt; das englische Kabinett war daher nicht ver-

pflichtet, für eine Kriegserklärung die Billigung des Parlaments einzuholen. In den Vereinigten Staaten konnte demgegenüber nur der Kongreß einen Krieg erklären. Der amerikanische Präsident konnte lediglich einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Dasselbe hatte für das Weimarer Deutschland gegolten und ohne Zweifel blieb diese Bestimmung auch unter Hitler formal in Kraft.

Herriot räumte bereitwillig ein, das Versäumnis des französischen Gesetzgebers, diesen Punkt im Jahre 1875 deutlich zum umreißen, sei zweifellos mit der Spannung zu erklären, die zu jener Zeit in den deutsch-französischen Beziehungen bestand. Tatsache war, daß dieser Punkt nicht ausdrücklich erwähnt wurde. Herriot behandelte dieses Thema bei zahlreichen Gelegenheiten nach dem Zweiten Weltkrieg und befaßte sich ausführlich damit im zweiten Band seiner Lebenserinnerungen. Er gab einer weiten Auslegung der Verfassung den Vorzug, die der Regierung alle jene Rechte vorbehielt, die nicht ausdrücklich dem Parlament übertragen waren. Flandin und Laval hätten zweifellos festeren Boden unter den Füßen, wenn sie für eine strenge Auslegung einträten, die mit der demokratischen Tradition des Regimes besser in Einklang zu bringen sei. Die französische Verfassung bestimme wie die der Vereinigten Staaten, daß alle Verträge vom Parlament gebilligt werden müßten. Das sei in England nicht der Fall. Das parlamentarische Recht einer Billigung der Verträge jedoch beziehe sicherlich eine allgemeine Kontrolle über die Außenpolitik ein. Das schließe auch automatisch eine Kriegserklärung als wichtigsten Akt, den irgendeine Regierung vollziehen könne, ein. Dieser Frage sei 1914 nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet worden, als Deutschland den einleitenden Schritt tat und Frankreich den Krieg erklärte[14].

Seit 1875 hatte es keinen Präzedenzfall einer französischen Kriegserklärung ähnlich derjenigen Großbritanniens an Deutschland im Jahre 1914 und derjenigen der Vereinigten Staaten an Deutschland im Jahre 1917 gegeben. Darum war es bedeutungsvoll, daß Professor Barthélemy und Professor de la Pradelle, die beiden führenden französischen Sachverständigen für Verfassungs- und Völkerrecht, im Jahre 1938, als Flandin und Laval diese Frage aufwarfen, der Auffassung beipflichteten, für eine rechtsgültige Kriegserklärung sei in der Tat die Billigung des Parlaments erforderlich. Unglücklicherweise unterließ es Daladier, auf dieses Argument einzugehen, und nur aus diesem Grund warf Laval ihm später vor, seine Hände seien blutbefleckt. Daladier wußte, daß Präsident Lebrun völlig im Banne seines bedeutendsten Rivalen, Edouard Herriot, stand. Wenn Daladier sich in dieser Grund-

satzfrage Herriot widersetzte, durfte er gewiß sein, daß Lebrun ihn nicht wieder ernennen würde, wann immer er über irgendeiner unvorhergesehenen Streitfrage zeitweilig zu Fall käme. Es war eher Vorsicht als Überzeugung, die Daladier veranlaßte, der von Flandin ausgelösten Kampagne gegenüber taub zu bleiben. Er wollte sich nicht zu Flandin und Laval auf die Bank der ehemaligen Premierminister setzen, für die es kaum noch eine Hoffnung gab, wieder zur Macht zu kommen. Daladier war seinem Wesen nach ein kleiner Mann mit großem Machthunger. Er hatte gute Absichten und es gelang ihm bei zahlreichen Gelegenheiten, einen vorzüglichen Eindruck zu hinterlassen. Er war jedoch niemals ein kraftvoller Staatsmann ersten Ranges. Das gleiche konnte man zweifellos von Bonnet sagen. Das war für Frankreich im Oktober 1938, an einem Kreuzweg entscheidender Ereignisse, ein Mißgeschick. Die französische Führung mußte zwangsläufig jämmerlich unvorbereitet sein, sobald eines Tages die britische Regierung den Schleier ihrer unaufrichtigen Appeasementpolitik fallen ließ. Das erste bedrohliche Anzeichen einer solchen Entwicklung waren in der Tat die britischen Unterhausdebatten über das Münchner Abkommen. Sie begannen am Montag, dem 3. Oktober 1938[15].

An dem Tag, an dem die Tory-Widersacher Chamberlains im Unterhaus ihr Sperrfeuer gegen ihn und gegen das Münchner Abkommen eröffneten, frühstückte Daladier in Paris mit William C. Bullitt, dem amerikanischen Botschafter. Der französische Premier ließ Bullitt wissen, daß er sich keine Illusionen über die Münchner Konferenz mache. Er wußte, daß sich in Europa weitere Krisen und Probleme ergeben würden, und erwartete von Hitler weitere Schritte in Erfüllung seines Programms, die Friedensregelung von 1919 für Mitteleuropa einer Revision zu unterziehen. Daladier hoffte, Frankreich könne seine eigene Position beibehalten, ohne in einen Konflikt mit Deutschland verwikkelt zu werden. Er erzählte Bullitt, daß sich Hermann Göring ihm gegenüber in München sehr herzlich verhalten und daß der deutsche Marschall ihm nicht nur einige persönliche Komplimente gemacht, sondern auch lobende Worte für Frankreich gefunden habe.

Bullitt fragte, ob Daladier den hohen Stand der französischen Rüstungsproduktion beizubehalten beabsichtige, was der Premier bejahte. Bullitt versuchte ausfindig zu machen, ob Daladier einen Widerstand gegen mögliche weitere deutsche Schritte im Osten in Erwägung zöge, doch wich hier der französische Premier aus. Der amerikanische Botschafter schloß daraus mit Bedauern, Daladier sei in erster Linie an einem friedlichen Ausgleich mit Deutschland gelegen[16].

Dieser Eindruck Bullitts wurde durch Daladiers Ansprache in der Sondersitzung der Deputiertenkammer am folgenden Tag, dem 4. Oktober 1938, bestätigt. Der Premierminister eröffnete damit in der Kammer die erste außenpolitische Debatte, seit Chautemps und Delbos im Februar 1938 versucht hatten, die umstrittenen Fragen aufzurollen, denen Frankreich sich damals gegenübersah. Im Gegensatz zu ihnen nahm Daladier im Oktober 1938 eine unzweideutige Haltung ein. Die Frage war nur, ob er diese Haltung beibehalten würde oder nicht. Behielt er sie bei, so war ein dauerhafter Frieden zwischen Frankreich und Deutschland gesichert.

Daladier gab in seiner Ansprache einen Überblick über die tschechische Krise vom Zeitpunkt seiner Regierungsbildung im April 1938 an. Er rief seinen Zuhörern ins Gedächtnis, daß die Krise vom Augenblick des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich an, noch bevor er zur Macht kam, unvermeidlich gewesen sei. Er versicherte, die Ereignisse hätten gezeigt, daß alle von der Krise betroffenen Nationen, einschließlich Deutschlands, den Frieden wünschten. Er sprach aufrichtig über seine eigene Entscheidung, an der Münchner Konferenz teilzunehmen: „Es ging um die Rettung des Friedens, den viele schon als endgültig verloren betrachteten. Ich sagte ‚Ja!' und bedauere nichts."

Der französische Premier erörterte die verschiedenen in die Münchner Bedingungen aufgenommenen Schutzmaßnahmen für die Tschechen, so zum Beispiel ihr Recht, die tschechische Staatsbürgerschaft zu beanspruchen, wenn sie in dem deutschen Gebietsstreifen lebten, und das Recht, um eine Garantie seitens der vier Mächte nachzusuchen, sobald die Frage der polnischen und der ungarischen Minderheit geregelt sei. Daladier wandte sich sodann der entscheidenden Frage der zukünftigen französisch-deutschen Beziehungen zu. Er betonte die Notwendigkeit einer dauerhaften französischen Freundschaft mit Deutschland und die Bedeutung einer möglichst weitgehenden Einmütigkeit unter den vier Mächten, die als Bollwerke des Friedens gelten sollten. Diese beiden Fragen wurden als Angelegenheiten von gleichrangiger Bedeutung getrennt behandelt. Mit andern Worten, die deutsch-französische Freundschaft sei ein Ziel für sich und keineswegs etwa nur Nebenfaktor und Folgeerscheinung der französischen Beziehungen zu Italien oder der englischen Beziehungen zu Deutschland. Daladier appellierte in seinen Schlußbemerkungen über die Einmütigkeit der vier Mächte an die Loyalität der Kammer: „Meine Freunde, lassen wir es nicht dazu kommen, daß diese Einmütigkeit durch nichtiges Gezänk und unwichtigen Streit geschwächt wird."

Unglücklicherweise unterließ Chamberlain jenseits des Kanals einen ähnlichen Appell an das Unterhaus[17].

Daladiers Appell wurde im Elsaß von Michael Walter nachdrücklich unterstützt. Er klagte darüber, die jüngste Krise habe sich störend auf das Wirtschaftsleben Elsaß-Lothringens ausgewirkt, der einst verlorenen Provinzen, für die im Krieg 1914—18 Franzosen Blut und Leben hingegeben hätten. Er erklärte, die Menschen der einst verlorenen Provinzen wünschten ein für allemal Frieden und Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Er betonte, in seiner Heimat gebe es keine Feindseligkeit gegen das neue Deutschland, und die dort ansässigen Menschen glaubten der von gewisser Seite ausgehenden alarmierenden Propaganda über räuberische Absichten Deutschlands gegenüber Frankreich nicht. Er hoffe auf die Sicherung des Friedens durch die neue Viermächtediplomatie. In jedem Fall sei eine französische Verständigung mit Deutschland die Hauptsache[18].

Selbst Louis Marin, ein früherer Mitarbeiter Poincarés, der bei der überaus grausamen Unterdrückung der Weimarer Republik mitgewirkt hatte, sagte, er unterstütze das Münchner Abkommen und die neue französische Deutschlandpolitik. Seine Rede machte auf viele seiner Zuhörer tiefen Eindruck. Es war fast so, als ob Poincaré selbst das Wort ergriffen hätte. Die Wahrscheinlichkeit sprach dafür, daß Poincaré und Barthou, hätten sie noch unter den Lebenden geweilt, einer Unterstützung der Außenpolitik Daladiers zugestimmt hätten. Die französische Rechte stand mit erdrückender Mehrheit hinter dieser Außenpolitik des radikalen Premierministers. Praktisch war es die Außenpolitik Bonnets, die Daladier übernahm und verteidigte. Selbst André Tardieu, der das innenpolitische System Frankreichs auch weiterhin, nicht minder unnachgiebig als im Jahre 1934, angriff, gab zu, eine französische Politik der Herausforderung Deutschlands nach der Münchner Konferenz wäre vollendete Torheit[19].

Léon Blum hielt am 4. Oktober in der Kammer eine kurze Rede, in der er die Ergebnisse der Münchner Konferenz als vollendete Tatsache hinzunehmen sich bemühte, ohne sie allerdings damit zu billigen. Er ließ sich dabei die Gelegenheit nicht entgehen, Propaganda in eigener Sache zu machen. Blum behauptete nämlich, die Münchner Konferenz wäre wahrscheinlich unnötig gewesen, wenn im März 1938 unter seiner Führung eine Nationalregierung gebildet worden wäre. Seine Äußerungen bestätigten den Eindruck der meisten seiner Kritiker, daß er bei seiner unversöhnlichen Politik geblieben wäre und diese wahrscheinlich in einem Krieg ihren Gipfel erreicht hätte. Blum versicherte,

er werde für das Münchner Abkommen stimmen, aber er tat es offensichtlich mit Vorbehalten[20].

Gabriel Péri äußerte sich über die Münchner Diplomatie in einer kurzen Rede an die Kammer ebenso bitter wie abfällig. Er sprach im Namen der französischen Kommunistischen Partei, die am 10. September 1938 offen für einen Krieg zugunsten der Tschechen eingetreten war. Péri stellte die Behauptung auf, die Sowjetunion hätte im Interesse der Tschechen interveniert, wenn Frankreich ebenfalls dazu bereit gewesen wäre. Die Abgeordneten der Rechten hörten seinen Äußerungen gelangweilt und gleichgültig zu. Sie waren damit zufrieden, daß die Kommunisten trotz ihrer Bemühungen, Frankreich in Spanien, Mitteleuropa oder sonstwo seine Politik vorzuschreiben, schließlich doch unterlagen[21].

Ganz anders nahm dagegen Henri de Kerillis die Rede auf. Er war der einzige nichtkommunistische Abgeordnete, der gegen das Münchner Abkommen zu sprechen und Daladiers Appell zur Einmütigkeit zu ignorieren wagte. Für Kerillis war es schwer, sich Gehör zu verschaffen. Seine Worte wurden häufig durch den Zuruf unterbrochen: „Denken Sie an Neuilly!" Das war der Pariser Wahlkreis Kerillis', und seine Gegner waren überzeugt, daß seine Kriegstreiberei ihm bei den Wahlen des Jahres 1940 eine Niederlage bescheren würde. Die gleichen Gegner wären erstaunt gewesen, hätte irgendjemand vorauszusagen gewagt, daß sich Frankreich noch vor diesem Zeitpunkt mit Deutschland wieder im Kriegszustand befinden würde.

Der Kerngedanke der Kerillis-Rede war der, Frankreich habe seine Ehre geopfert, da es nicht das uneingeschränkte Versprechen Paul-Boncours eingelöst habe, unter allen Umständen für die Tschechen zu kämpfen. Flandin unterbrach schließlich Kerillis, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er seine Redezeit überschritten habe. Die Debatte wurde erfolgreich zu Ende geführt und Daladiers Münchner Politik mit dem überwältigenden Abstimmungsergebnis von 535 zu 75 das Vertrauen ausgesprochen[22].

Die meisten Gegenstimmen am 4. Oktober 1938 stammten von den Kommunisten, und Daladier war deren Entschluß, gegen ihn zu stimmen, nur willkommen. Das trug dazu bei, die Erinnerung an seine früheren taktisch bedingten Verbindungen zur Volksfront zu begraben. Die Debatte in der Kammer hatte beinahe sechs Stunden gedauert. Die Galerie hatte sich bis auf den letzten Platz mit einer aufmerksamen Zuhörerschaft gefüllt. Daladiers Triumph hätte nicht vollständiger sein können. Der Senat billigte das Münchner Abkommen einmütig.

Joseph Caillaux und Pierre Laval waren sich einig, daß der machtvolle Senat zu einem unüberwindlichen Bollwerk einer Politik der Verständigung mit Deutschland geworden sei. Laval hatte zur Politik Daladiers und Bonnets weniger Vertrauen als Caillaux und machte sich weiterhin Sorgen, daß man den Senat um seine legitimen Rechte, Frankreich gegen weitere diplomatische Mißgriffe zu schützen, bringen könne[23].

Frankreich hatte in den ersten Tagen nach der Münchner Konferenz alles getan, was in seiner Macht lag, um eine Politik ständiger Zusammenarbeit zwischen den vier Mächten zu fördern. Das gleiche galt für Italien und Deutschland, wo die führenden Zeitungen die Friedensbemühungen Chamberlains und Daladiers lobend hervorhoben. Der Rücktritt des tschechischen Präsidenten Benesch am 5. Oktober 1938 wurde am folgenden Tag im Temps als ein Zeichen dafür begrüßt, daß die Tschechen hofften, sich den neuen Umständen unter andern Staatsmännern anpassen zu können, die der alten, deutschfeindlichen Richtung nicht zu eng verbunden waren. Dieser hoffnungsvolle Ausblick wurde jedoch gleich in den ersten Tagen der wütenden englischen Unterhausdebatten über das Münchner Abkommen und durch die schwache, höchst fragwürdige Haltung, die Premierminister Chamberlain seinen Kritikern gegenüber einnahm, weitgehend zerstört[24].

Der erste Abschnitt der Debatte über Chamberlains Münchner Politik dauerte von Montag, dem 3. Oktober, bis einschließlich Donnerstag, dem 6. Oktober. Die englische Labour-Partei lehnte im Gegensatz zu den französischen Sozialisten das Münchner Abkommen fast einmütig ab. Die Liberalen standen ebenfalls in Opposition und noch mehr fiel ins Gewicht, daß nicht weniger als dreiunddreißig der bedeutendsten Toryführer im Unterhaus Chamberlain die Gefolgschaft verweigerten. Das war etwa die Hälfte der bekannteren Tories und man gab weiterhin zu, daß viele nicht so unangreifbare Tory-Abgeordnete sich ebenfalls gegen Chamberlain gewandt hätten, würden sie nicht die Vergeltung der konservativen Parteiorganisation gefürchtet haben.

Von den Ministern der französischen Kriegspartei in Daladiers Kabinett war keiner zurückgetreten. Sie wußten, daß Daladier einen solchen Entschluß mit Gleichmut hingenommen und das ihren politischen Selbstmord bedeutet hätte. Keiner von ihnen hatte gewagt, öffentlich gegen Daladiers Münchner Politik zu sprechen. In England lagen die Dinge anders. Alfred Duff Cooper trat als Parlamentarischer Erster Lord der Admiralität in Chamberlains Kabinett zurück und griff am 3. Oktober im Unterhaus in einer anmaßenden Rede Chamberlains

Politik an. Er erklärte, seine ablehnende Haltung entspringe nicht einem sentimentalen Mitgefühl für die Tschechen, sondern er sei der Auffassung, Großbritannien hätte Deutschland herausfordern sollen, selbst wenn diese Herausforderung einen neuen europäischen Krieg unvermeidlich gemacht hätte, und dies um der traditionellen, brutalen britischen Politik des Kräftegleichgewichts willen.

Duff Cooper war dafür, Europa in einen Krieg zu stürzen wegen eines Streites, in dem England keine unmittelbare Verpflichtung hatte, und obwohl keinerlei Streitigkeiten gegeben waren, die Großbritannien und Deutschland direkt berührten. Chamberlain hätte einer derartigen Rede mit einem strengen Verweis entgegentreten müssen. Er hätte das auch zweifellos getan, wenn seine Appeasementpolitik aufrichtig und echt gewesen wäre. Er hätte leicht darauf hinweisen können, daß durch die britische Intervention im Weltkrieg 1914—18 neue Probleme geschaffen worden seien, statt alte zu lösen, und daß sie zu dem ungeheuren Verlust an Menschenleben, von dem sich Großbritannien immer noch nicht völlig erholt habe, wirtschaftliche Schwierigkeiten zusätzlich verursacht hätte. Statt dessen brachte Chamberlain in empfindsamen Redensarten seine Sympathie und sein Verständnis für die Haltung Duff Coopers zum Ausdruck[25].

Während der gesamten Debatte betonte Chamberlain, England werde das Münchner Abkommen mit der Intensivierung seines eigenen Rüstungsprogrammes beantworten. Das stand im direkten Gegensatz zu Hitlers Plan, Deutschlands Rüstungsausgaben nach der Münchner Konferenz herabzusetzen, und ließ nur eine einzige Schlußfolgerung zu, daß nämlich Chamberlain nach München gegangen war, um Zeit für weitere Kriegsvorbereitungen zu gewinnen. Chamberlain ignorierte damit im Grunde die deutsch-englische Freundschaftserklärung, die Hitler am 30. September auf Anregung des britischen Premierministers mit Freuden unterzeichnet hatte.

Churchill, Anthony Eden und andere prominente Tories machten sich die unentschuldbare Schwäche Chamberlains bei seiner Erwiderung auf Duff Cooper in ihren kriegerischen Reden voll zunutze. Die einzige Rede zur Verteidigung der Münchner Politik, die aufrichtig klang, war die Rab Butlers, des parlamentarischen Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten. Im übrigen beherrschten die wilden Angriffe der Oppositionssprecher und die schwachen und unwirksamen Entgegnungen aus dem Lager Chamberlains die Szene. Im Oberhaus war die Situation nicht anders. Hier ging Lord Halifax in der Darstellung der angeblichen Notwendigkeit eines riesigen britischen

Rüstungsprogramms sogar noch weiter als Chamberlain. Er ließ nicht den geringsten Zweifel aufkommen, daß die Engländer sich für einen möglichen Konflikt mit Deutschland rüsteten[26].

Die Antwort der Briten auf ein internationales Abkommen, das in erster Linie und unmittelbar das Ergebnis ihrer eigenen Diplomatie darstellte, war fast nicht zu glauben. Es versteht sich von selbst, daß die britische Reaktion die Kriegspartei in Frankreich ermutigte und die Stellung des Premierministers Daladier schwächte. Tatsächlich wäre es nicht übertrieben, wenn man sagte, daß die britischen Staatsmänner sich Daladier und Bonnet gegenüber illoyal verhielten. Man sucht in ihren Reden vergebens nach irgendeinem Hinweis auf die Erklärungen Daladiers zugunsten des Friedens und der Freundschaft mit Deutschland oder nach irgendeinem Versuch, der bösartigen Anklage entgegenzutreten, Frankreich habe in München seine Ehre geopfert.

Donnerstag, der 6. Oktober, war für die Zukunft der englischen Außenpolitik ein entscheidender Tag, mochten sich die französischen Staatsmänner dessen auch noch nicht sogleich bewußt sein. Gerade in dem Augenblick, da in England das Wüten gegen eine Appeasementpolitik seinen Höhepunkt erreichte, ließ Halifax Chamberlain wissen, er beabsichtige, in Zukunft die alleinige Verantwortung für die britische Außenpolitik zu übernehmen. Es sollte keine Auslandsreise Chamberlains mehr geben, auf der Halifax ihn nicht begleite. Man erwarte von Chamberlain, daß er sich der Auffassung Halifax' unterordne, wann immer die beiden britischen Staatsmänner nicht übereinstimmten. Falls der britische Premierminister diese Bedingungen nicht akzeptiere, beabsichtige Halifax zurückzutreten. Es war für Chamberlain unmißverständlich, daß der weitere Erfolg seiner Regierung weitgehend von der Mitarbeit seines Außenministers abhing, der mehr persönliches Ansehen genoß als jedes andere Kabinettsmitglied[27].

Halifax verbarg Chamberlain nicht, daß er im Begriff stand, die Appeasementpolitik gegenüber Deutschland zugunsten einer wesentlich anderen Politik aufzugeben. Chamberlain wußte, daß Halifax die Polen im September 1938 unterrichtet hatte, England sei daran interessiert, ihnen in Danzig gegen Deutschland beizustehen. Damit wich Halifax merklich von der Erklärung ab, die er selbst erst kurz zuvor, im Mai 1938, den Deutschen gegeben hatte, England erwarte, daß Danzig mit seiner autonomen, nationalsozialistischen Regierung ohne Rücksicht auf die Haltung Polens zu Deutschland zurückkehre. Halifax hatte indessen einige wichtige Anfangsvorbereitungen getroffen. So war er jetzt darauf vorbereitet, seinen heimlichen Feldzug mit dem

Ziel zu beginnen, Deutschland im Namen der veralteten britischen Politik des Gleichgewichts der Kräfte in einen unnötigen, allgemeinen europäischen Krieg hineinzuzwingen. Halifax' kaltblütige Absicht, die Franzosen trotz ihrer beachtenswerten Anpassung an die neuen europäischen Verhältnisse in einen Krieg mit Deutschland hineinzuziehen, nachdem die Engländer rechtzeitig an der Beseitigung des französischen Übergewichts in Europa entscheidend mitgewirkt hatten, war ein wesentliches Kennzeichen seines Programmes[28].

Lazar Kaganowitsch hatte in der Iswestija schon im Januar 1934 verkündet, die Sowjetunion würde eine neue Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland begrüßen. Die vergeblichen Bemühungen der Sowjetunion, Franzosen und Deutsche in einen Krieg gegeneinander zu verwickeln, hatten schließlich dazu geführt, daß Litwinows Worte von kollektiver Sicherheit in München verworfen wurden. Halifax nahm sich jetzt aus ganz andern Beweggründen vor, das gleiche abstoßende Ziel zu erreichen, das vorher die Kommunisten ins Auge gefaßt hatten. Die Gefährdung des Friedens durch ihn war weit erschreckender als die kommunistischen Intrigen, insbesondere nach dem Zusammenbruch der französischen Volksfront. Halifax' Besessenheit vom Gedanken eines neuen Krieges wurzelte in seiner blinden und hartnäckigen Weigerung, sich die Lehren des Weltkrieges von 1914—18 zueigenzumachen, sowie in einer katastrophalen Unterschätzung der Bedrohung Europas durch die Sowjetunion. Er glaubte fest, ein neuer Krieg gegen Deutschland würde den Interessen des britischen Weltreichs dienen und die Vormachtstellung Großbritanniens in Europa garantieren. Er wünschte den Krieg zur Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts nicht weniger brennend herbei als Duff Cooper, nur hatte er das Jahr 1939, statt 1938, dafür gewählt. Bonnet wurde durch den Aufruhr im britischen Unterhaus alarmiert. Unglücklicherweise konnte er die Zusammenhänge nicht sofort durchschauen[29].

Bonnet verließ Paris am 6. Oktober 1938, um seine Wählerschaft in Perigueux aufzusuchen. Es war in Frankreich, im Unterschied zu den jüngsten, bedeutsamen Vorgängen in England, ein Tag wie jeder andere. Bonnet bemerkte am 7. Oktober in einer Rede an seine Wähler bedeutungsvoll: „Es gibt eine Kritik, die ich nicht akzeptiere. Sie besagt, Frankreich habe nicht loyal zu seiner Unterschrift gestanden. Frankreichs Unterschrift ist heilig. Wurde die Tschechoslowakei angegriffen oder nicht?"

Aus der Menge wurde ihm sofort die richtige Antwort zugerufen: „Natürlich nicht!"

Der französische Außenminister war offensichtlich gereizt über die Bereitwilligkeit von Ausländern wie Duff Cooper und Churchill, ein Urteil über Fragen abzugeben, welche die Ehre Frankreichs berührten[30].

Bonnet kehrte am 8. Oktober nach Paris zurück und sprach vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Er wies warnend darauf hin, daß neue schwere Gefahren für den Frieden bestünden, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich weiterhin bessern möchten. Das würde die Chance vergrößern, erfolgreich und ohne Krieg mit den neuen Gefahren fertig zu werden. Reichskanzler Hitler hielt am folgenden Nachmittag eine Rede in Saarbrücken, nur wenige Kilometer von der französischen Grenze entfernt. Er sprach zur Einweihung eines neuen Schauspielhauses. Seine Anwesenheit an der Grenze erzeugte in Frankreich nicht mehr die Aufregung und Furcht, die zur Zeit seines unerwarteten Besuchs in den Grenzbefestigungen von Kehl am 29. August 1938 während der deutsch-tschechischen Krise geherrscht hatte[31].

Hitler äußerte in Saarbrücken nur Worte der Freundschaft und Achtung für Frankreich. Er würdigte insbesondere die Bemühungen des Premierministers Daladier um eine friedliche Schlichtung der deutsch-tschechischen Krise in München. Seine Haltung gegenüber England spiegelte seine Enttäuschung über den offenbaren Erfolg der neusten Kriegstreiberpraktiken in jenem Lande. Die plötzliche Popularität Churchills, Edens und Duff Coopers veranlaßte ihn, sich zu fragen, ob es Chamberlain gelingen werde, sich an der Macht zu halten. Dies war für ihn eine berechtigte politische Überlegung, denn es war klar, daß die Tory-Kriegstreiber die deutsch-englische Freundschaftserklärung vom 30. September 1938 nicht achten wollten[32].

Die britische Presse erwiderte Hitler tags darauf zornerfüllt, er suche sich in die inneren Angelegenheiten Englands einzumischen. Die deutsche Presse griff die Herausforderung auf und bemühte sich, diese Beschuldigung zu widerlegen. Die deutschen Journalisten räumten bereitwillig ein, daß eine neue britische Rüstungskampagne an sich zwar nicht Deutschlands Angelegenheit, daß es aber etwas anderes sei, wenn die britischen Staatsmänner binnen einer Woche nach Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes, zu dem sie selbst den Anstoß gegeben hatten, zugäben, die Kampagne richte sich ausdrücklich gegen Deutschland.

Bis zum 11. Oktober, an dem die tschechisch-ungarischen Verhandlungen über eine neue Grenzregelung sich festfuhren, hatte die scharfe Polemik zwischen der britischen und der deutschen Presse zur weite-

ren Vergiftung des Atmosphäre beigetragen, deren Ursache in den britischen Parlamentsdebatten lag. Die Tschechen und Ungarn wurden dazu überredet, ihre Verhandlungen zu einer Lösung der strittigen Fragen wiederaufzunehmen. Man hoffte dadurch Zeit zu gewinnen, in der Engländer und Deutsche ihre Fassung wiederfinden und die vier Mächte die Verantwortung für das Schiedsamt auf sich nehmen könnten, das sie in München freiwillig übernommen hatten. Bonnet hatte nicht übertrieben, als er den französischen Senatssausschuß warnte, auch nach der Regelung der Sudetenfrage könne der Frieden weiterhin gefährdet sein. Ein Krieg zwischen Tschechen und Ungarn zum Beispiel könnte leicht weitere Verwicklungen schaffen, die Frankreich einbeziehen würden. Immerhin war Bonnet weitreichendem Verständnis für die Probleme begegnet, denen er sich gegenübersah, als er zu den französischen Senatoren sprach[33].

Anatole de Monzie sprach am 12. Oktober 1938 in Toulouse vor einer Journalistenversammlung, auf der die meisten französischen Zeitungen vertreten waren. Er bezog sich auf die jüngsten deutsch-englischen Kontroversen und auf die Schwierigkeiten, denen sich der tschechische Staat nach der Münchner Konferenz gegenübersah. Monzie erklärte, Frankreich werde in den kommenden Monaten vielen schwierigen Situationen dieser Art begegnen müssen. Er lobte Bonnet und versicherte unter donnerndem Beifall, die Führung der französischen Außenpolitik könne nicht in fähigeren Händen liegen. Er betonte auch die Notwendigkeit eines deutsch-französischen Abkommens. Chamberlain hätte in München einen deutsch-englischen Freundschaftspakt unterzeichnet. Es bestände kein Grund, warum Frankreich nicht seinem Beispiel folgen solle. Monzie war auch überzeugt, daß Bonnet im Gegensatz zu den britischen Staatsmännern sich ernstlich bemühen würde, zu einem solchen Abkommen zu stehen. Er wußte, daß der Lärm der letzten zehn Tage in England dem Ansehen und der Stellung des französischen Außenministers bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschadet hatte. Bonnets Beliebtheit in Frankreich hatte in den Tagen nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens eher zu- als abgenommen[34].

Neunzehntes Kapitel

DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFTSPAKT

Der Plan eines deutsch-französischen Übereinkommens, am 12. Oktober 1938 erstmalig durch Monzie öffentlich befürwortet, stand während der ersten acht Wochen im Mittelpunkt des Interesses an der europäischen Politik. Kerillis behauptete am 14. Oktober 1938 in der Epoque, die deutsch-englische Freundschaftserklärung vom 30. September 1938 sei tot und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich. Er kritisierte Daladier und Bonnet, weil sie während der jüngsten Krise nichts über die Auffassungen des französischen Generalstabs hätten verlauten lassen.

Nach Kerillis' Ansicht hätte man im vergangenen Monat die Rechnung mit Deutschland begleichen sollen, nötigenfalls auf dem Schlachtfeld. Außerdem hätten die französischen Militärs zur Zeit der deutsch-tschechischen Krise im Fall eines Krieges zuversichtlich mit einem Sieg gerechnet. An den Tatsachen hatte diese Behauptung Kerillis' jedoch keine Stütze. Daladier war von General Gamelin auf die vom Zweiten Büro am 25. August 1938 vorgenommene umfassende Untersuchung der militärischen Lage hingewiesen worden. Die deutsche Luftwaffe hatte sich dabei derjenigen Englands und Frankreichs als überlegen herausgestellt. Das Zweite Büro behauptete ferner, Deutschland verfüge über neunzig einsatzbereite Divisionen, und eine erfolgreiche französische Offensive gegen die Deutschen, noch bevor diese die Tschechen überrannt hätten, sei unmöglich. Die Sowjetunion wähnte man immer noch auf einem militärischen Tiefstand, und der Gedanke einer sowjetischen Intervention zugunsten der Tschechen wurde gleichfalls als praktisch unmöglich aufgegeben.

Das Zweite Büro kam zu dem Schluß, daß es utopisch sei, sich auf militärische Hilfe seitens der Vereinigten Staaten zu verlassen, und

betonte das Fehlen eines kampfkräftigen britischen Expeditionskorps'. Die Haltung Mussolinis und Francos im Falle eines Konfliktes wurde als gefährlich unzuverlässig bezeichnet. Das Zweite Büro rechnete damit, daß die Polen deutschfreundlich bleiben und die Verbündeten der Tschechoslowakei in der Kleinen Entente es vermeiden würden, sich bemerkbar zu machen. Die militärische Gesamtlage Frankreichs sei ungünstig. Kurzum, die Haltung der französischen Militärs war genau das Gegenteil dessen, was Kerillis' leichtfertig behauptet hatte[1].

General Maurice Gamelin, der Oberbefehlshaber des französischen Heeres, war davon überzeugt, daß ein Krieg im September 1938 für Frankreich eine Katastrophe bedeutet hätte. Er hatte deshalb wenig oder gar keine Hoffnung auf einen militärischen Endsieg Frankreichs gelassen. Kerillis war in erster Linie daran interessiert, nationalistischen Elan für eine Kraftprobe mit Deutschland im Vertrauen darauf zu erwecken, daß niemand seine unverantwortlichen Behauptungen anzweifeln würde. Daladier konnte unmöglich öffentlich zugeben, daß die militärische Lage Frankreichs am Vorabend der Münchner Konferenz katastrophal gewesen sei. Die Militärs hatten in ihren Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit immer betont, die Lage Frankreichs wäre günstig, was für das Prestige ihres Standes unerläßlich war[2].

François-Poncet, dessen Versetzung nach Rom von Bonnet gebilligt worden war, erschien am 18. Oktober 1938 zu einem Abschiedsempfang bei Hitler. Bonnet hatte dem französischen Botschafter die Richtigkeit seines Eindrucks von München bestätigt, daß nämlich die Engländer den Franzosen nicht den geringsten Hinweis auf ihre Absicht gegeben hätten, eine deutsch-englische Freundschaftserklärung am 30. September 1938 abzugeben. Frankreichs Außenminister war daher der Auffassung, seinem Land stehe es ebenfalls frei, zusammen mit den Deutschen eine Freundschaftserklärung ohne vorherige Konsultation der Engländer abzugeben. François-Poncet hatte die Wilhelmstraße zur großen Freude Hitlers von Bonnets Ansicht unterrichtet. Hitler nahm die Gelegenheit seines letzten Gesprächs mit dem französischen Botschafter wahr, um Frankreich einen förmlichen Vorschlag zu unterbeiten[3].

François-Poncet, der Hitlers Angebot zu würdigen wußte, hegte keinen Zweifel an einer günstigen Antwort des Quai d'Orsay. Hitler wünschte dem französischen Diplomaten viel Glück für seine Mission in Rom. Der deutsche Kanzler hatte Mussolini am 14. Oktober 1938 erklärt, er erhoffe einen Freundschaftspakt mit Frankreich und werde auch engere Bindungen zwischen Frankreich und Italien begrüßen. Die

gewohnte Atmosphäre der Herzlichkeit zwischen Hitler und dem französischen Diplomaten war während ihrer Abschiedsunterhaltung besonders spürbar[4].

Die französische Regierung beantwortete am 21. Oktober 1938 Hitlers Angebot in günstigem Sinne. Bonnet und der deutsche Botschafter Welczeck erörterten in den folgenden Tagen in Paris die Vorschläge für dieses Übereinkommen. Es war leicht, sich über eine Formulierung der Bereitschaft Deutschlands zur Garantie der Ostgrenzen Frankreichs zu einigen. Das Problem der französischen Ostbündnisse bereitete dagegen einige Schwierigkeiten. Bonnet betonte, jedes derartige Übereinkommen müsse für diese Bündnisse angemessenen Raum lassen. Es wurde jedoch in kürzester Frist eine grundsätzliche Einigung auf folgende Formulierung erzielt: „Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte[5]."

Die Deutschen anerkannten zwar damit im Grunde sowohl das französisch-sowjetische Bündnis als auch die älteren französischen Verpflichtungen gegenüber den Polen, Tschechen, Jugoslawen und Rumänen, aber der deutsche Außenminister von Ribbentrop hoffte auf Bonnets Bereitschaft, ihm eine private Zusicherung zu geben, daß Frankreich nicht beabsichtige, jemals wieder aufgrund mitteleuropäischer Vorgänge gegen Deutschland zu intervenieren. Unzweifelhaft war zu jener Zeit die zukünftige französische Politik in Mitteleuropa das wichtigste Problem, dem sich sowohl die französischen als auch die deutschen Diplomaten gegenübersahen, weil ihnen an der erfolgreichen Ausarbeitung eines Übereinkommens gelegen war. Die einzelnen Punkte des Entwurfs wurden am 25. Oktober 1938 in Paris fertiggestellt. Ribbentrop verließ Deutschland am nächsten Tag zu einem Besuch in Rom und unterrichtete die italienischen Staatsmänner über die für das Abkommen vorgesehenen Punkte. Das gleiche bezweckte Bonnet gegenüber den Engländern durch entsprechende Instruktionen an Botschafter Corbin in London[6].

Der vorgeschlagene Wortlaut des deutsch-französischen Abkommens war, abgesehen von der Grenzgarantie und der Anerkennung von Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten, fast der gleiche wie jener der deutsch-englischen Erklärung vom 30. September 1938. Diese hatte den „Wunsch beider Völker" zum Ausdruck gebracht, „niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen". Eine ähnliche Fassung ent-

hielt der Vorschlag zum deutsch-französischen Abkommen, der folgendermaßen lautete: „Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird[7]."

Hätte der britische Außenminister die Absicht gehabt, an der von Chamberlain in München verfolgten Politik festzuhalten, so wäre die deutsch-französische Erklärung von ihm begrüßt worden. Leider hegte er völlig entgegengesetzte Absichten. Halifax behauptete am 1. November 1938 im einleitenden Teil seiner Instruktionen für Sir Eric Phipps, den britischen Botschafter in Paris, er weise den Gedanken von sich, „die französische Regierung könne infolge deutscher Intrigen versucht sein, sich von der Seite der Regierung Seiner Majestät vertreiben zu lassen", doch ließ das Fazit seiner Instruktionen erkennen, daß er dies tatsächlich befürchtete. Vertraulich teilte er Phipps mit, eine militärische Intervention Englands gegen Deutschland in Mitteleuropa könne ungeachtet des Münchner Abkommens und der deutsch-englischen Erklärung zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Halifax wollte mit Frankreich als einem Werkzeug britischer Politik rechnen können und verriet, daß „ich zögern würde, der französischen Regierung zu raten, den französisch-sowjetischen Pakt aufzukündigen". Die Engländer hatten einst den Abschluß dieses Paktes nach Kräften zu verhindern gesucht. Der Wind wehte jetzt offensichtlich aus anderer Richtung. Halifax fügte hinzu, er hoffe Mussolini überreden zu können, „von Hitler weniger abhängig zu sein"[8].

Ihre beiden Übereinkünfte mit den Deutschen vom 30. September 1938 hatten die Engländer nicht im geringsten daran gehindert, zwischen Deutschland und Italien eine Entfremdung herbeizuführen. Amerika spielte in den britischen Berechnungen weiterhin eine Hauptrolle und Halifax unterstrich die Notwendigkeit, die „denkbar engsten Bindungen" an die Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Er glaubte nicht, daß Frankreich „seine Freiheit mit einem Federstrich preisgeben" würde. Was Halifax eigentlich meinte, war vielmehr, daß Frankreich versuchen könne, seine Freiheit wiederzuerlangen, indem es zu einer unabhängigen Politik zurückkehrte, die von den Interessen Frankreichs ausging. Doch war Frankreich in jener Front unentbehrlich, die

Halifax gegen Deutschland aufbauen wollte. Seine Sorgen im Hinblick auf dieses Land nahmen in den folgenden Tagen eher zu als ab. Das zeigten sehr deutlich seine Instruktionen vom 7. November 1938 für Phipps. Der britische Botschafter wurde beauftragt, alles Erdenkliche zu tun, um die Franzosen von ihrer Zuversicht, zu einer Verständigung mit Deutschland kommen zu können, abzubringen[9].

Auch den Italienern sagte das neue Übereinkommen nicht zu. Doch waren die Motive ihres Mißtrauens ganz andere als bei Halifax. Mussolini war lediglich darum zu tun, es im Falle einer Entente zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu einer Isolierung Italiens auf dem europäischen Kontinent kommen zu lassen. Seine im Jahre 1938 Hitler gewährte Unterstützung war für Deutschland von großem Wert gewesen und so wünschte er nicht, nunmehr Frankreich als engsten Freund Deutschlands an die Stelle Italiens treten zu sehen. Bernardo Attolico, der italienische Botschafter in Berlin, erhielt am 8. November 1938 Anweisung, gegen den deutsch-französischen Entwurf zu protestieren. Die italienischen Staatsmänner erhoben insbesondere gegen die Punkte 3 und 4 Einspruch, welche Konsultationen zwischen Deutschland und Frankreich vorsahen, sobald sich in Europa Schwierigkeiten ergäben. Diese Kritik war ungerechtfertigt. Die deutsch-englische Freundschaftserklärung vom 30. November 1938, die von den Italienern ohne Protest akzeptiert worden war, sah vor, daß „auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln" seien. Was in der einen Erklärung akzeptabel war, konnte in der anderen gerechterweise nicht gut abgelehnt werden[10].

Der italienische Protest hatte infolge der überstürzten Ereignisse auf dem Höhepunkt der tschechisch-ungarischen Streitigkeiten eine Verzögerung erfahren. Die zweiseitigen tschechisch-ungarischen Verhandlungen waren am 20. Oktober abermals abgebrochen worden. Halifax hatte die Tschechen und die Ungarn dazu veranlaßt, um einen italienisch-deutschen Schiedsspruch anstatt um Intervention der vier Mächte nachzusuchen. Er wollte damit Großbritannien und Frankreich aus jeder weiteren territorialen Revision der Verträge von 1919 heraushalten in der Hoffnung, daß der Versuch einer Schlichtung des tschechisch-ungarischen Streits zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Deutschland führen würde. Die Deutschen hatten durchblicken lassen, man solle bei einem Schiedsspruch nach den Regeln der Selbstbestimmung verfahren, aber Halifax rechnete damit, daß die Italiener mit ihrem traditionellen Interesse an Ungarn darauf

bestehen würden, wenigstens das ruthenische Gebiet wieder an Ungarn zurückzugeben. Ruthenien war weder tschechisch noch ungarisch, es hatte allerdings vor 1919 viele Jahrhunderte lang zu Ungarn gehört. Die Polen wollten ihren ungarischen Freunden Ruthenien zuspielen, so daß eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze errichtet und eine ukrainische Irredenta-Bewegung vermieden würden[11].

Die Polen hatten vor 1938 mit ihrer Minderheit von nicht weniger als acht Millionen Ukrainern beträchtliche Schwierigkeiten erlebt. Im Oktober 1938 hatte sich Beck nach Bukarest begeben und vergeblich bemüht, König Carol von Rumänien für die Unterstützung seines Planes zu gewinnen. Halifax glaubte, die Polen könnten ebenso wie die Italiener und die Ungarn Rutheniens wegen in einen ernsten Streit mit Deutschland geraten, wenn die Engländer und Franzosen ihre Münchner Verpflichtungen umgingen und die Verantwortung für das Zustandekommen einer auf Selbstbestimmung beruhenden Lösung den Deutschen und Italienern überließen. Die Aussicht, daß Deutschland in Rom, Warschau und Budapest auf Schwierigkeiten stoßen könne, war dem britischen Außenminister höchst willkommen[12].

Bonnet war noch mit der Ausarbeitung der Punkte des deutsch-französischen Übereinkommens beschäftigt, als Halifax seinen erfolgreichen Versuch unternahm, die Engländer und Franzosen von weiteren Schlichtungsbemühungen in der Tschechoslowakei fernzuhalten. Privatim äußerte Bonnet am 21. Oktober, er „habe keine Ahnung", wie der tschechisch-magyarische Streit geschlichtet werden würde. Die Ungarn begannen ungeduldig zu werden, und der polnische Botschafter Lukasiewicz unterrichtete Bonnet von Becks Entschlossenheit, eine gemeinsame Grenze mit Ungarn zu schaffen. Die Tschechen hingegen hatten Bonnet offiziell mitgeteilt, sie wollten ihre gemeinsame Grenze mit Rumänien in Ruthenien beibehalten, Rumänien unterstützte ihren Wunsch, und Prag erwartete französische Hilfe gegen Becks Bestrebungen. Der französische Außenminister hegte durchaus nicht den Wunsch, sich von neuem auf zwangsläufig fruchtlose Vermittlungsversuche zwischen dem polnischen und dem tschechischen Verbündeten Frankreichs einzulassen. Er sagte voraus, eine französische Intervention würde sowohl in Warschau als auch in Prag nur neuen Groll gegen Frankreich hervorrufen, und fühlte sich daher sehr erleichtert, als Phipps ihm einige Tage darauf mitteilte, die Tschechen und Ungarn hätten sich entschlossen, um italienisch-deutsche Vermittlung nachzusuchen. Diese Abweichung von den Bedingungen des Münchner Abkommens beunruhigte Bonnet nicht im geringsten[13].

Am 25. Oktober 1938 erhielt er einen Bericht des französischen Botschafters Noël aus Warschau mit dramatischen Nachrichten, die das Gewicht der künftigen französischen Politik in Mitteleuropa erhöhten. Noël hatte erfahren, daß der deutsche Außenminister von Ribbentrop tags zuvor in Berchtesgaden bei einem Gespräch mit Jozef Lipski, dem polnischen Botschafter in Deutschland, die Rückgabe Danzigs an Deutschland vorgeschlagen hatte. Noël berichtete, man hätte auch über die deutschen Verbindungswege durch den polnischen Korridor gesprochen. Der französische Botschafter deutete an, er würde gern nach Paris zurückkehren, um die Lage mit Bonnet zu erörtern. Er war mit dem französischen Außenminister der Ansicht, daß ein neuer europäischer Krieg ein Unglück sein würde. Er hoffte deshalb, einen Krieg für immer vermeiden zu können. Sollte sich diese Hoffnung als zu optimistisch erweisen, so ließe sich nach Noël doch geltend machen, daß ein Krieg für Frankreich wahrscheinlich weniger verhängnisvoll sein würde, wenn er später, als wenn er früher käme[14].

Das französisch-polnische Bündnis von 1921 verpflichtete Frankreich für den Fall einer Übernahme Danzigs durch Hitler nicht zur Intervention. Doch schien es Noël, daß auch bei der französischen Verpflichtung, Polen gegen einen direkten Angriff zu verteidigen, zu klären sei, unter welchen Voraussetzungen sich die Franzosen zur Unterstützung der Polen verpflichtet zu fühlen hätten. Noël berichtete, Beck habe kürzlich einige sehr zynische Bemerkungen über das französisch-polnische Bündnis fallen lassen und behauptet, das Bündnis sei einseitig geworden: Die Polen seien jederzeit bereit, zur Verteidigung Frankreichs anzutreten, doch umgekehrt sei das nicht mehr der Fall. Noël rief Bonnet ins Gedächtnis, daß Hitler keineswegs wortbrüchig werde, wenn er die Fragen Danzigs und des Korridors aufwerfe. Er habe häufig gesagt, Deutschland anerkenne das Recht Polens auf einen Zugang zur See, er habe aber niemals den Korridor garantiert oder die Art eines solchen Zuganges definiert.

Der französische Botschafter glaubte, die Polen verschleierten die Tatsache, daß Hitler die Rückgabe wenigstens eines Teiles jener Gebiete verlangen müsse, die Polen im Jahre 1919 Deutschland abgenommen habe. Tatsächlich traf es zu, daß Hitler erstaunliche Zurückhaltung übte. Später war Noël erstaunt, zu hören, daß Hitler eine Garantie der bestehenden polnischen Grenze anbot, ohne die Rückgabe irgendeines der ehemals deutschen Gebiete zu fordern, die Polen 1919 annektiert hatte. Noël schloß seinen Bericht vom 25. Oktober 1938 mit dem Bemerken, die Deutschen hofften auch weiterhin auf ein

Bündnis mit Polen gegen die Sowjetunion, aber die ablehnende polnische Haltung gegenüber Deutschland mache eine solche Entwicklung äußerst unwahrscheinlich. Der französische Botschafter wußte nicht, daß die polnische Ablehnung einer Zusammenarbeit von dem vorangehenden, geheimen Angebot Halifax' beeinflußt war, Polen in Danzig gegen Deutschland Hilfe zu leisten. Halifax hatte diesen bedeutsamen und gefährlichen Schritt getan, der den Frieden aller Nationen gefährdete, ohne die Franzosen auch nur davon in Kenntnis zu setzen[15].

Bonnet erörterte die polnische Frage und die andern europäischen Probleme am 26. Oktober 1938 mit Premierminister Daladier. Dieser machte kein Hehl aus seiner Erbitterung über die Polen und hoffte, sie würden keine weiteren Schwierigkeiten verursachen, nachdem sie ihr Programm der Gebietsrevision auf Kosten der Tschechoslowakei durchgeführt hätten. Die Polen hatten ihre Absicht zu erkennen gegeben, in Prag Anspruch auf weitere Territorien zu erheben, wenn die tschechisch-ungarischen Streitigkeiten beigelegt seien. Daladier und Bonnet stimmten in der Ansicht überein, daß Frankreich nicht verpflichtet sei, den Polen in Danzig Beistand zu leisten, und im Gegensatz zu Halifax hofften sie beide, daß die Polen sich mit Hitler vergleichen würden[16].

Daladier reiste am gleichen Abend zum Parteikongreß der Radikalen nach Marseille. Er stellte dort am Nachmittag des 27. Oktober 1938 in einer grundsätzlichen Erklärung mit Nachdruck fest, daß Frankreich die Absicht habe, zu einer dauerhaften Verständigung mit Deutschland zu kommen. Die Tatsache, daß Hitler Danzig zu erwerben suche, gebe ihm nicht den geringsten Anlaß, an dieser Politik eine Änderung vorzunehmen. Der Hauptteil seiner Erklärung galt einem Angriff auf den Kommunismus. Daladier beschuldigte die Kommunisten, sie hätten nichts unterlassen, um die internationalen Besprechungen, die der Münchner Konferenz vorausgegangen seien, zu sabotieren, und warf ihnen „grobe Beleidigung des Herrn Chamberlain" vor. Auch klagte er sie an, sie suchten mit ihrer pausenlosen destruktiven Agitation unter den französischen Arbeitern in der Gewerkschaftsbewegung das Wirtschaftsgefüge Frankreichs zu paralysieren. Dagegen lobte er die Bemühungen seiner Kabinettskollegen um die Rettung des Friedens und um die Wiederherstellung eines allgemeinen Wohlstandes in Frankreich. Daß er jede Erwähnung Blums und der Sozialisten unterließ, war ein erneuter Hinweis darauf, daß die Volksfront tot und begraben sei. Die Rede Daladiers fand in der deutschen Presse günstige Aufnahme und wurde als bedeutsamer Beitrag zu einer dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland gewertet[17].

Am Tage nach der Marseiller Rede traf von Ribbentrop zu einer Besprechung der tschechisch-ungarischen Streitigkeiten mit Ciano und Mussolini in Rom ein. Der deutsche Außenminister kam mit seinen Gastgebern in einer Weise überein, die das jüngste Ränkespiel des Lord Halifax vollständig scheitern ließ. Ciano hatte zwar schon vor Ribbentrops Ankunft von Deutschlands Widerstand gegen die „rechtmäßigen Bestrebungen Ungarns" gesprochen, doch waren der Duce und sein Schwiegersohn am 28. Oktober bereit, den deutschen Plan einer Beschränkung der ungarischen Forderungen auf die volklich unstreitig magyarischen Gebiete zu akzeptieren[18].

Ribbentrop erwartete am 2. November 1938 Ciano auf dem Wiener Hauptbahnhof, wo der italienische Außenminister die begeisterten Huldigungen der riesigen Wiener Volksmenge entgegennahm. Bei einer anschließenden Rundfahrt durch die Stadt war Ciano über die zahlreichen Verbesserungen erstaunt, die seit seinem letzten Besuch im vergangenen Jahr während der Schuschniggzeit festzustellen waren. Inzwischen trafen die offiziellen tschechischen und ungarischen Delegationen im Schloß Belvedere ein, um dort am nächsten Tag ihre Argumente vorzubringen. Außerdem war eine inoffizielle slowakische Delegation erschienen, die Ciano durch die Beredsamkeit, mit der sie gegen übermäßige ungarische Forderungen Einspruch erhob, stark beeindruckte. Indessen benahm sich der ungarische Außenminister Kanja, weil er sich von Ciano verraten glaubte, anmaßend und taktlos. Diese Umstände waren natürlich einer zunehmenden Eintracht zwischen Ribbentrop und Ciano nur förderlich, und die beiden modernen Diplomaten machten eine Reihe sarkastischer Bemerkungen über den reaktionären Wiener Kongreß von 1815, der die nationalen Hoffnungen Italiens und Deutschlands zunichte gemacht hatte[19].

Den Ungarn wurde ein Gebiet von 10 000 Quadratkilometern slowakischen und ruthenischen Gebiets zugesprochen. Die schnelle Regelung der Streitigkeiten wurde von der französischen Presse weithin gelobt. Ciano kehrte am 4. November 1938 nach Rom zurück. Als François-Poncet am 7. November in der italienischen Hauptstadt eintraf, bereitete ihm eine große Menschenmenge einen begeisterten Empfang. Daladier trat trotz der Einwände dafür ein, die Eroberung Äthiopiens durch Italien anzuerkennen. François-Poncet machte, entgegen seinen großen Erwartungen, auf Mussolini einen weniger günstigen Eindruck als Jouvenel fünf Jahre vor ihm. Der französische Botschafter sah sich bald mit Bedauern und Verwunderung zu dem Schluß genötigt, daß er sich besser mit Hitler auf deutsch als mit Mussolini

auf französisch unterhalten könne. Er repräsentierte nicht die vielen Franzosen, die Mussolini sympathisch waren und auf ihn Einfluß auszuüben verstanden. Der Duce sah in François-Poncet nichts als einen eleganten, plutokratischen Sprecher der französischen Schwerindustrie. So kam es zu keinem Kontakt zwischen den beiden Männern[20].

Ribbentrop fuhr am 4. November 1938 von Wien aus geradeswegs nach Berchtesgaden und erhielt Hitlers Zustimmung zu dem Entwurf des deutsch-französischen Abkommens in der Fassung vom 25. Oktober. Welczeck sprach am nächsten Tag bei Bonnet vor. Der deutsche Botschafter unterrichtete den französischen Außenminister, Hitler hoffe auf die Unterzeichnung des Abkommens sowie auf eine Einladung Ribbentrops durch Bonnet. Der deutsche Kanzler sei der Auffassung, das vorgeschlagene Abkommen stelle die bedeutsamste Wendung in den bisherigen deutsch-französischen Beziehungen dar und sei dazu bestimmt, ein für allemal den Streitigkeiten ein Ende zu setzen, die Deutschland und Frankreich in der Vergangenheit entzweit hätten. Nach Hitlers Auffassung scheine im Hinblick auf diese Tatsachen ein größerer, feierlicher Rahmen durchaus angemessen. Er wünsche daher, daß Ribbentrop Frankreich einen Staatsbesuch abstatte[21].

Bonnet war hocherfreut. Er konferierte mit Daladier, ehe er den feierlichen Akt zu einem beliebigen Zeitpunkt zwischen dem 15. und dem 22. November vorschlug. Er bat Welczeck, Hitler und Ribbentrop davon Kenntnis zu geben, ein Besuch des deutschen Außenministers werde hochwillkommen sein und zweifellos die in Frankreich ohnehin vorherrschende Auffassung stärken, daß ein dauerhaftes Übereinkommen mit Deutschland ebenso möglich wie wünschenswert sei. Der deutsche Botschafter, der nicht nur etwas von einem aristokratischen Snob an sich hatte, sondern auch ein recht kümmerlicher Diplomat war, gab zu verstehen, daß es andere Persönlichkeiten in Deutschland gebe, die auf die öffentliche Meinung Frankreichs wahrscheinlich tieferen Eindruck machen würden, und versicherte, eine davon sei ohne Zweifel Konstantin von Neurath, Ribbentrops Amtsvorgänger. Welczeck erging sich dann in zahlreichen wenig schmeichelhaften, höhnischen Bemerkungen über Außenminister von Ribbentrop. Bonnet hörte sich diesen deutschen Botschafter ebenso herablassend wie amüsiert an, ließ dabei aber die Quelle derartiger Äußerungen nicht außeracht. Er wollte sich erst dann ein Urteil bilden, wenn er mit seinem deutschen Kollegen in persönliche Berührung kommen würde[22].

Der Abschluß des französisch-deutschen Übereinkommens wurde dann durch mehrere unerwartete Vorkommnisse in Frankreich und

Deutschland um nahezu drei Wochen verzögert. Ein schwachsinniger, syphilitischer jüdischer Jugendlicher von siebzehn Jahren, Herschel Grynszpan, verwundete Ernst vom Rath, den Legationsrat an der deutschen Botschaft in Paris, tödlich. Grynszpan wollte eigentlich Welczeck umbringen, doch erkannte er ihn nicht, als er ihm zufällig außerhalb des Botschaftsgebäudes begegnete. Grynszpan betrat die Botschaft und schoß mit seinem vollgeladenen Revolver vom Rath nieder. Der Überfall erfolgte am Morgen des 7. November. Das Opfer verstarb einige Tage danach. Seinem Tod folgten am 9. November 1938 heftige Demonstrationen gegen die Juden in Städten und Ortschaften ganz Deutschlands. Goebbels hatte 1936, anläßlich der Ermordung Wilhelm Gustloffs, eines führenden Nationalsozialisten in der Schweiz, die Warnung ausgesprochen, der nächste Mordanschlag eines Juden auf einen prominenten Deutschen werde Vergeltungsmaßnahmen gegen die jüdische Gemeinschaft in Deutschland auslösen. Die SA-Führung konnte diese Drohung wahrmachen. Sie organisierte von Berlin aus die Demonstrationen in ganz Deutschland, während Hitler und Goebbels in München weilten. Es kam zu umfangreichen Zerstörungen an Synagogen und an jüdischem Eigentum, das bei nichtjüdischen Versicherungsgesellschaften hoch versichert war. Goebbels gelang es dessenungeachtet, Hitlers Zustimmung zur Erhebung einer Buße seitens der wohlhabenderen Deutschjuden in Höhe von einer Milliarde Mark zu erhalten. Selbst Mussolini, dem die antideutschen Machenschaften der Juden in aller Welt unsympathisch waren, hielt diese Forderung für maßlos[23].

Für die besonderen Umstände, die den geistesgestörten Grynszpan zu dem Anschlag veranlaßt hatten, waren in erster Linie die Polen verantwortlich. Sie hatten versucht, 55 000 polnische Juden, die sich in Deutschland aufhielten, für immer ins Reich abzuschieben, indem sie ihnen die Verlängerung der nach dem 29. Oktober 1938 abgelaufenen Pässe verweigerten. Die deutsche Regierung hatte sich ohne Erfolg bemüht, die Polen zur Einstellung eines derartig groben Verfahrens zu veranlassen. Nach ergebnislosen Verhandlungen erging eine deutsche Entscheidung, durch Ausweisung der polnischen Juden gleiches mit gleichem zu vergelten, was 1885, auf einen ähnlichen zaristisch-russischen Erlaß hin, auch Bismarck getan hatte. Die Polen suchten jedoch im Gegensatz zu den Russen die Ausgewiesenen mit Gewalt wieder über die Grenze zurückzutreiben, sobald sie sich von ihrer Überraschung beim Eintreffen der ersten Transporte erholt hatten. Die deutsche Regierung gab diesen Versuch auf und bemühte sich statt-

dessen um neue Verhandlungen mit den Polen. Bei einem der ersten Transporte befanden sich auch die Angehörigen des Grynszpan, die sich in Hamburg aufgehalten hatten.

Den Juden wurden angemessene Reisemöglichkeiten geboten und Sonderzüge gestellt und man sagte ihnen, daß sie zur Regelung ihrer Angelegenheiten nach Deutschland zurückkehren könnten, sobald ihre Pässe in Ordnung seien. Herschel Grynszpan hatte von seiner Schwester eine Postkarte erhalten, die keine besonderen Klagen enthielt. Doch die Nachricht von der Ausweisung war ihm Anlaß genug, den prominentesten Deutschen zu ermorden, der ihm erreichbar war. Er wußte, daß die französischen Behörden seine Ausweisung planten. Kurz vorher war er aus dem Hause seines Onkels in Paris gewiesen worden. Als Arbeitsloser hatte er nach seiner Ansicht wenig zu verlieren. Trotz seines Verbrechens im Jahre 1938 lebt er noch heute in Paris. Zwar wurde er damals von der französischen Polizei sofort verhaftet, doch veranlaßten weder die Franzosen seine Hinrichtung noch die Deutschen, als sie Frankreich während des Zweiten Weltkriegs besetzten[24].

Auf einer Konferenz im Schloß Brühl in Warschau sagte einer der polnischen Diplomaten dem Außenminister Beck voraus, die Rückwirkungen auf die judenfeindlichen Demonstrationen in Deutschland würden Bonnets Vorhaben vereiteln, ein besonderes Freundschaftsabkommen mit Deutschland zu schließen. Dabei handelte es sich aber lediglich um eine Hoffnung Becks und seiner Ratgeber, in der sie sich schon bald getäuscht sahen. Die Reaktion in Frankreich war nämlich im Vergleich zu der in den Vereinigten Staaten milde. Während Roosevelt den amerikanischen Botschafter demonstrativ aus Deutschland abberief, lehnte es die französische Regierung ihrerseits ab, gegen die jüngsten innerdeutschen Vorgänge auch nur Protest zu erheben. Die französischen Zeitungen, ausgenommen die marxistischen Blätter, gaben generell ihrem Bedauern über das Vorgefallene Ausdruck, ohne dabei auf die deutsch-französischen Beziehungen einzugehen. Lediglich der Temps sagte am 17. November 1938 voraus, daß die judenfeindlichen Maßnahmen sich nachhaltig schlecht auf die Beziehungen der angelsächsischen Länder zu Deutschland auswirken würden[25].

Ernst von Weizsäcker, der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, kam am 12. November 1938 nach Paris, um an der Trauerfeier für vom Rath teilzunehmen und, was weit wichtiger war, um mit Bonnet die allgemeine politische Lage zu besprechen. Die beiden Diplomaten kamen bald in freundschaftlichen Kontakt und tauschten Erinne-

rungen aus. Weizsäcker entsann sich seines Kriegsdienstes in Frankreich im Weltkrieg 1914—18 und erwähnte, daß sein Großvater im französisch-preußischen Krieg 1870/71 am Mont Valerian gefallen war. Bonnet, der ein glänzendes und begeisterndes Buch über den französischen Soldaten während des Krieges 1914—18 geschrieben hatte (L'Ame du Soldat, Paris, 1917), stimmte der durch Weizsäcker übermittelten Botschaft Hitlers zu, es dürfe keine deutsch-französischen Kriege mehr geben. Er versicherte dem deutschen Staatssekretär, Frankreich stehe zu seinem Entschluß, das Freundschaftsabkommen mit Deutschland abzuschließen und einzuhalten[26].

Hitler hatte am 8. November 1938 in München eine Rede gehalten, die Blum als Waffe zum Angriff auf Bonnets Freundschaftspolitik gegenüber Deutschland benutzte. Der deutsche Kanzler hatte an die alten Ansprüche des Reiches auf seine ehemaligen Kolonien erinnert, die damals von England, Frankreich, Belgien und Japan verwaltet wurden. Hitler hatte jedoch keineswegs durchblicken lassen, daß Deutschland dieses Problem zu einer ernstlichen Streitfrage zu machen beabsichtige, aber Blum und die Sozialisten hatten auf diese Rede hin einen Propagandafeldzug begonnen und verbreitet, es sei ein Verbrechen, den grausamen Nazi-Rassisten farbige Völkerschaften in Afrika überantworten zu wollen. Bonnet sagte Weizsäcker, für die französische Regierung sei es ratsam, zu dieser Frage eine Erklärung abzugeben, insbesondere weil die britischen Staatsmänner noch im gleichen Monat einen Besuch in Frankreich planten und die Extremisten behaupteten, dieser Besuch sei nur das Vorspiel zu irgendeiner „neuen Appeasementpolitik". Die Frage wurde in Berlin erörtert und man ließ Welczek Bonnet dahin unterrichten, daß die deutsche Regierung keinen Einspruch gegen eine diesbezügliche Verlautbarung der französischen Staatsmänner erheben werde. Daladier gab daraufhin am 16. November eine öffentliche Erklärung ab und stellte fest, daß die französische Regierung keinerlei Abtretung von Kolonialgebieten an Deutschland plane, und die Frage während des britischen Besuchs nicht erörtert werde[27].

In Frankreich nahmen die Dinge eine Wendung, die Daladier am 16. November Anlaß gab, zu bedauern, daß das Datum des Eintreffens von Chamberlain und Halifax schon festgelegt sei. Léon Jouhaux, der Führer der C. G. T., der größten französischen Gewerkschaftsorganisation, drohte, in allernächster Zukunft den Generalstreik für ganz Frankreich auszurufen. Der Ärger der Marxisten über die Münchner Konferenz war der eigentliche Anlaß zu dieser inneren Krise, und ei-

nige Begebenheiten jüngeren Datums lieferten den passenden Vorwand. Paul Reynaud und Paul Marchandeau hatten am 1. November 1938 im Kabinett Daladier ihre Ämter untereinander ausgetauscht. Reynaud übernahm das Finanzministerium und Marchandeau wechselte in das Justizministerium hinüber. Marchandeau war von der Presse der Rechten seit einigen Wochen angegriffen und beschuldigt worden, in seiner Wirtschaftspolitik den Marxisten zu viele Zugeständnisse zu machen. Mochte Reynaud der Sowjetunion gegenüber auch eine sehr nachgiebige Haltung einnehmen, so blieb er doch unbeugsam, wo es um innenpolitische Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung Frankreichs ging. Er gab am 12. November 1938 in einer Rundfunkrede bekannt, die französische Regierung beabsichtige, im Jahre 1939 siebenhundert Millionen Dollar für Rüstungszwecke auszugeben. Der französische Haushalt war wiederum gut ausgeglichen, aber die Wirtschaft Frankreichs produzierte im ganzen nicht genug, um diese wachsenden Rüstungskosten unter gleichzeitiger Beibehaltung des gewohnten französischen Lebensstandards tragen zu können[28].

Reynaud bekämpfte die Vierzigstundenwoche mit ihren „beiden Sonntagen" nicht etwa nur passiv. Er war ein eifriger Verfechter der Sechstagewoche, und es freute ihn, ankündigen zu können, in ganz Frankreich die Unterstützung der Industriellen zur Sicherung der Sechstagewoche erhalten zu haben. Er tadelte Blum, es sei dessen Politik gewesen, die Produktion zu drosseln und geichzeitig verstärkte Rüstungèn zu fordern, und schloß mit der Feststellung, es sei nicht überraschend, daß Frankreich unter den Industriemächten auf den letzten Platz zurückgefallen sei. In Deutschland zum Beispiel spreche man von keiner Vierzigstundenwoche. Reynaud hatte 1937 das Reich besucht und mit eigenen Augen gesehen, wie angestrengt das deutsche Volk arbeitete.

Die Sprecher der Marxisten beantworteten Reynauds Rede mit dem Vorwurf, die Regierung Daladier befürworte den Faschismus, und die von verschiedenen Seiten geäußerten Drohungen gipfelten schließlich in der bestimmten Kampfansage Jouhaux's. Hinter den Kulissen war die Hoffnung der Marxisten zu erkennen, die Regierung Daladier stürzen und damit der französischen Außenpolitik eine andere Richtung geben zu können[29].

Die Androhung des Generalstreiks, nächst dem Bürgerkrieg die schärfste Waffe der Gewerkschaften, lastete eine ganze Woche lang auf Frankreich, bevor etwas geschah. Halifax und Chamberlain trafen am 23. November nachmittags auf dem Nordbahnhof von Paris

ein, wo ihnen ein sehr schlechter Empfang bereitet wurde. Zwar ging der Hohn, der den britischen Politikern entgegenschlug, zum größten Teil von den Kommunisten aus, doch war es unbestreitbar, daß so gut wie keiner der ihnen Wohlgesinnten erschienen war. Bonnet hatte der Pariser Presse am 22. November angekündigt, von Ribbentrop würde bald nach Paris kommen, und die meisten französischen Blätter hatten diese Nachricht mit offensichtlicher Genugtuung aufgenommen. Bonnet hatte erklärt: „Es gibt immer noch einige Leute, die keine Freundschaft mit Deutschland wünschen, aber ich gehöre nicht zu ihnen."

Die meisten Pariser brachten den britischen Staatsmännern, die am 23. November in Paris eintrafen, Abneigung, Mißtrauen oder beides entgegen. Die Marxisten lehnten die Initiative der Engländer zur Münchner Konferenz ab und die französische Rechte verübelte ihnen ihre mangelnde Bereitschaft, hinterher zu dem Ergebnissen dieser Konferenz zu stehen, wie Bonnet und Daladier es getan hatten. Halifax und Chamberlain wurden mit den schlimmsten englandfeindlichen Demonstrationen empfangen, die Paris seit dem ersten Tag des Besuches von König Eduard VII. im Jahre 1903 gesehen hatte[30].

Am nächsten Tag war das riesige Renault-Werk nördlich Paris von 20 000 Sitzstreikenden besetzt. Die kommunistischen Führer Thorez, Duclos und Peri wußten, daß Daladier 1934 unter Druck zurückgetreten war, so daß sie voller Zuversicht waren, ihn 1938 wiederum dazu zwingen zu können. Blum und die Führer der Sozialisten unterstützten ihre Streikkampagne und hatten sich vorgenommen, den Franzosen zu beweisen, daß die Marxisten Regierungen möglich und unmöglich machen konnten, auch ohne über eine parlamentarische Mehrheit zu verfügen. Daladier war jedoch entschlossen, sich von den Marxisten nicht bluffen zu lassen. Er wußte, daß der größte Teil des Landes von ihren taktischen Methoden angewidert war und Frankreich Frieden und Wohlstand herbeisehnte. So gab er am 24. November nachmittags der Mobilgarde den Befehl, die Renault-Werke zu räumen. Später machte er einmal dazu die spitze Bemerkung, er habe damals die Verwendung von Tränengas angeordnet, weil gerade kein Lachgas zur Verfügung gestanden hätte. Bei dieser Aktion wurden dreißig Franzosen schwer verletzt, aber glücklicherweise niemand getötet. Jouhaux antwortete am nächsten Tag mit der Ausrufung des Generalstreiks für den 30. November 1938. Seine Bekanntgabe erfolgte wenige Minuten vor der Rückreise Chamberlains und Halifax' nach London. Die britischen Staatsmänner wünschten Daladier viel Glück, worauf er zur Antwort gab, daß er sich keine Sorgen mache[31].

Die Gespräche Bonnets und Daladiers mit ihren englischen Gästen behandelten größtenteils den geplanten Besuch Ribbentrops in Paris. Es war deutlich, daß Halifax die französische Annäherung an Deutschland nicht gerade gern sah, ja, durch sie sogar sehr beunruhigt wurde. Bonnet und Daladier versicherten Halifax indessen stets von neuem, daß es in ihrem geplanten Abkommen mit Deutschland keine Geheimklauseln gebe. Halifax gab sich keine Mühe, seine Feindseligkeit gegen die Deutschen zu verbergen. Trotzdem war er aus Gründen der englisch-französischen Solidarität schließlich damit einverstanden, daß Bonnet über die französische Presse verbreitete, das Abkommen mit Deutschland habe seinen Segen[32].

Ein wichtiges Thema wurde von Bonnet und Halifax am 24. November 1938 nachmittags erörtert. Bonnet stellte fest, daß der tschechisch-ungarische Streit in Wien geschlichtet worden sei, und daß die Polen offensichtlich ihre Gebietserwerbungen auf Kosten der Tschechoslowakei zum Abschluß gebracht hätten. Der Zeitpunkt war geeignet, über die Viermächtegarantie des tschechischen Staates zu diskutieren. Laut der Münchner Entscheidung sollten die Tschechen diese Garantie erhalten, sobald die ungarischen und polnischen Ansprüche geregelt seien. Bonnet trat für die Garantie ein und glaubte nicht, daß die Deutschen Einwände dagegen erheben würden.

Es bestand durchaus die Möglichkeit, daß die Tschechoslowakei sich in Zukunft mit der gleichen Entschiedenheit auf die Seite Deutschlands schlagen werde, mit der sie sich in der Vergangenheit an die Franzosen gehalten hatte. Bonnet wehrte sich nicht gegen eine derartige Entwicklung, weil Frankreich sich damit abgefunden hatte, Deutschland in Mitteleuropa freie Hand zu lassen. Man durfte erwarten, daß die Garantie allgemein die Stabilität der Verhältnisse in diesem Gebiet steigern und damit für Großbritannien und Frankreich die Gefahr eines erneuten Zusammenstoßes mit Deutschland vermindern werde. Wenn man die Reste des alten tschechischen Reiches garantiere, würden auch Unruhen seitens der slowakischen und der ruthenischen Minderheit weniger wahrscheinlich sein. Bonnet hoffte, die beiden Westmächte würden in nächster Zukunft mit greifbaren Vorschlägen an ihre Münchner Partner herantreten. Er sei durchaus bereit, diese Frage mit dem deutschen Außenminister von Ribbentrop gelegentlich seines Pariser Besuches zu besprechen[33].

Halifax' Reaktion auf diese Anregungen setzte Bonnet in Erstaunen. Der englische Außenminister hielt nicht viel von dem Plan, den tschechischen Staat zu garantieren. Aus neueren Prager Berichten Sir Basil

Newtons ergab sich eine Unbeständigkeit der Verhältnisse in der Tschechoslowakei, so daß es noch zu früh war, um erkennen zu können, was die Zukunft bringen werde. Da es jedoch Bonnets feste Absicht sei, in Erfüllung der Münchner Zusicherung zu einem genauen Programm zu gelangen, sei Halifax zu einem Vorschlag bereit. Nach dem Münchner Plan habe jede der vier Mächte den Tschechen eine einseitige Garantie geben sollen, wie sie Großbritannien, Frankreich und Preußen im Jahre 1839 Belgien hatten zuteil werden lassen. Er, Halifax, halte diese übliche Formel für gefährlich. Er schlage statt dessen vor, die Garantie im Fall einer Krise nur dann wirksam werden zu lassen, wenn wenigstens drei der vier Garantiemächte sich einigten, festumrissene, gemeinsame Maßnahmen zu ihrer Sicherung zu treffen.

Wenn beispielsweise Deutschland die Garantie verletze, sollten Frankreich und England nicht zur Intervention verpflichtet sein, falls Mussolini sich nicht daran beteilige. Bonnet wandte ein, eine solche Formel werde sich für die Tschechen weit schädlicher auswirken als gar keine Garantie, besonders auf ihre zukünftigen Beziehungen zu ihren verbleibenden Minderheiten, und zwar deshalb, weil der von Halifax vorgeschlagene Plan einer öffentlichen Erklärung gleichkäme, daß der tschechische Staat keinerlei wirksame Unterstützung seitens fremder Mächte genieße. Mussolini hatte es abgelehnt, sich Hitler in Österreich zu widersetzen, das von 1922 bis 1938 als traditioneller italienischer Einflußbereich gegolten hatte. Es war undenkbar, daß er Hitler jemals um der Tschechen willen bedrohen würde, nachdem er sogar in Österreich nachgegeben hatte. Im übrigen war Mussolinis ablehnende Einstellung gegenüber der Tschechoslowakei sprichwörtlich[34].

Bonnets ebenso logische wie beredte Ausführungen ließen Halifax unberührt. Schließlich sagte er, er habe die Frage gründlich durchdacht und sei bereit, die kategorische Erklärung abzugeben, Seiner Majestät Regierung werde unter keinen Umständen einer Garantie für die Tschechoslowakei zustimmen, wenn die andern Münchner Signatarmächte nicht genau jene Bedingungen annähmen, die er Bonnet dargelegt habe. Er werde natürlich nichts gegen eine einseitige deutsche Garantie der Tschechoslowakei einzuwenden haben, und es sei sogar zweckmäßig, die Deutschen um eine solche zu ersuchen, wenn die Tschechen der allgemeinen Verzögerung wegen ungeduldig würden. Auf gar keinen Fall werde jedoch die britische Regierung die Bonnet vorschwebende einseitige Garantie leisten[35].

Bonnet wiederholte, man solle lieber ganz auf eine Garantie verzichten, als eine auf der von Halifax vorgeschlagenen Grundlage anzu-

regen. Bonnet schauderte bei dem Gedanken an Blums Leitartikel im Populaire, wenn Frankreich in der Frage der Garantie für die Tschechen den Halifax-Plan akzeptieren sollte. Er ließ also die Sache fallen, nachdem er alles getan hatte, was er tun konnte, und tröstete sich mit dem Gedanken, daß wahrscheinlich nichts von dem, was der Tschechoslowakei in Zukunft noch zustoßen mochte, die Engländer aufschrecken werde. Wenn nur die Engländer ruhig blieben, so würde es ihm niemals mehr Schwierigkeiten bereiten, mit den Kriegstreibern in Frankreich fertig zu werden[36].

Bonnet war zu dieser Zeit mit den ersten Berichten Robert Coulondres, des neuen französischen Botschafters in Berlin, sehr zufrieden. Dieser hugenottische Diplomat, der einzige französische Protestant im Botschafterrang, hatte früher Frankreich in Moskau vertreten. Bei Coulondre hatte sich ein starker Widerwille gegen Stalin und Litwinow, insbesondere aber gegen die Methoden der sowjetischen Diktatur gebildet. Er verfügte über die calvinistische Fähigkeit, ganz in einer bestimmten Aufgabe aufzugehen, und glaubte fest an seine Bestimmung, alles nur Mögliche zu tun, um eine Zeit dauerhafter Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen zu helfen. Er betrachtete den Marxismus als die eigentliche Gefahr für die zivilisierte Welt und erkannte das Deutschland Hitlers als eine christliche Nation an, die sich der Aufgabe verschrieben hatte, den Übergriffen des Kommunismus Einhalt zu gebieten. Ähnlich wie Bonnet mißfielen auch Coulondre gewisse Züge des Hitlerschen Regimes, aber im Vergleich zu dem despotischen Stalin hielt er Hitler für einen milden und wohlwollenden Führer. Seine Meinung darüber beruhte auf soliden und unbestreitbaren Erfahrungstatsachen. Bonnet hatte Coulondre versichert, sein Hauptziel wäre die Stärkung der französisch-deutschen Freundschaft. Der französische Außenminister drängte Coulondre, möglichst enge Arbeitsbeziehungen zu Sir Nevile Henderson, dem britischen Botschafter, zu pflegen. Henderson und Bonnet waren persönlich befreundet und der französische Außenminister wußte, daß Hendersons Bekenntnis zur Appeasementpolitik im Gegensatz zu dem von Halifax und Chamberlain aufrichtig war. Der Gedanke an die beiden Männer, die England und Frankreich in Berlin vertraten, beruhigte Bonnet hinsichtlich der Aussichten auf einen dauerhaften Frieden[37].

Coulondre unterhielt sich erstmalig am 21. November 1938 mit Hitler. Er sprach zu dem deutschen Kanzler ausführlich über seine Mission im Dienste der deutsch-französischen Aussöhnung. Hitler war darüber erfreut. Er versicherte, Deutschland werde nie mehr Elsaß-Loth-

ringen wiederzubekommen suchen. Coulondre berichtete später Bonnet, er sei von der Aufrichtigkeit dieser Versicherung völlig überzeugt. Hitler und Coulondre tauschten sodann Erinnerungen aus dem Weltkrieg 1914—18 aus. Sie hatten beide auf verschiedener Seite Jahre ihres Lebens in den Schützengräben Frankreichs zugebracht. Hitler sagte Coulondre, er lege das Münchner Abkommen so aus, daß Frankreich Deutschland wieder freie Hand in Mitteleuropa gegeben habe. Dies bedeutete nur eine Rückkehr zu jener Politik, die Frankreich vor 1914 befolgt habe. Frankreich habe allerdings in jenen Tagen bitteren Groll über die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland empfunden. Dieser Schmerz bestehe nicht mehr, und Deutschland habe sich mit der Wiederherstellung der französischen Herrschaft in Elsaß-Lothringen abgefunden. Hitler könne keinen Grund sehen, warum es Schwierigkeiten bereiten sollte, eine dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen.

Bonnet reagierte auf Coulondres ermutigende Berichte einige Tage vor dem Eintreffen Ribbentrops mit der Aufforderung an den französischen Botschafter, zu einer Beratung nach Paris zurückzukehren. Bonnet versprach sich von dem Besuch des deutschen Außenministers einen bedeutenden Erfolg und glaubte, daß Coulondre bereits in der Lage sei, hierbei große Dienste zu leisten[38].

Als die britischen Staatsmänner Frankreich am 25. November 1938 verließen, war Daladier noch ganz von seinem Kampf gegen die französischen Kommunisten in Anspruch genommen. Doch schon fünf Tage danach ging er als unbestrittener Sieger aus ihm hervor. Am 26. November begegnete er der Androhung des Generalstreiks mit der Bekanntgabe, daß die Regierung sämtliche öffentlichen Dienste in Frankreich übernehme. Auch erwarte er, daß der Zugverkehr aufrechterhalten und die Post ausgeliefert werde, und daß die Lehrkräfte sich in ihren Klassenräumen einfänden. Am 27. November hielt er über den Rundfunk eine Rede, in der er die Kommunisten weitaus schärfer angriff als einen Monat vorher in Marseille. Der Premier war in ausgezeichneter Verfassung, und seine Rede hinterließ einen tiefen Eindruck.

Daladier hat denn auch später die Monate nach dem Münchner Abkommen als die glücklichste Zeit seines Lebens bezeichnet. Er glaubte zuversichtlich, daß man im Begriff stehe, die Probleme der Außen- und der Innenpolitik, die Frankreich in den vergangenen fünf Jahren zu schaffen gemacht hatten, auf zufriedenstellende Weise zu lösen. Der 30. November 1938 war für den Premierminister ein besonders

befriedigender Tag. Dem Aufruf zum Generalstreik kamen zwar die Bergarbeiter weitgehend nach, aber bei den Eisenbahnen und in allen größeren Städten Frankreichs versagte er kläglich. Die C. G. T. verlor innerhalb weniger Tage nach Daladiers Sieg vom 30. November über eine Million Mitglieder. Der Triumph war um so erfreulicher, als bei den Unruhen der vergangenen beiden Wochen niemand ums Leben gekommen war. Dies allein war schon ein tatsächlich beispielloses Glück[39].

Dagegen erregte ein ernster Zwischenfall im Ausland am Abend dieses 30. November Daladiers Zorn erheblich. Bonnet sprach bei Daladier im Kriegsministerium vor, um ihm einen Bericht zu zeigen, der wenige Minuten zuvor von François-Poncet aus Rom eingegangen war. Der französische Botschafter war an jenem gleichen Nachmittag zu einer Sondersitzung der italienischen Deputierten eingeladen worden. Ciano hielt in Anwesenheit von Mussolini eine wichtige Rede zur italienischen Außenpolitik und verteidigte sehr ausführlich die Diplomatie der vier Mächte sowie die Münchner Konferenz. Gegen Schluß seiner Rede sagte er: „Diese Konsolidierung des Friedens ist das hohe Ziel unserer Politik und wird es bleiben, und wir werden dies mit Zähigkeit und mit Realismus verfolgen, unbeschadet jener Umsicht, die unerläßlich ist, wenn wir gewillt sind, die Interessen und die natürlichen Bestrebungen des italienischen Volkes mit unbeugsamer Standhaftigkeit wahrzunehmen."

Einige Abgeordnete der italienischen Kammer sprangen auf und riefen erregt: „Nizza, Savoia, Corsica, Tunisi!" Die andern Mitglieder antworteten mit langanhaltendem Beifall[40].

François-Poncet zog sofort daraus den Schluß, der Zwischenfall sei von Mussolini und Ciano bewußt herbeigeführt worden, und sowohl Bonnet als auch Daladier waren sich rasch darin einig, daß man es hier mit einer geplanten Demonstration zu tun habe. Die besondere Einladung François-Poncets wurde als eine machiavellistische Geste gedeutet, geeignet, Frankreich ein Höchstmaß an Demütigung zuzufügen und offene italienische Gebietsrevisionen auf Kosten Frankreichs einzuleiten. Auch nahm man an, die Italiener suchten die voraussichtlichen Unruhen Frankreichs im Zusammenhang mit dem für den gleichen Tag angesetzten Generalstreik zynisch für ihre Zwecke auszunutzen. Der von Bonnet eingeleiteten Wiederannäherungspolitik an Italien wurde ein schwerer Schlag versetzt. Der französische Außenminister machte sich ernste Sorgen über die Absichten Italiens und befürchtete, der Zwischenfall werde die sorgfältig ausgearbeiteten

Pläne für einen Erfolg des Ribbentrop-Besuchs in Paris zunichtemachen. Tatsächlich hegte er den Verdacht, Mussolini habe den Zeitpunkt des Zwischenfalls mit Bedacht gewählt, um eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu vereiteln[41].

In Wirklichkeit war Mussolini für das Geschehene keineswegs verantwortlich zu machen. François-Poncet war zum Besuch der Kammer eingeladen worden, um sich Cianos Verteidigungsrede für das Münchner Abkommen und seine Darlegungen der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der vier Mächte anzuhören. Der französische Botschafter hatte den Vorwurf einer geplanten Provokation erhoben, ohne sich im geringsten um die Spur eines Beweises zu bemühen. Cianos Erklärung gegenüber François-Poncet am Abend des 30. November, die Kundgebungen seien völlig spontan erfolgt, entsprach den Tatsachen. Ciano entschuldigte sich sogar, aber der französische Botschafter gab sich nicht zufrieden. Er war der Auffassung, Mussolini hätte in der Kammer aufspringen sollen, um die übereifrigen italienischen Abgeordneten zurechtzuweisen. Dieser Einwand schien vernünftig, aber er ließ einen unberechenbaren Faktor außeracht, das Prestige des italienischen Diktators. Eine Zurechtweisung hätte von den Kammermitgliedern leicht so verstanden werden können, als ob Mussolini Frankreich fürchte. Dieser war durch den Ausbruch nicht weniger überrascht worden als der französische Botschafter, hielt es aber für klüger, sich zurückzuhalten[42].

Die Demonstrationen einzelner am 30. November 1938 waren letzten Endes nichts anderes als eine verspätete italienische Reaktion auf die Pariser Verträge von 1919. Italien hatte seinen Anteil am ottomanischen Reich, der ihm von England und Frankreich im Pakt von St. Jean de Maurienne im April 1917 zugesichert worden war, niemals erhalten. Die Franzosen andrerseits nahmen den Türken Syrien, und Großbritannien erwarb den Irak, Jordanien, Palästina und das reiche Kuweit. Der Londoner Vertrag vom April 1915 sicherte Italien einen gleichwertigen Anteil an den deutschen Kolonien in Afrika zu. Die Engländer rissen Deutsch-Südwestafrika und den größten Teil der reichen Kolonie Deutsch-Ostafrika an sich (ein kleiner Teil im Westen wurde Belgien überlassen), während die Engländer und Franzosen Togo und Kamerun unter sich teilten. Italiens Entschädigung war auf einen kargen Wüstenstreifen beschränkt geblieben, den ihm die Franzosen gern überließen, um ihre sudanesische Grenze zu verkürzen.

Die Rom-Abkommen vom Januar 1935 hatten diese Situation anerkannt, aber die Franzosen gaben ihrerseits die Zustimmung, Italien

freie Hand in Äthiopien zu lassen. Ein Jahr später, nach dem Fehlschlag des Hoare-Laval-Paktes und dem Sturz Lavals, prangerte Frankreich gemeinsam mit England Italien als den angeblichen Angreifer in Äthiopien an. Die verspätete britische und französische Anerkennung der italienischen Eroberung im Jahre 1938 änderte nichts an der Tatsache, daß das französische Verhalten im Jahre 1936 und 1937 dem Geist des Rom-Abkommens widersprach. Mussolini und Ciano planten aus diesem Grund eine Zeitlang, weitere Zugeständnisse für die italienischen Siedler in Tunesien zu fordern. Sie hatten jedoch durchaus nicht die Absicht, von den Franzosen die Abtretung Tunesiens oder irgendeines andern Gebietes an Italien zu verlangen[43].

Die Situation in Spanien machte das Bild im November 1938 noch unübersichtlicher. Italien hatte Menschenleben und Sachwerte zur Unterstützung Francos geopfert. Kommunisten und andere Radikale waren aus aller Welt nach Spanien geströmt, und ohne die italienische Hilfe hätten diese Elemente die spanischen Truppen Francos erdrückt. Die deutsche Beteiligung war, wie die der Sowjetunion auf der loyalistischen Seite, auf den Einsatz von Freiwilligen und Spezialisten beschränkt geblieben. Die ungeheuren Munitionsmengen, die Blum im März 1938 nach Spanien gehen ließ, mußten durch entsprechende italienische Ausgaben aufgewogen werden. Der gewaltige Kampf in Spanien näherte sich schrittweise seiner Entscheidung, obwohl der Endsieg im November 1938 für Franco noch immer nicht greifbar war, und Mussolini suchte die Tatsache nicht zu verbergen, daß Italien für seine eindrucksvollen Opfer keinerlei Gebietsentschädigung erhalten würde.

Die Deutschen hatten in der Zwischenzeit im Laufe des Jahres 1938 im Grunde kostenlos große Gewinne in Mitteleuropa erzielt, und es war nicht zu leugnen, daß diese Gewinne zum Teil auf Kosten Italiens gingen. Die Engländer und die Franzosen unterhielten auch weiterhin die größten Kolonialreiche der Welt. Japan hatte sich eine imposante Stellung auf dem asiatischen Festland geschaffen und die Amerikaner und die Russen beherrschten riesige, zusammenhängende Gebiete mit unermeßlichen Reichtümern. Wer hätte leugnen können, daß Italien sich trotz der Eroberung Äthiopiens in einer ungünstigeren Lage befand als jede andere Großmacht?

Ein gewisses Maß an italienischer Agitation war daher verständlich. Das Jahr 1938 hatte die Abkehr von den Grundsätzen der Selbstbestimmung, die in den Pariser Verträgen von 1919 ihren Ausgangspunkt hatte, rückgängig gemacht. In Europa gab es nach den Pariser

Verträgen und dem russisch-polnischen Vertrag von Riga im Jahre 1921 eine größere Zahl völkischer Minderheiten als nach den Verträgen von Brest-Litowsk und Bukarest im Jahre 1918. Die friedliche Gebietsrevision durch Hitler im Jahre 1938 war ein großer Sieg des Selbstbestimmungsgrundsatzes in Europa. Es war nun einmal eine Tatsache, daß die meisten italienischen Minderheiten in Europa und Afrika unter der französischen Trikolore lebten[44].

Die Franzosen und die Engländer hatten ihre Appeasementpolitik auf Kosten der Tschechen betrieben, ohne dabei natürlich an Verzicht auf irgendeines ihrer eigenen riesigen Gebiete zu denken. Diese Haltung seitens zweier stolzer Weltmächte war verständlich; territoriale Zugeständnisse hätte man in jeder Hinsicht als empfindliche Verletzung des Prestiges empfunden. So hätten zum Beispiel auch die Kolonialreiche Frankreichs und Englands im Jahre 1938 ihre Existenz eingebüßt, wenn man den in München auf Mitteleuropa angewandten Selbstbestimmungsgrundsatz auf die ganze Welt ausgedehnt hätte. Es war also zu erwarten, daß die Franzosen jedem ernstlichen italienischen Versuch, auf ihre Kosten Gebiete zu erwerben, unnachgiebigen Widerstand entgegensetzen würden. Tatsache war aber, daß Mussolini trotz der Kundgebung vom 30. November 1938 keine Gebietsforderungen an Frankreich, weder in Europa noch in Afrika, hatte.

Die Reaktion der französischen Kriegspartei auf den italienischen Zwischenfall vom 30. November war zunächst zwiespältig. Doch wurde bald Einmütigkeit erzielt. Paul Reynaud begrüßte die außenpolitische Entwicklung, weil er durch sie die Berechtigung seiner eigenen feindseligen Haltung gegen Italien seit 1935 bestätigt sah, und weil er hoffte, sie werde der Selbstzufriedenheit, die seit der Münchner Konferenz in Frankreich geherrscht hatte, ein Ende bereiten. Kerillis dagegen beunruhigten die Ereignisse. Er hatte immer noch damit gerechnet, Italien und Deutschland trennen zu können, ohne gegen Mussolini auch nur den geringsten Groll zu hegen. Ganz im Gegenteil hätte er ihn am liebsten als Frankreichs Verbündeten gegen Hitler gesehen. Es gelang Reynaud jedoch, ihn davon zu überzeugen, daß die Vorgänge in der italienischen Kammer die ganze Fruchtlosigkeit weiterer Bemühungen, die gemeinsame Front Italiens und Deutschlands aufzuspalten, bewiesen. Im übrigen werde sich die europäische Politik leichter alarmieren lassen, wenn man aus Mussolini einen Hitler blindlings ergebenen Diener machte[45].

Kerillis ließ sich überzeugen, und die Epoque steuerte seit dem 1. Dezember 1938 gegenüber Italien einen neuen Kurs. Die Kammerdemon-

strationen vom 30. November lieferten, wie Kerillis erklärte, den positiven Beweis dafür, daß die Außenpolitik Italiens und Deutschlands eng miteinander verknüpft und gleichermaßen frankreichfeindlich sei. Er ging sogar so weit, zu versichern, Hitler habe den italienischen Zwischenfall angeordnet, um Frankreich am Vorabend des Ribbentrop-Besuches in Paris einzuschüchtern. Georges Mandel, der 1935 Lavals Italienpolitik gestützt hatte, war Italien gegenüber seit dem Oktober 1938 feindlich gestimmt, als Mussolini zu der Feststellung kam: „Das Weltjudentum hat sich als ein unversöhnlicher Feind des Faschismus erwiesen." Der Duce war dann zu einem Ausschluß der italienischen Juden vom Wehrdienst, von den Lehrämtern und von der Staatsverwaltung übergegangen[46].

Die französische Presse erklärte am 1. Dezember 1938 einmütig, eine Gebietsrevision zugunsten Italiens auf Kosten Frankreichs komme nicht in Frage. Die Humanité und der Populaire nutzten den italienischen Zwischenfall aus, um den bevorstehenden Besuch Ribbentrops in Paris einer Kritik zu unterziehen, während der größte Teil der französischen Presse zu der Feststellung gelangte, daß eine Freundschaft mit Deutschland notwendiger denn je sei, um den anmaßenden Ansprüchen Italiens zu begegnen. Bonnet unternahm keinen Versuch, eine Reihe beleidigender Italienartikel im Paris-Soir und im Matin zu unterdrücken. Die italienische Presse reagierte leidenschaftlich erregt, so daß sich bis zum 4. Dezember zwischen den beiden Ländern ein regelrechter Pressekrieg entwickelt hatte[47].

Mussolini und Ciano kamen zu dem Ergebnis, daß nur ein bedeutsamer Erfolg der italienischen Außenpolitik dazu beitragen könne, der wachsenden Unzufriedenheit in Italien Herr zu werden. Albanien war seit dem Abschluß eines italienisch-albanischen Sicherheitspaktes im Jahre 1926 nur noch ein italienisches Protektorat. Italien hatte 1928 den führenden albanischen Stammeshäuptling Achmed Zogu gedrängt, sich selbst zum König zu proklamieren. (Albanien war erst seit 1912 ein unabhängiges Land.) Obwohl er das tat, nahmen die inneren Verhältnisse des Landes im Lauf der Jahre ständig an Unsicherheit zu. Außerdem hatte es Mussolini mit der Zeit gelernt, König Zogu I. sein Vertrauen zu entziehen. Ciano hatte seit Jahren die Festigung der italienischen Position in Albanien empfohlen, und zwar mit Hilfe einer förmlichen Protektoratserklärung seitens Italiens. So könne Italien das Land militärisch besetzen und auf seine ständig gefährdete kleine Militärmission verzichten. Ein solcher Schritt werde Italiens Prestige sowohl auf dem Balkan als auch im eigenen Lande stärken[48].

Ciano erörterte nach der Kammer-Demonstration vom 30. November die Lage wiederholt mit Mussolini, und am 6. Dezember billigte der Duce ein Vorgehen in Albanien. Mit der Planung des Unternehmens wurde sofort begonnen, allerdings forderte Mussolini, daß vor der Rückkehr der italienischen Freiwilligen aus Spanien jede größere Aktion zu unterbleiben habe. Nur in einem Frankreichs Interessen nicht unmittelbar berührenden Gebiet billigte er Aktionen[49].

Paris-Soir veröffentlichte am 5. Dezember 1938, am Tage vor Ribbentrops Ankunft in Frankreich, einen aufsehenerregenden Aufsatz. Die Leser erfuhren, eine deutsch-französische Freundschaft bedeute nicht, daß Frankreich dazu bereit sei, sich mit Deutschland zu einem aktiven Bündnis gegen die Sowjetunion zusammenzutun. Die stillschweigende Folgerung, Frankreich könne allerdings erwägen, sein derzeitiges, aktives Bündnis mit der Sowjetunion gegen Deutschland aufzugeben, war allzu deutlich. Tatsächlich wurde der Aufsatz als ein Hinweis darauf verstanden, daß Frankreich sich sogar darüber einig werden könne, alle seine deutschfeindlichen Bündnisverpflichtungen in Osteuropa aufzugeben[50].

Bonnet nahm aufmerksam jede Gelegenheit wahr, den Gedanken einer deutsch-französischen Annäherung zu stärken, und ersuchte das amerikanische State Department, in einer öffentlichen Erklärung seine Genugtuung über die Aussicht auf einen deutsch-französischen Freundschaftspakt auszudrücken. Auch werde Bonnet es zu schätzen wissen, wenn er diese Erklärung noch vor Ribbentrops Ankunft in Paris erhalten könne. Präsident Roosevelt aber, der es Bonnet verübelte, daß dieser die französischen Beziehungen zu Deutschland zu verbessern suchte, wollte nichts davon wissen. Sumner Welles instruierte am 5. Dezember 1938 die amerikanischen Diplomaten in Paris, die Vereinigten Staaten würden weder öffentlich noch nichtöffentlich irgendeinen Beifall zum Ausdruck bringen. Welles wollte wissen lassen, daß „es für die Vereinigten Staaten schwierig sein würde, irgendwelche außenpolitischen Schritte Deutschlands gutzuheißen[51]".

Diese hoffnungslos unversöhnliche, offizielle amerikanische Haltung empörte Bonnet. Es war ihm ohne Schwierigkeiten möglich, sowohl seine Demarche als auch die amerikanische Antwort vor der Kriegspartei im Kabinett zu verschweigen; allerdings hörte Jean Zay im nächsten Jahr von diesem Vorgang gelegentlich eines Besuches in den Vereinigten Staaten. Bonnet kam zu dem Schluß, daß Roosevelt und Stalin eine deutsch-französische Freundschaft im gleichen Maß mit feindseligen Blicken betrachteten. Ebensowenig konnte es einen Zwei-

fel an der englischen und italienischen Eifersucht geben. Andrerseits war Bonnets Bemühen, die öffentliche Meinung Frankreichs für seine Politik zu gewinnen, ein glänzender Erfolg beschieden[52].

Der deutsche Außenminister traf am 6. Dezember 1938 in Paris mit „großem Gefolge", wie Phipps es Halifax gegenüber bezeichnete, ein. Coulondre war am 4. Dezember nach Paris gekommen, um Bonnet zu versichern, der deutsch-französische Vertragsplan habe in der deutschen Öffentlichkeit seit einigen Wochen allenthalben freundliche Aufnahme gefunden. Auch sei der italienische Zwischenfall von der deutschen Presse in einigen Fällen mit Zurückhaltung, noch häufiger jedoch mit ausgesprochener Mißbilligung aufgenommen worden. Coulondre vermochte in der deutschen Presse kein einziges Beispiel dafür zu finden, daß italienischen Gebietsansprüchen an Frankreich irgendwelche Sympathie entgegengebracht wurde[53].

Das deutsch-französische Abkommen wurde am 6. Dezember 1938 nachmittags in dem berühmten Uhrenraum des Quai d'Orsay, in dem Gustav Stresemann zehn Jahre zuvor den Kellogg-Briand-Pakt für Deutschland unterschrieben hatte, unterzeichnet. Hitler gehörte zu den Bewunderern Stresemanns, und Ribbentrop war stolz darauf, Stresemanns Freundschaftspolitik gegenüber Frankreich auf der neuen Grundlage einer deutsch-französischen Gleichberechtigung fortsetzen zu können. Die vielen Beschränkungen, die Deutschland zur Zeit des Kellogg-Briand-Paktes hinter Frankreich zurückstehen ließen, waren aufgehoben. Der feierliche Akt vom 6. Dezember 1938 vollzog sich in einer Atmosphäre der Eintracht und Freundschaft. Seit Ribbentrops Ankunft in Paris war es zu keinerlei feindseligen Kundgebungen gekommen[54].

Bonnet war erfreut, sich mit Ribbentrop ohne Dolmetscher unterhalten zu können. Er stellte fest, daß der deutsche Außenminister mit sichtlichem Vergnügen ein ausgezeichnetes Französisch sprach. Tatsächlich fand Ribbentrop so viel Gefallen an dieser Sprache, daß er viel gesprächiger war als gewöhnlich. Die Angehörigen der beiden Stäbe bemerkten mit Befriedigung, daß die beiden Diplomaten Gefallen aneinander fanden. Bonnet entschloß sich plötzlich, den unerquicklichen Gegenstand der jüngsten italienischen Kammerdemonstration zur Sprache zu bringen. Er wollte ausfindig machen, was Ribbentrop über die italienischen Abgeordneten dachte, die am vergangenen Mittwoch Nizza, Savoyen, Korsika und Tunesien gerufen hatten.

Ribbentrop begrüßte diese Gelegenheit, im Zusammenhang mit dem unerfreulichen und unpassenden italienischen Zwischenfall die

Ansichten seiner Regierung darzulegen. Vor allem, so versicherte er Bonnet, habe Deutschland keine Kenntnis von irgendwelchen italienischen Gebietsforderungen gegenüber Frankreich. Er persönlich sei davon überzeugt, daß die italienische Regierung nicht beabsichtige, von Frankreich territoriale Zugeständnisse zu fordern, aber er wolle dem französischen Außenminister eine zusätzliche Versicherung geben, die kategorisch und unzweideutig sei. Deutschland habe auf Elsaß-Lothringen ein für allemal Verzicht geleistet. Zweck dieses Verzichtes sei es, eine bleibende Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. Ribbentrop habe Hitlers Genehmigung, Bonnet die Zusicherung zu geben, daß Deutschland Djibutis, Korsikas oder irgendeines andern Frankreich unterstellten Gebiets wegen, einschließlich der ehemaligen deutschen Kolonien, niemals einen Krieg gegen Frankreich führen werde. Das Verhalten Deutschlands bei einem französischen Zusammenstoß mit den Italienern, der aus solchen Fragen entstehe, werde wohlwollende Neutralität gegenüber Frankreich sein[55].

Ribbentrop äußerte sich mit Präzision und vollendeter Klarheit. Bonnet bezeichnete ihn später als einen unbeirrbaren Verhandlungspartner. So fand er großen Gefallen an seinem deutschen Kollegen und kam zu dem Ergebnis, daß Welczeck seinen Vorgesetzten aus seinem aristokratischen Vorurteil heraus ungerecht beurteilt hatte. Joachim von Ribbentrop führte das Adelsprädikat durchaus rechtmäßigerweise. Er hatte es durch eine formgerechte Adoption von seiten seiner Tante erworben. Gleichwohl war Ribbentrop in erster Linie ein Sproß des westdeutschen Bürgertums, auch wenn seine Mutter die Tochter eines adligen Grundbesitzers in Sachsen war. Welczeck bewies also wenig Wirklichkeitssinn, als er erwartete, Bonnet und die andern radikalen Staatsmänner Frankreichs würden sich seine archaischen Vorurteile zu eigen machen[56].

Bonnet gab Ribbentrop am Abend des 6. Dezember ein Diner. Unter den Gästen befanden sich einige Mitglieder der französischen Regierung, zahlreiche führende Persönlichkeiten der Pariser Gesellschaft, die nicht der Regierung angehörten, und eine Anzahl ausländischer Diplomaten. Léon Blum, der begierig auf die Gelegenheit wartete, einen unerfreulichen Zwischenfall zu schaffen, griff die Tatsache auf, daß man Georges Mandel und Jean Zay, die beiden jüdischen Mitglieder des Kabinetts Daladier, nicht eingeladen hatte. Der Populaire erhob am nächsten Tag die dreiste Anschuldigung, die französische Regierung habe nun auch Hitlers Rassengesetze akzeptiert. Die Tatsache der Einladung sowohl Zays als auch Mandels zu einem Dîner in der

deutschen Botschaft, das am Abend des 7. Dezember stattfinden sollte, wurde bequemerweise nicht zur Kenntnis genommen. Bonnets Erklärung, auch zahlreiche andere Kabinettsmitglieder seien zu dem Dîner am 6. Dezember nicht eingeladen worden, wurde in der Ausgabe des Populaire vom 8. Dezember nicht einmal erwähnt. Blum war entschlossen, von seiner Fehde nicht abzulassen und den Beweis dafür zu erbringen, daß freundschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reich unheilvoll, ja eine Sünde seien. Anläßlich Ribbentrops Besuch hätte er sicherlich ohnehin die jüdische Frage aufgeworfen, doch nun gab ihm Bonnets Versäumnis, Mandel und Zay am 6. Dezember einzuladen, den besten Anlaß dazu. Dem französischen Außenminister war ohne Zweifel ein taktischer Fehler unterlaufen, aber glücklicherweise scheiterten Blums Bemühungen, feindselige Demonstrationen gegen von Ribbentrop und die Deutschen zu inszenieren. Die Verhältnisse hatten sich seit den Pariser Demonstrationen gegen die Kaiserin Friedrich zu Anfang der Herrschaft Kaiser Wilhelms II. geändert[57].

Ribbentrop erhielt am 6. Dezember von Bonnet den Eindruck, daß Frankreich es in Zukunft nicht mehr dazu kommen lassen wollte, seine osteuropäischen Verpflichtungen zum Anlaß ernster Reibungen zwischen ihm und Deutschland werden zu lassen. Dieser Eindruck verstärkte sich noch aufgrund eines amtlich inspirierten Aufsatzes im Matin vom 7. Dezember, der den Punkt des deutsch-französischen Abkommens vom 6. Dezember 1938 (der die Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten anerkannte) betraf. Dieser Passus jedoch war erforderlich, um den Feinheiten der Rechtslage Rechnung zu tragen, keineswegs bedeutete er, daß es Frankreich und Deutschland nicht möglich sein werde, „einander eine gewisse Handlungsfreiheit einzuräumen, um damit die Prämissen des deutsch-französischen Abkommens zu erweitern und zu entwickeln[58]".

Erklärungen Bonnets und Ribbentrops wurden am 7. Dezember nachmittags über den französischen Rundfunk verbreitet. Ribbentrop nutzte mit Freuden diese Gelegenheit, zu den Franzosen in einem vollendet beherrschten Französisch zu sprechen. Er machte Frankreich einige Komplimente, bevor er auf das Abkommen zu sprechen kam, und sagte dann: „Mit dieser Erklärung ihres guten Willens wollen sie (Deutschland und Frankreich) der Überzeugung Ausdruck geben, daß zwischen ihnen tatsächlich kein Gegensatz wesentlicher Art besteht, der einen ernsthaften Konflikt rechtfertigen würde."

Bonnet wiederum bemerkte in seiner Erklärung, das Abkommen „öffnet den Weg zu einer Zusammenarbeit, die durch die Überzeugung

erleichtert werden muß, zwischen den beiden Ländern bestünden keine Meinungsverschiedenheiten der Art, daß sie die friedliche Grundlage ihrer Beziehungen in Frage stellen könnten". Der französische Außenminister betonte das Wort „Zusammenarbeit" besonders. Natürlich war eine Politik distanzierter Toleranz nicht genug. Nur aktive Zusammenarbeit konnte den Frieden erhalten[59].

Ribbentrop legte am 7. Dezember am Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder und zog abends beim Diner in der deutschen Botschaft die führenden Politiker Frankreichs in ausgedehnte Gespräche. Viel Zeit widmete er Joseph Caillaux, der das meiste zum Gespräch beisteuerte. Der bejahrte französische Staatsmann hatte sich offensichtlich eingehend mit den künftigen Gefahren für den Frieden beschäftigt, und Ribbentrop hörte gern seinen Rat, wie ein Krieg zu vermeiden sei. Anatole de Monzie, der ebenfalls zugegen war, erinnerte sich später, daß ihn die ruhige und eingehende Unterhaltung dieser beiden ansehnlichen Männer, in denen sich die besten Kräfte ihrer beiden Nationen zu verkörpern schienen, tief bewegte. Sie teilten die Hoffnung, daß Deutschland und Frankreich ein dauerhafter Friede beschieden sein möge[60].

Während Ribbentrops Besuch kam es zu keinerlei feindseligen Demonstrationen in Frankreich, in erfreulichem Gegensatz zu dem Empfang, der Chamberlain und Halifax zwei Wochen zuvor bereitet worden war. Im Gegenteil, eine Gruppe französischer Arbeiter spendete Ribbentrop am Morgen des 8. Dezember bei seiner Abreise aus Paris auf dem Bahnhof Beifall. Es gab eine weitere freundliche Kundgebung, als Ribbentrops Zug auf der Rückfahrt in der Nähe von Creil anhielt. So konnte der deutsche Außenminister Hitler die Mitteilung machen, daß sein Besuch in Frankreich ein voller Erfolg gewesen sei. In der Tat war die deutsch-französische Verständigung offensichtlich sowohl für die beiden Nachbarländer wie für Europa als Ganzes von unschätzbarem Wert[61].

Zwanzigstes Kapitel

BONNET UND DIE KEHRTWENDUNG DER BRITISCHEN POLITIK

Am 9. Dezember 1938 trat Daladier vor die französische Deputiertenkammer, um ausführlich und mit sichtlicher Genugtuung zu erklären, er beabsichtige, die Vertrauensfrage zu stellen. Das Scheitern des Generalstreiks am 30. November war für die Kommunisten eine innenpolitische Niederlage, und mit dem deutsch-französischen Abkommen waren auch ihre außenpolitischen Vorstellungen abgelehnt worden. Daladier warf ihnen sogar vor, den unrühmlichen Generalstreik nur deshalb organisiert zu haben, weil sie seine außenpolitische Linie nicht billigten. Die Weigerung des größten Teils der französischen Arbeiterschaft, sich zum Werkzeug der kommunistischen Verschwörung machen zu lassen, bereitete ihm Genugtuung. Er trat den Kommunisten in seiner Rede immer wieder mit harten Worten entgegen und wurde von den Abgeordneten auf den Bänken der äußersten Linken häufig unterbrochen. Dabei forderte ein kommunistischer Zwischenrufer Daladier auf, sich doch jener Reaktionäre der Rechten zu erinnern, die am 6. Februar 1934 die Republik bedroht hätten. Der Premier ließ sich nicht beirren und antwortete ohne Zögern:

„Ja, ich erinnere mich. Die Kommunisten randalierten gegen das Parlament Seite an Seite mit der Action Française[1]!"

Daladier verteidigte das Münchner Abkommen mit noch größerer Festigkeit und Begeisterung als in der Kammersitzung des 4. Oktober. Die Wahrheitsliebe verpflichtete ihn, zu versichern, daß die von einigen befürwortete sogenannte Politik der Festigkeit in Wirklichkeit Kriegspolitik gewesen sei. Er hasse den Krieg und werde nie vergessen, wie im Weltkrieg von 1914 bis 1918 Millionen französischer Kleinbauern dahingeopfert worden seien. Diese Erwähnung des Opfers der Bauern löste einen Ausbruch des Triumphes auf den kommu-

nistischen Bänken aus. Der Premier habe von den Bauern gesprochen, als ob die Last des Kampfes allein auf ihren Schultern gelegen hätte. Und das Industrieproletariat? Daladier räumte ein, die Rüge sei berechtigt, gleichzeitig aber solle die Kammer erfahren, daß es doch manche Entschuldigung für seine Bemerkung gebe: „Es tut mir leid, diese Wendung gebraucht zu haben. Ich sprach als alter Infanterist. Nach 1915 bestand meine Kompanie zu neunzig Prozent aus Kleinbauern[2]!"

Der Premier erinnerte die Kammer daran, daß die überwältigende Mehrheit der ehemaligen Frontkämpfer aufrichtig einen dauerhaften Frieden mit Deutschland wünsche. Er glaube nicht, es werde irgend jemand wagen, ihm in diesem Punkt zu widersprechen, und tatsächlich versuchte das niemand, nicht einmal die Kommunisten. Daladier erklärte weiter, die Haltung der Frontkämpfer sei durchaus verständlich. Sie bewunderten ganz allgemein ihre einstigen deutschen Feinde als tapfere Soldaten, denen Hochachtung gebühre. Die Franzosen hätten ihrerseits gleichfalls bewiesen, daß es ihnen an Mut nicht fehle. Es sei nicht einzusehen, warum diese gegenseitige Wertschätzung und Achtung nicht einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Nationen herbeiführen solle, umso mehr, als sich doch die Deutschen mit dem Urteilsspruch von 1919 hinsichtlich Elsaß-Lothringen abgefunden hätten. Der Premier war bereit, der Kammer eine grundlegende Frage zu stellen: „Ich bin Patriot. Hört man auf, Patriot zu sein, wenn man sich weigert, sein Land den Weg des Krieges zu führen?"

Daladier erhielt das Vertrauensvotum mit überwältigender Mehrheit. Er hatte allen Grund, sich über dieses Ereignis zu freuen. Das Land erholte sich rasch von der Wirtschaftskrise, und die Friedensaussichten waren allgemein gut. Daladier sah die Sache Frankreichs zuversichtlicher an als zu irgendeinem andern Zeitpunkt seit dem Stavisky-Skandal[3].

Premierminister Chamberlain gab am 13. Dezember in London bekannt, er und Halifax planten, im folgenden Monat nach Rom zu fahren. Ein großer Teil der französischen Presse nahm diese Ankündigung mit heftiger Mißbilligung auf. Erkannten denn die britischen Staatsmänner nicht, daß ihr Besuch aller Wahrscheinlichkeit nach den italienischen Bestrebungen gegenüber Frankreich neuen Auftrieb geben würde? Daladier beschwichtigte die Erregung in den Anfängen mit der Ankündigung, er werde die meisten angeblich bedrohten französischen Gebiete besuchen, noch bevor die britischen Politiker nach Rom abreisten. Bonnet teilte dem Außenpolitischen Ausschuß der

Kammer am 14. Dezember 1938 vertraulich mit, daß Ribbentrop die Zusicherung gegeben habe, Italien deutscherseits gegen Frankreich keinen Beistand zu leisten. Der Ausschuß nahm diese Nachricht mit tiefer Befriedigung auf. Ein Ausschußmitglied fragte, ob Bonnet der Sowjetunion, Rumänien oder Polen Hilfe gewähren wolle für den Fall, daß einer dieser Verbündeten Frankreichs in einen Konflikt mit Deutschland geriete. Der französische Außenminister antwortete mit ausweichenden Gemeinplätzen, welche die Frage offen ließen. Die Tschechoslowakei wurde nicht erwähnt. Das tschechische Gebiet betrachtete man bereits als deutsche Einflußsphäre[4].

Italien kündigte am 17. Dezember 1938 die französisch-italienischen Abkommen vom Januar 1935. Diese herausfordernde Geste Italiens beunruhigte die französischen Politiker nicht ernstlich, da sie überzeugt waren, daß Italien es nicht wagen werde, einen ernsthaften Streit mit Frankreich ohne aktiven Beistand Hitlers zugunsten Mussolinis zu provozieren. Die Zusicherungen Ribbentrops zeigten jedoch, daß Deutschland den Italienern in einem solchen Fall keinen Beistand leisten würde. Die Franzosen wußten, daß sie mit den Italienern ein sehr ernstes Wort reden könnten, ohne Komplikationen befürchten zu müssen. Bonnet erklärte am 19. Dezember in der französischen Deputiertenkammer, es werde kein französisches Territorium je an Italien abgetreten werden, und fügte hinzu, diese Feststellung schließe besonders Djibuti, Tunesien, Korsika, Nizza und Savoyen ein. Diese temperamentvolle Erklärung wurde mit wachsendem Jubel aufgenommen, und die Popularität des französischen Außenministers erreichte einen neuen Höhepunkt. Soweit es Frankreich betraf, trug der Freundschaftspakt mit Deutschland bereits Früchte[5].

Daladier trat seine Reise durch die sogenannten bedrohten Gebiete am 1. Januar 1939 an. Hitler hatte am gleichen Tag öffentlich vorausgesagt, der Friede Europas werde erhalten bleiben, und seine Feststellung war vom größten Teil der französischen Presse begrüßt worden. Daladiers Reisen führten ihn bis nach Tunesien. Man einigte sich allerdings, daß ein Besuch des französischen Premiers in der kleinen französischen Kolonie Djibuti am Roten Meer doch ein wenig lächerlich wirken würde. Nebenbei resultierte die angebliche Gefährdung Djibutis auch eher aus italienischen Presseäußerungen als aus dem berüchtigten Zwischenfall vom 30. November 1938 in der italienischen Kammer.

Der französische Premierminister kehrte am 6. Januar 1939 nach Paris zurück. Vier Tage danach waren Chamberlain und Halifax wie-

derum zu kurzen Gesprächen in der französischen Hauptstadt, bevor sie am 11. Januar in Rom mit Mussolini und Ciano zusammentrafen. Halifax versuchte, die französischen Staatsmänner mit angeblichen Angriffsplänen Hitlers zu beunruhigen, aber Bonnet blieb beharrlich bei seiner Meinung, Hitler werde im Jahr 1939 gegen kein europäisches Land von sich aus Krieg führen. Man kam auf den Besuch des polnischen Außenministers Beck am 5. Januar bei Hitler in Berchtesgaden zu sprechen und war sich allgemein darüber einig, daß Beck seine Verhandlungen mit den Deutschen wie gewöhnlich mit bewußter Geheimnistuerei umgab[6].

Bonnet war damit einverstanden, daß die englischen Staatsmänner Mussolini sagen dürften, Frankreich werde die Beseitigung der Spannungen in den Beziehungen der beiden lateinischen Nachbarmächte begrüßen. Die Engländer reisten dann weiter nach Rom, und es gelang ihnen in den Besprechungen der drei folgenden Tage, den Duce mit ihren feindseligen Absichten gegenüber Deutschland zu beunruhigen. Der Duce seinerseits war entschlossen, einer Beteiligung an einem neuen deutsch-englischen Krieg aus dem Weg zu gehen, und die britische Feindschaft gegenüber Deutschland überzeugte ihn davon, daß es klug sein würde, seine eigenen Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Der Duce warnte auch die Deutschen vor der aggressiven Haltung der Engländer[7].

Im Januar 1939 wurde die Aufmerksamkeit der Franzosen wieder auf den Spanischen Bürgerkrieg gelenkt. Franco hatte das letzte Unternehmen zur Vernichtung der loyalistischen Streitkräfte in Katalanien begonnen. Pierre Etienne Flandin verteidigte am 18. Januar 1939 Bonnets Nichteinmischungspolitik in einer Rede in der französischen Deputiertenkammer. Er griff auch Léon Blum an, weil dieser Frankreich in den spanischen Streit hineinzuziehen suchte, und erhob gegen den früheren französischen Premier die Anschuldigung, er hätte den Loyalisten allein im Monat März 1938 30 000 Tonnen Kriegsmaterial geliefert. Flandin bezeichnete es als empörend, daß Frankreich dank Blum mittelbar für den unnötigen Verlust Tausender von Menschenleben verantwortlich sei, und das in einem Kampf, in dem man im französischen Nationalinteresse von Anfang an hätte neutral bleiben müssen[8].

Bonnet ergriff abermals das Wort in der französischen Kammer am 26. Januar 1939, dem Tag der Eroberung Barcelonas durch Francos Streitkräfte. Er gab bekannt, daß eine Kabinettssitzung in der Frühe des gleichen Tages die Fortführung der französischen Nichteinmi-

schungspolitik bekräftigt habe. Bonnet brandmarkte die Kommunisten wegen ihres Interventionswahnes. Er erklärte, es sei keine Übertreibung, wenn man behaupte, daß die Kommunisten im Grunde überall zu intervenieren wünschten, in China, in Spanien und in Mitteleuropa. Der französische Außenminister unterstrich in einer leicht durchschaubaren Wendung der Versöhnlichkeit gegenüber Italien seinen Wunsch, zu allen Nachbarländern Frankreichs freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Daladier schloß sich ihm mit einer aufsehenerregenden Rede an, in der er der Tapferkeit der Italiener als Soldaten Achtung zollte. Die französischen Staatsmänner glaubten es sich leisten zu können, von einer Position der Stärke aus Italien den Olivenzweig zu reichen. Die vielen Zwischenrufe, mit denen die kommunistischen Abgeordneten ihre Reden aufnahmen, ließen sie unbeirrt. Ihre Zuhörerschaft stand noch unter dem frischen Eindruck ihres Sieges über den französischen Kommunismus am 30. November 1938[9].

Am 2. Februar 1939 sandten Daladier und Bonnet Paul Baudouin mit einem Sonderauftrag nach Italien. Baudouin hatte in den zwanziger Jahren in der französischen Finanzverwaltung wichtige Aufgaben erfüllt und war 1930, im Alter von siebenunddreißig Jahren, Präsident der Bank von Indochina geworden. Diese Bank verwaltete die französischen Anteile an der Eisenbahn Djibuti-Addis Abeba. Die Bestimmungen der Rom-Abkommen vom Januar 1935 sahen vor, daß Italien einige dieser Anteile aufkaufen durfte, wenn auch 51 Prozent in französischen Händen bleiben sollten. Der Vatikan hatte auf Ersuchen Lavals im Juni 1935 eine Unterredung zwischen Mussolini und Baudouin vermittelt, und die daran anschließenden persönlichen Verhandlungen zwischen dem Duce und dem Sprecher der französischen Finanz waren recht erfolgreich verlaufen. Baudouin war mit Mussolini im Laufe des Jahres 1937 mehrfach zusammengetroffen. Sein Aufsatz in der Revue de Paris vom Februar 1938 über die geistige Lage des Westens und die dringend nötige Einigkeit der vier Mächte zur Verteidigung der westlichen Zivilisation hatte weithin Beachtung gefunden. Die Beziehungen zwischen Mussolini und François-Poncet waren nach der Kammerdemonstration vom 30. November 1938 kühl geblieben, und die französischen Staatsmänner hatten entschieden, daß Baudouin der geeignetste Mann sei, den man zur Einleitung einer französisch-italienischen Wiederannäherung nach Rom senden könne[10].

Baudouin kehrte am 6. Februar 1939 zur Berichterstattung nach Paris zurück. Seine Mission war wieder einmal ein voller Erfolg. Er

beschrieb, wie Mussolini ihn bei einem Gespräch auf die Schulter geschlagen und beteuert habe, es werde nie mehr ernstliche Schwierigkeiten zwischen Italien und Frankreich geben. Sowohl Mussolini als auch Ciano hätte Baudouins Erklärung akzeptiert, Frankreich werde niemals irgendein Gebiet an Italien abtreten. Die italienischen Staatsmänner zeigten sich auch bereit, sich nochmals wegen jenes Vorfalls in der italienischen Kammer am 30. November 1938 zu entschuldigen, den Baudouin in seinem Bericht als „lächerlich" abtat. Baudouin seinerseits gab zu, die italienischen Staatsmänner selbst treffe keine Schuld an den Kundgebungen[11].

Die italienische Haltung ließ nichts zu wünschen übrig, und so ging Bonnet daran, enge und vertrauliche Beziehungen zu Raffaele Guariglia, dem neuen italienischen Botschafter in Frankreich, herzustellen. Die Beziehungen zwischen Mussolini und François-Poncet waren nach Abschluß der Mission Baudouins in Italien gleichfalls höflicher und herzlicher. Frankreich entschloß sich am 24. Februar 1939 zur vollen diplomatischen Anerkennung der nationalspanischen Regierung des Generals Francisco Franco. Als erster französischer Botschafter wurde der ehrwürdige Marschall Pétain in das neue Spanien entsandt. Die im Februar 1939 hergestellten freundschaftlichen Beziehungen zu Italien wurden bis nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht ernstlich getrübt, wenn auch einzelne Franzosen weiterhin gegen die Italiener agitierten[12].

Die maßvolle Rede Hitlers vor dem Deutschen Reichstag am 30. Januar 1939 befriedigte Bonnet. Hitler hatte hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen seine Zuversicht ausgedrückt, und der französische Außenminister hoffte im Gegensatz zu seinem britischen Kollegen aufrichtig, daß dem deutschen Kanzler ein friedlicher Ausgleich mit den schwierigen Polen gelingen werde. Bonnet beobachtete, daß Hitlers Beziehungen zu den Tschechen sich nicht reibungslos entwikkelten. Der tschechische Außenminister Chvalkovsky hatte am 14. Dezember 1938 erklärt, seine Regierung denke nicht daran, ihr Bündnis mit der Sowjetunion rückgängig zu machen. Falls die Tschechen wirklich auf eine deutsche Garantie ihres territorialen Status hofften, war das eine offensichtlich unkluge Haltung. Die Gespräche zwischen Chvalkovsky und Hitler im Januar 1939 verliefen unbefriedigend, da die Tschechen es ablehnten, einem deutschen Vorschlag entsprechend ihr sehr großes Heer zu verkleinern. Bonnet stand dieser Lage infolge der negativen britischen Haltung ratlos gegenüber. Die britischen Politiker hatten auch in ihren Gesprächen mit den Italienern im Januar

1939 ihre Abneigung gegen eine Garantie des tschechischen Staates zum Ausdruck gebracht. Nach Bonnets Ansicht konnte Frankreich nicht mehr tun, als den Deutschen vorschlagen, mit der Garantie des tschechischen Staates entsprechend den in München festgelegten Grenzlinien den Anfang zu machen. Die Tatsache allerdings, daß Großbritannien und Frankreich, während der jüngsten deutsch-tschechischen Krise noch die Freunde Prags, nicht bereit waren, selber einen solchen Schritt zu tun, ließ die Bereitschaft der Deutschen als äußerst unwahrscheinlich erscheinen[13].

Coulondre unterrichtete Ribbentrop am 8. Februar 1939, Frankreich werde deutsche Vorschläge zur Erfüllung des Münchner Versprechens einer Garantie des tschechischen Staates begrüßen. Coulondre selbst hatte hinsichtlich der französischen und britischen Politik keinerlei Vorschläge anzubieten. Ribbentrop gab zur Antwort, er werde sich noch mit der Frage befassen, bevor er versuchen wolle, dem französischen Botschafter seine Ansichten darzulegen. Der britische Botschafter, der am gleichen Tage ein ähnliche Demarche unternahm, erhielt die gleiche Antwort. Auch Henderson war von der britischen Regierung nicht angewiesen worden, seinerseits irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten. Mit anderen Worten, die französischen und britischen Diplomaten waren nicht in der Lage, irgendeine Anregung zu geben, sondern zogen nur Erkundigungen ein, was die deutsche Regierung zu tun beabsichtige[14].

Festumrissene Vorschläge von seiten der Regierungen Englands und Frankreichs hätten am 8. Februar 1939 wohl zu positiven Ergebnissen führen können, denn die deutsche Politik beruhte zu jener Zeit noch auf der Voraussetzung, daß auch weiterhin Versuche unternommen werden würden, die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zu verbessern. Das Vorhandensein eines routinemäßigen deutschen Aufmarschplans für eine Intervention in der nachmünchner Tschechoslowakei zum damaligen Zeitpunkt stellte eine normale Vorsichtsmaßregel dar, die angesichts der ungefestigten politischen Verhältnisse in jenem Gebiet jeder andere Staat auch ergriffen hätte. Diese Planung setzte nicht im mindesten einen deutschen Beschluß voraus, etwas gegen die Tschechen zu unternehmen. Hitler besprach am 12. Februar 1939 erstmalig das Problem des slowakischen Nationalismus mit Vojtech Tuka. Tuka, der erst kurz zuvor aus einem tschechischen Gefängnis entlassen worden war, wurde als der geistige Führer des slowakischen Nationalismus anerkannt. Der Slowakei war nach der Münchner Konferenz eine sehr eng begrenzte Autonomie ge-

währt worden, aber Tuka vertraute Hitler an, die meisten Slowaken seien mit dieser Regelung unzufrieden, und das Land sei für eine vollständige Unabhängigkeit reif. Natürlich bestand stets die Gefahr, daß die Ungarn versuchen würden, sich der Slowakei zu bemächtigen, wenn das Land sich selbst von der tschechischen Herrschaft befreite. Hitler, den die Einstellung der Tschechen zu einer Zusammenarbeit mit Deutschland ohnehin unbefriedigt ließ, begann einzusehen, daß er die nationale Bewegung der Slowaken weit unterschätzt habe. So bezeichnete seine Konferenz mit Tuka tatsächlich einen Wendepunkt in seiner Politik gegenüber der Tschechoslowakei, weil er von diesem Augenblick an zu verstehen begann, daß für eine weitere Zusammenarbeit von Tschechen und Slowaken innerhalb desselben Staates keine feste Grundlage mehr gegeben war. Nur das ungeheure Prestige der Tschechen vor dem Münchner Abkommen hatte sie dazu befähigt, die Slowakei wirksam zu beherrschen. Erst die tschechische Kapitulation vor den vier Mächten im September 1938 hatte dieses Prestige weitgehend erschüttert. Bereits am 18. Februar 1939 ließ Göring den britischen Botschafter Henderson wissen, daß Deutschland wahrscheinlich in naher Zukunft in der Tschechoslowakei intervenieren werde[15].

Die Nachricht von der Konferenz Tukas mit Hitler löste natürlich bei der tschechischen Regierung Befürchtungen aus. Am 22. Februar 1939 willigten die Tschechen daher zu guter Letzt plötzlich ein, ihr Bündnis mit der Sowjetunion fallen zu lassen und im Austausch gegen eine Viermächte-Garantie den Status dauernder Neutralität anzunehmen. Dieses Angebot erfolgte allerdings sehr spät und unter in jeder Hinsicht wenig erfolgsversprechenden Umständen. Die Engländer und Franzosen hatten keinerlei Plan zur Durchführung der versprochenen Garantie (sie hatten ihre grundlegende Meinungsverschiedenheit vom 24. November 1938 niemals überwunden), und die Italiener widersetzten sich einer Garantie mit der Begründung, die allgemeinen Verhältnisse im Restgebiet des tschechischen Staates seien zu wenig gefestigt. Hitler begann zu argwöhnen, daß der Versuch, die Slowakei autonom zu machen, zum Scheitern verurteilt sei, und er fragte sich, ob die Slowaken vielleicht auch ihrerseits einen Rechtsanspruch auf Unabhängigkeit hätten. Es war verständlich, daß Bonnet noch keine Möglichkeit sah, angesichts dieser Situation etwas zu unternehmen. Ein französischer Schritt ohne britische Unterstützung war für ihn undenkbar[16].

Die Lage erfuhr am 28. Februar 1939 eine weitere Klärung. Die deutsche Regierung übermittelte Großbritannien und Frankreich for-

male Noten, in denen sie ihnen davon Kenntnis gab, daß die Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei weiterhin unsicher und unbeständig seien, und die deutsche Regierung sich daher allein aus diesem Grund dem Gedanken widersetze, den Tschechen eine Garantie zu gewähren. Falls die Franzosen und Engländer wirklich stichhaltige Gründe für erneute Interventionen in der Tschechoslowakei zu haben glaubten, bot sich ihnen hier eine goldene Brücke. Sie hätten sich durchaus mit der deutschen Note nicht einverstanden erklären und sodann ihrerseits in der Garantiefrage konkrete Vorschläge machen können. Ribbentrop verbreitete sich in einem Gespräch mit Coulondre am 2. März 1939 über die deutschen Auffassungen. Es gab jedoch nichts, was Coulondre ihm hätte entgegenhalten können. Er war lediglich angewiesen, die deutschen Auffassungen in der Garantiefrage zu ermitteln. Frankreich hatte offensichtlich keine eigenen Vorschläge zu unterbreiten. Es war verzeihlich, wenn Ribbentrop annahm, daß Frankreich an der Tschechoslowakei nicht mehr besonders interessiert sei[17].

Die Verhältnisse in der Tschechoslowakei waren während des ganzen Februar und Anfang März 1939 unbeständiger denn je. Das Ausbleiben der Viermächte-Garantie ermutigte die verbliebenen Minderheiten innerhalb des tschechischen Staates, sich der Prager Herrschaft zu widersetzen. Die Tschechen antworteten am 6. März 1939 mit der Auflösung der autonomen Regierung in Ruthenien. Ähnlich gingen sie am 9. März in Preßburg gegen die Slowaken vor. Die autonome Regierung unter Josef Tiso wurde brutal aus dem Amt gedrängt, und viele bekannte slowakische Persönlichkeiten wurden verhaftet. Tschechische Truppen wurden in der Slowakei zusammengezogen, während die meisten slowakischen Dienstpflichtigen in Böhmen isoliert blieben. Karol Sidor, einer der slowakischen Führer, erklärte sich am 11. März 1939 bereit, den Vorsitz einer neuen, örtlichen slowakischen Verwaltung unter tschechischer Oberaufsicht zu übernehmen. Am nächsten Tag erhielt er in Preßburg den Besuch einer deutschen Abordnung aus Wien, die Arthur Seyss-Inquart, der Reichsstatthalter in Österreich, führte. Die Deutschen erkundigten sich, ob Sidor sich gegen die slowakischen Führer stellen wolle, die man aus ihren Ämtern vertrieben hatte, insbesondere gegen Tiso und Ferdinand Durcansky. Sidor antwortete, dies läge nicht in seiner Absicht. Er habe sein Amt nur vorübergehend in der Hoffnung übernommen, weiteren Ausschreitungen vorbeugen zu können, wie zum Beispiel den blutigen Straßenschlachten, die Preßburg am 10. März 1939 erlebt hatte. Es läge ihm völlig fern, Tisos führende Stellung anzufechten[18].

Die deutsche Abordnung war zufrieden, ein zutreffendes Bild von der Lage in der Slowakei gewonnen zu haben und reiste eilends ab. Tiso wurde am nächsten Tag nach Deutschland eingeladen. Hitler hätte diesen Schritt nicht zugelassen, wenn er geglaubt hätte, daß es unter den slowakischen Führern ernste Meinungsverschiedenheiten gäbe oder daß viele Slowaken Prag gegenüber loyal zu bleiben wünschten. Er riet Tiso, am 13. März 1939 die Unabhängigkeit der Slowakei auszurufen. Der slowakische Politiker entgegnete würdevoll, die Entscheidung dieser Frage liege nicht bei ihm. Er sei jedoch bereit, nach Preßburg zurückzukehren und das slowakische Parlament einzuberufen, um in dieser überaus wichtigen Frage eine formale Entscheidung zu treffen, vorausgesetzt natürlich, er könne sich auf deutschen Schutz gegen eine Intervention der Tschechen und Ungarn verlassen. Hitler versprach diesen Schutz und bot den Slowaken zu ihrer Verteidigung die Entsendung einer kleinen deutschen Streitmacht an. Tiso kehrte nach Preßburg zurück, und das slowakische Parlament stimmte am Morgen des 14. März 1939 einmütig für die Unabhängigkeit[19].

Die französische Presse hatte sich nach dem 10. März 1939 ausführlich mit der revolutionären Lage in der Slowakei befaßt. Die Tschechen sahen sich offensichtlich einer Krise größeren Ausmaßes gegenüber, eine deutsche Intervention lag nahe, und der Zusammenbruch des tschechischen Staates war so gut wie sicher. General Maurice Gamelin sprach am 13. März 1939 nachmittags in einer Sitzung des französischen Verteidigungsrats noch vor der slowakischen Unabhängigkeitserklärung. Diese Sitzung war ausdrücklich angesichts der bedrohlichen Lage in der Slowakei anberaumt worden. Die Bemerkungen Gamelins bei dieser Gelegenheit waren von allergrößter Bedeutung. Er kündigte an, er gehe bei seinen Äußerungen von der naheliegenden Voraussetzung aus, daß der tschechische Staat zerfallen sei und sich weitere Verwicklungen in Mittel- und Osteuropa ergeben würden. Gamelin hob die Stärke der Befestigungen an der deutschen Westgrenze hervor. Er erinnerte die französischen Militärs und Kabinettsminister an die Tatsache, daß die derzeitige Lage Rußlands sich sehr von derjenigen des Jahres 1914 unterscheide. Die Russen hätten im Ersten Weltkrieg von Anfang an eine führende Rolle übernommen, und während des ersten Kriegsjahres wären im Kampf gegen sie mehr Deutsche gefallen als an der Westfront. Dagegen hätten die Cordon-sanitaire-Politik und die Friedensverträge von Brest-Litowsk bis Riga, die in der Zeitspanne von 1918 bis 1921 abgeschlossen worden waren, die Sowjetunion im ganzen auf Asien beschränkt[20].

Aus der Fülle seiner persönlichen Erfahrungen heraus war Gamelin der Ansicht, daß die Feindseligkeit der Polen gegenüber der Sowjetunion unwandelbar sei und daß man die Polen niemals dazu überreden könne, sowjetischen Truppen den Durchzug durch ihr Gebiet zu gestatten. Das bedeutete, daß die Sowjetunion im Falle eines deutsch-französischen Krieges militärisch keine Rolle spielen könne. Gamelin schloß daraus, eine aggressive französische Interventionspolitik in Mitteleuropa entbehre jeder militärischen Grundlage. Er hielt andrerseits Frankreichs Verteidigungsstellung für stark und eine erfolgreiche Invasion in das Land für unmöglich.

Bonnet fand in Gamelins Äußerungen eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit seiner Außenpolitik. Er wollte Frankreich nicht in Streitigkeiten Deutschlands mit dritten Mächten in Mittel- und Osteuropa verwickelt sehen. Doch befand er sich in einem tragischen Irrtum, als er aufgrund der Sitzung vom 13. März 1939 sich darauf verlassen zu können glaubte, daß General Gamelin in jeder Notlage militärische Argumente zur Stützung dieser Außenpolitik präsentieren werde[21].

Die Nachricht von der slowakischen Unabhängigkeitserklärung vom 14. März 1939 veranlaßte Bonnet, Deutschland durch Coulondre warnend darauf hinweisen zu lassen, man möge die Tschechen mit Vorsicht behandeln. Ganz aus eigener Initiative nahm der britische Botschafter in Berlin auf den Verlauf der Krise direkten Einfluß. Henderson empfahl Sir Basil Newton in Prag, den tschechischen Politikern anzuraten, Hitler in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Krise eine Zusammenkunft anzubieten. Die Tschechen nahmen den Rat an, und die Deutschen waren bereit, ihrer Bitte zu entsprechen und sie nach Berlin einzuladen.

Präsident Hacha und Außenminister Chvalkovsky bestiegen am 14. März 1939 um 4 Uhr nachmittags einen Zug nach Berlin. Die Ungarn hatten inzwischen den Tschechen ein Ultimatum gestellt, das binnen zwölf Stunden die Übergabe Rutheniens forderte. Das Ultimatum wurde von Prag akzeptiert, und ungarische Truppen begannen noch im Laufe desselben Tages in Ruthenien einzudringen. Deutsche Truppen rückten am Abend des 14. März in Mährisch-Ostrau ein, um einem möglichen Vorstoß der Polen in dieser Richtung zuvorzukommen. Das deutsche Auswärtige Amt hatte seit vielen Monaten von unbestätigten Gerüchten erfahren, denen zufolge die Polen nach dieser wichtigen mährischen Industriestadt die Hand ausstreckten[22].

Hacha schloß mit den Deutschen am 15. März 1939 um 2.15 Uhr morgens ein Abkommen. Der tschechische Präsident stimmte der Bil-

dung einer autonomen Regierung unter deutschem Schutz in Böhmen-Mähren zu, nachdem er sich fernmündlich mit den tschechischen Ministern in Prag beraten hatte. Diese Lösung bedeutete für Hacha und Chvalkovsky eine große Enttäuschung, aber sie glaubten, sie einer Politik nutzlosen Widerstandes vorziehen zu sollen. Die führenden tschechischen Politiker bewiesen in den folgenden Wochen bei der Anpassung an die veränderten Umstände bemerkenswerte Gewandtheit, und Hitler machte ihnen dafür zur Stärkung der tschechischen Autonomie eine Reihe von Zugeständnissen. Die neue tschechische Regierung erhielt die Genehmigung, ein kleines Heer unter Waffen zu halten und Handelsabkommen mit fremden Mächten abzuschließen. Die deutschen Heereseinheiten in Böhmen-Mähren blieben auf bestimmte Gebiete beschränkt. Das bedeutete eine große Genugtuung für den Reichsprotektor Konstantin von Neurath, der den Tschechen sehr freundlich gesinnt war[23].

Ribbentrop drahtete am 15. März 1939 nachmittags eine ausführliche persönliche Botschaft an Bonnet. Der deutsche Außenminister behauptete darin, das tschechische Vorgehen gegen die slowakischen Führer am 9. März habe eine revolutionäre Lage geschaffen, und Deutschland als die benachbarte Großmacht mit einem Hauptinteresse an diesem Gebiet habe sich zur Intervention gezwungen gesehen. Deutschland, und nicht Frankreich, sei durch Unruhen an seiner Grenze bedroht gewesen. Die Krise erfordere ein energisches Vorgehen Deutschlands um des guten Einvernehmens der Nationen willen, wenn unnötiges Blutvergießen vermieden werden solle. Ribbentrop hoffe, Bonnet werde Verständnis dafür haben, daß eine Konsultation Frankreichs unter diesen dringlichen Umständen undurchführbar gewesen wäre. Es habe sich um eine Ausnahmesituation gehandelt, der deutsche Außenminister lege jedoch Wert darauf, Bonnet wissen zu lassen, daß Deutschland in vollem Maß bestrebt sei, an der Freundschaftspolitik gegenüber Frankreich festzuhalten und weiterhin eine offene Erörterung europäischer Probleme zwischen den beiden Ländern zu pflegen[24].

Bonnet unterzog Ribbentrops Botschaft einer sorgfältigen Prüfung. Der französische Außenminister war äußerst beunruhigt. Allen, die ihn an diesem Tag sahen, machte er einen außerordentlich niedergeschlagenen Eindruck. Ribbentrop hatte seine Argumente der Dringlichkeit und der Undurchführbarkeit einer Konsultation geschickt vorgebracht, doch blieb die Tatsache bestehen, daß Deutschland der alten tschechischen Regierung, zumindest in Böhmen-Mähren, durch ein zweiseitiges Abkommen mit den tschechischen Staatsmännern und

ohne Beteiligung der andern Mächte ein Ende bereitet hatte. Überdies hatten sich die tschechischen Politiker den neuen Gegebenheiten nur gefügt, weil sie unter schwerem Druck standen. Coulondre hatte von einem amerikanischen Journalisten eine verzerrte Darstellung von Hachas Empfang in Berlin erhalten und diesen unzuverlässigen Bericht an Bonnet weitergereicht, so daß der französische Außenminister zu dem Schluß kommen mußte, der tschechische Präsident sei mit Brutalität statt mit Höflichkeit empfangen worden. Tatsächlich war Hacha mit allen einem Staatsoberhaupt bei einem Auslandsbesuch zukommenden Ehren empfangen worden, und seine Tochter, die ihn begleitete, hatte von dem deutschen Reichskanzler ein persönliches Geschenk erhalten[25].

Bonnet hielt einen energischen Protest in Berlin für unvermeidlich, was natürlich bedeutete, daß die neue Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland darüber leicht zerbrechen konnte. Auch wußte er, daß Frankreichs Kriegspartei durch die jüngsten Vorgänge neuen Auftrieb bekommen und entweder Daladier zu ihren Ansichten zu bekehren oder aber die Regierung zu stürzen versuchen würde. Bonnet war auch von Anfang an der möglichen Reaktion Englands wegen besorgt, wenn ihn auch die maßvolle Rede Premierminister Chamberlains vor dem Unterhaus am 15. März 1939 zunächst noch in dieser Hinsicht beruhigte. Chamberlain erinnerte das Haus daran, daß Großbritannien den tschechischen Staat niemals garantiert habe, und daß dieser durch den Aufstand der Slowaken von innen her zerfallen sei. Er bestritt, daß Deutschland unter diesen Umständen zu einer Konsultation Großbritanniens verpflichtet gewesen sei. Bedeutsam war vor allem, daß diese Bemerkungen Chamberlains von den meisten Tories günstig aufgenommen worden waren. Diese wichtige Tatsache, die Corbin Bonnet berichtete, wurde von Geoffrey Dawson, dem einflußreichen Herausgeber der Londoner Times, in seinem Privattagebuch bestätigt[26].

Daladier gab am 16. März 1939 eine allgemein gehaltene öffentliche Erklärung ab, in der er seine Sympathie für die Tschechen zum Ausdruck brachte. Offensichtlich beabsichtigte der Premier, Frankreichs Intervention auf einen Verbalprotest zu beschränken. Pierre Laval unterbreitete dem Außenpolitischen Ausschuß des französischen Senats am 16. März 1939 nachmittags einen interessanten Plan. Wie immer hielt der ehemalige Premier auch diesmal für eine äußerst dringliche Frage die passende Lösung bereit. Doch hatte er seine führende Rolle in der französischen Außenpolitik seit seinem Sturz im Januar 1936

zum Schaden Frankreichs nicht wieder übernehmen können. Laval führte aus, daß die jüngste Entwicklung in Mitteleuropa eine Rückkehr zur Stresafront von 1935 erfordere. Dieser Gedanke war von grundlegender Bedeutung und verdient eine eingehende Untersuchung. Der Frieden Europas wäre auf lange Zeit hinaus gesichert worden, hätte die französische Regierung die Engländer und die Italiener zur Annahme des Laval-Planes bewegen können.

Die jüngsten Vorgänge in Böhmen-Mähren und in der Slowakei, so legte Laval dar, verstärkten noch das gefährliche Übergewicht Deutschlands in Mitteleuropa. Er betonte, das gedeihliche nachbarliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gefährlich erschwert werden würden, wenn sich das Kräfteverhältnis der beiden Länder plötzlich allzusehr verschieben würde. Das klang sehr nach einer französischen Version des englischen Gedankens vom Gleichgewicht der Kräfte, doch lag darin nichts von dem aggressiven und dynamischen Geist der traditionellen britischen Politik. Laval schlug eine Rückkehr zum Stresabündnis nicht vor, um Deutschland herauszufordern oder zu schwächen, auch glaubte er nicht, daß sein Plan irgendeine der damaligen deutschen Bestrebungen scheitern lassen werde. Er war selber seit 1926 ein aufmerksamer Leser von Hitlers „Mein Kampf" gewesen und akzeptierte den Einwand Benoist-Méchins, die deutschen Interessen seien ausschließlich auf Osteuropa gerichtet. Statt sich diesen Interessen in den Weg zu stellen, schlug er vor, Frankreich solle lediglich seine eigene Machtstellung ausbauen, damit es in der Lage sein könne, die Entwicklung der deutschen Pläne mit Gleichmut zu verfolgen.

Die jüngst erfolgte französische Wiederannäherung an Italien und Mussolinis Sorge über Hitlers Übergewicht in Mitteleuropa zeigten deutlich, daß eine neue, grundlegende Verständigung mit Italien ebenso möglich wie wünschenswert war. Auch legte der Aufstieg Deutschlands den Gedanken nahe, daß Großbritannien seine früheren Bestrebungen zur Niederhaltung Frankreichs kaum wiederaufnehmen würde. Kurzum, ein Zusammengehen Englands, Frankreichs und Italiens war die logische, durchaus angemessene Reaktion auf die jüngste Entwicklung in Mitteleuropa[27].

Bonnet hätte sich auch zweifellos mit dieser Strategie begnügt, wäre es nicht tags darauf unerwarteterweise in Großbritannien zu einem wahrhaften Vulkanausbruch einer alles vernichtenden Aktivität gekommen. Am 17. März 1939 protestierten die Vereinigten Staaten formell gegen eine ruhige und maßvolle Rede Sir John Simons im bri-

tischen Parlament am Tage zuvor. Präsident Roosevelt und seine Ratgeber waren über die Möglichkeit erschrocken, daß man Hitler sein Programm einer friedlichen Gebietsrevision womöglich unbehindert vollenden lassen werde. Das würde bedeuten, daß man einem neuen, größeren europäischen Krieg aus dem Wege ginge, den der amerikanische Präsident herbeiwünschte. Roosevelt war zielbewußt zur Vernichtung Deutschlands entschlossen ohne Rücksicht darauf, was das die Vereinigten Staaten oder irgendein anderes Land kosten mochte. Er setzte sich auch über die Tatsache hinweg, daß die überwältigende Mehrheit seiner Landsleute seine Ansichten nicht teilte. Er hatte keine Skrupel, sein hohes Amt zur Verfolgung von Zielen zu nutzen, die von der großen Mehrheit der anständigen Bürger in der amerikanischen Demokratie mit Entsetzen abgelehnt worden wären. Es dürfte in der Tat keine Übertreibung sein, zu sagen, daß keine Demokratie eine Aufeinanderfolge von Staatsmännern seines Schlages überleben kann. Zum Glück war er eine Ausnahmeerscheinung[28].

Ob Halifax auch dann eine Kriegspolitik betrieben hätte, wenn die Vereinigten Staaten einen Präsidenten anderer Art gehabt hätten, ist eine Frage, die noch jahrzehntelang erörtert werden wird. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der britische Außenminister auch ungeachtet der Haltung Roosevelts den Versuch gemacht hätte, Europa in den Krieg zu stürzen. Jedenfalls war Halifax fähig, Botschafter Kennedy am 17. März 1939 mitzuteilen, die britische Regierung beabsichtige, künftighin Deutschland gegenüber eine feindliche Politik zu verfolgen[29].

Halifax begrüßte Hitlers Einzug in Prag als ein Ereignis, aufgrund dessen sich die öffentliche Meinung Englands erfolgreich davon überzeugen ließ, daß eine feindliche Einstellung zu Deutschland notwendig und wünschenswert sei. Auch hatte der britische Außenminister einen Anschlag ersonnen, um die Auswirkungen von Hitlers Marsch auf Prag noch zu ergänzen. Sir Robert Vansittart hatte dem rumänischen Gesandten Virgil Tilea fristgerecht souffliert, zu behaupten, Deutschland versuche auch noch eine Kontrolle über Rumänien zu erzwingen. Am 14. März, dem Tag, bevor die Deutschen in Prag einrückten, hatte Tilea vor Halifax Generalprobe. Britische Investierungen spielten in der rumänischen Wirtschaft eine überragende Rolle. Der rumänische Außenminister Grigorie Gafencu war zwar ein ehrenwerter Mann, doch bestand wenig Wahrscheinlichkeit, daß er es wagen würde, England bloßzustellen und Tilea auf den geplanten Betrug hin abzuberufen. Die Lage Rumäniens in unmittelbarer Nachbarschaft der Sowjet-

union war für derartige heroische Gesten dieser Art ein zu unsicherer Boden. Auch traf es sich sehr gut, daß zu der Zeit, als deutsche Soldaten in Prag einrückten, eine deutsche Handelsmission in Bukarest weilte. Man konnte also behaupten, wenn auch ohne jede zuverlässige Grundlage, die deutsche Handelsmission habe der rumänischen Regierung insgeheim ein Ultimatum vorgelegt. Dafür hielt Halifax schon seine Stellungnahme bereit, Deutschland sei eben unersättlich und eine Gefahr für die ganze Welt[30].

Die „big story" Tileas wurde der Londoner Times und dem Daily Telegraph am 17. März 1939 zur Veröffentlichung freigegeben. Die erstaunten englischen Zeitungsleser wurden durch die angebliche Raubgier des deutschen Kanzlers in Alarmzustand versetzt. Premierminister Chamberlain sollte noch am gleichen Abend in Birmingham über innenpolitische Fragen sprechen, aber Halifax, der seit dem 6. Oktober 1938 die britische Außenpolitik beherrschte (von Februar bis Oktober 1938 war er nur dem Titel nach Außenminister gewesen), veranlaßte Chamberlain, eine vom Foreign Office vorbereitete Rede vom Blatt abzulesen. Diese Rede enthielt die erstaunliche Verdächtigung, Hitler gehe mit einem Plan um, die ganze Welt zu erobern. Sie enthielt ferner den Vorschlag an die britische Regierung, unverzüglich eine umfassende deutschlandfeindliche Koalition ins Leben zu rufen[31].

Halifax ließ am 17. März 1939 auch die Sowjetunion wissen, daß die britische Regierung es begrüßen würde, wenn sie sich zum Schutze Rumäniens bereit erklärte. Das war ein besonderer Hohn, wenn man bedenkt, daß die Sowjetunion der Hauptfeind Rumäniens war. Reginald Hoare, der englische Gesandte in Bukarest, fragte sich, ob die Leute im britischen Außenamt plötzlich den Verstand verloren hätten. Er gab eine Anzahl Depeschen auf, die berichteten, daß sowohl König Carol als auch Außenminister Gafencu irgendeine deutsche Bedrohung Rumäniens lebhaft in Abrede stellten. Bonnet konnte am 18. März eine ähnliche Auskunft von dem rumänischen Gesandten in Paris, Tatarescu, erhalten. Die britischen Politiker ignorierten jedoch alle diese Widerlegungen und stellten mit Genugtuung fest, daß Tilea seine Behauptungen in London unter dreister Herausforderung Gafencus hartnäckig wiederholte. Das war wohl das erstaunlichste Täuschungsmanöver in der Geschichte der europäischen Diplomatie, und der Einsatz, um den es dabei ging, war ungeheuer. Inzwischen dauerten die Verhandlungen der Rumänen mit der deutschen Handelsmission an. Am 23. März 1939 schlossen beide Staaten einen durchaus normalen Handelsvertrag ab[32].

Die Botschafter Englands und Frankreichs erhoben am 18. März 1939 förmlichen Protest gegen die jüngsten politischen Maßnahmen Deutschlands gegenüber den Tschechen und den Slowaken. Henderson und Coulondre überreichten Staatssekretär Weizsäcker in Berlin gleichlautende Noten. In seinem Gespräch mit Coulondre äußerte sich Weizsäcker besonders vorwurfsvoll und nahm dem französischen Botschafter gegenüber in Anspruch, Bonnet habe doch zur Zeit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftspaktes am 6. Dezember 1938 sein Desinteresse an Mitteleuropa zum Ausdruck gebracht. Weizsäcker begab sich damit auf gefährlichen Boden, mochte auch der inspirierte Aufsatz im Matin vom 7. Dezember 1938 einen ausreichenden Hinweis dafür bieten, daß Bonnet Ribbentrop zumindest in einem solchen Glauben bestärkt hatte. Ebenso klar war es, daß Bonnet seiner eigenen Stellung erheblich geschadet hätte, würde er irgend etwas Derartiges zugegeben haben, besonders nach der provozierenden Rede Chamberlains vom 17. März. Ribbentrop machte diese heikle Angelegenheit später zu einer öffentlichen Streitfrage und richtete am 13. Juli 1939 deswegen einen Offenen Brief an Bonnet. Dieser reagierte am 25. Juli 1939 gleichfalls mit einem Offenen Brief, in dem er kategorisch erklärte, er habe Deutschland niemals freie Hand in Mitteleuropa angeboten. Man hätte ihn zum sofortigen Rücktritt gezwungen, wenn er die grundsätzliche Berechtigung von Ribbentrops Vorwurf zugegeben hätte[33].

Präsident Roosevelt drängte Halifax, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und als Vergeltungsmaßnahme den britischen Botschafter aus Berlin abzuberufen. Halifax zweifelte an der taktischen Klugheit einer Wiederholung dieser primitiven amerikanischen Maßnahme (der amerikanische Botschafter war im November 1938 auf eine innerdeutsche Krise hin abberufen worden, welche die Vereinigten Staaten nicht unmittelbar betraf), erklärte sich indessen bereit, Henderson zu einer längeren Beratung nach London zu beordern. Dieses Ereignis kennzeichnete den Beginn eines neuen, starken britischen Drucks auf Frankreich. Halifax verlangte im Grunde von den Franzosen, dem englischen Schritt zu folgen und ihren Botschafter zu einer längeren Beratung zurückzurufen. Bonnet gab seine Einwilligung, und Coulondre erhielt am 19. März 1939 Anweisung, nach Paris zurückzukehren. Selbst für Bonnet am Quai d'Orsay schien ein Widerstand gegen das britische Bemühen, Frankreich auf die schiefe Bahn zum Kriege zu zerren, allmählich schwierig zu werden. Privat beklagte sich Daladier, die Engländer hätten sich aus dem einen Extrem in das andre ge-

stürzt. Einst hätten sie Hitler allzusehr ermutigt. Jetzt nähmen sie gegenüber Deutschland eine rücksichtslos unversöhnliche Haltung ein. Rückblickend läßt sich nicht bezweifeln, daß Daladiers Beschwerde vollauf berechtigt war[34].

Das Schlimmste sollte aber erst noch kommen. Halifax lud Polen und die Sowjetunion am 20. März 1939 ein, einem gegenseitigen Beistandspakt mit England und Frankreich beizutreten. Daladier und Bonnet sagten diesem Schritt ihre Unterstützung zu, in der Meinung, daß ein dreiseitiger Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion ein kluger diplomatischer Schachzug wäre, und daß es zu einem solchen Pakt ohne Polen kommen werde, wenn die Polen es ablehnten, sich einem Bündnis anzuschließen, dem auch die Sowjetrussen angehörten. Noël hatte Bonnet seit Monaten unterrichtet, daß Beck niemals ein Bündnis mit den Kommunisten eingehen werde, und der polnische Botschafter Lukasiewicz bestätigte Noëls Darstellung in einem Gespräch mit Bonnet am 21. März 1939. Am gleichen Tage teilte Beck selber dem britischen Botschafter Kennard in Warschau inoffiziell mit, Polen würde das Angebot von Halifax ablehnen. Die förmliche polnische Ablehnung wurde London erst am 24. März übermittelt, und zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits eine neue Entwicklung von größter Tragweite ergeben[35].

Beck erfaßte mit größerem Scharfsinn als Bonnet, daß den Engländern in erster Linie daran gelegen war, einen Streit mit Deutschland vom Zaun zu brechen, der wahrscheinlich zum Krieg führen werde. Die britische Rüstungsproduktion hatte seit der Münchner Konferenz die zuversichtlichsten britischen Erwartungen von ehedem übertroffen. Die militärischen Führungsstellen der Engländer machten rasche Fortschritte in der Bereitstellung einer Luftflotte zur Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung, und sie waren hinlänglich sicher, daß die eigene Stärke ausreiche, um grundsätzlich die Sicherheit des Landes vor entscheidenden deutschen Luftangriffen im Kriegsfall zu gewährleisten. Die Vorherrschaft der britischen Flotte schloß praktisch verheerende deutsche Angriffe jeder anderen Art aus. Die Lage Englands unterschied sich hierin völlig von der Frankreichs. Beck hatte seit dem August 1938 von den Engländern Zusicherungen erhalten, daß London darauf ausgehe, die Polen in einem Streit mit Deutschland Danzigs wegen zu unterstützen. Beck war Realist genug, um zu durchschauen, daß die Briten keine besondere Vorliebe für die Polen hegten. Ihr einziges anderes Motiv konnte nur der sehr reale Wunsch sein, Deutschland herauszufordern. Beck glaubte, eine Geste, die besage, daß die

Polen zum Kampf gegen Deutschland bereit seien, könne die Engländer dazu bewegen, ein Bündnis mit Polen anstelle eines solchen mit der Sowjetunion einzugehen[36].

Beck suchte noch eifrig nach einer Lösung des Problems, Rußland aus den britischen Bündnisüberlegungen zu eliminieren, als Bonnet am 22. März 1939 den Präsidenten Lebrun bei einem Besuch in London begleitete. Wieder strebten die Franzosen und ihre polnischen Verbündeten entgegengesetzten Zielen zu, genau wie 1938. Weder Daladier noch Bonnet wollte zulassen, daß Frankreich um der Polen willen in einen europäischen Krieg hineingezogen werde. Bonnet erinnerte sich der Tatsache, daß die Polen sich während der Tschechenkrise von 1938 zwar an den Buchstaben ihres Bündnisses mit Frankreich gehalten, aber seinen Geist verletzt hatten. Seinen Mitarbeitern am Quai d'Orsay hatte er auseinandergesetzt, er wolle mit Polen nun in der gleichen Weise verfahren. 1938 waren die Polen einer Verpflichtung aus dem Wege gegangen, die Tschechen nicht anzugreifen. Bonnet wollte sich nun, 1939, gleichermaßen nicht verpflichten, um der Polen willen die Deutschen anzugreifen[37].

Bonnet war darüber erstaunt, wie es Halifax gelang, in Großbritannien eine wahre Kriegspsychose zu erzeugen. Lebrun und er nahmen am 22. März abends an einem Essen in der Londoner Guildhall teil. Die Frau eines leitenden britischen Beamten erzählte Bonnet bei dieser Gelegenheit, sie habe viele Kinder, die sie von Herzen liebe, aber sie würde sie alle freudig dahinopfern, um die Beherrschung Europas durch Hitler zu verhindern. Am 23. März fühlte sich der empfindsame französische Außenminister bereits zutiefst beunruhigt. Er befürchtete, die Engländer würden alles tun, um ihn auszuschalten, falls sie seine anhaltende Entschlossenheit errieten, einen neuen deutsch-französischen Krieg zu verhindern. Er war verblüfft über die Hartnäckigkeit, mit der seine fanatisierten britischen Gastgeber nach wie vor die Tilea-Geschichte verbreiteten, mehrere Tage nachdem diese äußerst unglaubwürdig geworden war. Er sah, daß es Halifax gelungen war, die alte Kriegslust der britischen Aristokratie zu wecken. Aus Gründen der politischen Selbsterhaltung beschloß er, den Engländern seine eigenen Ansichten zu verbergen. Er wollte nicht das Schicksal Lavals teilen[38].

Am 23. März 1939 besprach Bonnet die Lage mit den britischen Staatsmännern in Windsor. Er sagte voraus, die Polen würden niemals einem Bündnis beitreten, dem auch die Russen angehörten, außerdem nehme er an, die Engländer würden einem Bündnis mit den Sowjetrussen den Vorzug vor einem solchen mit den Polen geben. Er war ent-

setzt, als die englischen Politiker daraufhin vorschlugen, Polen und Rumänien gesonderte Garantien für ihren Gebietsstand zu geben. Das war in der Tat eine Politik bewußter Provokation, die leicht zum Krieg führen konnte. Eine kurze Überlegung gab Bonnet Gewißheit, daß eine Garantie des rumänischen Territoriums allein nicht allzu gefährlich sei, weil die Deutschen kaum in einen Streit mit dem Balkan-Königreich geraten würden. Die beiden Länder waren nicht einmal unmittelbare Nachbarn und Bonnet wußte, daß die Deutschen in Rumänien keine territorialen Ansprüche hatten. In Polen dagegen lagen die Dinge ganz anders, und Bonnet wich dieser Frage mit Erfolg aus. Er wollte den rücksichtslosen Polen keinen Blankoscheck ausstellen. Es gelang seinen beredten Bemühungen jedoch nicht, seine Gastgeber davon zu überzeugen, daß es für England besser sei, sich nicht mit Polen einzulassen, bevor sie nicht das Bündnis mit der Sowjetunion unter Dach und Fach hätten[39].

Bonnet mußte sehr vorsichtig sein, wohlwissend, daß er recht eigentlich einem Kreuzverhör unterzogen wurde. Er fühlte sich allerdings etwas erleichtert, als er am folgenden Tag erfuhr, die britischen Staatsmänner hätten Präsident Lebrun empfohlen, man solle Daladier und Bonnet im Amt belassen. Wußte er doch nun, daß die Engländer wenigstens für den Augenblick nicht seine persönliche Stellung zu untergraben suchten. Es besteht aber kein Zweifel, daß Bonnets zuversichtlicher Glaube an die Erhaltung des Friedens in Europa durch die Kehrtwendung der britischen Außenpolitik und durch seine persönlichen Erlebnisse in England, kurz nach Chamberlains aufsehenerregender Rede in Birmingham, schwer erschüttert worden war[40].

Einundzwanzigstes Kapitel

BONNETS VERSAGEN UND DAS ENDE DES FRIEDENS IM JAHRE 1939

Am 23. März 1939 erhielt Bonnet aus Warschau erschreckende Nachrichten. Die polnische Regierung hatte den Teilmobilmachungsbefehl gegen Deutschland erlassen, ohne Frankreich auch nur zu konsultieren, und mehr als 300 000 Mann der Reserve einberufen. Der deutsche Außenminister von Ribbentrop hatte in einem Gespräch mit dem polnischen Botschafter Lipski am 21. März 1939 Hitlers früheres Angebot eines Abkommens mit Polen wiederholt. Was der deutsche Außenminister sagte, klang sehr überzeugend, und so gelang es ihm, dem polnischen Diplomaten die Einsicht zu vermitteln, daß eine Regelung im Sinne seiner Vorschläge wünschenswert sei. Wie gewöhnlich hatte Ribbentrop keinen Versuch unternommen, auch nur den geringsten Druck auf die Polen auszuüben. Die Deutschen waren geduldig und hofften aufrichtig, die Freundschaft Polens gewinnen zu können[1].

Lipski kehrte am 22. März nach Warschau zurück, aber Beck nahm Hitlers Angebot wiederum ungnädig auf. Solange ihm die Chance britischer Hilfeleistung gegen Deutschland sicher blieb, hatte er an einem Vergleich mit den Deutschen kein Interesse. Hartnäckig beharrte er auf seinem Standpunkt, ein deutsch-polnisches Bündnis werde Polen geradezu zu einem deutschen Satelliten erniedrigen. Widerstand gegen Deutschland mit britischer Unterstützung könnte dagegen zu einer neuen Demütigung oder zu einer militärischen Niederlage der Deutschen führen. Wohlüberlegt überredete Beck den Marschall Rydz-Smigly am 23. März, den Befehl für die polnische Teilmobilmachung zu geben, obwohl er wußte, daß ein solcher Schritt die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Polen in sich schloß. Er wollte die Engländer davon überzeugen, daß die Polen zum Kampf gegen Deutschland bereit seien[2].

Der polnische Botschafter in London, Raczynski, schlug am 24. März einen zweiseitigen englisch-polnischen Bündnispakt vor, nachdem er Halifax' Angebot eines gegenseitigen Beistandspaktes unter Einschluß der Sowjetunion förmlich abgelehnt hatte. Die französischen Staatsmänner hofften natürlich, die Engländer würden das polnische Angebot ablehnen. Am 21. März war es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Generalsekretär Léger und dem polnischen Botschafter Lukasiewicz gekommen. Léger machte den Polen zum Vorwurf, sie suchten das französisch-sowjetische Bündnis zu sabotieren, was auch zutraf, und Lukasiewicz hatte sich dazu hinreißen lassen, Léger einen „böswilligen" Menschen zu schelten. Die beiden Diplomaten wären um ein Haar miteinander handgreiflich geworden. Wenige Tage später war es für die Polen kein Geheimnis mehr, daß die Franzosen ihrem Bündnisangebot vom 24. März 1939 kein Interesse mehr entgegenbrachten. Reynaud, dem Légers Widerstand gegen eine französische Kriegsbeteiligung zugunsten Polens bekannt war, beklagte sich über Légers angebliche Tyrannisierung des ständigen französischen Außenamtsstabes. Die offizielle Stellungnahme Frankreichs zu den jüngsten polnischen Maßnahmen stand immer noch aus[3].

Am 23. März geriet Lukasiewicz wegen des vorgesehenen Plans einer Rumänien-Garantie auch mit Premier Daladier in Streit. Zwar hatten die Engländer diesen Plan bereits am 17. März ins Auge gefaßt, doch der polnische Botschafter machte unberechtigterweise die Franzosen für die Initiative verantwortlich. Er betonte wiederholt, die Franzosen wollten nur die Aufmerksamkeit von der Polen angeblich drohenden Gefahr ablenken. Daladier und Bonnet waren beide verstimmt, als sie am 24. März zu ihrer Überraschung erfuhren, daß Halifax sofort eine wohlwollende Überprüfung des polnischen Bündnisangebotes zugesagt und sein Verständnis für die polnische Haltung gegenüber der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht hatte. Bonnet, Daladier und Léger dagegen galt diese polnische Einstellung als unhaltbar[4].

Nach der polnischen Teilmobilmachung berichtete Noël Bonnet von Warschau aus, der Enthusiasmus der polnischen Patrioten habe ihn beeindruckt, dagegen beunruhige ihn die jüngste Manifestation der alten, sprichwörtlich bekannten polnischen Maßlosigkeit. Er halte es für gefährlich, die Polen bei ihrer Herausforderung Deutschlands noch zu ermutigen. Der polnische Botschafter Lipski kehrte am 25. März nach Berlin zurück und verwarf am folgenden Tag nicht nur den deutschen Regelungsvorschlag, sondern kündigte auch an, eine Weiterverfolgung der deutschen Bestrebungen in Danzig werde mit Sicherheit

einen Krieg zwischen Polen und Deutschland zur Folge haben. Lipski handelte nach genauen Weisungen Becks und wider bessere Einsicht. Ribbentrop gab zur Antwort, ein polnisches Vorgehen gegen Danzig würde von Deutschland als ein Akt der Feindseligkeit angesehen[5].

Hitler hoffte immer noch auf eine freundschaftliche Regelung mit Polen, aber die Beziehungen der beiden Nachbarländer waren in eine gefährliche Sackgasse geraten. Bonnet war abermals bestürzt, als er am 27. März aus London die Nachricht erhielt, die Engländer hätten sich nunmehr endgültig dafür entschieden, Becks Angebot eines gesonderten Abkommens anzunehmen. Wenige Tage später entschloß sich Halifax bereits zu einem einleitenden Schritt, bevor Beck zum Wochen zuvor angekündigten Besuch in London eingetroffen war. Halifax drahtete dem britischen Botschafter Kennard in Warschau am 30. März, die britische Regierung beabsichtige, Polen am nächsten Tag eine einseitige Garantie zu gewähren. Kennard zeigte Noël das folgenschwere Telegramm. Der französische Botschafter erfaßte sofort die Situation und bediente sich des klassischen Wortes: „Die Würfel sind gefallen!"

Noëls unmittelbare Reaktion besagte, daß der einseitige britische Schritt einen Krieg zwischen den Westmächten und Deutschland Polens wegen unvermeidlich gemacht habe. Bonnet und Daladier waren zwar bestürzt, gaben aber ihre Friedenshoffnung noch nicht auf[6].

Beck nahm selbstverständlich das britische Garantieangebot an, das Chamberlain am 31. März 1939 vor dem Unterhaus öffentlich bekanntgab. Der Premierminister kündigte an, die Engländer seien bereit, Polen bei jeder Aktion, die es durchführe, zu unterstützen, falls es seine Unabhängigkeit für bedroht halte. Das war ein britischer Blankoscheck ohne Vorgang und die denkbar flagranteste Herausforderung Deutschlands, wenn man vom unmittelbaren militärischen Angriff absieht. Die Polen hatten auch vorher schon die Deutschen herausgefordert, und der britische Premierminister kündigte nunmehr an, sie könnten dabei in Zukunft der uneingeschränkten Billigung und Unterstützung Englands sicher sein[7].

Der polnische Außenminister traf am 3. April 1939 in London ein. Er hielt sich vier Tage lang in London auf, bevor er über Nordfrankreich, Belgien und Deutschland nach Polen zurückreiste. Er machte sich nicht einmal die Mühe, nach Paris zu fahren. Er wußte, daß die französischen Politiker die britische Garantie für Polen mißbilligten. Tatsächlich war die Epoque Henri de Kerillis' die einzige französische Zeitung, die in jenen ersten Apriltagen des Jahres 1939 für die britische Garantie Worte des Lobes fand. Kerillis wußte in seiner Zeitung

am 1. April 1939 viel über die feindselige Reaktion der sogenannten Anglophoben in Frankreich auf die britische Garantie zu sagen. Allerdings war das britische Vorgehen, das auch Frankreich in einen Krieg zu verwickeln drohte, flagrant genug, um viele bis dahin englandfreundliche Franzosen umzustimmen[8].

Die britische Garantie machte einen ebenso unnötigen wie törichten Eindruck. Die Reaktion der französischen Marxisten kann man sich leicht vorstellen. Sowohl der Populaire als auch die Humanité hielten den britischen Schritt für eine Katastrophe. Die Feindschaft Polens gegenüber der Sowjetunion war wohlbekannt, und die uneingeschränkte britische Unterstützung der Polen ließ offensichtlich jedes künftige englisch-sowjetische Übereinkommen unwahrscheinlich werden. Das brachte die Franzosen mit ihren besonderen Beziehungen zu England, Polen, aber auch zur Sowjetunion, in eine sehr unangenehme Lage. Es konnte niemanden überraschen, daß viele Franzosen jetzt wünschten, man hätte Barthélemys Rat befolgt und nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland im März 1938 alle französischen Ostbündnisse außer dem mit der Sowjetunion fallen lassen[9].

Am 5. April 1939 wurde Präsident Lebrun wiedergewählt. Er war der einzige Bewerber; niemand riß sich um das Amt, auch Lebrun selber nicht. Nur sehr wenige Senatoren oder Abgeordnete konnten sich für Lebrun begeistern, und die lustlose Art, in der sie ihn wiederwählten, spiegelte die Trägheit und Mutlosigkeit weiter französischer Kreise nach dem deutschen Einzug in Prag und der feindlichen britischen Reaktion darauf wider. In den Tagen, die der britischen Polengarantie folgten, schien es so, als ob es schließlich doch zu einem neuen „Kreuzzug" gegen Deutschland kommen werde, trotz der offensichtlichen Bereitschaft der meisten Franzosen, mit ihrem mächtigen deutschen Nachbarn in Frieden zu leben. Überall begegnete man Anzeichen des Fatalismus. Mit starrem Entsetzen beobachtete der französische Durchschnittsbürger, wie die Engländer ihre Vorbereitungen für den Beginn eines großen europäischen Krieges gegen Deutschland trafen[10].

Keinem merkte man die jüngsten Veränderungen deutlicher an als dem Premierminister Daladier selbst. Der zuversichtliche, triumphierende Staatsmann, der am 9. Dezember 1938 seine Politik der Deutschland-Freundschaft vor der französischen Kammer kühn verteidigt hatte, war jetzt verwirrt, erschöpft und voller Sorgen. Der amerikanische Botschafter Bullitt berichtete Präsident Roosevelt am 11. April 1939, Daladier stehe den wiederholten Versuchen des polnischen Botschafters Lukasiewicz, von Frankreich einen Blankoscheck zu erhal-

ten, dem von England den Polen ausgehändigten entsprechend, geradezu ratlos gegenüber[11].

Lukasiewicz hatte am 8. April 1939 auch bei Bonnet vorgesprochen, nachdem er sich mit dem polnischen Außenminister Beck in Nordfrankreich und Belgien beraten hatte. Nur zögernd gab Bonnet zu, daß Beck bei den Engländern einen Sieg errungen habe und daß seine Mission in London in polnischer Sicht erfolgreich gewesen sei. Der französische Außenminister wich aus, als der polnische Botschafter von einem französischen Blankoscheck für Polen zu sprechen begann. Bonnet kam ihm entgegen und meinte, man müsse erst noch zusätzliche Verhandlungen politischer und militärischer Art in Betracht ziehen. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Polen und den Franzosen entstand darüber, ob diese Verhandlungen in Paris oder in Warschau stattfinden sollten. Bonnet hätte diese unangenehme Verantwortung lieber Noël übertragen, doch willigte er nach fast einmonatigem Zögern ein, daß die Gespräche in Paris geführt würden[12].

Italien war schließlich am Karfreitag, dem 7. April 1939, zur Besetzung Albaniens und zur Absetzung König Zogus geschritten. Die Engländer und Franzosen antworteten am 13. April mit der Gewährung besonderer Garantien an Rumänien und Griechenland. Dieses Land wurde nur wegen des italienischen Vorgehens in Albanien in das britische Garantiesystem einbezogen. Bonnet fühlte sich von dem italienischen Schritt nicht sonderlich betroffen, da dieser keine unmittelbaren französischen Interessen bedrohte. Sein Hauptanliegen waren die französischen Beziehungen zu Polen und zur Sowjetunion[13].

Die Rußlandverhandlungen Bonnets wurden durch ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Suritz in Paris am 19. April 1939 eröffnet. Er bezweckte damit vor allem, zwischen den Russen und den Engländern zu vermitteln, in der fast schon aufgegebenen Hoffnung, trotz der britischen Polengarantie vom 31. März 1939 zu einem dreiseitigen Beistandspakt zu gelangen. Stalin hatte am 10. März 1939 auf dem 18. Kommunistischen Parteikongreß in Moskau eine Rede gehalten und herausfordernd erklärt, die Völker der Sowjetunion würden sich von Großbritannien und Frankreich nicht in einen europäischen Krieg verwickeln lassen. Die Engländer hatten sich mit ihrer Polengarantie zwischen die Russen und die Deutschen geschoben. Demgemäß stand es Stalin frei, seine Politik zu wählen, ohne befürchten zu müssen, daß er in einem möglichen Krieg gegen Deutschland isoliert bleiben würde, wenn er die englisch-französischen Bedingungen nicht akzeptiere[14].

Die Aussichten auf einen Vertrag mit Stalin wurden durch das offizielle britische Angebot vom 15. April 1939 nicht gerade verbessert. Die Engländer beschränkten sich auf den Vorschlag, die Sowjetunion möge einwilligen, benachbarten Ländern zu Hilfe zu kommen, wann immer diese solche Hilfe erbäten. Das wäre eine einseitige Abmachung gewesen, ungleich den sonst üblichen, gegenseitigen Verpflichtungen eines Bündnisses. Die Russen antworteten am 18. April mit dem Vorschlag, nach erfolgreichen militärischen Besprechungen einen dreiseitigen Beistandspakt auf Gegenseitigkeit abzuschließen. Hierbei sollten Pläne für eine gemeinsame Politik gegenüber sämtlichen Ländern an der Westgrenze der Sowjetunion ausgearbeitet werden. Die Engländer hatten dieses Angebot noch gar nicht beantwortet, da wurde der sowjetische Außenkommissar Litwinow am 3. Mai 1939 von Stalin aus dem Amt entfernt und durch Wjatscheslaw Molotow ersetzt. Die Amtsenthebung Litwinows gab Anlaß zu der Spekulation, Stalin sei im Begriff, eine gänzlich neue Außenpolitik zu verfolgen[15].

Präsident Roosevelt sandte am 15. April 1939 Hitler und Mussolini gleichlautende Botschaften, in denen er forderte, die Achsenmächte sollten einwilligen, eine große Zahl von Ländern nicht anzugreifen, von denen viele nicht einmal unabhängig waren oder Tausende von Kilometern entferntlagen. Der rumänische Außenminister Gafencu gab Hitler am 19. April eine persönliche Zusicherung, das Balkankönigreich fühle sich durch Deutschland nicht bedroht. Gafencu erklärte, man habe die Garantien Englands und Frankreichs als willkommenen Schutz gegen die Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien angenommen, nicht aber wegen irgendeiner angeblichen Bedrohung von seiten Deutschlands. Die andern kleineren, Deutschland benachbarten Länder mit Ausnahme Polens erwiderten im gleichen Sinne[16].

Hitler sprach am 28. April 1939 zum Deutschen Reichstag. Seine Antwort auf die britische Polengarantie bestand in der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes und des deutsch-englischen Flottenvertrages. Ein großer Teil seiner Rede war einer besonders wirksamen Antwort an Präsident Roosevelt gewidmet. Doch gab er der Öffentlichkeit auch die genauen Bedingungen des von Polen abgelehnten Angebots bekannt und unterstrich Deutschlands Bereitschaft, mit England wie auch mit Polen eine friedliche Lösung der bestehenden Schwierigkeiten auszuhandeln. Coulondre teilte Bonnet aus Berlin mit, er hielte Hitlers ursprüngliches Angebot an Polen für großzügig, und Noël in Warschau betonte, Hitler habe mit seiner Rede die Tür zu einer Verhandlungslösung eher geöffnet als zugeschlagen[17].

Hitlers Rede hinterließ einen tiefen Eindruck bei Kerillis. Dem führenden französischen Kriegstreiber ging nun endlich jenes Problem auf, das den meisten denkenden Franzosen schon seit einem Monat Unbehagen verursacht hatte. Aufgeregt verkündete Kerillis am 29. April in der Epoque, Hitler habe es unterlassen, etwas Unfreundliches über die Sowjetunion zu sagen. Es bestünde die Gefahr, daß Stalin die britische Polengarantie zum Anlaß einer Einigung mit Hitler nehme. Das war zweifellos richtig, aber viele fragten sich, warum Kerillis erst Hitlers Rede hören mußte, ehe er zu diesem einleuchtenden Schluß gelangte[18].

Beck antwortete Hitler am 5. Mai 1939 mit einer chauvinistischen Rede vor dem polnischem Sejm. Er suchte den wahren Inhalt von Hitlers früherem Angebot zu verschleiern, insbesondere die beispiellose Bereitschaft der Deutschen, die Versailler Grenze Polens zu garantieren, und behauptete, die deutsche Annäherung habe aus einseitigen, mit der Ehre Polens unvereinbaren Forderungen bestanden. Die Berufung auf die Ehrenfrage war bewußt darauf berechnet, den Volkswillen zugunsten des Krieges zu stärken. Beck behauptete, Polen wünsche den Frieden, aber Hitler habe ihm einen unerschwinglich hohen Preis dafür abverlangt. Becks Redegewandtheit verringerte eine etwa noch verbliebene Chance zur Regelung der deutsch-polnischen Probleme auf dem Verhandlungswege[19].

Wladimir Potemkin, der ehemalige sowjetische Botschafter in Paris, traf am 10. Mai 1939 mit besonderen Weisungen Molotows in Warschau ein. Er hoffte anscheinend, die Voraussetzungen für eine polnisch-sowjetische Annäherung schaffen zu können, die eine zukünftige Zusammenarbeit der beiden Mächte ermöglichen würde. Becks Haltung war vollkommen ablehnend. Er wünschte keinerlei Zusammenarbeit mit den Russen[20].

Indessen kam es in Frankreich zu einem ungewöhnlichen Vorgang von erheblicher Bedeutung für die Polen. General Tadeusz Kasprzycki, der polnische Kriegsminister, traf am 14. Mai in Paris ein mit der Absicht, militärische Pläne mit den Franzosen abzustimmen und umfangreiche finanzielle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ihm standen Botschafter Lukasiewicz und ein großer Stab polnischer Militärs bei seinen Verhandlungen zur Seite. Er hielt sich eine ganze Woche lang in Frankreich auf. Viele interessante Vorgänge standen mit diesem Besuch in Zusammenhang, doch das Ereignis war wohl General Gamelins Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Militärabkommens am 19. Mai 1939, das eine großangelegte militärische Offensive der Franzo-

sen gegen die Deutschen am fünfzehnten Tag einer allgemeinen französischen Mobilmachung nach einem deutschen „Angriff" auf Polen vorsah. Gamelin erzählte später in seinen Lebenserinnerungen, seine ursprüngliche Absicht habe sich darauf beschränkt, den Polen bekanntzugeben, daß die französische Armee mobilisiert und großenteils an der deutschen Grenze konzentriert werden würde. Nach einigen Tagen der Besprechungen mit den Polen kam er anscheinend zu der Überzeugung, daß Kasprzycki ihn nicht in Frieden lassen würde, ehe er nicht zu weitergehenden Verpflichtungen bereit sei. Bemerkenswert war die Tatsache, daß General Gamelin nach seiner Zusage an die Polen gar nicht daran dachte, wirklich einen Angriffsplan gegen die Deutschen zu entwerfen. Auch verstand er es, den Inhalt des Militärabkommens Außenminister Bonnet vorzuenthalten[21].

Bonnet seinerseits vermied erfolgreich und in bewundernswerter Weise, den Polen einen französischen Blankoscheck auszustellen. Bei einer Sitzung des französischen Kabinetts am 12. Mai 1939 hatte er seine Kollegen daran erinnert, daß sich der englische Blankoscheck vom 31. März nicht ausdrücklich auf Danzig bezöge. Die Polen forderten ein neues politisches Abkommen in Ergänzung des französisch-polnischen Bündnisses von 1921 und verlangten unnachgiebig das Einverständnis Frankreichs, Krieg zu beginnen, wenn Polen Danzigs wegen in einen Konflikt mit Deutschland geriete. Bonnet weigerte sich, darauf einzugehen und machte geltend, daß eine solche Verpflichtung Frankreich stärker exponieren würde als Großbritannien. Kasprzycki reiste am 21. Mai 1939 aus Frankreich ab, ohne daß es zur Unterzeichnung eines politischen Protokolls gekommen wäre[22].

Gamelin sicherte Kasprzycki zu, die militärischen Vereinbarungen hätten unabhängig von dem politischen Abkommen Gültigkeit. Doch als am 1. September 1939 der Krieg zwischen Deutschland und Polen endgültig begann, lieferte gerade das Fehlen des politischen Protokolls einen passenden Vorwand dafür, die militärische Verpflichtung zu ignorieren. Eine Erhöhung der geringen jährlichen Subvention an Polen in Höhe von 135 Millionen Franken gemäß dem Rambouillet-Abkommen von 1936 lehnten die Franzosen ab[23].

General Gauché, der Chef des französischen Zweiten Büros, erinnerte sich später, daß den meisten französischen Militärs damals die Polen durchaus zuwider waren. Die polnischen Militärs hatten an der angeblichen französischen Zaghaftigkeit im Jahre 1938 ungehemmt Kritik geübt und ihren gewohnten bombastischen Prahlereien gefrönt, Polen und Ungarn seien angeblich in der Lage, Deutschland

mit Erfolg die Vormachtstellung in Mitteleuropa streitig zu machen. Die polnische Schadenfreude über den Zusammenbruch des tschechischen Staates war der Aufmerksamkeit der französischen Militärs gewiß nicht entgangen. Sie kam ihnen unglaublich einfältig vor, denn jedes Kind hätte voraussehen können, daß zum mindesten einige deutsche Forderungen an Polen die Folge sein würden[24].

General Gauché selber kam zu dem Schluß, Frankreich sei aus mindestens drei verschiedenen Gründen berechtigt, seine Verpflichtungen gegenüber Polen nicht mehr anzuerkennen:

1. Die Polen hatten mit Deutschland den Pakt von 1934 abgeschlossen, ohne Frankreich zu konsultieren.
2. Die Polen hatten sich von Frankreichs tschechischem Verbündeten das Gebiet von Teschen und andere Bezirke angeeignet.
3. Polen hatte weiterhin das deutsche Protektorat in Böhmen-Mähren anerkannt, ohne Frankreich zu konsultieren.

Diese Argumente unterschieden sich zwar von dem Einwand, den vorher schon Professor Barthélemy erhoben hatte, wie auch von demjenigen, dessen sich später Außenminister Bonnet bediente, um zu rechtfertigen, daß Frankreich sich seinen Verpflichtungen gegenüber Polen entzog. Nichtsdestoweniger waren Gauchés Punkte eindrucksvoll und einleuchtend. Die französischen Militärs hatten sehr wenig Achtung vor den kriegerischen Fähigkeiten der Polen, und keiner von ihnen glaubte, daß die Polen einem deutschen Angriff erfolgreich standhalten könnten. Der unaufrichtigen militärischen Verpflichtung Frankreichs gegenüber den Polen im Mai 1939 lag offensichtlich die Annahme zugrunde, daß über Polen das Urteil ohnehin gesprochen sei und das französische Verhalten hieran in keiner Weise etwas ändern könnte[25].

Kerillis räumte zur Zeit des Kasprzycki-Besuchs ein, daß sich die französische Friedenspartei von Hitlers Vorgehen in Prag und besonders von der wütenden britischen Reaktion darauf rasch erhole. Am 15. Mai 1939 erklärte er in der Epoque, drei Schlagworte schienen im derzeitigen Frankreich alles andere zu übertönen:

1. Polen soll sich selbst um seine Angelegenheiten kümmern!
2. Nicht einen Tropfen Blut, es sei denn zur Verteidigung des französischen Imperiums.
3. Keine Beteiligung an einem Krieg als Verbündeter der Sowjetunion!

Kerillis widmete sich diesem bedeutenden Gegenstand abermals am 26. Mai 1939 in der Epoque. Fernand de Brinon hatte sein Amt als Vorsitzender des France-Germany-Committee angewidert niederge-

legt, als Hitler nach Prag gegangen war, und sich in ein einsames Pyrenäendorf zurückgezogen. Zwei Monate später jedoch behauptete Kerillis, die prodeutsche Partei sei wiederum im Vormarsch, nachdem sie einen zeitweiligen Rückgang erlitten habe. Die allgemeine Haltung der Friedensfreunde gebe ihr Auftrieb. Kerillis erinnerte daran, daß diese 1938 häufig damit argumentiert hätten, ein Krieg sei nicht ratsam, weil England in seiner Politik zu unsicher wäre und weil Frankreich praktisch alleinstünde. Die gleiche Gruppe mache nunmehr, im Mai 1939, geltend, die Engländer seien zu aggressiv und die Sowjetunion einerseits zu unerwünscht, andrerseits zu unberechenbar, um ein brauchbarer und geeigneter Verbündeter zu sein. Mit Widerwillen verzeichnete Kerillis, daß Paul Faure Blum seine Führerstellung in der sozialistischen Partei streitig mache und daß seine Opposition auf rein pazifistischer Grundlage beruhe.

Kerillis räumte ein, daß die meisten Franzosen im Mai 1939 immer noch zur Beschwichtigung Deutschlands neigten. Das traf ohne Zweifel zu, und diesem Empfinden hatte Marcel Déat am 4. Mai 1939 in einem Aufsatz im Oeuvre sehr schönen und beredten Ausdruck gegeben: Non pas cela, mourir pour Dantzig! (Aber nicht für Danzig sterben!). Déat genoß damals den höchsten Ruf als asketischer, hingebender und aufrichtiger Führer der Friedenskräfte innerhalb und außerhalb der neosozialistischen Bewegung, und Claude Varennes, einer seiner Biographen, hatte zweifellos recht, als er in späteren Jahren bemerkte, „Mourir pour Dantzig" wäre der berühmteste Zeitungsartikel gewesen, der von 1919 bis 1939 in einem westlichen Land veröffentlicht worden sei. Déat hatte den britischen Staatsmännern nachhaltig das Recht bestritten, Franzosen für den polnischen Chauvinismus sterben zu heißen.

Die Strömung in Frankreich wandte sich mächtig gegen einen Krieg mit Deutschland, aber Kerillis hielt noch einen wichtigen Trumpf in der Hand. Die Engländer wollten Krieg mit Deutschland und hatten in den letzten Jahren mit beträchtlichem Erfolg den Franzosen ihre Politik vorgeschrieben. Die Betonung der Notwendigkeit, das französische Imperium zu verteidigen, stärkte natürlich das gewohnte Verlangen, sich britischen Wünschen anzupassen, obgleich, wie Tardieu richtig bemerkte, den Engländern in Frankreich nie wirkliche Zuneigung entgegengebracht worden war. Der Gedanke, die Engländer zu Feinden zu haben, flößte den meisten Franzosen Schrecken ein. Die Engländer könnten mit Billigung der Vereinigten Staaten Frankreich seiner Kolonien zu berauben suchen.

Jedermann erinnerte sich aus seinen Schulbüchern, daß die Engländer 1763 fast das gesamte erste Kolonialreich Frankreichs konfisziert hatten, mit Ausnahme weniger, winziger und verhältnismäßig unbedeutender Kolonien. Es war kennzeichnend für die Nachdenklichen unter den Franzosen, wenn Bonnet hoffte, Frankreich könne einen Krieg vermeiden, ohne seine engen Bindungen an die Engländer aufzugeben. Dieser Hoffnung wurde jedoch durch Halifax' Kriegspolitik zunehmend, wenn nicht gar völlig der Boden entzogen. Die Engländer selbst waren am Schicksal der Polen offensichtlich nicht wesentlich interessiert. Die Sondermission des Obersten Adam Koc, der im Juni 1939 nach England kam, um die Gewährung einer großzügigen Wirtschaftshilfe für Polen zu erlangen, blieb erfolglos. Die Engländer boten einen Kredit von acht Millionen Pfund Sterling mit der Auflage, die Polen hätten mit diesem Kredit ihre sämtlichen Munitionskäufe ausschließlich im Vereinigten Königreich zu tätigen, und sie erwarteten sogar, daß die Franzosen zu dieser erbärmlichen Anleihe einen Anteil beisteuerten. Im Rahmen dieses Abkommens gelangte vor Kriegsausbruch kein britisches Material nach Polen[26].

Am 22. Mai 1939 wurde ein förmliches deutsch-italienisches Bündnis, der sogenannte Stahlpakt, geschlossen. Die Italiener beeilten sich jedoch, Bonnet zu versichern, ihr Land habe nicht die Absicht, sich in einen Konflikt mit Frankreich hineinziehen zu lassen. Mussolini sandte Senator Puricelli in einer Sondermission nach Paris, um Bonnet davon zu unterrichten, der Pakt enthalte eine Geheimklausel, die bestimme, daß der casus foederis innerhalb der nächsten drei Jahre nicht einträte. Mit andern Worten, wenn sich Deutschland vor dem Mai 1942 an einem Krieg beteilige, würden sich die Italiener angeblich nicht zur Hilfeleistung verpflichtet sehen. Bonnet dankte dem italienischen Emissär für diese entscheidend wichtige Nachricht und versicherte, für die Dauer der deutsch-polnischen Krise in enger Fühlung mit Italien bleiben zu wollen[27].

Bonnet hatte Puricelli unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf empfangen, wo er mit Halifax und Iwan Maisky, dem sowjetischen Botschafter in Großbritannien, ein äußerlich befriedigendes Gespräch geführt hatte (Maisky wurde später unter Molotow stellvertretender Außenkommissar). Die Verhandlungen über ein dreiseitiges Bündnis waren auf viele Schwierigkeiten gestoßen, doch hatte Maisky am 21. Mai 1939 bei Bonnet und Halifax den irreführenden Eindruck erweckt, als würde Stalin nicht auf sogenannte Garantien für benachbarte Staaten gegen deren ausdrücklichen Wunsch bestehen. Das hätte

den seinerzeitigen Haupteinwand der Engländer gegen den sowjetischen Standpunkt aus dem Weg geräumt, und Maiskys Erklärung schien darauf zu deuten, daß der Abschluß eines Dreiervertrages in naher Zukunft möglich sei[28].

Molotows Rede vom 31. Mai 1939 machte Bonnets Hoffnungen zunichte. Der sowjetische Außenkommissar betonte die Notwendigkeit, daß die Dreiermächte ihre gegenseitigen Garantien auf die Staaten an der russischen Westgrenze ausdehnten, ohne Rücksicht auf die Wünsche dieser Staaten, und daß Sowjetrußland entsprechende Vorkehrungen außer einer erfolgreichen militärischen Zusammenarbeit und Planung fordere, bevor irgendein Vertrag unterzeichnet werde. Molotow übte in seiner Rede besonders an Finnland Kritik. Die Sowjetunion hatte seit April 1938 die Finnen erfolglos zu überreden versucht, Grenzveränderungen und die Errichtung sowjetischer Stützpunkte auf finnischem Gebiet zu akzeptieren[29].

Molotow unterbreitete am 2. Juni 1939 einen förmlichen Plan, der auf der heimtückischen sowjetischen Lehre vom indirekten Angriff beruhte. Diese ließ sich auf jede beliebige innere Veränderung in den Nachbarstaaten an der Westgrenze Rußlands anwenden. Solche Veränderungen brauchten in keinem Zusammenhang mit der Außenpolitik zu stehen, und praktisch würde es der Sowjetunion freistehen, unter beliebigem Vorwand bei ihren Nachbarn zu intervenieren. Stalin und Molotow waren in diesem Punkt unnachgiebig und wollten ihre Lehre zugunsten von (das heißt gegen) Finnland, Estland, Lettland, Polen und Rumänien anwenden. Die Unvereinbarkeit der sowjetischen Lehre mit der englisch-französischen Garantie für Rumänien vom 13. April lag völlig offen zutage. Bonnet sah auch deutlich, daß die Engländer es sich lange überlegen würden, den russischen Bedingungen zu entsprechen. Bonnet seinerseits war vor allem daran gelegen, einem Krieg um Polens willen aus dem Weg zu gehen und die englisch-französischen Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen. Er unterrichtete den französischen Botschafter Paul-Emile Naggiar in Moskau, die Franzosen würden gegen die Formel Molotows keine Einwände erheben, vorausgesetzt, daß die Engländer sie akzeptierten[30].

William Strang, der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung des britischen Außenamtes, traf am 14. Juni in Moskau ein. Halifax hatte ihn gesandt, um dem britischen Botschafter Sir William Seeds bei den Verhandlungen mit Molotow zur Seite zu stehen. Strang verübelte Naggiar seinen bereitwillig geäußerten Verdacht, den Engländern wäre gar nicht ernstlich an einem Abkommen mit der Sowjetunion gelegen.

Doch hätte der britische Diplomat einsehen müssen, daß intelligente Franzosen nach der britischen Polengarantie kaum anders denken konnten. Molotow ließ Strang am 17. Juni nicht darüber im ungewissen, daß die Sowjetunion von den Engländern die Annahme ihrer Formel vom indirekten Angriff erwarte. Strangs Weisungen erlaubten ihm nicht, dieser Erwartung zu entsprechen, und so zogen sich die folgenden Verhandlungen über einen Monat lang hin, wobei sich die Engländer dem sowjetischen Standpunkt widerstrebend Schritt für Schritt in einer Weise näherten, die Strang als demütigend ansah[31].

Parwan Dragonow, der bulgarische Gesandte in Berlin, teilte den Deutschen am 15. Juni vertraulich mit, die Russen würden in Wirklichkeit eine friedliche Verständigung mit Deutschland einem Bündnis mit England vorziehen. Dragonow stand stets in engem Kontakt mit den Sowjetdiplomaten und wurde in der Wilhelmstraße sehr ernstgenommen. Mussolini hatte tags zuvor in Rom dem deutschen Botschafter Mackensen gegenüber geäußert, ein deutsch-sowjetisches Abkommen würde sowohl für Italien als auch für Deutschland selbst von Vorteil sein. Der Duce bezweifelte, daß England und Frankreich ohne Unterstützung durch die Sowjetunion gegen Deutschland vorgehen würden. Es widerstrebte Hitler, eines solchen Abkommens wegen an die Sowjetunion heranzutreten, aber nach mehrwöchigem Zögern entschloß er sich zu einem Versuch in dieser Richtung. Diese Entscheidung war ihm eindeutig von der britischen Einkreisungspolitik aufgezwungen worden[32].

In Paris veranlaßte die zunehmende Agitation für eine Rückkehr zur Politik einer deutsch-französischen Zusammenarbeit Premierminister Daladier zu einer alarmierenden Rede. Sie leitete eine kurze, (ähnlich wie im Sommer 1789) als die Peur bekannte Periode ein. Daladier erklärte vor der Deputiertenkammer am 27. Juni 1939, Frankreich sei von einem „Netzwerk" der Achsenpropaganda überzogen und zwei französische Journalisten seien bereits verhaftet worden, „weil sie deutsche Gelder entgegengenommen" hätten. Insgeheim hatte man sich entschlossen, Otto Abetz, den bekannten deutschen Fürsprecher einer deutsch-französischen Aussöhnung, am 1. Juli 1939 des Landes zu verweisen. Durch Bonnet gewarnt, reiste er am 30. Juni freiwillig ab. Robert Brasillach, ein glänzender Schriftsteller und Herausgeber von Je Suis Partout, sowie Pierre Gaxotte, sein Hauptschriftleiter, wurden am 15. Juli 1939 unter der Anschuldigung, für Hitler einzutreten, in Haft gesetzt. Wenige Tage später folgte die Verhaftung Léon Poiriers, dessen Beiträge im Figaro erschienen, und Pierre Aubins, eines

der Herausgeber des halbamtlichen Temps. Der Pariser Korrespondent des Giornale d'Italia wurde aufgefordert, Frankreich zu verlassen[33].

Humanité und Epoque wetteiferten miteinander im Abdrucken von Schmähartikeln über Franzosen, die für Frieden und Freundschaft mit Deutschland eintraten. Die Freunde der französischen Opfer sahen ein, daß es zwecklos wäre, gerichtlich gegen Reynauds Freund, den einflußreichen Kerillis, vorzugehen, aber sie reichten am 23. Juli 1939 Verleumdungsklage gegen Henri Sampaix, einen führenden Schmähartikelschreiber der Humanité, ein. Sampaix wurde jedoch am 28. Juli freigesprochen, und die Kriegspartei triumphierte. Es wurde selbst in Frankreich ausgesprochen gefährlich, für den Frieden einzutreten. Kerillis hatte am 3. Juli 1939 in der Epoque verkündet, ein Ausweisungsbefehl für Abetz genüge nicht. Er betrieb eine Kampagne, jedermann in Frankreich zu verhaften, der sich einem Krieg gegen Deutschland Polens wegen tätig widersetze[34].

Daladier bedauerte bald sein Vorgehen gegen Abetz, dessen französische Bekannte den Premier davon überzeugen konnten, daß die Anschuldigungen gegen Ribbentrops Freund völlig unzutreffend waren. Der Premier gab am 15. Juli 1939 sogar ein besonderes Kommuniqué heraus, Abetz habe sich keine Spionagetätigkeit zuschulden kommen lassen. Er fügte hinzu, die Abreise Abetz' am 30. Juni habe die Ausstellung eines amtlichen Ausweisungsbefehls verhütet. Abetz legte dies natürlich als eine Einladung zur Rückkehr nach Frankreich aus. Seine französischen Bekannten, darunter Senator Henry Haye, der Bürgermeister von Versailles, bereiteten sich vor, ihn als Helden zu begrüßen. Abetz beabsichtigte ernstlich, nach seiner Ankunft in Paris eine Beleidigungsklage gegen Kerillis einzureichen, und er besprach sein Vorhaben mit Ribbentrop. Der deutsche Außenminister veranlaßte Abetz klugerweise, davon lieber abzusehen. War doch auch kaum anzunehmen, daß die französischen Behörden Abetz erlauben würden, in das Pariser Rampenlicht zu treten, während sich Deutschland und Frankreich noch in einer schweren diplomatischen Krise gegenüberstanden. Abetz betonte jedoch, seine Anwesenheit in Paris werde dazu beitragen, daß sich die kriegsfeindlichen Kräfte zusammenscharten, und Ribbentrop gab schließlich seine Zustimmung zu Abetz' Rückkehr. Es war ein verlorenes Gefecht, denn die französischen Behörden hielten Abetz am 2. August in Belfort auf und bestanden darauf, daß er nach Deutschland zurückkehre[35].

Die deutsche Minderheit in Polen war nach der Beck-Rede vom 5. Mai 1939 schweren Verfolgungen ausgesetzt. Der polnische Pre-

mierminister Slawoj-Skladkowski ließ zu, daß die örtlichen Behörden zahlreiche Deutsche unter nichtigen Beschuldigungen verhafteten, und es kam zu häufigen Gewalttätigkeiten des Pöbels, bei denen deutsches Eigentum zerstört und das Leben der Deutschen bedroht wurde. Es kam auch zu Zwischenfällen zwischen den Polen und den deutschen Einwohnern Danzigs, und die Haltung, die der polnische Hohe Kommissar Chodacki einnahm, zeugte von besonderer Streitsucht und Anmaßung. Die Bemühungen von Albert Forster, dem örtlichen nationalsozialistischen Parteiführer, und Artur Greiser, dem Danziger Senatspräsidenten, im Juli 1939 auf Anordnung Hitlers eine Entspannung mit Polen herbeizuführen, blieben ohne Erfolg. Polen errichtete am 1. August 1939 überraschend eine Zollschranke gegen die Einfuhr Danziger Erzeugnisse, obwohl Danzig innerhalb des polnischen Zollgebiets lag und eigentlich bei den Polen Freihandelsvorrechte zu beanspruchen hatte. Die französischen diplomatischen Vertreter in Danzig stellten mit einer gewissen Schadenfreude fest, daß englische und holländische Kapitalanlagen von der polnischen Maßnahme besonders schwer betroffen würden. So gehörte zum Beispiel das riesige Margarinewerk Amada Unida in Danzig solchen ausländischen Finanziers, und der größte Teil des Margarinehandels wurde mit Polen abgewickelt[36].

Die wirtschaftliche Benachteiligung Danzigs durch Polen verstärkte natürlich die Erbitterung der Danziger Bevölkerung gegen die übereifrigen polnischen Zollbeamten in der Freien Stadt. Ein Leitartikel des privaten Danziger Vorposten regte an, Danzig solle sich den Anordnungen der polnischen Zollbeamten an der ostpreußischen Grenze widersetzen. Erst dann werde ein freier Warenaustausch mit Deutschland über die verbotene Grenze hinweg möglich sein. Diese Anschauung entsprach nicht dem Standpunkt der Behörden. Beck erlaubte jedoch Chodacki am 4. August 1939, diesen Zeitungsartikel zum Anlaß eines polnischen Ultimatums an Danzig zu nehmen.

Chodacki teilte den Danziger Behörden am 5. August im Laufe des Vormittags mit, die Danziger Grenzen würden noch am gleichen Tage ab 6.00 Uhr nachmittags für sämtliche Nahrungsmitteleinfuhren gesperrt werden, wenn sich die sogenannte Freie Stadt nicht neuen polnischen Vorschriften unterwerfe. Chodacki gab bekannt, die polnischen Zollbeamten, deren Zahl während der vergangenen zehn Jahre mehr als vervierfacht worden war, würden bei ihrem Dienst voll bewaffnet sein und die Uniform des regulären polnischen Heeres tragen. Die Danziger Behörden würden angewiesen, zuzugestehen, daß diese

Beamten nicht den ortsgültigen Gesetzen unterworfen sein sollten und die Ortsbehörden sich auch sonst in keiner Weise in ihre Tätigkeit einmischen dürften. Das polnische Ultimatum verlangte im Grunde, Danzig solle die Zollbeamten als eine reguläre militärische Besatzungstruppe hinnehmen[37].

Es war eine Herausforderung, daß Chodacki diesen Schritt tat, ohne den Hohen Kommissar des Völkerbundes, Burckhardt, vorher auch nur davon zu unterrichten. Diesem wurde erst am 6. August von dem polnischen Vorgehen amtlich Kenntnis gegeben. Burckhardt nahm Anstoß an der herausfordernden Art und Weise, in der die Polen ihre vertraglichen Rechte in Danzig rücksichtslos überschritten hatten (natürlich hatten sie das schon seit Jahren getan und das illegale polnische Waffenlager auf der Westerplatte in Danzig war ein Beispiel dafür). Zu dem Zeitpunkt, da die Polen Burckhardt unterrichteten, hatten sich jedoch die Danziger auf direkte Weisung Hitlers hin bereits unterworfen[38].

Hitler riet die Unterwerfung an, weil er immer noch hoffte, einen Krieg mit den Polen vermeiden zu können, aber die Erbitterung der Deutschen über die polnischen Praktiken war leidenschaftlich. Am 9. und 10. August folgte zwischen Deutschland und Polen ein wütender Notenaustausch. Deutschland hatte gegen die Behandlung Danzigs durch Polen protestiert, doch die Polen erwiderten, eine weitere deutsche Einmischung zugunsten Danzigs, auch ein Verbalprotest, werde als deutsche Angriffshandlung angesehen werden. Es war unwahrscheinlich, daß die provokatorische polnische Politik gegenüber Danzig von Hitler auf unbegrenzte Zeit geduldet oder der Ausbruch offener Feindseligkeiten in der sogenannten Freien Stadt noch längere Zeit vermieden werden könnte[39].

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich andernorts schon eine bedeutende, neue Entwicklung angebahnt. Hitler hatte schließlich zugestimmt, der deutsche Botschafter Schulenburg in Moskau könne die Russen dahin informieren, daß Deutschland, als Gegenleistung für ein neutrales Verhalten der Sowjets in einem möglichen deutsch-polnischen Krieg, gegenüber den bekannten sowjetischen Bestrebungen im baltischen Raum eine tolerante Haltung einnehmen werde. Ribbentrop ließ am 29. Juli 1939 die notwendigen Weisungen nach Moskau ergehen. William Strang, der britische Sonderbevollmächtigte, war soeben aus Moskau abgereist. Halifax hatte ihm schließlich doch gestattet, im wesentlichen Kern die berüchtigte Molotow-Doktrin von der indirekten Aggression anzuerkennen, während die Frage eines praktischen

militärischen Zusammenwirkens der Sowjetunion mit den Westmächten ungelöst blieb. Die Engländer und Franzosen kamen überein, ihre Militärmissionen zu Verhandlungen nach Moskau zu senden. Diese Missionen trafen jedoch erst am 10. August 1939 nach einer langen Seereise über die Nord- und Ostsee in der sowjetischen Hauptstadt ein. Bonnets einleitende Bemühungen, diese Gespräche vorzubereiten, indem man die polnische Zustimmung zur Beteiligung sowjetischer Truppen an der Verteidigung Polens bekam, hatten keine Ergebnisse gezeitigt[40].

Während des ganzen Monats Juli 1939 war Bonnet pessimistisch gestimmt. Auch ein Parisbesuch seines Berliner Freundes Sir Nevile Henderson vermochte ihn nicht aufzuheitern. Bonnet und Henderson waren sich einig, daß Halifax' Politik, die Polen anzuspornen, äußerst gefährlich und daß der Frieden auf das schwerste bedroht sei. Das Schlimmste daran war, daß Bonnet nicht wußte, wie er Abhilfe schaffen könne. Nach seiner Unterhaltung mit Henderson sagte er zu Daladier, er werde lieber zurücktreten, als Frankreich in den Krieg führen, ja, er würde sogar sofort zurücktreten, wenn der Premier glaube, daß ein Krieg unvermeidlich sei. Aber Daladier gab Bonnet zur Antwort, er hoffe ganz im Gegenteil auf eine friedliche Regelung mit Deutschland, und, um sie erreichen zu können, rechne er fest mit seinem Außenminister. Daladier hob mit Nachdruck hervor, daß Bonnets Rücktritt für ihn eine schwere Enttäuschung sein würde. Daladiers disziplinierte Haltung richtete Bonnet wieder auf, so daß er im Amt zu bleiben und ein neues Programm zur Rettung des Friedens zu entwerfen versprach. Als die französische und die britische Militärmission in Moskau eintraf, hatten seine jüngsten Ideen zu diesem Thema ihre endgültige Form gefunden[41].

Bonnet standen drei wesentliche Schritte vor Augen, um eine diplomatische Regelung zu erreichen:

1. Abschluß eines dreiseitigen Paktes in Moskau, der Frankreich eine starke Stellung verschaffen würde
2. Ausübung starken Drucks auf Warschau (keine polnischen Ultimaten mehr an Danzig!) zugunsten vernünftiger Zugeständnisse an Deutschland
3. Bestärkung Mussolinis, einen neuen diplomatischen Schritt Italiens im Sinne einer friedlichen Regelung einzuleiten.

Die unmittelbar zu lösende Aufgabe war ein erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen mit den Sowjets, bevor die Polen und die Deutschen in einen bewaffneten Konflikt miteinander gerieten[42].

Das erste offizielle Treffen Marschall Woroschilows und der sowjetischen militärischen Berater mit den Engländern und Franzosen fand am 12. August 1939 statt. Woroschilow brachte seine Mißbilligung über die unzureichenden britischen Vorbereitungen für ein Expeditionskorps im Kriegsfall zum Ausdruck. Die britischen Staatsmänner wollten unverkennbar nicht im gleichen Maße das Leben britischer Soldaten in den Schützengräben opfern wie im Ersten Weltkrieg 1914—18. In England war im April 1939 die Wehrpflicht verkündet worden. Das erste Kontingent von 200 000 Wehrpflichtigen wurde im Juni 1939 zu den Fahnen gerufen. Im Juli hatten die Engländer jedoch nur weitere 34 000 Mann eingezogen. Die französischen Militärs verabscheuten diese britische Politik im gleichen Maß wie ihre russischen Kollegen[43].

Die entscheidende Sitzung mit den Russen fand am 14. August 1939 statt. Woroschilow warf die Frage möglicher militärischer Operationen der Sowjets in Polen und Rumänien auf und bestand darauf, daß diese Frage geklärt werden müsse, ehe man irgendwelche militärischen Absprachen mit den Westmächten treffen könne. Vergebens wandte General Doumenc, der Leiter der französischen Mission, ein, Polen und Rumänien würden zweifellos, falls sie angegriffen würden, um sowjetische Hilfe nachsuchen. Woroschilow gab zur Antwort, ihm sei an Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen gelegen. Bloße Mutmaßungen über ein Nachsuchen um sowjetische Hilfe seien unbefriedigend. Die Sowjetunion bestehe auf Zusicherung militärischer Interventionen in Polen wie in Rumänien. Das sei die erste Voraussetzung für jedes Abkommen. General Doumenc war äußerst beunruhigt. Er wußte, daß es General Musse, dem französischen Militärattaché in Warschau, nicht gelungen war, Marschall Rydz-Smiglys Einverständnis für eine sowjetische Intervention in Polen zu bekommen. Admiral Drax, der Leiter der britischen Mission, äußerte sich zustimmend. Woroschilow habe damit die Frage aufgeworfen, die für den Erfolg oder Mißerfolg der Besprechungen entscheidend sei. Die Engländer und Franzosen wußten nicht, daß die Sowjetrussen Deutschland am 12. August 1939 insgeheim mitgeteilt hatten, sie hielten einen Vertrag mit Hitler für vorteilhafter als ein Bündnis mit England und Frankreich. Das polnische Ultimatum an Danzig dürfte dabei der entscheidende Faktor gewesen sein, der die sowjetischen Politiker veranlaßte, Deutschland diesen Aufschluß bereits so früh zu geben[44].

Die Nachricht von der Stellungnahme Woroschilows in den Moskauer Besprechungen ging Bonnet am 15. August 1939 um 5.00 Uhr früh zu. Der französische Außenminister nahm mit dem polnischen

Botschafter Lukasiewicz Fühlung, der sich am Strand der Bretagne aufhielt. Der guterholte und sonnengebräunte polnische Botschafter traf noch am gleichen Nachmittag in Paris ein. Bonnet erläuterte kurz, es sei wesentlich, daß die Polen die sowjetischen Bedingungen annähmen. Statt einer Antwort bekam er aber die dreiste Frage zu hören: „Was würden Sie sagen, wenn wir Sie ersuchten, Elsaß-Lothringen von den Deutschen beschützen zu lassen?"

Bonnet erklärte, Polen befände sich in einer anderen Situation als Frankreich. Dieses besitze eine starke Verteidigungsstellung, Polen dagegen sei außerordentlich verwundbar. Bonnet gab eine vertrauliche Mitteilung Burckhardts, des Hohen Völkerbundskommissars in Danzig, preis. Dieser hatte Hitler am 11. August aufgesucht, und der deutsche Kanzler hatte vorausgesagt, das Reich könnte Polen binnen drei Wochen schlagen. Bonnet war geneigt, diese Vorhersage für richtig zu halten, doch Lukasiewicz rief aus: „Im Gegenteil, das polnische Heer wird vom ersten Tag an in Deutschland eindringen!"

Bonnet erkannte mit Entsetzen, daß die leidenschaftliche Verblendung des polnischen Diplomaten einen erfolgreichen Appell an die militärische Logik von vornherein ausschloß und versuchte es mit einem anderen Argument. Er bemerkte, ein Krieg könne wahrscheinlich vermieden werden, wenn es zum Abschluß des Dreierpakts in Moskau käme. Er entdeckte jedoch, daß diese Überlegung Lukasiewicz unbeeindruckt ließ. Im Unterschied zu Bonnet war dem polnischen Diplomaten die Aussicht auf Krieg durchaus willkommen.

Lukasiewicz zeigte sich bestenfalls bereit, Bonnets Stellungnahme nach Warschau zu übermitteln. Der französische Außenminister gab sich jedoch damit nicht zufrieden. Er schickte Noël zwei ausführliche Depeschen. Sie enthielten die denkbar besten Argumente für eine militärische Zusammenarbeit Polens mit der Sowjetunion. Auch drängte Bonnet die Engländer, Druck auf Warschau auszuüben. Halifax schickte entsprechende Instruktionen an Kennard in Polen, doch verlieh er der Sache weit weniger Nachdruck als Bonnet. Kennard lehnte es ab, sich energisch hinter Bonnets Bemühungen zu stellen. Der krasse Gegensatz zwischen der Haltung Kennards und der Haltung Noëls entging der Aufmerksamkeit Becks nicht. Noël berichtete am 18. August 1939 nach Paris, seine Versuche, die unversöhnliche polnische Haltung zu mäßigen, seien fehlgeschlagen[45].

Premierminister Daladier war erzürnt. Er wußte, daß die Polen die Verhandlungen mit den Russen bewußt sabotierten. Am 18. August 1939 sagte er dem amerikanischen Botschafter Bullitt, er werde nicht

einen einzigen französischen Bauern hinausschicken, um sein Leben für Polen zu opfern, falls die Polen sich weigerten, sowjetische Hilfe anzunehmen. Der amerikanische Botschafter, der Präsident Roosevelts Hoffnung auf einen Krieg teilte, war über diese Erklärung sehr beunruhigt[46].

General Doumenc sandte am 19. August 1939 seinen Adjutanten, Hauptmann Beauffre, nach Warschau. Vergeblich bemühte sich Beauffre bei Marschall Rydz-Smigly um polnische Zugeständnisse an die Sowjetunion. Der Marschall erklärte: „Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren, aber mit den Russen würden wir unsere Seele verlieren."

Rydz-Smigly ließ sich nicht davon abbringen, daß eine polnische Genehmigung für den Einmarsch russischer Truppen die Bolschewisierung Polens bedeuten würde. Man durfte sich mit Recht fragen, warum die Polen angesichts dieser angeblich größeren Bedrohung durch die Sowjets das großzügige deutsche Garantieangebot der polnischen Grenzen von 1919 abgelehnt hatten. Diese Garantie hätte Polen ausreichende Sicherheit gegeben. Die nach allen Seiten hin unversöhnliche Haltung der Polen konnte dagegen nur geradeswegs zum Zusammenbruch ihres Landes führen. Dieser selbstmörderische Zug in der polnischen Einstellung war sehr zu bedauern[47].

Die Moskauer Verhandlungen wurden vom 17. auf den 21. August vertagt. Doumenc wußte, daß bei Wiederaufnahme der Besprechungen ein Eingehen auf die sowjetischen Forderungen unerläßlich sein würde. Er empfahl Bonnet, am 19. August die Genehmigung zu erteilen, daß Frankreich auch ohne polnische Zustimmung ein Abkommen über die Sowjetoperationen in Polen abschließe. Bonnet sah die Gefahren, die in einem solchen Schritt lagen. Die Polen könnten sogar die französische Beteiligung an einem solchen Abkommen als feindlichen Akt auslegen. Am 20. August beschloß er, mit Noëls Hilfe einen letzten Versuch zu einer Einflußnahme auf die Polen zu machen. Auch diesmal erhielt Noël von Kennard keine Unterstützung, und so blieb Beck unzugänglich. Daladier und Bonnet entschlossen sich daraufhin, Doumencs Rat zu befolgen. Strang in London wurde von dem französischen Beschluß Kenntnis gegeben. Die Beamten des britischen Außenamtes fanden eine Reihe von Gründen, um dem französischen Vorgehen nicht entgegentreten zu müssen. Frankreich und Polen seien schon seit Jahren Verbündete, und vielleicht hätten die Franzosen auf irgendwelchen dunklen Wegen ermittelt, daß die Polen das Zustandekommen einer Abmachung wünschten, ohne ihre ausdrückliche Zu-

stimmung geben zu müssen. Halifax akzeptierte diesen heillosen Unsinn als angemessene Erklärung[48].

Bonnets Ermächtigung erreichte Doumenc in Moskau vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen am Nachmittag des 21. August nicht mehr. Woroschilow erteilte den französischen und englischen Offizieren eine strenge Lektion, weil sie nach Moskau gekommen seien, ohne sich auf die von den Russen aufgeworfenen, lebenswichtigen Fragen vorzubereiten. Als die Vertreter der Westmächte die Sitzung verließen, ersahen sie aus den Zeitungen, die auf der Straße verkauft wurden, daß die Sowjetunion mit Deutschland einen Nichtangriffspakt abschließen wolle. Die Dreierverhandlungen waren gescheitert[49].

Dem Moskauer Fiasko war ein anderer, aufsehenerregender diplomatischer Vorgang unmittelbar voraufgegangen. Der italienische Außenminister Ciano hatte Hitler am 13. August 1939 in Berchtesgaden fest zugesagt, Italien werde Deutschland im Falle eines Konfliktes unterstützen, doch Bernardo Attolico, der italienische Botschafter in Deutschland, eilte nach Rom, wo es ihm gelang, Mussolini und Ciano zu überreden, Hitler entgegen dieser italienischen Zusage nicht zu unterstützen. Noch schlimmer, die Italiener beschlossen, den Engländern ihre neue Entscheidung gegen eine Intervention bekanntzugeben, Hitler dagegen nicht. Bonnet hatte natürlich im Mai 1939 eine Zusicherung der Italiener erhalten, sie würden innerhalb der nächsten drei Jahre Deutschland in einem Krieg nicht unterstützen, doch war er im August 1939 der italienischen Haltung nicht mehr sicher (mit gutem Grund, wie Cianos Versprechen vom 13. August gegenüber Hitler zeigt). Nach Abschluß des aufsehenerregenden deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes hätte ohne Cianos jüngste Indiskretion Bonnet mit einer italienischen Unterstützung Deutschlands gerechnet[50].

Später stellte sich heraus, daß dieser falsche Schritt Cianos in letzter Minute mehr als alles andere dazu beitrug, einen neuen, allgemeinen europäischen Krieg unvermeidlich zu machen. Am 18. August hatte Ciano dem britischen Botschafter, Sir Percy Loraine, diese Mitteilung gemacht, Italien werde Deutschland im Kriegsfall nicht unterstützen. Diese Zusage sollte unabhängig davon gelten, wen für einen etwaigen Konflikt die Verantwortung treffe. Die Engländer zögerten nicht, den Franzosen von der italienischen Enthüllung Mitteilung zu machen, da sie damit rechneten, daß dies die Franzosen zur Intervention zugunsten Polens ermutigen werde.

Halifax setzte Italien nach Erhalt des unzweideutigen, neuen italienischen Versprechens weiterhin schwerem Druck aus. Er ließ die Italie-

ner warnen, falls sie versäumen sollten, sich beim Ausbruch von Feindseligkeiten öffentlich zu einer neutralen Haltung zu bekennen, würden die Engländer dies im Kriegsfall zum Anlaß nehmen, ihre militärischen Anstrengungen in erster Linie gegen Italien statt gegen Deutschland zu richten. Diese demütigende Drohung und die Aussichtslosigkeit, den Hauptstoß der überlegenen britischen Seemacht abwehren zu können, erschreckten die Italiener sehr[51].

Ribbentrop trat am 23. August 1939 mit einem Stab von zweiunddreißig Experten seine Flugreise nach Moskau an. Er konnte nicht wissen, daß sein Schritt durch die italienische Indiskretion viel von seiner überraschenden Wirkung eingebüßt hatte (die Deutschen hatten fünf Tage nach Cianos Mitteilung an Loraine immer noch keine Vorstellung, was geschehen war). Der Pakt mit der Sowjetunion wurde in der Nacht unterzeichnet, nachdem Hitler Ribbentrop fernmündlich ermächtigt hatte, sowjetische „Sonderinteressen" in Finnland, Estland, Lettland, im rumänischen Bessarabien und in Ostpolen anzuerkennen. Es war klar zu erkennen, daß die Russen die Hauptnutznießer jedes deutsch-polnischen Konfliktes sein würden[52].

Am 23. August machte Bonnet die allergrößten Anstrengungen, Frankreich aus seinen verhängnisvollen Verpflichtungen gegenüber Polen zu lösen. Er bewog Premier Daladier, eine dringende Sondersitzung des französischen Verteidigungsrats einzuberufen. Bonnet erwartete natürlich, General Maurice Gamelin, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, werde seine Erklärung vom 13. März 1939 wiederholen, daß die Voraussetzungen für eine bewaffnete Intervention Frankreichs in Mitteleuropa ungünstig seien. Es gelang Bonnet, Georges Mandel, den Kolonialminister, von dieser Sitzung auszuschließen, obwohl dieses Kabinettsmitglied in der Regel an allen Sitzungen des Verteidigungsrates teilnahm. Der französische Außenminister wußte, daß die Abwesenheit der Sprecher der Kriegspartei (Reynaud, Zay und Champetier de Ribes nahmen keine Positionen im Kabinett ein, die sie zur Teilnahme an einer Sitzung des Verteidigungsrats berechtigt hätten) es ihm erleichtern würde, die Versammlung zu beherrschen[53].

Die Sondersitzung des Verteidigungsrats unter Vorsitz des Premierministers Daladier begann am 23. August um 6.00 Uhr nachmittags. Anwesend waren Bonnet, der Marineminister Cesar Campinchi, der Luftfahrtminister Guy La Chambre, der Armeeoberbefehlshaber General Gamelin, der Marineoberbefehlshaber Admiral Darlan und der Luftwaffenoberbefehlshaber General Vuillemin. Daladier bat Bonnet,

seine Ansichten darzulegen. Der französische Außenminister erklärte, die Polen seien schuld an dem Scheitern der Gespräche mit den Russen. Die Russen seien aber nicht weniger Verbündete Frankreichs als die Polen. Diese Tatsache hätten die letzteren unberücksichtigt gelassen, und er sei der Auffassung, ihre Obstruktion berechtige Frankreich, Polen jede militärische Unterstützung zu entziehen. Mit andern Worten, vom diplomatischen Standpunkt aus stünde es Frankreich frei, zwischen den beiden Möglichkeiten zu wählen und Polen entweder zu unterstützen oder ihm diese Unterstützung zu entziehen. Bonnet gab der Überzeugung Ausdruck, daß bei der Wahl, die Frankreich zu treffen habe, militärische Überlegungen den Ausschlag geben sollten[54].

Bonnet erwartete natürlich, daß eine militärische Lageanalyse durch General Gamelin eine starke Stützung seiner eigenen Einstellung gegen die Polen bedeuten würde. So forderte er den französischen Armeeoberbefehlshaber auf, seine Ansichten darzulegen, und war überrascht, Gamelin sagen zu hören, die militärische Lage Frankreichs sei günstig. Gamelin wie auch Darlan betonten in der anschließenden Aussprache, die italienische Neutralität sei eine neue Tatsache von größter Tragweite. Sie räumten ein, die Niederlage Polens gegen Deutschland sei zwar unvermeidlich, aber, so behaupteten sie, die Deutschen würden vor 1940 nicht in der Lage sein, einen Großangriff auf Frankreich zu eröffnen. Sie führten aus, die Stellung Frankreichs würde bis dahin unüberwindlich sein. Bonnet wußte indessen, daß die militärische Stellung Frankreichs in Europa tatsächlich schlechter war, als am 13. März 1939, schon wegen des Abfalls der Russen, und er war überrascht und wie vor den Kopf geschlagen, daß der militärischen Bedeutung Italiens so viel Gewicht beigemessen wurde. Es traf gewiß zu, daß Italien seine Neutralität zugesagt hatte, aber im März 1939 hatte es ja nicht einmal ein Militärbündnis zwischen Italien und Deutschland gegeben, und die Franzosen hatten zu jener Zeit schon mit Erfolg eine neue diplomatische Wiederannäherung an Italien zustandegebracht[55].

Tatsache war indessen, daß Gamelin selber kein Wort von dem glaubte, was er am 23. August 1939 sagte. Später bekannte er in seinen Lebenserinnerungen, Frankreich sei nur in dem Sinne vorbereitet gewesen, daß es eine allgemeine Mobilmachung hätte durchführen können. Gamelin hatte am 13. März 1939 mit keinem Wort angedeutet, daß Italien sich an einem Krieg gegen Frankreich beteiligen würde. Aber an jenem 23. August griff er die italienische Eröffnung vom 18. August auf als das einzig mögliche Mittel, seine sonst hoffnungs-

lose Inkonsequenz zu erklären. Als Gamelin nach dem Zweiten Weltkrieg seine soldatischen Lebenserinnerungen niederschrieb, übte er an Bonnet bittere Kritik, weil dieser 1942 dem Untersuchungsgerichtshof Riom den Sitzungsbericht vom 23. August 1939 übergeben hatte. 1939 hatte Gamelin keinerlei Pläne zur Führung erfolgreicher militärischer Operationen gegen Deutschland. Er war nicht einmal seiner eigenen Behauptung sicher, Deutschland werde vor 1940 keinen größeren Angriff gegen Frankreich unternehmen. Die Erklärung für sein sonst unbegreifliches Verhalten ist indessen sehr einfach. General Gamelin wußte, daß die Engländer einen rücksichtslosen Druck ausübten, um Frankreich in den Krieg zu zwingen. Gamelin hegte den Verdacht, Bonnet versuche, die Gesamtverantwortung für eine weitere französische Neutralität seinen Schultern aufzubürden. In diesem Falle würde alles, was er in der Sitzung vom 23. August 1939 gegen eine französische Kriegsbeteiligung vorbrächte, mit Sicherheit publik werden. Man würde ihn im Inland höchst wahrscheinlich der Unfähigkeit bezichtigen, und seine Entlassung wäre als Beschwichtigungsgeste den Engländern gegenüber mit Bestimmtheit zu erwarten. Im übrigen lag ihm ebensowenig wie Bonnet daran, zur Zielscheibe britischen Zornes zu werden (so wußte er zum Beispiel, daß im Jahre 1800 drei britische Versuche zur Ermordung Napoleons stattgefunden hatten): Gamelin wünschte nicht, daß Frankreich für Polen in den Krieg zöge, wohl aber war es sein Wunsch, daß Bonnet die Herauslösung aus seinen Verpflichtungen zu verantworten haben sollte[56].

Gamelin begriff nicht, daß Bonnet, der 1938 zu ängstlich war, um unter widrigen Verhältnissen eine Regierung zu bilden, der notwendige Mut fehlte, um einen zähen Gegner wie Lord Halifax herauszufordern, der über die sprichwörtliche Rücksichtslosigkeit und Brutalität der anglonormannisch-britischen Aristokratie verfügte. Premierminister Daladier verließ sich gleichfalls auf Bonnet, ohne dabei diesen einen, tragischen Charakterfehler eines sonst so scharfsinnigen und glänzenden Staatsmannes in Rechnung zu stellen — den Mangel an Mut. Hätte sich einer der beiden, Gamelin oder Daladier, bereiterklärt, die gesamte Verantwortung auf sich zu nehmen, so hätte der gewandte Bonnet Frankreich freudig und mit Leichtigkeit aus der diplomatischen Krise herausgesteuert. Aber wie die Dinge lagen, war Bonnet vor Angst wie gelähmt bei dem Gedanken, er könne das besondere Ziel britischen Grolls werden. Jeder sachverständige Beobachter wußte um die Kriegsentschlossenheit von Halifax und seinen Anhängern. Ebenso bekannt war ihm, daß die Gegnerschaft der Eng-

länder der Hauptgrund für das politische Scheitern von Caillaux und Laval unter weit weniger stürmischen Umständen war. Bonnet hatte die unglaubliche Kriegshysterie der britischen Oberschicht mit eigenen Augen gesehen. Er hatte nicht den Mut, beim Vereiteln der britischen Verschwörung, die auf die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zielte, die führende Rolle zu übernehmen. So mußte die Sitzung des französischen Verteidigungsrates am 23. August 1939 infolge dieser traurigen Mißverständnisse und befürchteten Intrigen innerhalb der französischen Führung zu einem schlimmen Fiasko werden. Eine großartige Gelegenheit zur Rettung Frankreichs und des Friedens war damit vertan[57].

Sehr ungünstig wirkte sich in diesem Stadium der Entwicklung ferner die Tatsache aus, daß die Engländer die Initiative zu weiteren englisch-französischen Verhandlungen mit Deutschland ergriffen. Das war deswegen besonders unglücklich, weil den Engländern im Gegensatz zu den Franzosen in erster Linie daran gelegen war, Hitler zum Kriege zu verleiten. Der britische Botschafter Henderson händigte Hitler am 23. August 1939 persönlich einen Brief des Premierministers Chamberlain aus. Inoffizielle britische Sachverständige, wie zum Beispiel Charles Rohden Buxton und William Cotton, hatten Hitler gedrängt, die Krise durch ein definitives Angebot zu einem deutsch-englischen Abkommen zu überwinden. Das Eintreffen des Chamberlain-Briefes veranlaßte Hitler zu einem solchen Versuch. Der deutsche Kanzler sandte Chamberlain am 25. August 1939 eine Antwort, die Vorschläge für ein deutsch-englisches Bündnis enthielt. Hitler bekräftigte erneut, daß seine Ziele in Europa genau umrissen seien, und erklärte sich zur Verteidigung des britischen Weltreichs an jedem beliebigen Ort bereit. Einige Kommentatoren haben dieses Angebot als besonders taktlos bezeichnet. Immerhin hatte Hitler diese Anregungen von einem prominenten Engländer erhalten. Die Briten warteten bis zum späten Abend des 28. August 1939 und gaben Hitler erst dann eine förmliche Antwort. Diese hinausgezögerte Antwort war von einer gefährlich täuschenden Heimtücke. Enthielt sie doch die wahrheitswidrige Behauptung, die Polen seien nunmehr zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland bereit[58].

Hitler war in der Zwischenzeit nahe daran, die Rechnung mit den Polen zu begleichen, solange man in London und Paris noch ganz unter dem Eindruck des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes stand. Die nicht unerhebliche Verwirrung des englischen Unterhauses am 24. August mußte Hitler in dieser Richtung ermutigen. Noch wichtiger war

allerdings eine Botschaft Mussolinis vom 25. August, in der er keinen Zweifel darüber ließ, daß Italien Deutschland keinen Beistand leisten würde. Hitler hielt es natürlich für ein Gebot der Klugheit, zu handeln, bevor die Nachricht von Italiens Abfall nach London und Paris gelangen würde. Er kam nicht auf die Idee, daß die Italiener ihre Entscheidung bereits eine Woche vorher den Engländern mitgeteilt hatten[59].

Tatsächlich befahl Hitler, kurz bevor er am 25. August nachmittags den französischen Botschafter Coulondre empfing, den Beginn der Operationen gegen Polen für den 26. August 1939 bei Tagesanbruch. Das Gespräch zwischen Hitler und Coulondre verlief höchst dramatisch. Die beiden Frontkämpfer des Weltkrieges 1914—18 stimmten darin überein, daß ein neuer deutsch-französischer Konflikt eine Tragödie sein würde, und beide hofften aufrichtig, daß es nicht dazu kommen werde. Kurz darauf erhielt Hitler eine wichtige Meldung. Die Engländer hatten den förmlichen Bündnispakt mit Polen abgeschlossen, der nach dem Besuch Becks in London im April 1939 aufgeschoben worden war. Der Pakt bot Polen Schutz gegen Deutschland (die Engländer waren natürlich, im Unterschied zu Hitler und seinem früheren Garantieangebot, gar nicht in der Lage, Polen irgendeinen Schutz zu gewähren), schloß jedoch eine Verpflichtung Englands, Polen gegen einen sowjetischen Angriff zu schützen, ausdrücklich aus. Das war besonders bedeutungsvoll, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Londoner Times am gleichen Morgen vorausgesagt hatte, Polen werde im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und Deutschland aufgeteilt werden. Diese Geheimbestimmung des Bündnispaktes, die einen Schutz Polens gegen die Sowjetunion ausschloß, entlarvt deutlich, daß die Engländer nicht im geringsten an der Erhaltung des territorialen Bestands Polens interessiert waren, dessen Garantie Hitler 1938 angeboten hatte. Halifax benutzte Polen nur als Bauern im Schachspiel gegen Deutschland. Hitler dagegen war von dem Abschluß dieses Vertrages verständlicherweise beeindruckt. Das englisch-polnische Bündnis veranlaßte ihn, den Angriffsbefehl aufzuheben. Noch am gleichen Tage, dem 25. August, schrieb er einen persönlichen Brief an Daladier, der den Wunsch Deutschlands zum Ausdruck brachte, mit Frankreich in Frieden zu leben[60].

Die französische Hauptstadt glich an diesem Tage einem Bienenhaus. Flandin, Laval, Caillaux und Monzie waren im Kampf um die Erhaltung des Friedens besonders aktiv. Daladier verbot die kommunistische Humanité, bevor er sich über den Rundfunk an die Nation wandte und zu nationaler Einigkeit aufrief. Charles Maurras schrieb

am 25. August in der Action Française mutig, eine militärische Intervention zugunsten Polens würde wegen des Vorhandenseins der deutschen Siegfriedlinie eine kostspielige und vergebliche Geste sein. Der Excelsior riet der französischen Regierung, die Polen dazu zu bewegen, den Deutschen Danzig und eine Durchgangsstraße durch den Korridor zu überlassen. Der deutsch-russische Pakt hatte den Fürsprechern des Friedens außerordentlichen Auftrieb gegeben, und Halifax' Kriegspolitik wurde zur Ursache erneuter französischer Feindseligkeit gegenüber den Engländern. General Edward Spears, der Churchill im gleichen Monat auf einer Reise zur Besichtigung der Maginotlinie begleitet hatte und dann zu Beratungen mit den führenden französischen Militärs in Paris geblieben war, drückte die allgemeine britische Erfahrung mit den Worten aus: „Ich konnte die Feindseligkeit selbst bei den Leuten spüren, die ich recht gut kannte. Das war sehr unangenehm."

Frankreich war also bereit und verlangte danach, von seiner Verpflichtung den Polen gegenüber entbunden zu werden, sofern die französischen Staatsmänner diesen Schritt ebenfalls wagen würden[61].

Daladier schrieb Hitler am 26. August einen zurückhaltenden Brief, in dem er feststellte, Frankreich sei zur Unterstützung Polens verpflichtet, aber es wünsche weiterhin Frieden mit Deutschland. Coulondre selbst las Hitler diesen Brief vor und befürwortete im Anschluß daran mit Nachdruck eine Erneuerung des deutsch-französischen Einvernehmens. Dabei sprach er davon, daß der moderne Krieg eine Tragödie für Frauen und Kinder sei. Hitler erwiderte: „Ja, ich habe oft an die Frauen und Kinder gedacht."

Das waren keine leeren Worte. Hitler gab dem französischen Botschafter am nächsten Tag die besondere Zusicherung, Deutschland würde im Falle eines Krieges keine zivilen Ziele angreifen. Im Gegensatz zu den britischen Staatsmännern hatte Hitler keine Pläne zur Bombardierung der Zivilbevölkerung weit hinter den kämpfenden Fronten, wenn er auch später für den anhaltenden britischen Bombenabwurf auf zivile deutsche Zentren Vergeltung übte[62].

Hitler verglich in seinem ausführlichen Antwortbrief an Daladier am 27. August Danzig mit Marseille. Der deutsche Kanzler fragte, wie sich wohl die Franzosen äußern würden, wenn ihr südlicher Hafen zum Nutzen eines fremden Landes zu einer Freien Stadt erklärt worden wäre. Er schloß damit, Deutschland werde niemals so handeln, wie Frankreich mit seiner Hilfe für Polen es tue, wenn die beiden Länder ihre Rollen getauscht hätten[63].

Die trügerische britische Note an Hitler vom 28. August enthielt die Behauptung, die Polen seien zur Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen mit den Deutschen bereit. Diese Behauptung entbehrte jedoch jeder wirklichen Grundlage. Präsident Roosevelt hatte am 24. August an Deutschland und Polen appelliert, ihren Streit friedlich zu regeln. Die Polen hatten routinemäßig geantwortet, sie billigten die Anregung Präsident Roosevelts zur Wiederaufnahme zweiseitiger Verhandlungen mit Deutschland, und Kennard behauptete, Beck habe diese oberflächliche Zusicherung am 28. August wiederholt. Weder Roosevelt noch Präsident Moscicki nahmen diese polnische Antwort ernst. Auch die Engländer und die Deutschen nicht, denen sie vertraut war. Sie war ausschließlich für das Protokoll bestimmt, denn sowohl Beck wie Moscicki wußten, daß Roosevelt niemals einen Druck auf Polen, tatsächlich erneut zu verhandeln, ausüben würde[64].

Die britische Ankündigung in der Note vom 28. August erfolgte drei Tage nach der geschäftsmäßigen polnischen Antwort an Roosevelt. Die Deutschen dachten nicht im Traum daran, daß die Engländer drei Tage später eine vage, mündliche Bestätigung dieser leeren Geste zur Grundlage einer bedeutungsvollen Note machen würden. Nahmen doch die Deutschen an, die Engländer hätten von Polen irgendeinen bedeutsamen Hinweis erhalten, daß neue Verhandlungen tatsächlich möglich wären. Beck und nicht Hitler war es, der die Tür zu zweiseitigen Verhandlungen zwecks Regelung der Meinungsverschiedenheiten zugeschlagen hatte. Die Engländer ließen den Deutschen gegenüber ihre Bereitschaft durchblicken, Hitlers Bündnisangebot wohlwollende Beachtung zu schenken, wenn erst einmal der Streit mit Polen beigelegt sei. Doch so, wie die Dinge lägen, hätten sie keinen Grund zu der Annahme, daß dies auf diplomatischem Wege geschehen werde[65].

Wie zu erwarten war, beurteilte Hitler nach Empfang der britischen Note die Friedensaussichten wieder optimistisch. Bonnet in Paris war nicht weniger optimistisch. Den französischen Außenminister verfolgte für den Augenblick nicht mehr der schreckliche Gedanke, daß die Engländer um jeden Preis zum Krieg entschlossen seien. Er hätte sonst wahrscheinlich direkt in die Verhandlungen eingegriffen, wäre ihm der Verdacht gekommen, daß sich nichts geändert habe. Die britischen Täuschungsmanöver indessen brachten Hitler tatsächlich in eine unhaltbare Lage. Er antwortete auf die britische Note am 29. August um 7.15 Uhr abends und gab Henderson zu verstehen, Deutschland werde gern bis zum 30. August mitternachts einen polnischen Bevollmächtigten in Berlin empfangen. Das deutsche Angebot klang zunächst schroff,

doch stellte sich bald heraus, daß Hitler bereit war, in dieser Frage weitgehend nachzugeben[66].

Birger Dahlerus, ein schwedischer Ingenieur, war von Göring und Hitler seit vielen Wochen als spezieller Friedensbote gegenüber England verwendet worden. Er hatte einige Wochen vorher eine inoffizielle deutsch-englische Friedenskonferenz im Sonke-Nissen-Koog in Nordfriesland, nahe der deutsch-dänischen Grenze, in die Wege geleitet. In Ausübung seiner Friedenstätigkeit war er nach Abschluß des deutsch-russischen Paktes fast ständig unterwegs. Er flog mit vertraulichen Botschaften zwischen Berlin und London hin und her und setzte sich von Berlin aus mit den britischen Staatsmännern über die Fernsprechleitung der englischen Botschaft in Verbindung. Seine Bemühungen verärgerten diese in wachsendem Maße, aber Dahlerus war beharrlich[67].

Am 30. August frühmorgens unterrichtete Dahlerus die Briten, ein polnischer Bevollmächtigter werde für Hitler auch noch am 31. August annehmbar sein, und die Besprechungen könnten statt in Berlin auf neutralem Boden stattfinden, falls die Polen dies vorzögen. Doch hatten damit Hitlers Nachgiebigkeit und Geduld noch keineswegs ihre Grenzen erreicht. Die polnische Regierung ordnete am 30. August 1939 nachmittags die allgemeine Mobilmachung an. Es galt als Regel in polnischen Militärkreisen, daß ein solcher Schritt binnen weniger Tage Krieg bedeutete, weil Polens Wirtschaft den vollständigen Kriegszustand nicht längere Zeit durchzuhalten vermochte. Die Mobilmachungsorder kam daher einer Kriegserklärung sehr nahe. Hitler aber reagierte darauf, indem er Dahlerus den Engländern am 30. August nachmittags mitteilen ließ, er werde einen polnischen Bevollmächtigten auch dann akzeptieren, wenn dieser nur zu dem Zweck nach Berlin käme, deutsche Vorschläge für eine Regelung in Empfang zu nehmen. Man werde von ihm also nicht erwarten, daß er während seines Aufenthaltes in Deutschland irgendwelche Verpflichtungen eingehe. Verhandlungen könnten dann in Warschau erfolgen[68].

Es war eine höchst tragische Situation. Die Engländer hatten am 28. August aus freien Stücken bekanntgegeben, daß die Polen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland bereit seien. Zwei Tage darauf hatten sie auf die Polen noch nicht einzuwirken versucht, die Verhandlungen nun auch tatsächlich wiederaufzunehmen. Im Gegenteil: Sir Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, drängte Beck wiederholt, mit den Deutschen nicht zu verhandeln. Den Engländern war es gelungen, ihren wirklichen Standpunkt

noch vollständiger zu tarnen als 1914, mochte Halifax sich auch gebrüstet haben, es werde niemals wieder möglich sein, einen solchen Vorwurf gegen die britischen Staatsmänner von 1939 zu erheben[69].

Die französische Presse trat um den 30. August in überwiegendem Maße für den Frieden ein. Im Excelsior stand zu lesen, es bestünden gute Aussichten für ein Einvernehmen, wenn Deutschland und Polen die Verhandlungen wieder aufnähmen. Der Petit Parisien erhob den Vorwurf, daß die Entscheidung über Frieden oder Krieg nur deshalb in der Schwebe bleibe, weil die Engländer nicht nachdrücklich genug auf eine Verhandlungslösung drängten. Das war eine erstaunlich scharfsinnige Feststellung. Der Jour und das Echo de Paris waren sich darin einig, es dürfe keine Gelegenheit zur Erhaltung des Friedens versäumt werden, und man solle keinen Versuch einer Demütigung Deutschlands dulden. Das Journal unterrichtete seine Leser, daß Hitler sich bei seinen jüngsten Gesprächen mit dem britischen und dem französischen Botschafter maßvoll und einsichtig gezeigt habe. Der Figaro äußerte, Hitlers Zögern während der vergangenen sechs Tage zeuge eher von Mäßigung als von Schwäche. Die Republique brachte ihr Bedauern über den Kriegsfatalismus in England und in Polen zum Ausdruck. Die Justice erklärte, Frankreich sei bereit, zum Zweck einer friedlichen Regelung mit Deutschland zu verhandeln. Außenminister Bonnet, über die allgemeine Mobilmachung in Polen empört, vertrat mit Nachdruck den Standpunkt, daß die Polen einen Vertreter nach Berlin zu entsenden hätten. Coulondre versuchte, in der Reichshauptstadt Lipski zu überreden, um neue Instruktionen zu bitten, und Noël in Warschau drängte Beck, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Frankreichs Widerstand gegen einen neuen Krieg stand außer Zweifel und so trat es für den Frieden ein[70].

Diese offensichtlichen Wünsche Frankreichs machten auf Halifax jedoch keinen Eindruck. Er hielt an seinem rücksichtslosen und hinterhältigen Kriegskurs fest. Am 30. August nachmittags um 6.50 Uhr drahtete er eine Antwortnote auf Hitlers letzten Vorschlag nach Berlin. Henderson war erst um Mitternacht in der Lage, die Note im Klartext den Deutschen zu übermitteln. Er wurde von Außenminister von Ribbentrop empfangen, dem es die Sprache verschlug, als er sah, daß Halifax Hitler vorwarf, er sei „völlig maßlos". So war mit einem Schlage die zuversichtliche Stimmung der letzten Tage geschwunden.

Ribbentrop las Henderson die sogenannten Marienwerder-Vorschläge vor. Sie enthielten ein neues Angebot zu einer Regelung mit Polen sowie einen Sicherheitsfaktor der Art, daß man zur Durchfüh-

rung des Plans einen Zeitraum von einem Jahr vorsah, vorausgesetzt, daß die Polen ihn annähmen. Danzig sollte versuchsweise an Deutschland zurückgegeben und im nördlichen Teil des Korridors eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Dabei sollte stimmberechtigt sein, wer 1918 dort ansässig war. Wenn die Polen die Abstimmung gewönnen, sollten die Deutschen eine Durchgangsstraße nach Ostpreußen, gewönnen dagegen die Deutschen, sollten die Polen eine Durchgangsstraße nach Gdingen erhalten. Die Stellung Polens in Gdingen wurde als unverletzlich anerkannt. Die Deutschen waren bereit, die polnische Grenze nach der Volksabstimmung zu garantieren. Entgegen einer im Kriege verbreiteten Legende verlas Ribbentrop die Vorschläge sorgfältig und langsam (Henderson wurde wegen seiner Tätigkeit für den Frieden gezwungen, 1939 vorzeitig aus dem britischen diplomatischen Dienst auszuscheiden, und mußte seinen Namen für ein grob entstellendes Propagandabuch Failure of a Mission, London, 1939, hergeben). Henderson bat um eine Abschrift des Wortlauts, aber Hitler hatte Ribbentrop angewiesen, ihn Henderson noch nicht auszuhändigen. Ribbentrop hatte den Text an Hand des Entwurfes verlesen, der viele Berichtigungen enthielt[71].

Göring erhielt bald darauf Hitlers Genehmigung, Henderson den vollen Wortlaut der deutschen Vorschläge zugehen zu lassen. Dahlerus, Ogilvie-Forbes und Henderson begaben sich am 31. August um 10.00 Uhr vormittags zu Lipski in die polnische Botschaft. Sie drängten ihn, sich sofort mit Beck in Verbindung zu setzen, aber er erklärte, die polnische Regierung werde keine Vorschläge entgegennehmen und sich in keine Verhandlungen einlassen. Kurze Zeit später erhielt er neue Weisungen Becks. Die Deutschen, die im Besitz des polnischen Geheimschlüssels waren, erfuhren, daß Lipski beordert wurde, im deutschen Auswärtigen Amt vorzusprechen und Ribbentrop mitzuteilen, die polnische Regierung erwöge die Frage, ob sie der britischen Regierung mitteilen wolle, Polen sei bereit, direkte Verhandlungen mit Deutschland in Aussicht zu nehmen. Das war alles, was die Polen anzubieten willens waren, drei Tage nachdem Halifax die Deutschen benachrichtigt hatte, Polen sei zur sofortigen Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Weiter wurde Lipski mitgeteilt, er könne nur diese Erklärung abgeben, nicht aber irgendwelche andern Fragen mit den Deutschen erörtern. Auch werde er keinerlei Sondervollmachten erhalten, in Verhandlungen einzutreten[72].

Die Deutschen zögerten den Empfang Lipskis hinaus in der Hoffnung, irgendein neuer Einfluß in Warschau könne Beck vielleicht doch

noch umstimmen. Es war vergebens. Schließlich kam es am 31. August abends um 6.30 Uhr zu der unbefriedigenden Unterredung zwischen Lipski und Außenminister von Ribbentrop. Wenige Stunden danach wurden im polnischen Rundfunk die Deutschen als „die neuen Hunnen" bezeichnet. Die deutschen Streitkräfte traten im Morgengrauen des nächsten Tages gegen die Polen an. Hitler war von den deutschen Militärsachverständigen dahin informiert worden, daß die Regenzeit bald beginnen werde und sich katastrophal auswirken könne, wenn man warte, bis die Polen den Konflikt zu weniger günstiger Zeit begännen. Vom militärischen Standpunkt aus waren ihre Argumente berechtigt. Die Wege in den weiten Räumen Polens verwandelten sich in der Regenzeit in Schlammflüsse. Die zusammengefaßte Militärmacht Polens, Frankreichs und Großbritanniens und die Tatsache, daß Deutschland auf keinen größeren Krieg vorbereitet war, stellten allzu bedeutsame Faktoren dar, als daß Deutschland sich hätte den Luxus leisten können, auf einen Angriff der Polen zu warten. Es müßte wenigstens andeutungsweise zu erkennen gewesen sein, daß die Polen vielleicht doch noch einlenken könnten. Andernfalls war Hitler gezwungen, seinen militärischen Beratern zu folgen, die erklärten, daß der Septemberanfang 1939 der späteste Zeitpunkt für militärische Operationen unter geeigneten Wetterbedingungen sei. Hätten die Polen auch nur die geringste Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gezeigt, so wäre Hitler zweifellos, wie er selbst andeutete, seinerseits bereit gewesen, das große Wagnis eines längeren Aufschubs einzugehen. So aber gab er sich der falschen Hoffnung hin, die Engländer würden ungehalten darüber sein, daß die Polen Verhandlungen ausschlugen, und sich mithin ihrerseits weigern, zu deren Gunsten zu intervenieren. Diese hoffnungsvolle Illusion war die natürliche Folge der trügerischen britischen Note vom 28. August 1939. Es dürfte schwer fallen, ein geschichtliches Beispiel noch größerer Böswilligkeit zu finden[73].

Hitler sprach am 1. September 1939 um 10.10 Uhr vormittags zum Deutschen Reichstag und betonte, die deutschen Ziele in Polen seien fest begrenzt. Die Tür zu Verhandlungen mit den Polen stünde trotz des Ausbruchs von Feindseligkeiten immer noch offen. Bonnet war über Becks Instruktionen an Lipski vom 31. August 1939 entrüstet und setzte nun noch seine Hoffnung auf das Zustandekommen einer Konferenz durch einen entsprechenden Schritt Italiens. Das war der letzte der drei Punkte seines Friedensplanes vom August 1939, da sowohl die Dreierpaktverhandlungen als auch der Versuch, französi-

scherseits Druck auf Polen auszuüben, bereits gescheitert waren. Corbin hatte Bonnet am späten Abend des 31. August aus London die Warnung zugehen lassen, die Engländer seien darauf vorbereitet, jeden Konferenzvorschlag sofort zu vereiteln. Doch Bonnet gab sich bei seinen letzten Bemühungen nicht so schnell geschlagen. Es ermutigte ihn, daß Daladier bereit war, die Verantwortung für einen neuen Konferenzversuch auf sich zu nehmen. Halifax versuchte, Bonnets Strategie zu durchkreuzen, indem er die Italiener durch den britischen Botschafter Loraine am 1. September 1939 drängen ließ, sie sollten nicht auf eine neue Konferenz hinwirken. Bonnet seinerseits wies François-Poncet an, ein italienisches Konferenzbemühen zu empfehlen. Auch dem italienischen Botschafter Guariglia in Paris gab er eine ähnliche Empfehlung. Die Bestrebungen Halifax' und Bonnets waren nun auf vollkommen entgegengesetzte Ziele gerichtet. Die beiden Diplomaten waren nahe daran, trotz der Behutsamkeit Bonnets zu offenen Gegnern zu werden[74].

Halifax rief Bonnet am 1. September 1939 um 5.00 Uhr nachmittags an. Er empfahl, die diplomatischen Vertreter Englands und Frankreichs in Berlin sollten noch am gleichen Tag ihre Pässe verlangen und die Kriegserklärungen unmittelbar danach ergehen. Bonnet weigerte sich. Er wollte in diesem Stadium der Entwicklung den Konferenzplan nicht preisgeben. Halifax mußte den Vorschlag seines französischen Partners akzeptieren, anstelle von Ultimaten nur warnende Noten an Berlin zu richten. Die Noten wiesen darauf hin, daß die Engländer und Franzosen ihren Verpflichtungen gegenüber Polen nachkommen würden, wenn die deutschen Operationen in Polen nicht abgebrochen würden. Die Noten enthielten keine zeitliche Begrenzung. Coulondre übermittelte Ribbentrop die französische Fassung dieser Note am 1. September 1939 um 10 Uhr abends. Henderson hatte seine Note eine Stunde vorher überreicht[75].

Die Franzosen hatten am Nachmittag des 1. September die allgemeine Mobilmachung befohlen. Das französische Parlament trat am nächsten Tag zu einer Sondersitzung zusammen. Die Politiker Frankreichs hatten nun den Preis dafür zu zahlen, daß sie versäumt hatten, sich hinter Flandin und Laval zu stellen, als diese seinerzeit die Forderung erhoben, daß eine gültige Kriegserklärung dem Parlament vorbehalten bleiben müsse. Daladier hielt eine kurze Ansprache. Der Premier behauptete, die deutsche Entscheidung eines Angriffs auf Polen, nachdem Lipski am 31. August Verhandlungen abgelehnt hatte, sei ungerechtfertigt. Er traf die rhetorische Feststellung, niemals sei ein

Angriff „offenkundiger und ungerechtfertigter" gewesen. Er rief der Kammer ins Gedächtnis, daß „Frankreich eindeutige Verpflichtungen gegenüber Polen" habe, und schlug sodann eine Abstimmung über Kredite zur Finanzierung der allgemeinen Mobilmachung Frankreichs vor. Fast jeder im Hause wußte, daß die Regierung keine weitere Parlamentsbefragung mehr durchzuführen beabsichtige, wenn diese Gelder erst einmal bewilligt worden wären. Gaston Bergery, ein Freund Lavals, erhob sich und versuchte „im Namen der Nation" das Wort zu ergreifen. Es gab nur ein paar vereinzelte Rufe: „Nein! Nein!", aber Kammerpräsident Herriot lehnte es daraufhin ab, Bergery das Wort zu erteilen. Ein zweiter Abgeordneter, Petrus Faure, bestand darauf, Herriot möge der Kammer mitteilen, ob die Regierung beabsichtige, weitere entscheidende Schritte ohne Befragung des Parlaments zu tun. Herriot wich der Frage hartnäckig aus, und die Sitzung war nach wenigen Minuten vorüber. Am nächsten Tag, als die Regierung den Krieg erklärte, wurde das Parlament nicht zusammengerufen. Das Ganze war eine schändliche Travestie[76].

Ähnliches spielte sich im Senat ab. Pierre Laval erhob sich und verlangte mit hallender Stimme, daß ihm das Wort erteilt werde, im Namen der französischen Verfassungsforderung, jede geplante Kriegserklärung dem Parlament zur Billigung oder Ablehnung zu unterbreiten. Die meisten Senatoren sympathisierten mit dem Bemühen Lavals, doch Senatspräsident Jeanneney weigerte sich, ihm das Wort zu erteilen. Die Versuche verschiedener anderer Senatoren, zu sprechen, blieben gleichfalls erfolglos. Ein Minimum an patriotischen Rücksichten machte die Bewilligung von Krediten nach Ausrufung der allgemeinen Mobilmachung unvermeidlich. Aber dieses Abstimmungsergebnis bedeutete keineswegs eine Ermächtigung, den Krieg zu erklären. Es hatte ja auch während der deutsch-tschechischen Krise von 1938 eine allgemeine Mobilmachung Frankreichs gegeben, ohne daß der Krieg erklärt worden war. Doch die Senatssitzung vom 2. September 1939 war bald vorüber, und man hatte sich mit Erfolg über die verfassungsmäßigen Rechte der Vertreter des Volkes hinweggesetzt[77].

Die Italiener ließen sich mit ihrem Konferenzvorschlag viel Zeit. Ihnen war am 1. September am meisten darum zu tun, daß die britischen wie auch die französischen Staatsmänner die italienische Neutralität achten würden. Ciano schickte schließlich am 2. September um 10.00 Uhr vormittags eine Botschaft nach Berlin. Hitler und Ribbentrop zeigten sich sogleich an dem Konferenzplan interessiert, hatten aber Zweifel am Sinn der französischen und der britischen Note vom

vergangenen Tage, auf die sie versucht hatten, Antwortnoten zu entwerfen. Für sie war die Schlüsselfrage die, ob diese sonderbaren Noten, die Bonnet ersonnen hatte, Ultimaten darstellten oder nicht. Deutschland würde logischerweise keinem Konferenzplan zustimmen können, solange es sich zwei unbeantworteten Ultimaten, noch dazu von zwei Teilnehmern der vorgesehenen Konferenz, gegenübersah. Ciano beriet sich darüber mit François-Poncet, aber der französische Botschafter sah sich nicht in der Lage, die Frage eindeutig zu beantworten. Das konnte nur Bonnet, der Verfasser der Noten. Der französische Außenminister wußte, daß die Engländer es nicht wagen würden, sich seiner Bestätigung entgegenzustellen, daß die von ihm verfaßten Noten keine Ultimaten darstellten. Bonnet klärte die Frage, die deutschen Staatsmänner waren befriedigt und am 2. September 1939 um 4.00 Uhr nachmittags hatte Deutschland den italienischen Konferenzplan angenommen. Hitler war bereit, sich um einen Waffenstillstand in Polen am Sonntag mittag, 3. September 1939, zu bemühen. Er wußte, daß es unbillig sein würde, das Zusammentreten einer Konferenz zu erwarten, solange der deutsche Vormarsch in Polen andauerte[78].

Die Aussichten auf eine Verhandlungslösung schienen wieder günstiger zu sein. Trotzdem gelang es den Briten abermals, den Friedensplan zu vereiteln. Halifax teilte Bonnet am 2. September kurz nach 4.00 Uhr nachmittags fernmündlich mit, die Engländer würden auf gar keinen Fall einer Konferenz zustimmen, wenn die deutschen Truppen nicht zuvor aus Danzig sowie auch aus dem polnischen Gebiet zurückgezogen würden. Bonnet, der Hitlers Bereitschaft zur Einstellung des deutschen Vormarsches für ein sehr faires, äußerstes Zugeständnis hielt, wußte, daß Hitler es sich nicht leisten konnte, auf diese neuesten britischen Bedingungen einzugehen. Der Mann, der sich über viele der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages erfolgreich hinweggesetzt und sie revidiert hatte, konnte sein Land kaum in jene demütigende Ausgangsstellung zurückführen, die es 1919 eingenommen hatte. In der gesamten uns bekannten Geschichte der Menschheit gäbe es für einen solchen Schritt kein Beispiel, insbesondere nachdem Danzig am 1. September 1939 dem Reich formal wiedereingegliedert worden war.

Cadogan übermittelte Bonnet am 2. September um 5.00 Uhr nachmittags fernmündlich eine ähnlich unmögliche Botschaft. Bonnet hatte zu den Engländern keinerlei Vertrauen mehr. Er ließ Noël in Warschau drahtlich Weisungen zugehen mit dem Ziel, die Polen mit der französ-

sischen Auffassung bekanntzumachen, und er betonte, Noël solle es ablehnen, den Inhalt seiner Weisungen Kennard anzuvertrauen. Unglücklicherweise hielt sich Noël nicht an diese Instruktion. Bonnets Versuch einer Geheimhaltung erboste den britischen Botschafter in Warschau, und er beklagte sich darüber in London[79].

Halifax benahm sich den Franzosen gegenüber mit jeder Minute anmaßender und streitsüchtiger. Er wies Phipps in Paris an, „Herrn Bonnet Mut und Entschlossenheit einzuflößen". Der britische Außenminister war dazu fähig, jede freundschaftliche Kritik an seiner Kriegspolitik als Feigheit hinzustellen. Er suchte zweifellos die echte Besorgnis der französischen Politiker auszunutzen, sich die Feindschaft der Engländer zuzuziehen. Sie war für ihn und seine Kriegstreiberei ein äußerst wichtiger Aktivposten. Ciano rief Halifax am 2. September kurz nach 5.00 Uhr nachmittags an, mußte jedoch feststellen, daß der britische Außenminister über Hitlers Bereitschaft zur Teilnahme an einer Konferenz alles andere als erfreut war. Noch ärgerlicher wurde Halifax, als Loraine ihm mitteilte, Ciano habe sich beklagt, die britischen Staatsmänner zeigten weniger Einsicht als Bonnet. Weiteren Verdruß bereitete den Engländern Bonnets Ankündigung, das französische Kabinett werde bis wenigstens 9.00 Uhr abends in einer Sitzung sein. Halifax wollte am gleichen Abend noch bekanntgeben, daß nunmehr eine eindeutige englisch-französische Entscheidung für den Krieg gefallen sei. Bonnet willigte schließlich ein, die Kabinettssitzung wenn möglich schon um 8.00 Uhr abends zu beenden. Der Druck, dem sich die französischen Staatsmänner ausgesetzt sahen, war ungeheuerlich geworden[80].

Halifax entschloß sich nunmehr zu einem neuen Versuch, den Konferenzplan zu torpedieren, noch bevor das französische Kabinettstreffen beendet war. Er befürchtete, Bonnet werde die französischen Minister dazu bewegen, sich auch weiterhin trotz der britischen Weigerung hinter den Konferenzvorschlag zu stellen. Um 6.38 Uhr nachmittags rief Halifax bei Ciano an und kündigte ihm an, daß er ein für allemal Hitlers Bedingungen zur Teilnahme an einer Konferenz ablehne. Auch das war eine unwahre Behauptung, denn Halifax dachte nicht daran, Hitler ohne den Beistand Frankreichs herauszufordern, aber es gelang ihm, den schwankenden Ciano zu überzeugen, daß jede weitere diplomatische Bemühung Italiens aussichtslos wäre. Chamberlain erklärte öffentlich im Unterhaus abends um 7.30 Uhr, der italienische Plan sei abgelehnt worden. Die Deutschen hätten, so sagte er, auf einer Konferenz bestanden, während ihre Truppen in Polen weiter

vorgingen. Das war noch eine typisch britische Lüge, doch die britischen Politiker setzten sich mit ihren traditionell rücksichtslosen Praktiken wiederum durch. Ciano benachrichtigte Berlin um 8.00 Uhr abends, Italien habe seine Bemühungen um eine diplomatische Konferenz aufgegeben[81].

Um 8.20 Uhr abends vertagte sich das französische Kabinett. In der entscheidenden Frage einer Konferenz war kein Beschluß gefaßt worden. Bonnet rief um 8.30 Uhr Ciano an und war erstaunt, als er von ihm hören mußte, daß der Konferenzvorschlag bereits zurückgezogen worden sei. Es fehlte nicht viel und Bonnet wäre daraufhin zusammengebrochen. Anatole de Monzie drängte ihn, eine neue Anstrengung zu machen, aber der französische Außenminister sah — wie am 27. September 1938 — nicht mehr, was er noch tun könne[82].

Chamberlain rief Daladier abends um 9.50 Uhr an und sagte, er würde gern noch vor Mitternacht das französische Einverständnis haben, am folgenden Tag um 8.00 Uhr früh ein endgültiges Ultimatum an Deutschland zu richten. Daladier gab mit Würde zur Antwort, er hoffe immer noch, es werde zu einer internationalen Konferenz kommen. Offensichtlich war der französische Premier über den unerhörten Druck verletzt, der von London ausgeübt wurde, doch wußte auch er, wie Bonnet, nicht mehr, was er noch tun könnte (James K. Polk, einer der amerikanischen Präsidenten des neunzehnten Jahrhunderts, würde ihm wohl den Rat gegeben haben, den er einst seinem eigenen Staatssekretär Buchanan erteilte: „Blicken Sie John Bull fest ins Auge!")[83].

Halifax entschloß sich abermals zum Hasardspiel. Alles, was er bisher versucht hatte, war ihm gelungen, und die Gewinnchancen schienen auch diesmal für ihn günstig zu sein. Der britische Außenminister hatte den Franzosen wie auch seinem eigenen Stab wiederholt erklärt, Großbritannien werde Deutschland niemals wirklich den Krieg erklären, wenn Frankreich nicht ähnlich vorginge, doch am 2. September abends um 10.30 Uhr rief er Bonnet an und eröffnete ihm, daß die Engländer beabsichtigten, ihr eigenes Ultimatum zu überreichen — ob nun mit oder ohne die Franzosen[84].

Diese schroffe Ankündigung war für den bedauernswerten französischen Außenminister eine unerträgliche Zumutung. Ihn entsetzte der Gedanke, daß ihm zweifellos ein endgültiger Bruch mit Großbritannien zur Last gelegt werden würde, wenn er nicht vor seinem britischen Amtskollegen kapituliere. So gab er Halifax die Zusage, Frankreich werde sich seiner sinnlosen Kriegspolitik anschließen. Kurz darauf, um Mitternacht, sagte Bonnet zum italienischen Botschafter Gua-

riglia, er hoffe immer noch auf einen überraschenden Schritt Hitlers, der ermöglichen würde, diesen völlig unnötigen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland zu vermeiden. Im Grunde aber hatte er die Hoffnung schon aufgegeben. Bonnet verlor die größte Schlacht seines Lebens, als er sich der Halifaxschen Kriegspolitik unterwarf. Indessen wußte er sehr wohl, was er tat, als er den Kriegsplan einer ausländischen Macht akzeptierte, für den es keinerlei Rechtfertigung gab[85].

Am 3. September um 11.00 Uhr vormittags erklärten die Engländer Deutschland nach Ablauf eines zweistündigen Ultimatums den Krieg. Am Nachmittag des gleichen Tages bestand auch zwischen Frankreich und Deutschland der Kriegszustand, nachdem Bonnet dem britischen Beispiel gefolgt war. Der großartige Versuch Frankreichs, sich den veränderten europäischen Verhältnissen anzupassen, hatte ein katastrophales Ende gefunden. Halifax war es gelungen, Frankreich in seinen Krieg hineinzuzerren, den es selbst nicht gewollt hatte. Eine der Folgen war die militärische Niederlage Frankreichs im nächsten Jahr. Bonnet war schon lange zurückgetreten. Das britische Mißfallen erzwang seine Abdankung als Außenminister Frankreichs am 16. September 1939. Er mochte nicht daran denken, wie die Engländer sich wohl verhalten hätten, wenn es ihm gelungen wäre, den Kriegsplan Halifax' zu durchkreuzen. Er würde diesen Plan zweifellos erfolgreich vereitelt haben, wenn er den Mut Pierre Lavals besessen hätte. Der große Fehler Gamelins und Daladiers lag in der Annahme, Bonnet würde die Verantwortung auf sich nehmen, Halifax bis zum bitteren Ende Widerstand zu leisten, trotz des italienischen Versagens und des unerbittlichen britischen Druckes. Frankreichs Tragödie bestand darin, daß nicht Laval, der die französische Außenpolitik vom Oktober 1934 bis zum Januar 1936 so erfolgreich geleitet hatte, anstelle Bonnets am Quai d'Orsay auch vom April 1938 bis zum September 1939 am Ruder war. Der Dritten Republik war es gelungen, die Fehler Léon Blums zu überleben, aber Bonnets Kapitulation vor den britischen Staatsmännern wider seine eigene bessere Überzeugung endete in einer Katastrophe.

RÜCKBLICK

Die Krise der Weltwirtschaft, von der 1929 zuerst die Vereinigten Staaten und Deutschland betroffen worden waren, begann im Laufe des Jahres 1933 auch die französische Volkswirtschaft zu untergraben. Zu jener Zeit beherrschten die Radikalen die Szene der französischen Politik. Sie nahmen 1933 aus vier verschiedenen Anlässen Kabinettsumbildungen vor, anstatt drastische Reformmaßnahmen zu ergreifen. Dann allerdings durchbrach der Stavisky-Skandal dieses Schema und kompromittierte die Führung der Radikalen.

Nach dem Stavisky-Skandal bahnten sich zwei wichtige Entwicklungen an. Einmal die Stärkung der Rechten in der politischen Führung, die bis zum Wahlsieg der Volksfront im Jahre 1936 hielt (die Bemühungen der Rechten um eine Änderung der französischen Verfassung wurden allerdings von den Radikalen vereitelt), und zum andern das Entstehen der Volksfront selbst. Diese „unheilige Allianz" der Radikalen mit den Sozialisten und Kommunisten gefährdete nicht nur die Kontinuität der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Traditionen Frankreichs, sondern auch die Dritte Republik selbst.

Die Volksfrontära, die dem Wahlsieg von 1936 folgte, dauerte von April 1936 bis April 1938. Blums Versuch, Frankreich zu beherrschen, mußte schließlich im April 1938 scheitern, weil es in Frankreich keine marxistische Mehrheit gab und die Radikalen nicht bereit waren, sich auf die Dauer einem marxistischen Regime politisch unterzuordnen.

Die darauffolgende Koalition der Radikalen mit der Rechten erwies sich als zweckmäßig und trug bis 1939 zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bei. Zu dieser Zeit war man der wirtschaftlichen Depression Herr geworden, die Frankreich über fünf Jahre lang bedrängt hatte. Was die Lage im Innern anbetraf, so durfte man mit Fug und Recht hoffen, daß Frankreich 1939 einer Zeit der Beständigkeit und des Wohlstandes entgegenginge und daß die Dritte Republik selbst gesichert sei.

Es hatte in diesen Jahren weitreichende Veränderungen in der französischen Außenpolitik wie auch in der gesamten Stellung und Rolle Frankreichs innerhalb Europas gegeben. Frankreich war ohne Frage die beherrschende europäische Kontinentalmacht, als es im Juni 1933 dem Viermächtepakt Mussolinis angehörte. Aber ihm fehlte zu jener Zeit eine einheitliche und konsequente Außenpolitik. Es war fortwährend hin- und hergerissen zwischen seinen Bündnissen mit den Kleinstaaten Mittel- und Osteuropas (Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien) und seinen Bindungen an die andern drei Großmächte Mittel- und Westeuropas (Deutschland, Italien und Großbritannien). Es bestand eine äußerst enge traditionelle englisch-französische und ebenso auch eine französisch-italienische Zusammenarbeit. Auch Briands Aussöhnungspolitik gegenüber Deutschland, die den Grund zu einer dauerhaften deutsch-französischen Freundschaft legen sollte, blickte bereits auf eine sehr bedeutsame Tradition zurück.

Dieses Dilemma der französischen Außenpolitik war jedoch zur Zeit des Stavisky-Skandals nach wie vor ungelöst. Im April 1934 versuchten Barthou, Doumergue und Tardieu eine Lösung, indem sie auf die Außenpolitik Poincarés von 1922 bis 1924 zurückgriffen und die Abhängigkeit von Großbritannien abzuschütteln suchten. Sie wollten das bestehende französische Bündnissystem beibehalten, das außer Frankreich keine andere Großmacht einschloß, und zusätzlich Bündnisse mit zwei Großmächten abschließen, nämlich mit Italien und der Sowjetunion. Sie beabsichtigten, sich dem britischen Druck zugunsten einer ihrer Auffassung nach „weichen Politik" gegenüber Deutschland zu widersetzen und Deutschland im mitteleuropäischen Raum im Zustand der Schwäche und Hilflosigkeit zu erhalten.

Eine bedeutende Neuorientierung erfolgte nach dem Mordanschlag auf Barthou im Oktober 1934 in Marseille. Pierre Laval wurde zur beherrschenden Figur der französischen Außenpolitik. Barthou hatte der Fortdauer der englisch-französischen Zusammenarbeit Lippendienste geleistet, an deren Verwirklichung er nicht dachte. Laval sah indessen nicht ein, warum es unmöglich sein solle, die Briten an den Gedanken neuer französischer Bündnisse mit Italien und mit der Sowjetunion zu gewöhnen, vorausgesetzt natürlich, daß Frankreich bereit sei, bei seiner Deutschlandpolitik Zurückhaltung zu üben, nachdem es sich eine Stellung von unangreifbarer Stärke verschafft hatte.

Der Hauptunterschied zwischen der Politik Lavals und der ihr voraufgegangenen Politik Barthous lag in der verbindlicheren Haltung Großbritannien wie auch Deutschland gegenüber. Einen weiteren Un-

terschied ergab Lavals stärkere Betonung eines französisch-italienischen Bündnisses. Während Barthou dazu neigte, das italienische und das sowjetische Bündnis für gleichrangig zu halten, war Laval davon überzeugt, daß die Lage der Sowjetunion hinter dem cordon sanitaire die Bedeutung eines Bündnisses mit ihr zu einem bloßen Prestigeerfolg herabminderte. Demgegenüber verlieh die Lage Italiens als des unmittelbaren Nachbarn Frankreichs wie auch Österreichs (Hitlers Bestrebungen in Österreich waren Laval wohlbekannt) dem französisch-italienischen Bündnisplan unter praktisch-operativen Gesichtspunkten überragende Bedeutung.

Laval gelang es, sich im Januar 1935 zuerst mit Italien und dann im Mai 1935 auch mit der Sowjetunion zu einigen. Lavals Politik wurde durch den Ausbruch des italienisch-äthiopischen Krieges im September 1935 entscheidend auf die Probe gestellt. Er sah in diesem Ereignis nur einen bedauerlichen, lokalen afrikanischen Konflikt, der nach seiner Auffassung keineswegs stärkere Rückwirkungen auf das Gesamtgefüge der europäischen Politik zu haben brauchte. Laval wußte, daß die französischen Marxisten und die britische Labourpartei einen Streit mit Italien herbeiwünschten, und daß die Vorgänge in Afrika die französisch-italienische Zusammenarbeit in Europa gefährdeten. Er hoffte jedoch, man werde sich auf einen Kompromiß einigen können, der den Beifall der Tories und des Völkerbundes finden würde.

Dank dem Verständnis, das seine Politik sowohl beim britischen Außenminister Sir Samuel Hoare als auch beim italienischen Duce Benito Mussolini fand, wäre es Laval auch beinahe gelungen, eine Kompromißlösung in Äthiopien herbeizuführen. Aber die grobe Nachlässigkeit Sir Robert Vansittarts, des ständigen britischen Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, und der kennzeichnende Opportunismus und Mangel an Festigkeit des britischen Premierministers Stanley Baldwin genügten, um den Hoare-Laval-Plan im Dezember 1935 scheitern zu lassen. Lavals Politik hätte trotz dieses Rückschlages durchaus zum Erfolg führen können. Mussolini war von seinem guten Willen überzeugt, und es gelang Laval, seine Politik bei einer großen Debatte in der französischen Deputiertenkammer erfolgreich zu verteidigen. Aber inoffizieller amerikanischer Druck auf Edouard Herriot erwies sich als entscheidender Faktor dabei, die Loyalität der Radikalen der Regierungskoalition Lavals zu untergraben, so daß seine Regierung im Januar 1936 überraschend gestürzt wurde.

Der Sturz Lavals erwies sich als das größte Verhängnis, das Frankreich in der Außenpolitik seit 1918 widerfahren war. Der Sieg der

Volksfront war praktisch unvermeidlich geworden, da die Niederlage Lavals sich nachteilig auf das Prestige der französischen Rechten auswirkte. Damit war auch die entscheidend wichtige französisch-italienische Verständigung (mit dem Bannfluch der französischen Marxisten belegt) hinfällig und Frankreich sah sich der Dienste seiner fähigsten außenpolitischen Führungskräfte beraubt. Die aufmerksamsten und sachlichsten Kritiker können Laval auch heute, aus einem zeitlichen Abstand von über fünfundzwanzig Jahren, nicht einen schwerwiegenden Fehler in der Führung der französischen Außenpolitik während der kritischen Zeitspanne vom Oktober 1934 bis zum Januar 1936 nachweisen. Er wußte genau, was er für Frankreich erstrebte, und es gab keine noch so schwierige Lage, der er sich nicht gewachsen gezeigt hätte. Er war gewandt und führte die Außenpolitik mit dem notwendigen Sachverstand, verfügte über eiserne Nerven und einen nie versagenden Mut.

Laval widersetzte sich zwar einer Revision der in den Friedensverträgen von 1919 festgelegten territorialen Bestimmungen, aber nicht, weil er ein selbstgerechter Fanatiker wie Poincaré gewesen wäre, oder weil er die Friedensverträge für gerecht und die Bestrebungen Deutschlands für unrechtmäßig gehalten hätte. Er nahm gegen die Gebietsrevision Stellung, weil er davon überzeugt war, daß ein grundlegender Eingriff in das vielfältig zusammengesetzte europäische Gleichgewicht in einem Zeitalter unerhörter ideologischer Umwälzungen zu einem neuen europäischen Krieg führen könnte. Er machte aus seiner Einstellung keinen Hehl, und die Erläuterungen, die er Göring im Jahre 1935 anläßlich der Beisetzung Pilsudskis in Polen gab, ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es freute ihn, daß Deutschland das Saargebiet zurückgewann. Das bedeutete keineswegs eine neue Gebietsrevision, sondern nur die Anerkennung vertraglicher Rechte Deutschlands. Er hatte nichts gegen die deutsche Wiederaufrüstung einzuwenden, aber er war der Meinung, es solle bei der Entmilitarisierung des Rheinlands bleiben, schon um Mussolini darin zu bestärken, daß er seinen festen Standpunkt hinsichtlich Österreichs beibehielt. Er wußte, daß eine französisch-italienische Zusammenarbeit die unerläßliche Voraussetzung für beständige Verhältnisse in Mitteleuropa war, und glaubte zuversichtlich, daß Jouvenels großartige Vorbereitungstätigkeit eine solche dauerhafte französisch-italienische Zusammenarbeit möglich gemacht habe.

Eine wichtige Tatsache, die selten erkannt wird, ist, daß Laval in der französischen Außenpolitik bis zu dem Augenblick erfolgreich war,

da ihn Herriot plötzlich im Stich ließ. Das größte außenpolitische Problem für Laval war die Feindseligkeit der Engländer. Trotzdem glaubte er zuversichtlich, die britische Zusammenarbeit mit Frankreich könne sehr schnell wieder hergestellt werden, wenn die britischen Tories erst einmal erkannt hätten, daß sie ihn mit ihren üblichen Intrigen nicht stürzen könnten. Leider bot sich Laval keine echte Chance mehr, zu beweisen, was er zur Verbesserung der englisch-französischen Beziehungen hätte tun können. Die mutige Geste, mit der er Großbritannien Beistand anbot, wenn es während des italienisch-äthiopischen Krieges zu einem englisch-italienischen Konflikt käme, sollte auch den skeptischsten Kritiker davon überzeugen, daß er auch gewußt hätte, wie er mit den führenden britischen Tories ins Gespräch käme, wenn seine eigene Stellung in Frankreich erst einmal vollständig wiederhergestellt gewesen wäre.

Dem Sturz Lavals folgten Chaos und Verwirrung, aber sicherlich nicht aufgrund irgendwelcher Äußerungen oder Taten Lavals während der Zeit seiner Führung. Jeder der Fehler, die Frankreich anschließend unterliefen, war völlig unnötig und hätte von Laval mit Leichtigkeit vermieden werden können. Die Ratifizierung des französisch- sowjetischen Paktes im März 1936 (die von der Deputiertenkammer im Februar 1936 gebilligt worden war), noch bevor Mussolini seinen Afrikafeldzug beendet hatte und in voller Stärke an den Brenner zurückkehren konnte, war ein unglaubliches Narrenstück. In Erwiderung dieses Schrittes wagte Hitler die Wiederbesetzung des Rheinlands. Er hatte seit dem Mai 1935 damit gedroht, an Frankreich Vergeltung zu üben, wenn das französisch-sowjetische Bündnis, das eine Abweichung von dem deutscherseits in Locarno anerkannten Bündnissystem darstellte, vom französischen Parlament gebilligt werde.

Hitler hätte vor Mussolinis Endsieg in Äthiopien im Mai 1936 keinen derartigen Schritt unternommen, wäre nicht die französische Strategie von Lavals politischen Nachlaßverwaltern, Sarraut und Flandin, so schlecht gewesen. Die deutschen diplomatischen Archive lassen hierüber keinen Zweifel. Die Rheinlandbesetzung hätte Hitler auch nach dem Mai 1936 nicht gewagt, wenn Laval an der Macht geblieben wäre und die französisch-italienische Zusammenarbeit fortbestanden hätte. Frankreich und Italien wären in erster Linie imstande gewesen, Hitler in Schranken zu halten, unabhängig davon, welche Haltung die britischen Staatsmänner einnehmen mochten.

Nach Hitlers Vorgehen im Rheinland am 7. März 1936 entschlossen sich Flandin und Sarraut zu der hoffnungslos negativen Politik, jede

weitere Entscheidung Großbritannien zu überlassen. Mit voller Überlegung beschlossen die Engländer, Hitler sein Vorhaben ungestört ausführen zu lassen. Frankreich war bei dieser Lage der Dinge nur passiv und nicht aktiv an den Ereignissen beteiligt, was für Laval untragbar gewesen wäre. Es folgte der Wahlsieg der Volksfront, und solange die Marxisten Frankreich beherrschten, konnte von einer französisch-italienischen Zusammenarbeit natürlich keine Rede sein.

Der Sieg Blums in Frankreich gab der Führerschaft der spanischen Volksfront, die seit Februar 1936 an der Regierung war, den Mut, ihre rücksichtslosen Ausschreitungen gegen die oppositionellen Kräfte der spanischen Rechten fortzusetzen. Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges am 17. Juli 1936 war eine natürliche Folge dieses Zustandes und stellte Blum vor die erste und letzte große Bewährungsprobe in der Führung der französischen Außenpolitik. Sein Handeln in dieser üblen Situation war nicht sehr eindrucksvoll. Er wollte die spanische Volksfront unterstützen, doch wagte er sich weder den Radikalen in seiner eigenen Koalitionsregierung noch auch den britischen Toryführern jenseits des Kanals offen zu widersetzen. Am Ende ließ er den Rotspaniern genug Hilfe zukommen, um einen langen und blutigen Krieg zu gewährleisten, aber nicht genug, um diesen gewinnen zu können. Blum versäumte zurückzutreten, nachdem er sich öffentlich zu einer offiziellen Nichteinmischungspolitik gegenüber Spanien bekannt hatte, von deren Richtigkeit er selber nicht überzeugt war. Er verblieb im Amt unter Bedingungen, die eine erfolgreiche französische Außenpolitik unmöglich machten.

In außenpolitischen Fragen wurde Frankreich unter Blums Regierung von der britischen Führung abhängiger denn je. Die Engländer gingen voran bei der Beschwichtigung Italiens und Deutschlands, und Frankreich glich nur einer Jolle im Kielwasser des britischen Schlachtschiffs (eine Situation, die John Quincy Adams im vergangenen Jahrhundert Amerika hatte ersparen können). Die Stellung Frankreichs in Europa verschlechterte sich dagegen während der Blum-Ära bis zur Unkenntlichkeit. Der einzige unter den kleinen Verbündeten Frankreichs, der den Glauben an dessen Führungsrolle nicht verlor, war der fanatische Benesch in der Tschechoslowakei.

Der Sturz Blums im Juni 1937 bedeutete noch keineswegs das Ende der Volksfront-Ära. War doch Blum auch unter Chautemps noch stellvertretender Premierminister, und Yvon Delbos, einer der schwächsten Außenminister, die Frankreich jemals hatte, verblieb weiterhin am Quai d'Orsay. Übrigens war es kein Geheimnis, daß Blum darauf

hoffte, an die Macht zurückkehren zu können. Niemand konnte erkennen, welche Außenpolitik Frankreich in der Zeit vom Juni 1937 bis zum März 1938 betreiben würde, als Chautemps Premierminister war. Wenn man von Spanien absieht, verlief das Jahr 1937 ruhig, doch schuf sich Chautemps absichtlich einen Vorwand für seinen Rücktritt, als die deutsch-österreichische Krise mit Schuschniggs unverantwortlichem Abstimmungsplan am 9. März 1938 ihren Höhepunkt erreichte.

Blum kehrte an die Macht zurück in der Hoffnung, ohne Rücksicht auf die Haltung Englands eine starre Politik zur Stützung der Tschechoslowakei in die Wege leiten zu können. Sie hätte zwangsläufig innerhalb sehr kurzer Zeit in Mitteleuropa zu einer Kraftprobe zwischen Deutschland und Frankreich geführt. Um eine solche Politik durchführen zu können, benötigte Blum indessen eine breite und feste Regierungskoalition, und diese konnte er trotz der energischen Einmischung Winston Churchills zu seinen Gunsten in die inneren Angelegenheiten Frankreichs nicht erzielen. Im April 1938 wurde Blum gestürzt, und Daladier kehrte an die Macht zurück. Als dieser dann Blums letzten Außenminister Joseph Paul-Boncour zugunsten Georges Bonnets fallen ließ, eines aufrichtigen Fürsprechers der Aussöhnung mit Deutschland, bedeutete das den Beginn einer neuen französischen Außenpolitik, sehr verschieden von der, die Blum vorgeschwebt hatte.

Die französische Außenpolitik Georges Bonnets schloß sich im wesentlichen an die britische Appeasementpolitik Neville Chamberlains an. Es hätte alles einen befriedigenden Verlauf genommen, wenn die Engländer auch weiterhin zu ihrer eigenen Politik gestanden hätten. Lavals Plan vom 16. März 1939, der eine Wiederbelebung der Stresafront vorsah, eines gesunden und durchführbaren Zusammenschlusses zum Ausgleich der wachsenden Macht Deutschlands, war eine wahrhaft große Konzeption, denn er hätte die Fortführung der Appeasementpolitik von einer Position der Stärke aus bedeutet. Die britische Führung plante aber seit Oktober 1938 insgeheim, ihrer Appeasementpolitik ein Ende zu bereiten, und trieb ab März 1939 eine unverhüllt deutschfeindliche Politik. Dieser öffentliche Kurswechsel stand im Zeichen der unübertroffenen Verlogenheit ihrer Intrigen mit Virgil Tilea und ihrer Fiktion eines deutschen Ultimatums an Rumänien, das, wie sie nur zu gut wußte, in Wirklichkeit nie existiert hatte.

Während der deutsch-tschechischen Krise von 1938 war es noch möglich, den Krieg zu vermeiden, weil die Engländer nicht die Absicht hatten, ihn um der Tschechen willen zu beginnen. Benesch hatte mit seiner Intrige vom 21. Mai 1938, der tschechischen Teilmobilmachung

aufgrund der Fiktion von deutschen Truppenansammlungen gegen die Tschechen, kein Glück. Es gelang ihm nicht, die verschlagenen britischen Staatsmänner seiner Sache zu verpflichten.

Den Großteil der wirklichen Vorbereitungsarbeiten für die erfolgreiche Beschwichtigung Deutschlands auf der Münchner Konferenz hatte Bonnet getan, wenn auch Chamberlain später im Rampenlicht stand und alle Ehre für das Erreichte entgegennahm. Die Franzosen, nicht die Engländer, überredeten die Tschechen im September 1938 zweimal zur Kapitulation gegenüber Deutschland. Bonnet und nicht Halifax entwarf die Formel für die Garantie, die der Tschechoslowakei im Austausch gegen die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland und gegen die Befriedigung der Gebietswünsche Polens und Ungarns auf Kosten der Tschechen gegeben werden sollte. Chamberlains Leistung beschränkte sich im wesentlichen nur auf seine aufsehenerregenden Besuche bei Hitler und seinen dramatischen Appell an die Vermittlung Mussolinis am 28. September 1938. Wie dem auch sei, 1938 ermöglichte die englisch-französische Zusammenarbeit eine friedliche Lösung der deutsch-tschechischen Krise. Dieses Zusammenspiel hätte zweifellos auch weiterhin die gleichen befriedigenden Ergebnisse gezeitigt, wenn sich die Engländer nicht für eine andere Politik entschieden hätten.

Die Schwierigkeiten begannen erst im November 1938, als Halifax bewußt Bonnets Plan zur Garantie des tschechischen Staates sabotierte. Schon vorher hatten die Engländer sich der Verantwortung für ein Schiedsverfahren zwischen den Tschechen und Ungarn entzogen und damit die Bestimmungen des Münchner Abkommens verletzt. Doch war dieser Abschnitt des Problems durch den Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 geklärt worden, der die ungarischen Bestrebungen einer völligen Auflösung der Tschechoslowakei zeitweilig durchkreuzte. Die Frage der Garantie selbst lag auf ganz anderer Ebene, denn der tschechische Staat konnte angesichts der nationalen Forderungen der Slowaken überhaupt nur dann auf Fortbestand hoffen, wenn die Slowaken aufgrund ausländischer Unterstützung zugunsten der Tschechen gezwungen würden, eine gemäßigtere Haltung einzunehmen.

Die polnischen und ungarischen Intrigen zur Zerstörung der Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen wären kaum ins Gewicht gefallen, wenn die vier Münchner Mächte dem Bonnet-Plan gemäß der Verpflichtung nachgekommen wären, dem tschechischen Staat individuelle, einseitige Garantien nach Art der einstigen Garantien

Frankreichs, Großbritanniens und Preußens für Belgien im Jahre 1839 zu gewährleisten. Wäre der Plan von Halifax, eine britische Garantie für die Tschechen von der Bereitschaft Mussolinis abhängig zu machen, in jeder Krise aktiv für die Tschechen einzutreten, durchgeführt worden, so hätte er aber zu einem weit schlimmeren Fiasko geführt, als der Verzicht auf jegliche Garantie überhaupt. Bonnet erkannte das auch und wußte, daß eine andersgeartete französische Garantie für den tschechischen Staat ohne britische Unterstützung wirkungslos bleiben würde. Das Ergebnis war ein weiteres Chaos in der französischen Außenpolitik, vergleichbar der Zeit nach dem Sturz Lavals.

Die anglo-französischen Aufforderungen zu einem deutschen Schritt zur Stützung der Tschechen, ohne ihrerseits irgendwelche konkreten Vorschläge zu unterbreiten, waren kaum mehr als eine schlechte Komödie. Der Zusammenbruch der Tschechoslowakei im März 1939 muß geradeswegs darauf zurückgeführt werden, daß Großbritannien und Frankreich ihren Münchner Zusicherungen auswichen. Hitler erwog bis Februar 1939 nicht einmal die Möglichkeit einer Unterstützung der slowakischen Nationalisten, als es schon lange offenkundig geworden war, daß die Engländer und Franzosen nicht die Absicht hatten, ihren Münchner Verpflichtungen nachzukommen.

Die neue britische Politik der offenen Feindseligkeit gegenüber Deutschland führte seit dem März 1939 dazu, daß die Engländer Frankreich von einer verhängnisvollen Situation in die andere stießen. Die Franzosen waren sprachlos, als die Engländer das Scheitern ihres Planes einer Bündniskombination, die sowohl Polen als auch die Sowjetunion einschließen sollte, damit quittierten, daß sie den Polen unbekümmert einen Blankoscheck für Provokationen gegen Deutschland ausstellten, wann immer diese ihre Unabhängigkeit angeblich für bedroht halten würden. Dem britischen Schritt ging eine unbegründete polnische Teilmobilmachung gegen Deutschland voraus, mit der Beck den Engländern zeigen wollte, daß Polen zum Kampf bereit sei, nicht aber eine Bedrohung Polens (es gab keine) durch Deutschland.

Die englisch-französischen Verhandlungen mit der Sowjetunion waren infolge der britischen Polengarantie von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese Situation führte zum deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939. Frankreich blieb nur noch die Aussicht auf einen unerwünschten Krieg zugunsten Polens, eines schwachen Landes, dessen militärische Niederlage vor Deutschland in einem Krieg unvermeidlich war, unabhängig davon, was Frankreich unternehmen mochte. Die Engländer, die Frankreich zum Krieg anzuspornen such-

ten, bereiteten ihre Intervention auf dem Kontinent weit weniger energisch vor, als sie es in den Jahren vor 1914 getan hatten. Frankreich wurde einem Krieg entgegengetrieben, in dem es binnen sehr kurzer Zeit Deutschland praktisch allein gegenüberstehen würde.

Die meisten französischen Politiker, auch Daladier und Bonnet, waren sich darin einig, daß Polen ein ungetreuer Verbündeter gewesen sei, und daß die Polen nach Abschluß des deutsch-russischen Paktes französische Hilfe gegen Deutschland einfach nicht verdienten. Frankreich zog einen Krieg um der Polen willen nur aus dem einen Grund in Betracht, weil die britischen Staatsmänner darauf bestanden.

Wenn je, dann war es jetzt an der Zeit, daß Frankreich sich von der britischen Bevormundung freimachte und entweder auf einer diplomatischen Regelung der deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten oder aber auf seiner Neutralität in einem deutsch-polnischen Krieg bestand, wenn polnische Unversöhnlichkeit trotz der maßvollen Vorschläge Hitlers eine diplomatische Regelung unmöglich machte. Nichts dergleichen geschah. Bonnet war eifrig auf eine neue Politik bedacht, wünschte aber, daß ein anderer die Verantwortung übernähme.

Bonnets Versuch, in der Sitzung des französischen Verteidigungsrats am 23. August 1939 Gamelin zum „Prügelknaben" zu machen, scheiterte und Daladiers Verärgerung über die Engländer und die Polen war niemals stark genug, um ihn selbst diese Rolle übernehmen zu lassen. Die feige Zusicherung Cianos an Lorraine vom 18. August 1939, Italien werde Deutschland nicht unterstützen, trotz seines anderslautenden Versprechens Hitler gegenüber, hatte Gamelin fünf Tage vorher die Möglichkeit gegeben, sich Bonnets Drängen zu entziehen und zu behaupten, das italienische Neutralitätsversprechen schüfe die Vorbedingungen hinreichender militärischer Sicherheit für Frankreich. Der Versuch, noch nach Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges eine italienische Vermittlung sicherzustellen, scheiterte weitgehend an der Furcht der Italiener, sie könnten sich das Mißfallen der Engländer zuziehen. Der deutsch-polnische Krieg selbst wurde unvermeidbar, weil der britische Botschafter Kennard bedauerlicherweise darauf bestand, daß Beck direkte Verhandlungen mit Deutschland ausschlagen solle, nachdem die britische Regierung am 28. August 1939 zugesichert hatte, daß Polen verhandeln werde.

Cianos Verzicht auf seinen Konferenzplan am 2. September 1939, der Hitlers Zustimmung und Unterstützung gefunden hatte, bedeutete das Ende einer weiteren vielversprechenden Möglichkeit, einen allgemeinen europäischen Krieg zu vermeiden. Die letzte Lösung, die noch

offen blieb, wäre Bonnets Weigerung gewesen, Halifax' Plan eines Präventivkrieges mit der Begründung zu akzeptieren, Polen habe wegen seiner feindseligen Politik gegenüber Frankreichs tschechischem und sowjetischem Verbündeten in den Jahren 1938 und 1939 keinen gültigen Anspruch auf französische Unterstützung. Aber Bonnet hatte nicht den Mut, den britischen Staatsmännern die Stirn zu bieten, denen es daher am 3. September 1939 gelang, Frankreich in einen unpopulären Krieg gegen Deutschland zu zerren, trotz des Friedenswunsches der überwältigenden Mehrheit des französischen Volkes. Bonnets Unvermögen, sich Halifax zu widersetzen, bedeutete für sein Land und für das ganze übrige Europa eine Tragödie.

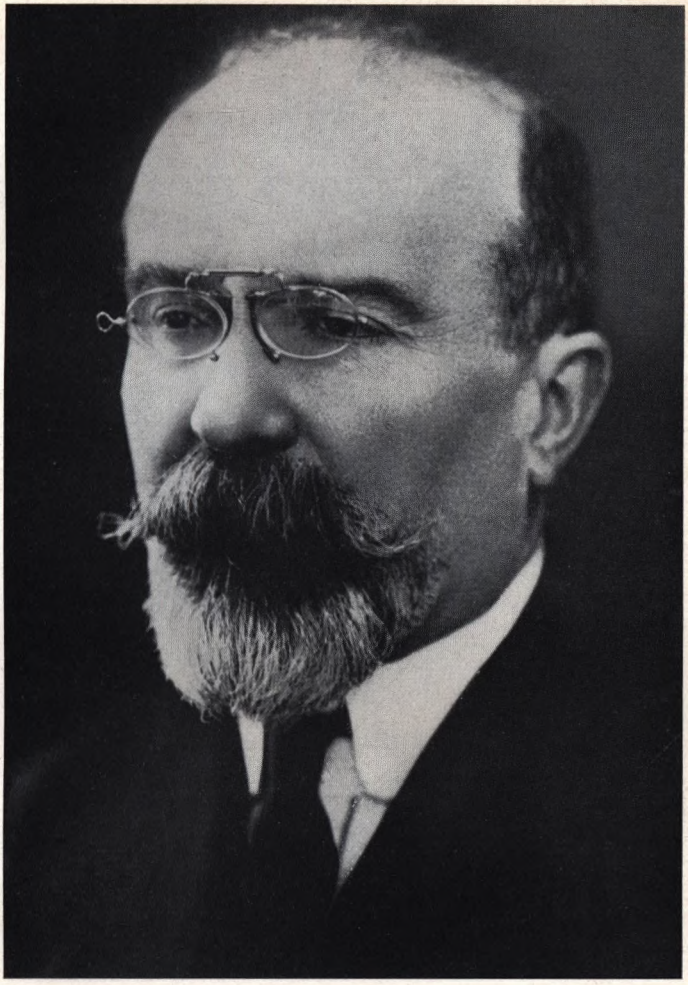
Ein Versagen verdient nicht unbedingt Vergessenheit. Bonnets Sinn für echte Werte, seine glänzende Begabung und vor allem seine vielen aufrichtigen Friedensbemühungen dürften ihm vor dem Gericht der Geschichte den Ruf eines der größten Staatsmänner Europas sichern. Soll in der Geschichtsschreibung endlich wieder Gerechtigkeit herrschen — und das scheint möglich — dann wird über jenen Jahren die Gestalt Lavals erscheinen, des überragenden französischen Staatsmannes. Auch jedes andere Land würde mit Recht stolz darauf sein, einen Mann wie ihn seinen Sohn zu nennen.

Das wohl deutlichste und augenfälligste Ergebnis dieser Studie ist, daß alles in allem die französische Dritte Republik der Jouvenel, Bonnet, Daladier, Flandin, Caillaux, Laval und Tardieu, um nur an einige der berühmteren Namen ihrer Staatsmänner zu erinnern, ein Staatswesen war, das zu großen Hoffnungen berechtigte und reiche Möglichkeiten in sich barg, zumal da es mit einer lebenskräftigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung ausgestattet war.

Die Dritte Republik Frankreichs verdiente Fortbestand und Gedeihen. Das demütigende Schicksal, das sie im Zweiten Weltkrieg ereilte, war ein tragisches und unnötiges. Keiner der Hauptpersonen dieser Geschichte kann dafür die Schuld gegeben werden. Nicht einmal Kerillis, Reynaud, Mandel und Blum.

Auch dieses Unglück entstand in London, herbeigeführt von jenen einstmals so stolzen Baumeistern, oder vielmehr Möchtegern-Baumeistern am Glück der Menschheit: den britischen Tories. Sie hielten einmal das Schicksal der Welt in ihren Händen. Daß dies nun nicht weiterhin mehr der Fall ist, bedeutet eine Hoffnung für Frankreich und die übrige Welt.

Abbildungen und Lebensübersichten



Jean Louis Barthou

1862—1934

Rechtsanwalt; seit 1889 Abgeordneter der französischen Kammer und mehrmals Minister; 1913 Ministerpräsident als Nachfolger Briands und 1921—22 Kriegsminister unter Briand; 1922—26 Präsident der Reparationskommission; forderte die Besetzung des Ruhrgebiets; seit 1922 Mitglied des Senats; 1934 Außenminister; Abrüstungsgegner; zusammen mit König Alexander von Jugoslawien am 9. Oktober 1934 Opfer eines Attentats

Eduard Benesch

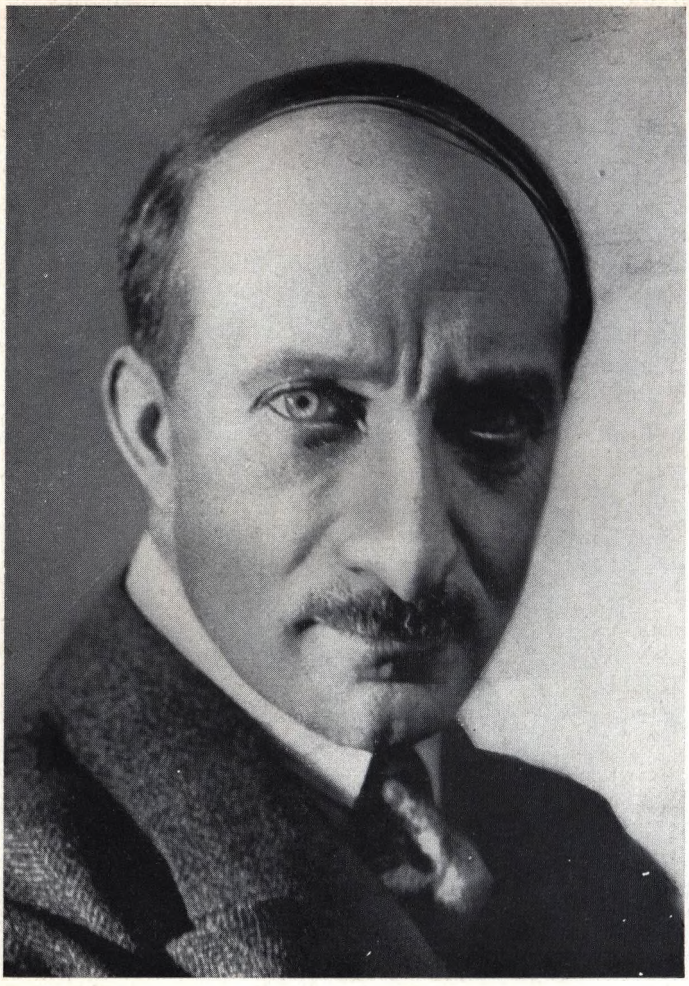
1884–1948

1909 Dozent für Nationalökonomie an der Universität Prag; Gehilfe Masaryks und Generalsekretär des tschechischen Nationalrates mit dem Ziel der Vernichtung der Donaumonarchie und Schaffung eines tschechischen Staates; 1918–1935 tschechischer Außenminister; 1935–1938 Staatspräsident; 1939 Lehrtätigkeit an der Universität Chicago; 1940 Präsident der tschechischen Exilregierung; 1943 Bündnisvertrag mit der Sowjetunion; 1945 erneut Staatspräsident; 1948 entmachtet durch kommunistischen Staatsstreich; verantwortlich für die Vertreibung und Mißhandlung der Sudetendeutschen

Léon Blum

1872—1950

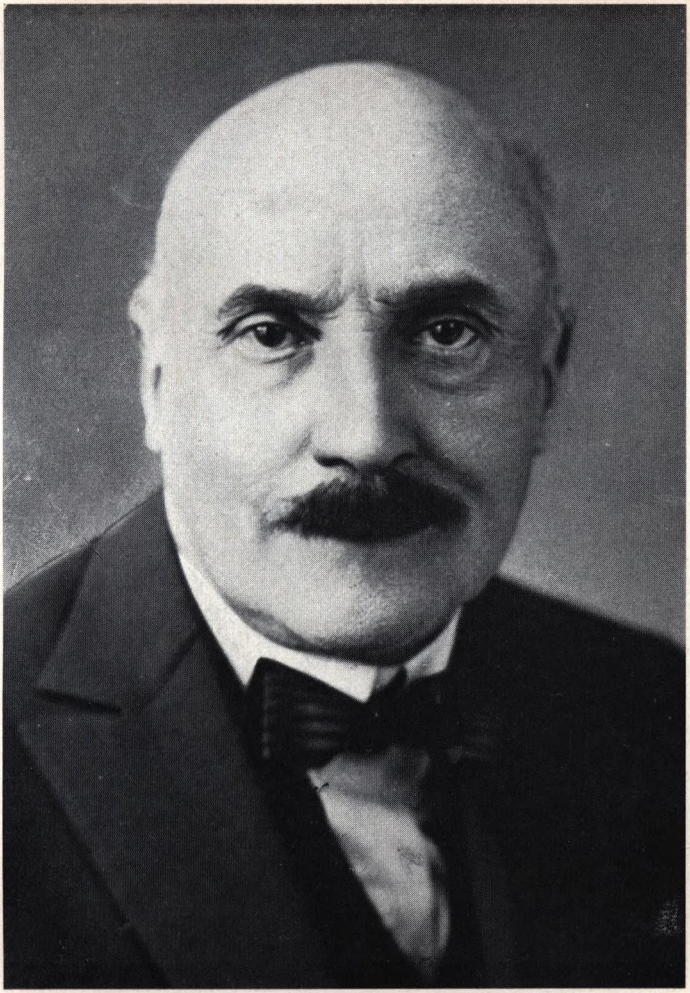
Aus einem früher in Deutschland ansässigen jüdischen Geschlecht; Schriftsteller und Theaterkritiker; schrieb zeitkritische „Nouvelles conservations de Goethe avec Eckermann" (1897—1900) und „Du mariage" (1907); als Führer der französischen Sozialisten und der Volksfront Hilfe für Rot-Spanien im Spanischen Bürgerkrieg; 1936 erster jüdischer Premier Frankreichs; 1943—45 in Buchenwald und Dachau interniert; 1946 Herausgeber des Populaire



Georges Etienne Bonnet

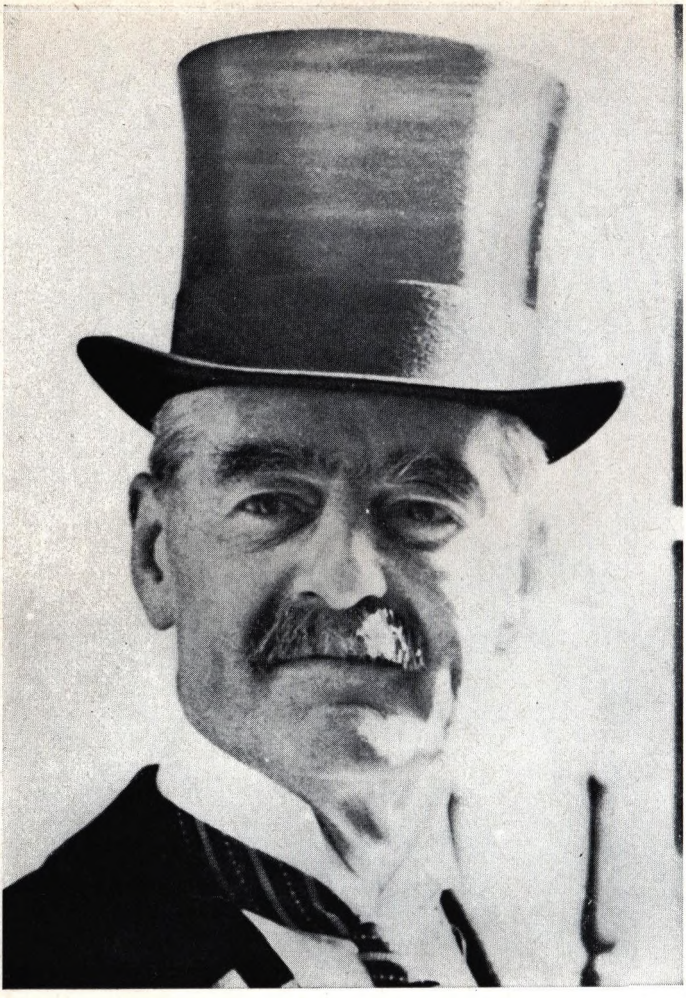
geb. 1889

Militärrichter; 1924—1940 als Radikalsozialist Mitglied der Kammer; zwischen 1933 und 1940 wiederholt Minister; bis 1937 Botschafter in Washington; lehnte Geheimdiplomatie ab; trat als außenpolitischer Schüler Aristide Briands für ständige Friedenspolitik gegenüber Deutschland ein und übte als Außenminister (seit August 1938 bis kurz nach Ausbruch des 2. Weltkriegs) entsprechenden Einfluß auf Daladier aus, konnte sich aber trotz bester Friedensabsichten gegen Halifax' Kriegsdrängen nicht durchsetzen



Josef Caillaux
1863—1944

Professor der Finanzwissenschaft; von 1899—1911 dreimal französischer Finanzminister; 1911—12 Ministerpräsident; am 17. März 1913 erschießt seine Frau wegen Veröffentlichung ihrer privaten Briefe durch den Chefredakteur des „Figaro" Calmette diesen in seinem Büro; wird freigesprochen; wegen seiner Bemühungen um Verständigung mit Deutschland während des Ersten Weltkriegs des Landesverrats bezichtigt, jedoch freigesprochen und verbannt; nach Rückkehr aus der Verbannung 1924 nochmals Finanzminister; Volksfrontgegner und für Völkerverständigung; „Ich bin zeit meines Lebens ein unglücklicher Mensch gewesen; ich habe mich auf den Gipfeln des Lebens befunden, aber sie waren den Abgründen immer sehr nahe."



Arthur Neville Chamberlain

1869—1940

1916/17 Leiter des Kriegsdienstamtes; 1922 Generalpostmeister; 1923, 1924—1929 sowie 1931 Wohlfahrtsminister; 1931—1937 Schatzkanzler; 1937—1940 Premierminister; 1938 Verhandlungen mit Hitler in Berchtesgaden und Bad Godesberg sowie Münchner Abkommen; 1939 Polengarantie und Vorbereitung eines Präventivkrieges gegen Deutschland; nach Keith Feilings Chamberlain-Biographie (London 1946) Münchener Konferenz nur Zeitgewinn für Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland; 1940 Sturz; bis zu seinem Tode am 9. 11. 1940 Lordpräsident

Edouard Daladier

geb. 1884

Geschichtslehrer; 1919 radikalsozialistischer Abgeordneter; Gegner der französischen Ruhrbesetzung; seit 1924 wiederholt Minister und mehrmals Ministerpräsident, zuletzt 1938—1940; trat zusammen mit seinem Außenminister Bonnet für deutsch-französischen Ausgleich ein; 1943—1945 in Deutschland interniert; seit 1946 wieder Abgeordneter; 1957 Vorsitzender der radikalsozialistischen Partei

Yvon Delbos

1885—1956

Professor für Literaturgeschichte; 1924 Abgeordneter der Radikalen; 1925 Erziehungsminister; 1936—38 Außenminister; gegen Einmischung in den Spanischen Bürgerkrieg; 1952 französischer Vertreter der Montanunion; 1955 Senator

Gaston Doumergue

1863—1937

Rechtsanwalt; Abgeordneter der französischen Radikalen; mehrmals Minister; 1910 Senator; 1913—14 Ministerpräsident und Außenminister; 1924—1931 (12.) Präsident der Dritten Republik; 1934 zurückgetreten; trat vergeblich für Stärkung der Exekutive ein

Pierre-Etienne Flandin

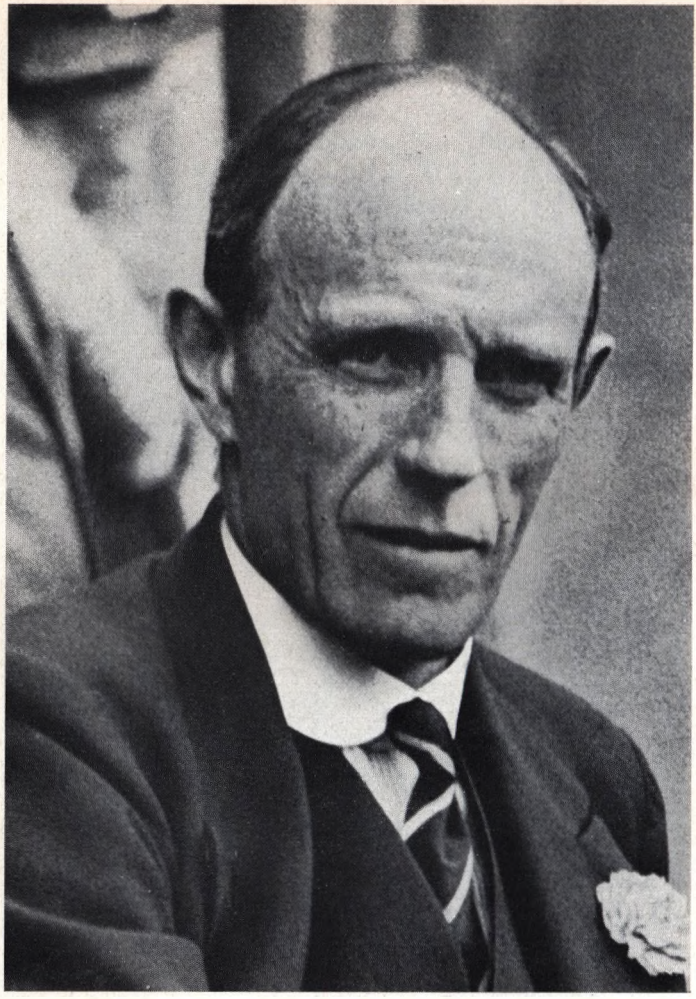
1889—1958

Normannischer Herkunft; Rechtsanwalt; Abgeordneter der französischen Rechten; 1920—1936 mehrmals Minister; 1934 Ministerpräsident; 1941 Vizepräsident der Vichy-Regierung

Maurice Gustave Gamelin

1872—1958

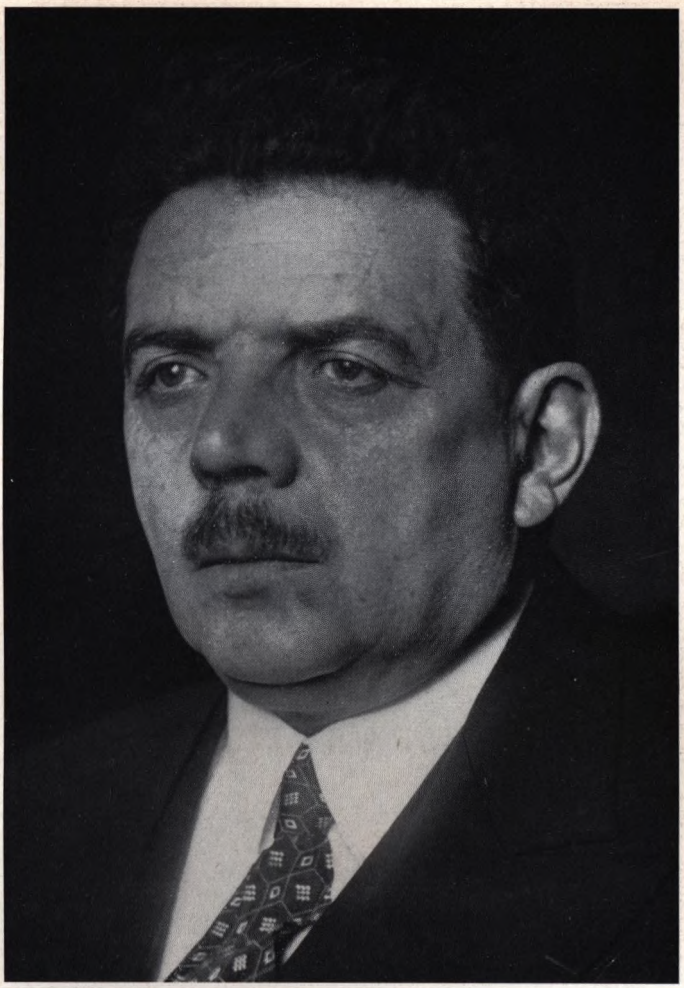
1914—1917 Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber des französischen Heeres Marschall Joffre; 1931 Generalstabschef; 1935 Generalinspekteur des französischen Heeres und Vizepräsident des Obersten Kriegsrates; 1939 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Frankreich; 1940 abgesetzt als der für die französische Niederlage Verantwortliche; bis 1943 in französischer, bis 1945 in deutscher Haft



Edward Frederick Lindley Wood
Earl of Halifax

1881—1959

Sohn des englischen Kirchenpolitikers Charles Lindley Wood; 1910—1925 konservativer Abgeordneter; 1921—22 Unterstaatssekretär für die Kolonialgebiete; 1922—24 Präsident des Unterrichtsamtes; 1924—25 Landwirtschaftsminister; 1926—31 Vizekönig von Indien; 1932—35 nochmals Präsident des Unterrichtsamtes; 1935 Kriegsminister; 1935—38 Geheimsiegelbewahrer; 1938—40 Außenminister; 1941—46 Botschafter in den Vereinigten Staaten



Edouard Herriot

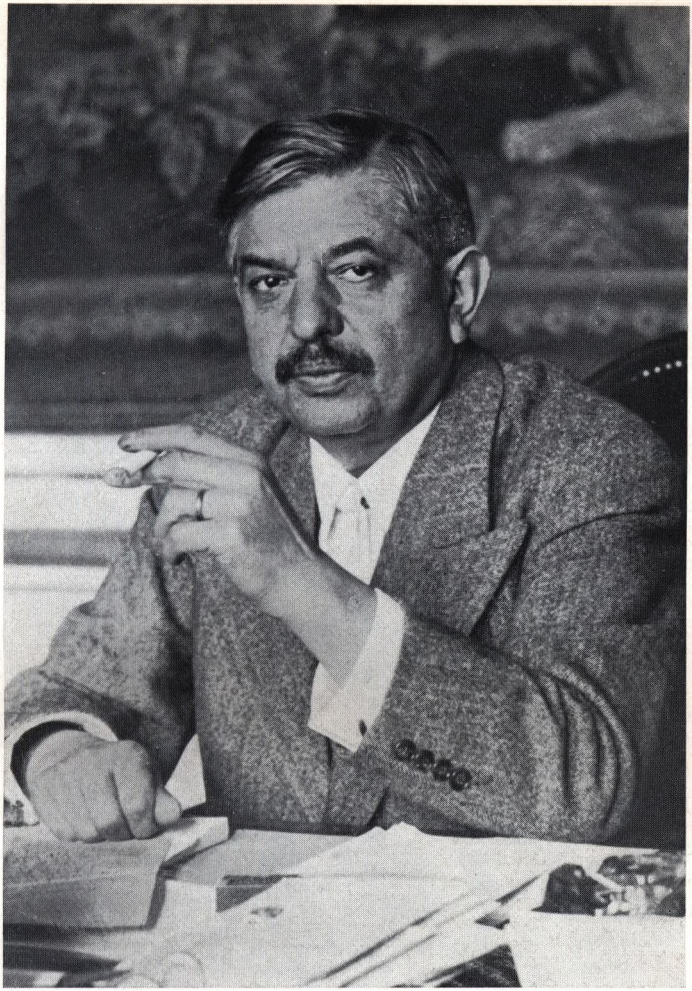
1872—1957

Geschichtslehrer; 1905 Bürgermeister in Lyon; 1912 Senator; 1916—17 Arbeitsminister unter Briand; als Führer der Radikalsozialisten gegen Bloc national; 1921 Verbindung mit Sowjetunion zwecks späterer Anerkennung; 1924 Nachfolger Poincarés als Ministerpräsident und Außenminister; nach Sturz 1925 wieder Bürgermeister in Lyon; für Verständigung mit Deutschland; Verfasser zahlreicher Schriften

Henry de Jouvenel

1876—1935

Seit 1905 Chefredakteur des Matin; 1921 Senator; 1924 Unterrichtsminister unter Poincaré; 1925—26 Oberkommissar in Syrien; für deutsch-französische Verständigung und Annäherung an Italien; von Madame Tabouis und ihrer jüdischen Freundin, Jouvenels erster Frau, während seiner italienischen Mission leidenschaftlich bekämpft



Pierre Laval

1883—1945

Aus Bauerngeschlecht der Auvergne; von der Mutter her arabisches Blut; besaß die Sympathie Briands; Advokat; 20 Jahre Bürgermeister der Pariser Vorstadt Aubevilliers; 1932—1939 elfmal Minister, viermal Ministerpräsident; 1945 wegen Kollaboration mit Deutschland zum Tode verurteilt und hingerichtet. Seine Exekution im Jahre 1945, als die kommunistische Flut in Frankreich aufbrandete, „eins der schlimmsten Justizverbrechen jener Ära" (Hoggan)

Albert Lebrun

1871—1950

Bergingenieur; 1900—20 Abgeordneter der Rechten; 1920 Senator; 1911—19 mehrmals Minister; 1931—32 Senatspräsident; 1932 Präsident der Dritten Republik; 1940 Rücktritt unter Berufung Pétains

Anatole de Monzie

1876—1947

Rechtsanwalt; 1920 Senator der Radikalen; 1925 Unterrichtsminister; macht ersten französischen Ministerbesuch in Berlin; 1926 Minister für öffentliche Arbeiten; 1940 für Waffenstillstand und Zusammenarbeit mit Deutschland

Benito Mussolini

1883—1945

Sohn eines Schmiedes; 1901 Volksschullehrer; 1912—1914 Chefredakteur des sozialistischen Avanti und Begründer des faschistischen Popolo d'Italia; 1917 als Korporal schwer verwundet; 1922 Marsch auf Rom und vom König mit Regierungsbildung beauftragt; 1929 Lateranverträge; 1935/36 Abessinienkrieg; 1939 Freundschafts- und Bündnispakt mit Deutschland (Stahlpakt); 1943 auf Befehl des Königs Staatsgefangener auf dem Gran Sasso d'Italia und Befreiung durch deutschen Fallschirmjägereinsatz; Gründung der Republica Sociale Italiana; 2. 4. 1945 von italienischen Partisanen beraubt, mißhandelt und getötet

André Tardieu

1876—1945

Diplomat; 1902—14 außenpolitischer Redakteur des Temps; 1919 maßgebende Mitwirkung am Versailler Vertrag, insbesondere an der Reparations- und Saarfrage; 1919—20 Minister der befreiten Gebiete; seit 1932 nach Rücktritt Poincarés bedeutendster Politiker der Rechten; 1926—32 mehrmals Minister; 1932 Kriegsminister im Kabinett Laval; Gegner einer deutsch-französischen Verständigung

Alexander Serge Stavisky

Russisch-jüdischer Emigrant und Bankbetrüger; bewohnte bis zu seiner Entlarvung im Jahre 1933 das 5. Stockwerk des berühmten Pariser Claridge-Hotels; galt als Berühmtheit in der internationalen Gesellschaft; zahlreicher Unterschlagungen und Bankbetrügereien überführt; persönlicher Freund des Premierministers Chautemps, auch sonst enge Verbindung zu französischen Regierungskreisen, besonders zu Paul-Boncour; versuchte zu entkommen; wurde in der Nähe seiner Villa bei Chamonix tot aufgefunden; Folge des Stavisky-Skandals Rücktritt des Kabinetts Chautemps

Geneviève Tabouis

Deutschfeindliche Pariser Journalistin; für Vernichtungskrieg gegen Deutschland und Italien; seit Rußlandreise 1933 für Bündnis mit Sowjetunion; Laval- und Jouvenel-Gegnerin; über Liaison mit höchstem Beamten am Quai d'Orsay außenpolitische Informationen; vereitelte im Dezember 1935 mit Hilfe einer Indiskretion Vansittarts den Hoare-Laval-Plan zur Beendigung des italienisch-äthiopischen Krieges; zwang Hoares Rücktritt herbei und schwächte Lavals Position

Robert Gilbert Vansittart

1881—1957

1929 ständiger Staatssekretär im Foreign Office; 1937—1941 Erster diplomatischer Berater des britischen Außenministers; erklärter, mit den Mitteln der gehässigsten Diffamierung kämpfender Deutschlandfeind

ANMERKUNGEN

Zur Einleitung

[1] *Eugen Weber*, Action Française: Royalism and Reaction in Twentieth Century France, Stanford, Calif. 1962, 530

[2] ebd 386

[3] ebd VII

[4] *Albert C. Carr*, The Coming of War: an Account of the Remarkable Events Leading to the War of 1812, New York 1960, 10

[5] ebd

[6] ebd 349

[7] *Colonel A. Goutard*, The Battle of France, 1940, New York 1959

Zum ersten Kapitel

[1] *James Joll*, The Making of the Popular Front, veröffentlicht in St. Antony's Papers, Nr. 5, London 1959, 37

[2] Das Gebiet der französischen Vorherrschaft in Europa schloß natürlich die Sowjet-Union aus, die eine eurasische Macht war.

[3] *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement: Anglo-French Relations and the Prelude to World War II, 1931—1938, Washington, D. C. 1960, 104 f

[4] *Ernst Robert Curtius*, The Civilization of France, New York 1932, 189

[5] *Maurice Duverger & Francois Goguel*, L'Influence des Systèmes Electoraux sur la Vie Politique, Paris 1950, 71

[6] *René Albrecht-Carrié*, A Diplomatic History of Europe since the Congress of Vienna, New York 1958, 299 ff

[7] ebd, 186 ff und 371 ff

[8] *Paul Combe*, Niveau de Vie et Progrès technique en France depuis 1860, Paris 1955, 235; *Louise-Marie Ferré*, Les classes sociales dans la France contemporaine, Paris 1936, 185 ff

[9] *Léon Jouhaux*, La C. G. T.: Ce qu'elle est, ce qu'elle veut, Paris 1937, 17 ff; *Samuel Osgood*, French Royalism under the Third and Fourth Republics, Den Haag 1960, 146 ff

[10] *G. E. Lavau*, Partis Politiques et Réalités Sociales, Paris 1953, 26

[11] *Hermann Hoenig*, So starb die Dritte Republik, Berlin 1942, 13 ff

[12] Vgl. besonders: *Jean Jacques Rousseau*, Du Contrat Social, Band 8, Kap. 4, Amsterdam 1762

[13] *W. L. Middleton*, The French Political System, London 1932, 170 ff

[14] *Jean Giraudeux*, De Pleins Pouvoirs à Sans Pouvoirs, Paris 1950, 128 f

[15] *André Tardieu*, France in Danger, London 1935, 160 ff

[16] *Tardieu*, aaO, 169 ff

[17] *Raymond Leslie Buell*, Contemporary French Politics, New York 1920, 198, 219

[18] *Duverger & Goguel*, aaO, 79 ff

[19] ebd 17

[20] ebd

[21] *G. Fraser & T. Natanson*, Léon Blum, Man and Statesman, New York 1938, 202 f

[22] ebd

[23] *Maurice Duverger*, Les Partis Politiques, Paris 1951, 46 ff; *Bertrand de Jouvenel*, On Power, New York 1949, 275

[24] Die Partei wurde sowohl von der gesamten Presse wie auch von ihren eigenen Mitgliedern die „Radikale" genannt.

[25] *Edouard Herriot*, Pourquoi je suis radical-socialiste, Paris 1928, 150

[26] *Max Beloff*, The Sixth of February, veröffentlicht in St. Antony-Papers, Nr. 5, London 1959, 14

[27] *E. Beau de Loménie*, La Mort de la Troisième République, Paris 1951, 27

[28] *Francois Goguel*, La Politique des Partis sous la IIIe République, Paris 1946, 237

[29] *Rudolph Binion*, Defeated Leaders: the Political Fate of Caillaux, Jouvenel and Tardieu, New York 1960, 308

[30] *Pierre Miquel*, Poincaré, Paris 1961, 514 ff

[31] *Jacques Chastenet*, Histoire de la Troisième République, Bd 5, Les Années d'Illusion, 1918—1931, Paris 1960, 235

[32] *Binion*, aaO, 293 f; *Chastenet*, aaO, Bd 5, 242 f

[33] *Paul Reynaud*, Mémoires, Bd 1, Venu de ma Montaigne, Paris 1960, 237 ff

[34] *Binion*, aaO, 302

[35] ebd 303

[36] *Tardieu*, aaO, 27 ff

[37] *Léon Blum*, L'Histoire Jugera, Montreal 1943, 11, 81

[38] *John Sherwood*, The Tiger's Cub: the Last Years of Georges Mandel, veröffentlicht in St. Antony's Papers, London 1959, 87 f; *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 52 f

[39] *Anatole de Monzie*, La Saison des Juges, Paris 1943, 184

[40] *Mallet*, aaO, Bd 1, 15

[41] France under the German Occupation, 1940—1944, Stanford, Calif. 1958, Bd 1, 430, Bd 2, 876, 979, 1025

[42] *Henry Torrès*, Pierre Laval, New York 1941, 24

[43] *Mallet*, aaO, Bd 1, 18 ff

[44] *G. Walter*, Histoire du Parti Communiste Français, Paris 1948, 49 ff

[45] *Torrès*, aaO, 58 ff

[46] *Mallet*, aaO, Bd 1, 26 f

[47] *Joseph Caillaux*, Mes Mémoires, Bd 3, Paris 1947, 217 ff

[48] *Binion*, aaO, 310 ff

[49] *Mallet*, aaO, Bd 1, 30 f

[50] *Lucien Genet*, Cinquante Ans d'Histoire, 1900—1950, Bd 2, Paris 1951, 338 ff

[51] *Edouard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 287 ff

[52] *Edouard Herriot*, In Those Days, Bd 1, New York (keine Jahreszahl), 9, 130, 168 (dies ist die englische Übersetzung des 1. Bds von ‚Jadis', der *Herriot*-Memoiren; der zweite Bd war in englischer Sprache nicht verfügbar).

[53] ebd, Bd 1, 137 ff

[54] ebd, Bd 1, 271 ff

[55] ebd, Bd 2, 135 ff und 307 ff

[56] *Charles H. Slovès*, La France et l'Union Soviétique, Paris 1935, 322 ff

[57] *Charles Bettelheim*, Bilan de l'économie française, 1919—1946, Paris 1947, 237 ff

[58] *Robert Lacour-Gayet*, Le Problème de la dette française envers les Etats-Unis après la première Guerre Mondiale, veröffentlicht in Revue d'Histoire Diplomatique, Paris 1961, 1

[59] *Goguel*, La Politique, 265

[60] vgl. auch *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951, 38 ff

[61] *Georges Bonnet*, Defense de la Paix, Genf 1946, 67

[62] *Temps*, 30. Oktober 1933

[63] *Genet*, aaO, Bd 3, 41 f; *Caillaux*, aaO, Bd 1, Paris 1942, 284 f

Zum zweiten Kapitel

[1] *Gaston de Launay & René Dommange*, La Leçon de 6 Fevrier, veröffentlicht in Revue Hebdomadaire, 7. April 1934

[2] *Léon Blum*, L'Histoire Jugera, Montreal 1943, 81 ff

[3] *Rudolf Brock*, Stavisky, der größte Korruptions-Skandal Europas, Berlin 1934, 14 ff

[4] Dans les Coulisses des Ministères et de l'État Major, 1932—1940, Paris, ohne Jahr, 22 f

[5] *Louis Ducloux*, From Blackmail to Treason: Political Crime and Corruption in France, 1920—1940, London 1958, 106

[6] *Lucien Genet*, Cinquante Ans d'Histoire, 1900—1950, Bd 3, Paris 1951, 41 ff

[7] *Ducloux*, aaO, 99, 107 ff

[8] Chambre de Députés: Rapport de la Commission d'Enquete sur les Evenements du 6 Fevrier 1934, Paris 1934, Doc. 3383—3393

[9] *Georges Suarez*, La Grande Peur du 6 Fevrier au Palais-Bourbon, Paris 1934, 10 f

[10] *Samuel Osgood*, French Royalism under the Third Republics, den Haag 1960, 117 ff

[11] *Max Beloff*, The Sixth of February, veröffentlicht in St. Antony's Papers, Nr. 5, London 1959, 16 f

[12] ebd, 17 ff

[13] ebd

[14] ebd; vgl. auch *Laurent Bonnevay*, Les Journées Sanglantes de Fevrier 1934, Paris 1935, 22 ff

[15] Chambre des Députés: Débats Parlamentaires, Jan. 16, 1934, et sequitir

[16] ebd, 23. Jan. 1934; vgl. auch *Philippe Henriot*, Le 6 Février, Paris 1934, 31 ff

und *Edouard Bonnefous*, La Republique en Danger: des Ligues au Front Populaire, 1930—1936, Paris 1962, 195 f

[17] ebd; vgl. auch *Leon Guerdin*, Je les ai tous connus, New York 1942, 75 ff

[18] *Suarez*, aaO, 25 ff

[19] *Pierre Dignac*, Les Malfaiteurs Publics: Documents d'Histoire, 1924—1940, Grenoble 1943, 17 ff; „Malaise Parlamentaire et Crise Ministérielle" erschienen in Illustration, 3. Febr. 1934

[20] *Pierre Lazareff*, Deadline: the Behind-the-Scenes Story of the Last Decade in France, New York 1942, 64 ff

[21] *Beau de Loménie*, La Mort de la Troisième République, Paris 1951, 26 f

[22] *Stanton B. Leeds*, These Rule France: the Story of Edouard Daladier and the Men around Daladier, New York 1940, 92; *Bonnefous*, aaO, 199 ff

[23] *Johannes Stoye*, Frankreich zwischen Furcht und Hoffnung, Leipzig 1938, 179 ff

[24] Drieu la Rochelle, Chronique Politique, 1934—1942, Paris 1943, 13 ff; *Beloff*, aaO, 24 ff

[25] *Edouard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 376 f; *Leeds*, aaO, 94

[26] *André Simone*, J'accuse! The Men who betrayed France, New York 1940, 144

[27] *Edouard Daladier*, In Defense of France, New York 1939, 5 ff

[28] ebd, 13 ff

[29] *Herriot*, aaO, Bd 2, 377; *Albert Lebrun*, Témoignage, Paris 1945, 257

[30] *Suarez*, aaO, 128

[31] *Leeds*, aaO, 73 ff

[32] *G .Fraser & T. Natanson*, Léon Blum, Man and Statesman, New York 1938, 218

[33] Chambre des Députés: Débats Parlamentaires, Feb. 6, 1934; *Leeds*, aaO, 89 ff

[34] *Colette Audry*, Léon Blum ou la Politique du Juste, Paris 1955, 91 ff

[35] ebd

[36] *Fraser & Natanson*, aaO, 235 f

[37] *Leeds*, aaO, 57 f

[38] *Léon Blum*, Nouvelles Conversations de Goethe avec Eckermann, veröffentlicht in L'Oeuvre de Léon Blum, Bd 1, Paris 1954, 262 ff

[39] *Léon Blum*, Du Mariage, Paris 1907

[40] *Fraser & Natanson*, aaO, 137 ff; *L. Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 27 ff

[41] *Fraser & Natanson*, aaO, 171 ff; *Colette Audry*, aaO, 94 ff

Zum dritten Kapitel

[1] *Edouard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 377 ff

[2] *Joseph Caillaux*, Mes Mémoires, Bd 3, Paris 1947, 81 ff

[3] *Rudolph Binion*, Defeated Leaders, New York 1960, 319 f

[4] Populaire, 9. Febr. 1934 *Beau de Loménie*, La Mort de la Troisième République, Paris 1951, 27; *Colette Audry*, Léon Blum ou la Politique du Juste, Paris 1955, 93 ff

[5] *Herriot*, aaO, Bd 2, 381 f

[6] ebd

[7] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 1, Paris 1947, 11 ff; *Max Beloff*, The Sixth of February, veröffentlicht in St. Antony's Papers, London 1959, 28 ff

[8] *Gringoire*, 11. Febr. 1934

[9] *Herriot*, aaO, 383

[10] ebd

[11] *Binion*, aaO, 321

[12] *Leon Guerdan*, Je les ai tous connus, New York, 1942, 79

[13] *P. Varfolomeyeva*, Reakzionnaya Vnezhnaya Politika Franzuskik Pravik Sozialistow, Moskau 1949, 14 f

[14] Populaire, 8. Febr. 1934; Humanité, 10. Febr. 1934; *E. D. Godfrey*, The Fate of the French Non-Communist Left, New York 1955, 27

[15] *Jacques Doriot*, La France avec nous!, Paris 1937, 22

[16] *Audry*, aaO, 97 ff

[17] *Lucien Genet*, Cinquante Ans d'Histoire, 1900—1950, Bd 3, Paris 1951, 54 f

[18] *Henry Ehrmann*, French Labor from Popular Front to Liberation, New York 1947, 17

[19] *Gilbert Guilleminault*, et al, Les Années Difficiles, Paris 1958, 214 f

[20] *Genet*, aaO, Bd 3, 55 f

[21] *Jean Giraudoux*, De Pleins Pouvoirs à Sans Pouvoirs, Paris 1951, 131 ff

[22] *Binion*, aaO, 320 f; *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 52 ff; *Elizabeth Cameron*, Prologue to Appeasement, Washington D. C. 1942, 63 ff

[23] *André Tardieu*, France in Danger, London 1935, 37 ff

[24] The Diary of *Pierre Laval*, New York 1948, 12 ff

[25] *A .H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington D. C. 1960, 111; *A. J. P. Taylor*, The Origins of the Second World War, London 1961, 76 f; vgl. auch Négociations Relatives à la Réduction et à la Limitation des Armements, Paris 1934, nos. 19 ff

[26] Documents of German Foreign Policy, Reihe C, Bd 2, Nr. 219

[27] *André François-Poncet*, The Fateful Years: Memoirs of an French Ambassador in Berlin, 1931—1938, New York 1949, 111 ff

[28] *Furnia*, aaO, 104 f

[29] ebd

[30] Foreign Relations of the United States, 1934, Bd 1, 20, 26

[31] Baron *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 180

[32] *François-Poncet*, aaO, 121 ff

[33] *Furnia*, aaO, 112 ff

Zum vierten Kapitel

[1] *Mario Missiroli*, La Politica Estera di Mussolini, 1922—1928, Rom 1942, 34 f; *C. A. Gulick*, Austria from Habsburg to Hitler, Bd 1, Berkeley/Calif. 1948, 323 ff

[2] *C. H. Slovès*, La France et l'Union Soviétique, Paris 1935, 175, 329

[3] *Rudolf Kißling*, Die militärischen Vereinbarungen der kleinen Entente, 1929—1937, Tl 1, veröffentlicht in ‚Südost-Forschungen', Bd 17 : 4, München 1958

[4] *L. Markovitch*, La Politique extérieure de la Yugoslavie, Paris 1935, 69 ff; *Nicolae Petrescu-Comnene*, Preludi del Grande Dramma, Rom 1947, 3 f; *C. Kormos*, Rumania, Cambridge, Eng. 1944, 80 ff; *W. Pobog-Malinowski*, Najnowsza Historia Polityczna Polski, 1864—1945, Bd 2, London 1956, 625 ff

[5] *Slovès*, aaO, 374 ff; *Lauro Mainardi*, Nazionalita e Spazi Vitali, Rom 1941, 100 ff

[6] *Gaspare Ambrosini*, I Problemi del Mediterraneo, Rom 1937, 6 ff, 35 f, 73 ff

[7] Temps, 28. März 1932; Opera Omnia de Benito Mussolini, Bd 25, Florenz 1958, 141 ff; *J. Paul-Boncour*, Entre Deux Guerres: Souvenirs sur la IIIe République, Bd 3, New York 1946, 14

[8] *Rudolph Binion*, Defeated Leaders, New York 1960, 125 ff

[9] ebd 147 ff

[10] ebd 155 ff

[11] ebd 158 ff

[12] Oeuvre, 28. Dezember 1932; *Geneviève Tabouis*, Ils l'ont appelée Cassandre New York 1942, 155 f

[13] *Binion*, aaO, 132 f

[14] *Tabouis*, aaO, 17—39

[15] ebd 108 f

[16] ebd 108, 214 f

[17] ebd 122, 126

[18] *Hubert Lagardelle*, Mission a Rome: Mussolini, Paris 1955, 3 ff

[19] *Binion*, aaO, 178, 180

[20] *Lagardelle*, aaO, 12 f

[21] Baron *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 77; *Lagardelle*, aaO, 14

[22] *Aloisi*, aaO, 78; *Lagardelle*, aaO, 15

[23] *Carlo Borntraeger*, Dal Trattato di Versaglia al Patto Mussolini, Genua 1942, 196, 253, 260 ff

[24] *Lagardelle*, aaO, 16 f; *Aloisi*, aaO, 79

[25] ebd

[26] *Lagardelle*, aaO, 17 f

[27] ebd; *Aloisi*, aaO, 79 f

[28] ebd

[29] *Lagardelle*, aaO, 18 f

[30] ebd 20 ff

[31] ebd; *Aloisi*, aaO, 80 f

[32] ebd

[33] *Lagardelle*, aaO, 28 f; *John Simon*, Retrospect, London 1952, 181 f

[34] *Mainardi*, aaO, 104 ff; *Aloisi*, aaO, 91 ff; *Luigi Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 98 ff

[35] *Lagardelle*, aaO, 31 ff; *Guiseppe Bastianini*, Uomini, Cose, Fatti, Mailand 1959, 45

[36] ebd; *Aloisi*, aaO, 102 ff

[37] Iswestija, 14.—17. April 1933; *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement Washington D. C. 1960, 81 ff; *E. Cameron*, Prologue to Appeasement, Washington D. C. 1942, 29 ff

[38] *Borntraeger*, aaO, 293—356

[39] ebd, 379

[40] *Lagardelle*, aaO, 76 f

[1] *Elisabetta Cerutti*, Visti da Vicino, Mailand 1951, 155 ff; *Hans Roos*, Polen und Europa, Tübingen 1957, 83 ff

[2] *Robert Vansittart*, The Mist Procession, London 1958, 468 f

[3] *Jules Laroche*, La Pologne de Pilsudski, Paris 1953, 153—162; *Joseph Beck*, Dernier Rapport, Neuchatel 1949, 57 ff; eine köstliche Studie über die persönlichen Gewohnheiten und das Verhalten Barthous findet sich bei *Charles Maurras*, Le Bibliophile Barthou, Paris 1929; *Robert Lambel*, Le Voyage de M. Barthou chez nos Alliés de l'Est, in: Illustration, 5. Mai 1934; *A. Mousset*, M. Barthou à Cracovie et à Prague, in: Europe Nouvelle, 5. Mai 1934

[4] *Jan Szembek*, Journal, Paris 1952, 4 ff; *Beck*, aaO, 59; *Gordon Craig*, et al, The Diplomats, 1919—1939, Priceton 1953, 614 f

[5] Prager Akten, Essen 1942, Nr. 7, 10, 11, 25

[6] *Pavel Auersperg*, u. a., O Ceskoslovenské Zahranićni Politice, 1918—1939, Prag 1956, 226 ff

[7] ebd; *Rudolf Kißling*, Die militärischen Vereinbarungen der kleinen Entente, 1929—1937, Tl 2, in: Südost-Forschungen, Bd 18 : 1, München 1959; *Ahmed Emin Yalman*, Turkey in my Time, Norman, Oklah. 1956, 159 ff

[8] *Auersperg*, aaO, 226 ff

[9] Temps, 30. April 1934; Les Evénements Survenus en France de 1933—1945, Bd 1, Paris 1947, 10; Bd 2, Paris 1947, 266

[10] *Hubert Lagardelle*, Mission a Rome: Mussolini, Paris 1955, 79; *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington D. C. 1960, 117

[11] *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 64 f; *Sepp Frisch*, Die Saar blieb deutsch, Leoni 1956, 125 f; Chambre des Députés, Débats Parlementaires, 9. Mai 1934

[12] *Furnia*, aaO, 113 ff; *Vladimir Potemkin*, Histoire de la Diplomatie, Bd 3, Paris 1947, 513 f

[13] *André François-Poncet*, The Fateful Years, New York 1949, 128 f

[14] Temps, 23. Juni 1934; *Furnia*, aaO, 116

[15] Baron *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 182 ff

[16] ebd, 197 ff

[17] Documents on German Foreign Policy, Reihe C, Bd 3, Nr 112, 119, 123

[18] Temps, 28. Sept. 1934; *Lagardelle*, aaO, 86 ff

[19] *Griffith Taylor*, et al, Yugoslavia, Berkeley, Calif. 1949, 329

[20] ebd, 125 ff

[21] ebd; *Themistokles*, The King Must Die, New York 1959

[22] *Aloisi*, aaO, 225; *L. Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 118—120; *Nicholas Horthy*, Memoirs, New York 1957, 141 f

[23] *Maxime Weygand*, Mémoirs, Bd 2, Paris 1957, 428 f

[24] *S. B. Leeds*, These Rule France, New York 1940, 53 f

[25] *Alexander Werth*, The Twilight of France, New York 1942, 29 f

[26] Temps, 16. Oktober 1934

[27] *Edouard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 462, 471 f

[28] *Rudolph Binion*, Defeated Leaders, New York 1960, 321

[29] *Herriot*, aaO, 473 f

[30] *Binion*, aaO, 321 f

[31] ebd, 323 ff

[32] *André Tardieu*, Notes de Semaine: 1938, Paris 1939, 17 ff; *Herriot*, aaO, 475 ff

[33] *Beau de Loménie*, La Mort de la Troisième République, Paris 1951, 27 f

Zum sechsten Kapitel

[1] *Pierre Étienne Flandin*, Politique Française, 1919—1940, Paris 1947, 79—90; *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 61; *J. Benoist-Mechin*, Soixante Jours Qui Ebranlèrent l'Occident, Bd 3, Paris 1958, 91 ff

[2] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 1, Erg., Paris 1947, 133—136

[3] Iswestija, 24. Oktober 1934; *Mallet*, aaO, 61 f

[4] ebd, 63 ff; *Sepp Frisch*, Die Saar blieb deutsch, Leoni 1956, 115—136; *S. Wambaugh*, The Saar Plebiscite, New York 1940, 223 ff

[5] *Mallet*, aaO, Bd 1, 63; *Hubert Lagardelle*, Mission a Rome: Mussolini, Paris 1955, 98—101

[6] *F. P. Walters*, History of the League of Nations, Bd 2, New York 1952, Kap. 53; *Paul Gentizon*, La Revanche d'Adoua, Paris 1936, 45 ff; *Charles Rousseau*, Le Conflit Italo-Ethiopien devant le Droit International, Paris 1938, 4 ff; *Lauro Mainardi*, Nazionalita e Spazi Vitali, Rom 1941, 112 ff; *Mario Missiroli*, La Politica Estera di Mussolini, 1922—1938, Rom 1942, 71 f

[7] The Diary of Pierre Laval, New York 1948, 17 ff; *Mallet*, aaO, Bd 1, 96

[8] *Rousseau*, aaO, 50 f

[9] Populaire, 7. Januar 1935

[10] *Mallet*, aaO, Bd 1, 69; *Lagardelle*, aaO, 102 f

[11] *Mallet*, aaO, Bd 1, 70 f; Baron *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 245

[12] ebd, 227

[13] France during the German Occupation, Bd 3, Stanford, Calif. 1958, 1281; *Aloisi*, aaO, 246

[14] ebd, 246; *Laval*, aaO, 19 f

[15] France during the German Occupation, Bd 1, 103 f; *Gaspare Ambrosini*, I Problemi del Mediterraneo, Rom 1937, 80 ff

[16] *Aloisi*, aaO, 246; *Mallet*, Bd 1, 71

[17] ebd, 71 f

[18] *Lagardelle*, aaO, 104 ff

[19] *Alfred Fabre-Luce*, Locarno: the Reality, New York 1928

[20] *Freytagh-Loringhoven*, Deutschlands Außenpolitik, 1933—1940, Berlin 1940, 85 ff

[21] *Mallet*, aaO, Bd 1, 71, 73

[22] France during the German Occupation, Bd 3, 1281 f; *Lagardelle*, aaO, 109 f

[23] *Maxime Weygand*, Mémoires, Bd 2, Paris 1957, 435 ff; *Laval*, aaO, 21 f

[24] *Mallet*, aaO, 72 ff; *Rudolph Binion*, Defeated Leaders, New York 1960, 190 f; *Julien Clermont*, L'Homme qu'il Fallait Tuer, Paris 1949, 13 f

[25] Populaire, 23. Februar 1935; Gringoire, 24. Februar 1935

[26] *Rousseau*, aaO, 56 ff; *Walters*, aaO, Bd 2, Kap. 53

[27] ebd

[28] *Basil Collier*, The Defence of Britain, London 1959, 34; *Freytagh-Loringhoven*, aaO, 43 f

[29] *Paul Reynaud*, Memoires, Bd 1, Paris 1960, 423 ff

[30] *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951, 44 ff;*Général Conquet*, L'énigme des Blindés, Paris 1956, 100 ff

[31] *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington D. C., 1960, 140 ff; *Hans Roos*, Polen und Europa, Tübingen 1957, 164

[32] *John Simon*, Retrospect, London 1952, 203

[33] *Aloisi*, aaO, 264 *ff*

[34] *C. H. Slovés*, La France et l'Union Soviétique, Paris 1935, 374 ff; *Mallet*, aaO, 83

[35] ebd, 85

[36] *Wladimir Potemkin, et al.*, Histoire de la Diplomatie, Bd 3, Paris 1947, 552 f

[37] *Mallet*, aaO, 85; Iswestija, 15. Mai 1935

[38] *Mallet*, aaO, 85 f; Potemkin, aaO, 530

[39] *Mallet*, aaO, 86

[40] ebd, 86 f; Action Francaise, 17. Mai 1935; *Józef Beck*, Dernier Rapport, Paris 1949, 92

[41] *Mallet*, aaO, 87 f

[42] ebd

[43] ebd, 88 f

[44] ebd

[45] *Alexander Werth*, The Twilight of France, New York 1942, 45

Zum siebenten Kapitel

[1] *Pierre-Étienne Flandin*, Politique Française, 1919—1940, Paris 1947, 194 f; *Arthur H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington 1960, 152 f

[2] Temps, 31. Mai, 5. Juni 1935

[3] *François Goguel*, La Politique des Partis sous la IIIe République, Paris 1946, 339 f

[4] *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 90 ff

[5] *Joachim von Ribbentrop*, Zwischen London und Moskau, Leoni 1954, 69 ff; *L. V. Pozdeeva*, Anglia i Remilitarizatsia Germanii, 1933—1936, Moskau 1956, 181—207; *Viscount Templewood*, Nine Troubled Years, London 1954, 133 ff; *Fritz Hesse*, Das Spiel um Deutschland, München 1953, 41 ff

[6] *Mario Missiroli*, La Politica Estera di Mussolini, 1922—1938, Rom 1942, 68 ff; *Furnia*, aaO, 153 ff

[7] *Hesse*, aaO, 43 ff; *Earl of Halifax*, Fullness of Days, New York 1957, 182 f

[8] *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 281 ff

[9] Opera Omnia di Benito Mussolini, Bd 27, Florenz 1959, 72 ff

[10] *Hubert Lagardelle*, Mission a Rome: Mussolini, Paris 1955, 146 ff

[11] *Edouard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 569 ff

[12] *Aloisi*, aaO, 297 ff

[13] *Charles Rousseau*, Le Conflit Italo-Ethiopien devant le Droit International, Paris 1938, 82 ff

[14] ebd [15] ebd

[16] *Templewood*, aaO, 151 f
[17] *Rousseau*, aaO, 102 ff
[18] *John Simon*, Retrospect, London 1952, 209 ff
[19] *Mallet*, aaO, Bd 1, 95 ff; *Templewood*, aaO, 167 f
[20] *F. P. Walters*, History of the League of Nations, Bd 2, New York 1952, Kap. 53
[21] *Lagardelle*, aaO, 155 ff; *Raffaele Guariglia*, Ricordi, Neapel 1949, 251 ff
[22] *Walters*, aaO, Bd 2, Kap. 53
[23] *Rousseau*, aaO, 104 ff; Times, London, 22. September 1935.
[24] *Luigi Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 145 f; *Lagardelle*, aaO, 175 f
[25] *Mussolini*, aaO, Bd 27, 218 ff
[26] *Rousseau*, aaO, 119 ff
[27] ebd
[28] *Guariglia*, aaO, 274 ff
[29] *Mallet*, aaO, Bd 1, 97 ff; *Templewood*, aaO, 170 ff
[30] ebd, 176 ff
[31] *Elisabetta Cerruti*, Visti da Vicino, Mailand 1951, 227 ff; *Mallet*, aaO, 190
[32] ebd, 109 f
[33] ebd; *Templewood*, aaO, 181 f
[34] *Robert Vansittart*, The Mist Procession, London 1958, 522 ff, 539 f
[35] ebd
[36] *Templewood*, aaO, 182 f; Times, London, 9. Dezember 1935.
[37] *Geneviève Tabouis*, Ils l'ont appelée Cassandre, New York 1942, 257 f
[38] ebd
[39] ebd
[40] *Mallet*, aaO, 109 ff; *Templewood*, aaO, 184 f
[41] *Vansittart*, aaO, 540 ff
[42] vgl. Kap 8 ff

Zum achten Kapitel

[1] Temps, 18. Dezember 1935; *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 111 f; *Charles Rousseau*, Le Conflit Italo-Ethiopien devant le Droit International, Paris 1938, 142 ff; *Paul Gentizon*, La Conquéte de l'Ethiopie, Paris 1936, 278 ff
[2] The Diary of Pierre Laval, New York 1948, 20 f
[3] *Mallet*, aaO, Bd 1, 118 ff
[4] Chambre des Députés: Débats, Session Extraordinaire de 1935, 2800 ff
[5] ebd
[6] ebd
[7] ebd
[8] ebd
[9] ebd
[10] ebd
[11] *G. Fraser* u. *T. Natanson*, Léon Blum, Man and Statesman, New York 1938, 252 f; *Collette Audry*, Léon Blum ou la Politique du Juste, Paris 1955, 97 f
[12] Chambre des Députés: Débats, Session Extraordinaire de 1935, 2801 ff

[13] ebd
[14] ebd
[15] ebd
[16] ebd
[17] ebd
[18] ebd
[19] ebd
[20] *Général Gauché*, Le Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953, 40 ff
[21] *Rudolph Binion*, Defeated Leaders, New York 1960, 331 f
[22] Chambre des Députés: Débats, Session Extraordinaire de 1935, 2807 ff
[23] ebd
[24] ebd
[25] ebd
[26] ebd; *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 333 f
[27] Chambre des Députés: Débats, Session Extraordinaire de 1935, 2824 ff; *Eduoard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 602 ff
[28] France during the German Occupation, 1940—1944, Stanford, Calif., 1958, Bd 1, 103 f, Bd 3, 1152 f, 1353 ff
[29] *Herriot*, aaO, Bd 2, 622
[30] ebd 623 ff
[31] *Geneviève Tabouis*, Ils l'ont appelée Cassandre, New York 1942, 261 f
[32] *Herriot*, aaO, Bd 2, 634 f
[33] France during the German Occupation, Bd 3, 1354; *Robert Lambel*, La Crise Française, in: Illustration, 25. Januar 1936, stellte die Theorie auf, daß Laval Herriot wohl hätte überreden können, nicht zurückzutreten, wenn er nicht die unglückliche Reise nach Genf unternommen hätte, die aber unter den herrschenden Umständen geboten war; seine Abwesenheit von Paris sei ihm zum Verhängnis und er selbst, so gesehen, das Opfer seiner Loyalität gegenüber dem Völkerbund geworden.

Zum neunten Kapitel

[1] *Charles Rousseau*, Le Conflit Italo-Ethiopien devant le Droit International, Paris 1938, 151 ff
[2] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 3, Paris 1948, 560 f
[3] Chambre des Députés: Débats, 11. Februar 1936 ff; *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951, 79 ff
[4] Matin, 28. Februar 1936
[5] Les Événements, Erg Bd 1, Paris 1947, 141 ff
[6] Chambre des Députés: Débats, 27. Februar 1936
[7] *André François-Poncet*, The Fateful Years, New York 1949, 189 f
[8] *Joachim von Ribbentrop*, Zwischen London und Moskau, Leoni 1954, 77; *Fritz Hesse*, Das Spiel um Deutschland, München 1953, 55 f
[9] *Général Gauché*, Le Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953, 42 f

[10] ebd, 45 f
[11] ebd, 46 f
[12] Les Événements, Erg Bd 1, 143; France during the German Occupation, Bd 2, 1036
[13] *John Sherwood*, The Tiger's Cub in St. Antony's Papers, Nr. 5, London 1959
[14] Les Événements, Erg Bd 9, Paris 1951, 2561 ff
[15] ebd, Erg Bd 1, 138
[16] ebd; *John Simon*, Retrospect, London 1952, 214 f
[17] Les Événements, Erg Bd 1, 143 f
[18] ebd, Erg Bd 2, 388 f
[19] ebd, Erg Bd 3, 643
[20] ebd, 766 f; *André François-Poncet*, aaO, 192
[21] *Joseph Paul-Boncour*, Entre Deux Guerres, Bd 3, New York 1946, 36; Les Événements, Erg Bd 3, 795 f
[22] ebd, 797 f
[23] *S. L. Sharp*, Poland: White Eagle on a Red Field, Cambridge, Massachusetts 1953, 129 ff
[24] Les Événements, Erg Bd 3, 797 ff
[25] *Ribbentrop*, aaO, 79 ff
[26] *François-Poncet*, aaO, 192 ff
[27] ebd
[28] Les Événements, Erg Bd 1, 146 f
[29] ebd, 147 f
[30] ebd, 151 f
[31] ebd, 153 ff
[32] *Hesse*, aaO, 60 ff
[33] Temps, 7. März 1936; Les Événements, Erg Bd 1, 155 f; *Gauché*, aaO, 44 ff
[34] Hansard's Parliamentary Debates, Commons, 9. März 1936
[35] *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington 1960, 193 f
[36] ebd, 195
[37] ebd; *Hans Roos*, Polen und Europa, Tübingen 1957, 235 ff
[38] Les Événements, Erg Bd 4, 906 ff
[39] ebd; *Ludovic Naudeau*, Les Deux Grandes Démocraties en Péril, in: Illustration, 21. März 1936, führte beredt aus, daß die Engländer ihr Einverständnis mit Hitlers Schritt vom 7. März 1936 noch zu bedauern haben würden.
[40] Les Événements, Erg Bd 4, 906 ff; *Pompei Aloisi*, Journal, Paris 1957, 355 ff
[41] *Ribbentrop*, aaO, 80 ff
[42] Les Événements, Erg Bd 1, 154 ff
[43] ebd
[44] ebd

Zum zehnten Kapitel

[1] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 4, Paris 1948, 902
[2] *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington 1960, 198 ff
[3] *Général Gauché*, Le Deuxième Bureau au Travail, Paris 1953, 76
[4] The Diary of Pierre Laval, New York 1948, 21

[5] *C. H. Slovès*, La France et l'Union Soviétique, Paris 1935, 386 ff

[6] *H. K. G. Roennefarth*, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Bd 1, Wiesbaden 1961, 141 ff

[7] ebd, 12 f

[8] *Hubert Lagardelle*, Mission a Rome: Mussolini, Paris 1954, 239, 247 f

[9] France during the German Occupation, 1940—1944, Stanford, Calif. 1958, Bd 3, 1190 ff

[10] ebd, Bd 3, 1409 f

[11] *Gauché*, aaO, 41 f

[12] *H. E. Barnes* u. a., Perpetual War for Perpetual Peace, Caldwell, Idaho 1953, 128 ff

[13] Les Événements, Bd 1, 92 ff

[14] *Georges Dupeux*, Le Front Populaire et les Elections de 1936, Bd 1, Paris 1959, 126 ff

[15] ebd, Bd 1, 150 ff

[16] ebd, Bd 1, 177 ff

[17] ebd

[18] *Léon Blum*, L'Histoire Jugera, Montreal 1943, 147 ff; *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, Paris 1951, 192

[19] *François Herbette*, L'Experience Marxiste en France, 1936—1938, Paris 1960, 51 ff

[20] *J. Danos* u. *M. Gibelin*, Juin 36, Paris 1952, 66 ff

[21] *Samuel M. Osgood*, French Royalism under the Third and Fourth Republics, den Haag 1960, 151 f

[22] *Furnia*, aaO, 209

[23] Chambre des Députés, Débats, 6. Juni 1936

[24] *Stanton B. Leeds*, These Rule France, New York 1940, 121; *Léon Guerdan*, Je les ai tous connus, New York 1942, 69 ff

[25] *Herbette*, aaO, 38 ff

[26] *Collette Audry*, Léon Blum ou la Politique du Juste, Paris 1955, 105 ff

[27] *G. Fraser* u. *T. Natanson*, Léon Blum, Man and Statesman, New York 1938, 261 ff

[28] Les Événements, Erg Bd 1, Paris 1947, 17 ff

[29] *Danos* u. *Gibelin*, aaO, 216 ff

[30] Von allen im Druck erschienenen Berichten vermittelt das Buch *Delbos'*, das er über seine Erfahrungen schrieb, die er in der Sowjetunion aus erster Hand sammelte, den besten Einblick in seine Persönlichkeit und in seine Vorstellungswelt. Es enthält viele langatmige Nebenbemerkungen über die europäischen Verhältnisse im allgemeinen; Mussolini bezeichnet er als „einen größenwahnsinnigen Imperialisten", siehe *Yvon Delbos*, L'Expérience Rouge, Paris 1933

[31] Action française, 22. Juli 1936

[32] *Léon Blum*, L'Exercise du Pouvoir, Paris 1937, 67 ff

[33] ebd

[34] *Montgomery Belgion*, Neues aus Frankreich, Berlin 1939, 166 f

[35] *Blum*, L'Exercise du Pouvoir, 69

[36] *Fraser* u. *Natanson*, aaO, 273 f

[1] *Claude Bowers*, My Mission to Spain, New York 1954, 179 ff; *David T. Cattell*, Communism and the Spanish Civil War, Berkeley, Calif. 1955, 17 ff; *Hugh Thomas*, The Spanish Civil War, New York 1961, 99 ff; *Burnett Bolloten*, The Grand Camouflage: the Communist Conspiracy in the Spanish Civil War, New York 1961, 18 f; *Pierre Broué* u. *Emile Témime*, La Révolution et la Guerre d'Èspagne, Paris 1961, bezeichnen Azaña als die Inkarnation des roten Spanien von 1936—1939, 37

[2] *J. Brongersma*, Voorproef in Spanje, 1919—1939, Utrecht 1946, 77; *Johannes Stoye*, Spanien im Umbruch, 3. Aufl., Leipzig 1940, 87 ff; *Broué* u. *Témime*, aaO, beweisen, daß Alvarez del Vayo im Jahre 1934 mit Erfolg die Aussöhnung Caballeros mit der Dritten Internationale anbahnte, 54 ff

[3] *Aldo Garosci*, Gli Intellettuali e la Guerra di Spagna, Rom 1959, 96, 118 ff; *R. Brasillach* u. *M. Bardèche*, Histoire de la Guerre d'Éspagne, Paris 1939, 52 ff; *Léon Blum*, L'Exercice du Pouvoir, Paris 1937, 125 ff

[4] *Robert Peissy*, Trois Ans de Front Populaire en Espagne, Paris 1939, 64 ff

[5] *Manuel Aznar*, Historia Militar de la Guerra de España, 1936—1939, Madrid 1940, 17 ff; *L. D. Alba*, 19 de Julio: Antologia de la Revolucion española, Montevideo 1937; *Broué* u. *Témime*, aaO, 153 ff

[6] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 3, Paris 1948, 219

[7] ebd; *Brasillach* u. *Bardèche*, aaO, 215

[8] *Drieu la Rochelle*, Chronique Politique, 1934—1942, Paris 1943, 43

[9] Foreign Relations of the United States, 1936, Bd 1, Washington 1955, 327 ff; *J. Alvarez del Vayo*, Freedom's Battle, London 1940, 70 f; *Arthur H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington 1960, 209

[10] *Manfred Merkes*, Die deutsche Politik gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg, 1936—1939, Bonn 1961, 18 f; *Francisco Belforte*, La Guerra Civile in Spagna,, Bd 1, Mailand 1939, 161 f; *Patricia van der Esch*, Prelude to War, den Haag 1951, 26 ff

[11] Sir *Samuel Hoare*, Complacent Dictator, New York 1947, 37 ff

[12] *Thomas*, aaO, 258 ff [13] ebd

[14] *Henri de Kerillis* begann am 23. Juli 1936 im Echo de Paris seinen Angriff auf Blums Politik der Einmischung in Spanien; das Journal und die Action Française folgten am 24. Juli mit ähnlichen Angriffen; bis zum 26. Juli hatte der größere Teil der Pariser Presse in den Chor eingestimmt; eine ausführliche Darstellung der vorläufigen Kapitulation Blums findet sich bei *Broué* u. *Témime*, aaO, 299 ff

[15] *Pierre Cot*, Le Procès de la République, New York 1944, Bd 1, 288 ff; France during the German Occupation, 1940—1944, Bd 3, Stanford, Calif. 1957, 1335 ff; *Cattell*, aaO, 78 ff, hat aufgezeigt, daß 85 Prozent der schwereren Geschütze, die Rotspanien in diesem Krieg verwandte, aus Frankreich stammten

[16] *Luigi Longo*, Le Brigate Internazionale in Spagna, Rom 1956, 136 f

[17] ebd, 291 ff; *Brasillach* u. *Bardèche*, aaO, 235, errechnen eine Zahl von 25 000 roten Freiwilligen allein aus Frankreich; zur Frage der „unbesieglichen" roten Freiwilligen aus dem Ausland siehe *Broué* u. *Témime*, aaO, 223 ff

[18] *Brasillach* u. *Bardèche*, aaO, 236 ff; *Eion O'Duffy*, Crusade in Spain, London 1938

[19] *Aznar*, aaO, 877 ff; die interessanteste Untersuchung über die sowjetische Einmischung in Spanien, die auch die Bedeutung der Münchner Konferenz von 1938 für die sowjetischen Berechnungen hervorhebt, ist bisher unveröffentlicht geblieben, siehe *David E. Allen*, The Soviet Union and the Spanish Civil War, philosophische Doktorarbeit, Universität Stanford 1952; *Allen* schätzt, daß sich im Jahre 1938, als der sowjetische Abzug begann, 6000 sowjetische Techniker in Spanien aufhielten, ebd, 525

[20] Times, London, 27. Juli 1936; Foreign Relations of the United States, 1936, Bd 1, 334

[21] ebd

[22] Populaire, 1. August 1936

[23] Les Événements, Bd 3, 220 f

[24] *Merkes*, aaO, 30 f

[25] Foreign Relations of the United States, 1936, Bd 1, 503

[26] Populaire, 7. September 1936

[27] *Léon Blum*, L'Exercise du Pouvoir, Paris 1937, 143

[28] *Thomas*, aaO, 259, 293

[29] *Alexander Werth*, The Twilight of France, 1933—1940, New York 1942, 126 f

[30] *Pierre Dignac*, Les Malfaiteurs Publics, Grenoble 1943, 80 ff

[31] Hansard's Parliamentary Debates, Commons, 18. Dezember 1936

[32] *Gaspare Ambrosini*, I Problemi del Mediterraneo, Rom 1937, 164 ff

Zum zwölften Kapitel

[1] *Rudolph Binion*, Defeated Leaders, New York 1960, 333 ff; Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 26. Februar 1938

[2] *Henri de Kerillis*, Francais! Voici la Guerre, Paris 1936, 27 f

[3] ebd, 10 f

[4] ebd, 73 f

[5] ebd, 75

[6] ebd, 157 f

[7] ebd, 22, 32

[8] ebd, 63 ff

[9] ebd, 13

[10] *Alphonse de Chateaubriant*, La Gerbe des Forces, Paris 1937; *Jacques Benoist-Méchin*, Éclaircissements sur Mein Kampf, la Doctrine d' Adolf Hitler, Paris 1939; über Hitlers allgemeine Ziele vgl. 11 ff, 31 ff, 51 ff und über Hitlers Einstellung zu Frankreich vgl. insb. 165 ff

[11] *Otto F. Abetz*, Das offene Problem: Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951, 3 ff

[12] Epoque, 24. März 1938

[13] *Elizabeth R. Cameron*, „Alexis Saint-Léger Léger" in: The Diplomats, 1919 bis 1939, Princeton 1953, 378 ff

[14] Foreign Relations of the United States, 1936, Bd 1, 334 ff; *William Bullitt* meldete am 8. Oktober 1936 aus Paris, Delbos sei „immer noch über die Lage in Spanien sehr beunruhigt", wolle aber von der Nichteinmischung nicht ablassen, ebd 359

[15] *Léon Noël*, L'agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 127 ff, 139 ff

[16] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 4, 853 f

[17] ebd

[18] Prager Akten, Nr. 28; *Eduard Benesch*, Memoirs of Dr. Edward Benes, London 1953, 7 f

[19] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 266 f

[20] *Elizabeth R. Cameron*, Prologue to Appeasement, Washington 1942, 188 f

[21] *Général Gauché*, La Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953, 75 ff

[22] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 28. September 1936

[23] *Martin Wolfe*, The French Franc between the Wars, 1919—1939, New York 1950, 138 ff

[24] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 177 ff

[25] *Alexander Werth*, The Twilight of France, 1933—1940, New York 1942, 129

[26] *René Remond*, La Droite en France de 1815 à nos Jours, Paris 1954, 296 f; ein ausgezeichneter Aufsatz über Doriot als Redner findet sich in: Illustration, 18. Juli 1936

[27] Populaire, 25. Februar 1937; Humanité, 21. März 1937

[28] Gringoire, 2. Mai 1937

[29] *Wolfe*, aaO, 156 ff

[30] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 15. Juni 1937; Times, New York, 16. Juni 1937

[31] *Binion*, aaO, 116

[32] *Joseph Caillaux*, Mes Mémoirs, Bd 1, Paris 1942, 10—89

[33] ebd, Bd 1, 89 ff; Bd 2, Paris 1943, 3—240

[34] ebd, Bd 3, Paris 1947, 3—84

[35] ebd, 87—180

[36] ebd, 184 ff

[37] ebd, 214 ff

[38] *Binion*, aaO, 114

[39] ebd, 116

[40] *Caillaux*, aaO, Bd 3, 243 f; *J. Benoist-Méchin*, Soixante Jours Qui Ébranlèrent l' Occident, Paris 1956, Bd 3, 565

[41] *Binion*, aaO, 115 f; *Caillaux*, aaO, Bd 3, 244 f

[42] Sénat: Débats Parlementaires, 19. Juni 1937

[43] *Lucien Genet*, Cinquante Ans d'Histoire, Bd 3, Paris 1951, 160 f

Zum dreizehnten Kapitel

[1] *François Goguel*, La Politique des Partis sous la IIIe République, Paris 1946, 507 ff; Temps, 23. Juni 1937

[2] *G. Fraser* u. *T. Natanson*, Léon Blum, Man and Statesman, New York 1938, 308 ff; Temps, 24. Juni 1937; Populaire, 24. Juni 1937

[3] *René Remond*, La Vie Politique en France de 1870 a 1940, Bd 3, Paris 1960, 448 f; Temps, 25. Juni 1937

[4] *Georges Bonnet*, Defense de la Paix: de Washington au Quai d'Orsay, Genf

1946, 7 f, 14, 66 ff; *Georges Bonnet*, Le Quai d'Orsay sous trois Republiques, 1870—1961, Paris 1961, 57 ff

[5] *Bonnet*, Defense de la Paix, 11 ff

[6] ebd, 14 ff

[7] ebd, 23 f

[8] ebd, 24 ff

[9] ebd, 34 ff

[10] *Arthur H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement: Anglo-French Relations and the Prelude to World War II, 1931—1938, Washington, D. C. 1960, 259 ff

[11] Foreign Relations of the United States, 1937, Bd I, 112 ff; die Haltung Chautemps' entmutigte Delbos, aber er war einige Monate danach von Roosevelts aggressiver Chicagoer Brückenrede am 5. Okt. 1937 „gepackt", ebd, 132 ff

[12] Epoque, 26. Juni, 4. Juli 1937

[13] ebd

[14] Populaire, 3. Juli 1937; Epoque, 4. Juli 1937

[15] *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951, 194, 229 ff; *Emmanuel d' Astier*, Les Grands, Paris 1961, 59 ff

[16] *Luigi Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 184, 186 ff

[17] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 19, Nov. 1937

[18] ebd; *Colette Audry*, Léon Blum ou la Politique du Juste, Paris 1955, 178

[19] Foreign Relations of the United States, 1937, Bd I, 177 ff; *Furnia*, aaO, 181 f

[20] *A. J. P. Taylor*, The Origins of the Second World War, London 1961, 131 ff; *A. v. Ribbentrop*, „Verschwörung gegen den Frieden", Leoni 1962, 43 ff

[21] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 3, 767 f; *Furnia*, aaO, 189 ff

[22] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 261

[23] ebd, 262 f

[24] ebd, 263

[25] ebd, 264

[26] ebd, 264 f [27] ebd

[28] *Pierre Étienne Flandin*, Politique Francaise, 1919—1940, Paris 1947, 230 f

[29] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 265 f

[30] Foreign Relations of the United States, 1937, Bd 1, 180 ff

[31] *Léon Noël*, L'agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 173 ff

[32] ebd, 178 ff; *Robert de Beauplan*, Polonia Restituta, in: Illustration, 1. Jan. 1938, versuchte, den Delbos-Besuch in ein besseres Licht zu rücken, indem er behauptete, man könne immer noch darauf bauen, daß Polen Deutschland angriffe, wenn dieses einen Angriff auf Frankreich unternähme

[33] Temps, 11. Dez. 1937; *C. Kormos*, Rumania, Cambridge, Engl. 1944, 85 f; *Alexander Werth*, The Twilight of France, 1933—1940, New York 1942, 135 f

[34] *Griffith Taylor*, et al, Yugoslavia, Berkeley, Calif. 1949, 331 ff

[35] *Werth*, aaO, 137 f

[36] Temps, 17. Dez., 19. Dez. 1937; *Robert Lambel*, Les Dernières Êtapes de M. Delbos, in: Illustration, 25. Dezember 1937

[37] *Bonnet*, Defense de la Paix, 56 ff

[38] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 11. Jan., 15. Jan. 1938

[39] *Goguel*, aaO, 521

[1] Temps, 17. Jan. 1938; Gringoire, 17. Jan. 1938; Populaire, 16., 17. Jan. 1938; *Georges Bonnet*, Défense de la Paix; de Washington au Quai d'Orsay, Genf 1946, 69 f

[2] *Bonnet*, aaO, 70 ff

[3] *E. Beau de Loménie*, La Mort de la Troisième République, Paris 1951, 68 ff

[4] *Bonnet*, aaO, 74 ff; Chambre de Députés: Débats Parlamentaires, 18. Jan. 1938

[5] Temps, 23. Jan. 1938; *G. Ciano*, Diario, 1937—1938, Rom 1948, 95; *Luigi Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 182 ff; *Maxime Mourin*, Ciano Contre Mussolini, Paris 1960, 14 ff; *S. D. Kertesz*, Diplomacy in a Whirlpool: Hungary between Nazi Germany and Soviet Russia, Notre Dame Indiana 1953, 31 f; Massimo Magistrati, L'Italia a Berlino, 1937—1939, Rom 1956, 118 ff

[6] *Ciano*, aaO, 87, 103

[7] *H. Foertsch*, Schuld und Verhängnis: Die Fritschkrise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, Stuttgart 1951

[8] Temps, 5., 6., 7. Februar 1938

[9] Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht: Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten, Wien 1947, 357—359

[10] ebd, 378

[11] ebd, 379

[12] ebd

[13] Temps, 2. Jan., 21. Feb. 1938; *J. Condurier de Chassaigne*, La Crise du Foreign Office, in: Illustration, 26. Feb. 1938

[14] Viscount *Norwich*, Old Men Forget, London 1953, 210 f; *Villari*, aaO, 184; *Frederic Sanborn*, Design for War: a Study of Secret Power Politics, 1937—1941, New York 1951, 25 ff

[15] *John Connell*, The „Office": a Study of British Foreign Policy and its Makers, 1919—1951, London 1958, 259 ff

[16] *Connell*, aaO, 266 ff

[17] Temps, 21. Feb. 1938; Prager Akten, Nr. 95; französische Journalisten waren rasch bei der Hand, das britische Interesse an einem tschechischen Entgegenkommen in letzter Minute der deutschen Minderheit gegenüber zu betonen, vgl. *Ludovic Naudeau*, La Tchécoslovaquie et l'Autriche sous la même Menace, in: Illustration, 26. Februar 1938

[18] Epoque, 23. Feb. 1938 [19] ebd

[20] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 25., 26. Feb. 1938

[21] ebd

[22] *Ciano*, aaO, 129 f

[23] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 2

[24] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 10. März 1938

[25] *Ciano*, aaO, 131; Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt, 382—383; *Helmut Sündermann*, Die Grenzen fallen, München 1939, 27 ff

[26] *Alexander Werth*, The Twilight of France, 1933—1940, New York 1942, 145—151

[27] ebd; Populaire, 13. März 1938

[28] *J. Paul-Boncour*, Entre Deux Guerres: Souvenirs sur la IIIe République, Bd 3: Sur les Chemins de la Defaite, 1935—1940, New York 1946, 76, 81 f; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 3, 798 ff

[29] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 13. März 1938; Temps, 26. März 1938

[30] Les Evénements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 255 f

[31] ebd; *R. Brassillach, M. Bardèche*, Histoire de la Guerre d'Espagne, Paris 1939, 397 ff

[32] *Paul-Boncour*, aaO, Bd 3, 82 ff; *Jean Matrat*, Histoire des Relations Franco-Anglaises, Paris 1953, 123

[33] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 106, 112

[34] Prager Akten, Nr 113; *J. Benoist-Méchin*, Soixante Jours qui Ebranlêrent l'Occident, Bd 3, Paris 1956, 423 ff

[35] *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951, 260

[36] *Hugh Thomas*, The Spanish Civil War, New York 1961, 522 f

[37] *Reynaud*, aaO, 260 f

[38] ebd

[39] ebd

[40] ebd, 263

[41] ebd; *Benoist-Méchin*, aaO, Bd 3, 423 f

[42] Epoque, 26. März 1938; Populaire, 7., 9. April 1938

[43] Sénat: Débats Parlementaires, 8. April 1938

[44] Temps, 11. April 1938

[45] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 10. April 1938; Gringoire, 11. April 1938; Jour, 12. April 1938

[46] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 17, 26 f

[47] *Paul Boncour*, aaO, Bd 3, 99 f

[48] ebd

[49] ebd, 101

[50] *Bonnet*, aaO, 88

Zum fünfzehnten Kapitel

[1] *Georges Bonnet*, Le Quai d'Orsay sous trois Républiques, 1870—1961, Paris 1961, 189 ff

[2] *G. Ciano*, Diario, 1937—1938, Rom 1948, 155 f; *Bonnet*, Défense de la Paix: de Washington au Quai d'Orsay, Genf 1946, 89

[3] ebd, 92 f

[4] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2614

[5] ebd

[6] *Bonnet*, Défense de la Paix, 88; *Geneviève Tabouis*, Ils l'ont appellée Cassandre, New York 1942, 329 f

[7] ebd

[8] ebd, 330 f

[9] Gringoire, 9. April 1938; Action Française, 10., 11. April 1938; Temps, 12. April 1938

[10] ebd

[11] ebd

[12] ebd

[13] France during the German Occupation, 1940—1944, Stanford, Calif. 1958, Bd 2, 594 f; Bd 3, 1470 ff

[14] *Bonnet*, Défense de la Paix, 100 f

[15] ebd

[16] Temps, 16. April 1938; *Alexander Werth*, The Twilight of France, 1933-1940, New York 1942, 153 ff

[17] Epoque, 17., 24. April 1938

[18] *Alfred Fabre-Luce*, Le Secret de la République, Paris 1938, 11—238

[19] *Bertrand de Jouvenel*, Le Réveil de l'Europe; Problèmes et Documents, Paris 1938, 9—283

[20] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2614 f; *L. B. Namier*, Europe in Decay: A Study in Disintegration, London 1950, 42 f, räumte ein, daß die meisten Franzosen nicht in einen neuen Krieg einzutreten wünschten, während Bonnet Außenminister war

[21] *Helmuth Rönnefarth*, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Bd 1, Wiesbaden 1961, 231 ff

[22] ebd

[23] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 267

[24] ebd, Erg Bd 9, 2614, 2616; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 164 (englisch-französische Besprechungen, 28., 29. April 1938)

[25] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 268 f; Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 44 ff

[26] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 28 f

[27] ebd; Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 48 ff

[28] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 29 f

[29] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 164; *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement: Anglo-French Relations and the Prelude to World War II, 1931—1938, Washington 1960, 303 ff

[30] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 164; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 30

[31] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 164

[32] ebd; *Bonnet*, Défense de la Paix, 112 f

[33] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 164; *Bonnet*, Défense de la Paix, 115; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2617

[34] *Tabouis*, aaO, 332 f; *Bonnet*, Défense de la Paix, 115 f

Zum sechzehnten Kapitel

[1] Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 48 f; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 267

[2] Prager Akten, Nr 124

[3] *G. Bonnet*, Défense de la Paix: de Washington au Quai d'Orsay, Genf 1946, 107; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2618

[4] ebd; *Petrescu-Comnene*, Preludi del Grande Dramma: Ricordie e Documenti di un Diplomatico, Rom 1947, 26 f

[5] *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 124 f; *Petresco-Comnene*, aaO, 34 ff

[6] *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 125

[7] *H. Rönnefahrt*, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Bd 1, Wiesbaden 1961, 272 ff; *Hans Roos*, Polen und Europa: Studien zur polnischen Außenpolitik, 1931—1939, Tübingen 1957, 326 f; *Boris Celovsky*, Das Münchner Abkommen 1938, Stuttgart 1958, 64, 74 ff, 199 f

[8] ebd

[9] *G. Ciano*, Diario, 1937—1938, Rom 1948, 169 ff

[10] ebd

[11] ebd

[12] *Celovsky*, aaO, 209 ff

[13] ebd

[14] Times, New York, 22., 23., 24., 25., 26., 27. Mai 1938; *André François-Poncet*, The Fateful Years, New York 1949, 252 f; *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 132 f

[15] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 1, Nr 250

[16] Amtliche Dokumente zur deutschen Außenpolitik, Serie D, Bd 2, Nr 282; *A. J. P. Taylor*, The Origins of the Second World War, London 1961, 161

[17] ebd

[18] *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington 1960, 303 ff

[19] *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 133 ff

[20] ebd, 148 ff

[21] *L. Noël*, L'Agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 205 f

[22] *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 159 ff

[23] Times, London, Literary Supplement, Nr 2661 ff

[24] Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 2, 268 ff; *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951, 254 f

[25] *W. Churchill*, The Gathering Storm, Boston 1948, 321

[26] Prager Akten, Nr 133

[27] Temps, 16. Juni 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2619 f

[28] ebd 2621

[29] Temps, 16. Mai, 12. Juni, 7. Juli 1938; *François Pietri*, Mes Années d'Espagne, Paris 1954, 3 f

[30] Populaire, 18. Juni 1938; Temps, 9., 15. Juli 1938

[31] *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 170 f; vgl. auch Illustration, 23. Juli 1938, Sonderbericht über den Besuch des britischen Königspaares mit einer Menge Abbildungen

[32] Temps, 20., 21., 22. Juli 1938; *Bonnet*, Défense de la Paix, aaO, 172

[33] Temps, 26. Juli 1938; Epoque, 27. Juli 1938; Action Française, 27. Juli 1938; Oeuvre, 27. Juli 1938

[34] Gringoire, 29. Juli 1938; *André Tardieu*, Notes de Semaine 1938: l'Année de Munich, London 1948, 138 ff

[35] ebd

[36] France during the German Occupation, 1940—1944, Bd 3, Stanford, Calif. 1958, 1409 f

[37] ebd, 1401 f

[1] Temps, 16. August, 2. September 1938

[2] Populaire, 17. August 1938; Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 70 f; Vuillemin hatte Deutschland auch im vorhergehenden Jahr besucht, vgl. *Général Gauché*, Le Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953, 51 f

[3] Temps, 28. August 1938; *H. Rönnefarth*, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Bd 1, Wiesbaden 1961, 407 ff; *William Strang*, Home and Abroad, London 1956, 123

[4] Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 565 f; *Fritz Hesse*, Das Spiel um Deutschland, München 1953, 132 f

[5] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2622 f; Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 2, 295 f; *G. Bonnet*, Défense de la Paix, Genf 1946, 185

[6] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2623

[7] *Ferdinand Durcansky, Hermann Raschhofer* u. a., Die Sudetenfrage in europäischer Sicht, München 1962, 25 f; *L. B. Namier*, Europe in Decay, London 1950, 192 ff

[8] *Rönnefarth*, aaO, Bd 1, 479 ff

[9] *John Wrench*, Geoffrey Dawson and Our Times, London 1955, 371; Times, London, 7. September 1938; Temps, 8. September 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2634 f

[10] Temps, 5. September 1938; Epoque, 9. September 1938

[11] Times, New York, 11. September 1938; Temps, 11. September 1938

[12] Temps, 13., 14. September 1938; *Martin Broszat*, „Das Sudetendeutsche Freikorps" in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1961, 1

[13] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 31 f; Erg Bd 9, 2624 f

[14] Gringoire, 14. September 1938; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Nr 857 u. 861

[15] *A. H. Furnia*, The Diplomacy of Appeasement, Washington 1960, 336 f; Matin, 14. September 1938; Populaire, 14. September 1938; Epoque, 14. September 1938

[16] Temps, 15. September 1938

[17] Populaire, 15. September 1938; Temps, 16. September 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2636 ff

[18] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 2, Nr 896 u. 897; *Iain MacLeod*, Neville Chamberlain, London 1961, 234 ff; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2638

[19] *Bonnet*, Défense de la Paix, 235 ff; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2638

[20] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 2, Nr 928; Populaire, 19. September 1938

[21] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 33 f; République, 19. September 1938

[22] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 268 f

[23] ebd, Erg Bd 9, 2639

[24] ebd, 2640

[25] *Bonnet*, Défense de la Paix, 243 ff

[26] ebd, 261 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 2, Nr 1033 u. 1037; *MacLeod*, aaO, 242 ff

[27] ebd

[28] *B. Celovsky*, Das Münchner Abkommen 1938, Stuttgart 1958, 396 ff; *Bonnet*, Défense de la Paix, 264 f

[29] ebd, 265 f; *Strang*, aaO, 135

[30] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 269 ff; *J. Beck*, Dernier Rapport, Neuchatel 1949, 165

[31] *Bonnet*, Défense de la Paix, 264 ff; *Bonnet*, Fin d'une Europe, Genf 1948, 21

[32] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 3, 770 ff

[33] *Bonnet*, Défense de la Paix, 264 ff; République, 25. September 1938

[34] *Bonnet*, Défense de la Paix, 267; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 2, Nr 1093

[35] ebd, Nr 1093, 1118, 1129

[36] Action Française, 27. September 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2643

[37] ebd, 2644; Temps, 27. September 1938

[38] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2645

[39] *Mario Missiroli*, La Politica Estera di Mussolini, 1922—1938, Rom 1942, 167 ff

[40] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 3, 772; *A. François-Poncet*, The Fateful Years, New York 1949, 267 f

[41] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 35; Hansard's Parliamentary Debates, Commons, 28. September 1938; Temps, 29. Sept. 1938

[42] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 270 ff

[43] *Bonnet*, Défense de la Paix, 309 ff

[44] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2645

[45] ebd, 2645 f

[46] ebd, Erg Bd 1, 35 f; Erg Bd 3, 774 f; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 2, Nr 1224; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 2, Nr 670—674; *Wladimir Potemkin*, Histoire de la Diplomatie, Bd 3, Paris 1947, 658 ff; *François-Poncet*, aaO, 269 f; Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 711 f, (Daladiers Bericht an Bullitt)

[47] *Furnia*, aaO, 370 ff; *Rönnefarth*, aaO, Bd 1, 664 ff

[48] ebd; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 2, Nr 1224

[49] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2646

[50] *Bonnet*, Le Quai d'Orsay sous trois Républiques, Paris 1961, 221; *Anatole de Monzie*, Ci-Devant, Paris 1941, 39 f

[51] *Bonnet*, Le Quai d'Orsay, 222; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 20 ff

[52] *Monzie*, aaO, 40 f

Zum achtzehnten Kapitel

[1] Temps, 1. Oktober 1938; Gringoire, 1. Oktober 1938

[2] ebd; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 36

[3] Völkischer Beobachter, 1. Oktober 1938; *Ludovic Naudeau*, La Paix Saurée, in: Illustration, 8. Oktober 1938

[4] *Maurice Baumont*, Gloires et Tragédies de la IIIe République, Paris 1956, 377

[5] Epoque, 30. September 1938; Paris-Soir, 30. September, 1. Oktober 1938

[6] Je suis Partout, 30. September 1938

[7] Temps, 2. Oktober 1938

[8] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 3, Nr 100

[9] *L. Noël*, L'Agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 229 ff

[10] Epoque, 2. Oktober 1938

[11] Journal, 2. Oktober 1938; *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, Paris 1951, 288

[12] France during the German Occupation, 1940—1944, Bd 3, Stanford, Calif. 1958, 1478 ff; *H. de Kerillis*, Francais: Voici la Guerre!, Paris 1936, 73 f

[13] *Joseph Barthélemy*, Démocratie et Politique Etrangère, Paris 1931, 17 ff; *Howard*, Parliament and Foreign Policy in France, 1919—1939, London 1948, 94 ff

[14] *Edouard Herriot*, Jadis, Bd 2, Paris 1952, 238 ff

[15] *Anatole de Monzie*, Ci-devant, Paris 1941, 15 ff; *David Thomson*, Two Frenchmen: Pierre Laval and Charles de Gaulle, London 1951, 55, stellt die lächerliche Behauptung auf, Laval habe beschlossen, die Dinge „hinzuwerfen", als Frankreich sich abermals vor die Frage Krieg oder Frieden gestellt sah; in Wirklichkeit gelang es Lebrun und Herriot, seine Bemühungen zu vereiteln; zu der von Laval 1939 erhobenen Anschuldigung, Daladiers Hände wären blutbedeckt, siehe: France during the German Occupation, 1940—1944, Bd 3, 1334

[16] Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 711 f

[17] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 4. Oktober 1938

[18] ebd

[19] *André Tardieu*, Notes de Semaine 1938: l'Année de Munich, Paris 1939, 223 f

[20] Chambre de Députés: Débats Parlementaires, 4. Oktober 1938

[21] ebd

[22] ebd

[23] Temps, 5. Oktober 1938

[24] Temps, 6. Oktober 1938; Hansard's Parliamentary Debates: Commons, 3.—6. Oktober 1938

[25] ebd; *Paul-Boncour*, durchaus kein Freund der Versöhnungspolitik, gab der Meinung Ausdruck, das französische Parlament würde nach München den Rücktritt Reynauds, Mandels und Champetier de Ribes' als eine Friedensgarantie begrüßt haben, vgl. Entre Deux Guerres, Bd 3, New York 1946, 104 f

[26] Hansard's Parliamentary Debates: Lords, 3. Oktober 1938

[27] *Thomas Jones*, A Diary with Letters, 1931—1950, London 1954, 412

[28] *Edward Raczynski*, The British-Polish Alliance, London 1948, 7

[29] Iswestija, 27. Januar 1934

[30] Temps, 8. Oktober 1938

[31] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2646 f; Temps, 10. Oktober 1938

[32] Daily Telegraph, 10. Oktober 1938; Times, London, 10. Oktober 1938; Völkischer Beobachter, 11. Oktober 1938; Temps, 13. Oktober 1938

[33] ebd

[34] Monzie, aaO, 47

[1] Epoque, 14. Oktober 1938; *Général Gauché*, Le Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953, 70 ff

[2] *M. Weygand*, En lisant les Mémoires de Guerre du Général de Gaulle, Paris 1955, 96 ff

[3] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 3, 775 f

[4] ebd

[5] ebd, Erg Bd 9, 2650 ff; Temps, 7. Dezember 1938

[6] *J. von Ribbentrop*, Zwischen London und Moskau, Leoni 1954, 146 ff; *G. Ciano*, Diario, 1937—1938, Rom 1948, 267 ff

[7] Serie 121, A. A., Akten betreffend deutsch-französische Beziehungen, 119499 ff; Temps, 7. Dez. 1938; *G. Bonnet*, Fin d'une Europe, Genf 1938, 25 f

[8] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 3, Nr 285

[9] ebd, Nr 291

[10] Serie 121, A.A., Akten betreffend deutsch-französische Beziehungen, 119462 f

[11] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 3, Nr 226, 227; N. Petresco-Comnene, Preludi del Grande Dramma, Rom 1947, 487 ff

[12] ebd

[13] Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 93 ff

[14] *L. Noël*, L'agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 249 f

[15] ebd, 250 ff

[16] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 45 f

[17] Temps, 28. Oktober 1938; Völkischer Beobachter, 28. Oktober 1938

[18] *Ciano*, Diario, 1937—1938, Rom 1948, 273 ff

[19] ebd, 283 ff

[20] Temps, 3., 5., 8. November 1938; *Jerome Carcopino*, Souvenirs de Sept Ans, 1937—1944, Paris 1953, 84 f

[21] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 26 f

[22] ebd, 35 f

[23] *Helmut Heiber*, „Der Fall Grünspan" in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, April 1957; *Ciano*, Diario, 1937—1938, 291

[24] *Heiber*, aaO

[25] *Jan Szembek*, Journal, 1933—1939, Paris 1951, 379 ff; Temps, 17. November 1938

[26] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 28

[27] ebd, 28 f; Populaire, 9. November 1938; Temps, 16. November 1938

[28] Temps, 13. November 1938

[29] ebd

[30] Temps, 23. November 1938; Serie 121, A. A., Akten betreffend deutsch-französische Beziehungen, 119464 ff

[31] Temps, 24., 25. November 1938; Populaire, 24., 25. November 1938; Humanité, 24., 25. November 1938

[32] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 3, Nr 325, 285—311

[33] ebd

[34] ebd

[35] ebd

[36] ebd

[37] *R. Coulondre*, De Staline a Hitler, Paris 1950, 196 ff; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 22, 30 f; *Rudi Strauch*, Sir Nevile Henderson, Bonn 1959, 239

[38] *Coulondre*, aaO, 208 ff

[39] Temps, 26., 27., 28. November, 1. Dezember 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 36 ff

[40] Temps, 1. Dezember 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2653

[41] *Carcopino*, aaO, 80

[42] *L. Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 211 ff; *R. Guariglia*, Ricordi, Neapel 1949, 353 f; *Christopher Hibbert*, Benito Mussolini: a Biography, London 1962, 98

[43] *Guariglia*, aaO, 353 f

[44] 6000 Italiener fielen im Spanischen Bürgerkrieg, vgl. *Hugh Thomas*, The Spanish Civil War, New York 1961, 634 f

[45] *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, Paris 1951, 95, 296 f; Epoque, 1. Dezember 1938

[46] *Laura Fermi*, Mussolini, Chicago 1961, 363 ff

[47] Humanité, 1. Dezember 1938; Populaire, 1. Dezember 1938; Matin, 1. Dezember 1938

[48] *Villari*, aaO, 219 f

[49] *Ciano*, Diario, 1937—1938, 305 f

[50] Paris-Soir, 5. Dezember 1938; Temps, 6. Dezember 1938

[51] Foreign Relations of the United States, 1938, Bd 1, 104 ff

[52] *Jean Zay*, Souvenirs et Solitude, Paris 1945, 177 f

[53] *Coulondre*, aaO, 211 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 3, Nr 406

[54] Temps, 7. Dezember 1938

[55] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 36 f

[56] ebd; *Ribbentrop*, aaO, 7 f

[57] Populaire, 7., 8. Dezember 1938

[58] *Ribbentrop*, aaO, 152; Matin, 7. Dezember 1938; Französisches Gelbbuch, Nr 28

[59] ebd, Nr 29; Temps, 8. Dezember 1938

[60] *Anatole de Monzie*, Ci-devant, Paris 1941, 66 f; *Joseph Caillaux*, Pour la France eternelle, in: Illustration, 10. Dezember 1938

[61] *René d'Argile* u. a., Les Origines Sécretes de la Guerre, 1939—1945, Paris 1957, 57

Zum zwanzigsten Kapitel

[1] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 9. Dezember 1938

[2] ebd

[3] ebd

[4] Populaire, 14. Dezember 1938; Gringoire, 14. Dezember 1938; Temps, 15. Dezember 1938

[5] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 9. Dezember 1938; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2655 f

[6] Temps, 1., 6., 7., 11. Januar 1938; *Bonnet*, Fin d'une Europe, Genf 1948, 78 f

[7] Serie 2130, A. A., Deutsche Botschaft Rom, 465144 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 3, Nr 500

[8] Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 18. Januar 1939

[9] ebd, 26. Januar 1939

[10] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 7, 2037 ff

[11] ebd, 2058 f

[12] *R. Guariglia*, Ricordi, Neapel 1949, 366 ff; *G. Bonnet*, „Les Accords Berard-Jordana" in: Ecrits de Paris, Februar 1948

[13] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 47

[14] ebd, 48; *R. Coulondre*, De Staline a Hitler, Paris 1950, 249 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 95

[15] *W. Langer* u. *S. Gleason*, The Challenge to Isolation, New York 1952, 166

[16] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 147 f

[17] *Coulondre*, aaO, 255 f

[18] *J. M. Kirschbaum*, Slovakia, New York 1960, 108 ff

[19] ebd; *A. J. P. Taylor*, The Origins of the Second World War, London 1961, 201 ff

[20] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Bd 2, 255 f [21] ebd

[22] *Taylor*, aaO, 203; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2661 f; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 150 f

[23] *Oskar Ullrich*, Der große Irrweg der Tschechen, Berlin 1943, 251 ff; *Schulthess*, 1939, München 1940, 63 ff

[24] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 151; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2656

[25] *R. Guariglia*, aaO, 380; *R. Coulondre*, aaO, 254 ff

[26] *Albert Lebrun*, Témoignage, Paris 1945, 13; *John Wrench*, Geoffrey Dawson and Our Times, London 1955, 389; Hansard's Parliamentary Debates, Commons, 15. März 1939

[27] Temps, 17. März 1939; *Alfred Mallet*, Pierre Laval, Bd 1, Paris 1955, 128 f

[28] *H. E. Barnes* u. a., Perpetual War for Perpetual Peace, Caldwell, Idaho, 1953, 156 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 394

[29] Foreign Relations of the United States, 1939, Bd 1, 72

[30] *Norbert Toennies*, Der Krieg vor dem Kriege, Essen 1940, 214 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 297, 298

[31] Times, London, 17. März 1939; *K. Feiling*, The Life of Neville Chamberlain, London 1946, 400

[32] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 397, 399; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 154 f

[33] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 308; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 6, Nr 8, 15; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2655 f; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 152 f; Temps, 14., 25. Juli 1939

[34] *Coulondre*, aaO, 259

[35] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 446, 448; *L. Noël*, L'agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 322 f

[36] *Basil Collier*, The Defence of the United Kingdom, London 1957, 66 ff; *J. Beck*, Dernier Rapport, Neuchatel 1949, 188 ff

[37] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 161; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2667 f

[38] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 162 f

[39] ebd, 163 ff

[40] ebd, 165 f

Zum einundzwanzigsten Kapitel

[1] Documents on the Events Preceding the Outbreak of the War, 210 ff; Polskie Sily Zbrojne w Drugiej Wojnie Swiatoway, Bd 1, Tl 1, London 1951, 257 ff

[2] *Jan Szembek*, Journal, 1933—1939, Paris 1951, 433

[3] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 4, Nr 518, 523; Foreign Relations of the United States, 1939, Bd 1, 84 f; *Paul Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, Paris 1951, 323 f

[4] *J. Lukasiewicz*, „Przed Gwarancjami Anglii" in Dziennik Polski i Dziennik Zolnierza, 22. Dezember 1946; *Bonnet*, Fin d'une Europe, Genf 1948, 164 ff

[5] *Léon Noël*, L'agression Allemande contre la Pologne, Paris 1946, 319 ff; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 6, Nr 101; Polish White Book, 65 ff

[6] *Noël*, aaO, 323

[7] Hansard's Parliamentary Debates, Commons, 31. März 1939

[8] Epoque, 1. April 1939

[9] Populaire, 1. April 1939; Humanité, 1. April 1939

[10] Temps, 6. April 1939; Monzie wollte Henri Queuille für die Präsidentschaft vorschlagen, aber er fand nicht genug Unterstützung, vgl. Ci-devant, Paris 1941, 102 f

[11] Foreign Relations of the United States, 1939, Bd 1, 124

[12] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 4, 843 ff; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 166 ff

[13] *L. Villari*, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956, 220 ff

[14] Temps, 11. März 1939; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 165 f; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2670

[15] *William Strang*, Home and Abroad, London 1956, 263 ff; Temps, 4. Mai 1939

[16] Foreign Relations of the United States, Bd 1, 1939, 130 ff; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 6, Nr 213, 227; *G. Gafencu*, Derniers Jours de l'Europe, Paris 1946, 78 ff

[17] Hitlers Reichstag Speech of April 28, 1939, German Library of Information, New York 1939

[18] Epoque, 29. April 1939

[19] Times, New York, 6. Mai 1939; Temps, 6. Mai 1939

[20] *Gafencu*, aaO, 202 ff; *Noël*, aaO, 377

[21] Temps, 14., 20. Mai 1939; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 218 f; *M. Gamelin*, Servir, Bd 2, Paris 1946, 415 ff

[22] ebd

[23] ebd

[24] Général *Gauché*, Le Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953, 89 f

[25] ebd, 91

[26] Epoque, 15. Mai 1939; Oeuvre, 4. Mai 1939; *Claude Varennes*, Le Destin de Marcel Déat, Paris 1948, 21 f; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 6, Nr 250; *Fernand de Brinon*, Mémoirs, Paris (ohne Jahr), 18 ff

[27] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2659

[28] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 185 ff

[29] Prawda, 1. Juni 1939; Temps, 1. Juni 1939; *Weinö Tanner*, The Winter War, Finland against Russia, 1939—1940, Stanford, Calif. 1957, 17 ff

[30] *Strang*, aaO, 158, 173 ff

[31] ebd, 178 ff

[32] Nazi-Soviet Relations, 18 ff; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 6, Nr 520, 523, 536

[33] Chambre des Députés, Débats Parlementaires, 27. Juni 1939; *Jacques Isorni*, „Robert Brasillach" in: Ecrits de Paris, November 1948; Temps, 16., 17., 22., 23. Juli 1939

[34] Epoque, 3., 29. Juli 1939; Temps, 24. Juli 1939

[35] Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2679 f; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 6, Nr 722, 755, 767

[36] Französisches Gelbbuch, Nr 161, 178, 181, 182; *C. J. Burckhardt*, Meine Danziger Mission, 1937—1939, München 1960, 329 ff

[37] Temps, 7. August 1939; Polnisches Weißbuch, 97

[38] *Burckhardt*, aaO, 331 f; Französisches Gelbbuch, Nr 183

[39] *Noël*, aaO, 397 ff; Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 6, Nr 711

[40] Nazi-Soviet Relations, 32 ff, 42, 45 f

[41] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 254 ff

[42] ebd

[43] General *Doumenc* in Carrefour, Paris, 21. Mai 1947; *Walther Hofer*, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, 3. Aufl, Frankfurt a. M. 1960, 152 ff; *Gauché*, aaO, 94

[44] *Doumenc*, aaO; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 45 f

[45] ebd, Erg Bd 9, 2675; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 277 ff

[46] Foreign Relations of the United States, 1939, Bd 1, 225 ff

[47] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 284; *Reynaud*, Au Coeur de la Mêlée, Paris 1951, 587; *Gafencu*, aaO, 232 ff

[48] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 110, 115

[49] ebd, Nr 123; Temps, 22. August 1939

[50] I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Bd 13, Nr 4, 20, 21; *P. Schmidt*, Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1949, 439 ff; *Bonnet*, Le Quai d'Orsay sous trois Républiques, Paris 1961, 286 f

[51] I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Bd 13, Nr 87, 98, 102; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 9, 2680; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 79, 83

[52] *Gafencu*, aaO, 426

[53] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 287 ff

[54] ebd, 297 ff; Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, Erg Bd 1, 53 f

[55] ebd, Erg Bd 9, 2680; *Gamelin*, aaO, Bd 1, 31, 35

[56] ebd

[57] *Bonnet*, Le Quai d'Orsay, 287 f

[58] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 178, 200, 284, 421, 426

[59] I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Bd 13, Nr 214, 218

[60] *E. Kordt*, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, 327; *R. Coulondre*, De Staline a Hitler, Paris 1950, 287 ff

[61] Action Francaise, 25. August 1939; Temps, 26. August 1939

[62] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 320 ff; Coulondre, aaO, 289 ff

[63] ebd, 291

[64] Temps, 25. August 1939; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 410, 426

[65] International Military Tribunal, 1945—1946, Bd 9, 462 ff

[66] ebd

[67] *Birger Dahlerus*, Sista Forsoeket, Stockholm 1945, 17 ff

[68] Reihe 52 b, A. A., Akten betreffend Polen, 35375 ff; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 519

[69] ebd, Nr 472, 475, 476, 487

[70] Petit Parisien, 30. August 1939; Temps, 31. August 1939; Reihe 52 b, A. A., Akten betreffend Polen, 35349 ff

[71] *Rudi Strauch*, Sir Nevile Henderson, Bonn 1959, 303 f

[72] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 574, 575; Reihe 52 b, A. A., Akten betreffend Polen, 35381

[73] Documents on German Foreign Policy, Serie D, Bd 7, Nr 476, 482

[74] Temps, 1., 2. September 1939; *Bonnet*, Le Quai d'Orsay, 294 ff; *R. Guariglia*, Ricordi, Neapel 1949, 407 ff

[75] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 327 ff, 338 ff; *Coulondre*, aaO, 312

[76] Temps, 3. September 1939; Chambre des Députés: Débats Parlementaires, 2. September 1939

[77] Sénat: Débats Parlementaires, 2. September 1939; *Paul Faure*, De Munich a la Cinquième République, Paris 1960, 59 ff

[78] I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Bd 13, Nr 540, 543, 559, 574, 581, 584

[79] *Bonnet*, Fin d'une Europe, 358; Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 693

[80] ebd, Nr 694, 699, 700, 704, 708

[81] ebd, Nr 714, 728, 732; I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Bd 13, Nr 589

[82] ebd, Nr 616; *Bonnet*, Fin d'une Europe, 360 ff

[83] Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd 7, Nr 739, 740

[84] ebd, Nr 741

[85] ebd; *Bonnet*, Le Quai d'Orsay, 301 ff

LITERATUR-VERZEICHNIS

Französische Primärquellen

Almanach Hachette: Édition Complète, Paris 1933—1940
Bulletin de Statistique et de Legislation Comparée (Ministère des Finances), Paris 1933—1940
Carnets Secrets de Jean Zay, Sept. 1938 — Sept. 1939 (Herausgeber Philippe Henriot), Paris 1942
Chambre des Députés: Débats Parlementaires, Paris 1933—1939
Chambre des Députés: Documents Parlementaires, Paris 1933—1939
Chambrun Collection (private Aufzeichnungen, die sich mit Pierre Laval befassen, aufbewahrt in der Hoover-Institution, Universität Stanford)
Ecrits de Paris, Paris 1947—1951 (Aufsätze der an den Ereignissen der Zeitspanne von 1934 bis 1939 führend Beteiligten)
Les Événements survenus en France de 1933 a 1945, 11 Bände, Paris 1947—1951
L'Exercice du Pouvoir, Discours Prononces de Mai 1936 a Janvier 1937, Paris 1937 (Reden Léon Blums)
The French Yellow Book: Diplomatic Documents, 1938—1939, New York 1940
In Defense of France, New York 1939 (Edouard Daladiers Reden und eine kurze Lebensbeschreibung)
Journal Officiel de la République Française: Débats de l'Assemblée Nationale Constituante, Paris 1945—1946
Le Procès Benoist-Méchin (Herausgeber Jean-Louis Aujol), Paris 1948
Le Procès de Riom (Herausgeber Maurice Ribet), Paris 1945
Le Procès de Xavier Vallat Presente par ses Amis (Herausgeber Marie-Madeleine Martin), Paris 1948
Revue Politique et Parlementaire, Paris 1933—1939
Sénat: Débats Parlementaires, Paris 1933—1939
Sénat: Documents Parlementaires, Paris 1933—1939
La Vie de la France sous l'Occupation, 1940—1944 (Ausgabe in englischer Sprache France during the German Occupation, 1940—1944, Stanford, Calif. 1958), 3 Bände, Stanford, Calif. 1957

Sonstige Primärquellen

Against Aggression, London 1939, (Gesammelte Reden Litwinows)
Archiv des Deutschen Auswärtigen Amts, 1936—1939 (Sammlung von Mikrofilmen, Hoover Institution, Universität Stanford, Calif.)

A Calendar of Soviet Treaties, 1917—1957 (Herausgeber R. M. Slusser, J. F. Triska), Stanford, Calif. 1959
The Ciano Diaries, 1939—1943, New York 1946
Diario, 1937—1938 (Galeazzo Ciano), Rom 1948
Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg: Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR zum Thema vom 14. bis 19. Dezember 1959 in Berlin, 2 Bände, Berlin 1960
The Development of Soviet Foreign Policy in Europe, 1917—1942 (Herausgeber M. M. Laserson), New York 1943
I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Band 12, 13, Rom 1952
Documents on British Foreign Policy, 1919—1939 (Herausgeber E. Woodward, R. Butler), London 1949—1961, (2. Serie, Band 5—11, 3. Serie, Band 1—9)
Documents on the Events Preceding the Outbreak of the War (Deutsches Weißbuch), New York 1940
Documents on German Foreign Policy, 1918—1945, Washington 1949—1960 (Serie C, Band 1—3, Serie D, Band 1—7)
Documents on Polish-Soviet Relations, 1939—1945, Band 1, London 1961
Dokumenti i Materiali Konuna Wtoroj Mirowoj Woini, 2 Bände, Moskau 1948
Die Entstehung des Krieges von 1939, Band 1, Roosevelts Weg in den Krieg, Berlin 1943
Europäische Politik, 1933—1939, im Spiegel der Prager Akten (Herausgeber F. Berber), Essen 1942 (als Prager Akten angeführt)
Foreign Relations of the United States, 1933—1939, 13 Bände, Washington 1951—1956
Hansard's Parliamentary Debates, Commons, Lords, London 1933—1939
Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947
In Search of Peace, New York 1939, (Sammlung von Reden Neville Chamberlains, 1937—1939)
Journal, 1933—1939, Paris 1951 (Tagebuch Jan Szembeks)
Journal, 25. 7. 1932—14. 6. 1936, Paris 1957, (Tagebuch des Barons Pompei Aloisi)
Krasni-Archiv, Moskau 1933—1939
Leninskije Prinzipii Wneschneje Politiki Sowjetskowo Gossudarstwa (Herausgeber M. Airapetian, P. Kabanow), Moskau 1957 (Sammlung der Richtlinien Lenins für die Führung der sowjetischen Außenpolitik)
Nazi-Soviet Relations, 1939—1941, Washington 1946—1948
Official Documents Concerning Polish-German and Polish-Soviet Relations, 1933—1939, London 1940 (Polnisches Weißbuch)
Opera Omnia di Benito Mussolini, Band 25—29 (März 1931 bis Juni 1940), Florenz 1958—1959
Otschetnije Doklad na 18. Sijesdije Partii o Robotije XKWKP, 10. Marta 1939, Moskau 1939, (Stalins Rede auf dem 18. Kongreß der kommunistischen Partei)
Polskie Sily Zbrojne w Drugiej Wojnie Swiatowey, Band 1, London 1951
Prozeß der Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal (Ausgabe in englischer Sprache, Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, angeführt als International Military Tribunal), 42 Bände, Nürnberg 1947—1949
Schulthess europäischer Geschichtskalender, 1933—1939, München 1934—1940

Soviet Documents on Foreign Policy, 3 Bände, (Herausgeber Jane Degras), London 1951—1953
Die Tschechoslowakei und die internationale Situation zu Anfang des Jahres 1937, Prag 1937 (Kamil Kroftas Rede vom 2. März 1937)
Die Tschechoslowakei und die internationale Spannung, Prag 1937 (Kamil Kroftas Rede vom 11. November 1937)

Französische Memoiren und Darstellungen

d'Argile, René, u. a., Les Origines Secrètes de la Guerre 1939—1945, Paris 1957
Aron, Raymond, The Opium of the Intellectuals, New York 1957
Aron, Raymond, The Vichy Regime, 1940—1944, New York 1958
Audry, Colette, Léon Blum ou la Politique du Juste, Paris 1955
Bainville, Jacques, L'Angleterre et l'Empire britannique, Paris 1938
Bainville, Jacques, Journal, Band 3, 1927—1935, Paris 1949
Bainville, Jacques, La troisième République, 1870—1935, Paris 1949
Baraduc, Jacques, Dans la Cellule de Pierre Laval, Paris 1948
Bardoux, Jacques, L'Ordre Nouveau: face au Communisme et au Racisme, Paris 1939
Barthélemy, Joseph, La Conduite de la Politique Exterieure dans les Democraties, Paris 1930
Baudouin, Paul, The Private Diaries, March 1940—January 1941, London 1948
Baumont, Maurice, La Faillite de la Paix, 2 Bände, Paris 1949
Baumont, Maurice, Gloires et Tragédies de la IIIe République, Paris 1956
Bauvier, J., Gacon, J., La Verité sur 1939, Paris 1953
Beau de Loménie, E., La Mort de la Troisième République, Paris 1951
Benoist-Méchin, J., Eclaircissements sur Mein Kampf, la Doctrine d'Adolf Hitler, Paris 1939
Benoist-Méchin, J., Soixante Jours Qui Ébranlèrent l'Occident, 10 Mai — 10 Juillet 1940, 3 Bände, Paris 1956
Benoist-Méchin, J., Vingt Ans d'Histoire d'Allemagne, 1918—1938, Paris 1939
Bettelheim, Charles, Bilan de l'Économie française, 1919—1946, Paris 1947
Blum, Léon, For All Mankind, New York 1946
Blum, Léon, L'Histoire Jugera, Paris 1945
Blum, Léon, L'Oeuvre de Léon Blum, 4 Bände, Paris 1954—1957
Blum, Léon, Les Problèmes de la Paix, Paris 1931
Blum, Léon, La Socialisme devant la Crise, Paris 1933
Blum, Léon, Souvenirs sur l'Affaire, Paris 1935, (7 Aufsätze in Marianne, 24. Juli bis 7. September 1935)
Bonnet, Georges, L'Ame du Soldat, Paris 1917
Bonnet, Georges, Comment avoir un Franc stable: Condition essentielle de la Réstauration financière, Paris 1926
Bonnet, Georges, Défense de la Paix, Genf 1946
Bonnet, Georges, Fin d'une Europe: de Munich a la Guerre, Genf 1948
Bonnet, Georges, Lettres a un Bourgeois de 1914, Paris 1915
Bonnet, Georges, Le Quai d'Orsay sous trois Républiques, 1870—1961, Paris 1961
Bouju, P., Dubois, H., La Troisième République, 1870—1940, Paris 1952

Bourgues, Lucien, Le Drame européen: Preliminaires de la Guerre, September 1938 — September 1939, Paris 1941
Brasillach, R., Bardèche, M., Histoire de la Guerre d'Espagne, Paris 1939
Brinon, Fernand de, Frankreich/Deutschland, 1918—1934, Essen 1935
Brinon, Fernand de, Mémoires, Paris ohne Jahr
Buk, Pierre, La Tragédie Tchecoslovaque de Septembre 1938 a Mars 1939, Paris 1939
Caillaux, Joseph, Mes Mémoires, 3 Bände, Paris 1942—1947
Cambon, Paul, Correspondance, Band 3, Paris 1938
Carcopino, Jérôme, Souvenirs de Sept Ans, 1937—1944, Paris 1953
Carrias, Eugène, Le Danger allemand, 1866—1945, Paris 1952
Celine, Louis Ferdinand, Bagatelle pour un Massacre, Paris 1936
Charles-Roux, F., Huit Ans au Vatican, 1932—1940, Paris 1947
Chastenet, Jacques, Histoire de la Troisième République, Band 5: Les Années d'Illusions, 1918—1931, Paris 1960
Chastenet, Jacques, Winston Churchill et l'Angleterre du XXe Siècle, Paris 1956
Chauvineau, Général, Une Invasion est elle encore possible?, Paris 1939
Clermont, Julien, L'homme qu'il fallait tuer: Laval, Paris 1949
Coblentz, Paul, Georges Mandel, Paris 1947
Combe, Paul, Niveau de Vie et Progrès technique en France depuis 1860, Paris 1935
Conquet, Général, L'énigme de nôtre Manque de Divisions blindées, 1932—1940 Paris 1956
Cot, Pierre, Le Procès de la République, 2 Bände, New York 1944
Cot, Pierre, The Triumph of Treason, New York 1944
Coulondre, Robert, De Staline a Hitler: Souvenirs de deux Ambassades, 1936—1939, Paris 1950
Christiani, Léon, La Fin d'un Régime: Tableau de la Vie Politique française de 1919 à 1939, Lyon 1946
Daladier, Edouard, (Pseudonym James de Coquet), Le Procès de Riom, Paris 1945
Danos, J., Gibelin, M., Juin Trente-six, Paris 1950
Dans les Coulisses des Ministères et de l'État Major, 1932—1940, (Paris, anonym ohne Jahr)
Dansette, Adrien, Destin du Catholicisme français, 1926—1956, Paris 1957
Daudet, Léon, Le Drame franco-allemand, Paris 1940
Déat, M., Bonnier, C., Pour une Politique de l'Air, Paris 1937
Debu-Bridel, Jacques, L'Agonie de la Troisième République, 1929—1939, Paris 1948
Delaisi, Francis, La Révolution Européenne, Paris 1942
Delbos, Yvon, L'Expérience Rouge, Paris 1933
Delmas, André, A gauche de la Barricade: Chronique Syndical de l'avant-guerre, Paris 1950
Dignac, Pierre, Les Malfaiteurs Publics: Documents d'Histoire, 1924—1940, Grenoble (ohne Jahr)
Doriot, Jacques, La France avec Nous!, Paris 1937
Doriot, Jacques, La France ne sera pas un Pays d'Esclaves, Paris 1936
Doriot, Jacques, Toutes les Preuves: C'est Moscou qui paie, Paris 1937
Drieu la Rochelle, Chronique Politique, 1934—1942, Paris 1943
Duclos, Jacques, Communism: Science and Culture, New York 1939

Duclos, Paul, Le Vatican et la seconde Guerre Mondiale, Paris 1958
Ducloux, Louis, From Blackmail to Treason: Political Crime and Corruption in France, 1920—1940, London 1958
Dupeux, Georges, Le Front Populaire et les Élections de 1936, 2 Bände, Paris 1959
Duroselle, Jean-Baptiste, De Wilson à Roosevelt: la Politique Exterieure des Etats-Unis, Paris 1960
Duverger, Maurice, L'Influence des Systèmes Électoraux sur la Vie Politique, Paris 1950
Duverger, Maurice, Les Partis Politiques, Paris 1951
Dzelepy, E. N., Franco, Hitler et les Alliés, Paris 1961
Fabre-Luce, Alfred, Caillaux, Paris 1933
Fabre-Luce, Alfred, Histoire Secrète de la Négociation de Munich, Paris 1938
Fabre-Luce, Alfred, Journal de la France, I: Mars 1939 — Juillet 1940, Trevoux 1940
Fabre-Luce, Alfred, Locarno: the Reality, New York 1928
Fabre-Luce, Alfred, Le Secrèt de la République, Paris 1938
Fabre-Luce, Alfred, Le Siècle prend Figure, Paris 1949
Faure, Paul, De Munich à la Cinquième République, Paris 1960
Faure, Paul, Eugène Schneider, Potentat du Creusot, Paris 1932
Faure, Paul, Pacifisme et Défaitisme, Paris 1948
Fauvet, J., Les Forces Politiques en France, Paris 1951
Ferdonnet, Paul Joseph, Face à Hitler, Paris 1934
Ferré, L., Les Classes sociales dans la France contemporaine, Paris 1936
Flandin, Pierre-Étienne, Politique Française, 1919—1940, Paris 1947
Fleurieu, Roger de, Joseph Caillaux au Cours d'un demi-siècle de nôtre Histoire, Paris 1951
François-Poncet, André, De Versailles à Potsdam, Paris 1948
François-Poncet, André, Souvenirs d'une Ambassade à Berlin, Paris 1949, (Ausgabe in englischer Sprache The Fateful Years, New York 1949)
Fuchs, Martin, Une Pacte avec Hitler: le Drame Autrichien, 1936—1938, Paris 1938
Gamelin, Général *Maurice,* Servir: les Armées Françaises de 1940, 2 Bände, Paris 1946
Gauché, Général, Le Deuxième Bureau au Travail, 1935—1940, Paris 1953
Gaulle, Charles de, The Call to Honour, 1940—1942, New York 1955
Genet, Lucien, Cinquante Ans d'Histoire, 1900—1950, 3 Bände, Paris 1951
Gentizon, Paul, La Conquête de l'Éthiopie, Paris 1937
Gentizon, Paul, La Revanche d'Adoua, Paris 1936
Georges-Anquetil, Hitler Conduit le Bal, Paris 1939
Geraud, André, Les Fossoyeurs, 2 Bände, New York 1943
Germain-Martin, Henry, De la Pretendue Faillite des Lois économiques depuis 1914, Paris 1955
Gide, André, Journal, 1889—1939, Paris 1948
Goguel, François, France under the Fourth Republic, Ithaca, New York 1952
Goguel, François, La Politique des Partis sous la IIIe République, Paris 1946
Goutard, Colonel A., The Battle of France, 1940, New York 1959
Guerdan, Léon, Je les ai tous connus, New York 1942
Guilleminault, Gilbert, u. a., Les Années Difficiles, Paris 1958
Guyot, Edouard, L'Angleterre devant le Problème de la Paix de Versailles à

Locarno, 2 Bände, Paris 1937
Halevy, Daniel, La République des Comités, Paris 1934
Henriot, Philippe, Comment mourut la Paix: le Procès des Responsables, Paris 1941
Henriot, Philippe, Le 6 Février, Paris 1934
Herbette, François, L'Expérience Marxiste en France, 1936—1938, Paris 1960
Herriot, Edouard, Aux Sources de la Liberté, Paris 1939
Herriot, Edouard, In Those Days, Band 1, New York (ohne Jahr)
Herriot, Edouard, Jadis, Band 2: D'un Guerre à l'autre, 1914—1936, Paris 1952
Herriot, Edouard, Le Problème des Dettes, Paris 1933
Herve, Gustave, C'est Pétain qui'l nous faut!, Paris 1935
Jouhaux, Léon, La C. G. T.: Ce qu'elle est, ce qu'elle veut, Paris 1937
Jouhaux, Léon, Le Desarmement, Paris 1927
Jouvenel, Bertrand de, La Crise du Capitalisme Americain, Paris 1933
Jouvenel, Bertrand de, L'Économie Dirigée: le Programme de la Nouvelle Génération, Paris 1928
Jouvenel, Bertrand de, On Power, New York 1949
Jouvenel, Bertrand de, Le Réveil de l'Europe: Problèmes et Documents, Paris 1938
Juvet, René, Ich war dabei . . ., Zürich 1944
Kerillis, Henri de, De Gaulle Dictateur, Montreal 1945
Kerillis, Henri de, Français! Voici la Guerre, Paris 1936
Kerillis, Henri de, Cartier, R., Kerillis on the Causes of the War, London 1939
Kerillis, Henri de, Laisserons-nous demembrer la France?, Paris 1939
Lacour-Gayet, Robert, La France au XXe Siècle, Paris 1954
Lafue, Pierre, Gaston Doumergue: sa Vie et son Destin, Paris 1933
Lagardelle, Hubert, Mission à Rome: Mussolini, Paris 1955
Lapaquellerie, Yvon, Edouard Daladier, Paris 1940
Laroche, Jules, La Pologne de Pilsudski: Souvenirs d'une Ambassade, 1926—1935, Paris 1953
Launay, Jacques de, Die Welt brannte, 1939—1945, Darmstadt 1961
Laval, Pierre, The Diary of Pierre Laval, New York 1948
Lazareff, Pierre, De Munich à Vichy, New York 1944
Lazareff, Pierre, Deadline: The Behind-the-Scenes Story of the Last Decade in France, New York 1942
Lebrun, Albert, Témoignage, Paris 1945
Lemery, Henri, De la Paix de Briand à la Guerre de Hitler, Paris 1949
Leroy, Maxime, Les Tendances du Pouvoir et de la Liberté en France au XXe Siècle, Paris 1937
Madelin, Louis, Deux Relèvements françaises: 1815—1818, 1871—1878, Paris 1951
Mallet, Alfred, Pierre Laval, 2 Bände, Paris 1955
Marion, Paul, Leur Combat: Lenine, Mussolini, Hitler, Franco, Paris 1939
Matrat, Jean, Histoire des Relations Franco-Anglaises, Paris 1953
Maurras, Charles, La seule France, Lyon 1941
Milhaud, Edgard, La France avait Raison, Neuchatel 1945
Milhaud, Edgard, La France et les Affaires du Monde, Neuchatel 1945
Miquel, Pierre, Poincaré, Paris 1961
Montherlant, H. de, Le Solstice de Juin, Paris 1941
Montreuil, J., Histoire du Mouvement Ouvrier en France, Paris 1946

Monzie, Anatole de, Ci-devant, Paris 1941
Monzie, Anatole de, L'Entrée au Forum, Paris 1920
Monzie, Anatole de, La Saison des Juges, Paris 1943
Morand, Edmond, L'Angleterre, Maîtresse des Destinées françaises, Paris 1939
Mourin, Maxime, Ciano contre Mussolini, Paris 1960
Noël, Léon, L'agression allemande contre la Pologne, Paris 1946
Paul-Boncour, J., Entre deux Guerres: Souvenirs sur la IIIe République, Band 3, New York 1946
Paul-Boncour, J., Recollections of the Third Republic, Band 1, New York 1957
Philippe, Raymond, Le Drame Financier, 1924—1928, Paris 1931
Pichon, Charles, The Vatican and its Role in World Affairs, New York 1950
Pietri, François, Mes Années d'Espagne, Paris 1954
Pradelle, A. de la, Le Marxisme Tentaculaire, Issoudon 1942
Prelot, M., L'Evolution Politique du Socialisme français, Paris 1939
Rebatet, Lucien, Les Décombres, Paris 1942
Recouly, Raymond, Les Causes de nôtre Effondrement, Paris 1941
Remond, René, La Droite en France, Paris 1954
Remond, René, La Vie Politique en France de 1870 à 1940, Band 3, Paris 1960
Reynaud, Paul, Au Coeur de la Mêlée, 1930—1945, Paris 1951
Reynaud, Paul, Mémoires, Band 1: Venu de ma Montagne, Paris 1960
Roche, Emile, Caillaux que j'ai connu, Paris 1949
Rocque, François de la, The Fiery Cross: the Call to Public Service in France, London 1936
Rossier, Edmond, Du Traite de Westphalie à l'Europe de Versailles, Paris 1938
Rougier, Louis, Créance Morale de la France, Montreal 1945
Rousseau, Charles, Le Conflit Italo-Éthiopien devant le Droit International, Paris 1938
Simon, Yves, La Grand Crise de la République française, Montreal 1941
Simon, Yves, The Road to Vichy, 1918—1938, New York 1942
Simone, André, J'accuse! The Men Who Betrayed France, New York 1940
Slovès, Charles H., La France et l'Union Soviétique, Paris 1935
Sorel, Jean Albert, Histoire de France et d'Angleterre: la Rivalité, l'Entente, l'Alliance, Amsterdam 1950
Suarez, G., Laborde, G., Agonie de la Paix, 1935—1939, Paris 1942
Suarez, Georges, La Grand Peur du 6 Février au Palais-Bourbon, Paris 1934
Suarez, Georges, Les Heures Héroiques du Cartel, Paris 1934
Tabouis, Geneviève, Ils l'ont appelée Cassandre, New York 1942
Tardieu, André, L'Epreuve du Pouvoir, Paris 1931
Tardieu, André, France in Danger, London 1935
Tardieu, André, La Note de Semaine: 1936, Paris 1937
Tardieu, André, La Note de Semaine: 1937, Paris 1938
Tardieu, André, Notes de Semaine 1938: l'Année de Munich, Paris 1939
Tardieu, André, Sur la Pente, Paris 1935 (Reden, 1932—1935)
Ténine, Émile, Broué, Pierre, La Révolution et la Guerre d'Espagne, Paris 1961
Thorez, Maurice, France Today and the People's Front, London 1936
Thorez, Maurice, La Mission de la France dans le Monde, Paris 1938
Thorez, Maurice, Nôtre Lutte pour la Paix: de la fausse Paix de Versailles à la Trahison de Munich, Paris 1938

Thorez, Maurice, Oeuvres, Band 1, Paris 1950; Band 6 (Oktober 1938 bis Februar 1939), Paris 1956
Thorez, Maurice, Son of the People, London 1938 (Übersetzung von Fils du Peuple, Paris 1937, durch Douglas Garman)
Torrès, Henri, Pierre Laval, New York 1941
Vallat, Xavier, Le Nez de Cleopatre: Souvenirs d'un Homme de Droite, 1919—1944, Paris 1957
Valmigère, Pierre, Und morgen? Frankreich, Deutschland und Polen, Berlin 1939
Valois, Georges, Guerre ou Blocus économique, Paris 1939
Varennes, Claude, Le Destin de Marcel Déat, Paris 1948
Vauthier, Colonel, La Doctrine de Guerre du Général Douhet, Paris 1935
Waline, M., Les Partis contre la République, Paris 1948
Walter, G., Histoire du Parti Communiste français, Paris 1948
Weygand, M., En lisant les Mémoires de Guerre du Général de Gaulle, Paris 1955
Weygand, M., Mémoires, 3 Bände, Paris 1953—1957
Zay, Jean, Souvenirs et Solitude, Paris 1945
Zevaes, Alexandre, Histoire de la Troisième République, Paris 1938

Sonstige Memoiren und Darstellungen

Abetz, Otto, Das offene Problem: Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951
Alba, L. D., 19 de Julio: Antologia de la Revolucion española, Montevideo 1937
Ambrosini, Gaspare, I Problemi del Mediterraneo, Rom 1937
Anfuso, F., Mussolini, Rom 1949
Armstrong, H. F., Chronology of Failure: the Last Days of the French Republic, New York 1940
Atholl, K. M., Searchlight on Spain, London 1938
Auersperg, Pavel, u. a., O Ceskoslovenské Zahranicni Politice, 1918—1939, Prag 1956
Aznar, Manuel, Historia Militar de la Guerra de España, 1936—1939, Madrid 1940
Barnes, H. E., u. a., Perpetual War for Perpetual Peace: a Critical Examination of the Foreign Policy of Franklin Delano Roosevelt and its Aftermath, Caldwell, Idaho 1953
Batianini, Guiseppe, Uomini, Cose, Fatti: Memorie de un Ambasciatore, Mailand 1959
Beck, Joseph, Dernier Rapport: Politique Polonaise, 1926—1939, Neuchatel 1949
Belgion, Montgomery, Neues aus Frankreich, Berlin 1939
Benesch, Eduard, Memoirs of Dr. Eduard Benes: from Munich to New War and New Victory, London 1953
Bernard, L. O. J., The Democratic Crisis of 1934 in France, (Mikrofilm der Universität Michigan, Ann Arbor, Michigan 1957, Nr. 21, 410)
Binion, Rudolph, Defeated Leaders: the Political Fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu, New York 1960
Bolloten, Burnett, The Grand Camouflage: the Communist Conspiracy in the Spanish Civil War, New York 1961
Borntraeger, Carlo, Dal Trattato di Versaglia al Patto Mussolini, Genua 1942

Boveri, Margret, Der Verrat im XX. Jahrhundert: für und gegen die Nation, 4 Bände, Hamburg 1956—1960
Bowers, Claude, My Mission to Spain, New York 1954
Brock, Rudolf, Stawisky: Der größte Korruptions-Skandal Europas, Berlin 1934
Brogan, Denis, W., France under the Republic, 1870—1939, New York 1940
Brongersma, J., Voorproef in Spanje, 1919—1939, Utrecht 1946
Buthman, William Curt, The Rise of Integral Nationalism in France with Special Reference to the Ideas and Activities of Charles Maurras, New York 1939
Cameron, E. R., Prologue to Appeasement: a Study in French Foreign Policy, Washington 1942
Casado, Colonel S., The Last Days of Madrid, London 1939
Cattell, David T., Communism and the Spanish Civil War, Berkeley, Calif. 1955
Celovsky, Boris, Das Münchner Abkommen 1938, Stuttgart 1958
Cerruti, Elisabetta, Visti da Vicino: Memorie di un'ambasciatrice, Mailand 1951
Challener, Richard D., The French Theory of the Nation in Arms, New York 1955
Churchill, W. S., The Second World War, Band 1, Boston 1948
Connell, John (J. H. Robertson), The „Office": a Study of British Foreign Policy and its Makers, 1919—1951, London 1958
Coselschi, Eugenio, Il Ministro Beck e la Politica Estera della Polonia, Rom 1939
Cowan, Laing Gray, France and the Saar, 1680—1948, New York 1950
Craig, Gordon, u. a., The Diplomats, 1919—1939, Princeton, New Jersey 1953
Curtis, Michael, Three against the Third Republic: Sorel, Barres, and Maurras, Princeton, New Jersey 1959
Curtius, Ernst Robert, The Civilization of France, New York 1932
Degrelle, Léon, Ich war Gefangener, Nürnberg 1944
Doukas, Kimon A., The French Railroads and the State, New York 1945
Earle, E. M., u. a., Modern France: Problems of the Third and Fourth Republics, Princeton, New Jersey 1951
Ehrenburg, Ilja, Spanien heute, Berlin 1932
Ehrmann, Henry W., French Labor from the Popular Front to Liberation, New York 1947
Ehrmann, Henry W., Organized Business in France, Princeton, New Jersey 1957
Esch, P. van der, Prelude to War, den Haag 1951
Evans, Stanley, A Short History of Bulgaria, London 1960
Feiling, Keith, The Life of Neville Chamberlain, London 1946
Fermi, Laura, Mussolini, Chicago 1961
Fleischer, Eugen, Wer regiert Frankreich?, Stuttgart 1939
Florinsky, M. T., U. S. S. R., New York 1939
Fraser, G., Natanson, T., Léon Blum, Man and Statesman, New York 1938
Frisch, Sepp, Die Saar blieb deutsch: Ein Rückblick, 1680—1955, Leoni, Bayern 1956
Furnia, A. H., The Diplomacy of Appeasement: Anglo-French Relations and the Prelude to World War II, 1931—1938, Washington 1960
Gafencu, Grigorie, Derniers Jours de l'Europe, Paris 1946
Garosci, Aldo, Gli Intellettuali e la Guerra di Spagna, Rom 1959
Gelber, Lionel, America in Britain's Place: the Leadership of the West and Anglo-American Unity, New York 1961
Gelber, Lionel, The Rise of Anglo-American Friendship, New York 1938
Goldberg, Harvey, The Life of Jean Jaurès, Madison, Wisconsin 1962

Gooch, G. P., French Profiles: Prophets and Pioneers, London 1961
Greenwall, Harry J., Farewell France, London 1949
Guariglia, Raffaele, Ricordi, 1922—1946, Neapel 1949
Hajek, J. S., Signal auf Krieg, Berlin 1960
Hale, R. W., Democratic France: the Third Republic from Sedan to Vichy, New York 1941
Halecki, Oscar, Eugenio Pacelli: Pope of Peace, New York 1951
Halifax, Earl of, Fullness of Days, New York 1957
Hoare, Samuel (Viscount Templewood), Nine Troubled Years, London 1954
Hodza, Milan, Die neue Situation Europas und die Tschechoslowakei, Prag 1938
Hönig, Hermann, So starb die Dritte Republik, Berlin 1942
Howard, J. E., Parliament and Foreign Policy in France, 1919—1939, London 1948
Huddleston, Sisley, France: the Tragic Years, 1939—1947, New York 1955
Joll, James, u. a., The Decline of the Third Republic, London 1959
Jones, Thomas, A Diary with Letters, 1931—1950, London 1954
Kirschbaum, J. M., Slovakia: Nation at the Crossroads of Central Europe, New York 1960
Klenner, Fritz, Das große Unbehagen, Wien 1960
Knapton, Ernest John, France since Versailles, New York 1952
Kordt, Erich, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950
Kormos, C., Rumania, Cambridge, Engl. 1944
Krofta, Kamil, Z dob prvni Ceskoslovonske Republiky, Prag 1939
Krug von Nidda, Roland, Marianne 39, Berlin 1942
Leeds, Stanton B., These Rule France: the Story of Edouard Daladier and the Men around Daladier, New York 1940
Leites, Nathan, On the Game of Politics in France, Stanford, Calif. 1959
Longo, Luigi, Le Brigate Internazionali in Spagna, Rom 1956
Lutz, Hermann, German-French Unity: Basis for European Peace, Chicago 1957
McCullagh, Francis, In Franco's Spain, London 1937
MacLeod, Iain, Neville Chamberlain, London 1961
McKay, Donald C., The United States and France, Cambridge, Massachusetts, 1951
Magistrati, Massimo, L'Italia a Berlino, 1937—1939, Rom 1956
Mainardi, Lauro, Nazionalita e Spazi Vitali, Rom 1941
Manuel, Frank E., The Prophets of Paris, Cambridge, Massachusetts 1962
Marcus, John T., French Socialism in the Crisis Years, 1933—1936: Fascism and the French Left, New York 1958
Medlicott, W. N., British Foreign Policy since Versailles, London 1940
Milioukov, Paul, La Politique Exterieure des Soviets, Paris 1936
Missiroli, Mario, La Politica Estera di Mussolini, 1922—1938, Rom 1942
Mohler, Armin, Die französische Rechte: Vom Kampf um Frankreichs Ideologienpanzer, München 1958
Moorehead, Alan, Churchill: a Pictorial Biography, London 1960
Neilson, Francis, The Makers of War, Appleton, Wisconsin 1950
O'Duffy, Eoin, Crusade in Spain, London 1938
Osgood, Samuel M., French Royalism under the Third and Fourth Republics, den Haag 1960
Padelford, Norman J., International Law and Diplomacy in the Spanish Civil Strife, New York 1939

Park, Julian, The Culture of France in our Time, New York 1954
Petrescu-Comnene, Nicolae, Preludi del Grande Dramma: Ricordi e Documenti di un Diplomatico, Rom 1947
Posdiwa, L. V., Anglia i Remilitarisatsia Germanii, 1933—1936, Moskau 1956
Presseisen, Ernst L., Germany and Japan: a Study in Totalitarian Diplomacy, 1933 bis 1941, den Haag 1958
Pritt, D. N., The Fall of the French Republic, London 1941
Ribbentrop, A. von, „Verschwörung gegen den Frieden", Leoni, Bayern 1962
Ribbentrop, J. von, Zwischen London und Moskau, Leoni, Bayern 1954
Rintelen, Enno von, Mussolini als Bundesgenosse, Tübingen 1951
Rönnefarth, H. K. G., Die Sudetenkrise in der internationalen Politik: Entstehung, Verlauf, Auswirkung, 2 Bände, Wiesbaden 1961
Rossi, A., The Russo-German Alliance, 1939—1941, Boston 1951
Rowse, A. L., Appeasement: a Study in Political Decline, 1933—1939, New York 1961
Salvemini, G., Prelude to World War II, New York 1954
Sanborn, Frederic. R., Design for War: a Study of Secret Power Politics, 1937 bis 1941, New York 1951
Saundby, Air Marshal Sir Robert, Air Bombardment: the Story of its Development, New York 1961
Schmidt, Wilhelm, Frankreich sabotiert die Abrüstung, Berlin 1940
Schulz-Wilmersdorf, P. A., Spanien: Politiker und Generale, Berlin 1939
Serrano Suñer, Roman, Entre Hendaya y Gibraltar, Madrid 1947
Sieburg, Friedrich, Blicke durchs Fenster: Aus zehn Jahren Frankreich und England, Frankfurt a. M. 1939
Simon, John, Retrospect: the Memoirs of the Rt. Hon. Visc. Simon, London 1952
Spears, Edward, Assignment to Catastrophe, Band 1, New York 1954
Stoye, Johannes Frankreich zwischen Furcht und Hoffnung, Leipzig 1938
Strang, William, Britain in World Affairs: the Fluctuation in Power and Influence from Henry VIII to Elizabeth II, New York 1961
Strauch, Rudi, Sir Nevile Henderson: Britischer Botschafter in Berlin von 1937 bis 1939, Bonn 1959
Sündermann, Helmut, Die Grenzen fallen, München 1939
Tanner, Vaino, The Winter War: Finland against Russia, 1939—1940, Stanford, Calif. 1957
Tansill, C. C., Back Door to War: the Roosevelt Foreign Policy, 1933—1941, Chicago 1952
Taylor, A. J. P., The Origins of the Second World War, London 1961
Taylor, Griffith, u. a., Yugoslavia, Berkeley, Calif. 1949
Thomas, Hugh, The Spanish Civil War, New York 1961
Toscano, Mario, Le Origini del Patto d'Acciaio, Florenz 1948
Toynbee, A. J., u. a., Survey of International Affairs, 1934—1938, London 1935 bis 1939; Survey of International Affairs, 1939—1946, Band 1, The World in March, 1939; Band 10, The Eve of War, 1939, London 1951, 1958
Trotzki, Leon, Trotsky's Diary in Exile: 1935, Cambridge, Massachusetts 1958
Trotzki, Leon, Whither France?, New York 1936
Vansittart, Robert G., The Mist Procession: the Autobiography of Lord Vansittart, London 1958

Vayo, J. Alvarez del, Freedom's Battle, London 1940
Villari, Luigi, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956
Visconti-Prasca, Général, La Guerre Decisive, Paris 1935
Voigt, F. A., Pax Britannica, London 1949
Vondracek, Felix John, The Foreign Policy of Czechoslovakia, 1918—1935, New York 1937
Walters, F. P., The League of Nations, 2 Bände, New York 1952
Wambaugh, Sarah, Plebiscites since the World War, 2 Bände, Washington 1933
Webster, Richard A., The Cross and the Fasces: Christian Democracy and Fascism in Italy, Stanford, Calif. 1960
Werth, Alexander, France and Munich: before and after the Surrender, New York 1939
Werth, Alexander, The Twilight of France, 1933—1940, New York 1942
Werth, Alexander, Which Way France?, New York 1937
Wiskemann, E., The Rome-Berlin Axis: a History of the Relations between Hitler and Mussolini, New York 1949
Wolfe, Martin, The French Franc between the Wars, 1919—1939, New York 1950
Wolfers, Arnold, Britain and France between two Wars, New York 1940
Wright, Gordon, France in Modern Times: 1760 to the Present, Chicago 1960

Berichtigungen

S. 34, Z. 6 v. u. statt Elysés: Elysées. S. 227, Z. 2 v. o. statt Einkommenssteuer: Einkommensteuer. S. 475, Z. 14 v. u. statt Evenements: Evénements. S. 479, Z. 11 v. o. statt Priceton: Princeton. S. 483, Z. 7 v. o. entfällt. S. 483, Z. 8, 10, und 11 v. o. statt [20], [21], [22]: [19], [20], [21]. S. 483 als Z. 12 v. o.: [22] ebd. S. 485, Z. 2 v. o. statt Roennefarth: Rönnefarth. S. 491, Z. 8 v. o. statt Brassillach: Brasillach. S.510, Z. 13 v. u. statt Batianini: Bastianini. S. 513, Z. 2 v. o. statt Petresco-Comnene: *Petrescu-Comnene.* S. 514, Z. 3 v. o. statt Visconti-Prasca: *Viscarti-Prasca.*

PERSONEN-VERZEICHNIS

Abetz, Otto 206, 245, 332, 412f
Adams, Quincy 443
Alcala-Zamora, Niceto 184
Alexander, König von Jugoslawien 67, 84ff, 92
Aloisi, Pompei 57, 73, 96, 102, 116
Antonesku, Victor 238
Attolico, Bernardo 324, 355, 420
Aubin, Pierre 412f
Auriol, Vincent 179, 213, 216, 220, 222, 225, 240f
Azaña, Manuel 183f, 187

Badoglio, Marschall 101
Bainville, Jacques 177
Baldwin, Stanley 91, 101, 111f, 124f, 127f, 130ff, 151f, 162f, 170, 186ff, 193, 231, 251f, 278, 440
Balfour, Arthur James 165
Bardi de Fourtou 39
Barrès, Maurice 176
Barthélemy, Joseph 268ff, 307, 340, 403, 408
Barthou, Louis 53ff, 59f, 64, 77ff, 82ff, 87f, 92, 99f, 109, 138f, 148ff, 154f, 166, 170, 180, 208, 218, 232, 239, 343, 439f, 451
Bassée, Pierre 263
Baudouin, Paul 384f
Beauffre 419
Beaumarchais, Maurice de 62
Beck, Józef 56, 74, 78, 106ff, 153ff, 160f, 208f, 236f, 285, 288ff, 318f, 356f, 362, 383, 397f, 400ff, 406, 413f, 418f, 425, 427ff, 446
Beeb, James 185
Benesch, Eduard 60, 64, 74, 78ff, 83, 118, 144, 207, 209, 232, 240, 276f, 282ff, 287ff, 292ff, 304, 306ff, 312ff, 318f, 322, 325, 329, 345, 443f, 452
Benoist-Méchin, Jacques 205f, 221, 393
Bérenger, Henri 67
Berger-Waldenegg 101
Bergery, Gaston 433
Berl, Emanuel 301f
Berthelot, Philippe 65, 68, 74, 80, 92, 207
Berthod 89
Bertrand 89
Bismarck 171, 272, 288
Blanqui, Auguste 25
Blomberg, Werner von 245
Blondel, Paul 265, 295
Blum, Léon 20f, 24ff, 29f, 32, 33, 43ff, 47f, 51, 64, 66, 74f, 86, 89, 94f, 97, 101f, 133ff, 140ff, 146, 150, 157, 170f, 173ff, 178ff, 183ff, 188ff, 193ff, 198ff, 205ff, 210ff, 215ff, 220ff, 224ff, 230f, 236, 240ff, 248, 251, 255ff, 260ff, 268, 276, 278, 293, 295, 300, 303, 305, 311ff, 331, 343, 358, 363ff, 368, 372, 377f, 383, 409, 437, 438, 443f, 448, 453
Boas de Jouvenel, Claire 64f, 80, 126, 144, 207, 239
Bonnet, Georges 30, 144, 180, 211, 225ff, 240, 242ff, 262ff, 267f, 270ff, 275ff, 280ff, 285, 288ff, 293ff, 298, 301ff, 306ff, 311ff, 316ff, 321ff, 326ff, 331ff, 336ff, 341ff, 347ff, 352f, 356f, 360ff, 365ff, 370, 374ff, 380ff, 385ff, 390ff, 395ff, 400f, 404ff, 410f, 416ff, 421ff, 427ff, 431f, 434ff, 444ff, 448, 454
Botta, André 36
Boucher, Marcel 253
Bouisson, Fernand 38, 111f
Brasillach, Robert 412
Brauchitsch, Walther von 245
Braunschweig, Herzog von 164
Briand, Aristide 22, 27ff, 31, 47, 53, 61, 65f, 143,

154, 217, 225, 271, 311, 439
Brinon, Fernand de 408
Brüning 54, 155
Bucard, Marcel 37
Bullit, William C. 305, 341f, 403, 418
Burckhardt 415, 418
Buré, Emile 161
Butler, Rab 346
Buxton, Charles Rohden 424

Caballero, Largo 183
Cachin, Marcel 26, 178
Cadogan, Sir Alexander 247, 434
Caillaux, Eugène 217
Caillaux, Joseph 27f, 47f, 65, 87, 90, 111f, 130, 217, 218ff, 225, 255, 260f, 301, 318, 345, 379, 424f, 448, 455
Caillaux, Madame 219
Calmette, Gaston 218f
Cambon, Jules 65, 273
Cambon, Paul 65, 267
Campinchi, Cesar 261f, 421
Carbuccia, Horace 179
Carol, König 238, 356, 395
Cecil, Lord 113, 119
Cerutti 123
Chamberlain, Lady Austen 244, 248
Chamberlain, Neville 91, 120, 163, 170, 230ff, 236, 244f, 248f, 252, 254, 257ff, 277ff, 281ff, 300, 307f, 311ff, 316ff, 321ff, 327ff, 335f, 341ff, 345ff, 354, 358, 363ff, 368, 379ff, 392, 395f, 399, 402, 424, 435f, 444f, 456
Chambrun, Charlesde 80f, 84, 93, 115, 120ff, 170, 331
Chateau, René 170
Chateaubriant, Alphonse de 205
Chautemps, Camille 22, 29, 31, 35f, 38f, 42f, 48ff, 56, 88, 178, 180, 185ff, 194, 198, 211, 214, 217, 224ff, 230ff, 236f, 240ff, 251ff, 254f, 262f, 342, 444
Chiappe, Jean 40, 50, 179, 208
Chodacki 414
Churchill, Winston 118, 188, 254, 258ff, 262, 282, 293, 337, 346, 349, 426, 444
Chvalkovsky, Frantisek 286f, 385, 390f
Ciano, Graf Galeazzo 244, 265, 286f, 359, 370ff, 375, 383, 385, 420f, 433ff, 447
Clemenceau 24, 26f, 32, 46, 92, 111, 150, 218f, 299, 335
Clerk, Sir George 143, 151, 186, 193ff
Codreanu, Corneliu 238
Cooper, Alfred Duff 345f, 348f
Corbin, Charles 188, 208, 257, 288ff, 294, 307, 312, 323, 353, 392, 432
Cot, Pierre 190, 194
Cotton, William 424
Coty, François 37
Coulondre, Robert 368f, 376, 386, 388ff, 396, 405, 425f, 429, 432
Cranborne, Lord 247
Creyssel, Paul 142
Crispi 93
Crowes, Sir Eyre 125

Dahlerus, Birger 428
Daladier, Edouard 21f, 29ff, 39ff, 47ff, 56, 62, 66, 73, 75, 88ff, 112, 141, 143, 148, 173f, 178, 185, 195, 213f, 217, 220ff, 224f, 236, 243f, 256f, 261ff, 267, 271f, 275ff, 281ff, 291ff, 301, 308ff, 313ff, 318, 321f, 324ff, 329ff, 334ff, 340ff, 345ff, 351f, 358ff, 363ff, 369f, 376, 380ff, 392, 396ff, 401ff, 412f, 416ff, 421ff, 425f, 432, 436f, 444, 447, 448, 457
Dalimier, Albert 35, 39
Darlan, Admiral 421f
Daudet, Léon 146, 203, 322
Dawson, Geoffrey 307, 309, 392
Déat, Marcel 46, 158, 409
Debré, Michel 177
Decazes 288
Delbos Yvon 179f, 186f, 189, 193ff, 207f, 209f, 220, 224f, 230ff, 236ff, 241, 244ff, 249ff, 254, 256ff, 263ff, 342, 443, 458
Disraeli, Benjamin 186
Dobler, Jean 109
Dollfuß, Engelbert 59, 71, 83
Dorgeres, Georges 37
Doriot, Jacques 51, 173f, 214
Doumenc, General 417, 419f
Doumer, Paul, Präsident 27, 47, 221
Doumergue, Gaston 22, 39, 47ff, 59f, 64, 87ff, 218f, 439, 459
Draganow, Parwan 412
Drax, Admiral 417
Dreyfus 45, 177
Drumont, Edouard 176
Dubarry, Albert 35
Duchemin, Pierre 181

Duclos, Jacques 20, 365
Ducloux, Louis 35
Dugalewski 29
Durcansky, Ferd. 388

Eden, Antony 56f, 103, 105, 114, 124f, 128, 129, 146, 151f, 158ff, 186ff, 193, 198ff, 231, 247ff, 254, 269, 278, 282, 346, 349
Eduard VII. 298, 365
Eduard VIII. 158
Eisenlohr 276
Epp, Ritter von 334

Fabre-Luce, Alfred 272ff,
Fabry, Jean 39f, 145, 151, 256
Faure, Paul 133, 179, 186, 198, 409
Faure, Petrus 433
Faure, René 135
Flandin, Pierre-Etienne 91, 101ff, 105ff, 110f, 140, 146f, 149ff, 155ff, 160ff, 170, 180, 201, 232ff, 249ff, 256, 259f, 266f, 270, 273, 295, 299, 338ff, 344, 383, 425, 432, 442, 448, 460
Ford, Henry 274
Forster, Albert 414
Fourier, Charles 25
Franco, General Francisco 185ff, 190ff, 199f, 212, 231, 257, 295f, 336, 352, 372, 383, 385
François-Poncet, André 55, 148, 153, 232f, 235f, 277, 280, 288, 309, 318, 320, 323f, 331, 352, 359f, 370f, 384f, 432ff
Frank, Karl 304
Franklin-Bouillon, Henri 39
Friedrich II. von Preußen 272
Friedrich, Kaiserin 378
Fritsch, Frhr. Werner von 245
Frot, Eugene 40

Gafencu, Grigorie 394f, 405
Gamelin, General Maurice 101, 104, 152, 160ff, 257, 280, 321, 351f, 389f, 406f, 421ff, 437, 447, 461
Garat 35
Gauché, General 407f
Gaulle, Charles de 103
Gaxotte, Pierre 336, 412
Georg V. 124, 151
Georg VI. 294, 298
Geraud, André 127, 144
Gerlach, Leopold von 171
Germain, José 142
Germain-Martin, Henry 30f, 53, 87, 174
Gerry, Elbridge 183
Gibbs, Philip 157
Giral, Jose 185
Goebbels, Joseph 233f, 308, 361
Göring, Hermann 71, 108f, 156, 231ff, 255, 258, 308, 328f, 334, 341, 387, 428, 430, 441
Goethe 45
Goga, Octavian 238
Gorgulow 27
Gramont, Herzog de 159
Grandi, Dino 245, 248
Greiser, Artur 414
Grühn, Erna 245
Grumbach 252
Grynszpan, Herschel 361f
Guariglia, Raffaele 385, 432, 436f
Guille, Jean 142
Gustloff, Wilhelm 361

Hacha 390ff
Haile Selassi I. 93f, 103, 114ff, 121
Halifax, Lord 160, 162, 231ff, 248, 254, 257, 276ff, 281ff, 288ff, 293ff, 298, 304, 306, 310, 318, 321ff, 326, 346ff, 354ff, 359, 363ff, 368, 376, 379ff, 394ff, 401f, 410f, 415ff, 420, 423ff, 429ff, 434ff, 445f, 448, 462
Hanau 36
Hawariate, Tecle 102
Haye, Henri 413
Henderson, Sir Nevile 233, 288f, 304, 368, 386f, 390, 396, 416, 424, 427, 429ff
Henlein, Konrad 169, 275f, 284, 294, 304, 306, 309
Henriot, Philippe 38f, 147
Henry, Jules 314f
Herriot, Edouard 18f, 21f, 28ff, 39ff, 47ff, 54, 60, 63, 66f, 75, 86ff, 106, 112, 115, 119, 137, 141ff 146, 148, 155, 173f, 177f 212, 221f, 224ff, 242, 253, 267, 273, 296, 315, 339ff, 433, 440, 442, 463
Hitler, Adolf 46, 53ff, 59, 70ff, 76f, 79, 81ff, 89, 92, 98, 103ff, 109, 111ff, 119, 122, 126, 137f, 140, 147ff, 152f, 155ff, 160ff, 169, 172, 187, 195ff, 202ff, 208, 212, 231ff, 236f, 245ff, 252, 254f, 258ff, 269, 272ff, 279f, 283, 286ff, 295, 303ff, 308ff, 316f, 320ff, 326ff, 331, 336ff, 341, 346, 349, 352ff, 357ff, 363, 367ff, 373ff, 379, 382ff, 387ff, 393ff, 398ff, 405ff, 412ff, 417f, 420ff, 425ff, 430ff,

435ff, 440, 442f, 445ff
Hoare, Reginald 395
Hoare, Sir Samuel 111f, 117ff, 122ff, 127f, 129ff, 134, 140, 146, 163, 170, 188, 192, 200, 248, 251, 440
Hodza, Milan 239, 276, 294, 304, 306, 317
Hoesch, Leopold von 158
Holstein 150
Hoover, Herbert 174
Horcher 55f
Hoßbach 232
Howard, John Eldred 339
Hull, Cordell 292, 300

Jaurès, Jean 25f, 27, 45, 47, 171, 176, 178, 189, 193, 218ff
Jeanneney, Jules 87, 221, 296, 433
Jouhaux, Léon 48, 51, 181, 230, 363ff
Jouvenel, Bertrand de 147, 274f, 302
Jouvenel, Henri de 23, 62ff, 66ff, 71ff, 81, 96ff, 101, 126, 170, 266, 359, 441, 448, 464

Kaganowitsch, Lazar 348
Kanja 359
Karl der Große 317
Kasprzycki, General Tadeusz 406ff
Keitel, Feldmarschall Wilhelm 289
Kennard, Sir Howard 397 402, 418f, 427f, 435, 447
Kennedy, Botschafter 394
Kerillis, Henri de 201ff, 206f, 215, 235f, 249f, 255f, 260ff, 272ff, 281, 297, 308, 311, 322, 334f, 337ff, 344, 351f, 373f, 402, 406ff, 413, 448
Keynes, Maynard 30
Koc, Adam 209, 410
Krofta, Kamil 209, 239, 249, 276, 283ff, 287f, 306
Kundt, Ernst 239, 306

La Chambre, Guy 421
Lacroix 249, 253, 276f, 314f, 319, 325ff
Lagardelle, Hubert 61, 67f, 74
La Guardia, Fiorello 198
Lallemont, Louis 132f
Lamas 199
Lansbury, George 123
Lasteyrie, Charles de 137
Lauzanne, Stephan 310f
Laval, Pierre 24ff, 29, 32, 49, 52ff, 57, 59f, 64, 66, 87ff, 91ff, 96ff, 101ff, 106ff, 111ff, 118ff, 123ff, 128ff, 133ff, 138ff, 143ff, 146ff, 151, 154f, 162ff, 167ff, 174ff, 179f, 184, 186ff, 197f, 200ff, 206ff, 216, 219ff, 225, 241, 243, 251ff, 261, 267f, 270ff, 301f, 319, 338ff, 345, 372, 392f, 398, 424f, 432f, 437, 439ff, 444, 446, 448, 465
Lebrun, Albert, Präsident 27f, 30, 39, 42, 47f, 88, 111f, 145f, 173, 178, 221ff, 241ff, 255, 261, 296, 315, 341, 398f, 403, 466
Leeper, Reginald 322
Léger, Alexis 65, 68, 92, 95f, 124, 126, 207, 272, 275, 292, 314f, 326ff, 331, 401
Lemaigre-Dubreuil, Jean 37
Lenin 46
Leopold III. 172
Lepecki, Michael 237
Lipski, Józef 55, 357, 400ff, 429ff
Litwinow, Maxim 80f, 106f, 114, 117ff, 127, 129, 133, 139, 143, 162, 166ff, 195, 204, 230f, 284f, 309f, 315f, 326f, 336f, 348, 368, 405
Lloyd George 199, 299
Loraine, Sir Percy 420f, 432, 435, 447
Ludwig XI. 140
Ludwig XIV. 292
Lukasiewicz, Julius 209, 288ff, 337, 356, 397, 401, 403ff, 418
Lyautey, Marschall 97, 205

MacDonald, Ramsey 56, 73, 101, 103, 105, 112
Macek, Vlatko 85, 238
Mackensen 412
Maisky, Iwan 326, 410f
Mandel, Georges 24, 111, 150, 157, 261f, 309, 313, 332, 374, 377f, 421, 448
Marchandeau, Paul 40f, 364
Marin, Louis 256, 343
Marquet, Adrien 46, 51, 173f
Marx, Karl 25, 108
Masaryk, Hubert 329f
Masaryk, Jan (Gesandter) 258, 276f, 283, 286
Masaryk, Präsident Thomas 60, 78, 286
Mastny, Vojtech 258, 329f
Matteotti 46, 95
Maurin, General Louis 151f, 158, 161f, 166
Maurras, Charles 36, 41, 176, 425
Mendès-France, Pierre 177
Menelik 116, 124
Miklas 255

Millerand, Alexandre 73
Molotow, Wjatscheslaw 107, 405f, 410ff
Monnet, Georges 179, 182
Montesquieu 17
Monzie, Anatole de 62f, 67, 140, 261, 332f, 338, 350f, 379, 425, 436, 467
Morgenthau, Henry jr. 292, 305
Moscicki, Präsident 209, 236, 427
Musse, General 417
Mussolini, Benito 46, 59, 61ff, 67ff, 72ff, 77, 79ff, 84, 93ff, 98ff, 104ff, 109, 114ff, 119ff, 125ff, 133f, 138ff, 143, 149ff, 154, 162, 169f, 189, 193, 200, 227f, 231, 244f, 248, 252, 254f, 260, 265, 274, 286f, 295f, 323ff, 329, 331, 336ff, 352ff, 359ff, 367, 370ff, 375, 382ff, 393, 405, 410ff, 416, 420, 425, 439ff, 445, 468

Naggiar, Paul-Emile 411
Namier, L. Bernstein 292
Napoleon I. 423
Napoleon III. 44, 89, 161, 171, 335
Negrin, Juan 257
Neurath, Konstantin von 122, 148, 233f, 245, 360, 391
Newton, Sir Basil 277, 315, 325, 366f, 390
Niemencenny, siehe Stavisky
Noël, Léon 158, 208f, 237, 290f, 318, 357, 397, 401ff, 418f, 429, 434f

O'Duffy, General Eion 191
Ogilvie-Forbes 430
Osusky, Stephan 160, 258, 271, 278, 283, 291ff
Oustrik 36

Pages, Louis 150
Painlevé 219, 271
Palacky, Francis 294
Papen, Franz von 246
Parquet, Maurice 35
Pasic, Nicholas 306
Paul, Prinz 238
Paul-Boncour, Joseph 30f, 35, 41, 53, 62, 66, 68, 72ff, 77, 81, 146, 153ff, 158, 161, 170, 256ff, 262f, 267, 276ff, 293, 344, 444
Pavelic, Ante 85
Payart 309
Pégny 61
Pellepoix, Darquier de 41
Pelleton, Camille 267
Peri, Gabriel 51, 178, 230, 344, 365
Perth, Lord 265, 323
Pertinax siehe Geraud, André
Pétain, Marschall Henri 89f, 103f, 108, 152, 210, 385
Petrescu-Comnene 284
Phipps, Sir Eric 295, 310, 318, 320, 354ff, 376, 435
Pierce, Franklin 27
Pietri, François 39f, 158
Pilsudski, Marschall 78, 105ff, 155, 197, 209, 237, 441
Pius XI. 101
Pivert, Marceau 224
Poincaré, Raymond 22f, 27ff, 47, 53, 63, 82, 86, 130, 140, 218f, 225, 255, 261, 343, 441
Poirier, Léon 412
Politis, Nicholas 102, 114
Polk, James K. 436
Pomaret, Guy 261
Potemkin, Wladimir 107, 285, 326, 406
Pradelle, de la 340
Pressard, Georges 35, 39
Preuss, Hugo 197
Puaux, Albert 246, 253
Puricelli 410

Queuille 89
Quiroga, Santiago 184

Raczynski 401
Radek, Karl 75
Radowitz 136
Ramette, Vincent 241
Rath, Ernst vom 361f
Rathenau, Walther 180
Rault, Victor 92
Ravel 240
Regnier, Marcel 112
Renard, Edouard 50
Renaud, Jean 37
Renaudel 46
Renn, Ludwig 190
Reynaud, Paul 30f, 39, 103f, 138ff, 146, 148ff, 155, 211, 250, 253, 256, 259f, 261ff, 292f, 313, 321, 332, 364, 373, 401, 413, 421, 448
Ribbentrop, Joachim von 6, 112, 162, 206, 231, 245, 304, 324, 353, 357ff, 365f, 369ff, 374ff, 379, 382, 386ff, 391, 396, 400ff, 413ff, 421, 429ff, 433
Ribes, Champetier de 261, 313, 332, 421
Ribot 27
Riddell 123
Rochat, Charles 108
Roche, Emil 144
Rocque, François de la 36

Roosevelt, Franklin Delano 72, 104, 122, 171f, 174, 180, 212, 225f, 248, 300f, 305f, 327, 362, 375, 394, 396, 403ff, 419, 427
Rothschild, Maurice de 144
Rousseau, Jean Jacques 17
Rucart, Marc 178
Runciman, Lord 297ff, 303ff, 308, 310f, 338
Rydz-Smigly, Marschall 208f, 236, 318f, 400, 417, 419

Salengro, Roger 179, 191, 213
Sampaix, Henri 413
Sandler, Rickard 291
Sanjurjo, General 185
Sarraut, Albert 31, 86, 146f, 149f, 152f, 157, 159ff, 166, 173, 254, 442
Schacht, Hjalmar 195f, 233ff, 245
Schmidt, Guido 244ff
Schulenburg 415
Schuschnigg, Kurt 83, 101f, 234, 244ff, 249, 252, 254f, 287f, 444
Sebekovsky, Wilhelm 306f
Seeds, Sir William 411
Selves, Justin de 218
Seyß-Inquart, Arthur 246, 254f, 388
Shotwell, James 143, 145
Sidor, Karol 388
Simon, Sir John 73, 77, 101, 103, 105, 112, 125, 304, 393
Simons, Arlette 35
Slavik 209, 294, 307
Slawoj-Skladkowski 414
Sokolowsky, Wladimir 171, 301
Sorel, Georges 61, 176
Sosnkowski, General Kazimierz 166
Sotelo, Calvo 185
Souvarine, Boris 214
Spears, General Edward 426
Spicasse, Charles 179
Stalin 20f, 51, 104, 106ff, 167, 178, 181, 188, 192, 204, 207, 210, 214, 230, 255, 326, 368, 375, 404ff 410
Starhemberg, Fürst 83
Stavisky, Serge 33ff, 469
Steeg, Theodore 24, 144
Stendhal 45, 220
Stettinius, Edward 180
Stojadinovic, Milan 238
Strang, William 411f, 415, 419
Stresemann, Gustav 28, 61, 82, 98f, 376
Suritz 404
Suvich, Fulvio 75, 96, 105
Syrovy, General Jan 317
Szembek, Graf Jan 72

Tabouis, Geneviève 64ff, 86, 93, 126ff, 144, 267f, 282, 297, 470
Tafari, Ras siehe Haile Selassi I.
Taittinger, Pierre 37
Tardieu, André 22ff, 27ff, 36, 39, 48ff, 53ff, 59f, 64, 66, 87ff, 103f, 135, 138, 148, 201, 206, 220, 266, 297ff, 343, 409, 439, 448, 471
Tatarescu, Gheorghe 238, 395
Thompson, Dorothy 64
Thorez, Maurice 21, 178, 365
Tilea, Virgil 394f, 398, 444
Tiso, Josef 388f
Titulescu, Nicolae 238, 284
Trotzki, Leon 214
Tschitscherin 166
Tuchatschewski, Marschall 167, 210
Tuka, Vojtech 386f

Vallat, Xavier 176
Vansittart, Sir Robert 124ff, 127f, 142, 208, 247f, 258, 322, 394, 440, 472
Varennes, Claude 409
Vasconcellos 122
Vayo, Del 257
Victor Emanuel III. 286
Viviani 219
Voltaire 176
Vuillemin, General 303f, 421

Wales, Prinz von 124
Walter, Michael 343
Weizsäcker, Ernst von 362f, 396
Welczeck, 353, 360ff, 377
Welles, Sumner 375
Weygand, General Maxime 152
Wilhelm I 330
Wilhelm II. 306, 378
Wilson, Sir Horace 322
Wilson (amer. Geschäftsträger) 283
Wilson, Präsident 94
Woroschilow, Marschall Klement 107, 417, 420

Yasu, Lej 116
Ybarnegaray, Jean 39

Zay, Jean 38, 178, 186, 262, 332, 375ff, 421
Zeeland, van 159
Zivkovic, Petar 85
Zogu, Achmed 374, 404

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes herausgegeben von Dr. habil. Herbert Grabert

Band I

Professor Dr. David L. Hoggan

Der erzwungene Krieg

Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs

4. Auflage

900 Seiten, mit 53 Seiten Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Abbildungen und Karten. 2 Bände in einem Band, Ganzleinen DM 48.–

Urteile:

Das deutsche Volk wird nun endlich erfahren, wie und warum es Anfang September 1939 zum Kriege kam und großen Gewinn aus dieser ebenso sensationellen wie umwälzend neuen Informationsquelle ziehen können, zu der man ihm über zwei Jahrzehnte lang den Zugang verwehrt hat.
Prof. Dr. Harry E. Barnes, Malibu, California

Das Werk Hoggans, vor ungefähr Jahresfrist vom Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung in ausgezeichneter Übersetzung herausgebracht, ist in seiner wissenschaftlichen Durchschlagskraft derart überzeugend, daß es einem Großteil der deutschen Presse beinahe den Atem nahm. *Kleine Zeitung, Klagenfurt*

Wir haben Hoggan für sein Werk zu danken, und auch die Verächter Hitlers sollten einer Leistung, die mit wissenschaftlicher Sorgfalt, seltener Noblesse und beispielhafter Gerechtigkeit von einem Amerikaner für Deutschland vollbracht wurde, ihre Achtung nicht versagen.
Dr. F. Thieß, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und der Literatur

Ein Werk wie das Hoggans will mit Abstand und Kühle betrachtet sein. Es sollte vor allem aus dem Streit politischer Meinungen herausgehalten werden. Es wäre unerwünscht, wenn daraus ein nationalistischer Propagandaschlager gemacht werden sollte. Aber ebenso unerwünscht wäre es, wenn das Werk nur deshalb verworfen werden sollte, weil es in das zur Zeit gängige Konzept der Meinungsbildung in der Bundesrepublik nicht zu passen scheint.
Die Auseinandersetzung über die verschiedenen Probleme des Zweiten Weltkrieges hat in der Geschichtswissenschaft noch kaum begonnen. Vor allem wird die Schuldfrage noch weitaus eingehender und ausführlicher erörtert werden. Die Stimme Hoggans wird dabei nicht zu überhören sein.
Neue Deutsche Beamtenzeitung

Wie immer man die Tatsachen auch einschätzt, daß diese Bücher Hoggans und Taylors zu einer Zeit erscheinen, in der die Zerstörung des Deutschen Reiches völkerrechtlich bekräftigt werden soll, so sicher ist, daß die These von der verschwörerischen Alleinschuld des Reiches allein zu dem Zweck erfunden worden ist, um es als Ungeheuer, als unsittliche Macht diffamieren und mit dem Reich die staatliche Einheit der Deutschen zerstören zu können.
Informationsdienst der FDP

Selbst *„Der Spiegel"* schreibt über den „sechs Sprachen beherrschenden US-Professor" Hoggan, daß er „das ausführlichste Quellenmaterial" vorweise, „das je ein wissenschaftliches Werk über den Kriegsausbruch von 1939 stützte. Allein das Literaturverzeichnis polnischer Werke zählt 134 Quellen auf. Das ausführliche Buch der deutschsprachigen Kriegsschuld-Forschung Walther Hofers ‚Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges' nennt nur drei polnische Titel."

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
TÜBINGEN

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes
herausgegeben von Dr. habil. Herbert Grabert

Band II

Reverend Peter H. Nicoll, M. A., B. D.

Englands Krieg gegen Deutschland

Die Ursachen, Methoden und Folgen des Zweiten Weltkriegs

588 Seiten, mit 32 Bildtafeln und Lebensübersichten
führender Staatsmänner,
Anmerkungen und Literaturverzeichnis, Ganzleinen DM 36.—

Urteile:

Das Buch ist eine Tat, und ich kann nicht genug die Klarheit und ethische Glut der Darstellung rühmen. Hier fährt einmal ein reinigender Blitz in eine von Heuchelei und Lügen verdunkelte Atmosphäre. Das tausendfach verratene Gewissen der Menschheit richtet sich im Protest dieses Mannes auf und man begegnet beglückt dem tiefen Verantwortungsernst, der nicht mit zweierlei Maß mißt, sondern Unrecht Unrecht nennt, auch wenn es nicht Deutschland, sondern seinen Gegnern zur Last fällt. *Der Dichter Friedrich Franz von Unruh*

Der moralische Mut des Verfassers ist geradezu einzigartig und für die heutige deutsche Haltung beschämend. Sie haben sich durch die Publikation dieses Buches ein außerordentliches Verdienst erworben. *Der Verleger Dr. Adolf Spemann*

Nicoll muß zu den großen ausländischen Historikern gezählt werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in umfassenden Untersuchungen nachweisen halfen, daß Deutschland nicht der Schuldige am Zweiten Weltkrieg gewesen ist. *Nation Europa*

Mit lutherhaftem Mut und mit der Überzeugungskraft der Wahrheit spricht dieser Mann, der zwei Söhne im Luftkampf gegen Deutschland verloren hat, dieses Deutschland von der Kriegsschuld frei. *Deutsche Wochen-Zeitung*

Das Buch Nicolls ist ein außergewöhnliches Buch. Es wird Gegner und Anhänger finden, und heftige Diskussionen auslösen. Eines aber wird man dem Verfasser nicht vorwerfen können, daß er sich nicht bemüht habe, gerecht, sachlich und objektiv zu urteilen. *Blick und Bild*

Das Buch ist ein weiterer bedeutsamer Markstein auf dem Wege zur Klärung der Kriegsschuldfrage. Die Wahrheit dringt langsam, aber unaufhaltsam durch. *Der Eckartbote, Wien*

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
TÜBINGEN

PROF. DR. HERMANN PONGS

Romanschaffen im Umbruch der Zeit

Eine Chronik von 1952 bis 1962

4. neubearbeitete, erheblich erweiterte Auflage

(Titel der 1.—3. Auflage: Im Umbruch der Zeit.
Das Romanschaffen der Gegenwart)

580 Seiten, in Ganzleinen DM 34.—

Diese nunmehr bis in die jüngste Zeit fortgeführte kritische Auseinandersetzung mit dem literarischen Schaffen des Nihilismus und Kollektivismus hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre für Lernende, Lehrende und Forschende als ein unentbehrliches Sach- und Bildungsbuch von hohem Niveau, wissenschaftlicher Gründlichkeit und tiefschürfender Analyse bewährt. Es ist dem Autor als einem der profiliertesten Literaturhistoriker unserer Zeit gelungen, das Romanschaffen der Gegenwart innerhalb und außerhalb des deutschen Sprachraumes mit strenger Objektivität und facherfahrener Interpretation in einem umfassend angelegten Gesamtüberblick darzustellen. Er vermag aber auch, den mit dieser Literaturgattung wissenschaftlich weniger vertrauten Leser wie an einem Ariadne-Faden durch das Labyrinth disharmonischer Welten, zwielichtiger Gestalten und ambivalenter Ideen mit lichtvollen Ausblicken auf das Bleibende, zeitlos Überdauernde hindurchzuführen. Daß auch in diesem Literaturbereich sich neue Entwicklungen ankündigen, zeigt der Verfasser in der vorliegenden, neugestalteten 4. Auflage an Beispielen aus der jüngsten Dichtung, die eine Wandlung vom „Mann ohne Eigenschaften" (Musil) zum „Helden" im Spannungsbereich zwischen Ost und West (Uwe Johnson) unübersehbar deutlich erkennen läßt.

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
TÜBINGEN

Amerikanische und deutsche Historiker zur historischen Wahrheitsfrage

Im Kampf um die Wahrheit

Die geschichtswissenschaftliche Entlarvung der Kriegsschuldlüge

Aus dem Inhalt:

Dr. habil. H. Grabert: Der Weg zur gerechten Beurteilung der Vergangenheit
Prof. Dr. Michael Connors: Der Antigermanismus in Amerika
Prof. Dr. D. L. Hoggan: Contra Shirer
Prof. Dr. Harry E. Barnes: Die Wiedergeburt der historischen Wahrheitsforschung
Prof. Dr. Charles C. Tansill: Der Mythos von der gegenseitigen Sicherheit
Prof. Dr. Harry E. Barnes: Taylor und die deutsche Kriegsschuld
Prof. Dr. D. L. Hoggan: Hat Hitler den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion geplant?
Prof. Dr. Harry E. Barnes: Wie Roosevelt den Krieg erzwang
Prof. Dr. D. L. Hoggan: Propaganda statt Wissenschaft
Ein deutscher Historiker: Die große Wende in der Geschichtsforschung
Ein deutscher Geschichtslehrer: An die deutschen Geschichtslehrer

72 zweispaltige Seiten im Großformat, DM 7.20

Wahrheitsforschung gegen Kriegsschuldpropaganda

Prof. Dr. D. L. Hoggan: Der Amerikaner David L. Hoggan antwortet dem Schweizer Walther Hofer
Dipl.-Ing. Hans J. Ritzdorf: An die Neue Zürcher Zeitung
B. P. Norman, USA: Kritische Analyse des Hoferschen Angriffs auf Hoggan
Amtierender deutscher Historiker: Zur Quellenbehandlung der Propagandahistoriker
Beamteter deutscher Historiker: Geschichtsfälschung ohne Revisionsmöglichkeit?
Dr. Frank Thieß: Wie entstand der Zweite Weltkrieg?
Prof. Dr. Harry E. Barnes: An einen Freiburger Historiker
Dr. habil Herbert Grabert: Historikertag oder Ketzergericht?

24 zweispaltige Seiten im Großformat, DM 2,–

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
TÜBINGEN